REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 357 · 25.8.1993

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 54 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Und immer noch keine faschistische Gefahr? Rostock - Mölln - Solingen - Fulda
2. Heß-Gedenken unter Polizeischutz. Faschisten marschieren in Fulda auf
3. "Aufschreie des Entsetzens". Ralph Giordano an Ministerpräsident Eichel (SPD)
4. Kali-Arbeiter im aufrechen Gang. Bischofferode im Kampf gegen Treuhand, BASF und Gewerkschaften
5. Rostock-Untersuchungsausschuß: Kein Interesse an der Wahrheit
6. Rostock: Schonung für die Täter
7. Bewilligtes Leben. VietnamesInnen in Lichtenhagen - ein Jahr "danach"
8. Chronologie rassistischer Anschläge (24.6.9.8.93)
9. Die Verstaatlichung der Menschenrechte (UN- Menschenrechtskonferenz in Wien
10. "No Justice - No Peace" (Jamaikanerin von Polizei ermordet)
11. "Hamburg wählt" - oder auch nicht. Anmerkungen zur Bürgerschaftswahl und ein Wahlaufruf
12. Verschwörung in kleiner Runde? Die Ermittlungsoffensive der "Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung" - Albrecht Maurer
13. "Nehmt das nicht hin!" Erklärung der RAF (Dokumentation)
14. "Die Helden von Bad Kleinen". Aufstieg und Fall einer "Anti-Terror"-Spezialeinheit - Rolf Gössner
15. Stellungnahme zum "Spitzel Klaus S.". Brief von Birgit Hogefeld
16. "Die CDU muß für" Republikaner wählbar sein"
17. Vertuschung, Verdunkelung und Desinformation. Die tödlichen Schüsse von Bad Kleinen - Gabi Bauer, Albrecht Maurer, Helmut Schröder
18. Kriegsgewinnler IG Farben - Katja Leyrer
19. Sprung in die Technokratie. In Berlin kommt der hochschulpolitische Testballon in Fahrt - Steen Lorenzen
20. Der Übergang in Rußland und die G7-Staaten: Schreibtischkonzepte, aber keine Hilfe - Kai Ehlers
21. "Rußlands Südgrenze" - Kampffront gegen den Islam
22. Die Rückkehr der "Alten Garde". Aserbaidschan nach einem Jahr Volksfront und fünf Jahren Karabachkonflikt
23. "Der Mörder ist der Staat". Die Ereignisse von Sivas und die Re-Islamisierung der Türkei
24. Ein Aufruf zum "totalen Krieg" gegen die PKK
25. FMLN einigt sich in der Präsidentschaftsfrage
26. Weltwirtschaftsgipfel in Tokio: Das geht seinen imperialistischen Gang
27. "Türkische Pitolero-Diplomaten"
28. Israel/Libanon: Operation " Abrechnung" - Klaus Mellenthin
29. Gewaltdiskussion und Schule
30. Antirassismus zwischen Sozialarbeit und Widerstand. "Den Flüchtlingen zu Rechten verhelfen ..." (Interv. mit dem KGB Reutlingen)
31. Der dritte Prozeß gegen irische politische Gefangene in der BRD
32. Das "Verfahren der Verfremdung" (Türcke). Wird demnächst der Begriff der Rasse von "links" besetzt?
33. Zur Diskussion des Referats von Karl-Heinz Roth auf dem "konkret"-Kongreß (ak 356) - Kai Ehlers
34. Der Feind steht links. Polizei und Justiz gegen Antifaschisten
35. Der Pannwitzblick. Das Buch zum Film - Hartmut Konopka
36. Primo Levi - Alchimist der Poesie
37. Chronik eines angekündigten Todes (Buchvorstellung)
38. Rote Armee Fraktion - Phantom oder Wirklichkeit? Mit dem Buch "Das Raf-Phantom" wird die Öffentlichkeit irregeführt - Ivo Bozic
39. Quelldatei 23.htm
40. Quelldatei 26.htm

41. Quelldatei 39.htm
42. Kalender
43. Quelldatei 42.htm
44. Jetzt wird es konkret!
45. Quelldatei 45.htm
46. Quelldatei bischhof.htm
47. Fahndungsoffensive und Kommunikationsprobleme
48. Operation " Abrechnung"
49. Rußland zwischen Bankrott und neuer Führungsrolle
50. Quelldatei s22.htm
51. Quelldatei salvador.htm
52. Islamismus in der Türkei
53. Quelldatei tÜrcke.htm
54. Quelldatei viet.htm

1. Und immer noch keine faschistische Gefahr? Rostock - Mölln - Solingen - Fulda

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Antirassismus, Antinationalismus; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/rost.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:rost

Die Terrornächte von Rostock Ende August 1992 waren nicht der Anfang, sie waren auch nicht das Ende oder der Wendepunkt einer Welle von aggressivem Rassismus im größer gewordenen Deutschland. Damals, als das Entsetzen über die mordwütigen Horden und ihre biedermännischen Claqueure vorübergehend breitere Kreise zu erfassen schien, konnte Hoffnung auf geistige Umkehr und politische Neuorientierung aufkommen. Ein Jahr nach Rostock erweist sich, daß die Beseitigung des Grundrechts auf Asyl das einzige bleibende Ergebnis der Pogromnächte ist. Ein geradezu klassisches Beispiel dafür, wie in diesem unseren Land immer wieder aus der Geschichte "gelernt" wird.

Seit Sommer 1991, ein knappes Jahr nach dem Anschluß der DDR, war ein starker Anstieg ausländerfeindlicher und anderer faschistischer Gewalttaten zu registrieren. Einen Schwerpunkt bildeten dabei Angriffe rechtsextremer Jugendbanden auf Wohnheime von Asylsuchenden. Solche Überfälle fanden in aller Öffentlichkeit statt, oft mehrere Tage hintereinander. Zumeist war die Polizei mehrere Tage "machtlos" und bekam die Krawalle erst mit Verzögerung "in den Griff", nachdem Ausländer brutal zusammengeschlagen, Wohnungen ausgebrannt waren. Oft endeten solche Angriffe mit der "Umquartierung" der Asylsuchenden, also mit einem vollen Erfolg der Rassisten.

Die sächsische Kreisstadt Hoyerswerda wurde im September 1991 zum Begriff für eine qualitative Steigerung der rassistischen Terrorwelle: Hier wurden erstmals die tagelangen Angriffe mehrerer hundert Rechtsextremisten gegen ein Wohnheim vietnamesischer und afrikanischer ArbeiterInnen von einer riesigen Menge "Schaulustiger", zumeist Anwohner, mit Applaus und anfeuernden Rufen begleitet. "Deutschland den Deutschen!" und "Ausländer raus!" präsentierten sich als historisch logische Fortsetzung des "Wir sind ein Volk!" vom Herbst 1989.

Offizielle Reaktion damals: Die Bundesregierung verurteilte die Ausschreitungen "mit aller Schärfe" und nannte sie "einer zivilisierten und toleranten Gesellschaft unwürdig", was aber sicher nicht als selbstkritische Reflexion mißzuverstehen war. Innenminister Schäuble kündigte an, zum Schutz bedrohter AusländerInnen künftig BGS-Einheiten zur Verfügung zu stellen.

Schon damals waren sich CDU/ CSU, SPD und FDP einig, daß eine "verfehlte Ausländerpolitik" ursächlich für die Massenkrawalle von Hoyerswerda sei. Die CDU/CSU machte das Grundrecht auf Asyl verantwortlich und wollte

Fortsetzung auf Seite 4

Hoyerswerda als Argument für dessen Abschaffung verstanden wissen. Der importierte sächsische Ministerpräsident Biedenkopf (CDU) stellte sich an die Spitze des "gerechten Volkszorns" mit der Forderung, in Sachsen keine Asylsuchenden mehr aufzunehmen. Die SPD hielt dagegen mit der Behauptung, die CDU/CSU rede nur immer vom Asylmißbrauch, biete aber auch keine Lösung an. Dieser Einwand war sachlich völlig daneben, da die CDU/CSU sehr wohl eine "Lösung" schon parat hatte, und die SPD nur noch ein weiteres Jahr brauchte, um ebenfalls vollständig auf diesen Weg einzuschwenken.

2. Heß-Gedenken unter Polizeischutz. Faschisten marschieren in Fulda auf

Rubrik: Polizei; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:38

Daß die Polizei, wie in der Vergangenheit oft behauptet wurde, "auf dem rechten Auge blind" ist, stimmt spätestens seit dem 14. August nicht mehr. Die Polizei war nicht "blind", als sechs- bis siebenhundert Alt- und Neofaschisten fahnenschwenkend und parolengrölend am späten Nachmittag durch die historische Innenstadt von Fulda zogen, PassantInnen und JournalistInnen anpöbelten und des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß gedachten. Sie sah dem rechtsradikalen Treiben vielmehr mit offenen Augen zu. Viele der in kurzärmeligen Hemden und Sommermützchen angetretenen Beamten beobachteten das grausige Spektakel durchaus interessiert und wohlwollend, wie Fernsehaufnahmen des ZDF-Magazins "Frontal" später noch einmal eindrücklich bewiesen. Wie ein Herz und eine Seele erschienen auf diesen Bildern der niedersächsische "Gauleiter" der Freiheitlich-Deutschen Arbeiter-Partei (FAP), Thorsten Heise, und der örtliche Einsatzleiter der Fuldaer Polizei bei ihren Absprachen über den Ablauf der faschistischen Demonstration und die Anzahl der geplanten Kundgebungsbeiträge.

Daß die Polizeiführung in Fulda, wie deren Chef Günther Voß in den darauffolgenden Tagen gegenüber der Presse immer wieder beteuerte, von dem Aufmarsch der Rechtsextremisten in der Domstadt regelrecht "überrascht" worden sei und so schnell keine Verstärkung habe anfordern können, ist eine ebenso lächerliche wie dreiste Lüge. Im Funksprechverkehr der Polizei war seit 15 Uhr - rund zwei Stunden vor Beginn des Aufmarsches, als sich der Nazi-Konvoi von einem Rastplatz nahe Kassel in Richtung Süden aufmachte - von Fulda als vermutlichem Demonstrationsziel die Rede. Daß diese Information von der Kasseler Einsatzleitung nicht an die Kollegen vor Ort weitergegeben worden sein soll, erscheint absolut ausgeschlossen. Doch selbst wenn es sich so verhalten haben sollte, wäre es für die polizeilich Verantwortlichen ein leichtes gewesen, die kurzfristige Verlegung weiterer Einheiten mit Transporthubschraubern anzuordnen. Knapp ein Dutzend Bundesgrenzschutz-Helikopter vom Typ "Puma" stand nämlich bis zum frühen Abend startklar in der Nähe von Bischofferode. Daß sie auch einsatzbereit waren, hatte die thüringische Einsatzleitung Stunden zuvor nachdrücklich unter Beweis gestellt, als bei einer spektakulären Luftlandeaktion innerhalb von Minuten mehrere Hundertschaften zur putativen Abwehr eines aus Richtung Göttingen anreisenden antifaschistischen Demonstrationszuges nach Duderstadt verlegt worden waren.

Darüberhinaus waren in Fulda wesentlich mehr Bullen präsent als die von Polizeichef Voß immer wieder zitierten 50 "überforderten" und "überraschten" Beamten: So hatten - nach verschiedenen Berichten - zwischen 150 und 250 Polizisten damit zu tun, linke GegendemonstrantInnen an der Autobahnausfahrt abzufangen bzw. AntifaschistInnen und deren Autos am Stadtrand von Fulda äußerst ruppig zu durchsuchen und an der Weiterfahrt ins Zentrum zu hindern.

Und noch eine Bemerkung dazu: Wenn, wie Voß und Kollegen kolportierten, die den Nazi-Konvoi begleitenden Streifenpolizisten auf dem Kasseler Parkplatz wirklich der "Versicherung" des FAP-Bundesvorsitzenden Friedhelm Busse Glauben schenkten, der Gedenkmarsch sei zugunsten einer Teilnahme an einer DVU-Veranstaltung in München abgeblasen worden, so würde auch dies das Verständnis, die Absprachen, kurz: die weitreichende Kumpanei zwischen Nazi- und (Teilen der) Polizeiführung beweisen.

So kam in Fulda dann, was kommen sollte. "Juden raus aus Deutschland", "Rotfront verrecke", "Rache für Rudolf Heß!" Mit diesen und anderen Sprechchören zogen die Faschisten um den Dom. Die schwarzweiße Reichskriegsflagge wehte, ebenso mehrere Dutzend Fahnen der FAP. Außer dieser, in den vergangenen Monaten häufig totgesagten, Organisation waren die Wiking-Jugend und Aktivisten der Deutschen Alternative an der Durchführung der Heß-Gedenkfeier maßgeblich beteiligt. Skinheads aus Niedersachsen und Brandenburg marschierten ebenso im Zug mit wie eine größere Gruppe Glatzen aus England oder Altfaschisten aus Dänemark und den Niederlanden. Während der Kundgebung, bei der sie unter anderem den Zweiten Weltkrieg als Produkt einer "Verschwörung des Weltjudentums" gegeißelt und das Deutschlandlied abgesungen hatten, rissen etliche Rechtsradikale immer wieder den Arm zum Hitlergruß hoch.

Völlig anders hatte sich die Situation am frühen Morgen im westthüringischen Landkreis Worbis dargestellt. Am Vorabend war - nach wochenlanger Unsicherheit - die Information durchgesickert, daß der Gedenkmarsch für

Heß ausgerechnet in Bischofferode stattfinden sollte - getarnt als Solidaritätsaktion mit den um den Erhalt ihres Werkes kämpfenden Kali-Bergleuten. Zwar distanzierten sich Belegschaft und Betriebsrat in einer am Vormittag vor dem Werkstor verteilten Erklärung von derlei Unterstützung, doch Bischofferode blieb bis in den Nachmittag im Brennpunkt des Geschehens.

Verstärkt durch den Bundesgrenzschutz und Einheiten aus Hamburg, hatten die niedersächsische und die thüringische Polizei massive Straßensperren und Kontrollpunkte an der Landesgrenze und rund um Bischofferode aufgebaut. Das Schachtgelände selbst glich einer Festung. Drei Hochdruckwasserwerfer standen im Hof, auf dem Parkplatz gegenüber vom Werkstor war eine ganze Armada von Grenzschutz-Mannschaftswagen aufgefahren. Aufklärungs- und große Transporthubschrauber überflogen pausenlos die Region.

"Unser Ziel ist, daß in Bischofferode heute keine Versammlung stattfindet, weder von rechter noch von linker Seite," erläuterte Friedrich-Karl Schrader, Pressesprecher der Polizei in Thüringen, immer wieder nachfragenden JournalistInnen das Einsatzkonzept. Und um unter Beweis zu stellen, daß er meinte, was er sagte, lud er wartende ReporterInnen immer wieder zu kleinen Spritztouren durch das Einsatzgebiet ein. "Da können Sie aufnehmen und Fotos machen und das alles direkt miterleben."

Die erste "größere Aktivität" (Schrader) der Ordnungshüter war dann im niedersächsischen Duderstadt in Augenschein zu nehmen. Gegen 10.30 Uhr waren dort ein paar hundert AntifaschistInnen aus Göttingen und anderen Städten eingetroffen, die gegen das Nazi-Treffen protestieren wollten. An der Weiterfahrt über die Landesgrenze gehindert, demonstrierten sie daraufhin in der Duderstädter Innenstadt. Die mit Mannschaftswagen und Hubschraubern herbeigekarrten Polizisten (s.o.) drückten und drängelten und brachten so den "potentiellen Gefahrenpunkt" (Schrader) sicher unter ihre Kontrolle. "Unsere Kundgebung ist durch die massive Bullen-Präsenz praktisch aufgelöst worden," sagte später eine Teilnehmerin.

Nicht ganz so rigide gingen die Bullen gegen Faschisten vor, die in kleinen Gruppen in das Eichfeld einsickerten. Auf thüringischer Seite, kurz hinter dem Dörfchen Zwinge, stoppten Polizisten an einer Sperre einen Bus mit Skins aus Lüchow-Dannenberg. Nach kurzem Palaver machten die Rechtsradikalen kehrt, hielten - völlig unbehelligt von der Polizei - in der Ortschaft und "besetzten" praktisch für eine Stunde die Dorfkneipe "Ellertal". Dort hielten sie sich eine Stunde lang auf, pöbelten andere Gäste an und drohten JournalistInnen und FotografInnen mit Prügeln.

Immerhin 28 Rechtsradikale will die Polizei an diesem Vormittag allein in Thüringen festgenommen haben, weitere 16 sollen in Sachsen verhaftet worden sein - mehrheitlich allerdings nur zur Personalienfeststellung. Obwohl bei Durchsuchungen von Fahrzeugen faschistisches Hetzmaterial, Waffen und Funktelefone beschlagnahmt wurden, waren nach Radioberichten alle Verhafteten schon wenige Stunden später wieder auf freiem Fuß.

Weitere 350 Rechtsradikale, die im Verlauf des Vormittags in mehreren Fahrzeugkonvois von Norden her über die Autobahn A 7 gekommen waren, hatten sich inzwischen auf dem Rastplatz bei Kassel versammelt. Am Mittag stießen rund 50 FAP-Mitglieder, die sich im Haus von Thorsten Heise in Nörten-Hardenberg (in der Nähe Göttingens) gesammelt hatten, dazu. Vor Heises Grundstück war AntifaschistInnen am frühen Morgen wenigstens ein kleines Erfolgserlebnis vergönnt gewesen. In einer Blitzaktion attackierten sie den Wagen eines FAP-Mitgliedes aus Wernigerode, schlugen die Scheiben ein und ließen die Luft aus den Reifen.

Nach einer Lagebesprechung trafen die Nazi-Führer - unter ihnen auch der Chef-Koordinator des Heß-Gedenkmarsches, Christian Worch aus Hamburg - in Kassel offenbar die endgültige Entscheidung, nach Fulda zu fahren. Um 14.50 Uhr verließ ihr Konvoi den Parkplatz Richtung Süden.

Diese Information erreichte die AntifaschistInnen zu spät. Sie hatten nach dem Ende ihrer Kundgebung in Duderstadt rund zwei Stunden auf einem Parkplatz in der Ortschaft Ebergötzen verbracht, vereinigten sich dann mit weiteren linken GegendemonstrantInnen auf dem Rasthof Göttingen und nahmen mit einer Stunde Verspätung die Verfolgung auf. Ein Rückstand, der bis Fulda nicht mehr aufzuholen war.

R., Göttingen

3. "Aufschreie des Entsetzens". Ralph Giordano an Ministerpräsident Eichel (SPD)

Rubrik: Polizei; Rechtsradikale, Neonazis; Juden in der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:46

Dokumentation

"Aufschreie des Entsetzens"

Ralph Giordano an Ministerpräsident Eichel (SPD)

Herr Ministerpräsident,

aus der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland erreichen mich Aufschreie des Entsetzens über die nazistische Demonstration in Fulda unter dem Begleitschutz hessischer Polizeikordons.

Tief verunsichert durch den offenbar unaufhaltsamen Anstieg fremdenfeindlicher Anschläge und der damit proportional und fühlbar angewachsenen antisemitischen Bedrohung, stellt sich der jüdischen Gemeinschaft brennender denn je zuvor die Frage, ob dieser Staat und seine Politiker mit der braunen Pest fertig werden wollen und können. Der Fuldaer Triumph der zeitgenössischen Variante des Nationalsozialismus unter objektiver Helfershelferschaft staatlicher Schutzorgane und ihrer Führung hat abermals und dringlich das Problem jüdischer Sicherheit in Deutschland aufgeworfen.

Die Stimmen aus der jüdischen Gemeinschaft, die mich erreichen, lassen keinen Zweifel daran, daß Sie, Herr Ministerpräsident, hauptverantwortlich gemacht werden für jene unentschuldbare Assistenz, die der SA unserer Tage durch die Polizei des Bundeslandes Hessen zuteil wurde, und daß es jetzt an Ihnen und Ihrer Regierung liegt, dieses Bild zu korrigieren. Hat der Aufmarsch der Hakenkreuzler vom 15. August 1993 doch jene rechtsfreie Strecke verlängert, deren blutige Spur von Hoyerswerda über Rostock, Mölln und Solingen bis in die Gegenwart führt, während der Ablauf den Herausforderern der demokratischen Republik nur wiederum bestätigte, daß sie unter offenem Himmel und am hellichten Tag so gut wie risikolos agieren dürfen.

Die polizeiliche Energie, die dann dennoch übrig war, um antifaschistische Gegendemonstranten an der Ausübung ihres Grundrechtes zu hindern, bekräftigte überflüssigerweise, daß auch in einem sozialdemokratisch geführten Bundesland der Staat auf dem rechten Auge blind ist. Wieder wurden unbelehrbare Rechte mit beträchtlichen Bevölkerungssympathien wie ungezogene Verwandte behandelt, der wahre, der eigentliche Feind aber auf einer Linken geortet, die ohne jede Massenbasis ist. Es ist dieses Ungleichgewicht im Gefahrenverhalten des Staates, das die Ängste der jüdischen Gemeinschaft wach hält, und Ihre Regierung, Herr Ministerpräsident, kann sich in der zweifelhaften Ehre sonnen, diese Ängste aus aktuellem Anlaß wie keine andere bisher geschürt zu haben.

In Übereinstimmung mit keineswegs nur jüdischen Menschen in Deutschland warne ich das Kabinett Kohl, die Bundestags- und Landtagsabgeordneten, die Polizei, den Verfassungsschutz und die Justiz abermals, die Entschlossenheit der Überlebenden des Holocaust, ihrer Familien, ihrer Freunde und Bundesgenossen im In- und Ausland zu unterschätzen, einer Entwicklung zu begegnen, die unseren Todfeinden Freiheiten à la Fulda einräumt und dabei ist, das Gefühl jüdischer Bedrohung in Deutschland endgültig zu überstrapazieren.

Ich bin von Stimmen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland autorisiert worden, die Inhaber der parlamentarischen Herrschaft im Deutschland des Sommers 1993 auf den Ernst der Stunde hinzuweisen. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß sich aus dieser Gemeinschaft die Zahl derer verstärkt, die kein Vertrauen mehr in das Land haben, das sie bisher und trotz allem als das ihre bezeichnen; kein Vertrauen mehr deshalb, weil es offensichtlich keine politische Kraft gibt, die fähig und willens ist, sich dem braunen Mob wirksam entgegenzustellen. Und so tauchen denn nach Fulda zwei Fragen auf: Wie lange ist noch Platz für Juden in Deutschland? Und: Ist diese Republik noch zu retten?

Es wird sehr darauf ankommen, Herr Ministerpräsident, mit welchen Maßnahmen die hessische Landesregierung, die politische Kaste Deutschlands, ja seine ganze Gesellschaft überhaupt, diese Fragen beantworten werden.

Ein nächstes Fulda schon - und es könnte zu spät sein.

4. Kali-Arbeiter im aufrechen Gang. Bischofferode im Kampf gegen Treuhand, BASF und Gewerkschaften

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:35

"Wir führen einen Kampf David gegen Goliath. Unsere Schleuder, mit der David Goliath besiegt, ist die Massenbewegung der Solidarität, ist der Schulterschluß der kämpfenden Belegschaften und Betriebsräte ... als einzeln kämpfender Betrieb gehen wir unter - im Bündnis Seite an Seite werden wir siegen!" So der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Gerhard Jüttemann am 1.8.93. Bis zu diesen kämpferischen Worten hatten die Kalikumpel aus Bischofferode schon einen langen Weg zurückgelegt.

Das Eichsfeld in Thüringen - ehemals "Armenhaus Deutschlands" - wurde erst während der DDR-Zeit industrialisiert. Die Menschen in der Region sind überwiegend gläubige Katholiken. Die CDU erzielte hier bei der letzten Bundestagswahl eine satte Mehrheit.

Vor dem Anschluß war die DDR mit jährlich ca. 3,5 Mio Tonnen (1989) der drittgrößte Kali-Produzent der Welt, nach der Sowjetunion und Kanada und vor der BRD, die mit ca. 2,2 Mio Tonnen den 4. Platz einnahm. Beim Export von Kaliprodukten lag die DDR sogar an 2. Stelle, hinter Kanada und vor der BRD. Der Hauptteil der Produktion kam aus Thüringen.

Nach der Wende wurden in Thüringen nach einer DGB-Berechnung 310.000 der 430.000 industriellen Arbeitsplätze abgebaut. Ein Ende ist nicht in Sicht. Bezogen auf die Kali-Industrie ist das Verhältnis noch schlechter. Von etwa 24.000 abhängig Arbeitenden sind in Thüringen noch ca. 1.500 übrig, davon 700 (von ursprünglich 1.900) im Werk "Thomas Müntzer" in Bischofferode. Diese hatten sich gute Chancen ausgerechnet, in der Marktwirtschaft bestehen zu können. Schließlich konnte die Auslastung bei gleichzeitigem Personalabbau noch auf etwa 80 Prozent im Jahr 1992 gesteigert und der Kundenkreis, hauptsächlich in Nord- und Westeuropa angesiedelt, erweitert werden. Das Werk galt zu DDR-Zeiten als Devisenbringer. Kein Grund also, die Zukunft zu fürchten?

Die Fusion: Kali und Salz AG wird Ostbetrieb

Die Treuhand sollte die ostdeutsche Kali-Industrie privatisieren. An die 40 Interessenten sind gekommen und auch wieder gegangen. Keiner wollte alle ostdeutschen Kaliwerke übernehmen. Die Kali und Salz AG aus Kassel stieg erst ein, nachdem die Treuhand bereits sechs von zehn Ostgruben geschlossen hatte.

Abgemacht wurde, daß die Kali und Salz AG (West), 100prozentige Tochter der BASF AG, der Mitteldeutschen Kali AG (Ost) beitreten wird. Sie wird damit formal ein Ostbetrieb. Laut dem diesbezüglichen Fusionsvertrag, dessen Einsichtnahme die Bischofferöder fordern und die ihnen bzw. ihrem Rechtsvertreter Gregor Gysi verweigert wird, erhält die Treuhand 49 Prozent der Gesamtaktien. 51 Prozent der Aktien des fusionierten Konzerns soll die BASF AG kontrollieren. Die Treuhand bringt etwa 1 Mrd. DM ein und übernimmt zusätzlich für die ersten 5 Jahre nach der Fusion zwischen 80 und 90 Prozent der Verluste wie folgt: 1993 bis 1995: 90 Prozent, 1996: 85 Prozent und 1997: 80 Prozent. Das Gemeinschaftsunternehmen plant außerdem im 5-Jahreszeitraum Investitionen in Höhe von 1,35 Mrd. DM. Als Leitung des Gemeinschaftsunternehmens soll im wesentlichen der jetzige Kali und Salz-Vorstand fungieren.

Die Treuhand genehmigte diese Fusion. Kali und Salz AG und Mitteldeutsche Kali AG begrüßten die Entscheidung ausdrücklich. Diese würde 7.500 Arbeitsplätze in Deutschland sichern. Die 700 Arbeitnehmer/innen in Bischofferode jedoch sollen nicht von dem Gemeinschaftsunternehmen übernommen werden. Sie sollen (sozusagen als Ergebnis ihres Arbeitskampfes) von der treuhandeigenen Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von Bergbaualtlasten bis Ende 1995 mit Sanierungsarbeiten beschäftigt werden.

Die Kali und Salz AG besteht darauf, daß in Bischofferode nicht weiter produziert wird. Im Falle eines Einzelverkaufs des "Thomas-Müntzer"-Werks werde die gesamte Fusion platzen. Das erklärt, warum z.B. auch der mittelständische Unternehmer Peine nicht zum Zug kommt, auf den die Kumpel zum Teil große Hoffnungen gesetzt hatten.

Kali und Salz -

seit Jahren in der Krise

Der wichtigste Markt für die Kali und Salz-Produkte aus der DDR war vor der Wende die BRD mit 46 Prozent (ein Drittel übriges Europa, 20 Prozent außerhalb Europas). In der BRD gab es 1986 und 1987 schon einmal einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen und damit verbundene Stillegungen. Trotz einer kurzfristigen Verbesserung der Gewinnsituation wurden bei Kali und Salz AG das Personal weiter - bis auf 6.000 Beschäftigte reduziert.

Die Kali und Salz AG wird ihre Aktivitäten auf dem Wachstumsmarkt Entsorgung und Recycling verstärken. Dies fügt sich in den Vertrag der BASF AG, Ludwigshafen, mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung, 70.000 Tonnen Sondermüll zu verbrennen. Kali und Salz AG soll sich dabei um die Bereiche Einlagerung von industriellen Abfallstoffen, Kunststoff-Trennung und Bauschutt-Aufbereitung kümmern.

Die BASF macht den Schnitt

Im Falle der Durchsetzung der geplanten Fusion wäre die BASF die Hauptgewinnerin, denn die Kali-Produktion in Deutschland wurde bereits durch Schließungen erheblich reduziert, und der Anteil der Ostgruben von 17 Prozent im Weltmarkt ist auf 1 Prozent geschrumpft. Vor allem aber übernimmt die Treuhand, wie oben beschrieben, die Verluste ohne Rücksicht auf die Ursachen. Also beispielsweise auch dann, wenn (naheliegenderweise) das künftige Gemeinschaftsunternehmen den Rohstoff Kali zu niedrigen Transferpreisen an den Düngemittelproduzenten BASF liefert.

Schließlich unterscheidet sich das Bischofferöder Kali in seinen Eigenschaften von dem Produkt der Kali und Salz AG. Durch die Streichung der Bischofferöder Qualität aus dem europäischen Angebot erhält die BASF Konkurrenzvorteile bei ihrem Düngemittelgeschäft, das auf der Weiterverarbeitung des westdeutschen Kalis nach dem von der BASF betriebenen sogenannten Kieseritverfahren beruht. Die BASF behauptet zwar, daß das Kaliumchlorid-Produkt K60/61, wie es in Bischofferode hergestellt wird, ein weltweit gehandeltes Massenprodukt ist und keine Sonderqualität darstellt: "Das, was immer als Sonderqualität bezeichnet wird, ist lediglich eine bestimmte Körnung der Ware. ... Es wird vom neuen Gemeinschaftsunternehmen und auch von anderen Kali-Produzenten angeboten." (Dr. Bethke, Vorstandsvorsitzender von Kali und Salz AG in "BASF information" vom 4.8.93) Doch daß der wichtigste Abnehmer für Bischofferöder Kali, der nach dem sogenannten "Mannheim-Verfahren" produzierende Kaliumsulfathersteller Tessenderlo-Chemie/EMC-Belgien, das im Austausch zu Bischofferöder Produkt angebotene Zielitzer Produkt nicht akzeptiert, mußte selbst die Kali und Salz AG öffentlich auf einer Pressekonferenz am 6.8.93 einräumen. Der Düngemittelkonzern und BASF-Konkurrent Kemira Oy mit seinen Fabriken in Finnland, Schweden und Dänemark hatte sich auf die Ersatzlieferungen aus Zielitz erst gar nicht eingelassen.

Der Kampf der Belegschaft

Die Kumpel empfinden es als Zumutung, daß sie anstatt produktiv weiterzuarbeiten, nunmehr Schließungs- und Sanierungstätigkeiten übernehmen sollen. Die von PolitikerInnen hochgelobten Angebote für Dauer- bzw. Garantiearbeitsplätze sind bei genauerem Hinsehen alles andere als konkret. ABM-Stellen - in anderen Teilen Thüringens eingefroren - sollen die Kumpel umstimmen. Doch die verhandeln nicht über Seifenblasen.

Der Arbeitskampf begann sofort nach Bekanntwerden der Schließungspläne im Rahmen des Fusionskonzeptes. Unterstützt wurde er in weiten Teilen von Kommunal- und Landespolitikern sowie von Kirchenvertretern. (Siehe Kasten) Am 1.8.93 fand ein großer Aktionstag in Bischofferode mit ca. 12.000 TeilnehmerInnen statt.

Am 17.8.93 fanden in verschiedenen Orten Thüringens im Rahmen des Aufrufs "Thüringen brennt" Straßenblockaden und vereinzelt auch Warnstreiks von Beschäftigten anderer Betriebe statt. Aber auch in Berlin (Treuhandanstalt), Ludwigshafen (BASF AG) und anderswo fanden Protestaktionen statt. In Berlin besetzten ein Dutzend Mitglieder des Seniorenausschusses der Berliner Gewerkschaft HBV das Bezirksbüro der IG Bergbau.

Am 20.8.93 lief ein Ultimatum der Mitteldeutschen Kali AG aus, den Arbeitskampf - insbesondere Hungerstreik und Werksbesetzung - in Bischofferode zu beenden. Anlaß genug für die Kumpel, den für 4.9.93 geplanten Aktionstag auf den 21.8.93 vorzuziehen. Der "Appell" von Treuhandchefin Breuel an die Kali-Arbeiter in einem

Brief vom 18.8., es nicht zu einer Konfrontation kommen zu lassen, könnte ein Hinweis darauf sein, daß Staat und Kapitalisten demnächst härtere Saiten aufziehen könnten.

Die Standhaftigkeit der Bischofferöder und das radikale Eintreten für ihre Arbeitsplätze, führt zu Ver-/Bewunderung (hauptsächlich im Westen), Hoffnung bis hin zu eigenen Aktionen/Besetzungen (bisher vor allem in Thüringen) und Beunruhigung/Angst bei den Verantwortlichen.

Dem Aufruf des "Aktionsbündnisses Thüringen" haben sich als Erstunterzeichner verschiedene Betriebsräte aus Thüringen verpflichtet. Darin heißt es:

"Wir werden uns nicht wie Lämmer scheinbarem Schicksal fügen! Wir werden Aktionen durchführen, um PolitikerInnen zur Einhaltung ihrer Versprechen zu zwingen, die Treuhandpolitik zu stoppen und Westunternehmen an der Vernichtung von Arbeitsplätzen zu hindern! Wir, die Unterzeichner, erklären, diesen Kampf - auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams aufzunehmen!"

Die Bedeutung liegt darin, daß von diesem Bündnis über den Rahmen der Solidarität mit Bischofferode hinausgegangen wird. "Bischofferode ist überall" bekommt die Brisanz, den Kampf auch anderswo für die eigenen Arbeitsplätze, für eine Lebensperspektive aufzunehmen.

Die Entscheidung der EG

Die EG-Kommission hat wegen ernsthafter wettbewerbsrechtlicher Bedenken eine umfassende Prüfung der umstrittenen Fusion eingeleitet. Sie prüft seit 3 Jahren immer dann, wenn Unternehmen beteiligt sind, deren Gesamtumsatz mehr als 10 Mrd. DM beträgt und die mehr als 1/3 ihres Umsatzes außerhalb des jeweiligen Mitgliedslandes erzielen. Dadurch wird die Entscheidung über die geplante Fusion voraussichtlich auf Dezember 1993 verschoben. Die EG-Kommission hat bis zu 4 Monaten Zeit die beteiligten Partner anzuhören und eine Entscheidung zu treffen. Sie kann die Fusion mit bestimmten Auflagen versehen oder untersagen. Der Betriebsratsvorsitzende Brodhun (Bischofferode) nannte die EG-Entscheidung ein "relativ positives Ergebnis".

Gewerkschaftsführung und Betriebsrat der BASF

gegen Kali-Kumpel

Die IG Bergbau und Energie hat sich voll hinter die Fusion gestellt. Der Gewerkschaftsvorsitzende Berger, gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied mehrerer Unternehmen - darunter der BASF -, sprach sich öffentlich für eine Nutzung der Kali-Grube in Bischofferode als Mülldeponie aus.

IG Chemie und Betriebsrat der BASF AG haben lange Zeit keine Stellung bezogen. Inzwischen tritt der Gesamtbetriebsrat des BASF-Konzerns entschlossen für den Fusionsvertrag ein. Am 16.8.93 - dem Tag der EG-Kommissions-Entscheidung - gaben Konzernbetriebsratsvorsitzender Obenauer und der Betriebsratsvorsitzende der Kali und Salz AG, Söllner, eine Pressekonferenz. Sie verwiesen auf den Erfolg der "Garantie"-Arbeitsplätze für die Bischofferöder Kumpel und forderten gleiche "Privilegien" auch für die durch die Fusion bedrohten ArbeitnehmerInnen im Westen.

Die Gewerkschaftsapparate von IG Bergbau und Energie sowie IG Chemie führen im Falle Kali-Fusion vor, daß sie für die eigene Fusion (unter Einbeziehung von IG Leder) - geplant für 1997 - durchaus reif sind. Unfähig, teilweise auch nicht gewillt, ihren Pflichten - z.B. Verhinderung von Arbeitsplatzabbau - nachzukommen, stimmen sie in das Konzert von Treuhand, Politik und Unternehmen mit ein. Gleichzeitig sind sie durchaus in der Lage, innerhalb weniger Tage "ihre" ins Gerede gekommenen Unternehmen zu verteidigen. Der Verdacht, daß der BASF-Betriebsratsvorsitzende Obenauer auch versucht hat, die Basis auf BASF-Linie einzuschwören, liegt nahe. Schließlich war ausgerechnet ebenfalls am 16.8.93 ein hektisches Ein und Aus am Betriebsrats-Gebäude zu beobachten.

Ein nicht zu überbietendes Maß an Schäbigkeit leisteten sich die IG Bergbau und die Betriebsräte der Kali und Salz AG, die ebenfalls am 17.8. (parallel zu den geschilderten Solidaritätsaktionen für Bischofferode) in Kassel eine Demonstration ihrer Belegschaften für die Fusion ihres Konzerns mit der Mitteldeutschen Kali AG und damit für die Vernichtung der Bischofferöder Arbeitsplätze einberufen hatten.

Solidarität in Ludwigshafen

Interessant ist das Verhalten des Ludwigshafener Monopolblattes "Die Rheinpfalz". Während vor dem 29.7.93 nur sporadisch über Bischofferode berichtet wurde, und dabei die BASF AG nicht ins Schußfeld geriet, änderte sich dies ab diesem Tag schlagartig. Drei Frauen, ebenfalls am Hungerstreik der Kali-Kumpel beteiligt, ketteten sich am Tor 1 - Eingang des BASF-Vorstandes - an. Seit diesem Zeitpunkt wird ausführlicher berichtet.

Am Rande des Aktionstages am 1.8.93 in Bischofferode gründeten einige angereiste LudwigshafenerInnen die Initiative "LudwigshafenerInnen in Solidarität mit Bischofferode". Mit dem Betriebsrat des "Thomas-Müntzer-Werks" wurde kurzfristig eine Informationsveranstaltung am Hauptstandort der BASF AG vereinbart. Den Raum stellte der Pfarrer einer evangelischen Gemeinde zur Verfügung.

Was überraschte, war das Interesse von Polizei und BASF-Vorstand, die versuchten, Einzelheiten über die Initiative zu erfahren. Die Stadtverwaltung verwendete gar Energien darauf, wild verklebte Plakate von städtischem Eigentum wieder zu entfernen. Außerdem war aus dem Rathaus zu erfahren, daß sogar der BASF-Betriebsrat kurze Zeit im Verdacht stand, hinter Veranstaltung und Plakaten zu stecken. Eine Anzeige gegen den Betriebsrat wurde in Erwägung gezogen.

Die Veranstaltung fand trotz alledem am 11.8.1983 statt. Der Gemeindesaal war mit zeitweise 130 bis 150 Menschen gut besucht. Beschlossen wurde die weitere Unterstützung der Bischofferöder unter anderem durch eine Demonstration am Solidaritätstag "Thüringen brennt", dem 17.8.93, zur BASF, Tor 1, mit 150 Leuten.

Hinweise

21. September 1993, 10.00 Uhr, Haus der Gewerkschaften, Erfurt:

Thüringer Betriebsräte-Konferenz. Hier werden branchenübergreifende Aktionen diskutiert und weitere Aktivitäten verabredet werden. Kontakt: Aktionsbündnis Thüringen, Tel. 0361-6738 388, Fax. 0361-6738 299

Widerstand braucht Solidarität: Wer helfen will, kann sich an die Belegschaft wenden: Kaliwerk Bischofferode, 99768 Bischofferode, Fax. 036077/99271 oder 99300. Spendenkonto Kaliwerk Bischofferode: Kreissparkasse Worbis, Konto-Nr. 360 310 38, BLZ 820 540 22.

jj., so./Ludwigshafen

Kurze Chronik

des Arbeitskampfes

Am 10.12.92 hat unser Arbeitskampf begonnen.

24.12.92: Großkundgebung mit etwa 5.000 Teilnehmer/innen

Ab 7.1.93: Das Werk wird unter Beibehaltung der Produktion besetzt gehalten

12.3.93: Große Protestkundgebung in Bonn mit 1.500 Teilnehmer/innen

8.4.93: Straßenblockade der B 80 an 2 Stellen

Karfreitag: 175 Beschäftigte unter Tage fuhren zu einer Kreuzwegeandacht aus

Ostersonntag: Ökumenischer Gottesdienst in 600 Metern Tiefe

1.5.93: Großkundgebung Deutsch/Deutsche Grenze mit 4.000 Teilnehmer/innen

17.5.93: 400 Kali-Kumpel protestieren vor dem Gebäude der Treuhand in Berlin (unter Beteiligung von Provokateuren der Polizei in Zivil)

1.7.93: Beginn des Hungerstreiks (12 Kumpel)

10.7.93: Aktionstag mir 5.000 Menschen, darunter Belegschaftsvertreter aus 40 Betrieben (Ost und West)

16.7.93: Urabstimmung der Belegschaft über die Fortsetzung des Arbeitskampfes. Ergebnis: 535 dafür, 50 dagegen, 3 ungültig

17.7.93: Aktionstag mit 2.000 Teilnehmer/innen, 5 Frauen im Hungerstreik

(aus: "Ein neues Kali-Echo" vom 18.7.93, Herausgeber: Betriebsrat Kaliwerk Bischofferode)

5. Rostock-Untersuchungsausschuß: Kein Interesse an der Wahrheit

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizei; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:44

Vertuscht und verzögert, manipuliert und abgelenkt - der Untersuchungsausschuß des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, eingerichtet nach den pogromartigen Vorfällen in den Nächten vom 22. bis zum 24. August 1992 in Rostock-Lichtenhagen, hat erwartungsgemäß in acht Monaten Arbeit zur Aufklärung der Ereignisse Substantielles nicht beigetragen. Zwar war der für das höchstwahrscheinlich gewollte Versagen der Polizei politisch und vermutlich auch persönlich verantwortliche Innenminister Kupfer (CDU), der am Vorgehen der Polizei bis zuletzt nichts auszusetzen fand und wiederholt Verständnis für die "Proteste" der Anwohner gefunden hatte, irgendwann nicht mehr zu halten. Im Februar dieses Jahres mußte er endlich zurücktreten als Hinweise auftauchten, es hätte am Abend des 24. August einen "Pakt" zwischen den Mordbrennern und der Polizei gegeben. Doch nach diesem Rücktritt war die Luft aus der Ausschußarbeit endgültig raus und das öffentliche Interesse noch mehr erlahmt. Zugleich lösten sich die in den Medien vorschnell als "Pakt von Rostock" bezeichneten Anhaltspunkte bei näherem Hinsehen alsbald in Luft auf; wir hatten schon Anfang Februar vermutet, daß hier eine falsche Fährte gelegt wurde, um von den wirklichen Hintergründen abzulenken. (vgl. ak 351 vom 10.2.93)

Gleichwohl enthält der im Juni veröffentlichte Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses einige neue, öffentlich bis dahin wenig bekannte Detailinformationen sowie, eher zwischen den Zeilen, ein paar Mosaiksteinchen mehr, die sich zu der sich angesichts der Ereignisse geradezu aufdrängenden Annahme fügen, daß das "nützliche Pogrom" (ak 345 vom 26.8.92) auch ein durch bewußte Unterlassungen von höchsten staatlichen Stellen herbeigeführtes Pogrom war, das die von den politisch Herrschenden mit menschenverachtenden Methoden geführte "Asylkampagne" ergänzte.

Mit dem Zwischenbericht wird, wie die drei Fraktionsvertreter von CDU, SPD und FDP in ihrer Vorlage für den Landtag erklären, "der Untersuchungsauftrag ... als erledigt angesehen". (Die Linke Liste/ PDS hatte im Februar ihre Arbeit im Ausschuß mit der Begründung eingestellt, daß dieser keine neuen Ergebnisse bringe und schon gar nicht zur Klärung der politischen Verantwortung von Innenminister Kupfer beitrage.) Der für den Herbst zu erwartende Abschlußbericht dürfte dann zusätzlich einige belanglose politische Schlußfolgerungen und Wertungen enthalten.

Polizei war nicht unvorbereitet

"Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das rechtsextremistische Potential in Rostock in keiner Weise unterschätzt werden darf. Die Polizei ist jedoch auch auf mögliche weitere Eskalationen organisatorisch, personell und materiell vorbereitet." Kein geringerer als Siegfried Kordus, vormals BKA-Beamter, zum Zeitpunkt des Pogroms noch Rostocker Polizeichef (aber schon auf dem Sprung zum Leiter des Landeskriminalamtes), schrieb dies in einem Aufsatz mit dem Titel "Aktuelle Fragen der Inneren Sicherheit am Beispiel der Stadt Rostock", erschienen im März 1992 in einem vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Band mit dem Titel "Wehrhafte Demokratie und Rechtsextremismus". So sei z.B., heißt es in dem Aufsatz von Kordus, im Juni 1991 ein Einsatzkommando gebildet worden, welches vornehmlich nachts und an Wochenenden eingesetzt würde. Des weiteren seien die bei den Hooligans in Rostock "organisierenden und ordnenden Personen ... polizeilich bekannt". Kordus weiß, daß es sich bei diesen "um ehemalige Rostocker Bürger, die jetzt in Hamburg ansässig sind", handele.

Für den Rostocker Untersuchungsausschuß ist die Frage nach Organisatoren des Pogroms aber kein Thema gewesen, obwohl der vom Landtag mit absoluter CDU/FDP-Mehrheit beschlossene Untersuchungsauftrag auch die Klärung der "Ursachen für die gewalttätige Eskalation" vorsah. Was man sich unter "Ursachen" vorstellte, umrissen statt dessen solche Fragestellungen wie die nach den "Belastungen für die Bevölkerung und für die Gemeinden des Landes" oder nach der Entwicklung der "Situation des Ausländerzuzugs seit dem 3.10.1990". Folglich sind auch Mitteilungen wie die des im brennenden Haus eingeschlossenen stellvertretenden Leiters des ZDF-Magazins "Kennzeichen D", der einen harten Kern von rund dreißig Leuten

beobachtete, welche immer wieder mit Molotow-Cocktails ins Haus eingestiegen sind, für den Untersuchungsausschuß ohne Interesse.

Über welche Informationen und Beobachtungen denn nun die Polizei verfügte, wollte der Ausschuß selbstverständlich nicht fragen. Beiläufig ist dem Bericht zu entnehmen, daß während der Ausschreitungen Zivilbeamte eingesetzt waren, die am Sonntag (24.8.) etwa beobachteten, daß um 14.15 ca. 20 bis 30 Skins mit PKWs vor das Wohnheim gefahren worden seien oder daß am selben Tag "um 21.48" beobachtet wurde, wie in der Flensburger Straße Nr. 10 "PKWs geöffnet wurden, um Molotowcocktails zu bauen". Wie diese Informationen polizeilich verarbeitet und verwertet wurden, erfahren wir genauso wenig wie zum Beispiel auch keiner der "vier Kriminalbeamten der Inspektionsstelle Warnemünde" vom Ausschuß befragt wurde, die sich in der Brandnacht "auf den Balkons des Heims aufgehalten" hatten, "ausgerüstet mit Ferngläsern und Sprechfunkgeräten" und die, kurz bevor das Feuer gelegt wurde, plötzlich verschwanden. (nach Spiegel 45/92)

Die Polizeidirektion Rostock jedenfalls hatte bereits am Freitag, den 21.8.1992 erstmals um 11.45 Uhr eine telefonische Mitteilung an das Landespolizeiamt in Schwerin gegeben, in der um Unterstützung durch einen Einsatzzug der Bereitschaftspolizei gebeten wird. Begründung: "Am Sonnabend sollen gegen Asylanten Maßnahmen geplant sein ... Personen aus der Bevölkerung fühlen sich belästigt. Anhänger der rechten Szene nutzen diese Situation aus." Ferner fertigte der stellvertretende Rostocker Polizeichef Jürgen Deckert einen Einsatzbefehl für die Rostocker Polizei an, die unter anderem auch die Einsatzmaßnahmen "Aufklärung" und "Vor- und Nachaufsicht" umfaßte. Einsatzzeit: Freitag, 18.00 Uhr bis Montag, 8.00 Uhr.

"Die Sonne scheint": Polizeieinsatz wurde vorbereitet

In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag war es, laut Lagebericht des Landespolizeiamtes durch "ca. 300 bis 400 Störer" (darunter "gewaltbereite Personen aus Lübeck, Berlin und anderen Bundesländern") zu Gewalttätigkeiten gekommen, in deren Verlauf 13 Beamte verletzt und zwei Funkstreifenwagen angezündet wurden. Daraufhin wurde, so läßt es sich dem Untersuchungsbericht entnehmen, für Sonntag von Polizeioberrat Deckert (dem Kordus am Sonntag-Vormittag die Führung vor Ort übertragen hatte) ein umfassendes Einsatzkonzept vorbereitet. Es dürfte sich dabei um den mysteriösen Plan "Die Sonne scheint" gehandelt haben, von dem Deckert später gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" (21.9.) sagte: "Es ist richtig, daß die Aktion ‚Die Sonne scheint` geplant war. Ich selbst habe dieses Konzept entwickelt. Und es ist auch richtig, daß es nicht in die Tat umgesetzt wurde."

Deckert hatte noch am späten Sonntag-Vormittag (11.55 Uhr) beim Landespolizeiamt massive Unterstützung bestellt. Laut dem Untersuchungsbericht wurden "folgende Kräfte angefordert und dann auch vor Ort geschickt:

- zwei Einsatzhundertschaften BGS

- zwei Wasserwerfer ...

- die EBL (Einsatzzüge besondere Lage) der Polizeidirektionen Schwerin, Anklam, Stralsund, Güstrow

- polizeidirektionseigene Kräfte von insgesamt 120 Beamten

- zusätzliche Kräfte für Lotsung Verbindungsbeamte, kriminalpolizeiliche Maßnahmen von 35 Beamten."

Um ca. 16.30 findet in der Polizeiinspektion Lütten-Klein eine Einsatzbesprechung statt, auf welcher Deckert (übrigens ein Mann, der schon bei Demonstrationen gegen das AKW Brokdorf im Einsatz war) sein Konzept vorstellt. Danach sollte das langgestreckte Hochhaus, in welchem sich ZAST und Vietnamesenwohnheim befanden, nach allen vier Seiten durch jeweils andere Einheiten abgesichert und abgesperrt werden. Zusätzlich zu den Absperrmaßnahmen waren Aufklärungsmaßnahmen vorgesehen. Der Bundesgrenzschutz sollte für Zugriffe eingesetzt werden.

Doch es kam bekanntlich schon an diesem Abend ganz anders: Ca. 800 militante Personen (laut Untersuchungsbericht) können, unterstützt von einer mindestens dreitausendköpfigen Menge, weitgehend ungestört agieren und dringen u.a. in das Wohnheim der Vietnamesinnen und Vietnamesen ein, wo sie etliche Räume verwüsten. Die weitgehend passive Polizei beklagt an diesem Abend 74 Verletzte, u.a. kommt es zu einem gezielten Schußwaffengebrauch eines Beamten auf die Beine eines Angreifers, der eine Gehwegplatte auf einen verletzt am Boden liegenden Kollegen werfen will. Noch einmal der Bericht der "Süddeutschen

Zeitung" vom 21.9.92, in dem mehrere Polizisten zu Wort kommen, die es den Nazis gerne gezeigt hätten, "aber wir durften nicht". Es "seien reichlich Polizeikräfte dagewesen, ‚da hieß es, wir sollen die Randalierer einkesseln. Und die Spezialtrupps hätten dann einen nach dem anderen rausgeholt. Wenn wir so vorgegangen wären, hätten wir schon am Sonntag Ruhe gehabt.` Sie erzählen, wie sie stundenlang darauf gewartet haben, daß über Funk das Signal ‚Die Sonne scheint` gegeben würde, aber es passierte nicht."

Die Schreibtischtäter

Was war geschehen? Laut Untersuchungsbericht fand ungefähr zeitgleich zu Deckerts Einsatzbesprechung in Lütten-Klein eine Arbeitsbesprechung in der Polizeidirektion Rostock statt. Dort soll über die Ereignisse der vergangenen Nacht sowie über die Modalitäten der Räumung und Verlegung der ZAST zum 1.9. gesprochen worden sein. Teilnehmer der Runde: Innenminister Kupfer, Polizeichef Kordus, sieben Senatoren aus Rostock, ein Herr Rauhut, später Innenstaatssekretär Baltzer, ebenfalls ein Schleswig-Holstein-Import.

Baltzer machte nun allerdings in seiner Befragung durch den Ausschuß am 25.1.93 einige interessante Aussagen (die im Bericht keinerlei Erwähnung finden). Der Sinn seiner Anwesenheit bei dieser Sitzung sei gewesen, Hilfestellung im Falle der Anforderung zusätzlicher Polizeikräfte aus anderen Bundesländern zu geben. Im übrigen aber sei es auf der Sitzung darum gegangen, "wie die Nacht mit Anstand überstehen".

Diese Hinweise sind aufschlußreich. Danach hätte die Runde sich sehr wohl über den kommenden Polizeieinsatz unterhalten. Daß hier abgesprochen worden sein könnte, gegenüber den "Bürgern" mit polizeilichen Maßnahmen zurückhaltend zu sein, ist gut nachzuvollziehen, wenn man bedenkt, daß hier Politiker beisammen saßen, die, wie Kupfer oder etwa der Rostocker Innensenator Magdanz (SPD), aus ihrem Verständnis für die rassistischen Stimmungen in der Bevölkerung keinen Hehl gemacht hatten. (siehe dazu die ausführlichen Belege, gerade auch für den folgenden Montag-Vormittag in ak 348 vom 19.11.92)

Entweder hier oder in einer vertraulichen Absprache zwischen Kupfer und Kordus muß Sonntag am Spätnachmittag entschieden worden sein, den faschistischen Mob polizeilich nicht zu behelligen. Und diese Linie wurde für den nächsten Tag (Montag) beibehalten, nur daß sie nun mit höchsten Weihen versehen wurde! Es kam zu einem (mit keinem Wort im Untersuchungsbericht erwähnten) Treffen in Rostock, an dem nicht nur erneut Kupfer und Kordus, sondern auch Ministerpräsident Bernd Seite und der inzwischen abgetauchte Innenminister Rudolf Seiters teilnahmen. Was soll logischerweise auf diesem Treffen anderes stattgefunden haben als eine Auswertung des bisherigen Ablaufs der Ereignisse und die Formulierung entsprechender Schlußfolgerungen für die folgenden Polizeieinsätze?

Die Ereignisse am Montag, die im Abzug der Polizei und im Anzünden des vietnamesischen Wohnheims mit über 100 eingeschlossenen Menschen gipfelten, sind seit den Befragungen der Polizeizeugen im Januar/Februar durch den Ausschuß von ihrem Ablauf her inzwischen weitgehend zu rekonstruieren. (siehe auch ak 351, vom 10.2.93) Bekanntermaßen erteilte Deckert, der zu diesem Zeitpunkt fast 40 Stunden ununterbrochen auf den Beinen war, um 20.00 Uhr den Befehl zum Rückzug der letzten noch vor der ZAST postierten Polizeikräfte. Ob Deckert nun auf Weisung handelte, einfach übermüdet war und dadurch versäumte, nach dem Abzug der Hamburger Einheit per Befehl eine andere Einheit heranzuführen, ist inzwischen fast belanglos angesichts der sich immer plastischer abzeichnenden Tatsache, daß er "politisch alleingelassen wurde", so hatte er es am Nachmittag gegenüber einem Hamburger Beamten selber formuliert.

Als Haupttäter dürfen Kordus und Kupfer gelten: Kordus, indem er als Deckerts Vorgesetzter diesen ohne Unterstützung ließ und ihm etwa zwei von Deckert am Nachmittag angeforderte Hundertschaften verweigerte, um sich dann kurz vor 20.00 Uhr aus dem Staub zu machen - ebenso wie Innenminister Kupfer - und mit derselben blöden Begründung, sie hätten ihre Hemden wechseln wollen. Kupfer ist der zweite Schreibtischtäter: Er wich während dieser Tage nie von Kordus' Seite und dürfte diesem die politische Rückendeckung für dessen Unterlassungen gegeben haben; wahrscheinlich mit dem Segen von Ex-Bundesinnenminister Seiters.

Deckert hält den Mund

Deckert hat es seit seiner erneuten Ladung vor den Ausschuß vorgezogen, die Aussage zu verweigern und beläßt es seitdem bei Andeutungen. " ‚Wer fragt nach der Vorgeschichte. Wo waren die Kameraden da oben?` Jürgen Deckert stellt Fragen. Von seinen eigenen Fehlern wolle er damit nicht ablenken, versichert er. ‚Aber

ich glaube, hier soll jemand ans Kreuz genagelt werden, damit andere eine saubere Weste behalten`..." (Berliner Zeitung, 10.2.93)

Bliebe an öffentlich bisher wenig bekannten Details nachzutragen, daß es am Montagabend laut Untersuchungsbericht wenigstens zweimal zum Einsatz von Schußwaffen kam: BGS-Beamte machten im Bereich des nahen S-Bahnhofs von der Schußwaffe Gebrauch, weil sie bedrängt wurden. Auf ein "Gruppenfahrzeug" der Mecklenburger Polizei wurde geschossen, die Hülse konnte sichergestellt werden. Von Montag auf Dienstag wurden 52 Polizeibeamte verletzt, von Dienstag auf Mittwoch, als massive Verstärkungen ernst machten mit der Zurückdrängung der Faschisten, noch einmal 65. Von den 370 vorläufig Festgenommenen stammten 217 aus Mecklenburg-Vorpommern (davon 147 aus Rostock), 41 aus Berlin, 29 aus Hamburg, 22 aus Schleswig-Holstein, der Rest aus anderen Bundesländern, darunter einige wenige aus Bayern und Baden-Württemberg. (Allerdings sind in den Zahlen auch rund 60 zeitweise verhaftete antifaschistische Gegendemonstranten enthalten.)

J./Westberlin

6. Rostock: Schonung für die Täter

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:11

"Keinerlei Nachsicht" forderte Bundeskanzler Kohl gegenüber den Teilnehmern an "solchen abscheulichen Untaten". Die "ganze Härte des Gesetzes" verkündeten damals - als die Rostocker Mordbrenner ihre Schuldigkeit getan hatten - ganz besonders gerne die politischen Profiteure des Pogroms, sollten die Täter zu spüren bekommen.

Heute kann Bilanz gezogen werden. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft hat es in Rostock insgesamt 375 Ermittlungsverfahren gegen Randalierer gegeben. In knapp über 30 Fällen kam es zu einem Gerichtsurteil, maximal vier Verfahren stehen noch aus. "Die übrigen Verfahren sind eingestellt worden", teilt die Staatsanwaltschaft mit. Daß sich nur ein derart geringer Anteil von Beschuldigten überhaupt vor Gericht verantworten mußte, rechtfertigt sie so: "Die große Zahl von Einstellungen beruht darauf, daß diese Beschuldigten von der Polizei zwar vorläufig festgenommen worden waren, aber ausreichende Beweismittel dafür, daß diese Beschuldigten sich strafrechtlich betätigt hatten, von der Polizei nicht vorgelegt werden konnten." (Schreiben v. 9.7.93)

Das "nicht konnten" ist eine sehr freundliche Wendung für eine keineswegs allgemeine Unfähigkeit. In Wackersdorf beispielsweise entfielen bis Ende 1987 auf knapp 4.000 offiziell bestätigte Festnahmen und über 3.000 Ermittlungsverfahren 2.481 Strafverfahren. Zu einem ebenfalls sehr hohen Prozentsatz wurde in diesen Verfahren vom eigens personell aufgestockten Schwandorfer Amtsgericht verurteilt.

Bei ihrem "Nicht-Können" ein wenig zu Hilfe kam den in Rostock eingesetzten Polizeitruppen bekanntlich der ominöse Ausfall eines Camcorders just in der Brandnacht. Doch auch in den Folgetagen, als BGS- und Polizeitruppen aus dem ganzen Bundesgebiet die disfunktional gewordene Nazirandale abräumten - und die große Mehrzahl der Festnahmen getätigt wurde - scheinen die sonst allgegenwärtigen Beweissicherungs- und Dokumentationstrupps gepennt zu haben. "Oft fehlten Angaben zur Person, zum angeblichen Tatort, zur angeblichen Tat", das absolute 1x1 der auf jeder Polizeischule trainierten "qualifizierten Festnahme". Weder wurden die Verantwortlichen für die "Schlamperei" zur Rechenschaft gezogen, noch wurde entsprechend nachermittelt. "Die mangelnde Strafverfolgung der Krawallmacher ist der Staatsanwaltschaft häufig vorgeworfen worden." (Tagesspiegel, 27.2.93) Ganz offenkundig lag das Kalkül einfach darin, mit einer hohen Zahl von Festnahmen das im In- und Ausland immer lauter geforderte staatliche Durchgreifen zu suggerieren, ohne die vormaligen polizeilichen Verhandlungspartner aus der Naziszene allzusehr zu treffen.

Der allergrößte Teil der Pogromteilnehmer ging so von vornherein völlig straffrei aus. Für die wenigen Verurteilten blieb das Strafmaß meist an der alleruntersten Grenze. Ein 19jähriger erhielt wegen Steinwürfen auf Polizisten eine Verwarnung und die Auflage, sich an einem sozialen Trainingskurs zu beteiligen. (Ein Linker kann für das gleiche Delikt auch schon mal anderthalb Jahre Knast kriegen - ohne Bewährung.) Zwei 18 und 21 Jahre alte Faschisten, die Mollis gebaut hatten, um sie auf eine Gruppe autonomer Gegendemonstranten zu werfen, wurden ebenfalls zur Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs verpflichtet. Auch Verurteilungen zu zwei, drei Wochen Jugendarrest waren häufig. Manchmal noch verschärft durch "zusätzlich zehn Tage gemeinnützige Tätigkeit". (FAZ, 15.9.92)

In weniger als einem Drittel der Fälle wurden Freiheitsstrafen verhängt, davon nochmals die Hälfte auf Bewährung. Lediglich ein halbes Dutzend der Naziaktivisten müssen bzw. mußten ihre Strafe absitzen. Das höchste verhängte Strafmaß beträgt drei Jahre.

Bei den Prozessen ging es in extenso immer wieder um die schwere Jugend der Angeklagten, um den Alkoholkonsum vor der Tat und ähnliches, was sich strafmildernd auswirkte. Irgendeine Anstrengung, auch bei bekannten Naziskins Verbindungen zur organisierten NS-Szene zu ermitteln, ist den Presseberichten an keiner Stelle zu entnehmen. Wenn ein 44jähriger Gemeindearbeiter aus Ahrensburg (Nähe Hamburg) eigens zum Rostocker Pogrom anreist, ist die Aufhellung von Hintergrund und Umfeld zentrale Aufgabe eines Gerichtsverfahrens. Statt dessen gewährt das in zweiter Instanz angerufene Rostocker Landgericht zur ohnehin geringen halbjährigen Freiheitsstrafe die Bewährung. (taz, 15.6.93) Offenkundige Zeugenabsprachen - man sei auf dem Weg zum Zelten an der Ostsee nur zufällig in Rostock-Lichtenhagen vorbeigekommen;

habe Kampfmontur nur getragen, weil die ja beim Camping so praktisch sei; aber wer nun das Zelt mitgebracht habe, wisse man nicht mehr ... - ignoriert das Gericht einfach, anstatt die Komplizen wegen Falschaussage zu nageln.

Aufstachelung

zum Rassenhaß?

Doch nicht in Rostock!

Thema der Anklage sind in den allermeisten Fällen Steinwürfe auf Polizisten, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt u.ä. Nur in einem einzigen in der Presse bekanntgewordenen Fall ging es um den eigentlichen Inhalt des Pogroms: um die Angriffe auf die ZAST und um die Brandstiftung an dem Wohnheim der VietnamesInnen, in dem sich über hundert Menschen aufhielten. Wegen des versuchten Mordes an diesen hundert Menschen wurde niemand verurteilt. Das einzige wegen versuchten Mordes begonnene Verfahren (übrig blieb auch da nur schwerer Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung) bezog sich nicht auf das Pogrom selbst, sondern auf einen anschließenden (fehlgegangenen) Molli-Wurf gegen Polizisten. Die faktische Straffreiheit der Mordbrennerei gegen ausländische Menschen in dem allerorten als Fanal empfundenen Pogrom ist der eigentliche Skandal der juristischen "Bewältigung" von Rostock.

Flankiert wird die Milde gegen wenige vor Gericht gestellte Einzelne durch die Unschuldigsprechung der tausenden sonstigen Teilnehmer des Pogroms und der politischen Hintermänner. Schon wenige Monate danach hatte die Staatsanwaltschaft alle Verfahren wegen Volksverhetzung gegen die aktiv am Pogrom Beteiligten eingestellt. "Die häufig gehörten Rufe wie ‚Ausländer raus` und ‚Deutschland den Deutschen` erfüllen die von der Rechtsprechung geforderten Voraussetzungen nicht, weil sie zwar gegen das Bleiberecht eines Ausländers und damit im weiteren Sinne diskriminierend, aber nicht gegen ihr Lebensrecht in der Gemeinschaft und damit gegen den Persönlichkeitskern eines Ausländers gerichtet sind", so Staatsanwalt Albert im Dezember. "Die Aufnahme der Ermittlungen mußte daran scheitern, daß bei keinem der beteiligten Gewalttäter der Nachweis einer Volksverhetzung geführt werden konnte." (nach: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 8.1.93, daraus auch die weiteren Zitate)

Mit dieser abstrusen Konstruktion entlastete die Staatsanwaltschaft nicht nur die rassistischen Brandschatzer auf der Straße, sondern auch gleich noch die politischen Hintermänner. Kurz nach dem Pogrom hatte es drei Strafanzeigen gegen die politisch Verantwortlichen gegeben, u.a. von Daniel Cohn-Bendit, Jürgen Flimm, Renan Demirkan, dem Verleger Reinhard Neven DuMont und Emma-Herausgeberin Alice Schwarzer unterzeichnet: Innenminister Seiters, Ministerpräsident Seite, Innenminister Kupfer, Polizeichef Kordus, Bürgermeister Zöllick, Innensenator Magdanz und weitere Politiker und Polizeiverantwortliche hätten "gewaltbereiten Straftätern das Feld überlassen und deren Handeln befördert" und sich der Beihilfe zur menschengefährdenden Brandstiftung, Volksverhetzung und anderer Straftaten schuldig gemacht.

Wenn es gar keine Volksverhetzung gegeben hat, ist die Sache einfach: "Ist aber eine Haupttat nicht festzustellen, fehlt es an der Tat, an der der Magdanz sich hätte beteiligen können". (Zur Erinnerung: Magdanz (SPD) hatte durch seine Weigerung, die Flüchtlinge anders als in der völlig überfüllten Lichtenhagener Unterkunft unterzubringen, die Situation bewußt eskaliert. Er war es auch, der den Nazis per Ehrenwort ihren Sieg - die Räumung der ZAST - attestierte, woraufhin sich diese dem VietnamesInnenwohnheim zuwandten.)

Auch sonst sei den Politikern strafrechtlich nichts vorzuwerfen. "Man könne", so Staatsanwalt Prestel, "wohl blind unterstellen, daß von den Verantwortlichen keiner vorsätzlich eine Straftat begangen habe." Allenfalls könne "fahrlässig etwas geschehen" sein. Für eine Verurteilung sei aber bei den fraglichen Straftaten "in jedem Fall ein Beteiligungsvorsatz erforderlich". Ein paar Grundkenntnisse in juristischer Formallogik, und die gemachte Voraussetzung nimmt das Ergebnis schon vorweg. Die Verfahren wurden allesamt eingestellt; in der ersten Augustwoche, rechtzeitig vor dem ersten Jahrestag des Pogroms, "schloß die Justiz die Aufarbeitung der Geschehnisse ab". (HA, 12.8.93)

Die "unbekannte Anzahl beifallklatschender Bürger", gegen die die Düsseldorfer Grünen Anzeige erstattet hatten, dürfen sich weiter ganz auf der Seite des Staates sehen. Die Auswertung der Bild- und Tondokumente habe "keinen sicheren Nachweis dafür erbracht, daß eine Sympathiekundgebung der Unterstützung einer strafrechtlich relevanten Aktion galt." Es könne ja auch nicht ausgeschlossen werden, daß sie "erst nach

Beendigung einer Tat erfolgte". Also etwa, nachdem Faschisten das Wohnheim erfolgreich in Brand gesetzt hatten. Ehrlich begeistertes Beifallklatschen zum Abfackeln von Ausländern, dazu ein paar von Herzen kommende Sieg-Heil- und Asylanten-weg-Parolen - darin kann diese Justiz nun wirklich nichts Verwerfliches sehen.

Ein Genosse der Anti-rep-Kommission

7. Bewilligtes Leben. VietnamesInnen in Lichtenhagen - ein Jahr "danach"

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:33

Rostock-Lichtenhagen, Mecklenburger Allee 19: Dies ist der Ort, an dem sich am Abend des 24. August 1992, einem Montag, Ungeheuerliches, zum damaligen Zeitpunkt trotz Hünxe, Hoyerswerda, Dresden, Eberswalde ... für kaum möglich Gehaltenes abspielte. Nachdem bereits zwei Abende lang jeweils bis weit in die Nacht hinein ein rassistischer Mob von über 1.000 Personen (vor allem Anwohner, aber auch zugereiste Nazi-Kader) die in der Mecklenburger Allee 18 gelegene ZAST (Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber des Landes Mecklenburg/Vorpommern) sowie das benachbarte Vietnamesen-Wohnheim belagert und angegriffen hatte, die ZAST daraufhin am Montag (wie früher schon das Vertragsarbeiterwohnheim in Hoyerswerda) von ihren Bewohnern geräumt wurde, wurden am Abend desselben Tages gegen 21.00 Uhr auch noch die letzten Polizeikräfte abgezogen. Die sich in der Nummer 19 befindenden gut 100 Personen (die vietnamesischen Bewohnerinnen und Bewohner sowie einige solidarische Deutsche, ein paar Wachmänner sowie ein ZDF-Kamerateam) waren damit den Faschisten schutzlos ausgeliefert. Diese verwüsteten daraufhin zahlreiche Wohnungen und legten anschließend in den unteren Stockwerken Feuer. Die angerückte Feuerwehr wurde am Löschen gehindert. Die im Haus eingeschlossenen Menschen konnten sich nur durch einen Zufall vor der starken Rauchentwicklung auf das Dach des Hochhauses retten. Erst nach 22.30 Uhr zog wieder Polizei auf, und die Feuerwehr konnte mit der Brandbekämpfung beginnen.

Während sich die ZAST seitdem weit außerhalb des eigentlichen Stadtgebietes im Rostocker Vorort Hinrichshagen auf ehemaligem Kasernengelände befindet, zogen die Vietnamesinnen und Vietnamesen, nachdem man sie zwischenzeitlich zunächst in eine Turnhalle und dann in ein Landschulheim einquartiert hatte, nach ca. zwei Wochen in ihre Wohnungen zurück. Schäden am Haus, etwa eingetretene Türen und zerschlagene Fenster, waren zu diesem Zeitpunkt beseitigt worden. Für Schäden innerhalb der Wohnungen, insbesondere auch der eigenen Haushaltsgegenstände und des Mobiliars, mußten die vietnamesischen Bewohner selber geradestehen. Entschädigungen oder finanzielle Zuwendungen von staatlicher Seite haben sie nicht erhalten. Heute befinden sich im Aufgang Nummer 19 wie schon vor dem August 1992 einige Arztpraxen, zusätzlich einige Büros, außerdem wohnen hier inzwischen auch einige Deutsche.

Wo sollten die Vietnamesinnen und Vietnamesen nach dem Pogrom sonst auch hin, als wieder in ihre Mietwohnungen zurückzukehren? Bis auf drei Familien mit Kindern, denen jeweils eine Wohnung in der Rostocker Innenstadt vermittelt wurde, leben die jetzt ca. 85 Vietnamesinnen und Vietnamesen weiterhin in rund 35 Wohnungen, die sie sich, so sie nicht Kinder haben, zumeist mit jeweils ein oder zwei anderen teilen müssen (Mehrfachbelegungen). Zum einen fühlen sie sich hier, wo sie alle zusammen in einem Aufgang leben, ein wenig sicherer. Zum anderen ist aber für die meisten der ehemaligen DDR-Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter noch immer nicht klar, ob sie sich im kommenden Jahr überhaupt noch in der BRD aufhalten dürfen.

Der (im Februar dieses Jahres zurückgetretene) Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Kupfer (CDU), der volle Verantwortung für den defensiven, die Faschisten gewähren lassenden Polizeieinsatz trägt (den er als erfolgreich bezeichnete, weil ja schließlich niemandem im belagerten Haus ein Haar gekrümmt worden wäre) und der offen Verständnis für die demonstrierenden Anwohner bekundete, setzte im Dezember 1992 seinem rassistischem Treiben die Krone auf, als er im Bundesrat (unterstützt vom Land Bayern) forderte, daß alle Vietnamesen, die am 31.12. 1992 den ihnen 1990 in Form einer "Bewilligung" gewährten Fünfjahreszeitraum schon überschritten hätten, sofort ausgewiesen werden müßten. Kupfer damals unter anderem wörtlich: "Es gibt keine Akzeptanz für Vietnamesen in Rostock." (siehe auch ak 349 vom 16.12.92)

Die schließlich dann am 17. Juni 1993 beschlossene Regelung für ehemalige ausländische DDR-Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter sieht nun folgendes vor: Alle diejenigen von ihnen, die am Stichtag 17.12.1993 über eine Wohnung sowie eine Arbeit bzw. ein geregeltes Einkommen verfügen oder sich in einer Umschulung befinden und zugleich nicht straffällig geworden sind, bekommen eine Aufenthaltsbefugnis für zwei Jahre. (Diese kann anschließend erneut für zwei Jahre verlängert werden. Klappt das noch zwei weitere Male, dann ist nach insgesamt sieben Jahren die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis möglich.)

Alle anderen werden abgeschoben, falls sie nicht, auch diese Fälle gibt es, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben.

Für etliche der Vietnamesen in Lichtenhagen liegt deshalb ihre nahe Zukunft im Ungewissen. Derzeit sind ca. 40 Prozent der Männer und rund 90 Prozent der Frauen arbeitslos. (Sind diese verheiratet, und der Mann hat eine Arbeit, dann werden sie wahrscheinlich nicht abgeschoben. Erfahrungswerte hierfür liegen aber noch nicht vor.) Die Arbeitssuche gestaltet sich als äußerst schwierig. Die Ausländerbehörde verlängert ihre Aufenthaltsgenehmigungen immer nur um jeweils vier Wochen, ein potentieller Arbeitgeber muß somit ebenfalls alle vier Wochen neu eine Arbeitsgenehmigung ebenso wie die Aufnahme in die Krankenversicherung beantragen.

Einige wenige Vietnamesen arbeiten heute in Kleinbetrieben, deren Inhaber nach dem Pogrom Arbeitsplätze angeboten hatten. Darüber hinaus sind in der Bevölkerung durchaus Ansätze der Solidarität mit den Immigrantinnen und Immigranten vorhanden. 16 Familien aus Lichtenhagen haben sich bereit erklärt, bei erneuter massiver Bedrohung der Vietnamesinnen und Vietnamesen diese bei sich zu Hause aufzunehmen. Andere Bewohner der Trabantenstadt haben ihren Wunsch nach dauerhaften Kontakten geäußert und sind dem nach dem Pogrom gegründeten Verein "Din Hong - Gemeinsam unter einem Dach" beigetreten. Als Rassist Kupfer im Herbst letzten Jahres die schnelle Abschiebung der Vietnamesen propagierte, wurden in Rostock innerhalb kurzer Zeit 10.000 Unterschriften dagegen gesammelt. Geschäfte und Markthändler zum Beispiel legten damals die Listen aus.

Insgesamt gesehen jedoch mangelt es diesen Ansätzen an tragfähigen Strukturen, mit deren Hilfe die Ansätze von Solidarität in kontinuierlichere und sich verbreiternde Bahnen gelenkt werden könnten. Die Unterstützung von seiten der Stadt oder des Landes ist mit Null zu beziffern, gleiches gilt im Grunde für sämtliche Parteien. Mit Spenden für den Verein sowie einem Besuch von Jochen Vogel kurz nach dem Pogrom hat sich allenfalls die (Rostocker) SPD ein wenig bemerkbar gemacht. (Darüber hinaus gab es für "Din Hong" Sach- oder Geldspenden von so unterschiedlichen Gruppen wie "terre des hommes", der Gesellschaft für deutsch-vietnamesische Freundschaft, dem Bund Junger Unternehmer, einem Jugendcamp der ÖTV in Rostock oder der Belegschaft des Arbeitsamtes Rostock.)

Nichtsdestoweniger fehlen dem Verein bis heute vernünftige Arbeitsmöglichkeiten, auf deren Grundlage es ihm überhaupt erst möglich würde, eine nach außen gerichtete Arbeit zu betreiben. Momentan ruht alles auf den Schultern von drei ABM-Kräften des Beratungszentrums im Parterre der Mecklenburger Allee 19 (zwei Deutsche, ein Vietnamese, deren Verträge Mitte September ablaufen und die bis Mitte August noch nicht wußten, wie es weitergeht). Diese stehen den Vietnamesinnen und Vietnamesen zum Beispiel in der Auseinandersetzung mit Ämtern und Behörden oder bei der Suche nach einem Arbeitsplatz zur Seite. Von den Beratungsmöglichkeiten machen im übrigen Vietnamesen aus allen neuen Bundesländern Gebrauch.

Einen großen Schritt nach vorne könnte es geben, wenn im Herbst die noch immer rußgeschwärzten Räume im Erdgeschoß der Nummer 19 renoviert und als Begegnungsstätte und Kulturzentrum hergerichtet werden. Die Finanzierung dafür konnte inzwischen gesichert werden. Sie läuft über das "Rauhe Haus" in Hamburg im Rahmen eines vom Landesjugendamt initiierten sogenannten Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt. Allerdings: Die Finanzierung der Stellen ist noch nicht gesichert. Die Vereinsmitglieder hoffen, daß sieben bis acht Stellen bewilligt werden, davon vier bis fünf für dort wohnende VietnamesInnen.

Seit dem Pogrom vor einem Jahr leben die in Lichtenhagen wohnenden Vietnamesinnen und Vietnamesen sehr zurückgezogen. Restaurants und Diskotheken besuchen sie nicht mehr, abends fahren sie grundsätzlich nicht mit der S-Bahn und auch am Tag versuchen sie die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu vermeiden. Ihr Verhalten ist beredter Ausdruck davon, daß auf sie seit einem Jahr in Rostock zwar keine lebens- oder gesundheitsgefährdenden Angriffe mehr stattgefunden haben, gleichwohl mit Pöbeleien und "kleineren" Übergriffen jederzeit gerechnet werden muß. Rassistische Schmierereien hat es fast ein Jahr lang rund um die Wohnungen der Vietnamesinnen und Vietnamesen nicht mehr gegeben. Erstmalig tauchte Anfang August an der Wand der benachbarten Kaufhalle wieder eine Parole "Vietnamesen nach Hause" auf. Diese wurde sofort entfernt.

Obwohl an den Schulen Lichtenhagens und der benachbarten Neubauviertel die allgemeine Grundstimmung "rechts" ist, treten organisierte Neo-Nazis nach vorliegendem Eindruck kaum offen in Erscheinung, was

allerdings nicht unbedingt heißt, daß es entsprechende Strukturen nicht gibt. Bekannt ist, daß beispielsweise einige Jugendliche aus Lichtenhagen zumindest eine Zeitlang aktive Mitglieder bei den "Jungen Nationaldemokraten" waren. Anfang August bekamen zahlreiche Lichtenhagener Jugendliche an sie persönlich adressierte Briefe mit der Post aus Hamburg zugeschickt. Absender: die FAP. Für den 7. August lud sie darin zu einem "Kameradschaftstreffen" im benachbarten Evershagen in der Gaststätte "Fischerdorf" ein. Dortselbst warb sie für ihren Verein und gleichzeitig wurden Belobigungen und Beförderungen an verdiente Kameraden ausgesprochen.

J./Westberlin

Bewiligtes Leben

Fortsetzung von Seite 5

weitergeht). Diese stehen den Vietnamesinnen und Vietnamesen zum Beispiel in der Auseinandersetzung mit Ämtern und Behörden oder bei der Suche nach einem Arbeitsplatz zur Seite. Von den Beratungsmöglichkeiten machen im übrigen Vietnamesen aus allen neuen Bundesländern Gebrauch.

Einen großen Schritt nach vorne könnte es geben, wenn im Herbst die noch immer rußgeschwärzten Räume im Erdgeschoß der Nummer 19 renoviert und als Begegnungsstätte und Kulturzentrum hergerichtet werden. Die Finanzierung dafür konnte inzwischen gesichert werden. Sie läuft über das "Rauhe Haus" in Hamburg im Rahmen eines vom Landesjugendamt initiierten sogenannten Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt. Allerdings: Die Finanzierung der Stellen ist noch nicht gesichert. Die Vereinsmitglieder hoffen, daß sieben bis acht Stellen bewilligt werden, davon vier bis fünf für dort wohnende VietnamesInnen.

Seit dem Pogrom vor einem Jahr leben die in Lichtenhagen wohnenden Vietnamesinnen und Vietnamesen sehr zurückgezogen. Restaurants und Diskotheken besuchen sie nicht mehr, abends fahren sie grundsätzlich nicht mit der S-Bahn und auch am Tag versuchen sie die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu vermeiden. Ihr Verhalten ist beredter Ausdruck davon, daß auf sie seit einem Jahr in Rostock zwar keine lebens- oder gesundheitsgefährdenden Angriffe mehr stattgefunden haben, gleichwohl mit Pöbeleien und "kleineren" Übergriffen jederzeit gerechnet werden muß. Rassistische Schmierereien hat es fast ein Jahr lang rund um die Wohnungen der Vietnamesinnen und Vietnamesen nicht mehr gegeben. Erstmalig tauchte Anfang August an der Wand der benachbarten Kaufhalle wieder eine Parole "Vietnamesen nach Hause" auf. Diese wurde sofort entfernt.

Obwohl an den Schulen Lichtenhagens und der benachbarten Neubauviertel die allgemeine Grundstimmung "rechts" ist, treten organisierte Neo-Nazis nach vorliegendem Eindruck kaum offen in Erscheinung, was allerdings nicht unbedingt heißt, daß es entsprechende Strukturen nicht gibt. Bekannt ist, daß beispielsweise einige Jugendliche aus Lichtenhagen zumindest eine Zeitlang aktive Mitglieder bei den "Jungen Nationaldemokraten" waren. Anfang August bekamen zahlreiche Lichtenhagener Jugendliche an sie persönlich adressierte Briefe mit der Post aus Hamburg zugeschickt. Absender: die FAP. Für den 7. August lud sie darin zu einem "Kameradschaftstreffen" im benachbarten Evershagen in der Gaststätte "Fischerdorf" ein. Dortselbst warb sie für ihren Verein und gleichzeitig wurden Belobigungen und Beförderungen an verdiente Kameraden ausgesprochen.

J./Westberlin

8. Chronologie rassistischer Anschläge (24.6.9.8.93)

und der bundesdeutschen rassistischen und antisemitischen Normalität

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:22

In Potsdam mußte der Geschäftsführer der Bündnis-Fraktion im brandenburgischen Landtag, Markus Derling, wegen seiner Unterschrift unter einem Thesenpapier mit rassistischen Äußerungen von seinem Amt als Vorstandssprecher des brandenburgischen "Bürgerbündnis" zurücktreten. In dem Text war die Ansicht vertreten worden, für den Aufbau einer multikulturellen Gesellschaft dürften nur "völlig gesunde und leistungsstarke, voll belastbare Menschen" nach Deutschland kommen. Wegen ihrer Unterschrift unter diesen Text gab auch Derlings Amtskollegin Ute Platzeck, Umweltdezernentin und stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Potsdam, ihren Platz im Vorstand des "Bürgerbündnis" auf. (Süddeutsche Zeitung (SZ), 25.6.93)

26.6.

In Berlin haben drei Neofaschisten einen Farbigen aus der S-Bahn gestoßen und anschließend einen japanischen Touristen mißhandelt. Die drei Täter hatten den Farbigen in der S-Bahn bedrängt und mit ausländerfeindlichen Sprüchen beschimpft. Als sich Zeugen schützend vor den bedrohten Mann stellten, wurde das Opfer am S-Bahnhof Plänterwald aus dem Zug gestoßen. Kurze Zeit später griffen die drei Neofaschisten auf dem Bahnsteig einen japanischen Touristen an, schlugen den Mann zu Boden und traktierten ihn mit Fußtritten. Nachdem sie ihn bestohlen hatten, ließen sie den 24jährigen Mann auf dem Bahnhof liegen und verschwanden. Beide Opfer wurden nur leicht verletzt. Die Täter konnten am nächsten Bahnhof von alarmierten BGS-Beamten verhaftet werden. Sie leisteten bei der Festnahme erheblichen Widerstand. Sie zeigten den Hitlergruß und riefen neofaschistische Parolen. Einer der Täter zückte ein Springmesser. Ein Pressesprecher der Berliner Polizei sagte am nächsten Tag, daß aus der Strafanzeige des Grenzschutzes ein rechtsradikaler Hintergrund nicht herauszulesen sei. In einem Fernschreiben des Grenzschutzes stehe kein Wort von ausländerfeindlichen Parolen und Hitlergrüßen. Für die Polizei sei der Überfall daher nichts anderes als "einfacher Straßenraub". (taz, 29.6.93)

In Parchim in Mecklenburg-Vorpommern wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für AsylbewerberInnen verübt. Menschen wurden nicht verletzt. Mehrere Neofaschisten fuhren mit sechs Kleinkrafträdern und einem Personenwagen vor das Haus und warfen einen Brandsatz gegen die Fassade. Sie konnten unerkannt entkommen. (Berliner Zeitung (BZ), 28.6.93)

27.6.

In Dresden-Neustadt griffen etwa 50 neofaschistisch orientierte Jugendliche ein von Linken bewohntes Haus mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern an. Die Polizei nahm zehn mutmaßliche Täter im Alter zwischen 16 und 27 Jahren fest. (BZ, 28.6.93)

In Erfurt haben sechs einschlägig bekannte Neofaschisten zwei Männer im Alter von 20 und 25 Jahren zusammengeschlagen. Nach Polizeiangaben standen die Täter unter Alkoholeinfluß. (BZ, 28.6.93)

28.6.

In Wegberg-Rickelrath im Kreis Heinsberg ist bei einem zweiten Brandanschlag innerhalb von 14 Tagen auf das Einfamilienhaus einer marokkanischen Familie eine 31jährige Mutter von vier Kinder schwer verletzt worden. Die Frau wurde bewußtlos aus dem Erdgeschoß des brennenden Hauses geborgen und mit einer schweren Rauchvergiftung und einem Schock in eine Klinik gefahren. Die Feuerwehr löschte den Brand. Der oder die Täter hätten nach Angaben der Polizei mit Brandbeschleunigern an zwei Stellen im Haus den Brand gelegt. Ein Bäcker habe auf dem Weg zur Arbeit den Brand entdeckt und die schlafende Familie durch Schreien und Klingeln geweckt. Die vier Kinder im Alter zwischen neun und 15 Jahren und die 21jährige Schwester der Frau wurden danach mit einer Leiter über das Vordach aus der ersten Etage in Sicherheit gebracht. Das Haus war erst vor wenigen Tagen notdürftig renoviert worden. Die Bundesanwaltschaft zog die Ermittlungen an sich, weil "ein ausländerfeindliches Tatmotiv vermutet" werde. (SZ, 29.6.93)

In Mühlhausen in Thüringen hat ein 40jähriger Mann einen 26jährigen rumänischen Asylbewerber mit Messerstichen getötet. Nach einem Streit habe er in einer Parkanlage zweimal auf das Opfer eingestochen.

Der Rumäne wurde mit einem Rettungshubschrauber in die Universitätsklinik nach Jena gebracht, wo er am 29.6.93 seinen Verletzungen erlag. Die Polizei nahm den 40jährigen Mülhausener fest; das Motiv sei unklar. (BZ und taz, 30.6.93)

29.6.

In Bonn teilt die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL mit, daß im April 319 ausländerfeindliche Straftaten registriert worden seien, darunter 15 Brandanschläge und 45 Angriffe auf Menschen. Gleichzeitig wurden dem BKA 152 Tatverdächtige gemeldet, von denen 65 vorläufig festgenommen wurden. Ein Haftbefehl wurde allerdings nur gegen zwei Verdächtige erlassen. (taz, 30.6.93)

In Arnstadt in Thüringen nahm die Polizei nach Hausdurchsuchungen zehn Neofaschisten fest. Die Wohnungen wurden im Zuge eines Ermittlungsverfahrens wegen Körperverletzung und Diebstahl durchsucht. (taz, 30.6.93)

In Potsdam kritisierte die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) des brandenburgischen Landtags das Verhalten der Sicherheitsbehörden anläßlich eines Skinhead-Konzerts in Prieros bei Berlin am 19. Juni. Dort hatten sich ca. 1.000 Skinheads auf dem Grundstück des Bürgermeisters von Gussow, Wolfgang Wendland, eingefunden; teilweise in SS-Uniformen, "Heil Hitler" und "Juden raus" rufend. Die Polizei schritt nicht ein. Ein Hauptkommissar im Potsdamer Polizeipräsidium habe sogar von einem "ordnungsgemäßen Verlauf der Veranstaltung" gesprochen. Die PKK kritisierte, daß das Innenministerium auch später nicht dem Ersuchen nachgekommen ist, Informationen über den tatsächlichen Verlauf der Veranstaltung zu geben. Die PKK habe davon aus der Zeitung erfahren. Angeblich hätten die eingesetzten Beamten, die "Lage falsch eingeschätzt", so Innenminister Ziel. Man sei Telefonanrufen von Anwohnern nicht nachgegangen. Erst später wurde bekannt, daß die brandenburgischen Behörden bereits am 21. Mai von der Dortmunder Polizei von dem geplanten Treffen Skinheadkonzert erfahren hatten, mit Datum und Ortsangabe Königs Wusterhausen, einschließlich des Hinweises, daß die Teilnehmer für gewalttätige, verfassungsfeindliche Ausschreitungen bekannt sind. Innenminister Ziel machte vor allem zwei Polizeiführer verantwortlich, gegen die jetzt disziplinarische Vorermittlungen laufen. (BZ, 30.6.93; FR, 3.7.93; taz und BZ, 7.7.93; BZ, 21.7.93 und 28.7.93)

30.6.

In Erbendorf in Bayern wurde von unbekannten Tätern ein Brandanschlag auf ein von zehn deutschen und ausländischen Familien bewohntes Haus verübt. Ein Brandsatz wurde durch das Fenster in das Kinderzimmer einer türkischen Familie geworfen. Ein vierjähriger Junge und ein fünfjähriges Mädchen schliefen in dieser Nacht ausnahmsweise bei ihren Eltern in einem anderen Raum, so daß sie unverletzt blieben. Eine 22jährige hochschwangere deutsche Frau aus einer anderen Wohnung erlitt eine Rauchvergiftung. Es entstand ein Sachschaden von 150.000 DM. Hausbewohner haben zur Tatzeit einen Mann beobachtet, der zu Fuß flüchtete. Die Polizei geht von einem politisch motivierten Anschlag aus; sie hat eine Belohnung von 10.000 DM ausgesetzt. (SZ, 1.7.93)

In Köln-Mühlheim wurde ein Brandanschlag auf eine Wohnung einer türkischen Familie verübt. Bei dem Anschlag wurde niemand verletzt, weil die vierköpfige Familie sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Die Täter hatten offenbar das Wohnzimmerfenster der Wohnung eingeschlagen, Benzin ausgegossen und entzündet. Der 43jährige Familienvater sei durch das Scheibenklirren und den Verpuffungsknall beim Entzünden des Benzins geweckt worden. Auf der Wiese vor dem Haus wurde ein Kanister gefunden. Den Sachschaden beziffert die Polizei auf 50.000 DM. (SZ und FAZ, 1.7.93)

In Berlin-Spandau wurde bei einer Schlägerei zwischen Deutschen und Türken eine Person verletzt. (BZ, 1.7.93)

In Ludwigshafen wurde ein Brandanschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft verübt. Eine Anwohnerin hatte Scheiben klirren gehört und beobachtet, wie zwei Männer vom Tatort wegliefen und dann in einem Auto davonfuhren. Bei dem Brand entstand geringer Sachschaden. Menschen wurden nicht verletzt. Die Polizeibeamten erstickten die Flammen mit einem Feuerlöscher. Es war der dritte Anschlag auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft in Ludwigshafen in diesem Jahr. (SZ und FAZ, 1.7.93)

In Berlin-Schöneberg griffen vier Männer zwei 19jährige Türken mit Messern, Baseballschlägern und Äxten an. Die Türken wurden leicht verletzt. Drei Angreifer wurden festgenommen; der vierte Täter flüchtete. (Welt, 1.7.93)

1.7.

In Köln teilte das Bundesamt für Verfassungsschutz mit, daß Rechtsextremisten im ersten Halbjahr 1993 neun Menschen getötet haben. Außerdem wurden sieben versuchte Tötungsdelikte registriert. Im gesamten letzten Jahr kamen 15 Personen (bisher hatte die Bundesregierung immer von siebzehn gesprochen, Anm. d. Verf.) durch Rechtsextremisten ums Leben. Bis Ende Juni diesen Jahres wurden 971 rechtsextremistische Gewaltdelikte verzeichnet, darunter 195 Brandstiftungen, vier Sprengstoffanschläge, 361 Körperverletzungen und 364 Sachbeschädigungen. (SZ, 2.7.93)

2.7.

In Gütersloh verübte ein Neofaschist einen Brandanschlag auf ein vorwiegend von Türken bewohntes Haus. In dem von 44 Mietparteien bewohnten Haus entstand geringer Sachschaden. Verletzt wurde niemand. Unmittelbar nach der Tat konnte der 21jährige Täter festgenommen werden. Nach Angaben der Polizei sei der Mann schon wegen Brandstiftung in Erscheinung getreten. Er habe ein Geständnis abgelegt. Tatmotiv sei Fremdenfeindlichkeit. Laut Polizei gebe es keine Hinweise darauf, daß der Festgenommene einer rechtsradikalen Gruppierung angehöre. (FR, 3.7.93)

3.7.

In Schwerin lieferten sich in der Innenstadt neofaschistische Skinheads und Türken eine Massenschlägerei. An der Auseinandersetzung waren ca. 20 Personen beteiligt. Drei Personen wurden verletzt. Die Schlägerei ereignete sich in unmittelbarer Nähe eines von Türken betriebenen Imbißstandes. (FR, 5.7.93)

In Borkheide verletzten elf Neofaschisten einen 17jährigen Mopedfahrer lebensgefährlich. Die Täter konnten mehrere Tage später festgenommen werden. Drei Beschuldigte sollen dem Haftrichter vorgeführt werden. Bei dem mutmaßlichen Haupttäter, einem 19jährigen Berliner, wurden Materialien der verbotenen "Nationalistischen Front" sichergestellt. (taz, 8.7.93 und FR, 10.7.93)

In Storkow randalierten Berliner Hooligans in einer Gaststätte. Im Verlauf der von ihnen angezettelten Schlägerei schoß der Gastwirt auf die Hooligans. Die Hooligans waren wegen ihres aggressiven Auftretens in dem Ort bereits einschlägig bekannt. (BZ, 7.7.93)

4.7.

In Göttingen haben Unbekannte den Anbau einer Unterkunft für Flüchtlinge in Brand gesetzt. In dem Anbau, der völlig niederbrannte, befanden sich Behelfstoiletten. In der angrenzenden Turnhalle leben 90 Bürgerkriegsflüchtlinge und AsylbewerberInnen. Die BewohnerInnen mußten wegen der starken Rauchentwicklung evakuiert werden. (FR, 5.7.93)

In Düsseldorf haben auf dem Nordfriedhof unbekannte Täter elf jüdische Grabstätten geschändet. Nach Angaben der Polizei ist für sie (selbst!) der Hintergrund noch unklar. (Welt, 5.7.93)

In Nörten-Elvese bei Göttingen wurden zwei Männer von Neofaschisten geschlagen. Die Männer erlitten Verletzungen an den Armen und im Gesicht. Die alarmierte Polizei traf auf einem Grillplatz in der Nähe der Ortschaft 30 Neofaschisten an. Die Polizei stellte die Personalien von 27 Neofaschisten fest. Die mutmaßlichen Schläger befanden sich allerdings nicht mehr auf dem Grillplatz. Die Polizei ermittelt. (Göttinger Tageblatt, 5.7.93)

5.7.

In Berlin-Marzahn wollen AnwohnerInnen der Lindenstraße ihre Straße für AsylbewerberInnen sperren lassen. Die BewohnerInnen der zehn Einfamilienhäuser an einer Stichstraße zu einer als AsylbewerberInnenheim genutzten ehemaligen NVA-Kaserne fordern, die 700 Flüchtlinge und AussiedlerInnen über einen parallel verlaufenden Weg zur Hintertür des Heims umzuleiten. Die Berliner Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD) sagte, die Forderung werde vom Bezirksamt Marzahn geprüft. Der Vorschlag bedeute für sie aber keine Sperrung der Straße für bestimmte Personengruppen. (SZ, 7.7.93)

In Augsburg haben unbekannte Täter einen Brandanschlag auf die Lagerhalle eines türkischen Geschäftsmannes verübt. Die Täter hatten am Tatort einen leeren Benzinkanister zurückgelassen und an einer Tür ein schwarzes Hakenkreuz aufgemalt. Das Feuer, bei dem auf Holzpaletten lagernde Lebensmittel verbrannten, richtete einen Sachschaden von 100.000 DM an. Die Polizei hält eine Brandstiftung aus politischer und ausländerfeindlicher Motivation für möglich. Der Geschädigte ist in Augsburg Sprecher einer antifaschistischen Initiative. Schon Tage vor dem Anschlag hatte sich der Geschädigte an die Polizei gewandt, da er Drohanrufe und -briefe erhalten hatte. Der Mann wurde aufgefordert, in die Türkei zurückzukehren. Er hatte bei der Polizei Anzeige gegen Unbekannt erstattet. (SZ und FR, 7.7.93)

In Frankfurt/Oder wurden die Zeugen in einem Prozeß gegen einen Neofaschisten, dem vorgeworfen wird, einen Nigerianer durch einen Messerstich schwer verletzt zu haben, bedroht. (taz, 6.7.93)

In Bonn hat Amnesty International deutschen Polizisten und Vollzugsbeamten Rassismus und schwere rassistische Übergriffe vorgeworfen. In vielen Fällen seien massive Mißhandlungen durch Polizeikräfte "rassistisch motiviert gewesen". Amnesty belegt dies mit einer umfassenden Dokumentation. (SZ, 6.7.93)

6.7.

In Osnabrück hat die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen den Dominikanerpater Heinrich Basilius Streithofen wegen des Verdachts der Volksverhetzung eingestellt. Bei einem Vortrag im Oktober 1992 in Meppen hatte der ehemalige Berater von Bundeskanzler Kohl Juden und Polen als "die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers" bezeichnet. Daraufhin hatten ihn der Landesverband der jüdischen Gemeinde in Niedersachsen und ein Kriminalbeamter angezeigt. In dem Einstellungsbescheid heißt es, eine strafbare Volksverhetzung liege nur dann vor, wenn sich die Äußerungen gegen "Teile der Bevölkerung" richteten. Dabei meine der Gesetzgeber nur den "inländischen Teil der Bevölkerung". Unter Vertretern der deutschen Juden löste die Einstellung des Verfahrens Empörung aus. (SZ und BZ, 7.7.93)

In Magdeburg stellte der Innenminister von Sachsen-Anhalt, Hartmut Perschau (CDU), seinen Landesverfassungsschutzbericht vor. Danach gebe es in Sachsen-Anhalt 1.200 militante Neonazis und Skinheads. Die Faschisten verhielten sich mehr und mehr konspirativ. Im Berichtszeitraum vom 1. August 1992 bis 30. April 1993 wurden in Sachsen-Anhalt 272 rechtsextreme Straftaten registriert. Von 189 Gewaltakten waren 163 fremdenfeindlich motiviert. Der Schwerpunkt der Aktivitäten habe eindeutig zwischen August und November 1992 gelegen. Seitdem sei eine rückläufige Tendenz zu beobachten. 644 mutmaßliche Straftäter wurden ermittelt. Von ihnen waren 70 Prozent zwischen 16 und 20 Jahre alt. (Welt, 7.7.93 und taz, 8.7.93)

In Stuttgart wird der bekannte Theoretiker der Neuen Rechten, Henning Eichberg, für eine außerordentliche Professur für historische Verhaltensforschung an der Universität vorgeschlagen. Bereits seit Mitte der 80er Jahre ist Eichberg als Gastdozent in Stuttgart tätig und hofft jetzt auf seine wissenschaftliche Rehabilitierung. Eichberg ist Anhänger des "Ethnopluralismus", also eines strikten Nebeneinander der verschiedenen Völker, um deren Vielfalt und Unterschiedlichkeit zu wahren. In seinen Schriften entwickelt er vor allem die rassistische These, daß die Völker "infolge der Rassenmischung ihrer Identität und ihres Gleichgewichts verlustig gegangen sind". (taz, 7.7.93)

7.7.

In Schwedt haben vier Männer und eine Frau mehrere polnische StaatsbürgerInnen überfallen und mißhandelt. Die TäterInnen stoppten vier polnische Autos und schlugen die Scheiben der Fahrzeuge mit Knüppeln ein. Dabei wurde ein Pole leicht verletzt. Ein Teil der InsassInnen wurde geschlagen, mit Füßen getreten und mit einer Schreckschußpistole beschossen. Die TäterInnen konnten zwei Tage später gefaßt werden. Sie gaben Ausländerfeindlichkeit als Motiv ihrer Tat an. Die rassistischen TäterInnen sollen nach Polizeiangaben angeblich keiner politischen Gruppierung oder bestimmten Szene angehören. (taz, 9.7.93 und FR, 10.7.93)

In Düsseldorf stellte der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Schnoor (SPD), den Landesverfassungsschutzbericht vor. Schnoor sprach von einer "Explosion fremdenfeindlicher Straftaten" seit den Morden in Solingen. Bereits in der ersten Hälfte dieses Jahres sind über 1.000 solcher Straftaten registriert worden. Zum Vergleich: 1992 wurden insgesamt 1.707 solcher Straftaten in Nordrhein-Westfalen gezählt.

Dabei sei die Anzahl der Gewaltdelikte erschreckend gestiegen: von 349 im Jahr 1991 auf 699 Fälle im Jahr 1992. Nur bei zwölf Prozent der Täter, die Delikte gegen AusländerInnen begangen hätten, sei ein "rechtsextremer Vorlauf" festgestellt worden. (FAZ, 8.7.93)

8.7.

In Berlin-Friedrichshain wurden bei Auseinandersetzungen zwischen Neofaschisten und Antifaschisten vier Personen verletzt. Die Neofaschisten konnten mit PKWs fliehen. (BZ, 10.7.93)

In Sachsen hat die Sonderkommission zur Bekämpfung rechtsextremer Gewalttaten (Soko Rex) 1992 mehr als 88 Prozent der von ihr bearbeiteten ausländerfeindlichen Gewalttaten aufgeklärt. Bis Ende 1992 habe das LKA in mehr als 800 Fällen rechtsextremer oder fremdenfeindlicher Gewalt ermittelt und dabei 1.244 Beschuldigte ermittelt. Alle in Sachsen von der Soko Rex bearbeiteten Brandanschläge seien aufgeklärt worden. Während bundesweit die Straftaten weiter anstiegen, seien sie in Sachsen zurückgegangen. Innenminister Eggert führt das im wesentlichen auf Vorbeugeaktionen sowie einen permanenten Strafverfolgungsdruck auf neofaschistische Gewalttäter zurück. (SZ, 9.7.93)

9.7.

In Schleswig-Holstein wurden im Juni nach Angaben des Innenministers Hans-Peter Bull 45 rechtsextremistische Gewalttaten registriert. Im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres waren es lediglich zwei. 20 der 45 Taten hätten sich gegen TürkInnen gerichtet. (FR, 10.7.93)

In Göttingen haben Unbekannte auf zwei von AusländerInnen bewohnte Häuser Brandanschläge verübt. Die Täter zündeten vor der Haustür eines Hauses einen Mantel an, den sie auf dem Hof des Gebäudes von einer Leine genommen hatten. In einem Nachbarhaus war eine brennende Zeitung unter die Tür geschoben worden. Beide Anschläge blieben ohne größere Folgen. Es entstand geringer Sachschaden. Menschen wurden nicht verletzt. (taz, 10.7.93)

In Gransee in Brandenburg haben Unbekannte ganze Straßenzüge mit faschistischen Symbolen wie Hakenkreuzen, SS-Runen, Keltenkreuzen und Parolen besprüht. Die offenbar sorgfältig geplante und koordinierte Aktion war von den AnwohnerInnen nicht bemerkt worden. (taz, 10.7.93)

In Erfurt ermittelt die ARD-Sendung "Monitor" allein in den letzten drei Monaten 80 gewalttätige Überfälle von Neofaschisten auf linke Jugendliche. Die Erfurter Polizeidirektion hat inzwischen schon eine eigene Telefonnummer, die BetreiberInnen von Jugendeinrichtungen anrufen können, wenn sie überfallen werden. Das Thüringer Innenministerium kommentiert dies: Es komme in Erfurt wie auch anderswo wiederholt zu Rangeleien zwischen "rechten und linken Gruppen", allerdings nicht in "einem wirklich besorgniserregenden Ausmaß". (SZ, 10.7.93)

In Warnemünde griff eine Gruppe neofaschistisch orientierter Jugendlicher Touristen aus Norwegen an. Dabei wurde einer durch Fußtritte schwer verletzt. Sieben mutmaßliche Täter wurden vorübergehend festgenommen. (FR, 12.7.93)

10.7.

In Herzogenrath bei Aachen verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein Haus, in dem eine libanesische Familie mit fünf Kindern lebt. Fünf Familienangehörige erlitten leichte Brandverletzungen. (taz, 13.7.93)

In Ilsenburg im Harz haben 25 Neofaschisten einen 19jährigen Radfahrer zusammengeschlagen und lebensgefährlich verletzt. Ein weiterer Radfahrer wurde ebenfalls verletzt. Die mit Bomberjacken und Tarnanzügen bekleideten Neofaschisten begleiteten den Überfall mit "Sieg heil!"-Rufen. Das Opfer lag mit einer Schädelfraktur mehrere Tage lang im Koma. Gegen drei mutmaßliche Täter wurde Haftbefehl beantragt. Einer der Täter nahm die Tat mit einer Videokamera auf. Nur dem beherzten Eingreifen von Feuerwehrleuten verdankt das Opfer sein Leben. Die Ermittlungen würden laut Polizeiangaben dadurch erschwert, daß Tatzeugen aus Angst kaum zu Aussagen bereit seien. Inzwischen seien weitere Täter, auch aus Niedersachsen und Hamburg namentlich bekannt. (taz, 12.7.93)

In Zittau haben rund 200 neofaschistisch orientierte Jugendliche sich zu einer Demonstration zusammengerottet, um dem vor einem Jahr von einem 30jährigen Afrikaner in Notwehr erstochenen Holger Müller zu gedenken. Der Aufmarsch war von einem "Nationalen Jugendblock" organisiert worden. (taz, 12.7.93)

In Torgau hat eine Gruppe von rund 30 Neofaschisten eine Veranstaltung der PDS gestürmt. Eine PDS-Fahne wurde abgerissen und vor dem Veranstaltungsgebäude verbrannt. Die zum Teil vermummten und mit Baseballschlägern bewaffneten Neofaschisten hatten Parolen wie "PDS verrecke" und "Wir kriegen euch alle" gerufen. Ein Teilnehmer des Treffens, das im Anschluß an eine Wanderung mit zahlreichen Frauen und Kindern stattgefunden habe, sei tätlich angegriffen und dabei leicht verletzt worden. (SZ, 13.7.93)

In Waiblingen in der Nähe von Stuttgart haben 200 Neofaschisten der Skinheadgruppe "Kreuzritter für Deutschland" ein "Deutsches Grillfest" gefeiert. Ein Kamerateam des ARD-Magazins "Panorama" hörte und filmte dabei den Hitler-Gruß, "Sieg Heil"-Sprechchöre und Äußerungen wie "Kill the Niggers", "Kill the Jews" und "Kill the Turks". Nach Schilderungen von "Panorama"-Mitarbeitern forderte der Sänger der Band "Screwdriver", Ian Steward, seine Zuhörer unter anderem auf, stolz auf die Leistungen der "Waffen-SS an der Ostfront" zu sein. Das baden-württembergische Innenministerium forderte Berichte der Polizei an, die klären sollen, warum die Polizei nicht einschritt. Nach Polizeiangaben waren die Beamten in einer Entfernung von 50 Metern postiert und hörten trotz einer gut funktionierenden Beschallungsanlage nichts, was strafrechtlich relevant gewesen wäre. Ein Sprecher des Innenministeriums vertrat die Ansicht, daß die Versammlung zwingend hätte aufgelöst werden müssen, wenn die Beamten vor Ort die erwähnten Äußerungen wahrgenommen hätten. (FR, 22.7.93)

In Nürnberg fand das 26. Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien statt. Hunderte von Vertriebenen und Mitglieder der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten", schrieen den CSU-Landesgruppenvorsitzenden Michael Glos mit "Sprechchören wie "Deutschland, Deutschland" oder "Aufhören" nieder. Besonders wurde Glos für seinen "Appell gegen Ausländerfeindlichkeit und Extremismus" ausgepfiffen. (BZ, 12.7.93)

11.7.

In Solingen brannte es an drei Stellen in der Innenstadt. An einem Ausländerzentrum wurden zwei Müllcontainer angezündet, vor einer Unterkunft für AsylbewerberInnen brannte eine Abdeckplane, und das Auto eines Arbeitsimmigranten geriet in Brand. Nach Angaben der Polizei wurde niemand verletzt. Laut Aussagen aus der Nachbarschaft des Ausländerzentrums dagegen erlitt ein Mann leichte Brandverletzungen. (taz, 13.7.93)

In Kempten im Allgäu haben Unbekannte Feuer in einer Wohnanlage gelegt, in der auch AusländerInnen leben. Zwölf BewohnerInnen erlitten Rauchvergiftungen, die Hälfte von ihnen seien AusländerInnen. (taz, 12.7.93)

12.7.

In Schwedt hat die Polizei die Störung einer PDS-Veranstaltung durch Neofaschisten unterbunden. Gegen acht mutmaßliche Anhänger der neofaschistischen Szene wurde Platzverweis ausgesprochen. (BZ, 14.7.93)

In Bondorf im Landkreis Waldshut brannte ein von albanischen Flüchtlingen bewohntes Haus nieder. Die Polizei ermittelt wegen Brandstiftung. (Welt, 14.7.93)

Der Publizist Ralph Giordano, der in Köln lebt, erhält ständig Morddrohungen. Besonders seit der Veröffentlichung des Briefes, in dem Giordano Bundeskanzler Kohl angesichts der Untätigkeit der Politiker gegen rechte Gewalt von der Selbstverteidigung der Juden "bis zum bewaffneten Selbstschutz" berichtete, hätten sich Todesdrohungen gegen ihn deutlich gehäuft. (BZ, 13.7.93)

In München haben mehrere Skinheads auf einer S-Bahnstation drei kroatische Jugendliche geschlagen. Die Polizei teilte mit, daß die Skinheads die Kroaten als "Kanaken" beschimpft hätten. Nach dem Überfall flüchteten die Täter. (FR, 13.7.93)

In Bochum machte der Germanistikprofessor an der Ruhr-Universität Harro Müller-Michaels in der Lokalausgabe der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" Stimmung gegen ein geplantes Containerdorf für

AsylbewerberInnen im Bochumer Stadtteil Stiepel. In einem öffentlichen Brief macht er sich "große Sorgen um die Bevölkerungsstruktur und die Lebensbedingungen" im Stadtteil. (taz, 13.7.93)

In Frankfurt-Ginnheim will ein Vermieter Roma aus seinem Haus klagen. Die Räumungsklage läuft. (FR, 13.7.93)

13.7.

In Strausberg in Brandenburg ist ein Asylbewerber aus Ghana am hellichten Tag verprügelt und beraubt worden. Der 29 Jahre alte Asylsuchende stand am Bahnhofsvorplatz und wartete auf einen Bus, als er aus einem vorbeifahrenden PKW zunächst mit ausländerfeindlichen Parolen beleidigt wurde. Dann stiegen zwei Insassen aus und schlugen mehrfach mit Baseballschlägern auf das Opfer ein. Bei dem Überfall wurde dem Ghanaer, der Hautabschürfungen und Prellungen an Armen und Beinen erlitt, die Geldbörse mit 500 DM entwendet. (BZ, 15.7.93)

14.7.

In Rheinland-Pfalz hat die Zahl der fremdenfeindlichen Delikte mit insgesamt 43 Fällen den bisher zweithöchsten Stand erreicht, teilte das Landesinnenministerium mit. (Welt, 15.7.93)

In der Bundesrepublik Deutschland sind im Mai dieses Jahres laut Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS/LL 400 ausländerfeindlich motivierte Straftaten registriert wurden. Dabei handle es sich um 33 Brandanschläge, 59 Angriffe gegen Menschen und 308 sonstige Delikte wie Sachbeschädigung, Bedrohung, Beleidigung und Raub. Im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Ausschreitungen sind nach Angaben der Bundesregierung 198 Tatverdächtige gemeldet, davon wurden 66 vorläufig festgenommen. Gegen sechs Verdächtige sei Haftbefehl erlassen worden. Bei Überfällen von Rechtsextremisten seien im Mai fünf Menschen getötet und 96 verletzt worden. (SZ, 15.7.93)

In Baden-Württemberg ist die auf das Land beschränkte "Heimattreue Vereinigung Deutschlands" (HVD) verboten worden. Die 1988 gegründete HVD besaß rege Kontakte nach Frankreich zur "Heimattreuen Vereinigung Elsaß". Dort soll sie Wehrsportübungen veranstaltet haben. Die Teilnehmer seien zum Bau von Brandsätzen und an Maschinenpistolen ausgebildet worden. Angehörige und Sympathisanten der HVD seien verdächtig, an einem Anschlag auf ein Asylbewerberheim und bei der Schändung einer jüdischen Gedenkstätte beteiligt gewesen zu sein. (taz, 15.7.93)

15.7.

In Berlin haben Unbekannte einen Brandanschlag auf ein türkisches Geschäft verübt. Die Täter hatten die Schaufensterscheibe des Lebensmittelgeschäfts mit zwei Pflastersteinen eingeworfen und anschließend Feuer gelegt. Polizei und Feuerwehr hatten den Brand löschen können. Waren und Regale seien beschädigt worden. (SZ, 16.7.93)

In Malchin in Mecklenburg-Vorpommern hat ein unbekannter neofaschistisch orientierter Jugendlicher einen 24 Jahre alten Asylbewerber aus Marokko überfallen. (Welt, 16.7.93)

In Stuttgart gab der Innenminister Frieder Birzele (SPD) bei der Vorstellung des Landesverfassungsschutzberichtes bekannt, daß allein in diesem Jahr in Baden-Württemberg 499 Straftaten mit erwiesener oder vermuteter rechtsextremistischer Motivation registriert worden sind. Der Rechtsextremismus verfüge über ein großes Täterpotential, bedrohe viele Menschen und Objekte und stoße "mit seiner fremdenfeindlichen Tendenz bei Teilen der Bevölkerung auf gewisse Sympathien". (SZ, 16.7.93)

16.7.

In Berlin-Spandau sollen mehrere Polizeischüler in Gängen der Polizeischule "Sieg Heil" gerufen und den rechten Arm zum Hitlergruß gehoben haben. Außerdem soll ein 19jähriger, der einen türkischen Vater und eine jüdische Mutter hat, von seinen Kameraden wegen seiner Herkunft erniedrigt und bedroht worden sein. (taz, 17.7.93)

In Schwerin erklärte das Landesamt für Verfassungsschutz, daß die Zahl der rechtsextremen Straftaten rückläufig sei. In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres zählte der Verfassungsschutz 52

Gewalttaten. In der Tendenz nähmen die Angriffe auf Ausländer und deren Unterkünfte ab, während die Gewalttaten gegenüber Angehörigen links eingestellter Gruppen zunehmen würden. (FAZ, 17.6.93)

In Inheiden bei Hungen provozierten neofaschistische Jugendliche BesucherInnen eines antifaschistischen/antirassistischen Konzerts. Die Neofaschisten seien bewaffnet gewesen, und einer habe einen Mitgliedsausweis der "NSDAP-Aufbauorganisation" bei sich gehabt. Die Auseinandersetzung mit den Neofaschisten nahm die Polizei als Anlaß für einen äußerst brutalen Polizeieinsatz gegen die BesucherInnen des Konzerts. Zwei Antifaschisten wurden festgenommen; sie saßen noch zwei Wochen später in U-Haft. Ein Haftprüfungstermin sei ohne die Anwälte der beiden Inhaftierten durchgezogen worden. (taz, 28.7.93)

17.7.

In Göttingen kam es in einer Gaststätte zu einer Schlägerei zwischen zwei Skinheads und zwei Gästen. Die beiden Verletzten mußten sich im Krankenhaus behandeln lassen. Die beiden angetrunkenen Neofaschisten wurden festgenommen. (Göttinger Tageblatt, 19.7.93)

In Zehdenick im Kreis Gransee wurden zwei ghanaische Asylbewerber von neofaschistisch orientierten Jugendlichen beschimpft und bestohlen. Die Jugendlichen hielten den Wagen der Ausländer wegen angeblich zu hoher Geschwindigkeit an und verlangten 50 DM. Einer der Jugendlichen habe sich dabei als Polizist ausgegeben. Die Insassen wurden als "Negerschweine" beschimpft. Ein Teil der Jugendlichen machte sich an der Elektronik des Fahrzeugs zu schaffen. Wenig später brach Feuer im Motorraum aus. Die Asylbewerber blieben unverletzt. (BZ, 19.7.93)

18.7.

In Hechingen in Baden-Württemberg haben Neofaschisten einen jüdischen Friedhof geschändet. Sie warfen 15 Grabsteine um und beschädigten sie. Es entstand ein Sachschaden von 100.000 DM. Anfang August gestanden zwei Lehrlinge die Tat. Laut Aussagen der Polizei gebe es keine Hinweise darauf, daß sie einer rechtsextremen Vereinigung angehörten, beide hätten aber "eine rechte Gesinnung". (taz und SZ, 7.8.93)

In Borken in Nordrhein-Westfalen wurde bei einem Brand in einer Unterkunft für Flüchtlinge ein 27jähriger Mann leicht verletzt, als er aus dem ersten Stock ins Freie sprang. Das Feuer wurde von einem Hausbewohner bemerkt, so daß sich die 15 im Haus lebenden AsylbewerberInnen rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Der Sachschaden beläuft sich auf 100.000 DM. Die Polizei schloß Brandstiftung nicht aus. (SZ, 19.7.93)

In Gießen hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß gegen die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" und die "Freie Wählergemeinschaft Frankfurt" eingeleitet. Auslöser der Ermittlungen ist ein Flugblatt, in dem die beiden Gruppen Aktionen angekündigt haben. Die Ermittlungen beziehen sich u.a. auf karrikierende Darstellungen von AusländerInnen und Juden im Stil des Nazi-Kampfblattes "Der Stürmer". (BZ, 20.7.93)

In Prenzlau in Brandenburg haben Unbekannte die BewohnerInnen einer Unterkunft für Flüchtlinge bedroht. Die Täter fuhren vor die Unterkunft, riefen "Heil Hitler" und gaben Schüsse aus einer Schreckpistole ab. Verletzt wurde niemand. Die Polizei ermittelt. (taz, 20.7.93)

In Oehna im Kreis Jüterborg wurde ein 22jähriger wegen eines T-Shirts mit der Aufschrift "Gegen Rassismus" von Rechtsradikalen zusammengeschlagen. Der Mann habe eine Discothek besucht, wo wenig später 30 bis 40 Jugendliche unter den Rufen "Deutschland" und "Hooligan" eingetroffen seien. Einige von ihnen hätten den Mann umringt, auf ihn eingeschlagen und ihn mit Springerstiefeln getreten, wobei er Prellungen und Schürfwunden erlitten habe. Nach den Tätern werde gesucht. (FR, 20.7.93)

19.7.

Wie erst jetzt bekannt wurde, starb am 27.4.93 in Obhausen in Sachsen-Anhalt ein junger Mann an den Folgen einer Verletzung, die er beim Überfall von Skins auf eine Discothek erlitten hatte. Am 24. April drangen rund 50 vermummte Skinheads in Obhausen in eine vorwiegend von "Linken" besuchte Discothek ein und schlugen mit Baseballschlägern auf die Gäste ein. (Innere Sicherheit 4/1993, 19.7.93)

In Berlin hat der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, heftig den geplanten Abriß einer Holocaust-Gedenkstätte für eine Eisenbahnwaschanlage auf dem Berliner Bahnhof Grunewald

kritisiert. Für das Projekt sollen nach den vorliegenden Plänen mindestens vier der fünf Rampen abgerissen werden, von denen zwischen 1941 und 1945 insgesamt 35.738 Juden in die Vernichtungslager der Nationalsozialisten deportiert wurden. (SZ, 20.7.93)

In Frankfurt/Main brannte es in einem von Deutschen und AusländerInnen bewohnten Schwesternwohnheim des Frankfurter Bürgerhospitals. 30 BewohnerInnen sind dabei verletzt worden. Mit Rauchvergiftungen wurden sie in umliegende Kliniken gebracht. Die Polizei wollte einen Brandanschlag mit politischem Hintergrund nicht ausschließen. (BZ, 20.7.93)

20.7.

In Bünde in Nordrhein-Westfalen ist ein Brandanschlag auf ein von AusländerInnen und Deutschen bewohntes Haus verübt worden. Verletzte gab es nicht. Der Sachschaden war nur gering, da die Flammen von der Feuerwehr schnell gelöscht werden konnten. In dem Haus hielten sich zum Tatzeitpunkt 27 Personen auf. (SZ, 21.7.93)

In Weil im Schönbuch in Baden-Württemberg wurde ein Brandanschlag auf ein Haus eines Türken verübt. Bei dem Brandanschlag wurde niemand verletzt. Der Sachschaden blieb gering, da eine Anwohnerin zufällig aufgewacht sei, das Feuer entdeckt und den 24jährigen Hausbesitzer alarmiert habe. Der Besitzer habe mit der Hilfe von Nachbarn den Brand löschen können. Die Täter konnten unerkannt entkommen. (SZ, 21.7.93)

In Berlin hat ein Sonderdezernat der Staatsanwaltschaft in diesem Jahr 140 Verfahren wegen Fremdenfeindlichkeit einleiten müssen, davon 98 wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß. Der größte Teil der TürkInnen, die ausländerfeindliche und rassistische Droh- oder Schmähbriefe erhalten, scheuen den Weg zur Polizei. Nach Angaben von Kenat Kolat vom Bund der Einwanderer/-innen würden sie obendrein häufig abgewiesen. (BZ, 22.7.93)

21.7.

In Potsdam haben unbekannte Täter den Ehrenfriedhof der GUS-Truppen geschändet. Die Täter warfen acht Grabsteine um, von denen einer zerbrach. (SZ, 23.7.93)

In Berlin wurde ein Anschlag mit einer Handgranate auf ein Heim für bosnische Flüchtlinge verübt. Bei der Explosion wurde niemand verletzt. Es habe nur "sehr geringen" Sachschaden an der Wohnanlage sowie an einem Nachbarhaus gegeben, teilte die Polizei mit. Der Staatsschutz übernahm die Ermittlungen. (SZ, 23.7.93)

In Potsdam teilte der Innenminister des Landes Brandenburg, Alwin Ziel, mit, daß Rechtsradikale in der ersten Hälfte diesen Jahres 135 Straftaten verübt hätten, darunter zwei Brandanschläge und 31 Fälle von Körperverletzung. Gegen 174 Tatverdächtige habe die Sonderkommission gegen rechtsorientierte Gewalt ermittelt. (SZ, 22.7.93)

22.7.

In Northeim bei Göttingen haben Neofaschisten Plakate einer "Rock gegen rechts"-Veranstaltung mit Plakaten der "Anti-Antifa" überklebt.

In Berlin sehen sich türkische Gefangene in letzter Zeit rassistischen Übergriffen durch Mithäftlinge und Bedienstete ausgesetzt. Eine unabhängige Kommission soll nach Forderung des ausländerpolitischen Sprechers der Berliner Fraktion Bündnis 90/Grüne, Ismail Hakki Kosan, rechtsextremistische Aktivitäten in der Jugendhaftanstalt Plötzensee untersuchen. Nach Angaben von Gefangenen könnten Nazilieder mit türkenfeindlichen Texten ungehindert gespielt werden. Außerdem gehörten nazistische Symbole zum Haftalltag. "Viele von uns werden durch rechtsradikale Bedienstete ständig provoziert," heißt es in einem Schreiben der Gefangenen. Wenn sie darauf aggressiv reagieren, "werden wir von den Bediensteten brutal geschlagen". Beschwerden an die Anstaltsleitung über Beschimpfungen wie "Kanaken" und "Schweine" blieben ohne Echo. Die Anstaltsleitung räumte ein, daß es in der JVA Plötzensee vier Häftlinge gebe, die "zum Feld der Rechtsradikalen zählen". Darüber hinaus behaupten 20 bis 30 der rund 400 Gefangenen, "rechtsradikal zu sein". (BZ, 24.7.93)

23.7.

In Cottbus sind neofaschistische Schmierereien entdeckt worden. Unbekannte Täter hatten Hakenkreuze, SS-Runen sowie Parolen wie "Rot Front verrecke" an die Rückfront eines Geschäftes geschmiert. (ND, 24.7.93)

In Torgau und Leipzig nahm die Polizei bei Hausdurchsuchungen acht Neofaschisten fest. Es wurden zahlreiche Waffen, darunter Würgehölzer und Baseballschläger, gefunden. (SZ, 24.7.93)

In Lohr am Main haben Neofaschisten ein Haus mit einer von Türken und Italienern besuchten Bar und Spielhalle in Brand gesetzt. Der einzige Bewohner, ein Deutscher konnte sich retten. Im Treppenaufgang entdeckten die Beamten den mit schwarzer Farbe an die Wand gesprühten Spruch "Tod den Türken" sowie ein Hakenkreuz. Der Schaden wird auf 500.000 DM geschätzt. (taz, 24.7.93)

In Northeim bei Göttingen mußte die Polizei wegen ruhestörenden Lärms die Geburtstagsfeier eines Neofaschisten aufsuchen. In der Wohnung fand die Polizei mehrere Zwillen, Schlagstöcke und Messer. Da es zu weiteren Ruhestörungen kam, nahm die Polizei insgesamt acht Neofaschisten fest. (Göttinger Tageblatt, 26.7.93)

24.7.

In Grävenwiesbach im Taunus trafen sich auf einem Grillplatz zu einem "Sauf-Fest" circa 100 Skins aus dem gesamten Bundesgebiet. Rund 30 Skins hatten sich zuvor auf der Autobahnraststätte Wetterau versammelt. Obwohl die Skinheads eindeutig Symbole verfassungsfeindlicher Organisationen zur Schau stellten, griff die Polizei nicht ein. Auch auf dem Grillplatz schritt die Polizei nicht gegen Nazis ein, die auf ihren Bomberjacken Nazisymbole hatten. (taz, 26.7.93)

In Hamburg St.Pauli hat ein von unbekannten Männern niedergestochener Schwarzafrikaner vergeblich versucht, Hilfe auf der Reeperbahn zu finden. Zeugen sahen, wie vier Männer vom Tatort flüchteten und der Schwerverletzte versuchte, ein Auto zu stoppen. Schließlich schleppte sich der Mann, ein 30jähriger Ghanaer, zu einer Tankstelle. Dort verblutete er. (FR, 26.7.93)

25.7.

In Torgau wurde ein Ehrenmal für im Zweiten Weltkrieg gefallene sowjetische Soldaten geschändet. Ein Grabstein wurde vollkommen zerstört und sechs weitere beschädigt. Die Polizei ermittelt. (taz, 27.7.93)

In Königs Wusterhausen gerieten fünf ortsansässige Skinheads mit einem nicht zugelassenen Wagen in eine Polizeikontrolle. Die Skinheads versuchten mit dem Wagen zu fliehen. Der Polizeiaktion hätten Hinweise auf ein bevorstehendes Treffen von Neofaschisten zugrundegelegen. Diese Hinweise stammten "aus der polizeilichen Arbeit". (BZ, 27.7.93)

In Cottbus haben Neofaschisten zwei Besucher einer Gaststätte krankenhausreif geschlagen. Einem 17jährigen wurde durch einen Fußtritt das Bein gebrochen, ein 29jähriger Mann mußte ambulant behandelt werden. Als einen der Tat verdächtigten nahm die Polizei einen auf Hafturlaub befindlichen 21jährigen fest. (taz, 26.7.93)

In Below im Kreis Wittstock drangen unbekannte Täter in das Gelände einer Außenstelle der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen ein und richteten Verwüstungen an. Die Täter hängten das Tor aus, durchschnitten die Leitung der Alarmanlage und schlugen eine Scheibe der Eingangstür zum Museum ein. (taz, 26.7.93)

In Nürnberg entstand bei einem Brand in einer Unterkunft für Asylsuchende ein Sachschaden in Höhe von 50.000 DM. Verletzt wurde von den 280 BewohnerInnen niemand. Die Brandursache ist unklar. (Welt, 26.7.93)

26.7.

In Hannover haben Beamte der Bahnpolizei einen türkischen Staatsbürger auf dem Bahnhof schwer mißhandelt. Der 38jährige Mann hielt sich nachts im Warteraum auf, um auf seinen Anschlußzug zu warten. Zwei Bahnpolizisten erschienen gegen drei Uhr morgens in dem Raum, um mehrere dort nächtigende Obdachlose zu vertreiben. Anschließend kontrollierten die Beamten Fahrausweise der übrigen Anwesenden. Obwohl der 38jährige einen gültigen Fahrausweis und seine Bahncard vorwies, wurde er zum Verlassen des Raumes aufgefordert. Als der Türke auf seinem Recht bestand, als Durchreisender den Warteraum zu benutzen, schleppten ihn die Polizisten gewaltsam heraus und nahmen ihn mit auf die Bahnhofswache, wo er

nach eigenen Angaben durchsucht, mehrfach geschlagen und mit Handschellen gefesselt in eine Zelle gesperrt wurde. Dort sei er von vier weiteren Beamten auf den Boden geworfen und getreten worden. Die Forderung nach Konsultation eines Rechtsanwalts wurde ebenso abgelehnt wie der Wunsch nach einem Arzt. (ND, 27.7.93)

27.7.

In Bayreuth hat die Staatsanwaltschaft gegen einen Polizisten, der Mitglied der rechtsradikalen Republikaner ist, Anklage wegen Freiheitsberaubung und Nötigung erhoben. Der 45jährige Gemeinderat soll im August letzten Jahres seine Dienstbefugnisse mißbraucht und in zwei Fällen ungerechtfertigt Ausländer festgenommen haben. (taz, 29.7.93)

In Berlin-Hohenschönhausen haben zwei rassistisch verhetzte Jugendliche zwei libanesische Kinder angegriffen. Die 14 und 16 Jahre alten Täter überfielen ihre 13 und 15 Jahre alten Opfer mit einem Messer und einem Baseballschläger. Eines der libanesischen Kinder wurde dabei mit dem Baseballschläger am Ellenbogen verletzt. Polizeibeamte fuhren mit den Kindern das Viertel ab und konnten die Täter nach einer kurzen Suche in der Umgebung festnehmen. Bei ihrer Vernehmung gaben die beiden Täter eindeutig ausländerfeindliche Motive an. (BZ, 29.7.93)

In Babenhausen in Hessen entschloß sich ein jüdischer Geschäftsmann, aus Deutschland auszuwandern, nachdem ihm unbekannte Täter die Radmuttern an seinem Auto gelockert hatten. Dieser Anschlag war das vorläufige Ende einer langen Kette antisemitischer Drohungen. So wurden an seinem Haus Hakenkreuze geschmiert, und er erhielt Drohbriefe wie "Du wirst vergast, Judensau" und "Wir brennen dir die Bude ab". Betrunkene Jugendliche skandierten vor seiner Wohnung "Jude, Jude" und zeigten den Hitlergruß. (Welt, 29.7.93)

28.7.

In Bad Langensalza hat die Polizei ein Zeltlager von neofaschistischen Jugendlichen durchsucht und 20 Personen festgenommen. Bei der Durchsuchung stieß man unter anderem auf neofaschistisches Propagandamaterial sowie Schriften über Wirkung und Zusammensetzung von Sprengstoffen. (taz, 29.7.93)

In Neubrunn bei Würzburg sind bei einem Brand in einer Unterkunft für Flüchtlinge drei Asylsuchende verletzt worden. Das Feuer sei im ersten Stock der Unterkunft ausgebrochen. In dem Heim sind vier kurdische Asylbewerber untergebracht und mehr als vierzig aus Schwarzafrika. (taz, 29.7.93)

In Ruhlsdorf sind zwei Teilnehmer eines Jugendseminars über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit von einer Gruppe von 15 Neofaschisten in einer Discothek in dem Feriendorf angegriffen worden. (FR, 31.7.93)

29.7.

In Wiesbaden mußte das BKA einräumen, daß die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland nach der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl explosionsartig angestiegen ist. Das BKA verzeichnete im Juni 1.307 solcher Straftaten - mehr als dreimal soviel wie im Vormonat. Darunter waren 76 Brandanschläge und 79 Körperverletzungen. Fünf versuchten Tötungsdelikten fielen im Juni keine Menschen zum Opfer. Das BKA registrierte nach eigenen Angaben im ersten Halbjahr 3.365 Straftaten. Für das erste Halbjahr 1992 wies die Wiesbadener Statistik noch 1.443 Straftaten aus. Nach Analysen von Polizei und Verfassungsschutz sind die fremdenfeindlichen Straftaten zunehmend durch Gewalt, Brutalität und Menschenverachtung gekennzeichnet. (Welt, SZ und BZ, 30.7.93)

In Magdeburg ist ein indischer Staatsbürger auf offener Straße von zwei Männern zusammengeschlagen worden. Anschließend entwendeten sie ihm Ausweis und 100 DM. Einer der Täter konnte festgenommen werden. (ND, 30.7.93)

30.7.

In Cottbus sind wieder Hakenkreuz-Schmierereien entdeckt worden. Drei Hakenkreuze und eine SS-Rune wurden auf ein Ortseingangsschild sowie auf ein Verkehrsschild am Stadtrand gesprüht. (taz, 31.7.93)

In München äußerte der bayerische Innenminister Beckstein (CSU) bei der Vorstellung des Landesverfassungsschutzberichts, daß die innere Sicherheit durch den Rechtsextremismus "dramatisch

gefährdet" sei. "Gewalt von rechts habe eine neue Dimension erreicht, sagte Beckstein. Ausländerfeindlich motivierte Gewalttaten würden immer mehr von Menschen begangen, die keiner rechtsextremistischen Gruppierung angehörten. Wegen dieser Welle der Gewalt müsse das gerichtliche Verbot, die Partei der Republikaner geheimdienstlich vom Verfassungsschutz überwachen zu lassen, wieder aufgehoben werden. (FAZ, 31.7.93)

31.7.

In Fürstenberg im Kreis Gransee haben unbekannte Täter zwei meterhohe Hinweistafeln auf die Gedenkstätte für das ehemalige Frauenkonzentrationslager bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Die Schilder mußten wegen der starken Beschädigung abgebaut werden. (ND und BZ, 2.8.93)

In Frankenthal in Rheinland-Pfalz ist ein Obdachloser von Jugendlichen mit brennbarer Flüssigkeit übergossen und angezündet worden. Das 41jährige Opfer erlitt lebensgefährliche Verletzungen an den Beinen. Die Polizei ermittelt nach eigenen Angaben gegen drei Jugendliche im Alter von siebzehn und achtzehn Jahren, die unmittelbar vor der Tat am Bahnhof, wo der Mann angezündet wurde, gesehen worden waren. Hinweise auf rechtsradikale Motive der Täter gebe es nach ersten Erkenntnissen der Polizei nicht; die Staatsanwaltschaft wollte dies aber nicht ausschließen. (FAZ und taz, 2.8.93)

In Bad Berka in Thüringen hat die Polizei nahe der Autobahntankstelle eine Sitzblockade von rund 15 neofaschistischen Jugendlichen aufgelöst. (Welt, 2.8.93)

In Eberswalde haben zwei neofaschistisch orientierte Jugendliche die BewohnerInnen einer Unterkunft für Flüchtlinge mit drei Schüssen aus einer Schreckschußpistole provoziert. Die Jugendlichen wurden von zwei Asylbewerbern festgehalten und der Polizei übergeben. Dabei kam es zu einem Handgemenge, bei dem die Schützen leicht verletzt wurden. (BZ, 2.8.93)

In Neu Zauche im Spreewald tauchten an der Gaststätte, einem Stallgebäude und einem Schaukasten Parolen wie "Danke GSG 9" und "RAF sind Mörder" auf. (BZ, 2.8.93)

1.8.

In Halle-Ammendorf haben etwa 30 neofaschistische Jugendliche einen Jugendclub überfallen. Sie warfen Rauchbomben durch die Fenster und zerschlugen mit Baseballschlägern Fensterläden und Scheiben. Es wurden zwei Gäste verletzt. Die Polizei nahm zwei Verdächtige fest. (ND, 2.8.93)

3.8.

In Schwedt haben rund 15 neofaschistische Jugendliche ein Café überfallen und dabei Personal und Gäste der als links bekannten Einrichtung provoziert und beschimpft. Während der anschließenden Schlägerei wurden mehrere Menschen leicht verletzt. (BZ, 4.8.93)

4.8.

In Schwedt ist es zwischen Deutschen und Polen wegen einer Stange Zigaretten zu einer Schlägerei gekommen. Ein Deutscher hatte einem Polen eine Stange Zigaretten weggenommen. Bei der Auseinandersetzung wurden zwei Polen verletzt, sie mußten ambulant behandelt werden. Zwei Autos wurden leicht beschädigt. (taz, 5.8.93)

5.8.

In Wegberg in Nordrhein-Westfalen wurde auf das Haus einer marokkanischen Familie zum dritten Mal innerhalb von zwei Monaten ein Brandanschlag verübt. Unbekannte haben eine brennbare Flüssigkeit in einen Kellerschacht gegossen und angezündet. Ein Zeuge sah die Stichflamme, löschte das Feuer und weckte die HausbewohnerInnen. (taz, 6.8.93)

In Baden-Württemberg haben die Staatsanwaltschaften im ersten Halbjahr 1993 insgesamt 1103 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten eingeleitet. 943 Verfahren dieser Art wurden abgeschlossen. Etwa die Hälfte der Verfahren mußte eingestellt werden, weil die Täter nicht aufgespürt werden konnten. 93 Angeklagte wurden verurteilt. Zum Vergleich: Die Zahl der

Ermittlungsverfahren in derartigen Fällen belief sich in diesem Bundesland im gesamten Jahr 1992 auf 1275. (FAZ und SZ, 6.8.93)

6.8.

In Falkensee im Kreis Nauen haben Unbekannte in einer Lagerhalle faschistische Schmierereien angebracht. Mit Farbe wurden etwa 25 Zentimeter große nazistische Parolen sowie ein Hakenkreuz auf eine Wand gesprüht. Die Halle gehörte zu einer Außenstelle des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen. Die Polizei ermittelt. (BZ, 7.8.93)

In Berlin hat Bündnis 90/Grüne die Ladenkette Aldi für ihre Verkaufsbeschränkungen für AusländerInnen kritisiert. Die Angestellten hatten Weisungen erhalten, den Warenverkauf zu kontingentieren. InhaberInnen deutscher Pässe sind von der Regelung ausgenommen. Aldi begründete die Verkaufsbeschränkungen mit Einkäufen von polnischen Kleinhändlern, die die Waren weiterveräußerten. (taz, 7.8.93)

8.8.

In Frankfurt/Oder wurden zwei 17- und 20jährige Polen von vier Jugendlichen zusammengeschlagen und anschließend ausgeraubt. (taz, 10.8.93)

In der Nähe von Frankfurt/Oder wurde eine 18jährige Polin auf der Bundesautobahn A 10 leicht verletzt, als mit einem Baseballschläger auf ihr Auto eingeschlagen wurde. (taz, 10.8.93)

9.8.

Erst jetzt wurde bekannt, daß ein abgelehnter Asylbewerber am 1. Mai in Berlin offenbar nicht durch Selbstmord, sondern offenbar durch Gewaltanwendung gestorben ist. Die Leiche des Yilma Wondwossen B. wurde im Teltowkanal gefunden. Laut Obduktionsbefund weisen aber große Blutergüsse auf eine Gewalttat hin. Andere Indizien untermauern dies. (taz, 10.8.93)

Bürokollektiv Ulla Jelpke

9. Die Verstaatlichung der Menschenrechte (UN-Menschenrechtskonferenz in Wien

Gedanken im Anschluß an die UN-Menschenrechtskonferenz in Wien

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:21

Vom 14.-25.6.1993 fand in Wien die zweite Weltmenschenrechtskonferenz der UN statt. 25 Jahre nach der ersten Menschenrechtskonferenz in Teheran (1968) (1) sollte die Lage der Menschenrechte in der Welt einer erneuten Bestandsaufnahme unterzogen werden. Darüber hinaus war es die Aufgabe der Konferenz, Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation zu beschließen.

Die weltpolitische Situation zur Zeit der Konferenz läßt sich folgendermaßen skizzieren: Der Zusammenbruch der Ostblockstaaten und die Einführung des Kapitalismus führten zu Arbeitslosigkeit und Armut in diesen Ländern und ließen ethnische Konflikte virulent werden. In westlichen Staaten, voran die BRD, kam und kommt es zu rassistischen Übergriffen. Die USA, zunehmend auch Japan und die BRD, treten als Großmächte auf. Der zweite Golfkrieg und die militärische Intervention in Somalia zeigen, daß die Großmächte ihre ökonomischen und politischen Interessen weltweit militärisch durchsetzen wollen. Die "neue Weltordnung" ist durch den Krieg westlich-kapitalistischer Staaten gegen Länder des Trikont gekennzeichnet. Auch die Wiener Konferenz war daher durch eine Konfrontation der Staaten des "Nordens" mit den Ländern des "Südens" geprägt.

Im Zentrum der Diskussion standen die Begriffe der "Universalität der Menschenrechte" und des "Rechts auf Entwicklung". Die These von der Universalität der Menschenrechte, die von den westlichen Staaten vertreten wird, besagt, daß die Menschenrechte einen Standard bilden, der überall auf der Welt gleichermaßen einzuhalten ist. Unter den Menschenrechten werden dabei die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 niedergelegten Rechte verstanden, und das heißt: sowohl die bürgerlichen und politischen als auch die wirtschaftlichen und sozialen Rechte (2). Deutlich ist allerdings, daß die westlichen Staaten den bürgerlichen und politischen Rechten den Vorrang vor den wirtschaftlichen und sozialen Rechten einräumen.

Staaten aus dem Trikont wandten dagegen ein, regionale und lokale Traditionen, wie sie etwa in Normen des Islam zum Ausdruck kommen, könnten den Vorrang vor den allgemeinen Menschenrechten haben, die ohnehin nur ein westliches Konzept bildeten, das den Ländern des Trikont nicht aufgezwungen werden dürfe. Der indonesische Außenminister erklärte, die Menschenrechte seien zwar ihrem Wesen nach universell, ihre Anwendung sollte jedoch in der Kompetenz der jeweiligen Regierung verbleiben. Am weitesten ging in diesem Zusammenhang der stellvertretende chinesische Außenminister, der konstatierte: "Es gibt keine absoluten individuellen Rechte und Freiheiten, außer denen, die innerhalb des Rahmens der Gesetzgebung festgeschrieben sind." (3) Diese Staaten sprachen sich dafür aus, ein "Recht auf Entwicklung" anzuerkennen. Ziel dabei ist, wirtschaftliche und politische Interessen dieser Länder gegenüber den westlichen Staaten, also zum Beispiel die Forderung nach einem Schuldenerlaß und allgemein: nach Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, zu legitimieren. Die auf der Konferenz vertretenen Staaten einigten sich darauf, sowohl das Prinzip der Universalität der Menschenrechte als auch das Recht auf Entwicklung im Abschlußdokument der Konferenz festzuschreiben.

Als praktischer Vorschlag von Seiten westlicher Staaten wurde diskutiert, zwei neue Institutionen im Rahmen der UN zu schaffen: einen Hochkommissar für Menschenrechte, der Menschenrechtsverletzungen untersuchen soll, und einen Internationalen Menschenrechtsgerichtshof. Das Abschlußdokument enthält jedoch lediglich die Empfehlung an die UN-Generalversammlung, sich vorrangig mit dem Projekt eines Hochkommissars zu befassen, während der Plan eines Gerichtshofs von vornherein keine Chancen hatte.

Im folgenden soll auf die These von der Universalität der Menschenrechte eingegangen und in diesem Zusammenhang eine Einschätzung der Wiener Konferenz und des von den UN durchgeführten Menschenrechtsschutzes im allgemeinen entwickelt werden.

Universalität der Menschenrechte?

Auf einer rechtsphilosophischen Ebene ist der These von der Universalität der Menschenrechte zuzustimmen. Schon das Wort "Menschen"-rechte bringt zum Ausdruck, daß alle Menschen grundlegende Rechte haben, und zwar unabhängig davon, in welchem Teil der Welt, in welchem politischen System und in welchem Staat sie leben. Der Grundgedanke der Menschenrechte lautet: Jeder Mensch ist als Individuum, als Person zu achten. Leben, die körperliche Integrität und die Freiheit eines jeden Menschen zum Beispiel sind "vorstaatliche", quasi natürliche Rechte und stehen prinzipiell "höher" als staatliche Interessen. Die Universalität ist daher notwendig mit dem Gedanken der Menschenrechte verbunden (4). Wer zum Beispiel, wie der Iran, Normen des islamischen Rechts den Vorrang vor den Menschenrechten einräumt, müßte konsequenterweise den Gedanken der Menschenrechte prinzipiell zurückweisen (was der Iran aber nicht tut).

Jedoch war das Treffen in Wien keine rechtsphilosophische Fachtagung, sondern eine politische Konferenz, auf der Regierungsvertreter praktische, langfristig wirksame Richtlinien festlegen wollten. Die Delegierten der westlichen Staaten sprachen sich für die Universalität der Menschenrechte mit dem Ziel aus, ein Interventionsrecht für ihre Staaten zu begründen. Die Behauptung, es gelte die Menschenrechte zu schützen, soll die völkerrechtliche Grundlage bilden, auf der sie "universell", das heißt: überall dort, wo es ihren ökonomischen, politischen und militärischen Interessen entspricht, intervenieren können. Dies ist ein Grund, weswegen Staaten des Trikont sich weigerten, die Universalität der Menschenrechte anzuerkennen. Ein anderer Grund ist allerdings darin zu sehen, daß viele von ihnen in ihren Ländern begangene Menschenrechtsverletzungen der internationalen Kritik entziehen wollten (5).

Die gleichzeitig mit der Wiener Konferenz durchgeführte "humanitäre" Aktion der UN in Somalia, an der die USA maßgeblich beteiligt sind und in die nun auch die Bundeswehr verwickelt ist, macht deutlich, daß die "humanitären" Interventionen mit dem Schutz der Menschenrechte nichts oder nur wenig zu tun haben und sogar selbst zu massiven Menschenrechtsverletzungen führen, wie der Bombardierung der somalischen Zivilbevölkerung und der Erschießung von 20 somalischen Demonstranten durch UN-Truppen. (6)

Wie kann es dazu kommen, daß die UN unter Führung der kapitalistischen Staaten im Namen der Menschenrechte massive Menschenrechtsverletzungen begehen?

Die Verstaatlichung der Menschenrechte durch nationales Recht ...

Zum Gedanken der Menschenrechte, wie er in der Aufklärung formuliert und in den bürgerlichen Revolutionen und Unabhängigkeitsbewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts in die Tat umgesetzt wurde, gehört, daß es die Menschen selbst sind, die ihre Rechte definieren und durchsetzen, und das heißt auch: daß sie selbst darüber entscheiden, mit welchen Mitteln sie dies tun. Da ihnen diese Rechte quasi von Natur zustehen, sind die Menschen dabei nicht unbedingt an die ihnen vom Staat zur Verfügung gestellten Möglichkeiten gebunden, sondern haben das Recht auf Widerstand, wenn sich die legalen Mittel als unwirksam erweisen.

Nach der Gründung der bürgerlichen Staaten wurden die Menschenrechte in den Verfassungen niedergelegt und damit in das geltende Recht aufgenommen. Diese positiv-rechtliche Anerkennung der Menschenrechte schloß eine unausgesprochene, aber grundlegende Wandlung des Menschenrechtsverständnisses ein. Nun waren und sind es nämlich die staatlichen Organe, die diese Rechte definieren, sie interpretieren und die auch die Wege vorzeichnen, auf denen die Menschen als "Staatsbürger" ihre Rechte sollen durchsetzen können: auf dem Rechtsweg (durch die Justiz) oder auf dem parlamentarischen Wege (durch Einflußnahme auf den Gesetzgeber mit dem Ziel der Verabschiedung neuer Gesetze). Ein Recht auf Widerstand wird allenfalls noch verbal anerkannt. Art. 20 Abs. 4 Grundgesetz begründet ohnehin nur das Recht zum Widerstand "gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen". Mit "dieser Ordnung" ist die "freiheitlich-demokratische Grundordnung", also das kapitalistische System, gemeint; ein Widerstandsrecht gegenüber dem Staat zum Schutz von Menschenrechten wird hier nicht formuliert.

Mit der Positivierung der Menschenrechte verschaffen sich die Staaten das Monopol, (vorgeblich) für die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen. Da die Staatsgewalt der Durchsetzung des Rechts dienen soll, ist mit dem Anspruch auf das Gewaltmonopol also auch der Anspruch auf das Rechtsmonopol verbunden.

... und durch

internationales Recht

Ein zweiter Schritt in der Positivierung der Menschenrechte wurde im Jahre 1945 vollzogen: Die UN-Charta verpflichtet zum ersten Mal im Völkerrecht die Staaten umfassend zum Schutz der Menschenrechte, ohne diese Rechte allerdings im einzelnen zu definieren. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 umfaßt sodann einen Katalog von genau definierten bürgerlichen und politischen, aber auch von wirtschaftlichen und sozialen Rechten; diese Erklärung bedeutet jedoch für die Staaten keine rechtlichen Pflichten, sondern ist nur eine Empfehlung. Die beiden Pakte von 1966 über bürgerliche und politische sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sind dagegen für die Vertragsstaaten verbindlich. Sie werden durch spezielle Verträge ergänzt, in denen einzelne Menschenrechte genauer als in den beiden Pakten definiert und durch effektivere Sicherungsverfahren geschützt werden, zum Beispiel die Konventionen gegen Folter und gegen rassische Diskriminierung. UN-Organe, wie die Menschenrechtskommission, sowie auf Grund der genannten Verträge geschaffene "Vertragsorgane", wie der Menschenrechtsausschuß (nach dem Pakt über bürgerliche und politische Rechte), haben die Aufgabe, die Einhaltung der Menschenrechtsnormen durch die Staaten zu überwachen. Diese Normen und die entsprechenden Kontrollorgane dienen dem "internationalen Menschenrechtsschutz".

Der "internationale Menschenrechtsschutz" beruht auf dem Konsens der Staaten: Die Staaten sind es, die darüber entscheiden, welche Rechte als Menschenrechte im Völkerrecht anerkannt werden. Sie sind es auch, die Kontrollorgane mit von ihnen festgelegten, eng begrenzten Kompetenzen einrichten. Die Mitglieder dieser Organe werden von den Regierungen nominiert und gewählt. Die Kontrollorgane schließlich interpretieren die Menschenrechtsnormen und entscheiden im Einzelfall, ob eine Menschenrechtsverletzung vorliegt oder nicht. Die Menschen erscheinen dabei in der Regel nur als Objekte, als Opfer von Menschenrechtsverletzungen, nur ausnahmsweise und nur formal als Subjekte, dann nämlich, wenn sie die Befugnis haben, sich mit einer Beschwerde an ein Menschenrechts-Rechtsorgan zu wenden (7).

Die dem internationalen Menschenrechtsschutz zugrunde liegende Botschaft lautet: Die "Staatengemeinschaft" ist willens und in der Lage, gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen ist deshalb nicht notwendig und daher auch nicht legitim. Das Widerstandsrecht hat dementsprechend im Völkerrecht nur geringe Bedeutung. (8) Ein Indiz für diese Haltung ist, daß die Menschenrechtskommission der UN nur solche Gefangene als politische Gefangene anerkennt, die wegen gewaltfreier Handlungen inhaftiert sind, und deshalb auch nur die Freilassung dieser Gefangenen verlangt, nicht jedoch derjenigen Gefangenen, die wegen gewaltsamer Aktivitäten inhaftiert wurden.

Außer den Staaten werden auch Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) im internationalen Menschenrechtsschutz tätig. Sie wollen mit Hilfe der Öffentlichkeit Druck auf die jeweiligen Regierungen ausüben und werden als Lobby bei den Regierungen vorstellig. Im Rahmen der zwischenstaatlichen Organisationen, insbesondere der UN, versuchen sie, auf die Ausarbeitung neuer Verträge, also quasi auf die internationale "Gesetzgebung", und auf die Rechtsprechung der Menschenrechtsorgane Einfluß zu nehmen. Die meisten NG0s stellen das Monopol der Staaten und der zwischenstaatlichen Organisationen auf den Schutz der Menschenrechte nicht in Frage. Auch sie nehmen die Menschen nur als Opfer von Menschenrechtsverletzungen wahr. Die meisten NG0s erkennen deshalb ein Widerstandsrecht ebenfalls nicht an. Amnesty international zum Beispiel versucht zwar, diejenigen politischen Gefangenen, die wegen des Vorwurfs der Anwendung von Gewalt inhaftiert sind, vor der Folter zu schützen, unterläßt es jedoch, anders als bei Gefangenen, die wegen gewaltfreier Handlungen inhaftiert sind, sie persönlich zu betreuen und ihre Freilassung zu fordern.

Die Aufnahme der Menschenrechte ins nationale und internationale Recht ist also damit verbunden, daß die Definition, die Interpretation und die Durchsetzung der Menschenrechte nunmehr allein in den Händen der Staaten liegen soll, ein Widerstandsrecht praktisch nicht anerkannt wird und die Menschenrechte in diesem Sinne "verstaatlicht" sind. Da die Staaten nun zugleich diejenigen Institutionen sind, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, besteht die paradoxe Situation, daß die "Täter" zugleich als die "Beschützer" der Menschenrechte auftreten und im Namen des Schutzes der Menschenrechte diese Rechte mißachten.

Der Kampf von anti-kolonialen Befreiungsbewegungen und die Entstehung neuer Staaten im Trikont haben dazu geführt, daß der Gedanke der Menschenrechte im Völkerrecht gemäß der ursprünglichen (in den bürgerlichen Revolutionen propagierten) Absicht wieder mit dem Kampf von Völkern um Befreiung verbunden wurde. Heute ist im Völkerrecht unstreitig, daß nicht nur Staaten, sondern auch Völker Rechtssubjekte sind,

wenn auch unklar ist, was dies im einzelnen bedeutet (9). Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in zahlreichen Resolutionen der UN-Generalversammlung anerkannt. Wichtig in dem hier behandelten Zusammenhang ist: In den beiden UN-Menschenrechtspakten von 1966 wird das Selbstbestimmungsrecht - in einem identischen Art. 1 - dem Katalog der Menschenrechte vorangestellt und damit als die Grundlage dieser Rechte anerkannt. Darüber hinaus wird in den UN ein Recht der Völker auf Frieden, auf eine gesunde Umwelt und auf Entwicklung diskutiert, wenngleich sich die westlichen Staaten gegen die Anerkennung dieser Rechte aussprechen. Aber auch die Anerkennung von Völkern als Subjekte des internationalen Rechts beruht nicht unmittelbar auf dem Willen der Völker, sondern hat den Konsens der Staaten zur Voraussetzung, so daß auch hier von einer "Verstaatlichung" der Rechte zu sprechen ist.

Das Menschenrecht

auf Widerstand

Demgegenüber ist es notwendig, sich auf den Grundgedanken der Menschenrechte zu besinnen: Die Menschen haben ein Recht darauf, selbst zu bestimmen, worin die für sie wesentlichen Bedürfnisse und Interessen bestehen, worin also ihre Rechte bestehen und wie sie im einzelnen zu definieren sind. In den bürgerlichen Revolutionen wurden die bürgerlichen und politischen Rechte geltend gemacht. Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts setzte sich darüber hinaus für wirtschaftliche und soziale Rechte ein. In den 80er Jahren unseres Jahrhunderts wurde angesichts der von der NATO heraufbeschworenen Gefahr eines Atomkrieges zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes ein "Recht auf Frieden" postuliert. Die Definition der Menschenrechte ist somit kein abgeschlossener Prozeß. Neue Bedrohungen und Verletzungen elementarer menschlicher Interessen führen vielmehr dazu, daß neue Menschenrechtsforderungen gestellt werden müssen.

Die Menschen haben auch, wie bereits dargestellt, das Recht, für ihre Rechte zu kämpfen, und sind überall dort, wo sich die legalen Mittel als ineffektiv erweisen, dazu berechtigt, Widerstand zu leisten. Zugespitzt läßt sich formulieren, daß das Widerstandsrecht die praktische Seite der Menschenrechte bildet. Die "Universalität der Menschenrechte" besteht in dem Recht, sich überall dort, wo es notwendig ist, für die Verwirklichung der Menschenrechte einzusetzen. Nicht die Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen sind es demnach, die das Recht schaffen und durchsetzen, sondern die Völker und die politischen Bewegungen, die deren Interessen wahrnehmen.

Das hier vertretene Menschenrechtsverständnis ist noch im einzelnen zu klären und weiterzuentwickeln. Problematisch ist zum Beispiel der Begriff des Volkes im Hinblick auf die Gesellschaften in den kapitalistischen Zentralstaaten. Gerade auch in Deutschland ist dieser Begriff anscheinend untrennbar mit einer nationalistischen Bedeutung verbunden. Auch sollten Adressaten und Gegner der Menschenrechtsforderungen nicht mehr nur die Staaten sein, wie es dem "klassischen" Menschenrechtsdenken entspricht, sondern alle diejenigen Institutionen, die das Leben, die Gesundheit und die sozialen Rechte von Millionen von Menschen beeinträchtigen, also zum Beispiel: große Unternehmen sowie zwischenstaatliche Organisationen, wie: IWF, Weltbank, NATO und UN. Deutlich muß schließlich zum Ausdruck kommen, daß Menschenrechtsverletzungen mit dem Kapitalismus notwendig verbunden sind, weil in diesem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem die Menschen immer nur als Mittel zum Zweck (von Profit und Macht), niemals jedoch als Selbstzweck anerkannt werden.

Ende der 70er Jahre wurde der Versuch unternommen, die Rechte von Völkern und die Menschenrechte nicht im Rahmen des "verstaatlichten" internationalen Menschenrechtsschutzes zu begründen, sondern auf der Basis des Kampfes von nationalen Befreiungsbewegungen: Organisiert von der "Internationalen Stiftung für die Rechte der Völker" (10) trat in Algier eine Konferenz zusammen, die sich aus Vertretern von nationalen Befreiungsbewegungen und anderen politischen Gruppen sowie aus einzelnen Juristen zusammensetzte.

Diese Konferenz verabschiedete am 4.7.1978 die "Algier-Deklaration über die Rechte der Völker". (11) "Der Imperialismus", so heißt es in der Präambel, "übt in Komplizenschaft mit den Regierungen, die er oft selbst eingesetzt hat, seine Herrschaft über einen Teil der Welt aus." In einzelnen Artikeln werden sodann Rechte der Völker formuliert - ausgehend vom Recht auf Existenz, über das Recht auf Selbstbestimmung bis zu den ökonomischen Rechten der Völker, dem Recht auf eine gesunde Umwelt und den Rechten von Minderheiten. In den abschließenden Artikeln der Deklaration wird festgestellt, daß bei schweren Verletzungen der Rechte

der Völker die Täter strafrechtlich verantwortlich sind. Jedes Volk, dessen Rechte mißachtet werden, hat danach das Recht, diese Rechte durchzusetzen, insbesondere durch politischen und gewerkschaftlichen Kampf, aber auch durch die Anwendung von Gewalt als letztem Mittel. (12)

Nach dem hier dargelegten Verständnis ist es illusionär, zu erwarten, die Menschenrechte ließen sich allein oder auch nur in der Hauptsache mit Hilfe der UN durchsetzen. Jedoch wäre es andererseits dogmatisch, von vornherein auf die Anrufung von UN-Organen zu verzichten. Die Rügen beispielsweise, die der Menschenrechtsausschuß auf Grund der Initiative einiger Genoss/innen in den Jahren 1986 und 1990 an der in der BRD praktizierten Isolationshaft geübt hat (13), sind ein nützliches Hilfsmittel im Kampf gegen die Haftbedingungen der politischen Gefangenen. Auch verurteilte die International Labour Organisation (ILO), eine Sonderorganisation der UN, die BRD wegen der Berufsverbote, nachdem von Berufsverboten betroffene Menschen dort entsprechende Beschwerden eingereicht hatten (14).

Realitätsfremd wäre auch die Position, alle Opfer von Menschenrechtsverletzungen müßten selbst Widerstand leisten; darin liege der einzige Weg, Menschenrechtsverletzungen entgegenzutreten. Gerade die aktuellen Beispiele der Menschen in Somalia und im ehemaligen Jugoslawien zeigen, daß humanitäre Hilfe notwendig sein kann - sei es unmittelbar durch humanitäre Organisationen, sei es durch Druck auf die (westlichen) Regierungen, finanzielle und andere Mittel zur Verfügung zu stellen und ein militärisches Eingreifen zu unterlassen.

Die bundesdeutsche Linke verhielt sich im Hinblick auf die Wiener Menschenrechtskonferenz fast vollständig passiv. Eine Ausnahme bildete wohl nur eine Gruppe von Genoss/inn/en, die sich gegen die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD einsetzte. Andere Menschenrechtsverletzungen der BRD, wie zum Beispiel der Rassismus, die Diskriminierung von Frauen und von "Minderheiten" sowie die Unterstützung von diktatorischen Regimes durch die Bundesregierung, wurden von der bundesdeutschen Linken nicht angegriffen. Damit hat sie das Feld fast vollständig der Bundesregierung und den staatstreuen NG0s überlassen. Die Linke sollte sich deshalb stärker als bisher mit dem Gedanken der Menschenrechte und des Widerstandsrechts auseinandersetzen und sich dadurch auch befähigen, eine eigene Position in der Frage der Menschenrechte einzunehmen und bei Veranstaltungen wie der Wiener Konferenz zu intervenieren.

A.B.

Anmerkungen:

1) Vgl. dazu ak 342 (6.5.1992), S.28.

2) Unter den bürgerlichen und politischen Rechten sind vor allem das Verbot willkürlicher Tötung, das Folterverbot, das Recht auf einen fairen Prozeß, einschließlich des Rechts auf Verteidigung, die Meinungs- sowie die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu verstehen. Die wirtschaftlichen und sozialen Rechte sind z.B.: das Recht auf Arbeit, auf Nahrung und auf Wohnung.

3) Heinz in: Herder-Korrespondenz. 1993, S.397.

4) Dies bedeutet nicht, daß die Durchsetzung der Menschenrechte überall in gleicher Weise zu geschehen hätte. Entscheidend sind vielmehr die jeweils unterschiedlichen Ausgangsbedingungen.

5) In den islamischen Staaten z.B. Körperstrafen und die Diskriminierung von Frauen.

6) Vgl. auch taz, 31.7.1993, wonach die in London ansässige Menschenrechtsgruppe "African Watch" den UN-Verbänden gewalttätige Übergriffe gegen Zivilisten vorwirft.

7) So sind z.B. Individualbeschwerden beim Menschenrechtsausschuß zulässig, falls der betreffende Staat, gegen den die Beschwerde eingelegt wird, zusätzlich zum UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte einen weiteren Vertrag, das "Fakultativprotokoll" zum Pakt, ratifiziert hat.

8) Das Widerstandsrecht wird nur in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 erwähnt.

9) Unklar ist z.B., ob das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes zur Sezession von einem Staat, dem es bisher angehört hat, berechtigt.

10) Gegründet wurde die Stiftung von Lelio Basso (1903-1978), der ursprünglich Rechtsanwalt war, sich am Widerstand gegen den Faschismus beteiligte, Mitglied der Sozialistischen Partei Italiens und nach dem 2. Weltkrieg Mitglied des Senats war.

11) Text in: Richard Falk: Human rights and state sovereignty. New York 1980, S. 225ff.

12) Lelio Basso hatte bereits vor der Algier-Konferenz die Russell-Tribunale initiiert, 1. zu Vietnam (1968), 2. zu Lateinamerika (1974-76), 3. zur BRD (1978), die dann im Jahre 1979 in ein "Ständiges Tribunal der Völker" umgewandelt wurden. Vgl. zum Beispiel das Tribunal gegen den IWF und die Weltbank im Jahre 1988, das parallel zur Jahrestagung dieser beiden Institutionen in Berlin stattfand; hierzu: Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank vor dem Basso-Tribunal. Hrsg.: iz3w, Freiburg 1989.

13) Vgl. dazu: ak 305 (3.4.1989); 320 (25.6.1990), S. 31f.

14) Vgl. dazu: Klaus Dammann/Erwin Siemantel (Hrsg.): Berufsverbote und Menschenrechte in der Bundesrepublik. Köln 1987.

10. "No Justice - No Peace" (Jamaikanerin von Polizei ermordet)

Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:31

... skandieren wütende DemonstrantInnen nach dem Tod von Joy Gardner vor der Polizeistation von Hornsey. Die in Jamaika geborene Frau, die sich seit 1987 in England aufhielt und dort studierte, war Ende Juli in London von Polizeibeamten in ihrer Wohnung ermordet worden. Mindestens sechs Beamte hatten nachts die Wohnung gestürmt, in der sie mit ihrem fünfjährigen Sohn schlief, um ihre Abschiebung in die Wege zu leiten. Joy Gardner wurde nach einem Kampf überwältigt, mit Gurten gefesselt und erstickte, als die Beamten ihren Mund mit breitem Klebeband verklebten. Die zuständigen Behörden versuchen seither, einer unabhängige Aufklärung der Todesumstände mit allen Mitteln zu verhindern. So weigerten sie sich tagelang, der Familie über den Verbleib von Joy Auskunft zu geben, und behaupteten, sie sei erst vier Tage nach dem Vorfall in einem Krankenhaus gestorben. Während die britischen Medien die Proteste gegen die Ermordung von Joy Gardner und die abschiebungen ausschlachteten, um ihre Person zu verunglimpfen oder Stimmung gegen "illegale" Einwanderer aus dem britischen Commonwealth zu machen, verschwiegen die bundesdeutschen Medien den Fall weitgehend. Drei der beteiligten Beamten wurden inzwischen suspendiert, obwohl sie erklärten, genau nach den Anordnungen des Immigration Office gehandelt zu haben. Der Tod von Joy Gardner ist nicht der erste Todesfall dieser Art. Die Aktiven der schwarzen Bevölkerung Londons wollen den rassistischen Mord nicht widerstandslos hinnehmen: "Ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben!"

11. "Hamburg wählt" - oder auch nicht. Anmerkungen zur Bürgerschaftswahl und ein Wahlaufruf

Rubrik: Wahlen; DVU (Deutsche Volks-Union); Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:37

Wenige Wochen vor der Hamburger Bürgerschaftswahl am 19. September kommt der Wahlkampf nur mühsam auf Touren. Die allein regierende SPD wirbt für "Liebe", "Glück", "Freude", "Selbstvertrauen" und ähnliche angenehme Gefühlszustände, die sie - im kleingedruckten Teil ihrer Plakate - mit sozialdemokratischer Sozialpolitik in Verbindung zu bringen bemüht ist. Der reale Zusammenhang: "Glück" gehabt hat der abgebildete Junghamburger, der - trotz SPD! - einen Kindergartenplatz abgekriegt hat. Die GAL hat wortlose giftgrüne Herzen plakatiert (kein Witz!), während sich die neugegründete "StattPartei" immerhin zu einem (in Zahlen: 1) programmatisch gemeinten Wort durchringen konnte: "Bürgerpolitik". Hier und da werden tatsächlich richtige Veranstaltungen angekündigt; die Politrentner Schmidt und Genscher sollen ein paar Unentschlossene für ihre mobilisierungsschwachen Parteien gewinnen helfen.

Diese Wahl hat fast niemand gewollt. Angeordnet wurde sie vom Hamburgischen Verfassungsgericht, das einer Klage des inzwischen ausgetretenen CDU-"Rebellen" Markus Wegner stattgab. Die CDU hatte, wie jahrzehntelang im Interesse der Parteimafia praktiziert, ihre KandidatInnen für die Bürgerschaftswahl im Juni 1991 nach einem nicht so ganz demokratischen Verfahren aufgestellt. Statt wegen dieses Gesetzesverstoßes die illegal Gewählten einfach aus dem Parlament zu entfernen und die drei anderen Fraktionen allein weiter machen zu lassen, ordnete das Gericht die Wiederholung der Wahl an. Nicht einmal von Schadenersatzklagen gegen die Hamburger Christdemokraten ist bisher etwas bekannt geworden; Fehlanzeige selbst beim "Bund der Steuerzahler", der sonst um populistische Sparvorschläge selten verlegen ist.

Die Bemühungen der staatstragenden Kräfte zielen vorrangig darauf ab, die Menschen überhaupt zum Gang ins Wahllokal zu bewegen. Schon 1991 hatte die Partei der NichtwählerInnen mit 425.000 Stimmen alle Konkurrenten deutlich hinter sich gelassen. Bei einer Wahlbeteiligung von 66% genügten der SPD 393.000 Stimmen (=48% der gültigen Stimmen), um die absolute Mehrheit der Mandate zu erreichen.

Eine Fortsetzung des Trends zur massenhaften Wahlenthaltung stelle eine Gefahr für die Demokratie dar, ist nun allerorten zu hören. Gegengesteuert werden soll mit einer Kampagne, die zunächst einmal einem nicht gerade bittere Not leidenden Wirtschaftszweig zusätzliche Einnahmen beschert. Etwa eine Viertelmillion erhält die Werbeagentur, die sich den nicht besonders originellen Slogan einfallen ließ: "Stell Dir vor, es ist Wahl, und alle gehen hin." Mündlich beteuern die Werber, daß es dieser scheinbar unpolitische Satz in sich habe. Vor allem solle ihre Kampagne dazu dienen, rechtsextremistische Wahlbewerber aus der Bürgerschaft herauszuhalten. Nur könnten sie das nicht offen auf ihre Plakate schreiben: Die Staatliche Pressestelle, die die "Wählerwiederbelebungswerbung" (taz) finanziert, dürfe keinen Wahlkampf gegen Parteien machen.

Hamburger Signal?

Diejenigen Parteien, deren Führungskräfte sich zumindest theoretisch Hoffnungen auf ein Senatsamt machen dürfen, haben naturgemäß ein gewisses Interesse daran, den Wahlakt als bedeutendes Ereignis erscheinen zu lassen. Von Polarisierung ist dennoch nichts zu spüren - vorbei die Zeiten, wo die Menschen aufgefordert wurden, über "Freiheit oder Sozialismus" abzustimmen.

Daß die CDU das Thema "innere Sicherheit" in den Mittelpunkt ihrer Wahlwerbung stellt, entspringt dem Kalkül, aus der - berechtigten wie der durch Greuelstories zielstrebig geschürten - Angst noch am ehesten Kapital schlagen zu können. Die von den Christdemokraten geforderten Maßnahmen gegen die "Krimi-Hauptstadt Hamburg" - eine positive Image-Kampagne für die Polizei und deren bessere Ausstattung - wären bei etwaigen schwarz-rosa Koalitionsverhandlungen überhaupt kein Streitpunkt. Auch bei der Abschiebung von Flüchtlingen - von den Hamburger Sozialdemokraten seit Jahren "ohne Grundgesetzänderung", dafür aber "schnell und konsequent" durchgezogen - kann es materiell gar keine Meinungsverschiedenheiten geben.

Differenzen wären denkbar in der Frage, wie schnell die Hafenstraße plattgemacht werden kann und welche rechtsstaatlichen Rücksichten dabei zu nehmen sind. Das Thema, mit dem die Hamburger CDU in der

Vergangenheit mehrere Wahlkämpfe bestritten hat, ist allerdings weitgehend an die DVU (s.u.) abgetreten worden.

CDU-Spitzenkandidat Fischer sieht denn auch ein "großes Maß an Gemeinsamkeiten" mit den Sozialdemokraten und wäre zur großen Koalition bereit, "wenn der Wähler uns das diktiert". Auf anderem Wege werden die Hamburger Christdemokraten nicht an die lukrativen Posten herankommen.

Für die Nutznießer wie die Opfer künftiger Hamburger Senatspolitik machen die verschiedenen denkbaren Regierungsbündnisse, die derzeit im Angebot sind, wenig Unterschied. SPD-Bürgermeister Voscherau träumt realitätsfern von der absoluten Mehrheit, möchte am liebsten mit der FDP und schließt eine Beteiligung an Rosa-Grün für seine Person aus. Andere Sozialdemokraten sind dafür, haben aber einstweilen nichts zu melden. Die allgemeinen politischen Trends lassen es dennoch möglich erscheinen, daß demnächst ein grüner Verkehrssenator ein paar Mark zur Rettung der vom allgegenwärtigen Unfalltod bedrohten Hamburger RadfahrerInnen ausgeben darf.

Von der "Parteienverdrossenheit" profitieren nicht nur die Rechtsextremen, sondern auch die populistische "StattPartei" (Beiname: "Die Unabhängigen"), gegründet von dem CDU-Dissidenten Wegner, die zum Anziehungspunkt für gescheiterte Politiker verschiedener Couleur geworden ist. (Mit dabei ist jeweils ein ehemaliges Bürgerschaftsmitglied von CDU, SPD und GAL). Sie könnte, ohne selbst den Einzug ins Parlament zu schaffen, den drei großen Parteien entscheidende Stimmen wegnehmen. Der GAL (ihre Plakate schmückt der schwer zu merkende Name "Bündnis90 - GAL - Die Grünen") scheint ein zweistelliges Ergebnis sicher. Da dieser Zugewinn wesentlich zu Lasten der SPD gehen wird, könnte einem SPD-FDP-Senat die parlamentarische Mehrheit fehlen. Wenn gleichzeitig Rosa-Grün rechnerisch möglich wäre, dürfte die Sache gelaufen sein.

Eine erste von der Hamburger Morgenpost in Auftrag gegebene Umfrage des FORSA-Instituts hat das anzweifelbare Ergebnis, daß es wieder einmal bei grünen Träumen bleibt. Danach käme die SPD auf 42% (-6%), die CDU auf 28% (-7,1%), die GAL auf 13% (+5,8%) und die FDP auf 6% (+0,6%). An der 5%-Hürde scheitern würden die StattPartei und die Reps, denen je 4% prognostiziert werden; ebenso die DVU, die zusammen mit diversen Splittergruppen unter "Sonstige" geführt wird. Also keine Neuauflage der ehedem Angst und Schrecken verbreitenden "Hamburger Verhältnisse" ("Unregierbarkeit"), sondern eine deutliche parlamentarische Mehrheit für SPD und FDP.

Und die radikale Linke?

Sie kümmert sich in ihrer Mehrheit nicht um die Wahl. Tatsächlich müßte, wer den Gedanken für sinnvoll hält, am 19. September für eine der linksoppositionellen Gruppierungen zu stimmen, schon die einfache Frage beantworten können, wozu das gut sein soll. GAL wählen, um Rosa-Grün noch etwas wahrscheinlicher zu machen, ohne Illusionen, versteht sich, nur für das "politische Klima" und die vage Möglichkeit, während der Koalitionsgespräche "Druck von links" machen zu können? Oder eine der linken Gruppierungen ankreuzen, die den zweifelhaften Vorteil haben, daß sie garantiert an der 5%-Hürde scheitern werden? Die klassische linke Proteststimme also?

Bei dieser Wahl käme dafür vor allem das Personenbündnis "Linke Alternative/Wehrt Euch" in Frage, das unterstützt wird von Mitgliedern aus der Alternativen Liste (AL), dem BWK, der DKP, dem Lesbenring, der MLPD, der PDS/LL, der Volksfront, der VVN und anderen. Soll man es als Fortschritt werten, daß AL und PDS, die bei der letzten Wahl jeweils 0,5% erreichten, diesmal nicht gegeneinander kandidieren? Daß außerdem noch die DKP (1991: 0,1%) dabei ist? So ganz sicher scheinen sich die BetreiberInnen dieses Bündnisses auch nicht zu sein. "Lohnt es sich überhaupt zu kandidieren?" fragen sie in ihrer programmatischen Erklärung. Die Antwort ist nicht gerade von Begeisterung geprägt. Man halte es für sinnvoll, "die Kritik am kapitalistischen System laut und überall zu formulieren und sie auch in Wahlen zählbar zu machen." Und: "Es gibt die Opposition links von der GAL!" Daß nur Teile dieser Opposition für eine Stimmabgabe zugunsten der "Linken Alternative" zu bewegen sein werden, ist deren InitiatorInnen bewußt. Auf den Einzug ins Parlament hoffen sie realistischerweise nicht. Karrierismus kann man den InitiatorInnen des linken Wahlbündnisses wahrlich nicht nachsagen; eher schon die leicht masochistisch anmutende Bereitschaft, sich die eigene Ohnmacht und Isoliertheit noch einmal amtlich bestätigen zu lassen. Komplettiert wird das Elend der Linken durch die Kandidatur der VSP, die mal wieder zur Wahl antreten muß, um ihren Parteienstatus nicht zu verlieren.

Ein weiteres linksoppositionelles Wahlprojekt wurde inzwischen wegen eines Formfehlers nicht zur Wahl zugelassen. Die von dem ak-LeserInnen wohlbekannten Fotografen Günter Zint initiierte "Gemeinschaft der Nichtwähler" (GdN) wollte den NichtwählerInnen ein "Frustventil" bieten, gleichzeitig die Etablierten ärgern und verhindern, "daß Protestwähler für die Republikaner stimmen". So ganz durchdacht scheint das Unternehmen dennoch nicht. Schon sein Name läßt völlig offen, aus welcher Richtung der Protest kommt. Von der Neigung, dem umworbenen (Nicht-)Wähler nach dem Munde zu reden, scheint auch diese Antipartei nicht ausgenommen. Oder welchen anderen Sinn soll der Satz haben: "Die Politikverdrossenheit der Wähler können wir gut verstehen"? Daß der Landeswahlausschuß der GdN die Anerkennung versagte, ist, so gesehen, zu verschmerzen: Verwechslungen mit der - ebenfalls nicht zugelassenen - "Partei der Nichtwähler", einer Abspaltung von den Reps, wären unvermeidlich gewesen.

Ein linker Wahlaufruf?!

Die Beschäftigung Linker mit sich selbst (einschließlich verwandter Strömungen) verstellt allerdings oft genug den Blick auf die gesamtgesellschaftliche Realität. Die ist so düster, daß der Opportunismus der GAL ebensowenig ins Gewicht fällt wie die Augen-zu-und-durch-Mentalität der "Linken Alternative". Die zitierte FORSA-Umfrage mag, was den Trend bei den vier "großen Parteien" angeht, kaum anzuzweifeln sein (auch wenn die SPD verdächtig gut abschneidet). Gefährlich ungenau ist sie am rechten Rand. Vier Prozent für die Reps, die noch gar nicht richtig mit ihrem Wahlkampf angefangen haben, können auch leicht in fünf oder sechs Prozent korrigiert werden.

Die DVU wird in dem zweifelhaften "Wahl-Report" der Morgenpost gar nicht erwähnt. Dabei hat diese Partei eine gewaltige Materialschlacht begonnen. 250.000 DM will sie allein für Hauswurfsendungen ausgeben. Die ersten dieser Machwerke sind bereits unter die Leute gebracht worden. Ihr Inhalt ist ebenso armselig wie gefährlich. "Hamburg hat die Wahl - Scheinasylanten oder DVU" heißt es da. Wer gegen "Asyl-Betrug, Ausländerwahlrecht, Diätenwucher, Abschaffung der D-Mark" und "Kriminalität" sei, müsse "ja sagen " zu den "DVU-Hauptforderungen": "Ausländer-Begrenzung - Scheinasylanten ausweisen - Ausländerkriminalität stoppen - Rettet die D-Mark - Hamburg muß deutsch bleiben - Kampf der Rauschgift-Mafia - Räumung der Hafenstraße". Die Landtagswahlkämpfe in Bremen und Schleswig-Holstein, wo die DVU ebenfalls massiv Postwurfsendungen einsetzte, haben gezeigt, daß mit so einem "Programm" mehr als 5% der WählerInnen zu gewinnen sind.

Die Reps sind in ihrer Wahlwerbung um moderate Töne bemüht. Man gibt sich hanseatisch-staatstragend: "Wir wollen, daß Hamburg daß Tor zur Welt bleibt, aber auch eine deutsche Stadt mit freiheitlich-hanseatischen Traditionen". Das würde auch Helmut Schmidt unterschreiben. Die eigentliche Botschaft wird schon rabiater formuliert: "Wir bauen keine millionenteuren Asylantendörfer in Naturschutzgebiete, sondern Sozialwohnungen für deutsche Familien" heißt es in den "Umweltpolitischen Thesen zur Hamburgwahl".

Daß beiden rechtsextremistischen Parteien der Einzug in die Bürgerschaft gelingt, ist unwahrscheinlich; mit der "Nationalen Liste"(NL) des ehemaligen Vertrauten von Michael Kühnen, Christian Worch, tritt noch ein weiteres neonazistisches Konkurrenzunternehmen zur Wahl an. Vielleicht nimmt sich das Pack gegenseitig die Stimmen weg - vielleicht aber auch nicht. Wer argumentieren wollte, daß es Schlimmeres gibt als ein paar Parlamentsnazis mit Schlips und Kragen - nämlich ihre weniger vornehm gekleideten mordenden und brandschatzenden Gesinnungsfreunde auf der Straße - sollte zur Kenntnis nehmen, daß die Nazis den unerfüllten links-alternativen Traum vom "außerparlamentarischen Stand- und parlamentarischen Spielbein" in den vergangenen Jahren auf makabre Weise realisiert haben. Im Parlament die "Asyldebatte" - vor den Flüchtlingsheimen die Brandstifter. Diese Arbeitsteilung funktionierte schon mit den Politikern von CDU/CSU, FDP und SPD.

Noch trauen sich viele, die Reps oder DVU wählen oder wählen wollen, nicht offen, für ihre Wahlentscheidung einzutreten. Das gilt auch für solche Figuren, die ihre reaktionären Ansichten ansonsten lautstark zu äußern gewohnt sind. Den rechtsextremen Parteien haftet in den Augen vieler ihrer potentiellen oder tatsächlichen WählerInnen noch der Makel des Illegalen an. Bei fortgesetzten flächendeckenden Wahlerfolgen würde die Ansicht weitere Anhänger finden, es handele sich um "ganz normale Parteien", deren "demokratisches Recht" es sei, sich im freien Wettbewerb mit anderen zur Wahl zu stellen. Auch der erfreuliche Mangel der Rechten an "vorzeigbaren" Kandidaten würde vermutlich tendenziell abnehmen. Und schließlich: Die Forderung nach

einem Verbot offen rassistischer Parteien wäre noch schwerer zu verbreiten, wenn diese erst - "vom Volk gewählt" - in allen Parlamenten sitzen.

Das Argument, wir würden mit einem antirechten Wahlaufruf nur nachplappern, "was alle sagen", und uns bestenfalls zum linken Flügel der oben beschriebenen staatstragenden Kampagne machen, ist m.E. nicht stichhaltig. "Wählen gehen gegen rechts" ist sowohl bei der SPD als auch bei GAL und "Linker Alternative" allenfalls ein zweitrangiges Argument; als "nützlichen Nebeneffekt" bezeichnet es die LA. Bei der SPD kommt es, streng genommen, gar nicht vor. Der in der Wahlkampfzeitung zentral plazierte Aufruf von Helmut Schmidt "WÄHLT!" warnt in alter sozialdemokratischer Tradition unter "Drittens" vor den Gefahren von links und rechts: "Wer in Hamburg rechte oder linke Stimmenfänger wählt, der gefährdet nicht nur die republikanische und weltoffene Tradition unserer Stadt und ihr weltweites Ansehen, sondern er gefährdet damit auch Arbeitsplätze, darunter auch den eigenen Arbeitsplatz. Denn Hamburg als europäische Wirtschaftsmetropole und als Welthafen ist auf das Stärkste von seinem guten internationalen Ruf abhängig." Daß die GAL in dieser Sichtweise die gefährlichste der "rufschädigenden" Parteien ist, ergibt sich schon aus ihrem Stimmenanteil.

Was also tun? Da die Chance besteht, den rechten Aufwärtstrend zu unterbrechen und Reps und DVU aus der Bürgerschaft herauszuhalten, werden die Hamburger Linken wohl wählen müssen. Der Verfasser dieses etwas unorthodox geratenen "Wahlaufrufs" wird am 19. September sein Kreuz bei der "Linken Alternative" machen - lustlos und ohne Begeisterung. Wer mag, kann auch GAL oder VSP wählen. Wichtig ist nur, daß gültig abgestimmt wird: Ungültige Stimmzettel, etwa mit der Aufschrift "Weg mit dem Scheiß-System!", fallen bei der Mandatsvergabe unter den Tisch.

Js.

12. Verschwörung in kleiner Runde? Die Ermittlungsoffensive der "Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung"

Autor: Albrecht Maurer · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:40

Der "Pannenbericht" und die öffentliche Diskussion um Bad Kleinen beschäftigen sich im wesentlichen mit Koordinations- und Kommunikationsproblemen der für die "innere Sicherheit" zuständigen Behörden. Präsentiert werden gegeneinander arbeitende Institutionen, nicht oder zu spät informierte Verantwortliche auf allen Etagen. Als Konsequenz nahegelegt werden weitere Zentralisierung und Vereinheitlichung der "Sicherheitsbehörden", Zusammenschluß von GSG 9 mit den Sondereinsatzkommandos der Länder zu einer Art Schwarzer Reichswehr unter einheitlicher Führung und die Ausweitung der geheimdienstlichen Befugnisse der Polizeien und ihrer Ermittler. Dabei ist die "Aktion Weinlese" in Bad Kleinen geradezu das Produkt eines nach dem Tode Rohwedders eingerichteten Gremiums, in dem das jetzt Geforderte schon weitgehend verwirklicht ist - der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT).

Kleine Geschichte der KGT

Eingerichtet wurde dieser Zusammenschluß der Bundesbehörden Bundeskriminalamt (BKA), Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und Generalbundesanwalt (GBA) mit den Polizeien und Verfassungsschutzämtern der Länder 1991 nach den Anschlägen auf Herrhausen und Rohwedder. (siehe dazu ak 333)

Der "leise Putsch", der institutionelle Zusammenschluß von Polizei, Geheimdienst und Justiz ("Einbeziehung aller Sicherheitsbehörden sowie der Justiz") zum Zwecke der Entwicklung einer Politik der "inneren Sicherheit" aus einem Guß, entwickelte sich offenbar prächtig. Ein gutes halbes Jahr nach der Einrichtung der KGT lieferte die Bundesregierung einen Erfolgsbericht ab. Die vierzehntägig tagende KGT habe sich ihren Aufgaben - Zusammenarbeitsprobleme zwischen den Sicherheitsbehörden und der Wirtschaft, Koordination von Bekämpfungsansätzen in verschiedenen Regionen, Erstellung und Abstimmung von Fahndungskonzepten, Gefährdungsanalysen und Lagebildern auf Bundes- und Landesebene - gewidmet. Die Akzeptanz sei so groß, daß sich entsprechende Koordinierungsgruppen auf Landesebene gebildet hätten. In verschiedenen Anfragen der PDS/LL im Bundestag zu Konzeption und Praxis der KGT wurde deren Bedeutung jedoch heruntergespielt. In auffallendem Kontrast zu den internen und öffentlichen Selbstdarstellungen und Zielsetzungen der KGT wurde in den Antworten auf die Anfragen das Bild eines eher unverbindlichen Konsultationsgremiums gezeichnet.

Die polizeikritische Zeitschrift "Cilip" (42) schreibt dagegen: "... die ca. 30 direkt an den Beratungen Beteiligten (machen) kaum den gesamten, in die Aktivitäten der KGT involvierten Personenkreis aus ... Daß ein quasi in Permanenz tagendes Gremium zumeist hochrangiger Beamter nicht in der Lage ist, ohne entsprechende Zusammenarbeit auszukommen, liegt auf der Hand und wird auf Nachfrage auch nicht weiter bestritten. Damit allerdings kann dann von einem einfachen Informationsaustausch keine Rede mehr sein. Vielmehr handelt es sich um eine Organisationseinheit nach Art einer Sonderkommission." Und so etwas ist von der Verfassung überhaupt nicht abgedeckt.

Der Anspruch der KGT geht noch darüber hinaus. Um die KGT-Beschlüsse bzw. ihre Zielsetzungen optimal umzusetzen, soll eine "ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung" erfolgen. Dieser Krisenstab in Permanenz hat sich also auch die Aufgaben eines Propagandaministeriums einverleibt; populäre Lagebilder und "Gefährdungsanalysen" werden lanciert, Nachrichten gemacht und Informationen verweigert. Immer nach den Bedürfnissen der "zielgerichteten Durchführung von Maßnahmen" ... und der "vollen Ausschöpfung des rechtlichen Rahmens zur Terrorismusbekämpfung insbesondere auch bei der Durchführung verdeckter und systematischer Fahndungsmaßnahmen ...". Bundesweit sollte damals u.a. folgendes durchgeführt werden: "Zur Gewinnung von Erkenntnissen über die Aktivitäten und die Zusammensetzung des terroristischen Umfeldes und die derzeitige Struktur der ‚RAF' sind unter anderem auch verdeckte Ermittler einzusetzen ... Angesetzt werden muß insbesondere bei den Personen mit Nahtstellenfunktion ..." Das sind nur einige Beispiele aus dem Innenministerkonferenz-Einrichtungsbeschluß vom Mai 91. (siehe auch ak 333)

Fragen zu dieser "Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung" werden nicht gerne gehört und bisher immer abschlägig beschieden: "Die KGT hat zu keinen Anlässen eine ‚Presse- und Öffentlichkeitsarbeit` entwickelt" (Antwort auf die erste Kleine Anfrage zur KGT vom August 91).

Dagegen steht allerdings, daß Anfang 92 in den Medien von taz bis FAZ die sogenannte "Kinkel-Initiative", die ja von heute auf morgen die öffentliche Debatte bestimmen konnte, als originäres Produkt der KGT-Analysen und -Konsequenzen bezeichnet worden ist. "Dies trifft nicht zu", lautet die regierungsoffizielle Antwort auf eine erneute Anfrage, weil "die Entscheidung über eine etwaige Aussetzung des Strafrechts zur Bewährung ... vielmehr stets als Angelegenheit unabhängiger Gerichte angesehen worden (ist)." (Februar 92)

Oder: Am 25. Februar 93 stellt die KGT fest, daß durch die Ablehnung der Strafaussetzung für Dellwo, Taufer und Krabbe eine gewisse Lageverschärfung eingetreten sei; neue Anschläge werden befürchtet. (Focus 30/93) Einen Monat später fliegt Weiterstadt in die Luft, und heute stellt sich die Frage ganz anders, ob es einen Zusammenhang zwischen der KGT-Einschätzung, "sensibilisierenden" Veröffentlichungen über mögliche Anschläge in den Medien damals und Weiterstadt geben könnte. Spitzel Klaus und seine langjährige Arbeit legen das nahe.

Oder: Zwei Zeugen machten nach Bad Kleinen besondere Schwierigkeiten. Die "Frau aus dem Kiosk" und der "Sicherheitsexperte", der anonym im "Spiegel" aussagte. Beider Aussagen wurde durch erste und alle folgenden Obduktionen im zentralen Punkt des Todes von W. Grams bestätigt: Nahschuß. Beide Zeugen wurden gezielt demontiert. Mit besonderer Heftigkeit nach einer KGT-Sitzung in der Woche vom 12.-16.7. Auf dieser Sitzung wurden massive Vorwürfe gegen die Medien laut. Sie hätten mit wüsten Spekulationen und dubiosen Zeugenaussagen Verwirrung gestiftet und die GSG-9-Beamten als Killer dargestellt. (Stern, 22.7.93) Namentlich genannt werden "Monitor" (Zeugin Baron) und "Spiegel" (Antiterrorspezialist). Und alle Medien folgen. Berichtet wird, daß der "Spiegel" von seinem Zeugen abrücke, daß Zeugin Baron bei ihrer Aussage nicht nur besoffen gewesen sei, sondern daß sie sich auch bei ihren verschiedenen Aussagen in "wesentlichen" Punkten widersprochen habe. Höhepunkt dieser gezielten Demontage von Zeugen war der Auftritt von Bundesanwalt Löchner im Innenausschuß des Bundestages, in dem er seinerseits Dokumente zurechtgelogen hat.

Diese Demontage entscheidender und bis heute glaubwürdiger Zeugen zieht sich bis in den Regierungszwischenbericht hinein.

BKA contra VS?

"Cilip" (Juli 92) und im November dann die taz (26.11.) berichteten über Differenzen innerhalb der KGT. Sachlich soll es dabei in etwa um die Frage gegangen sein, ob die KGT "reines" Fahndungsinstrument unter Führung des BKA oder "fachkompetentes Beratungsgremium der Ministerebene" (Cilip 42) sein soll. (Die Befürworter des letzteren, vertreten v.a. durch einige Landesämter für Verfassungsschutz, sollen sich zeitweise aus der KGT ausgeklinkt haben. Der "wachsende Einfluß des BKA" soll sie vertrieben haben, schreibt die taz.) "Gelöst" wurden die Probleme durch die Einrichtung einer wöchentlich tagenden kleinen Runde - Generalbundesanwalt, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz - und dem vierzehntägig tagenden großem Kreis.

Das muß die Bedeutung der KGT allerdings nicht schmälern, wie die taz schon 1992 nahelegt und wie der "Stern" nach Bad Kleinen mit der als "Grabrede" bezeichneten Ausage eines bayerischen KGT-Vertreters - "das von dieser Institution angestrebte Ziel der Verbesserung der Zusammenarbeit wurde völlig verfehlt" - glauben machen will. Die Differenzen betreffen ja gerade nicht die mit der KGT praktizierte direkte und institutionalisierte Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizei - gerade in diesem Punkt besteht Einigkeit. Die KGT ist ausdrücklich der Rahmen, der die "Sicherheitspolitik aus einem Guß" nicht an politisch-konzeptionellen Unterschieden und Widersprüchen zwischen einigen Landesämtern für VS und BKA bzw. Polizeien scheitern lassen soll. Und praktisch: Kinkel-Initiative und "Fahndung" schlossen sich als Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus nie aus. Die KGT-Arbeit dürfte gerade darin bestanden haben, sie ins "richtige", d.h. möglichst effektive Verhältnis zu bringen. Vor allem jedoch werden durch die geheime und durch nichts und niemanden kontrollierte KGT die jeweils "verbindlich" (Einrichtungsbeschluß) beschlossenen und getroffenen Maßnahmen legitimiert.

Ob "große" oder "kleine" Verschwörerrunde - nach "Auftrag und Inhalt" wurde die Aktion in Bad Kleinen in der KGT ausgetüftelt. Die Aktion selbst wird allerdings einen erheblich längeren Vorlauf gehabt haben als bisher dargestellt. Aufklärung darüber dürfte nur durch Aufdeckung der KGT-Arbeit zu gewinnen sein. Und die wird im Dunkel gehalten ... Der Zwischenbericht der Bundesregierung zu Bad Kleinen widmet aber immerhin der KGT ein eigenes Kapitel; deren Rolle als Legitimationsgremium für Geheimabsprachen und Planungen wird ansatzweise deutlich.

KGT und Bad Kleinen -

die unmittelbare Vorbereitung als Verschwörung

Am 13. Mai, schreibt der "Spiegel" (19.7.93), versetzt die Berichte von Supermann Klaus die Ermittler auf einer KGT-Sitzung in helle Begeisterung. Im Regierungsbericht läuft diese Sitzung aber nicht als KGT-Sitzung. Es soll "nur" eine Besprechung gewesen sein, an der von Stahl (GBA), die Präsidenten von BfV und BKA, der Leiter des LfV Rheinland-Pfalz sowie Fachbeamte dieser Behörden teilnahmen. Vermutlich hängt die Namensfrage mit dem Problem der "großen" und "kleinen" Runden zusammen. Faktisch war es die kleine KGT-Runde mit Berichterstattern und Fachleuten. In diesem Kreis wurde beschlossen, in Bad Kleinen zuzuschlagen und auf weiteren KGT-Sitzungen "auf Arbeitsebene" die Operation zu organisieren. Mecklenburg-Vorpommern war dabei ausdrücklich ausgeschlossen.

Diese Runde war es auch, die sich (!) zu größtmöglicher Geheimhaltung verpflichtete. Und von dieser Runde gingen auch die vermutlich jeweils gezielt aufbereiteten Informationen an das Justizministerium und das Innenministerium aus. (Einer Ministerin, die für ein "Sicherheitsrisiko" gehalten wird, erzählt man natürlich anderes als sicheren Kandidaten.)

Danach folgten "offizielle" KGT-Sitzungen am 18. Mai und am 1., 3. und 7. Juni. Ausgearbeitet wurde dabei eine Aktion, die Schutz des Spitzels - wie es in der Öffentlichkeit heißt, ist das das besondere Anliegen des VS-Rheinland-Pfalz gewesen - optimal verbindet mit der auf der Verschwörerrunde am 13. Mai beschlossenen Linie, "mit Haftbefehl gesuchte Terroristen (dürfen) nicht entkommen".

Alles öffentliche Gejaule über mangelnde Koordination und Kooperation der Sicherheitsbehörden ist vor diesem Hintergrund Unsinn. Wenn eine Aktion nicht im Sinne der Verschwörer gelaufen ist, heißt das noch lange nicht, daß sie nicht konspiriert hätten. Die Selbstverpflichtung der Konspirateure auf äußerste Geheimhaltung und die Abschottung der KGT-Arbeit bis zur operativen Planung in Bad Kleinen machen es allerdings bis heute unmöglich zu durchschauen, was im Sinne der Planer eigentlich schiefgelaufen ist.

Quatsch sei es, schrieb die "FR" nach der Einrichtung der KGT auf die Kritik der PDS, daß hier ein Organ der Willkür, der Machtzusammenballung und des totalitären Polizeistaates entstehen könnte. Denn "selber handeln könne die Koordinierungsgruppe nicht ..." "Wenn die Gefahr einer Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten besteht", schreibt sie am 24.7.91 weiter, dann vor allem im Bereich der neuen Fahndungs- und Aufklärungsmethoden. Handlungsfähigkeit hat die KGT mit Bad Kleinen nun allerdings bewiesen, denn die fängt ja nicht dann an, wenn Zachert oder von Stahl selber schießen.

"Zachert hofft auf Erfolg des auf längere Frist angelegten Konzeptes, ‚wenn alle mitmachen`", schrieb die "Welt" nach einem Gespräch mit Zachert über die Perspektive der KGT im Januar 92. Da lief noch die RAF-Stasi-Connection und Kronzeuge Nonne. Auf Anfang 92 datiert der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz aber auch das Vordringen des Spitzels Klaus zu Kontakten mit der Kommandoebene (Bericht S. 11). Das Bundesamt für VS wurde über dessen "Erkenntnisse" seit 84 regelmäßig informiert. Möglicherweise wurde damals gepflanzt für die "Aktion Weinlese" in Bad Kleinen. Die "Welt" prognostizierte damals (14.1.92) schon eine "Ermittlungsoffensive" gegen die RAF als Ergebnis der KGT-Arbeit. Und es haben alle mitgemacht.

Albrecht Maurer

13. "Nehmt das nicht hin!" Erklärung der RAF (Dokumentation)

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:15

Dokumentation der Erklärung der RAF

"Nehmt das nicht hin!"

Die Terroraktion von BAW, BKA und VS in Bad Kleinen, ausgeführt von ihren Killertruppen, der GSG 9 und MEK - die Verhaftung von Birgit Hogefeld und die kaltblütige Ermordung von Wolfgang Grams haben uns tief getroffen.

Wir sind auch nach unserer einseitigen Rücknahme der Eskalation im April 92 nicht davon ausgegangen, daß der Staatsschutzapparat aufhören würde, nach militärischen Schlägen gegen uns zu lechzen - daß ihre Linie Vernichtung ist, war auch an der neuen Eskalation ihres Terrors gegen unsere gefangenen GenossInnen offensichtlich.

Trotzdem ist es eine große Erschütterung, plötzlich in dieser Kälte und Brutalität damit konfrontiert zu sein. Auch der Gedanke, daß Wolfgang jetzt noch leben könnte, wenn diese Spezialkiller sich nicht bis ins tiefste Innerste zum Mord legitimiert und von oben gedeckt sehen würden - es ist nicht einfach, das alles gefühlsmäßig an sich heranzulassen. Sie haben eine Genossin und einen Genossen aus ihrem Lebenszusammenhang gewalttätig herausgerissen.

Wir denken vor allem an die letzten zwei Jahre, an die gemeinsame Anstrengung, die es bedeutet hat, zu der Entscheidung, einen Einschnitt in unsere Geschichte zu machen, zu kommen, und uns selbst mit anderen Augen sehen zu können, uns zuzugestehen, daß wir auf der Suche sind und nicht alle Antworten parat haben.

Der Prozeß in dieser ganzen Zeit hat von allen Mut zu Kritik und Selbstkritik erfordert, was oft auch schmerzhaft war.

Es war eine große Sache für uns gewesen, unsere eigene Geschichte zu überprüfen und Fehler wie Stärken bewußt zu sehen - das hieß, uns die eigenen Erfahrungen wirklich tief aneignen zu können. In der letzten Zeit ist es daraus möglich geworden, daß sich das Gewicht in unseren Auseinandersetzungen immer mehr auf die Zukunft gerichtet hat: Die Lust, Neues herauszufinden, und ein großes Bedürfnis, sich alles an Wissen über die veränderte Situation und die sich aus ihr ergebenden Möglichkeiten anzueignen, aus den Erfahrungen von anderen Kämpfen zu lernen und unsere eigenen Kriterien und Vorstellungen beim Aufbau einer sozialen Gegenmacht von unten anwenden und einbringen zu können.

Jetzt ist Wolfgang tot, ermordet. Wir trauern um ihn. Wir werden ihn sehr vermissen.

Seine Skepsis gegenüber vorschnellen Entscheidungen, seine Geduld, etwas auch mehr als einmal zu hinterfragen, was von allen anderen Genauigkeit in der Auseinandersetzung gefordert hat und was nicht immer bequem war - damit hat er z.B. dafür gesorgt, alle Aspekte der Situation oder der eigenen Vorstellung anzusehen und nicht nur die Aspekte wahrzunehmen, die einen selbst bestätigen. Auch das wird uns fehlen.

Wir werden die Erinnerung an ihn, unseren Genossen, der sein Leben mit aller Entschiedenheit dem Kampf um Befreiung von Unterdrückung widmete, in unseren Herzen behalten.

Am 10.4.92 haben wir die Eskalation in der Auseinandersetzung mit diesem Staat von unserer Seite aus zurückgenommen: Wir stellten die Angriffe gegen Repräsentanten von Staat und Kapital ein. Das entsprach unserem Interesse, denn wir wollten einen entschiedenen Schritt machen, um zur Neubestimmung unserer und linker Politik überhaupt zu kommen. Die Priorität der politischen Auseinandersetzung statt Eskalation der Konfrontation war notwendig. Wir haben einen Einschnitt in unserer 22jährigen Geschichte gemacht, und wir hatten die Vorstellung, daß in dieser Phase die Freiheit der politischen Gefangenen durchgesetzt werden muß und kann. Dem gegenüber jedoch stand und steht ein Staat, dessen klarste Orientierung das Ausmerzverhältnis gegenüber linker Fundamentalopposition zu sein scheint. Es hätte einer politischen Entscheidung des Staates bedurft, doch dazu ist die Elite von Staat und Wirtschaft weder willens noch in der

Lage. Das beweisen sie ständig aufs neue. Politische Entscheidungen in substantiellen Fragen werden auf die Apparate von Justiz, Polizei und Militär abgeschoben und durch deren Maßnahmen ersetzt.

Der Staat hat die Rücknahme der Eskalation von unserer Seite aus sowie unsere veröffentlichte Selbstkritik als Zeichen von Schwäche genommen. Sie haben die Situation für die politischen Gefangenen nur weiter verschärft, sowie eine neue Prozeßwelle gegen unsere gefangenen GenossInnen begonnen.

Die gesamte Entwicklung der letzten Jahre sowie der Staatsterror vom 27.6.93 im besonderen werden sicher mehr Menschen die Augen öffnen, was in diesem Land, das in der tiefsten Krise des zusammenbrechenden kapitalistischen Systems zur Weltmacht strebt und darin immer mehr um sich schlägt, Menschenrechte bedeuten. Da, wo Menschenrechte den staatlichen Konzepten im Wege stehen, bedeuten sie nichts - genauso wenig wie dort, wo sie wirtschaftlichen Interessen im Wege stehen.

Der Kapitalismus geht immer über Leichen.

Dieses System muß überwunden werden - darin werden wir unseren Weg finden, wie wir es in den Erklärungen seit dem 10.4.92 gesagt haben. Allerdings ist die Ausgangsbedingung eine neue: Wolfgang ist hingerichtet worden.

Die Herrschenden wollen die Lähmung von allen auf unserer Seite.

Wir rufen alle Menschen, die dieser Terror betroffen gemacht hat, dazu auf: Geht nicht zur Tagesordnung über! Nehmt das nicht hin!

Das Schmierentheater um den Mord an Wolfgang soll zu einer Effektivierung des Apparates führen. Penner (SPD) bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: "Sowas kann ja immer mal passieren", und sich ansonsten über die schlechte Informationspolitik beschwert. Da sehnen sich einige zu Verhältnissen wie 77 zurück, als unter SPD-Regie 1977 totale Nachrichtensperre herrschte und die Lügen schon vorher eingeübt waren. Der Skandal ist für sie, daß sie nicht in der Lage sind, sich auf eine einheitliche Lüge zu einigen. Killfahndung und den Mord an Wolfgang bezeichnen sie menschenverachtend als Panne.

Nachdem Seiters rechtzeitig seinen Kopf aus der Schlinge gezogen hat, zeigt die Ernennung eines Republikaner-Sympathisanten und Möchtegern-Generals zum Innenminister mehr als deutlich, wohin die Reise in Deutschland gehen soll.

23 Jahre haben gezeigt, daß weder die RAF noch Widerstand überhaupt militärisch auszulöschen sind. Und das wird solange so bleiben, wie Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit dieses Land und die Welt regieren.

Birgit, wir umarmen dich sehr fest!

Rote Armee Fraktion, 6.7.1993

Dokumentiert nach taz vom 10.7.1993; im Original laut taz durchgängig Kleinschreibung.

14. "Die Helden von Bad Kleinen". Aufstieg und Fall einer "Anti-Terror"-Spezialeinheit

Autor: Rolf Gössner · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizei · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:27

Von Rolf Gössner

"Ich bin sicher, daß sich unser Land weiter auf Sie verlassen kann", rief Bundesinnenminister Rudolf Seiters im Oktober 1992 den Männern der GSG 9 zu ihrem 20. Geburtstag zu; "Für die Bundesregierung sage ich Ihnen nochmals meinen Dank und meine Anerkennung". Acht Monate später übernimmt der dankbare Minister die "politische Verantwortung" für eine GSG 9-Aktion und macht sich aus dem Staub. Was trieb ihn so ungewöhnlich rasch aus der Verantwortung?

Die berühmt-berüchtigte "Anti-Terror"-Spezialeinheit steht im begründeten Verdacht, am 27. Juni 1993 - nach einer wilden Schießerei - auf dem Bahnhof von Bad Kleinen das mutmaßliche RAF-Mitglied Wolfgang Grams mit einem aufgesetzten Kopfschuß und einem Bauchschuß aus unmittelbarer Nähe getötet zu haben. Manche sprechen von "gezielter Hinrichtung", wofür es Zeugen gibt, andere von der Aktion eines "durchgeknallten" GSG 9-Beamten. Die "Helden von Mogadischu" - ein konspiratives Killerkommando, ein wilder Haufen von Desperados oder die Rächer ihres Kollegen Michael Newrzella, der zuvor - angeblich von Grams - erschossen wurde?

Seit Anbeginn dieser Staatsaffäre erweisen sich die beteiligten Top-Terror-Spezialisten als hochgradig wahrnehmungsgeschädigt, wird von den verantwortlichen Stellen eine beispiellose Vertuschungs- und Desinformationspolitik betrieben, die den Charakter einer Verschwörung annimmt, werden Parlamente und Öffentlichkeit dreist hinters Licht geführt. Bundeskanzler Kohl stellt sich, ungeachtet des schweren Verdachts, demonstrativ vor die Männer der GSG 9, die "unsere Sympathie und unsere Unterstützung" brauche. Erst aufgrund einer Strafanzeige der Eltern des erschossenen Wolfgang Grams werden - anderthalb Monate nach dem Vorfall - Ermittlungen gegen zwei GSG 9-Mitglieder ("Nummer 6 und Nummer 8") eingeleitet.

Offene Fragen und Gründe genug, um in Erinnerung zu rufen, was es mit polizeilichen Sondereinsatzkommandos im allgemeinen und mit dieser legendären "Anti-Terror"-Spezialeinsatzgruppe im besonderen auf sich hat. Wie werden die Helden von Mogadischu und Bad Kleinen trainiert und eingesetzt, wie sind sie ausgerüstet und bewaffnet und von wem können sie eigentlich kontrolliert werden?

"Kampfunfähig schießen

ist Quatsch"

Die Geburtsstunde der Grenzschutzgruppe GSG 9 schlug unmittelbar nach dem Anschlag eines palästinensischen Kommandos auf die israelische Mannschaft während der Olympiade in München 1972; das sich anschließende Polizei-Desaster auf dem Luftwaffenflugplatz Fürstenfeldbruck ließ schlagartig den Wunsch nach einer schlagkräftigen "Anti-Terror"-Einheit wach werden.

Mit Erlaß des Bundesinnenministeriums vom 26.9.1972 wurde die Aufstellung der "Anti-Terror"-Einheit beim Bundesgrenzschutz (BGS), der paramilitärischen Truppenpolizei des Bundes, angeordnet; ihr Standort ist die BGS-Unterkunft St. Augustin. Laut Dienstanweisung soll die Truppe vor allem auf "Mord und Totschlag, Menschenraub, Geiselnahme und räuberische Erpressung" spezialisiert sein, d.h. auf die Bekämpfung solcher Delikte. Aber auch bei "schweren Ausschreitungen, Demonstrationen und zum Schutz besonders gefährdeter Staatsgäste und deutscher Politiker" sollte die GSG 9 eingesetzt werden können. Sie hat einen "offensiven Zugriffsauftrag in Fällen von besonderer Bedeutung" und ist in ständiger Alarmbereitschaft. Sie besteht ausschließlich aus Freiwilligen und hat eine Soll-Stärke von 220 Mann (Ist-Stärke 1992: 180; inzwischen sollen auch Frauen zugelassen werden).

Der damalige Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gilt als "Vater" der Spezialtruppe. Einem anderen hohen Verfassungsschützer werden die aufmunternden Worte zugeschrieben: Die GSG 9 müsse "Elitebewußtsein entwickeln" und "mit dem Willen kämpfen, den Gegner zu vernichten" - "kampfunfähig

schießen ist Quatsch". Und Hessens früherer Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld, ebenfalls FDP, ergänzte einfühlsam: "Auch Terroristen sind Menschen, sie totzuschießen will geübt und gelernt sein".

Solchermaßen freidemokratisch und moralisch gestärkt ging die GSG 9 unter Führung ihres Kommandeurs Ulrich Wegener ans Werk. Bald war sie die bestausgerüstete und -ausgebildete Spezialeinheit der Bundesrepublik und auch international gehörte sie zur "Spitze" ihrer Spezies.

Vier GSG 9-Einheiten wurden aufgestellt: zwei Observationseinheiten, eine Fallschirmspringer-Einheit und später die nach der Entführung des italienischen Luxus-Kreuzfahrtschiffes "Achille Lauro" (1985) geschaffene "GSG 9-Marine". Die Einheiten sind gegliedert in Führungs- und Spezialeinsatztrupps mit jeweils fünf Leuten; dieses operative Konzept mit kleinsten taktischen Einheiten ist dem "Minihandbuch des Stadtguerilleros" des Brasilianers Carlos Marighella entlehnt. Hinzu kommen technische Einheiten, wie die "Fernmelde- und Dokumentationseinheit", der auch die Beweissicherung und Einsatz-Dokumentation per Video obliegt - Aufgaben, die während des Einsatzes in Bad Kleinen offensichtlich so sträflich vernachlässigt wurden, daß selbst der Münchner Polizeipsychologe Georg Sieber argwöhnt, dieses Versäumnis könne auf "böser Absicht" beruht haben, "um eine spätere Rekonstruktion des Hergangs zu verhindern" (taz 9.7.93).

Die GSG 9 hat keine originäre Zuständigkeit: Sie kann (meist verdeckt) für das Auswärtige Amt, das Bundeskriminalamt (BKA) und das Zollkriminalamt, für den Generalbundesanwalt oder auf Anforderung durch die Bundesländer tätig werden - was nicht selten zu einem erheblichen Kompetenzgerangel führt, wie es auch im Fall Bad Kleinen zum Ausdruck kommt.

Spezialeinsatzkommandos

als Gefahrenquelle

In den frühen siebziger Jahren begann unter der sozialliberalen Regierung eine sicherheitspolitische Entwicklung, die einen starken Ausbau und eine drastische Aufrüstung der staatlichen Sicherheitsapparate zur Folge hatte. Dabei hat sich eine verhängnisvolle Tendenz zur polizeilichen Spezialisierung herausgebildet, deren Spannbreite von der hart trainierten "Anti-Terror"-Einheit bis zum freundlichen "bürgernahen" Kontaktbereichsbeamten reicht. Geradezu inflationär gestaltete sich die Entwicklung von Spezialeinheiten und Sonderkommandos (dieser Begriff wurde laut Beschluß der Innenministerkonferenz inzwischen abgeschafft; vgl. Die Polizei 5/93, S. 6), die sich als Keimzellen einer neuen geheimen Sonderpolizei herausstellten:

- auf Bundesebene neben der GSG 9 des BGS die "Sicherungsgruppe Bonn" des BKA (mit Sitz in Bonn-Bad Godesberg): Sie besteht bereits seit 1951, erlebte aber ihre eigentliche Blütezeit erst ab 1972. Damals wurde eine Erhöhung der Mitarbeiterzahl von ursprünglich 30 (1951) auf 500 beschlossen, die Sonderausbildung mit umfassendem Schießtraining, Karate und nachrichtendienstlicher Schulung intensiviert sowie die Ausrüstung verbessert. Seit 1992 besteht das auch in Bad Kleinen eingesetzte "Mobile Einsatzkommando" (MEK) des BKA, das aus den Observationseinheiten der BKA-Abteilung TE ("Terrorismus") hervorgegangen ist;

- auf Länderebene wurden bereits in den 70er Jahren die MEKs der Kriminalpolizeien gebildet, die "Spezialeinsatzkommandos" (SEK) der Bereitschaftspolizeien (davon gibt es allein in Nordrhein-Westfalen sechs mit insgesamt über 360 Beamten; vgl. Die Polizei 5/93), "Zielfahndungskommandos" (ZFK) und "Präzisionsschützenkommandos" (PSK) - Einsatzkommandos mit einer Gesamtstärke von mehreren Tausend "Elite-Polizisten". Darüber hinaus gibt bzw. gab es in verschiedenen Bundesländern noch spezialisierte Sondereinheiten, wie etwa in Bayern die "USK" ("Unterstützungskommandos", seit 1988), in Berlin die "EbLT" ("Einheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training" von 1987-89), in Hamburg die sog. E-Schichten oder Einsatzzüge ("Wachdienstgruppen E"), in Hessen die "Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten", in Niedersachsen die "ZSK" ("Ziviles Streifenkommando", etwa in Göttingen) oder die "ZNSK" ("Ziviles Nachtstreifenkommando", wie in Braunschweig) - Spezialeinheiten, die schon alle durch Brutalität oder konspirative Machenschaften aufgefallen sind.

Die Freiwilligen der Polizei-Sondereinsatzkommandos, die mittlerweile auch in den neuen Bundesländern existieren, trainieren ähnlich hart wie die GSG 9 und erhalten ebenfalls eine (geheim-)polizeiliche und geheimdienstliche Sonderausbildung (verdeckte Ermittlungen, operative Fahndungen) mit besonderem Schießtraining, dessen Schwerpunkt der gezielte Todesschuß bildet. Ihre gemischt präventive wie repressive Verwendung ist allerdings wesentlich alltäglicher und umfassender: nicht nur bei Einsätzen gegen

"Terroristen", sondern auch bei jeder größeren Demonstration, wo SEK-Mitglieder, mit geschwärzten Gesichtern, häufig als besonders brutale Schläger- und Greiftrupps auffallen; aber auch bei Fahndungen im Bereich der politischen und "gewöhnlichen" (insbesondere der sogenannten organisierten) Kriminalität: Dabei durchbrechen die MEKs mit ihrem geheimpolizeilich-konspirativen Auftrag (u.a. Einsätze als under-cover-Agenten und agents provocateurs; Lausch- und Spähangriffe) das verfassungsmäßige Gebot der Trennung von Polizei und Geheimdiensten und sie unterlaufen eine effektive öffentliche Kontrolle. In erschreckend vielen Fällen erweisen sich Mitglieder dieser Spezialkommandos als Todesschützen; auf der Strecke ihrer tödlichen Fahndungen blieben: "Terrorismus"-Verdächtige (u.a. Petra Schelm und Georg von Rauch, durch Kopfschuß; Willy Peter Stoll, Elisabeth von Dyck von hinten erschossen; Rolf Heißler und Günter Sonnenberg durch Kopfschüsse schwerverletzt), desweiteren flüchtige Tatverdächtige und Gefangene, aber auch vollkommen Unbeteiligte (u.a. der Schotte McLeod, der Taxifahrer Günter Jendrian, der Lehrling Richard Epple, der Schäfer Helmut Schlaudraff, der Schalltechniker Manfred Perder). Der Polizeiführungsbeamte Heinrich Prinz hat den mentalen Hintergrund für derlei Aktivitäten geliefert: Neben einer guten Portion Abenteuerlust "... dürfen Hemmungen, denen ein verantwortungsbewußter Mensch sicher mehr oder weniger unterworfen ist, wenn es darauf ankommt, auf einen anderen zu schießen, nicht so groß sein, daß es ihm plötzlich nicht mehr möglich ist, überhaupt oder mit der notwendigen Kaltblütigkeit abzudrücken ..."

"Die Helden von Mogadischu" trainieren

Zurück zur GSG 9: Ihren ersten aufsehenerregenden Auftritt hatte die seit 1973 einsatzbereite "Anti-Terror"-Einheit bei der geglückten Geiselbefreiung aus der Lufthansamaschine in Mogadischu (1977), in deren Verlauf drei der Entführer erschossen worden sind. Nach dem anfänglichen Rummel wurde es ziemlich ruhig um die "Superhelden von Mogadischu". Auf die Frage, was die GSG 9 danach eigentlich getrieben habe, gab Polizeihauptkommissar Tutter vier Jahre später in der Zeitschrift des BGS eine simple Antwort: "Die GSG 9 trainiert". Für den Tag X.

Die Ausbildung dauert acht Monate und setzt den einjährigen Grunddienst beim BGS voraus sowie den "Willen zur Leistung und Kameradschaft". Diese Sonderausbildung ist außergewöhnlich hart: "sie kann nicht hart genug sein", so der langjährige Kommandeur, Ulrich Wegener, "denn wir müssen davon ausgehen, daß es sich beim potentiellen Gegner um militante Gruppen handelt." Nur etwa 10 bis 30 Prozent der Bewerber für die GSG 9 genügen den strengen Anforderungen und bewältigen die rigide Personalselektion.

Kernziel der GSG 9-Ausbildung ist der "motivierte Einzelkämpfer":

"Dem Nahkampf-Training kommt die wichtige psychologische Funktion zu, das Selbstvertrauen des einzelnen Mannes aufzubauen. Während der Übungen gibt es keine Rangunterschiede (...) und wenn der frisch in die Einheit eingetretene Grenzschutzbeamte aus dem letzten Glied seinem angreifenden Einheitsführer die harte Kante eines Tisches in den Magen rammt, so gehört das zum Alltag in der Übungshalle dieses Spezialverbandes. Höchste Kampfmoral und körperliche Fitneß sollen erreicht werden", so der GSG 9-Vertraute und "Anti-Terror"-Spezialist Rolf Tophoven. Nach dem Grundlehrgang folgt eine neunwöchige Spezialausbildung "gegen Guerillas und Terroristen": "Alles was als Angriffsobjekt für Terroristen dienen kann, wird gestürmt: Gebäude, Wohnungen, Fahrzeuge, Eisenbahnen, Flugzeuge und Schiffe." Geübt wird auf Truppenübungsplätzen im In- und Ausland: Orts- und Häuserkampf, Observationen, Präzisionsschützeneinsatz bei Tag und Nacht, Abseilen und Absetzen aus dem Hubschrauber, Fassadenklettern, Fallschirmspringen, Verfolgen und Stellen motorisierter Straftäter. Beim taktischen Hubschrauber-Einsatz steht das gezielte Training von Angriffshandlungen mit Helikoptern im Vordergrund: Das Absetzen der Sonderkommandos über Terrassen, Dächern und unwegsamem Gelände ist, so die Vorgabe, jederzeit möglich.

US-Experten gaben dabei Hilfestellung für die Abseiltechnik bei der Landung von Kampftruppen aus der Luft: "Amerikanische Erfahrungen aus Vietnam werden dabei weitergegeben und in die Übungen der GSG 9 eingeflochten. Heute ist jedoch die Abseilmethode der Grenzschutzbeamten schon so perfektioniert, daß die Technik der Amerikaner bereits übertroffen werden konnte" (Tophoven).

Zum Trainingsprogramm gehört auch die Verfolgung von "Fluchttätern" mit Hubschraubern, wobei aus den geöffneten Türen der Maschinen geschossen wird. Die "Trefferquote" soll bei solchen Einsätzen bei 85 Prozent liegen.

Schießen im Sekundentakt

Geländelauf, Krafttraining, Leistungs- und Härteausbildung, Karate, aber auch Psychologie-Seminare und Streßbewältigung (u.a. Desensibilisierungstherapien, Angstbewältigung und Hemmschwellen-Absenkung), ferner Waffenübungen in allen Situationen bei Tag und bei Nacht, auch unter Belastung und Streß, sowie ständiger "Kontakt" mit der Waffe gehören zum Konditionierungsprogramm. "Der Ablauf vom Ziehen der Waffe bis zur Abgabe des Schusses darf ein Limit von einer Sekunde nicht überschreiten", offenbart der GSG 9-Vertraute Tophoven bewundernd. Bei diesen Vorgaben bleibt weder Zeit für Skrupel noch zum Nachdenken, was auch systematisch abgebaut werden soll. Gleichwohl soll neben "extrem gutem Reaktionsverhalten" auch "Besonnenheit für den Schützen oberstes Gebot" sein - "Killertypen und schießwütige Gesellen" seien nicht gefragt. Gezielt wird beim sogenannten Combat-Schießen in den Schießkellern vornehmlich auf den sogenannten "K-5-Bereich": auf Kopf, Brust und Bauch. 1980 wurde eine neue Schießausbildung getestet: die "Survival-(Überlebens-) Schießtechnik". Eine "aggressive Grundhaltung" ist unerläßlich, denn "um zu überleben, müssen Sie gnadenlos schnell (...) handeln. Sie müssen so gut treffen, daß Ihre Gegner nicht mehr auf sie schießen können". So steht es in der grünen Gebrauchsanweisung des Stuttgarter Scharfschützen und Schießausbilders Siegfried Hübner. Geraten wird den schießenden Polizisten, in entsprechenden Situationen einen "Angriffsschrei" loszulassen: Dieser erschrecke den Gegner nicht nur, sondern drücke auch die Luft aus dem Magen, "was eine Magenverletzung ungefährlicher macht", und bewirke zugleich "einen Adrenalinstoß", der den Polizeischützen enthemmt und seine "Aggressivität steigert".

Der Münchner Polizei-Psychologe Georg Sieber weiß aus eigener Erfahrung, daß Polizei-Spezialeinheiten wie die GSG 9 darauf gedrillt werden, selbst einen am Boden liegenden Tatverdächtigen weiter als gefährlich anzusehen, weil er sich möglicherweise nur totstellt und blitzschnell eine Waffe ziehen könnte. Deshalb muß auch eine solche Person "passiv gestellt" werden: "Das bedeutet im Zweifel erschießen", so der Polizei-Psychologe im "Stern".

Die GSG 9 ist mit den modernsten Geräten und Waffen der Welt ausgerüstet. Zur Standard-Bewaffnung gehören Maschinenpistolen (MP 5 für 9-mm-Munition) als automatische Handfeuerwaffen, 9-mm-Pistolen der Marke Sig-Saur und Heckler&Koch als Faustfeuer- und Combat-Waffen, Revolver 38 Special (Smith & Wesson) und die Mauser 66. Die Gruppe besitzt aber auch spezialangefertigte Präzisionswaffen (G 3 und SG 1), zum Teil mit Infrarot-Nachtzielgeräten und Schalldämpfern sowie Granatwerferaufsätzen. Sie benutzt u.a., wie auch in Bad Kleinen, einen besonderen Geschoßtyp: die "Action-1-Munition" mit dem sog. Mann-Stop-Effekt, der aufgrund eines hydrostatischen Schocks zur sofortigen Handlungsunfähigkeit führt - nicht selten über den Tod: Denn diese Munition verformt sich beim Auftreffen auf die Haut und reißt schwere Wunden im Körper des oder der Getroffenen; insoweit hat diese Munition große Ähnlichkeit mit den völkerrechtlich - für Kriegszwecke - geächteten "Dum-Dum-Geschossen".

Geübt wird auch an Waffen des Gegners: u.a. mit Sturmkarabinern vom sowjetischen Typ AK 47-Kalaschnikow, "bevorzugte Waffe vieler Guerillabewegungen und Terroristen", so Tophoven, "getreu den Lehrsätzen Mao Tse-tungs, daß eine Waffe vom Feind erbeutet wird und sich dann gegen diesen selbst richtet". Da auch bei Einsätzen mitunter nicht-dienstliche Sekundär-Schußwaffen mitgeführt werden, ist es durchaus denkbar, daß Wolfgang Grams und möglichweise sogar der GSG 9-Angehörige Michael Newrzella mit einer solchen (vielleicht früher sichergestellten) Waffe des "Gegners" erschossen worden sind - oder aber, ebenfalls denkbar, mit Munition aus einem sog. schwarzen, nichtregistrierten Magazin.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Die Beamten der GSG 9 befinden sich durch das ständige Hochleistungs- und Härtetraining in Dauer-Höchstform, was zwangsläufig zu Frustrationen und Motivationsverlusten führen muß, wenn über Jahre hinaus keine Einsatzmöglichkeit in Sicht ist: "Wenn ein hochgezüchtetes Rennpferd zu lang im Stall steht und nicht ‚bewegt` wird, erlahmen seine Spritzigkeit und sein Leistungsvermögen", meint der einfühlsame GSG 9-Experte Rolf Tophoven. Schlagzeilen wie "Die Helden stehen weiter im Schatten" und "GSG 9 führt nur noch Schattendasein" machten den Angehörigen der Spezialeinheit schwer zu schaffen - zumal sie für ihren Dienst lediglich eine Härte-Zulage von 200 DM brutto erhalten.

Vermutlich um die Hochmotivation gleichwohl zu erhalten, hat die Einheit eine grundlegende Umorientierung durchgemacht. So fand sie mitunter auch wesentlich unterhalb der Schwelle des "Anti-Terror"-Einsatzes

Verwendung: etwa bei Großdemonstrationen (bislang eher die Ausnahme), wie 1986 gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (26 GSG 9-Beamte im Einsatz), anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels oder in Solingen wegen der "Ausschreitungen" von Türken nach den neonazistischen Morden an fünf Türkinnen - verdeckte Einsatzbereitschaft, die angesichts des Härtedrills und Schießtrainings zu einer Katastrophe mit tödlichen Folgen führen könnte.

Die GSG 9 fiel auch bereits durch gesetzeswidrige und brutale Einsätze auf: So verübte sie zusammen mit dem "Verfassungsschutz" in der Nacht zum 25.7.1978 einen Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Celle; dieser fingierte Anschlag ging als "Celler Loch" in die Geheimdienst- und Polizeigeschichte der BRD ein. Bei einer Großrazzia des BKA gegen einen des Waffenhandels verdächtigen Motorrad-Club im Jahre 1988 lieferten die maskierten GSG 9-Männer ebenfalls Kostproben ihres Könnens: Türen krachten, Nebelgranaten flogen durchs Fenster, Kinder wurden von den Stühlen gestoßen, Männer auf den Boden geworfen und gefesselt, einer mit dem Kolben einer Maschinenpistole niedergeschlagen; die Einrichtung wurde kurz und klein geschlagen ... - so, sinngemäß, beschrieb "Der Spiegel" diese Überfälle.

Die GSG 9 findet inzwischen Verwendung u.a. beim Personenschutz, zur Überwachung von deutschen Einrichtungen im Ausland, zum Schutz von kerntechnischen Anlagen und millionenschweren Geldtransporten der Bundeszentralbank, bei Observationen und Festnahmeaktionen im Bereich der "organisierten Kriminalität". Darüber hinaus werden GSG 9-Angehörige als "Anti-Terror"-Ausbilder ins Ausland geschickt. So beriet etwa der erste GSG 9-Kommandeur Wegener zusammen mit weiteren BGS-Beamten die Regierung von Saudi-Arabien bei der Fortentwicklung der 2.000 Mann starken "Anti-Terror"-Einheit "Special Security Forces". Eine direkte Zusammenarbeit fand u.a. mit den amerikanischen Special Forces und Delta Force, dem britischen FBI, der Anti-IRA-Truppe "Special Air-Service-Regiment" (SAS), sowie mit israelischen und türkischen "Anti-Terror"-Sondereinheiten statt. Verdeckt wurde die GSG 9 auch in Krisengebieten, wie im Libanon und in El Salvador, eingesetzt.

Öffentliche Kontrolle -

ein Fremdwort

Wie steht es nun um die öffentliche Kontrolle dieser vielseitig verwendbaren Spezialeinheit? Zwar unterliegt sie nominell der herkömmlichen Kontrolle durch die aufsichtführende Behörde (Bundesinnenministerium), durch das Parlament, die Gerichte und die Medien. Doch angesichts der praktizierten Abschottung, des geheimpolizeilich-konspirativen Auftrags, des ausgeprägten Korpsgeistes und angesichts der Anonymität der eingesetzten GSG 9-Kämpfer "ohne Gesicht" (ruß-geschwärzt oder maskiert) laufen die üblichen Kontrollmechanismen ins Leere. Hinzu kommt das Problem, daß - wie im Fall Grams - Polizei und Staatsanwaltschaft quasi in eigener Sache ermitteln. Deshalb haben Todesschützen der Polizei auch häufig eine aussichtsreiche Position bei der späteren gerichtlichen "Klärung" der Vorfälle, falls es überhaupt so weit kommt. Zumeist wird "Notwehr", zumindest "Putativnotwehr" (vermeintliche Notwehr) zugunsten der Schützen angenommen; weitaus die meisten der Verfahren werden eingestellt oder enden mit Freispruch.

Haben Mitglieder von Sondereinsatzkommandos bei der "Terroristen"-Fahndung einen Menschen erschossen oder schwer verletzt, so werden die Namen der beteiligten Polizeibeamten von den Sicherheitsbehörden auch den Angehörigen der Opfer nicht bekanntgegeben. Ihre Vernehmung erfolgt unter Code-Nummern. So geschehen u.a. im Fall des schwerverletzten Rolf Heißler sowie des von einem Sonderkommando erschossenen, völlig unbeteiligten Taxifahrers Günter Jendrian und nun auch im Fall Grams. Eine Offenlegung der Namen, so die Begründung im Todesfall Jendrian, "würde die Einsatzbereitschaft der Polizeibeamten in schwierigen Lagen, die eine sofortige Entscheidung über den Schußwaffengebrauch verlangen, beeinträchtigen". In erster Instanz wurde diese Begründung vom Verwaltungsgericht München bestätigt und ergänzt: Die Anonymität besonderer Polizeieinheiten müsse im Interesse ihrer Funktionsfähigkeit gegenüber der Öffentlichkeit gewahrt bleiben. In einem anderen Urteil hieß es, die - äußerst milde - Verurteilung des Polizeischützen, der einen unbewaffneten 14jährigen Jungen erschossen hatte, dürfe keinesfalls dazu führen, daß sich Polizeibeamte künftig bei vergleichbaren Einsätzen übertrieben zurückhielten.

Im übrigen werden die an Todesschüssen beteiligten Polizeibeamten polizeilich besonders "betreut" und mitunter auch gezielt auf das spätere Gerichtsverfahren vorbereitet. Der frühere Münchner Polizeipräsident Georg Wolf sieht solche Sonderrechte für Polizeischützen unter rein "fürsorgerischen" Gesichtspunkten: "Dem

Beamten soll in seinem Schock, seiner Streßsituation, nachdem er einen Menschen verletzt oder getötet hat, Gelegenheit gegeben werden, sein Verhalten und den Geschehensablauf in Ruhe zu überdenken, ehe er sich strafprozessual verantwortlich äußert."

Das ruhige Überdenken der Tat unter "Betreuung" durch Vorgesetzte dient mit Sicherheit nicht dem rechtsstaatlichen Anspruch der Öffentlichkeit auf eine rückhaltlose Aufklärung derart gravierender Vorfälle. Ebensowenig, wie die gebräuchliche, aus Gründen des "Staatswohls" ergehende behördliche Verweigerung oder Beschränkung von Aussagegenehmigungen für Polizeizeugen, wenn es um polizeistrategische oder -taktische Angelegenheiten geht.

Auch die an der Schießerei in Bad Kleinen beteiligten GSG 9-Beamten, die gemeinsam und vermummt zu den Verhören fliegen, haben die Möglichkeit der Zeugenabsprache, werden betreut und lediglich unter Nummern vernommen. Wieviele Aussagen sind bislang wohl schon "harmonisiert" und korrigiert worden, wie viele Beweismittel unterdrückt? Würde es sich um "normale" Mord- oder Totschlagsverdächtige handeln, so wären sie wegen Verdunkelungsgefahr allesamt schon längst in Untersuchungshaft.

Wie sehr diese Spezialeinheit spezialbehandelt und abgeschottet wird, zeigen nicht zuletzt die Nachrichtensperre der Bundesanwaltschaft, die an Strafvereitelung grenzenden Verdunkelungsmanöver und die dreiste Desinformationspolitik der Sicherheitsbehörden: Es wird offenbar alles daran gesetzt, den Tathergang so lange wie möglich zu verschleiern.

Angesichts der nach wie vor mysteriösen Todesumstände und der skandalösen Machenschaften ist es dringend geboten, eine unabhängige internationale Expertenkommission einzusetzen sowie aus den genannten strukturellen Gründen die abgeschottet arbeitenden und unkontrollierbaren Sondereinsatzkommandos aufzulösen und mit den "Helden von Bad Kleinen" den Anfang zu machen.

Rolf Gössner, Rechtsanwalt/Publizist in Bremen. Rechtspolitischer Berater der Fraktion Die Grünen im niedersächsischen Landtag. Letzte Buchpublikation: Das Anti-Terror-System - Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, Hamburg 1991.

Literatur-Auswahl

- Anti-faschistische Russell-Reihe 5: Nach Schleyer - "Sonderkommandos" in der BRD, Hamburg 1979

- Brand, Staatsgewalt, Göttingen 1988

- Busch u.a., Die Polizei in der Bundesrepublik, Frankfurt/New York 1985

- Gössner/Herzog, Der Apparat - Ermittlungen in Sachen Polizei, Köln 1982, 1984

- Gössner/Herzog, Im Schatten des Rechts - Methoden einer neuen Geheim-Polizei, Köln 1984

- Gössner, Das Anti-Terror-System - Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, Hamburg 1991

- Herrmann/Koch, Entscheidung in Mogadischu, Hamburg 1977

- Polizei-Fachschriften: BGS - Zeitschrift des Bundesgrenzschutzes; Deutsche Polizei; Die Polizei.

- Tophoven, GSG 9 - Kommando gegen Terrorismus, Koblenz/Bonn 1977

- Wegener, Bekämpfung des Terrorismus durch Spezialeinheiten im Rahmen des Sicherheitskonzepts der Bundesrepublik Deutschland, in: Tophoven (Hrg.), Guerilla und Terrorismus heute - Politik durch Gewalt, Bonn 1976, S. 147 ff.

15. Stellungnahme zum "Spitzel Klaus S.". Brief von Birgit Hogefeld

Rubrik: Geheimdienste; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:14

Die Tatsache an sich ist ja mittlerweile weitgehend bekannt: Klaus Steinmetz ist ein Polizeispitzel, er hat die Geheimdienste auf unsere Spur gebracht und damit den Einsatz dieser Killertruppe in Bad Kleinen möglich gemacht. Ohne seine Spitzeldienste würde Wolfgang heute noch leben, und wir wären beide in Freiheit.

Mit der Entscheidung der RAF, der Gefangenen und Teilen der revolutionären Widerstandsbewegung Ende der 80er Jahre für eine politische Öffnung zu allen fortschrittlichen Teilen der Gesellschaft hin war eine Gefahr verbunden, die uns allen bewußt war. Ich kann mich an viele Gespräche in unterschiedlichsten Zusammenhängen erinnern, wo wir darüber geredet haben, daß der angepeilte Neuaufbau einer breiten Bewegung für die Umwälzung der menschenfeindlichen Lebensbedingungen hier und weltweit der Gegenseite ganz neue Möglichkeiten für den Einsatz von V-Leuten oder sonstigen Spitzeln bietet, und natürlich, du kannst nicht einerseits sagen, daß du offen auf die verschiedensten Menschen und Gruppen zugehen willst, um rauszufinden, was zusammen möglich ist für den Aufbau einer "Gegenmacht von Unten" und gleichzeitig jedem Menschen, den du neu kennenlernst, zuallererst mit Mißtrauen begegnen. Trotzdem war in diesen Gesprächen das Ergebnis immer dasselbe, nämlich, daß es bei menschlicher Nähe, Intensität und Genauigkeit in den Beziehungen unter denen, die sich für diesen Kampf zusammenfinden, möglich sein muß, sich gegenseitig so gut kennenzulernen und andere in ihrer ganzen Komplexität, also auch in ihrer Widersprüchlichkeit, zu verstehen, daß man der oder dem anderen mit absoluter Sicherheit vertrauen kann.

Und trotz der wirklich bitteren Erfahrung mit Klaus Steinmetz, die zu Wolfgangs Ermordung und meiner Verhaftung geführt hat, bin ich auch in den letzten Wochen davon nicht abgekommen: Vertrauen zwischen Menschen ist möglich: Es kann überall da wachsen, wo Menschen das für ihr gemeinsames Leben wollen.

Was ist bei der Verbindung zu uns in der Illegalität mit Klaus Steinmetz falsch gelaufen, wo liegen die Ungenauigkeiten und Fehler, die zu der schlimmen Fehleinschätzung über ihn geführt haben?

Die Voraussetzung, nach der der Kontakt mit Klaus Steinmetz zustande kam, war, daß GenossInnen (denen ich mich auch heute verbunden fühle) für ihn "die Hand ins Feuer legen" wollten, sie fühlten sich also sicher, ihm vertrauen zu können.

An diese GenossInnen habe ich jetzt natürlich viele Fragen, die meisten davon werden sie sich sicher selbst stellen.

Ich hatte mich am Donnerstag (24.6.) nachmittags mit Klaus Steinmetz in Bad Kleinen getroffen, danach sind wir zusammen nach Wismar gefahren, um uns um eine Übernachtungsmöglichkeit zu kümmern. In den Medien kam: Ich hätte in den Tagen davor öfter mit Klaus Steinmetz telefoniert und ihn auch zu Hause angerufen, um mit ihm über Weiterstadt reden - das ist alles erfundener Unsinn. Wir hatten uns im April mit Klaus Steinmetz getroffen und damals das Treffen in Bad Kleinen vereinbart. Am Donnerstag war die Stimmung zwischen uns fast von Anfang an ziemlich gespannt, Klaus Steinmetz war offensichtlich zum ersten Mal in der Ex-DDR, und er hatte an allem was auszusetzen. Er hat alles an West-Maßstäben gemessen, und selbst die Schließfächer im Bahnhof waren ihm zu klapprig. Den Menschen, mit denen wir zu tun hatten, ist er zum Teil mit Überheblichkeit begegnet. Ich habe ihn gefragt, warum er das so macht, alles mit diesem Blick anzuschauen, und warum ihn überhaupt nicht interessiert, was hier los ist und wie die Leute sind. Er sagte natürlich dann, daß ihn das alles interessiert. Ich habe angefangen ihm zu erzählen, daß ich zum Beispiel 1990/91 mit jemandem einfach ziellos in der Ex-DDR rumgerannt bin, weil das in der Zeit dort noch normal war und 'ne gute Möglichkeit, mit den unterschiedlichsten Menschen ins Gespräch zu kommen. Ich fand das damals sehr spannend und interessant, denn die meisten Menschen waren anderen gegenüber noch aufgeschlossen, haben über sich und ihre Situation geredet und wollten was über das Leben im Westen wissen. Heute trifft man diese Offenheit nur noch sehr selten an, eigentlich vor allem noch bei ziemlich alten Leuten. Das Gespräch mit Klaus Steinmetz ging dann aber nicht weiter, ich habe es abgebrochen, weil ich gemerkt habe, daß es ihm völlig gleichgültig ist, was ich erzähle und denke.

Bei dem vorherigen Treffen mit ihm hatten wir vor allem zum Ende hin das Gefühl, daß er jeder inhaltlichen Diskussion ausweicht und daß er froh ist, wenn die äußeren Bedingungen ein politisches Gespräch nicht zulassen. Ich hatte ihn am Freitag auf diesen Eindruck von mir angesprochen und auf eine gemeinsame Diskussion über die Fehler der KPD in den 20er Jahren, bei der wir sehr unterschiedliche Positionen hatten - an beides konnte er sich angeblich nicht mehr erinnern. Ich war ziemlich ratlos. Überhaupt kam am Freitag jedes Gespräch nur auf meine Initiative hin zustande, von ihm gingen keine eigenen Überlegungen aus, und er hat nur öfter gesagt, daß andere GenossInnen inhaltliche Diskussionen verhindern, die er für dringend notwendig hält. Mit mir hat er eine solche Diskussion jedenfalls nicht angefangen und auch keine Gedanken von mir aufgegriffen.

Nach eineinhalb Tagen hatte ich ein stark distanziertes Gefühl zu Klaus Steinmetz, und das hatte noch einen anderen Grund.

Am Donnerstag liefen ja in vielen europäischen Ländern die Besetzungsaktionen der kurdischen Genossen, um den eskalierten Krieg gegen ihr Volk zu stoppen. Die Reaktionen von Klaus Steinmetz auf diese Initiative waren ziemlich exakt die Reaktionen rechter Zeitungen und des Kommentators des Bayerischen Rundfunks in dem Stil: sinnloses Kamikaze, sie verspielen ihre Sympathie, jetzt werden sie natürlich verboten und ausgewiesen - ich war ziemlich wütend, weil seine ganze Haltung total distanziert und unsolidarisch war. Außerdem hat's mir noch mal gezeigt, daß er überhaupt keinen Begriff der politischen Situation, in der wir uns alle heute bewegen und Initiativen bestimmen müssen, hat. Er hat überhaupt nicht verstanden, daß die kurdischen GenossInnen wenige Alternativen zu diesen Besetzungen gehabt hätten, um hier breite Öffentlichkeit und politischen Druck gegen diesen Völkermord herzustellen. Ich fand es konsequent und richtig, daß sie sich dabei gegen eine militärische Eskalation und für diese Besetzungen entschieden haben, sie haben alle dafür viel gegeben, ihre Freiheit.

Am Freitag abend hatte ich mir überlegt, daß ich so mit Klaus Steinmetz nicht weitermachen kann, immer wieder fange ich Gespräche mit ihm an und habe dabei das Gefühl, es interessiert und betrifft ihn überhaupt nicht. Die Folge davon war, daß wir den ganzen Samstag über sehr wenig miteinander geredet haben.

Ich habe jetzt natürlich die Frage an GenossInnen, vor allem aus Wiesbaden, die ihn lange kannten, ob sie ganz andere Erfahrungen mit Klaus Steinmetz gemacht haben als die, die ich hier kurz geschildert habe.

Sicher, das Treffen mit uns in Bad Kleinen war auch für ihn nicht die Normalität, er hat ja die ganze Zeit über gewußt, daß er Wolfgang und mich den Mördern ausliefert, also, wie war das für Euch mit ihm? Worauf basiert Euer Vertrauen, wenn ihr ihn noch am 9.7.1993 in einem Infoladen-Flugblatt vor angeblicher Denunziation schützen wollt?

Ist eigentlich seine ganze Rahmengeschichte wahr? Der Bauernhof der Eltern in der Pfalz? Der Selbstmord des Vaters? Seit wann hat er seine Spitzeldienste geleistet - hat das schon während seiner Zeit in Kaiserslautern angefangen? War er durch die drohende Haftstrafe bei dem Einbruch weiter erpreßt worden, sein Spitzellohn - die Umwandlung des Urteils in Bewährung? Oder hat er tatsächlich nur das Geld gewollt?

Ich finde, es liegt ganz entscheidend bei Euch, die Fehler, die zu Klaus Steinmetz gelaufen sind, so aufzuarbeiten und öffentlich zu machen, daß es mit den übrigen Geheimdienstspitzeln, die in linken Zusammenhängen Fuß fassen konnten - ich gehe davon aus, daß es sie gibt -, nicht zu weiteren schmerzhaften Erfahrungen kommen kann.

Als nach diesem Sonntag in Bad Kleinen der erste Verdacht aufkam, daß Klaus Steinmetz uns verraten hat, ist mir rein gefühlsmäßig nichts zu ihm eingefallen, was für mich Verrat ausgeschlossen hätte - das geht mir bei anderen Menschen, die ich kenne, und bei allen, die ich besser kenne, anders. Gegen den Verdacht, daß Klaus Steinmetz uns verraten hat, hat für mich in erster Linie gesprochen, daß mir aus der Sicht polizeitaktischer Überlegung keine Begründung für einen Zugriff zu diesem Zeitpunkt und an diesem Ort eingefallen ist - aber da habe ich sie zum Glück überschätzt. Es muß so gewesen sein, daß bei BKA, BAW usw. am Donnerstag große Enttäuschung darüber geherrscht hat, daß ich allein zu dem Treffen gekommen war, das war nicht unbedingt üblich. Ich vermute, daß Klaus Steinmetz sie am Donnerstag oder Freitag darüber informiert hat, daß Wolfgang am Sonntag kommen wird; falls meine Verhaftung zu einem früheren Zeitpunkt (Freitag/Samstag) geplant war, dann ist sie aus diesem Grund verschoben worden.

Der Ablauf am Sonntag vor Wolfgangs Erschießung und meiner Verhaftung war folgender: Wir waren zu dritt in dieser Bahnhofskneipe (Wolfgang und ich und Klaus Steinmetz), und wir haben diese Kneipe gegen 15 Uhr 15 alle drei zusammen verlassen und sind nebeneinander Richtung Unterführung und die Treppe runtergegangen. Ich bin dabei ganz links gewesen, wer in der Mitte war und wer rechts, weiß ich nicht mehr. Als wir unten in der Unterführung angekommen waren und nach rechts Richtung Ausgang gebogen sind, hat mich ziemlich sofort dieser Bulle angesprungen - das habe ich ja schon gesagt. Klaus Steinmetz ist fast zeitgleich (also Sekunden später) einige Meter weiter "festgenommen" worden. Er lag in derselben Haltung wie ich flach auf dem Boden, hinter ihm stand ein Typ mit einer Pistole im Anschlag, die auf Klaus Steinmetz gerichtet war. Ich habe ihn die ganze Zeit, bis mir diese schwarze Kapuze über den Kopf gezogen worden ist, dort in ca. 15 Meter Entfernung von mir gesehen.

Daß der VS ihn jetzt diese Lügenkonstruktion hat schreiben lassen, um ihn wieder in seine alte Spitzelposition zu hieven, fand ich schon dreist.

Aber entsetzt hat mich die Reaktion der Leute vom Wiesbadener Komitee auf diesen Brief. Es muß so sein, daß Ihr das nicht merkt, aber Ihr seid mitten dabei, dieselben Fehler, die dazu geführt haben, daß dieser Spitzel uns ausliefern konnte, zu wiederholen. Wie könnt Ihr heute nach allem, was passiert ist, die Frage, ob Ihr in Klaus Steinmetz den Freund und Genossen oder ob Ihr in ihm den Spitzel und Handlanger der Mörder seht, davon abhängig machen, ob er "konkret erklären (kann), wie er dort weggekommen ist"? (So jedenfalls habe ich das in der Zeitung gelesen.) Und wenn er das "erklären" könnte und wenn ich das Gegenteil nicht gesehen hätte - was wäre dann?

Es war vorauszusehen und es kommt massiv in den Medien: "Erstmals V-Mann in der Kommandoebene der RAF", "V-Mann an der Sprengung in Weiterstadt beteiligt" und ähnliches - daß das nicht stimmt, weiß der VS genau. Mit der Behauptung, Klaus Steinmetz wäre an der Sprengung dieses Knasts beteiligt gewesen, soll zum x-ten Mal die Kriminalisierung von GenossInnen, die in legalen Zuammenhängen leben, vorbereitet werden. Es gibt seit Jahren immer wieder Erklärungen gegen diese Kriminalisierungslügen, in denen die RAF schreibt, wie sie organisiert ist. Aber klar, die BAW probiert es immer wieder.

Ich selber habe lange in der Illegalität gelebt und kann sagen, daß einer wie der Klaus Steinmetz, den ich getroffen habe, niemals in die Lebenszusammenhänge dort eingeschleust werden kann. Mir liegt nichts daran, die Beziehungen, die ich in dieser Zeit gelebt und kennengelernt habe, zu idealisieren - manche Beziehungen sind sehr nahe und intensiv, zu anderen GenossInnen gibt es diese besondere Nähe und Wärme nicht - es ist so unterschiedlich, wie viele das aus ihren eigenen Lebenszusammenhängen kennen werden. Aber es gibt doch immer wieder Momente, wo du alles über jede und jeden weißt, ich meine damit die Grundeinstellung zum Leben, die Träume, Ängste, Hoffnungen.

Darüber hinaus entsteht unter diesen speziellen Lebensbedingungen zwischen allen eine besondere Verbundenheit, die daraus kommt, daß jede und jeder die Entscheidung getroffen hat, die anderen unter allen Umständen zu schützen, selbst wenn das mit dem eigenen Leben bezahlt werden muß. In bezug darauf besteht grenzenloses gegenseitiges Vertrauen; du legst, ohne auch nur den Bruchteil einer Sekunde zu zögern, dein Leben in die Hände deiner GenossInnen, und du bist dir jederzeit sicher, daß es dort gut aufgehoben ist. Das zu wissen und zu fühlen, war immer sehr wertvoll.

Jetzt kurz zu meiner eigenen Biographie: Zu dem, was mich vor sehr vielen Jahren erschüttert und betroffen gemacht hat und meinen Lebensweg mit beeinflußt hat, gehören auf jeden Fall der Bericht eines vietnamesischen Gefangenen über die Folter in dem Gefangenenlager Poulo Condor und die letzten Notizen des sterbenden Siegfried Hausner. (Siegfried war schwerstverletzt nach Stammheim gebracht worden, er wollte mit einem Rechtsanwalt sprechen, und sie müssen ihn immer wieder gezwungen haben, Namen und Adressen von Anwälten aufzuschreiben. Er hat es mehrmals gemacht, seine Schrift wird immer zittriger - verschwimmt - Siegfried muß kurz darauf gestorben sein.)

Es war für mich beruhigend zu erfahren, daß Wolfgang nach dem Kopfschuß nicht noch mal bei Bewußtsein gewesen ist, so konnten sie ihn nicht mehr quälen.

Irmgard Möller ist jetzt im 22. Jahr in Haft, Ali Jansen wird trotz schweren Asthmas nicht freigelassen, die neue Prozeßwelle soll gegen viele GenossInnen lebenslange Gefangenschaft zementieren, ich selber bin in Totalisolation.

In der Unmenschlichkeit und Brutalität dieses Staates gegen die politischen Gefangenen habe ich immer eine besondere Schärfe der allgemeinen Entwürdigung und Verachtung gesehen, die sich hier gegen die Menschen richtet, und ich konnte daran den Charakter dieses Systems, seinen unbedingten Vernichtungswillen gegen alle, die ihm feindlich gegenüberstehen, früh erfassen und begreifen.

Der Tod von Holger Meins - ich war damals 17 Jahre alt - war ein tiefgreifender Einschnitt in meinem Leben und hat seine Richtung mitbestimmt - genauso wie heute der Tod von Wolfgang und die Umstände seiner Tötung im weiteren Leben einiger junger Menschen eine Rolle spielen werden.

"Wir führen in in vielen Sprachen den gleichen harten erbarmungslosen und opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Die Vernichtung des Nazismus und seiner Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und Freiheit ist unser Ziel."

Das ist der Anfang des Schwurs der KZ-Häftlinge von Buchenwald - in dieser Tradition habe ich mich, meine Lebensentscheidung und unseren Kampf immer gesehen.

Birgit Hogefeld

(Dokumentiert in taz vom 22.7.93)

Foto: M. Höhn

Schwur der Überlebenden

Kameraden!

Wir Buchenwalder Antifaschisten sind heute angetreten zu Ehren der in Buchenwald und seinen Außenkommandos von der Nazibestie und ihren Helfershelfern ermordeten 51.000 Gefangenen.

51.000 - erschossen, gehenkt, zertrampelt, erstickt, ersäuft, vergiftet, abgespritzt.

51.000 - Väter, Mütter, Söhne starben einen qualvollen Tod, weil sie Kämpfer gegen das faschistische Mordregime waren.

51.000 Mütter und Frauen und Hunderttausende von Kindern klagen an! Wir Lebendgebliebenen, wir Zeugen der nazistischen Bestialitäten, sahen in ohnmächtiger Wut unsere Kameraden fallen. Wenn uns eins am Leben hielt, dann war es der Gedanke:

Es kommt der Tag der Rache !

Wir Buchenwalder Sowjetbürger, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken, Deutsche, Spanier, Italiener, Österreicher, Belgier, Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.

Uns beseelt die Idee:

Unsere Sache ist gerecht - der Sieg muß unser sein!

In vielen Sprachen führten wir den gleichen harten und mitleidlosen Kampf, reich an Opfern; und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch leben die Mörder unserer Kameraden. Noch sind unsere sadistischen Peiniger frei. Deshalb schwören wir hier an dieser Stelle faschistischer Greuel vor der ganzen Welt: "Wir werden den Kampf erst aufgeben, wenn der letzte Schuldige vom Gericht aller Nationen verurteilt ist !

Die endgültige Zerschmetterung des Nazismus ist unsere Losung !

Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit unser Ideal !

Dies schulden wir unseren ermordeten Kameraden und ihren Familien.

Als Zeichen der Bereitschaft für diesen Kampf erheben wir die Hand:

Wir schwören !"

Zitiert nach: Dokumente des Bösen 2: Buchenwald. Ein Tatsachenbericht zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung. Von Robert Leibbrand. Europa-Verlag Stuttgart. O.J.

16. "Die CDU muß für" Republikaner wählbar sein"

(Bundesinnenminister Kanther)

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:12

Nur wenige Stunden nach Seiters Rücktritt als Bundesinnenminister infolge der Affäre Bad Kleinen zauberte Kohl dessen Nachfolger aus dem Hut: den hessischen CDU-Vorsitzenden Kanther. Ganz und gar nicht aus akuter Personalnot heraus, wie von SPD-Seite gemutmaßt wurde, kam hier das letzte Aufgebot zum Einsatz. Kanther hatte schon zuvor in verschiedenen Überlegungen der Kabinettsumbildung eine Rolle gespielt und sein Auftrag ist klar: Anders als der doch eher fischblütige Seiters soll Kan-ther mit markigen Sprüchen von "law and order" (was er gerne falsch mit Recht und Gesetz übersetzt) verhindern helfen, daß die CDU auf ihrem rechten Rand zu viele Wähler verliert. Er wolle, daß die CDU auch für Republikaner wählbar sei, erklärte er gegenüber der Presse, wobei ihm erst im Nachhinein - sozusagen als klassische Freudsche Fehlleistung - auffiel, daß er wohl eher von deren Wählern als deren Mitgliedern hätte sprechen sollen. Schönhuber dankte es ihm mit der Versicherung, die Wähler würden dann schon das Original und nicht die Kopie wählen.

Doch über wahltaktische Überlegungen hinaus signalisiert Kanthers Ernennung zum Bundesinnenminister auch die zunehmende Aufwertung, die der klassische bundesrepublikanische Revanchismus heute in der Kohl-Regierung erfährt. Tatsächlich sind Kanther selbst, aber auch seine Staatssekretäre in vielerlei Hinsicht verstrickt in die Strukturen des Revanchismus, der Landsmannschaften, der Vertriebenenverbände usw., in denen der Übergang zum eindeutigen Rechtsradikalismus immer fließend gewesen ist. In diesen Strukturen ist seit Jahren über Szenarien diskutiert worden, wie denn der deutsche Einfluß in Osteuropa zu mehren sei, wobei die Palette der Einflußmöglichkeiten von offenen Gebietsansprüchen und politische Erpressungen bis hin zur angeblichen besonderen Schutzpflicht gegenüber den Millionen "Volksdeutschen" im ehemaligen RGW reicht. Ob Kanther nun wirklich Mitglied jenes "Deutschland-Forums" innerhalb der CDU ist, wie der Tagesanzeiger am 7.7.93 meldete, oder nicht, ist dabei von eher untergeordneter Bedeutung. Sicher ist hingegen, daß Kanther zu eben jenen Kräften in der Union gehört, die einen aggressiven Rechtsaußen-Kurs fahren und bei denen mittlerweile wohl die Bereitschaft, mit den REPs zusammenzuarbeiten, größer ausgeprägt ist, als ihre Verbundenheit mit den von ihnen als "Herz-Jesu-Marxisten" denunzierten gemäßigten Kräften in der eigenen Partei. Mit Kanther und seinen Staatssekretären Lintner, Waffenschmidt und Priesnitz ist heute das Innenministerium zu einer festen Bastion jener Kräfte geworden.

Wer ist Kanther?

Kanther, 1939 in Schweidnitz (Schlesien) geboren, Abitur noch 1957 in der DDR; dann Jura-Studium in Marburg und Bonn mit Abschluß des zweiten Staatsexamens 1966 in Düsseldorf. Seit 1970 hessischer Geschäftsführer der CDU, wohin ihn sein Ziehvater Alfred Dregger (dem Kanther bis zum Scheitel gleicht) geholt hatte. 1980 bis 1987 war er Generalsekretär der CDU in Hessen. In dieser Rolle wird Kanther das Verdienst zugeschrieben, die CDU aus der Situation einer weit unter 30% vor sich hin krepelnden Gruppierung zu einer dann 1987 in Hessen regierungsfähigen Kraft gemacht zu haben.

Ob er in seiner damaligen Funktion als Landesgeschäftsführer in die Kungeleien des rechten CDU-Randes mit der NPD verwickelt gewesen ist, die 1974 zugunsten der CDU auf eine eigene Kandidatur verzichtete, blieb unklar. Als Geschäftsführer ist er jedenfalls mit dafür zuständig gewesen, daß diese sauberen Herren um Karl-Friedrich Grau und die "Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit", die sich damals mit der NPD zu Absprachen getroffen hatten, nach einer gewissen Schamfrist wieder in Ehren in die CDU Hessen aufgenommen wurden. Heute schließt er konkrete Absprachen zwischen Republikanern und CDU zwar verbal aus, die konkrete Zusammenarbeit mit den Republikanern beispielsweise bei Abstimmungen in den hessischen Kommunen, wenn es gegen die Sozis geht, wird von ihm aber nicht grundsätzlich abgelehnt. Immerhin - so Kanther - könne sich die CDU doch nicht ihrer Handlungsfähigkeit berauben lassen, nur weil es Republikaner gäbe. (So in verschiedenen Interviews nach den Kommunalwahlen; u.a. in: FR, 10.3.93.) Damit verließ Kanther den bis dahin geltenden Konsens, daß Abstimmungsmehrheiten nur akzeptiert werden, wenn sie auch ohne die REP-Stimmen so ausgefallen wären.

Während der nahezu 23jährigen Politik Kanthers in Hessen profilierte er sich als der härteste Stahlhelmer der dortigen CDU, der keine Gelegenheit ausließ, gegen links (und was er dafür hält) einzuprügeln, wobei er dann mitunter die eigenen Parteifreunde traf:

1974 entdeckte er marxistische Indoktrination der Verwaltungsanwärter durch das Ausbildungsamt der Stadt Frankfurt; (Welt,10.4.74)

1976 entfachte er auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die hessische Schulreform (Rahmenrichtlinien) den Schul"skandal" in Wiesbaden; das dortige Gymnasium hatte das Buch "Die Verrohung des Franz Blum" im Unterricht behandelt (B. Driest), in dem die Zustände in den Knästen geschildert werden. Kanther stellte gegen den Kultusminister Krollmann Anzeige wegen Förderung der Pornographie (mit Pauken und Trompeten fiel er damit durch); gegenüber Zeitungen, die kritisch über diese CDU-Attacke berichteten, versuchte er, einen Anzeigenboykott zu organisieren etc. (Spiegel, 26.4.76). Zehn Jahre später stellte Kanther dann eine Klage gegen die flächendeckende Einführung der Förderstufe in Hessen und verlangte die Aussetzung diesen Teils der Schulreform, solange die Klage anhängig sei; (Welt 11.1.86)

1977 scheiterte Kanther, der als ein Anhänger einer "mehr vorbeugenden Justiz" zumindest bei "Terroristen deutscher Bauart" die Todesstrafe für abschreckend und deshalb erwägenswert hält (Spiegel, 26.4.76), dann bei der Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden. Offenbar hatte er mit seiner knallrechten Linie in der eigenen Partei überzogen. Bei einer Probeabstimmung wurde deutlich, daß die rein rechnerische CDU-Mehrheit für einen Kandidaten Kanther nicht mobilisierbar war;

Im Europawahlkampf 1979 hielt er die Parole "Freiheit statt Sozialismus" hoch und plädierte angesichts einer angeblichen Bedrohung durch östliche Spionage für eine Zusammenarbeit von Geheimdienst und BGS; (FR, 18. April 1979)

1982 malte Kanther die "ethnische Schwungmasse" von mehreren Millionen farbigen Bürgern Großbritanniens an die Wand, die angesichts der EG-Freizügigkeit sich wer weiß wohin wenden könnten. (Welt, 27.3.82) Das Asylthema verfolgt ihn seitdem immer wieder. 1984 erwog er eine Klage gegen das Land Hessen wegen "Verstoßes gegen die Bundestreue", weil Hessen eine liberalere Regelung im Zuzug von Familienangehörigen von Ausländern hatte; (Hamb. Abendblatt, 25.7.84)

1983 schließlich denunzierte Kanther die Grünen im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Startbahn West als FaschistInnen (FAZ, 27.1.83), wobei er dazu ausgerechnet ein Zitat des SPD-Landesvorsitzenden Börner (der auch schon mal Dachlatten als "Argumente" gegen AKW-Gegner für angebracht gehalten hatte) benutzte. Den darauffolgenden öffentlichen Aufschrei benutzte Kanther, um noch Öl ins Feuer zu gießen, als er in alter Rassistentradition von einem "Negeraufstand" sprach, den seine Rede ausgelöst habe; (FR, 5.2.83)

Folgerichtig wurde Kanther dann Finanzminister unter dem CDU-Ministerpräsidenten Wallmann (87-91). Seit der Wahlniederlage gegen die SPD im Jahr 1991 wurde Kanther gegen den Kandidaten des scheidenden Wallmann CDU-Vorsitzender und Oppositionsführer.

In dieser Rolle ist Kanther ein Sprecher jenes Teils der CDU, der endlich Deutschland zu seiner wahren, sprich Großmachtrolle, führen will. Dazu gehört seine Kritik an der damaligen Weigerung der Bundesregierung, Bundeswehrschiffe zur Beobachtung in die Adria zu schicken. Dazu gehört auch seine Solidarität mit dem wegen der angeblich zögerlichen Bosnienpolitik zurückgetretenen Postminister Schwarz-Schilling. Dazu zählt weiterhin seine eigene Forderung eines militärischen Eingreifens in Bosnien unter aktiver Teilnahme der Bundeswehr (Welt, 7.5.1993) und seine - in der Presse erstaunt als partielle Kritik an Helmut Kohl registrierte - Kritik am "Gewurstel" der Bonner Koalition, die endlich handeln müsse (FAZ, 19.8.92). Diese Kritik forderte im wesentlichen das kompromißlose Einlösen der rechtesten Vorstellungen: Asylrecht, Sozialabbau usw. Auf dem CDU-Bundesparteitag 1992 war es dann auch nicht der amtierende Parteivorstand, der Kanther in das Präsidium optierte, sondern eher der rechte Flügel der Partei, der in Kanther einen rechtspopulistischen Hoffnungsträger gegen eben jenes Gewurstel sah.

Eduard Lintner

Geboren 1944 in Marktlangendorf in der heutigen Tschechischen Republik; Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie des "Christlichen Gewerkschaftsbundes"; Dr. jur; schon während seines Studiums in

Würzburg war er 1967-69 AStA-Vorsitzender der Uni Würzburg, wo er 1973 seine zweite Staatsprüfung ablegte. Seit 1962 Mitglied der CSU, wo er sich über den Kreisvorsitzenden für Würzburg-Land bis zum Mitglied des Landesvorstandes der CSU (bis 79) empordiente. Mitglied des Bundestags seit 1976, Landesvorsitzender der Union der Vertriebenen; 1982 - 1990 Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Deutschlandpolitik und Berlinfragen" der CDU/CSU-Fraktion und seit 24. Januar 1991 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium des Innern. Zumindest 1988 bayrischer Landesvorsitzender der Union der Vertriebenen und kooptiertes Mitglied des CDU-Vorstands. Seit 1992 auch Drogenbeauftragter der Bundesregierung. Lintner gilt als harter Vertreter des Stahlhelmflügels der CDU/CSU: Ob es um die Annäherung nach Osten der sozialliberalen Koalition ging, um den finalen Todesschuß, oder Abrüstung usw., stets gehörte Lintner zu den lautstärksten Krakeelern.

Schon als Student an der Uni Würzburg machte Lintner von sich reden als Aktivist der "Braunzone", jenes fließenden Übergangs von rechter CSU/CDU hin zu offen reaktionären und rechtsradikalen Zirkeln und Strukturen.

Wenig später, 1977, unterstützte der frischgebackene Bundestagsabgeordnete die Gründung der rechtslastigen Hochschulunion (HSU), die es als ihre Aufgabe ansah, "die Position der CSU an den bayrischen Hochschulen offensiv zu vertreten, ohne sich an Hochschulwahlen zu beteiligen". Instrumente ihrer Politik waren dann auch "Antisozialistische" oder auch "Gesamtdeutsche Wochen", die die HSU oft in Verbindung mit dem berüchtigten Würzburger "Institut für Demokratieforschung" des Prof. Lothar Bossle oder den Referenten aus dem Umkreis der nicht minder berüchtigten "Deutschlandstiftung" veranstaltete. Völlig deutlich wird die - vorsichtig ausgedrückt - Affinität zum eindeutig neofaschistischen Lager durch die Tatsache, daß die HSU die Zeitung "student" seit Anfang 1979 als Vereinsorgan nutzte. "student" , herausgegeben seit 1968 von der "studentischen Aktionsgemeinschaft für Publizistik" als "Gegenpol zur studentischen Linken an den Hochschulen", war offen für NPD-Mitglieder und -Funktionäre ebenso wie für Nationalrevolutionäre, Revanchisten, das rechtsradikale Hilfskomitee südliches Afrika usw.

Bei vielen Themen betätigte sich "student" als Tabubrecher. Oft wurden Berichte in Frage- und Berichtform verfaßt und boten so "unverfänglichen" Diskussionsstoff in CSU/CDU-nahen Kreisen, der sonst nur in rechtsradikalen Kreisen verhandelt wurde.

Es wäre interessant, ob HSU-Förderer Lintner schon zu seinen AStA-Zeiten in Würzburg an "student" beteiligt war. Eindeutig belegt sind seine Beziehungen zu einem vergleichbaren "Tabubrecher" von heute, der ebenso im rechten Sumpf verhafteten Zeitung "Junge Freiheit".

Angesichts dieser Affinität zu Strukturen mit - gelinde gesagt - offenen Flanken zum Neofaschismus nehmen Lintners offizielle Aktivitäten denn auch nicht wunder.

Als frischgebackener deutschlandpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion formulierte er 1982 als sein Ziel, "die offene Deutsche Frage, das Selbstbestimmungsrecht, auch in der Weltöffentlichkeit zur Geltung zu bringen". "Hier hat die vorige Regierung (SPD/FDP unter Schmidt, d.V.) alles künstlich niedergehalten". (Welt, 15.11.82)

So forderte Lintner z.B. 1988 ein "vorkonstitutionelles Völkerrecht" und erklärte als Ausgangspunkt für die territoriale Ausdehnung Deutschlands die Grenzen von 1937 (FAZ, 19.2.88). In einer Kritik an einem Entwurf der CDU zur Deutschlandpolitik (damals noch unter dem Generalsekretär Geißler) formulierte Lintner die Forderung, daß es der "Zustimmung Europas zur Wiedervereinigung" nicht bedürfe, und es dürfe nicht der "Irrtum aufkommen, wir wollten auf die nationalstaatliche Option verzichten".

1991 hielt Lintner die Zahl von 2.000 gewalttätigen Neonazis für keinesfalls besorgniserregend. Dies sei eine Übergangserscheinung und eine Reaktion auf "jahrzehntelange Eingesperrtheit und systematische Erziehung zum Haß auf Andersartigkeit. 40 Jahre Diktatur haben ihre Spuren in den Köpfen der Menschen hinterlassen. Neun Monate wiedervereinigtes Deutschland reichen für den Wandel nicht aus" (Quick, 8.8.91).

Als Drogenbeauftragter der Bundesregierung hielt er zwar den Begriff "Turkey" (Entzugserscheinungen beim harten Entzug) für eine Rauschgiftsorte aus irgendeiner Region der Welt (WamS, 20.8.92), ansonsten aber weiß er Bescheid: Das Drogenproblem ist vor allem mit polizeilichen Mitteln anzupacken und jede liberale Betrachtung ist von Übel. Wer derartige Vorstellungen vertritt, hat - so Lintner - böse Absichten: "Den Staat und andere Institutionen wollen sie zur Beihilfe zum Selbstmord durch Drogenkonsum verpflichten" (SZ,

21.8.92). Statt dessen täten Straßenkontrollen not, wenn die innereuropäischen Grenzkontrollen entfallen; Drogenspürhunde müssen her; die Fahnder müßten besser ausgebildet werden; ein europäisches Kriminalamt ("Europol") müsse eingerichtet werden; usw. (Tagesspiegel, 5.9.92)

Von besonderer Brisanz sind Lintners Antworten auf parlamentarische Anfragen, die er insbesondere im Bereich Rechtsextremismus oftmals auf Anfragen der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke gibt: So entblödete er sich nicht, das Gerücht zu kolportieren, bei den Krawallen in Rostock habe es eine Zusammenarbeit zwischen Linken und Rechten gegeben; als dies auch von ihm mangels irgendeines Anhaltspunktes zurückgenommen werden mußte, versuchte er aus dieser Diffamierung der Linken einen erklärlichen Irrtum der Behörden zu machen: "Das Vorgehen der Störer gegen Polizeibeamte, das Werfen lebensgefährlicher Brandsätze gegen Menschen war bisher nur im Zusammenhang mit Ausschreitungen durch autonome/linksextremistische Straftäter bekanntgeworden."(SZ, 19.10.92).

Auf eine entsprechende Anfrage des SPD-Abgeordneten Neumann aus Gotha, ob sich Waffen aus NVA-Beständen und der ehemaligen Roten Armee in den Händen von Rechtsradikalen befänden (was ja mittlerweile mehrfach dokumentiert ist), schrieb Lintner: der Bundesregierung seien "vereinzelt Hinweise allgemeiner Art bekannt, daß Rechtsextremisten versuchen, Waffen und Munition von Angehörigen der ehemaligen sowjetischen Streitkräfte zu erhalten". Konkreteres sei nicht bekannt, dafür aber "beruhigte" Lintner den Fragesteller: Angesichts des scharfen Waffenrechts "wäre die Legalisierung derartigen Waffenbesitzes ausnahmslos ausgeschlossen" (SZ, 19.10.92).

Horst Waffenschmidt

Geboren am 10.5.1933 in Düsseldorf, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn und Köln, Dr. jur. Seit Studienbeginn (1954) CDU-Mitglied. Sowohl in der öffentlichen Verwaltung (Stadtdirektor von Wiehl) als auch in der CDU machte Waffenschmidt Karriere: In der CDU brachte er es zum Landesvorsitzenden der CDU im Rheinland und Mitglied des Landtagspräsidiums der CDU; 1973-82 war er Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU; 1962-72 Abgeordneter im Landtag von NRW (dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender), seit 1972 ist er Bundestagsabgeordneter und kommunalpolitischer Sprecher der CDU. Gleichzeitig ist Waffenschmidt Vorstandsmitglied im VDA - Gesellschaft für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland, über den ein großer Teil der sogenannten Hilfe für die Rußlanddeutschen abgewickelt wird.

Seit 1982 ist Waffenschmidt parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium. Unter seinem Chef Friedrich Zimmermann (CSU) war er Ansprechpartner der Kommunen; speziell aber bemühte er sich, die Volkszählung Mitte der 80er Jahre gegen alle Boykottaufrufe und Zweifel von Datenschützern "politisch durchsetzbar" zu machen.

Seit 1988 dann Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedler und zuständig für die Koordinierung der Eingliederungsprogramme für "deutschstämmige" Aussiedler aus den ehemaligen RGW-Staaten. Vehement stellte sich Waffenschmidt gegen Bestrebungen, die Einwanderung dieser Menschen zu begrenzen. Statt dessen plädierte er für Programme, die die schnelle Integration der Aussiedler in Deutschland einerseits, andererseits aber eine Verbesserung der Lebenssituation der deutschstämmigen Bevölkerungsteile in den Ländern selbst zum Ziel haben. Das größte "Projekt" Waffenschmidts ist dabei die sogenannte Wolgarepublik, deren Wiedererrichtung Gegenstand einer ganzen Reihe von Vereinbarung mit der russischen Regierung gewesen ist, deren Realisierung aber bis heute ungewiß erscheint. Daneben sind in den letzten Jahren jährlich bis zu 200 Millionen DM für Projekte zur Förderung der rußlanddeutschen Bevölkerungsgruppe durch Waffenschmidt verteilt worden. Wie die englische antifaschistische Zeitschrift "searchlight" berichtet, bekam seit 1989 allein Waffenschmidts VDA mit seinen 16.000 Mitgliedern 112,4 Millionen DM zur Verteilung für "Projekte in der ehemaligen Sowjetunion", u.a. 2 Millionen für deutsche Wörterbücher. Ende 1990 wurden in einem Zusatzhaushalt nochmals 34,6 Millionen an den VDA überwiesen, ohne daß die normalen Verfahrenswege eingehalten worden wären (Searchlight, Juli 1993).

Walter Priesnitz

Dritter im Bundes der Staatssekretäre um den neuen Innenminister Kanther ist Walter Priesnitz, der völlig überraschend die Nachfolge des am 18. Juni 1993 entlassenen Staatssekretärs Vöcking als Verantwortlicher für Ausländerrecht, Verfassungsrecht, Polizei und innere Sicherheit angetreten hatte. Priesnitz wurde 1932 in

Zabrze (ehemals Hindenburg) in Oberschlesien geboren. Noch zum Volkssturm 1945 eingezogen, kam er nach kurzer Gefangenschaft nach Zwickau, wo er 1950 Abitur machte und nach einer Banklehre dann an der FU Berlin, in Münster und Köln Jura und VWL studierte; Promotion zum Dr. jur 1960. Wie Waffenschmidt, den er aus gemeinsamen Studententagen kennen müßte, trat er 1954 in die CDU ein, für deren ehemaligen Vertriebenenminister und Exnazi Theodor Oberländer er ab 1959 bis 1969 als wissenschaftlicher Assistent arbeitete. Priesnitz ist Mitglied der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU und Mitglied in deren Bundesvorstand; in Berlin war er deren Gründer und Landesvorsitzender.

Mit Oberländers Karriereende wechselte Priesnitz ins Innenministerium, das er 1971 für 14 Jahre bis 1985 verlassen mußte. Wie die FAZ vom 11.4.91 mutmaßte, habe Priesnitz unter Genscher (und d.h. der sozialliberalen Regierung) keine Karrierechancen mehr gesehen. Erst der dann letzte offizielle Vertriebenenminister, Heinrich Windelen, holte seinen Schützling (Priesnitz war Stadtdirektor in Windelens Wahlkreis) nach Bonn zurück, wo er auf Vorschlag von Dorothea Wilms 1988 Staatssekretär im Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen wurde. Nachdem er im Rahmen der Fluchtwelle (Stichwort: Prager Botschaft) im Sommer/Herbst 1989 ins politische Rampenlicht getreten war, wechselte er 1991 nach Auflösung des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen als beamteter Staatssekretär ins Innenministerium zurück, wo er heute für den Aufbau von kommunalen Verwaltungsstrukturen in der ehemaligen DDR zuständig ist.

Tatsächlich spielte Priesnitz im Sommer 1989 eine entscheidende Rolle bei den Verhandlungen mit der DDR über den jetzt beschuldigten DDR-Rechtsanwalt Vogel; für diesen gab er Anfang 1992 eine Ehrenerklärung ab, während er gleichzeitig Gregor Gysi, der damals in Vogels Begleitung als Sprecher der DDR-Anwälte an Verhandlungen teilnahm, als jemand denunzierte, der Herrn Vogel "auf Linie halten" sollte (Super, 14.1.92).

ES, Hamburg

Kasten 1

Am rechten Rand der Union rumort es

Nur im Tagesspiegel war am 7.7.1993 zu lesen, daß der frischgebackene Innenminister Kanther Mitglied des "Deutschland-Forums" sei, dessen Ziel darin bestünde, "die Union auf einen profilierten Rechtskurs zu bringen mit dem Zweck, den rechtsradikalen Parteien das Wasser abzugraben".

Daß so etwas mitunter auch völlig daneben gehen kann, macht der Fall des Mitbegründers des "Deutschland-Forums" Rudolf Krause deutlich, der mittlerweile wegen seiner rechtsextremen Thesen zur Deutschlandpolitik aus der CDU ausgeschlossen wurde und nunmehr als erster Abgeordneter der REPs im Bundestag sitzt.

Das "Deutschland-Forum" wurde am 5.11.92 auf dem Rheinschiff "Bonna" von 192 Gründungsmitgliedern aus der Taufe gehoben, unter ihnen befanden sich elf MdBs. Mitgliedern sind neben dem mittlerweile geschaßten Rudolf Krause auch dessen damaliger Mit-Sprecher Claus Jäger, der Staatssekretär a.D. Gerhard Mahler und Klaus Hornung, Politikwissenschaftler an der Uni Stuttgart-Hohenheim, der an der "Überwindung jener geistig-kulturellen Stickluft mitwirken möchte, die heute in Deutschland weit verbreitet ist mit ihren Elementen des Schuldtraumas, der re-education, des nationalen Selbsthasses und einer dummen Überschätzung von Ökonomie und technokratischer Machbarkeit" (wie auch im folgenden wesentlich nach: Blick nach rechts, 25.1.93).

Für Mitgründer Helmut Walther aus Bretten/Baden-Württemberg hätten die "Herz-Jesu-Marxisten" um Ex-Generalsekretär Heiner Geißler sogar mit Hilfe der Stasi die Macht in der Union übernommen. In einem Papier vor der Gründung heißt es gar: "Die fast unumschränkte Vorherrschaft der Prinzipien-Muffel in der CDU ist erstmals öffentlich angefochten - von einer kleinen Schar aufrechter und unerschrockener Christlich-Konservativer ... Wir wollen Gegengewicht gegen die Macht der Prinzipien-Muffel und gegen die Sprachführerschaft der Parteilinken sein."

Klar, daß auch Vorzeige-Rechtsaußen Heinrich Lummer zu den Initiatoren gehört. Als seinen Beitrag zur Abgrenzung gegen die REPS hatte er ja erst in der November-Ausgabe der "Jungen Freiheit" die REPs als Gesprächspartner bezeichnet, "... mit denen man - falls nötig und möglich - auch Koalitionen eingehen kann." Ganz so weit wollte Kanther im Frühjahr 1993 in Hessen selbst nicht gehen. Ein faktisches Zusammengehen von CDU und REPs auch ohne offizielle Absprachen wollte er aber auf keinen Fall ausschließen.

Das Deutschland-Forum ist nicht der einzige Zirkel innerhalb der Union, in der die Rechten zum Sammeln blasen: Konservative Gesprächskreise oder "Wertkonservative Kreise" schießen wie Pilze aus dem Boden ("Karlshorster Kreis" in Berlin, "Potsdamer Kreis", "Petersberger Kreis" in Hessen, Gesprächskreise Stuttgart und Tübingen sind hierfür Beispiele). Auch innerhalb der Parteijugend gärt es rechtsaußen, so z.B. in Form eines "Diedrichshägener Kreises - Konservativer Interessenverbund". Und auch hier ist es wieder die "Junge Freiheit", die sich zum Sprachrohr dieser Strömungen macht. So erklärte Andreas Kalbitz, Mitglied im Bezirksverbandausschuß der JU München, in der Juli-Ausgabe 92 der "Jungen Freiheit": "Erst wenn weit mehr inhaltlich orientierte Streiter der nonkonformistischen Rechten mit quertreiben, wird sich ... (das) Fahrwässerchen stauen lassen - um als Flut der Erneuerung politische wie personelle Altlasten wegzuwaschen und - wenn nötig - zu ertränken, wenn ja, wenn bis dahin die wenigen Streiter dieser Couleur den verkommenen Gefechtsstand der Union nicht aufgeben und sich einer noch unverbrauchten politischen Kraft zugewandt haben".

Es fällt einem nicht schwer, diese angeblich unverbrauchte politische Kraft zu identifizieren, mit der geliebäugelt wird.

ES, Hamburg

Wer ist die Junge Freiheit?

Immer wieder stößt mensch bei der Beschäftigung mit dem rechten Rand der CDU auf die Zeitung "Junge Freiheit" (JF). Sie dient offenbar der versammelten CDU/CSU-Rechten als Sprachrohr, angefangen von Heinrich Lummer, über Eduard Lintner, Klaus Hornung (Deutschland-Forum), Bernhard Friedmann und Renate Hellwig (beide CDU-MdB). Diese CDU-Rechten sehen sich (meist in Interview-Form vorgestellt) einträchtig neben REP-Chef Schönhuber, dem ehemaligen Schönhuber-Adjutanten und heutigen "Deutsche Liga"-Funktionär Harald Neubauer, dem ehemaligen NPD-Chef Martin Mußgnug, dem REP-Funktionär Carsten Pagel. Lob erhält das Blatt von vielen Seiten: Vom konservativen "Friedensforscher" Mechtersheimer ebenso wie dem wissenschaftlichen Aushängeschild der CDU-Rechten Rohrmoser, bis hin zum Jungkonservativen Armin Mohler und dem Star der neuheidnischen intellektuellen Nazi-Szene Alain de Benoist.

In Anzeigen ist in der "Jungen Freiheit" die gesamte Nazi-Szene vertreten: Vom "badischen Landboten", dem Armanen-, Grabert- und dem Hohenrain-Verlag, dem Bund heimattreuer Jugend, dem Schutzbund für das Deutsche Volk, Nation und Europa, DESG-Inform, Staatsbriefe etc.

Die JF möchte "ein möglichst breites Spektrum von konservativen Autoren widerspiegeln", dabei sind sich "Nationalrevolutionäre, Konservative, Nationale ... in der antiliberalistischen Kritik einig ..." (1. Kongreß der "Initiative Deutschland '90", der von der nationalrevolutionären Zeitschrift "Wir selbst", von "Europa vorn" und eben der "Jungen Freiheit" am 3.11.90 veranstaltet worden war). Im Brennpunkt der in der JF vorgetragenen Kritik steht dabei der angeblich herrschende "Egalitarismus", die "Utopie der Brüderlichkeit", "fehlende Eindeutigkeiten" im pluralistischen Deutschland, die "Kompromißmeierei", der "Identitätsverlust Europas". Statt dessen wird die Ungleicheit der Menschen propagiert, Meinungs- und Glaubensfreiheit angegriffen, die Abschottung Europas gefordert etc. pp. (siehe: Astrid Lange: Was die Rechten lesen, München 1993).

Herausgegeben wurde die JF bis Mitte 1992 vom "Förderverein zur Wiedervereinigung Deutschlands Unitas Germania" mit Sitz in Ulm. Vorsitzender eben dieses Vereins ist Götz Meidiger. In der Redaktion sitzt mit Hans-Ulrich Kopp ein Gründungsmitglied des REP-Hochschulverbandes RHV. Als Chefideologe der "Jungen Freiheit" gilt Roland Bubik, Mitglied der "Jungen Union" und Stipendiat der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemals Gründer der rechts vom RCDS angesiedelten Liste Unabhängiger Studenten an der Uni Mannheim. Er hatte seine Karriere 1989 als Mitglied der REPs in Ravensburg begonnen, dort trat er bei den "Jungen Republikanern" auf. (Blick nach Rechts, 25.1.93).

ES, Hamburg

Kasten 3

Königsberg - neues Ziel der Ostlandritter

Die Nazis haben ein neues Ziel: Königsberg im ehemaligen Ostpreußen, seit Jahren militärisches Sperrgebiet und dementsprechend dünn besiedelt, gilt als das verheißene Ziel einer neuen Landnahme im Osten. Angeblich sind 1992 9.000 Wolgadeutsche ins ehemalige Ostpreußen gezogen (so Hugo Wermsbacher, Vorsitzender des Verbands der Rußlanddeutschen), 10.000 sollen es laut Spiegel sein. Und das ist für die Revanchisten Grund genug, kräftig die Werbetrommel zu rühren.

So initiierte der bekannte rechtsradikale Kieler Verleger Dietmar Munier eine "Aktion Deutsches Königsberg" und gründete die "Gesellschaft zur Siedlungsförderung in Trakehnen", um "dem deutschen Blut" zur Geltung zu verhelfen. Ziel der Gesellschaft ist der Siedlungsbau zur Ansiedlung von Rußlanddeutschen.

Dem folgten die ebenso rechtsradikalen "Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht" aus Bayern der "Huttengesellschaft", nach deren Selbstverständnis "Geschichte ... ein Ergebnis des Blutes" ist.

Und für die "Deutsche Stimme" der NPD erklingt aus Königsberg "ein Ruf, der gleichermaßen die Rußlanddeutschen und ... die Volksseele der Deutschen erreicht hat".

Ergebnis der Munierschen Aktion ist offenbar ein "Rußlanddeutscher Kulturverein Trakehnen", der angeblich 59 Freiwillige motivierte, Deutschunterricht für die Rußlanddeutschen in Königsberg zu organisieren. Parallel zu Munier gründete Ingwert Paulsen aus Husum einen "Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen", um seinerseits auf dieser Welle mitzureiten (als gemeinnütziger, d.h. steuerlich begünstigter Verein, versteht sich).

Auch der wegen mehrfachen Mordes verurteilte Nazi Manfred Roeder setzt auf das deutsche Ostpreußen und wirbt für entsprechende Siedlungsprojekte.

Kein rechtes Blatt, das diese oder ähnliche Projekte nicht lauthals bejubelt oder sich mit eigenen Initiativen, Revanchismus-Tourismus und ähnlichem beteiligt: von der "Deutschen Rundschau" (Deutsche Liga), über "Nation und Europa", "Europa vorn", "Rußland und wir" (Deutsch-Rußländische Gesellschaft), der "Freiwilligen Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Waffen-SS" usw.

Fehlen darf dabei natürlich nicht die "Nationalzeitung" der DVU und insbesondere die "Junge Freiheit", die seit Monaten über die Situation in Ostpreußen informiert. Ihr ehemaliger Herausgeberkreis und immer noch Förderer, die "Unitas Germanica" forderte gar in einer Unterschriftenkampagne, die selbst in der FAZ erschien "Freiheit für Königsberg"(TAZ, 13.8.93). Und es nimmt dann auch nicht wunder, wenn Wilfried Böhm, CDU-MdB und stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion in der parlamentarischen Versammlung des Europarates, Wilfried Böhm (Mitglied des VDA), in Zusammenarbeit mit dem Redakteur des Ostpreußenblattes, Ansgar Graw, im rechten "MUT"-Verlag ein Buch herausbringt mit dem Titel: "Königsberg morgen, Luxemburg an der Ostsee".

Angesichts solcher Aktivitäten aus der offenen Nazi-Szene wäre die Verteilung öffentlicher Mittel über Staatssekretär Waffenschmidt und seinen "Verein für das Deutschtum im Ausland" einer genaueren Beobachtung wert.

ES, Hamburg

Wer ist der VDA?

Mit etwa 16.000 Mitgliedern rückte der VDA für viele erst durch die Tatsache ins Blickfeld, daß über ihn ein Großteil der Hilfe für die Rußlanddeutschen abgewickelt wird. Wieviel Geld dies mittlerweile ist, ist unklar, aber es sind mindestens 108 Millionen DM.

Erstaunen hat vielleicht hervorgerufen, daß im Vorstand des VDA eben jener Waffenschmidt vertreten ist, der in seiner Funktion als Staatssekretär eben diese Mittel verteilt, was auf ganz normalen Filz hindeutet, zumal auch Bundestagsvizepräsident Hans Klein dem Vorstand engstens verbunden ist. Weniger bekannt aber ist z.B. die Tatsache, daß Vorstandsmitglied Rolf Sauerzapf den VDA-Mitgliedern schon mal das "Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschen" zur Lektüre empfiehlt, das 1933 in Breslau erschienen ist und die deutschen Minderheiten der Welt auflistet (und nebenbei bemerkt, von Antisemitismus strotzt); ein Kollege Waffenschmidts und Kleins in den höheren Chargen des VDA ist Helmut Kowarik, Chef der "Österreichischen Landsmannschaft", der den neofaschistischen "Eckartboten" herausgibt, in dem u.a. nazistischer Geschichtsrevisionismus betrieben wird und der Holocaust als "üble Propaganda" dargestellt wird.

"Der VDA versteht sich als Mittler zwischen den Deutschen in aller Welt und vertritt sowohl das kulturelle Bildungserbe wie auch die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Interessen der Deutschen, die im Ausland leben" - so wurde es in die Satzung des VDA bei seiner Wiedergründung im Jahre 1955 aufgenommen. 1937 hieß dies schlicht und unverhohlen nazistisch: "Volksdeutsche Mittelstelle" (gleichgeschaltet mit dem "Bund Deutscher Osten"). Als nazistische Organisation wurde der VDA, der 1881 als "Allgemeiner Deutscher Schulverein" gegründet, 1908 in "VDA - Verein für das Deutschtum im Ausland" und 1933 in "Volksbund für das Deutschtum im Ausland" umbenannt worden war, 1955 durch das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 2 verboten. Sein unmittelbares Anknüpfen an die nazistische Tradition verdeutlicht auch der langjährige (bis 1977) VDA-Vorsitzende Aschenbach, der als NS-Verteidiger in Nürnberg (SA-Prozeß, Juristen-Prozeß und IG-Farben-Prozeß) von sich reden machte, Vorsitzender der "Stillen Hilfe" für NS-Verbrecher war, dem rechtsradikalen "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten", der später mehrheitlich in der CDU aufging, angehörte.

Mitglied im VDA sind (bzw. waren) u.a. der CDU-Abgeordnete Wilfried Böhm, der schon vor Jahren durch eine Platte mit allen drei Strophen des Deutschlandliedes auf sich aufmerksam machte; Dr. Heinz Lange (FDP und Witikobund, Sudetendeutsche Landsmannschaft); Prof. Dr. J. D. Hellwege (Wirtschaftsrat der CDU): Bernhard Mihm (Ex-CDU-Schuldezernent und heute Fraktionsvorsitzender der CDU in Frankfurt; ebenfalls Witikobund, aber auch Deutsch-Rußländische Gesellschaft), der ehemalige Vorsitzende der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, Hans Wissebach (CDU-MdB) usw.

Der VDA gehört seit seiner Wiedergründung zu den eher stillen Bestandteilen des bundesrepublikanischen Revanchismus. In seiner ganzen Tradition gehört er aber - entstanden im imperialistischen Kaiserreich, zur Vollendung gekommen im nazistischen Deutschland - zu den politisch-ideologischen Instrumenten einer Großdeutschland-Ideologie.

ES, Hamburg

17. Vertuschung, Verdunkelung und Desinformation. Die tödlichen Schüsse von Bad Kleinen

Autor: Gabi Bauer, Albrecht Maurer, Helmut Schröder · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Polizei · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:30

Am Abend des 27.6. gibt der GBA von Stahl über den Polizeieinsatz der Presse die erste Version bekannt: "Die Verhaftung der beiden Beschuldigten erfolgte beim Verlassen der Gaststätte ‚Waldeck` auf dem Bahnhofsvorplatz von Bad Kleinen. Dabei kam es zu einem von Hogefeld initiierten Schußwechsel. Grams erlitt Schußverletzungen, an deren Folgen er gegen 18.00 Uhr in der Universitätsklinik Lübeck gestorben ist. Ein im MEK eingesetzter GSG 9-Beamter erlitt ebenfalls tödliche Schußverletzungen." (nach Zeit, 9.7.) Die Verhaftung sei "im Auftrag des Generalbundesanwalts" erfolgt. Die Bundesanwaltschaft (BAW) verhängte eine Nachrichtensperre. (FR, 29.6.)

Bereits am Abend des 27.6. gibt eine Zeugin bei der Polizei zu Protokoll: "Ich sah dann einen Mann auf das Gleis beim Bahnsteig 4 stürzen. Der Mann lag reglos auf dem Gleis. (...) Dann traten zwei Beamte an den daliegenden Grams heran. Der eine Beamte bückte sich und schoß aus unmittelbarer Nähe mehrmals auf den Grams. Dabei sah der schon wie tot aus. Der Mann zielte auf den Kopf und schoß, aus nächster Nähe, wenige Zentimeter vom Kopf des Grams." (nach ak 356, 7.7.) Der vernehmende Beamte ist ein Beamter des LKA Mecklenburg-Vorpommern. Die Vernehmung findet im Polizeirevier von Bad Kleinen statt. Am 28.6. gibt der GBA bekannt, daß die tödlichen Schüsse auf den GSG 9-Beamten von Wolfgang Grams abgegeben worden sein sollen. Am selben Tag feiert der Bundesminister des Innern, Rudolf Seiters, den Zugriff von Bad Kleinen "als wichtigen Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus" und "dankt den Sicherheitsbehörden für intensive und gezielte Ermittlungsarbeit". (Zeit, 9.7.)

AnwohnerInnen und AugenzeugInnen geben an, sie hätten bei der Schießerei auf den Gleisen eine "Gruppe schwarzvermummter Männer mit schußsicheren Kevlar-Westen" gesehen, "die sogar aus dem Aktenkoffer geschossen" hätten. (Hamburger Abendblatt, 29.6.)

Eine Spurensicherung durch das BKA hat offenbar nicht stattgefunden. Einen Tag nach der Erschießung von Grams konnte ein Fernsehteam "ohne Mühe zwei Dutzend Patronenhülsen aufsammeln". (FR, 2.7.)

Von Stahl stellt zu der Aktion in Bad Kleinen fest, die Sicherheitsbehörden hätten nicht gewußt, sondern lediglich vermutet, daß es sich bei dem Begleiter um Wolfgang Grams gehandelt habe. Hogefeld ist dem Vernehmen nach schon längere Zeit observiert worden. (SZ, 1.7.)

Am 29.6. mußte der GBA falsche Auskünfte über einen zentralen Punkt des Tathergangs gegenüber der Presse zugeben. Er lieferte nun die zweite Version des Polizeieinsatzes in Bad Kleinen. Demnach habe Birgit Hogefeld gar nicht geschossen. Ihr sei nach der Verhaftung eine Waffe (Neun Millimeter Browning) abgenommen worden. Grams und Hogefeld befanden sich nicht in der Gaststätte "Waldeck", sondern im "Billard-Café". Laut BAW hat sich der Tathergang wie folgt ereignet: "Grams flüchtete aus der Unterführung über einen Treppenaufgang Richtung Bahnsteig. Er schoß aus nächster Entfernung auf den im MEK eingesetzten GSG 9-Beamten, der ihn verfolgte und unmittelbar im Begriff war, ihn zu ergreifen. Grams starb seinerseits infolge von Schußverletzungen." Er soll mit einer tschechischen Neun-Millimeter-Pistole der Marke "Para" bewaffnet gewesen sein. (Zeit, 9.7.)

Am 30.6. befaßt sich zum ersten Mal der Innenausschuß des Deutschen Bundestages mit den Todesschüssen von Bad Kleinen. Staatssekretär Lintner, GBA von Stahl, der Vizepräsident des BKA, Köhler, und der Einsatzleiter des BKA in Bad Kleinen geben eine Darstellung des Sachverhalts, die einer reinen Nullinformation gleich kommt. Der ganze Vorlauf der Verhaftung wird ausgeklammert, ebenfalls der Schußwechsel mit Grams.

Der Einsatzleiter des BKA in Bad Kleinen führt aus, daß gegen 14 Uhr Birgit Hogefeld in der Bahnhofsgaststätte festgestellt wurde. Sie war in Begleitung einer männlichen Person. Eine eindeutige Identifikation dieser Person war nicht möglich. Es wurde mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen, daß es sich um Grams handelt. Wieviel Personen sonst in der Gaststätte waren, wußte man nicht. Schußsichere Westen hätten aus Gründen der Tarnung nicht getragen werden können. Zum Schußwechsel heißt es lapidar:

"Hier gab es dann einen Schußwechsel. Ich weiß nicht, wie nahe man dran war oder wie weit weg. Dabei lag letztlich Herr Grams tot auf den Gleisen. Das ist die Situation." Der Einsatzleiter weiter: Man habe von der GSG 9 keine Darstellung, keinen Verlaufsbericht erhalten, es liefen ja die üblichen Todesermittlungsverfahren. Die "Zeit" vermerkt bezüglich dieser Ausführungen: "Im BKA ist man für die Frage, aus welcher Entfernung Grams erschossen wurde, offenbar schon sensibel". (Zeit, 9.7.)

Ebenfalls am 30.6. gibt der Rechtsanwalt der Eltern von Wolfgang Grams, Andreas Groß, bekannt, daß die Teilnahme einer von den Eltern benannten Vertrauensperson bei der Obduktion des Leichnams bewußt verschleppt worden ist. So sei eine erste Obduktion bereits am Montag erfolgt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bundesanwaltschaft den Eltern weder mitgeteilt, wo sich der Leichnam befinde, noch einen Zeitpunkt für eine Obduktion genannt. (taz, 1.7.)

Liquidation oder Selbstmord?

Am 1.7. erklärt "Monitor" in einer Vorabmeldung, daß eine Zeugin gesehen und eidesstattlich versichert habe, ein GSG 9-Beamter habe den wehrlosen Grams mit einem Kopfschuß aus unmittelbarer Nähe liquidiert. Der Schweriner Oberstaatsanwalt, Ernst Jäger, bringt in den "Tagesthemen" die Selbstmord-These ins Spiel: "Selbstmord ist keineswegs auszuschließen. Ich persönlich gehe sogar davon aus, daß Selbstmord naheliegt". Jäger mußte auch einräumen, daß die Aussage der Zeugin bereits seit dem Abend des 27.6. der Polizei vorliegt. Jäger verspricht: "Sämtliche Beamten, die am Einsatz teilgenommen haben, werden vernommen." (Zeit, 9.7.)

In den "Tagesthemen" führt der Rechtsanwalt Andreas Groß aus, daß der ihm vorliegende Obduktionsbericht der Universitätsklinik Lübeck von einem aufgesetzten Schuß ausgeht. Schmauchspuren sowie Druck- und Aufsetzspuren an der oberen rechten Schläfe belegen dies. Das Bundesinnenministerium widerspricht der Aussage einer Augenzeugin, nach der Grams durch einen GSG 9-Beamten aus unmittelbarer Nähe erschossen worden ist. Die Staatsanwaltschaft Schwerin teilte jedoch mit, daß im Obduktionsbericht der Universitätsklinik Lübeck Hinweise auf einen Schuß aus nächster Nähe enthalten sind. Es sei bislang nicht geklärt, aus welcher Waffe der Schuß stamme und welche Munition verwendet wurde. (FR, 2.7.)

Die Bundesregierung verspricht in einer Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 1.7., daß es eine gerichtsmedizinische Untersuchung geben werde. Sie fügt hinzu, "erneute Befragungen der polizeilichen Einsatzleiter in Bad Kleinen hätten ergeben, daß von einem Angehörigen der Anti-Terror-Gruppe GSG 9 kein Schuß ‚aus allernächster Nähe` auf Grams abgegeben worden sei." ("Heute im Bundestag", 1.7.).

Nach von Stahl hat es weder für Ort noch Zeit des Zugriffs eine Alternative gegeben. Ursache für den nicht eingeplanten Schußwechsel sei die Unsicherheit der Beamten über die Identität des mutmaßlichen Terroristen gewesen. Grams sei etwa zehn Meter vor Hogefeld und "einem noch unbekannten Mann" hergegangen. "Der 26jährige Polizist wurde von einem Dum-Dum-Geschoß, das besonders schwere Verletzungen hervorruft, ins Herz getroffen. Grams starb später durch eine Polizeikugel." (Berliner Zeitung (BZ), 1.7.)

Die Beamten der GSG 9 sollen sich laut Zeugenaussagen im Dreieck am Ausgang des Tunnels postiert haben. "Die Schußfelder könnten sich gekreuzt haben". (Wiesbadener Kurier 1.7.)

Erstmals spricht der GBA davon, daß der GSG 9-Beamte Newrzella durch ein Dum-Dum-Geschoß getötet worden sei - "eine Erklärung, auf die sich im ermittelnden BKA keiner einen Reim machen kann, denn dort spricht niemand von solchen Geschossen aus der Waffe von Grams". Die GSG 9-Beamten wurden zum ersten Mal befragt, nachdem der Anwalt von Grams am Mittwochabend von einem aufgesetzten Schuß gesprochen hatte. (FR, 2.7.)

"Wer hat den Tod von Grams verursacht und wie? Es gibt Hinweise, daß einer der Polizisten, nachdem Grams einen seiner Kollegen erschossen hatte, die Kontrolle über sich verloren habe. Die Schweriner Staatsanwaltschaft nehme an, Grams habe sich selbst getötet. Alle sechs beteiligten Beamten beteuerten, keinen aufgesetzten Schuß abgegeben zu haben. Die geringste Entfernung habe 1,5 Meter betragen. Es sei aber auch nicht beobachtet worden, daß Grams Selbstmord begangen habe. (...) Die Sprecher des (BMI und BMJ) versicherten, ihre Behörden hätten erst aus dem Fernsehen von den Behauptungen der Augenzeugin erfahren. (...) An der unmittelbaren Verfolgung von Grams und an der Festnahme von Birgit Hogefeld hätten sich dann sieben GSG 9-Beamte beteiligt. Einer von ihnen wurde von Grams getötet." (FAZ, 3.7.)

Mit Nachdruck unterstreicht der Vizepräsident des BKA, daß das MEK des BKA nicht an dem Schußwechsel beteiligt war. (FR, 2.7.)

Das BMI widerspricht Darstellungen, nach denen Grams von Polizisten aus nächster Nähe erschossen worden sein soll. Am 1.7. nachmittags habe sich Seiters erneut vom BKA-Präsidenten und dem Chef der GSG 9 unterrichten lassen. "Diese hätten berichtet, nach dem Einsatz in Bad Kleinen seien die beiden Einheitsführer über den Hergang ... befragt worden. Nach den Veröffentlichungen über einen angeblichen Schuß aus nächster Nähe seien die beiden Einheitsführer und zwei weitere am Geschehen unmittelbar beteiligte Beamte nochmals befragt worden." Ergebnis: Kein Angehöriger der GSG 9 habe einen Schuß aus allernächster Nähe abgegeben. Berichtet wird über die Darstellung im Innenausschuß: Grams sei geflüchtet, kurz vor dem Absatz der Treppe habe er sich unvermittelt umgedreht und auf die ihn verfolgenden Beamten geschossen. "Im Innenausschuß hat jedoch niemand ausdrücklich gefragt, ob es einen aufgesetzten Schuß gegeben habe; damals war diese Behauptung noch nicht bekannt." Aufgrund der Obduktionsberichte geht die Staatsanwaltschaft Schwerin vom Tod aufgrund eines Kopfschusses aus nächster Nähe aus. Ein Sprecher berichtet, daß die Einschußöffnung am Kopf von Grams Schmauchspuren aufgewiesen habe. Der Schuß sei möglicherweise aufgesetzt gewesen. Unklar sei, aus welcher Waffe der Schuß stamme. "Erst dann sei geklärt, ob Grams Selbstmord begangen habe." "Im Gegensatz zum Generalbundesanwalt erklärte das Innenministerium, weitere Beamte des Mobilen Einsatzkommandos des Bundeskriminalamtes seien an der Aktion nicht beteiligt gewesen." Penner fordert von Stahl auf, die Nachrichtensperre über den Einsatz aufzuheben. (FAZ, 2.7.)

Am selben Tag teilt der Sprecher des Bundesministeriums des Innern, Roland Bachmeier, auf einer Pressekonferenz mit, daß die sechs unmittelbar am Einsatz beteiligten GSG 9-Beamten ausgesagt hätten, daß keiner von ihnen "auf den am Boden liegenden Grams geschossen oder einen aufgesetzten Schuß abgefeuert" habe. "Kein Schuß sei nach Angaben der Beamten aus weniger als 1,5 Meter Entfernung abgegeben worden. Ihre Aussagen hätten allerdings auch keinen Hinweis auf einen Selbstmord von Grams gegeben. Ein Jurist des Grenzschutzpräsidiums West habe die Beamten befragt. Wieviele Beamte im Einsatz waren, will Bachmeier nicht sagen." Die Existenz der unmittelbaren Tatzeugin sei dem BMI und dem Bundesjustizministerium erst am Donnerstag aus der Presse bekanntgeworden. (Zeit, 9.7.)

Ebenfalls an diesem Tag beauftragt Bundesinnenminister Seiters den Präsidenten des Bundesverwaltungsamtes in Köln, Christoph Grünig, damit, die näheren Umstände des Schußwaffengebrauchs beim polizeilichen Zugriff umfassend zu prüfen. Grünig, der lange Jahre für das Bundesamt für Verfassungsschutz tätig war, wird von der Bundesregierung als "unabhängiger Gutachter" dargestellt.

In einer weiteren Sondersitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages (am 2.7.) erfahren die Abgeordneten erstmals, daß nicht ca. 20 Beamte eingesetzt waren, sondern 54 und daß von den BGS-Beamten 33 Schuß abgegeben (es wurde ausdrücklich erwähnt, daß hier nur die BGS-Beamten erfaßt sind), aber nicht alle Projektile und Patronenhülsen gefunden worden sind. Nicht einmal alle abgegebenen Schüsse haben die eingesetzten Beamten protokollieren müssen. Die Abgeordneten erfahren, daß das BKA dem Ausschuß am Mittwoch die Unwahrheit gesagt hat, als es langatmig ausführte, daß es nicht wußte, wieviele Personen sich in der Gaststätte aufgehalten haben, denn eine Beamtin sei vorübergehend in der Gaststätte gewesen. Ansonsten blieben alle wichtigen Fragen offen. Der SPD-Abgeordnete Penner äußerte zur "Spurensicherung", daß hier alle elementaren Regeln verletzt worden seien. Entweder seien BKA und GSG 9 völlig unfähig, oder man habe so schleppend ermittelt, weil man etwas verbergen wolle. (Zeit, 9.7.).

BKA-Vizepräsident Köhler führt aus, daß der Hinweis, daß Grams den GSG 9-Beamten getötet haben soll, sich aus den zeugenschaftlichen Aussagen der Beamten ergibt. Die Richtigkeit dieser Aussagen müsse noch kriminaltechnisch untersucht werden. Von Stahl erklärt, daß ihm mitgeteilt worden ist, daß in Bad Kleinen dumdum-ähnliche Geschosse verwendet worden sind, Geschosse, die aufgepilzt sind.

Am 2.7. geht bei der PDS/LL-Bundestagsgruppe ein anonymer Anruf eines Polizeibeamten ein, der am Einsatz in Bad Kleinen beteiligt gewesen sein will. Der Beamte erklärt ebenfalls, daß Grams unbewaffnet gewesen sei und ein Kollege der GSG 9 "die Nerven verloren habe" (taz, 3.7.).

Der Anwalt Andreas Groß hat im Auftrag der Eltern von Wolfgang Grams Strafanzeige wegen des Verdachts des Mordes bzw. des Totschlags gestellt. Die eingesetzten Beamten sind immer noch nicht von den Ermittlungsbehörden vernommen worden. Die für Grams tödliche Kugel ist immer noch nicht gefunden worden. (FR, 3.7.)

Der Zeuge des "Spiegel"

Am 3.7. präsentiert der "Spiegel" einen in Bad Kleinen eingesetzten Sicherheitsbeamten als Zeugen. Der Mann sagt gegenüber dem "Spiegel", daß er gesehen habe, wie ein Kollege dem wehrlosen Grams aus fünf Zentimeter Entfernung in den Kopf geschossen habe. Der Beamte: "Er lag da auf der linken Körperseite. Ein Kollege kniete auf ihm. Er hatte keine Bewegungsmöglichkeit mehr. Die Arme waren gespreizt. Die Waffe lag etwa zwei Meter von ihm entfernt 20 Grad nach oben links. Grams hat keine Möglichkeit mehr gehabt, das Schießgerät zu erreichen. Auch hatte er keine Sekundärwaffe bei sich."

Der Schweriner Oberstaatsanwalt Jäger läßt "um 12.26 Uhr noch über dpa die Nachricht verbreiten, nun müsse rasch geklärt werden, ob Grams Selbstmord begangen habe oder erschossen worden sei. Achtundneunzig Minuten später läßt er tickern, er schließe nun einen Selbstmord aus". (Zeit, 9.7.)

Auf einer Pressekonferenz erklärt GBA von Stahl, daß ihm die von "Monitor" zitierte Zeugenaussage erst am 2. Juli vorgelegen habe. "Er wisse nicht, wieso ihm diese Aussage erst fünf Tage später übermittelt worden sei, glaube jedoch nicht, daß er ‚absichtlich im Dunkel` gelassen wurde". (Zeit, 9.7.)

Unter Berufung auf Agenturmeldungen wird berichtet, daß sich bei der Sonderkommission des LKA in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen ein anderer Zeuge gemeldet habe, der aussagt, daß Beamte auf den auf dem Gleis liegenden Grams zugegangen seien und ihm die Waffe aus der Hand genommen hätten. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Schwerin, Ernst Jäger, sagt, damit werde die Wahrscheinlichkeit größer, daß sich Grams den tödlichen Schuß selbst gesetzt habe. (FR, 3.7.)

Nach Informationen der FR, die von verschiedenen Seiten bestätigt werden, sei die für Grams tödliche Kugel zumindest bis Freitag nachmittag verschwunden gewesen. Dann gab Oberstaatsanwalt Jäger an, ein Zeuge habe das Geschoß gefunden und übergeben, das möglicherweise das tödliche sei.

Am 4.7. tritt Bundesinnenminister Seiters von seinem Amt zurück.

An diesem Tage sind bereits im Bahnhof von Bad Kleinen in der Unterführung alle Spuren beseitigt. Die Wände sind neu gestrichen worden, weitere Untersuchungen sind damit entweder erschwert oder gar unmöglich gemacht worden.

Der am 5.7. vom BKA herausgegebene Bericht bietet absolut nichts Neues. Die Erschießung von Grams wird explizit ausgeklammert. Desgleichen der Vorlauf der Polizeiaktion in Bad Kleinen. Der GBA sei "in allen Phasen eingebunden, insbesondere auch an der Festlegung der einsatzkonzeptionellen Grundsätze beteiligt" gewesen. "Die Polizeiführung befand sich beim BKA in Wiesbaden. Der Generalbundesanwalt war während der Einsatzphase dort rund um die Uhr durch einen Bundesanwalt bzw. Oberstaatsanwalt vertreten. Beim Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern waren Verbindungsbeamte des BKA eingesetzt."

Der Schweriner Staatsanwalt verhängt am Nachmittag eine Nachrichtensperre. Am 6.7. macht der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Bernrath, darauf aufmerksam, das BKA-Gutachten verschweige, daß ein Vertreter des Bundesanwalts auch am 27.6. in Bad Kleinen anwesend war. (Zeit, 9.7.)

Das BKA gibt bekannt, daß Grams nicht von einer der untersuchten Polizeiwaffen getötet worden sei. Ein rechtsmedizinisches Gutachten beweise, daß das Stanzmarkenprofil an Grams' Kopf mit dem Mündungsprofil von Grams' Pistole übereinstimme. Es ist immer noch nicht bekannt, welche Pistolen von welchen Beamten in welcher Weise eingesammelt und überprüft worden sind. Die Schweriner Staatsanwaltschaft hält an ihrer Darstellung fest, daß Grams zu einem Selbstmord nicht mehr fähig gewesen ist. Deshalb werde die Möglichkeit geprüft, ob er mit seiner eigenen Waffe erschossen worden ist. Der Gutachter Grünig legt seinen Bericht der Befragung von in Bad Kleinen eingesetzten Beamten vor. Man erfährt aus diesem Bericht nicht, ob alle eingesetzten Beamten angehört worden sind. Grünig schließt aus, daß der BGS-Beamte durch einen Querschläger getötet worden ist und daß Grams sich selbst getötet hat. Grünig gibt die abenteuerliche These eines BGS-Beamten zu bedenken, daß Grams sich beim Fallen auf die Gleise versehentlich erschossen

haben könnte. Am Abend entläßt die Bundesjustizministerin den GBA in den einstweiligen Ruhestand. (alles nach Zeit, 9.7.)

Auf der Grundlage des BKA-Berichtes vom 5.7. schreibt die FAZ: Das BKA macht keine Aussage zum Tode von Grams und begründet das mit den Schweriner Ermittlungen. "... In dem Bericht heißt es, an dem Einsatz seien 35 Beamte der GSG 9 und 19 Beamte des MEK des BKA beteiligt gewesen ...". Zumindest einer der GSGler sei als Reisender getarnt gewesen. Man habe die Unterführung unter den Gleisen gewählt, weil sie am ehesten geeignet erschienen sei, die Gefährdung Unbeteiligter auszuschließen. In der Wunde Newrzellas sei ein Teilmantelgeschoß sichergestellt worden, das nach KT/NRW nicht aus einer von der GSG benutzten Waffe verschossen worden sein könne. "Auch habe das Geschoß nicht der von der GSG 9 verwendeten Munition entsprochen." (...) "Wenn sich zudem der Verdacht bewahrheiten sollte, daß Grams durch einen Kopfschuß aus nächster Nähe getötet worden ist, wäre die Situation des Innenministers so oder so unhaltbar geworden." (FAZ, 6.7.)

BKA-Chef Zachert nennt drei Versionen zum Tode von Grams: "Grams könne sich selbst umgebracht haben, oder der tödliche Schuß könne sich aus der Waffe von Grams gelöst haben, als er auf die Gleise fiel. Auszuschließen sei aber auch nicht, daß Grams von einer anderen Person erschossen worden ist." Das "Stanzmarkenprofil" am Kopf von Grams stimme nicht mit den Mündungsprofilen der untersuchten Polizeiwaffen überein. Untersucht worden seien alle Waffen von allen Eingriffskräften, die "geschossen haben." Zachert hebt hervor, daß sich die Aussage der Zeugin (Baron, d.A.) "inzwischen relativiert habe". Deutlicher will er nicht werden und unterstreicht, daß nach der "zehn bis zwanzig Sekunden dauernden Schießerei" von keinem sonstigen Zeugen ein "weiterer Einzelschuß" gehört worden sei. (FR, 7.7.)

Die FR vom 7.7. auf Grundlage des Grüning-Berichts: Nach Angaben der befragten Beamten stehe fest, daß Newrzella von Grams erschossen worden sei. Keiner der Beamten habe gesehen, daß G. sich selbst erschossen habe. Einer schließt allerdings nicht aus, daß G. sich beim Sturz auf die Gleise selbst erschossen habe. "Die befragten GSG 9-Beamten gaben übereinstimmend an, daß nach dem vorangegangenen Schußwechsel kein weiterer Schuß mehr gefallen sei. Insbesondere sei - nachdem Grams durch Beamte der GSG 9 ‚gesichert` worden sei - kein Schuß mehr gefallen." Berichtet wird über einen Zeugen - Angehöriger der deutschen Sicherheitsbehörden - der im "Hamburger Abendblatt" aussagt: " ... am Ende der Treppe, nahe einer Mauer, war ein Beamter postiert. Dieser schoß Grams aus nächster in den Kopf. Grams taumelte noch etwa sechs bis sieben Meter und stürzte dann auf Gleis 4. Danach versammelten sich acht Männer um den Schwerverletzten: sechs waren Beamte der GSG 9, die ihre Pistolen schußbereit in den Händen hielten; zwei Personen waren nicht bewaffnet, sie waren aus dem Bahnhofsgebäude gekommen. Ein Beamter kniete neben Grams ... Darauf hob ein Beamter seine Pistole und feuerte neben Grams' Kopf in den Sand ..."

Am 7.7. heißt es aus Sicherheitskreisen, daß den Fahndern bei der mißglückten Ergreifungsaktion in Bad Kleinen sowohl die Identität von Hogefeld als auch von Grams bekannt gewesen seien. "Die am Einsatz beteiligten Beamten hätten nicht nur gewußt, daß Hogefeld und Grams in der Bahnhofsgaststätte erscheinen würden, sondern auch, daß der ‚dritte Mann`, ein V-Mann des Verfassungsschutzes, bei der Festnahmeaktion geschützt werden müsse." (SZ, 8.7.).

Auch im Innenausschuß hatten BKA-Beamte bisher behauptet, daß man lediglich vermutet habe, daß es sich bei Hogefelds Begleiter in Bad Kleinen um Grams handeln könne.

Die "Süddeutsche Zeitung" erfährt, daß die Festnahme von Hogefeld und Grams für zwei Tage vorher geplant war, aber wegen logistischer "Schwierigkeiten" verschoben werden mußte. (SZ, 8.7.)

"Das Bundeskriminalamt (BKA) hat am Mittwoch noch nicht klären können, wieso eine Zeugenaussage, derzufolge der mutmaßliche Terrorist Grams von einem Polizisten durch einen Nahschuß getötet wurde, mehrere Tage zurückgehalten wurde. Die Aussage war dem BKA schon am Tag des Vorfalls, einem Sonntag, bekannt. Der damals noch amtierende Generalbundesanwalt von Stahl wußte allerdings noch nichts davon, als er am Mittwoch darauf dem Bundestagsinnenausschuß Bericht erstattete. (...) BKA-Präsident Zachert habe am Dienstag einen ‚minutiösen Bericht der BKA-Abteilung Terrorismus-Bekämpfung` zugesagt." (FAZ, 8.7.)

Die vorläufigen gerichtsmedizinischen Gutachten aus Lübeck und Münster kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß Grams durch einen aufgesetzten Kopfschuß getötet worden sei. Während Brinkmann aus Münster eine Tötung aus Grams eigener Waffe für möglich hält, schließt Oemichen aus Lübeck dies aus.

Beide Gutachten schließen aus, daß Grams aus einer der vorgelegten Polizeiwaffen erschossen worden sei. (SZ, 8.7.)

Am 8.7., also fast vierzehn Tage nach den Todesschüssen und der "Spurensuche" des BKA, suchen erneut fünf Beamte des LKA mit zwei Sprengstoff-Spürhunden die Gleise drei und vier in Bad Kleinen ab.

Eine Sonderkommission des LKA hat die Vernehmung der 18 GSG 9-Beamten abgeschlossen. Ein Sprecher des Landes-Justizministeriums teilt mit, daß sich kein Zeuge für den Tod an Grams gemeldet habe. Weitere 70 bis 80 Zeugen, die sich auf dem Bahnhof aufgehalten haben, sollen jetzt vernommen werden. Die Leiche von Grams, die schon zur Beerdigung freigegeben worden war, von der Staatsanwaltschaft "für möglicherweise notwendige weitere Untersuchungen" erneut beschlagnahmt. (Welt, 9.7.)

Der "Stern" berichtet, daß die GSG 9-Beamten "aus ihren Pistolen insgesamt 33 kunststoffummantelte ‚action`-Geschosse auf Grams" abfeuerten. Der "Stern" geht auf die Aussagen der Zeugin Baron und des "Spiegel"-Zeugen ein. Dagegen wird die Aussage des 35jährigen Zugpassagiers Jens-Uwe Wohlfromm gestellt, der vom Tatort etwa 25 Meter entfernt war. Er sagte aus, ",daß kein weiterer Schuß gefallen ist, nachdem Grams vom Bahnsteig gefallen war`. Zwar sei ein Beamter mit seiner Waffe sehr nahe an den Kopf von Grams herangetreten, ‚es fielen aber keine Schüsse mehr`. Auch andere zufällig auf dem Bahnsteig wartende Reisende und die durch den Schußwechsel verletzte Bahnbedienstete Sigrid Helberg konnten eine ‚Exekution` nicht bestätigen." (Stern, 8.7.)

Seltsame "Spurensicherung"

Die "Woche" berichtet, daß der Treppenaufgang im Bahnhof von Bad Kleinen zum Bahnsteig 3/4 mit frischer Farbe getüncht worden sei. In dem Artikel kommt der Hamburger Polizeihauptkommissar Manfred Mahr zu Wort, der sich erstaunt darüber äußert, wieso der getötete GSG 9-Beamte mit solcher Eile beerdigt wurde. "Es verwundert, daß man sich bei ihm der Beweislage so sicher ist, daß man ihn so schnell beerdigen konnte." (Woche, 8.7.)

Zu dem gerichtsmedizinischen Gutachten der Humboldt-Universität erklärt Rechtsanwalt Andreas Groß: Auch der Bauchschuß wirft neue Fragen auf. "Der traf Grams im rechten Oberbauchbereich, verletzte Magen und Leber und blieb in der Wirbelsäule stecken. Der Schußkanal, so Rechtsanwalt Groß, ging horizontal durch den Körper. So kann, das vermuten Gerichtsmediziner, eigentlich nur auf den liegenden Grams abgeschossen worden sein. Auch hier, wie bei der Kopfwunde, wirkt die Einschußstelle nach Angaben des Obduzenten, Professor Dr. Günther Geserick, ‚wie ausgestanzt`." (ebenda)

Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Priesnitz, korrigierte seine Aussage, daß nur einer von vielen Pistolentypen des BGS kriminaltechnisch untersucht worden sei. Priesnitz hatte dem FDP-Politiker Hirsch geschrieben, der Münsteraner Rechtsmediziner Brinkmann habe bei seiner Untersuchung zum Tode von Grams nur dessen Waffe, die der festgenommenen Hogefeld sowie eine vom BGS verwendete Pistole zur Verfügung gehabt. (FAZ, 10.7.)

Unter Bezug auf "Bild" wird gesagt, zu den "Planungsmängeln gehöre, daß die Fahndungsbeamten angeblich bis kurz vor ihrem Einsatz nicht gewußt haben, auf welchem Bahnhof sie den Zugriff vornehmen sollten. GSG 9-Kräfte seien insgesamt auf drei Bahnhöfe verteilt gewesen." Aus dem Innenausschuß wird der Einsatzleiter/BKA zitiert: "Eine Stunde vorher wußten wir nicht, daß wir diesen Zugriff in Bad Kleinen durchführen würden." "Laut Einsatzbefehl sollte der Zugriff möglichst ohne Waffeneinsatz erfolgen." Die GSG-ler sollen angegeben haben, keine privaten Waffen gegen Grams eingesetzt zu haben. Ihre Dienstwaffen seien noch am Tatort abgegeben und versiegelt worden. (alles Junge Welt, 10.7.)

RA Groß hat Strafanzeige im Namen der Eltern gegen unbekannte Beamte des BKA, unbekannte Beamte der Bundesanwaltschaft und des BGS wegen Strafvereitelung im Amt gestellt. (Junge Welt, 12.7.)

Am 11.7. äußert sich die Schweriner Staatsanwaltschaft skeptisch darüber, ob der ihnen vom BKA vorgelegte Videofilm ein Original sei. Es wird der Verdacht geäußert, daß das Band geschnitten seien könnte: Die Aufnahmen seien erst nach der Schießerei entstanden und zeigten in nur drei Minuten den regungslosen Körper von Grams, die gefesselt auf dem Boden liegende Birgit Hogefeld und den V-Mann "Klaus". (SZ, 12.7.)

Ein Sprecher des BKA in Wiesbaden sagt, es gebe zwei Videobänder über den Einsatz. Das eine zeige Wiederbelebungsversuche an Grams und sei nur wenige Sekunden lang. Das andere sei später aufgenommen worden und dokumentiere Einschußspuren. (FAZ, 12.7.)

Der Rechtsanwalt von Grams' Eltern, Andreas Groß, teilt mit, daß Grams nicht nur durch einen tödlichen Schuß aus nächster Nähe, sondern durch zwei ums Leben gekommen ist. In "Spiegel-TV" führt er aus, daß womöglich auch ein Nahschuß auf den Bauch von Grams abgegeben worden ist. In einem weiteren medizinischen Gutachten gebe es Hinweise auf Stanzmerkmale an der Wunde durch eine Waffe. (Welt und FAZ, 12.7.).

An diesem Tag behauptet das ZDF-Nachrichtenmagazin "Bonn direkt", eines der aufgetauchten BKA-Videos zu Bad Kleinen "zeige den Schußwechsel". (Stern 22.7.)

Am 12.7. tritt erneut der Innen- und Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages zu einer gemeinsamen Sondersitzung zusammen. Wie gehabt werden in dieser Sitzung keine Informationen zu dem Vorlauf der Verhaftungsaktion gegeben. Ebenfalls wird ein Videofilm des BKA, der angeblich den Schußwechsel beinhalten soll, gesperrt, weil hier angeblich der Vorlauf der Verhaftungsaktion dokumentiert worden ist. Ein weiterer dreiminütiger Film, der von einem Beamten gedreht worden ist, aber keinerlei Informationen über den Schußwechsel enthält, wird in der Sitzung vorgeführt. In der Sitzung wurde überdies mitgeteilt, daß die Waffen der Polizeibeamten nach der Sicherstellung "abgeschossen" worden seien; dadurch wurde eine Sicherung von Blutspuren und Haarpartikeln so gut wie unmöglich gemacht.

Der Amateurfilmer

Der "Spiegel" schreibt zum Videofilm des BKA/GSG 9, zu Funkmitschnitten, Tatortfundberichten und zur Namensliste der eingesetzen Beamten: "Der Film, die Bahnhofsuhr zeigt 15.45 Uhr, beginnt erst mit dem Finale des konfusen Einsatzes (...). Entweder hatte der Kameramann bei der Schießerei besseres zu tun, vielleicht auch hat er den Kopf eingezogen. Oder die aufgenommenen Sequenzen erschienen ihm so heiß, daß er das Wichtigste gelöscht hat - der Film dauert merkwürdigerweise nur drei Minuten. (...). Bei soviel Vorbereitung leuchtet nicht ein, daß ausgerechnet dieser Einsatz unbelichtet geblieben sein soll, wie zunächst behauptet wurde. Routinemäßig zeichnen Dokumentaionstrupps wichtige Polizeiaktionen auf, bis ins Detail können damit Beweise gesichert und die Abläufe festgehalten werden. Das Filmchen vom Ende des Wolfgang Grams jedenfalls soll, so ein Ermittler, von einem Polizisten ‚semiprivat` gedreht worden sein, einem Schweriner Beamten erscheint es reichlich amateurhaft. Es zeigt einen Blick in die Unterführung, wo die festgenommene Birgit Hogefeld zu sehen ist, ebenso der V-Mann ‚Klaus`, der die Fahnder auf die Spur der RAF-Verdächtigen gebracht hatte. Er liegt mit gefesselten Händer auf dem Bauch. (...) Daß dieses Video und ein zweiter Streifen, der offenbar als ‚optische Tatortbeschreibung` später angefertigt wurde, existieren, bestätigte das BKA erst am Freitag voriger Woche. Und so herrschte neue Verwirrung. Die Aufzeichnung setzt, laut Bahnhofsuhr, nach 16 Uhr wieder ein - und zeigt nach Angaben eines Schweriner Ermittlers Erstaunliches: Nummernschilder zur Spurensicherung liegen plötzlich ganz anders als noch eine Viertelstunde zuvor. Justiz- und Innenminister seines Landes seien über die Ungereimtheiten unterrichtet. Ein Fahnder: ‚In Schwerin liegt nur eine Kopie vor, womöglich ist geschnitten worden.` (...)

Der Funkverkehr war rege, aber angeblich gibt es keine Funkprotokolle, die normalerweise jede Polizeidienststelle automatisch anfertigt. Der Tatortfundbericht, pure Routine, war den Schweriner Ermittlern vom BKA bis Ende voriger Woche immer noch nicht ausgehändigt worden. Auch die Skizzen vom Tatort hatte die Staatsanwaltschaft ebenso dringend wie vergebens in Wiesbaden angefordert. Die Bundeskriminalen, beklagte ein leitender Ermittler, lieferten noch nicht einmal eine vollständige Namensliste der 55 Beamten, die am Einsatz beteiligt waren. Auch den amtlichen Aussagegenehmigungen für die eingesetzten Beamten mußten die Schweriner Aufklärer nachlaufen. Ein Fahnder bei der Schweriner Landespolizei beschreibt das Klima des Mißtrauens: ‚Wir geben keine Informationen mehr an das Bundeskriminalamt oder die Bundesanwaltschaft. Wir verkehren mit denen nur noch über die Staatsanwaltschaft.`" Der "Spiegel" bilanziert: "Wenn Pannen und Unterlassungsfehler fortwährend unterlaufen und zur Serienerscheinung werden, braucht es keine Verschwörungstheoretiker, um dahinter System zu vermuten."

"Die Spurensuche auf dem Kleinstadtbahnhof wurde mehrfach abgebrochen und wieder aufgenommen. Zuletzt schnüffelten am Donnerstag voriger Woche, elf Tage nach der Aktion, Sprengstoff-Spürhunde nach

Pulverresten oder Projektilen - die Kugel, die Grams getötet hat, war noch immer nicht gefunden oder identifiziert. Womöglich hatte es sogar schon vor der Schießerei eine erste Panne gegeben. So fiel den Fahndern beim Observieren des Bahnhofs ein Pärchen auf, das offenbar die Örtlichkeiten ausspionierte. Die beiden wurden heimlich fotografiert, aber nicht überprüft."

Zu den Gutachten über die Schußwaffen: "Unklar ist, aus welcher Waffe der tödliche Schuß kam. Die Beamten waren offiziell wahlweise mit Pistolen der Marke Sig-Sauer und Heckler & Koch P-7 ausgerüstet. Grams trug eine CZ M 75 des tschechischen Herstellers Bruenner. Alle drei Waffen haben die gleiche Patronengröße: das sogenannte 9 Millimeter Parabellum."

Zu dem Lübecker Gutachten: "Nach den vergleichenden Untersuchungen aller Waffen gab Oehmichen vorige Woche für ein Teilgutachten zu Protokoll, ‚daß keine der diskutierten Waffen in der Lage war, ein morphologisches Bild zu erzeugen, wie es am Kopf von Grams angetroffen wurde. Es ist daher als unwahrscheinlich anzusehen, daß eine von den diskutierten Pistolen ursächlich für die Kopfschußverletzung war.` Fazit: Grams muß mit einer dritten Waffenart erschossen worden sein."

Zu dem Münsteraner Gutachten: ",Nichtübereinstimmung zwischen den Stanzmarkenprofil und dem Mündungsprofil der untersuchten Polizeiwaffen. Diese können demnach den Einschuß in der rechten Schläfe des Grams nicht verursacht haben. (...) Weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Stanzmarkenprofil und dem Mündungsprofil der Grams-Waffe. Der Einschuß kann durch diese Waffe gesetzt sein.`. (...) Auch Brinkmanns Methode ist nicht über jeden Zweifel erhaben. Er hat nur eine der Polizeiwaffen untersucht und sich den anderen Pistolentyp gespart. (...) Weitere Schwierigkeit: Der von Brinkmann festgestellte Abdruck paßt zwar nach seiner Meinung zur Grams' Pistole CZ M 75, aber auch zu anderen Waffen. Was ist, wenn einer der Polizisten, wie häufiger bei Sonderkommandos, seine eigene private Waffe mitgeführt hat, weil sie ihm besser in der Hand liegt? Polizeiexperten bestätigen, daß dies bei Sondereinheiten Praxis ist.(...) Winzige Spuren deuten möglicherweise auf die Grams-Waffe hin. An der CZ M 75 wurden nach einer biologischen Spurensicherung ‚Blut- und Gewebereste` sichergestellt."

Weitere Vertuschungen: "Zudem hatten nach der ersten Sektion (der Leiche Grams) angebliche Fachleute mit der Leiche hantiert, ohne an beweiskräftige Ablagerungen zu denken. Eventuelle Blutreste an der rechten Hand von Grams sind verschwunden - die Leiche ist ordentlich gewaschen worden." (alles Spiegel 12.7.)

"Focus" schreibt zum Video: "Die Kamera stand nach Aussagen von Eisenbahnern während des Einsatzes in der Stellwerkskanzel des Bahnhofs - beim BKA-Einsatzleiter." (Focus, 12.7.)

"Untersucht werde nun auch die ‚Zweitwaffe`, wie sie mindestens ein GSG 9-Beamter ... in Bad Kleinen getragen habe, sagte ein Sprecher des Schweriner Justizministeriums am Dienstag (13.7.) ... Den Waffentyp konnte der Sprecher aber nicht nennen". (taz, 15.7.) Der Grund: In zwei Gutachten waren bisher nur die Grams-Waffe und die ‚primären` Dienstwaffen der GSG 9, Heckler & Koch P7, untersucht worden.

"Bild" "hatte geschrieben, das LKA habe an der Stelle, wo Grams starb, 15 cm tief im Gleisbett ein Neun-Millimeter-Projektil gefunden, das mit großer Wahrscheinlichkeit aus der Waffe von Grams stamme." Der Sprecher des Justizministeriums Schwerin: "Das Projektil sei bereits wenige Tage nach dem Schußwechsel aufgespürt worden, konnte aber bislang keiner Waffe zugeordnet werden." Es gebe keine neuen Anhaltspunkte für einen Selbstmord sagt der Sprecher gegen "Bild"-Berichte. (Neues Deutschland (ND), 14.7.)

Der Racheschwur

Am 15.7. berichten die "Stuttgarter Nachrichten" über angebliche Äußerungen aus dem Umfeld der GSG 9, nach denen die Angehörigen dieser Elite-Truppe einen Rache-Schwur geleistet haben sollen: "Wenn ein Angehöriger der GSG 9 von einem Rechtsbrecher getötet werde, würden seine Kameraden alles daran setzen, daß der Polizistenmörder den Tatort nicht lebend verläßt." Bei BGS und BKA hält man dies für "völlig undenkbar" Am gleichen Tag wird bekannt, "daß die Ausbildung der in Spezialeinheiten eingesetzten deutschen Polizeibeamten unter bestimmten Umständen auch das direkte Aufsetzen der Polizeiwaffe am Kopf des gestellten Tatverdächtigen vorsieht. Eine solche Maßnahme soll vor allem der Eigensicherung der Beamten bei der Festnahme von bewaffneten Gewalttätern dienen". (alles "Welt", 16.7.)

Der baden-württembergische Innenminister Frieder Birzele (SPD), äußert gegenüber der Presse, daß Baden-Württemberg und andere Bundesländer "vorab nicht über die Aktion" in Bad Kleinen informiert worden

waren. Eine derartige Vorabinformation durch das BMI über das BKA sei "üblich und notwendig, damit sich die Länder auf eine erhöhte Gefahrenlage während der Anti-Terror-Aktionen einstellen könnten". (...) In der Woche "nach dem umstrittenen Einsatz gegen mutmaßliche RAF-Mitglieder habe das Bundeskriminalamt das monatliche Treffen der Koordinierungsgruppe Terrorismus der Kriminalämter von Bund und Ländern wegen ‚Arbeitsüberlastung` ausfallen lassen". (SZ, 16.7.)

Die Eltern des GSG 9-Beamten Michael Newrzella "kritisierten, daß sie bisher nicht einen Obduktionsbericht sehen konnten. Sie verlangten von den Behörden: ‚Wir wollen die Wahrheit erfahren, wie unser Sohn zu Tode gekommen ist`". (BZ, 16.7.) Die Mutter weiter: "Wir stoßen bei Behörden und Kollegen nur auf Schweigen." (Stern, 22.7.)

Am 16.7. läßt die Staatsanwaltschaft Schwerin verlauten, daß nun "auch das rechtsmedizinische Gutachten aus Lübeck, das bislang sowohl die Polizeipistole vom Typ Heckler & Koch als auch die Grams-Waffe vom Typ Brünner als Tatwaffe ausgeschlossen hatte" zu dem Schluß komme, das Grams "wohl doch durch seine eigene Waffe getötet" worden sei. Bis zu diesem Tag waren noch nicht alle Einsatzkräfte, "die an der blutig verlaufenen Polizeiaktion von Bad Kleinen beteiligt waren", von der Schweriner Staatsanwaltschaft vernommen worden. Kommentar eines Ermittlers: "Einige befinden sich noch im Urlaub, aber die holen wir zurück". (SZ, 17.7.)

Am 17.7. sickern die ersten Ergebnisse der kriminaltechnischen Untersuchungen der Stadtpolizei Zürich durch. "Der wissenschaftliche Dienst der Züricher Stadtpolizei kam bei seinen Untersuchungen Berichten zufolge zu dem Ergebnis, der tödliche Schuß sei aus Grams` eigener Waffe abgefeuert worden. Der Schweriner Oberstaatsanwalt Schwarz sagte, es sei weiterhin offen, ob Grams erschossen worden oder von eigener Hand gestorben sei. Für ihn sei es aber noch nicht eindeutig geklärt, aus welcher Waffe der Schuß abgegeben worden sei." (FAZ, 19.7.)

"Jetzt verdichten sich die Anzeichen, daß der Grams-Tod nicht mehr mit Sicherheit aufgeklärt werden kann. Nach einem Zeitungsbericht wurden die an der Waffe von Grams gefundenen Blutspuren in Labors ‚verbraucht`, so daß eine nähere Bestimmung nicht mehr möglich sei." (ND, 19.7.)

Am 19.7. berichtet "Focus" über die Vernehmung der Beamten des BKA und der GSG 9 durch die Sonderkommission der Schweriner Staatsanwaltschaft. "Von den Zeugenaussagen der BKA-Beamten, gab ein Ermittler kleinlaut zu, habe man sich weitaus mehr versprochen. ‚Mit den phantasievollsten Begründungen hat man uns weismachen wollen, warum man die genauen Umstände von Grams' Tod nicht habe beobachten können`. (...) Allerdings sagt kein einziger der 22 Zeugen aus, Grams habe sich selbst erschossen. Eine Klarheit, die in diesem Fall mehr verwirrte, trat bei den Zeugenvernehmungen zutage: Etliche Angaben der Fahnder zur Vorbereitung und zum Ablauf der lange geplanten Festnahmeaktion waren in der Wort- und Satzwahl nahezu identisch. ‚Die Jungs vom BKA haben ihre Aussagen offenbar abgestimmt und auswendig gelernt`, hieß es am Freitag in Schweriner Justizkreisen. Eine kühne Behauptung. Tatsache ist jedoch, daß etliche BKA-Beamte vor ihrer Schweriner Vernehmung in Wiesbaden zusammenkamen. Es ging dabei, so hieß es intern, um eine Absprache in Sachen Bad Kleinen. (...) In der internen Kritik steht derzeit vor allem Abteilungspräsident Rainer H., Chef der 300 Fahnder. Nach Focus-Informationen soll H. aufkommende Spekulationen über die Möglichkeit eines Nahschusses auf RAF-Mitglied Wolfgang Grams tagelang nicht an BKA-Vize Gerhard Köhler weitergemeldet haben. Viel zu spät, ein paar Minuten vor der ersten Sitzung des Bundestags-Innenausschusses am 30. Juni, wurde Köhler über den aufgesetzten Schuß informiert. Von einem BKA-Abteilungsleiter, keineswegs von dem dafür zuständigen Rainer H. Und noch einmal stellte sich H. offenbar bockig: Im BKA ist davon die Rede, daß der RAF-Jäger eine dienstliche Erklärung zum Ereignisablauf verweigert haben soll. Dabei muß H. alles aus dem Effeff kennen - er war oberster Polizeiführer bei der Aktion gegen Hogefeld und Grams. Am Tag des Zugriffs, der so blutig endete, saß Rainer H. in der Wiesbadener BKA-Kommandozentrale. Im sogenannten ‚Lagedom`, einem fensterlosen und mit Elektronik vollgestopften Raum, war H. über jedes Detail vor Ort informiert. (...) H. weiß natürlich ganz genau, was zum Beispiel in einem hauseigenen Protokoll der BKA-Beamten steht, die gleich nach der Schießerei von Kollegen vernommen worden waren. Auch die Schweriner Staatsanwaltschaft hat großes Interesse an diesem Protokoll. Die Herausgabe des Papiers wurde bislang vom BKA abgelehnt. Die Ermittler aus Mecklenburg-Vorpommern würden ebensogern den BKA-Einsatzbefehl für Bad Kleinen studieren. Auch dieses Dokument, das angeblich Angaben über V-Mann Klaus St. enthält, blieb bislang unter Verschluß. (...) So ist bis heute nicht zu klären, warum sogar Tage nach dem Einsatz der weltweit renommierten BKA-Tatortgruppe, die seit 20 Jahren alle

RAF-Attentate untersucht, noch Patronenhülsen und Projektile gefunden werden konnten. Ein Kenner der Spezialtruppe: ‚Wenn die irgendwo einen Tatort unter die Lupe nehmen, bleibt kein Schamhaar mehr zurück`. Nach Focus-Informationen stand für die Experten der Kriminaltechnik schon bei Besichtigung des Tatorts fest: Wolfgang Grams, der da auf den Gleisen lag, ist durch einen genau aufgesetzten Kopfschuß getötet worden. Hier war, das schien klar, ein Profi am Werk." (Focus, 19.7.)

"Focus" veröffentlicht ein "GSG 9-Protokoll" über die Tage vom 24.7. bis 27.7.. Darin werden die geplante Festnahme in Wismar, deren Widerruf in letzter Minute und dann die durchgeführte Festnahme in Bad Kleinen beschrieben. Wichtig daran: Zwei GSG 9-Beamte waren für etwa sieben Minuten im Restaurant, um den Innenraum aufzuklären. Der unmittelbare Zugriff, nachdem Hogefeld, Grams und Steinmetz das Restaurant verlassen haben, wird vom Beamten auf dem Bahnsteig 3/4 per Funksignal ausgelöst, da sich der Abstand zwischen Grams und Hogefeld nicht verringert habe. "Der GSG 9-Beamte auf dem Bahnsteig, der eigentlich oben sichern sollte, rennt die Treppe zur Unterführung hinunter. Er läuft am für ihn ‚unerwartet auftauchenden Grams vorbei, zieht seine Schußwaffe, reißt Hogefeld zu Boden, stellt sie ohne weitere Zwanganwendung ruhig und fesselt sie`." Weiter heißt es im Protokoll: "Grams dreht am oberen Treppenabsatz nach links ab, holt aus seinem Rucksack eine Waffe heraus (über die Schulter nach hinten gegriffen; d.A.) und feuert auf die Beamten. (...) Grams fällt getroffen ohne Körperberührung durch GSG 9 auf Gleis 4. Zwei GSG 9-Beamte springen im Schußanschlag auf das Gleis. Es erfolgt weder ein Schuß auf Grams noch eine Körperberührung." (Focus, 19.7.)

Der "Spiegel" veröffentlicht ein Interview mit dem Rechtsmediziner Karl Sellier, in dem der sich sehr verwundert über die bisherigen rechtsmedizinischen Untersuchungen im Fall Grams zeigt; insbesondere darüber, daß bisher keine Schmauchspurenuntersuchungen vorgenommen worden sind und daß die Untersuchungen so lange dauern. (Spiegel, 19.7.)

Am 20.7. stellt der Justizminister von Mecklenburg-Vorpommern, Herbert Hellmrich (CDU), ein Teilgutachten der Züricher Stadtpolizei vor. Der tödliche Schuß stammt danach nicht aus einer der vorgelegten Polizeiwaffen. Die Stanzmarke am Kopf des Getöteten, Munition und die in der Nähe von Grams' Kopf gefundenen Projektilteile könnten alle nicht aus den untersuchten Polizeiwaffen stammen. (SZ, 21.7.) "Die Züricher Spezialisten stellten an den Wundrändern des toten Grams außerdem unverbrannte Pulverreste fest, die äußerlich mit Pulverteilen aus Grams' Patronen übereinstimmten, nicht jedoch mit denen aus Polizeiwaffen". (Welt, 21.7.) Die beiden deutschen Gutachten aus Münster und Lübeck lägen den Züricher Spezialisten vor, die in eigener Verantwortung ein Abschlußgutachten erstellen sollen. Mit einem Zwischenbericht werde Mitte August gerechnet. (GA, 21.7.) Das vollständige Gutachten wird in der ersten Septemberhälfte erwartet. (FAZ, 21.7.)

Die Verwechslungsthese

In einem Vorabdruck mutmaßt die "Woche", daß eine Verwechslung die eigentliche Ursache für die tragischen Ereignisse in Bad Kleinen gewesen sei. "Nach Recherchen der ‚Woche` am Tatort und in Sicherheitskreisen ergibt sich dem Blatt zufolge, daß der falsche Mann vom Bahnhof flüchtete - Wolfgang Grams. Eigentlich hatte der V-Mann fliehen sollen, um in die Szene zurückkehren zu können. Damit würden sich nach Darstellung der Zeitung einige Unklarheiten im Ablauf der Ereignisse erklären. Als der mutmaßliche Terrorist Grams die Treppe zum Bahnsteig hinauflief, dachten die Beamten der Festnahmegruppe, nun fliehe der V-Mann. Deshalb habe er ungehindert den auf dem Bahnsteig postierten (Zivilbeamten) passieren können. Der Irrtum sei erst bemerkt worden, als Grams zu schießen begann." (BZ, 22.7.) Die "Woche" berichtet, "Hogefeld habe bestätigt, daß Grams und Steinmetz von Statur und Erscheinung durchaus verwechselbar gewesen seien. Der Irrtum der Beamten erkläre auch, warum Newrzella seine Waffe noch im Holster hatte, als er erschossen wurde." (Welt, 22.7.) Jedoch rätselt auch die "Woche": "Aus einem allerdings noch ungeklärten Grund konnten weder die BKA-Beamtin, die in der Gaststätte saß und Hogefeld, Grams und St. beobachtete, noch die beiden GSG 9-Beamten, die während des über einstündigen Treffens hineinkamen, eine eindeutige Personenbeschreibung des V-Manns übermitteln." (Woche 22.7.)

Am 22.7. besucht Bundeskanzler Kohl die GSG 9 in St. Augustin bei Bonn. "Kohl erinnerte an den in Bad Kleinen getötete GSG 9-Beamten Newrzella. Es sei ein Skandal, mit welcher Gleichgültigkeit manche über dessen Tod hinweggegangen seien und daß versucht worden sei, ‚aus einem Mörder eine Art Märtyrer zu machen`. Kohl versicherte, er habe ‚großes Vertrauen` in die Einsatzbereitschaft, die Leistungsfähigkeit und

das Verantwortungsbewußtsein der Truppe. Er wisse welchen Vorwürfen die GSG 9 nach Bad Kleinen ausgesetzt sei. Deshalb habe sie einen besonderen Anspruch auf die Fürsorge ihres Dienstherrn." (FAZ, 23.7.)

Am 22.7. beginnen die richterlichen Vernehmungen der beteiligten Beamten von BKA und GSG 9. "Focus" schreibt am 26.7.: "Vier der beteiligten GSG 9-Beamten wurden bereits vernommen. Der fünfte Mann war bis jetzt im Krankenhaus. Er wird erst nach seiner Erholungskur aussagen."

Am 22.7. schreibt der "Stern": "Im Verlauf einer Sitzung der ‚Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung` (KGT) beim BKA in Wiesbaden (...) wurden vergangene Woche auch massive Vorwürfe gegen die Medien laut: Sie hätten mit wüsten Spekulationen zusätzliche Verwirrung gestiftet und mit dubiosen Zeugenaussagen die GSG 9-Beamten als Killer hingestellt. Jetzt deute alles darauf hin, daß Grams Selbstmord verübt habe." Und über die Aussagen der GSG 9-Beamten: "Während des Schußwechsels fiel Grams nach Aussagen der fünf direkt beteiligten GSG 9-Beamten (...) auf die Gleise. Genau will es keiner gesehen haben. Einer der fünf war angeschossen, einer kauerte hinter einem Pfosten am Bahnsteig, die anderen drei lagen auf der Treppe in Deckung, hielten ihre Waffen einfach hoch und feuerten durchs Gelände Richtung Grams. Nach übereinstimmenden Aussagen fast aller Zeugen, die die Staatsanwaltschaft Schwerin vernommen hat, ist nach der Ballerei, die 10 bis 15 Sekunden dauerte, kein weiterer Schuß mehr gefallen. Es herrschte ‚Totenstille`, so ein GSG 9-Mann zum Stern. ‚Ein einzelner Schuß, wie er bei der angeblichen Hinrichtung von Grams später gefallen sein soll, hätte wie ein Donnerschlag gewirkt`." (alles Stern, 22.7.)

Am 23.7. haben die Eltern von Wolfgang Grams Strafanzeige gegen Bundeskanzler Kohl "wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und des Verdachts auf üble Nachrede gestellt. Kohl habe Grams öffentlich zum Mörder erklärt, ‚entgegen dem derzeitigen Erkenntnisstand` über die Todesumstände des GSG 9-Beamten Newrzella, teilte der Anwalt der Eltern, Groß, mit. Groß erklärte, das Projektil, mit dem Newrzella erschossen wurde, werde noch in der Schweiz untersucht.- (ND, 24.7.)

Am 26.7. berichtet "Focus", daß laut Angaben eines LKA-Sachverständigen der Nahschuß der Grams tötete, wohl nur als "leises, dumpfes Plop" zu hören war. "Focus" spekuliert darüber, daß der Polizeizeuge, der sich beim "Spiegel" offenbarte, ein BKA-Beamter sein könnte, denn: "Gegenüber dem Gleis, auf dem Grams starb, war eine Observationsgruppe des BKA in einem Zug gewesen." "Focus" berichtet weiter, daß die Schießerei auf dem Bahnhof, nach dem bisherigen Kenntnisstand, 18 bis 20 Sekunden gedauert hat. "Danach sei nicht, wie bisher behauptet, ‚Totenstille` eingetreten. Im Gegenteil: Es seien Kommandos und Schmerzensschreie zu hören gewesen. Ein GSG 9-Beamter sei durchgedreht, habe getobt und sei von Kollegen zur Seite geführt worden." (Focus, 26.7.)

Zu den medizinischen Gutachten schreibt der "Spiegel": "Unwahrscheinlich ist nach den bisherigen Untersuchungen jedenfalls, daß sich Grams, wie BKA-Chef Hans-Ludwig Zachert spekulierte, beim Sturz auf die Gleise versehentlich erschoß. Der tödliche Schuß wurde, jedenfalls der vorläufigen Untersuchung der Universität Münster zufolge, im Liegen aufgesetzt. Stanzmarke und Schmauchspuren am Kopf des Toten deuten nach den Züricher Feststellungen darauf hin, daß der tödliche Schuß aus der Grams-Waffe (...) stammte. An und im Lauf seines Schießgeräts fanden sich zudem Blut- und Gewebereste, die zur Zeit noch analysiert werden. Brauchbare Fingerabdrücke waren nicht aufzufinden - weder von Grams noch von Dritten: Die Waffe des RAF-Aktivisten war eingeölt."

Zu den Aussagen der GSG 9-Beamten: "Bei den Vernehmungen sorgten die Beamten für neue Verwirrung. Ihre Schilderungen waren widersprüchlich, am Ende wußte keiner genau, wie es am Anfang war. Frühere Aussagen wurden immer wieder korrigiert." Und über eine Tatortvorführung mit dem GSG 9-Beamten Nummer 6 durch das LKA in Schwerin bilanziert der "Spiegel": "Niemand, so scheint es, hat über den entscheidenden Moment eine verläßliche Aussage. (...) Wenn nicht doch noch einer mit einer brauchbaren Zeugenaussage auftaucht, wird immer ein Zweifel bleiben.`". (alles Spiegel, 26.7.)

Zum "Spiegel"-Zeugen: "Dem ‚Spiegel` sind Zweifel gekommen, ob jener Beamte die Wahrheit sagte, der dem Magazin vor drei Wochen offenbart hatte, (...) Wolfgang Grams sei von einem Mitglied der Spezialeinheit ‚aus nächster Nähe regelrecht hingerichtet worden`. Der zuständige ‚Spiegel`-Redakteur Hans Leyendecker, Leiter des Düsseldorfer Büros des Magazins, räumte in zwei Fernsehinterviews ein, jener Zeuge stehe mit seiner Version alleine da. Er, Leyendecker, sei nicht mehr so sicher, ob dessen Aussage stimme." (SZ, 26.7.)

Am 26.7. "vermutet" der hessische CDU-Politiker Roland Rösler in einem Interview mit dem Südwestfunk, daß der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz vor dem Anschlag in Weiterstadt informiert gewesen sei. Rösler ist CDU-Obmann in dem Untersuchungsausschuß des hessischen Landtages zur Aufklärung des Anschlags in Weiterstadt. (BZ, 27.7.)

Wegen der Aussage des "Spiegel"-Zeugen, Grams sei regelrecht hingerichtet worden, fordern nun Politiker - u.a. der Parlamentarische Geschäftsführer Rüttgers - strafrechtliche Konsequenzen. "Die Schweriner Staatsanwaltschaft will nun bei der Vernehmung der Zeugen prüfen, ob er sich mit seiner möglicherweise falschen Aussage strafbar gemacht hat. Der Zeuge habe sich den Schweriner Behörden aber bisher nicht zu erkennen gegeben ..." (BZ, 27.7.)

Am 27.7. gibt die Bundesanwaltschaft bekannt, daß das kriminaltechnische Gutachten der Stadtpolizei Zürich zu dem Ergebnis gekommen ist, daß Grams den GSG 9-Beamten Newrzella erschossen und einen weiteren Beamten verletzt hat. Die Schüsse seien demnach aus Grams' Waffe abgefeuert worden. "Bislang hatte kriminaltechnisch nur ausgeschlossen werden können, daß der Schuß in die Brust, der zum Tode führte, aus einer von dem am unmittelbaren Zugriff beteiligten GSG 9-Beamten stammte." (FAZ, 28.7.)

Der Anwalt von Grams' Eltern weist auf das "merkwürdige zeitliche Zusammentreffen" der Bekanntgabe der Resultate des Gutachtens hin: "Gestern lief die Frist ab, bis zu der Bundeskanzler Helmut Kohl ‚bis zum Beweis des Gegenteils` seine Behauptung widerrufen sollte, Wolfgang Grams sei ein Mörder". (taz, 28.7.) Die "FAZ" kommentiert denn auch: "Die Kritik an ihm (Kohl) nach seiner Aussage vor der GSG 9 wird nach der Züricher Feststellung nun wohl verstummen". (FAZ, 28.7.)

Die "taz" weist darauf hin: "Ursprünglich war das Gutachten der Züricher Stadtpolizei frühestens Anfang August erwartet worden." (taz, 28.7.)

Am 27.7. hat das BKA seinen Bericht mit der "minutiösen Untersuchung" über die Aktion in Bad Kleinen abgeschlossen. (Welt, 28.7. und 29.7.)

Der Sprecher der Schweriner Staatsanwaltschaft, Jäger, teile mit, daß die Umstände des Todes von Grams immer noch ungeklärt seien: "Auch nach der Befragung von mehr als 110 Zeugen gebe es noch kein klares Bild über den Ablauf des Einsatzes von Bad Kleinen vor vier Wochen. Es sei noch nicht entschieden, ob der Tatablauf nachgestellt werde. Eine solche Aktion, von der man sich ‚mehr Klarheit` über das Geschehen auf dem Bahnhof verspreche, könnte mit einem sehr großen Aufwand verbunden sein". (FAZ, 28.7.)

"Regelrecht hingerichtet"

Am 28.7. berichtet "Monitor", daß die Zeugin von Bad Kleinen weiterhin bei ihrer Aussage bleibe. Vielmehr habe der stellvertretende Bundesanwalt Gerhard Löchner "den Innenausschuß des Deutschen Bundestages bewußt falsch über die Aussage einer Zeugin des Polizeieinsatzes von Kleinen informiert. (...) Löchner habe am 12. Juli vor dem Innenausschuß behauptet, die am 1. Juli in ‚Monitor` wiedergegebene eidesstattliche Aussage der Frau widerspreche Angaben, die sie dem Bundeskriminalamt gemacht habe. Während sie vor dem BKA von zwei Beamten gesprochen habe, die auf Grams geschossen hätten, sei in der ‚Monitor`-Erklärung nur von einem Beamten die Rede gewesen. Nach Angaben von ‚Monitor` berichtete die Frau aber auch in der Sendung von zwei Beamten. (...) Laut ‚Monitor` habe die Zeugin ihre Aussage, Grams sei regelrecht hingerichtet worden nochmals bekräftigt." (BZ, 29.7.)

Am 30.7. "hat der stellvertretende Generalbundesanwalt Gerhard Löchner eingeräumt, Aussagen einer Augenzeugin von Bad Kleinen vor dem Innen- und Rechtsausschuß des Bundestages nur in Auszügen vorgetragen zu haben. Den Vorwurf einer bewußten Täuschung wies er aber zurück." (BZ, 31.7.)

Am 2.8. berichtet "Focus", daß das BKA dem BMI einen 100 Seiten umfassenden Bericht über Bad Kleinen vorgelegt hat. "Focus" bezweifelt, ob dieser Bericht grundsätzlich Neues zur Klärung beiträgt. "Denn auch das 100 Seiten starke Papier, überreicht von Top-Beamten des BKA, sagt nichts aus über die genauen Todesumstände des RAF-Aktivisten Wolfgang Grams. Wie er ums Leben kam, liquidiert oder per Selbstmord, offenbart das BKA-Schriftstück nicht." Ein Kriminalbeamter zu "Focus": "Die Aktion in Bad Kleinen, ob vor oder nach der Festnahme, ist eine einzige Lachnummer."

Am 2.8. berichtet der "Spiegel" ebenfalls, daß die Ursache für die versehentliche Festnahme von Klaus Steinmetz und der kurzzeitigen Flucht Wolfgang Grams` eine Verwechslung war. "Laut ‚Spiegel` spielte sich im Tunnel in Bad Kleinen folgendes ab: Nachdem Steinmetz plötzlich von einem GSG 9-Beamten gestellt worden war (...), hörte ein Kollege durch sein Funkgerät: ‚Zugriff erfolgt ...` und nahm an, die Aktion sei bereits beendet. Den an ihm vorbeihastenden Grams hielt er für den V-Mann, der entkommen sollte. Tatsächlich lautete der Funkspruch, der in dem Tunnel aber nicht richtig ankam: ‚Zugriff erfolgt (soll heißen: soll erfolgen) wie besprochen.`" (taz, 2.8.)

Der "Spiegel" schreibt über die Polizeizeugen: (Über den Beamten im Stellwerk) "Eigentlich der ideale Zeuge für jedweden Vorgang zu seinen Füßen. Aber die Umstände, unter denen Grams auf den Schienen zu Tode kam, will er nicht mitbekommen haben - er schaute angeblich gerade in die andere Richtung." Ein anderer Polizeibeamter: "Einer der GSG 9-Beamten, der Grams direkt vor sich hatte, wurde regelrecht patzig, als der Vernehmer insistierte. ‚Was Sie sagen, sollte mich überzeugen`, gab er zu Protokoll, ‚in der Tat müßte ich, zwei Meter neben ihm, alles gesehen haben. Aber ich habe nun mal nichts gesehen.`" (Spiegel, 2.8.)

Zum Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich schreibt der "Spiegel": "... Ein im Schotter gefundenes, in zwei Teile zerfetztes Projektil sei, erklärte ein Experte, ‚zwanglos einem Kopfschuß im Liegen zuzuordnen` - soll heißen: Diese Möglichkeit besteht, aber bewiesen ist es längst nicht. Weiter haben die Züricher Fachleute festgestellt, daß in der Wundöffnung am Kopf von Grams Pulverrückstände hafteten. Sie sind identisch mit den chemischen Merkmalen der Patronenfüllungen, die von ihm selbst benutzt wurden. Nach diesen Vorermittlungen konzentriert sich die Untersuchung nun auf die Frage, ob aus dem Einschußwinkel Rückschlüsse auf den Waffenträger möglich sind. Hielt Grams die Pistole selber? Hatte ein Polizist sie in der Hand? Ob dies überhaupt geklärt werden kann, scheint den Ermittlern inzwischen zweifelhaft." (ebenda)

Am 3.8. wiesen die Rechtsanwälte von Birgit Hogefeld darauf hin, daß die Sicherheitsbehörden ",die Aufklärung der Todesumstände von Wolfgang Grams sabotieren`. Ihre Mandantin habe bei der Vernehmung durch die Schweriner Staatsanwaltschaft angegeben, bei dem umstrittenen Polizeieinsatz in Bad Kleinen mindestens einen mit einer Maschinenpistole bewaffneten Beamten gesehen zu haben, erklärten Ursula Seifert und Berthold Fresensius in Frankfurt. ‚Im Verlauf des Schußwechsels hörte sie, daß eine MP-Salve von mindestens zehn Schuß abgegeben wurde. (...) Die Anwälte berichteten unter Berufung auf einen Schweriner Staatsanwalt, die Anklagebehörde habe bislang eine Maschinenpistole, aus der geschossen wurde, nicht zur Untersuchung übergeben, ‚obwohl - wie er weiter mitteilte - mehrere Zeugen aussagten, eine MP-Salve gehört zu haben`. Dieser Sachverhalt ist vom Schweriner Oberstaatsanwalt Gerrit Schwarz gestern dementiert worden. Es seien keine Maschinenpistolen benutzt worden: ‚Aus diesen Waffen ist nicht geschossen worden.` Allerdings hätten die Beamten solche Waffen mit sich geführt. Unter den mehr als 50 aufgefundenen Projektilen und Geschoßteilen passe kein einziges zu einer Maschinenpistole." (Welt, 4.8.) Wenn ",sechs, sieben oder acht Mann schießen`, könne dies so ähnlich klingen wie eine Salve." (FAZ, 4.8.) "Ob die von dem Beamten getragene Maschinenpistole kriminaltechnisch untersucht worden ist, wurde am Dienstag in Schwerin nicht mitgeteilt." (ap, 3.8.)

Gabi Bauer, Albrecht Maurer,

Helmut Schröder

18. Kriegsgewinnler IG Farben

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Antifaschistischer Kampf; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/farben.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:farben

Die "Wiedervereinigung" macht es möglich: Ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bieten sich den Aktionären der "IG-Farben in Auflösung" unerwartete Möglichkeiten, aus den Verbrechen Nazi-Deutschlands Profit zu ziehen. Nach dem Einigungsvertrag hat die Nachfolgegesellschaft des NS-Konzerns IG Farben die Rückgabe ehemaliger Besitztümer in der DDR beantragt. Mindestens 25.000 Menschen kamen hier direkt zu Tode. Die meisten der 300.000 ZwangsarbeiterInnen von "IG Auschwitz" wurden in den sicheren Tod selektiert. Für die AktionärInnen mögen das bedauerliche Umstände sein. Aber Geschäft ist Geschäft. "Sie sind die neue Generation der SpekulantInnen - wie die Generationen vor ihnen ohne jede Moral", schreibt Katja Leyrer. Seite 19

19. Sprung in die Technokratie. In Berlin kommt der hochschulpolitische Testballon in Fahrt

Autor: Steen Lorenzen · Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:08

In einer bildungspolitischen Frage gibt es mittlerweile einen breiten gesellschaftlichen Konsens: Die Frage lautet: Wie geht es den deutschen Hochschulen? Die Antwort: Miserabel! Am 22. Mai 1992 richteten die KultusministerInnen und die FinanzministerInnen der Länder ihren ersten gemeinsamen Brief an die Ministerpräsidentenkonferenz, in dem die katastrophale Situation der Hochschulen auf allen Ebenen (wirtschaftlich, sozial, inhaltlich) erstmals von offizieller Seite eingestanden wurde.

Seitdem produzierten die Thinktanks der bildungspolitischen Entscheidungsträger die Neuauflage einer alten Vision von der technokratischen Hochschullandschaft. Einige Wissenschaftsressorts in den bundesdeutschen Ländern haben sich, den Bonner Gipfelentscheidungen vorauseilend, dementsprechend an die Pilotprojektierung gemacht. Der Berliner Testballon zeigt, welcher Ballast dabei medienwirksam zum Abwurf freigegeben wird, damit es "aufwärts" gehen kann.

Einfach zu groß und zu teuer?

Gemeint ist der studentische Ballast. Ähnlich wie bei politischen Topthemen hat sich das mediale Zerrbild durchgesetzt, Masse ("Studentenfluten") und Mißbrauch (Langzeitstudierende) seien Ursache des Problems. Zur öffentlichen Debatte steht die Größe der Universitäten, der Inhalt von Lehre und Forschung weniger. Mit eindimensionalen Analysen läßt sich im Rahmen "objektiver Sparzwänge" leichter Politik machen. Kurz: Die Hochschulen sind zu teuer, sie werden nicht nur besser, sondern vor allem billiger, wenn sie kleiner werden. Die Vorgabe ist klar, die dafür erforderlichen Mittel ergeben sich scheinbar zwangsläufig: Restriktionen in Form von Zulassungsbeschränkungen (harte NCs), Studiengebühren und Zwangsexmatrikulationen von LangzeitstudentInnen.

In diesem Sinne lancierte denn auch der Berliner Wissenschaftssenat im April den Hochschulstrukturplan (HSP), das 200 Seiten schwere Output der Landeshochschulstrukturkommission (LHSK), mit einem Köder für den öffentlichen Diskurs: Mit dem Ziel die Zahl der Studienplätze auf 100.000 zu reduzieren, sollen bis zum Jahr 2000 in Berlin 15.000 Studienplätze abgebaut werden. 10.000 davon allein an der Freien Universität (FU), 4.500 an der Technischen Universität und 500 an der Hochschule der Künste. Die Humboldt-Universität soll nach der mittlerweile abgeschlossenen Abwicklung von 25 Studiengängen und der Halbierung der Personalkräfte (die Zahl der Mitarbeiter schrumpfte von 6.500 im September 1990 auf 3.800 im März 1993) bei dieser Sparrunde verschont bleiben.

Obwohl der HSP weder im Ganzen vom Kabinett bestätigt, noch in den einzelnen Schritten rechtlich abgesichert ist, wurden die geplanten Einsparungen (12,4 Millionen für das kommende Haushaltsjahr "als Einstieg der Universitäten in den HSP") Ende Juni vom Senat vorauseilend abgesegnet. Damit hat sich fürs erste der Kreis medialen Botschafter geschlossen: Es wird gespart!

Im Prinzip nichts Neues in der Hochschullandschaft: 1,83 Millionen Studierende zählen die Immatrikulationsbüros heute bundesweit, doch finanzierte Studienplätze gibt es nur halb so viele. In Berlin studieren knapp 150.000 Menschen bei 90.000 finanzierten Plätzen (in die Zahl von 115.000 ist bereits die übliche "Überlast" mit eingerechnet). Im Vergleich zum Jahr des Öffnungsbeschlusses (1977) kommen an den deutschen Universitäten im Schnitt anderthalb mal so viele und an Fachhochschulen doppelt so viele StudentInnen auf ein(e) ProfessorIn. Ein "Absturz" der Betreuungsrelation, der zum inhaltlichen Austrocknen der Lehre geführt hat.

Gleichzeitig hat sich die soziale Situation der StudentInnen massiv verschlechtert: Der kontinuierlichen Einschränkung der staatlichen Ausbildungsförderung stehen steigende Ausgaben, insbesondere für die Unterkunft gegenüber. Mittlerweile werden nur noch 28% der Studierenden nach BAföG gefördert, der Prozentsatz ist seit 1982 (37,1%) stetig abgesunken. Dabei ist zu bedenken, daß auch der monatliche Höchstsatz (zur Zeit noch 940 DM) nicht den Lebenshaltungskosten angepaßt ist (1086 DM im Jahr 1991). Die soziale Regression spitzt sich in einem studienzeitverlängerten Kreislauf zu: Insgesamt arbeiten 66% der

StudentInnen neben dem Studium, das Jobben aber geht auf Kosten von Semesterwochenstunden. Wer allerdings Regelstudienzeiten nicht einhält, verliert das Anrecht auf BAföG, muß gegebenenfalls mehr arbeiten und damit schließt sich der Teufelskreis.

Von der Bildung

zur Ausbildung

Das HSP fährt auf dem Gleis strategischer Unterversorgung der Hochschulen fort. Der erste Schritt des Wissenschaftssenats besteht darin, die universitäre Infrastruktur weiter zu demontieren, um mit dem herbeigeführten Chaos, potentielle StudienanfängerInnen abzuschrecken. So verlieren an der FU die Philologien, Geschichte, Wirtschaft- und Rechtswissenschaft sowie Sozialwissenschaften 30% der finanzierten Studienplätze, der Personalabbau in diesen Fächergruppen erreicht bis zu 40% der bisher vorhandenen Stellen.

Mit dem Abbau von Studienplätzen "sollen" laut HSP "insbesondere die großen unüberschaubar gewordenen Bereiche wieder zu funktionstüchtigen, in Forschung, Lehre und Studium effizienten Einheiten strukturiert werden". Die Autoren des HSP halten es deshalb für notwendig, "künftig stärker zwischen einem theoriebezogenen berufsbefähigendem Universitätsstudium, das in einer Regelstudienzeit von vier bis fünf Jahren abzuschließen ist und der sich anschließenden Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in einer besonderen Graduiertenphase zu unterscheiden". Stillschweigend mitgedacht ist, wie "Effizienz" und "Funktionstüchtigkeit" zu verstehen seien. Der HSP schafft es, auf 200 Seiten solcherart Werte zu propagieren, ohne wenigstens ansatzweise die Bedeutung von Hochschulen in der Gesellschaft, den Bildungsauftrag, zu diskutieren. Die Zweiteilung des Studiums in ein straffes berufsqualifizierendes Studium für die akademischen Massen und darauf folgende elitäre Graduiertenstudiengänge fixiert einen Ausbildungsauftrag mit rein marktwirtschaftlicher Ausrichtung.

Den Einsparungen in den kommenden zwölf Jahren von ca. 135 Millionen DM im universitären Bereich stehen vom Senat vorgesehene Mehrausgaben in Höhe von 4 bis 6 Milliarden DM (!) u.a. für die Fachhochschulen (FH), den Aufbau eines naturwissenschaftlichen Campus Adlershof (Ostberlin) und einer neu zu gründenden Berufsakademie (ein von der Wirtschaft mitgetragenes Bildungsangebot für eine dreijährige Schnellausbildung zum/zur Ingenieurin oder Diplom-BetriebswirtIn) gegenüber. Ganz gleich, ob es je zur Realisierung dieser gigantischen Projekte kommen wird: Das Verhältnis zwischen geplanten Mehrausgaben und der Sparsumme macht deutlich, daß Sparpolitik auch innerhalb des Bildungssektors extrem selektiv gehandhabt wird. Bezogen auf industrienahe und "schnelle" Hochschulvarianten ist sie nämlich überhaupt nicht "zweckmäßig".

Erst in einem zweiten Schritt wird Wissenschaftssenator Manfred Ehrhardt (CDU) versuchen, mit rigiden Reglementierungen seinen Strukturplan abzustützen. Für weite Teile des HSP-Konzeptes gibt es nämlich noch keine rechtliche Grundlage. Die Arbeit der LHSK am HSP wird von einer seit Beginn der großen Koalition im Berliner Abgeordnetenhaus eingesetzten "Hochschulgesetz-Kommission" begleitet, die auf eine Änderung des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG) hinarbeitet. Alleingänger Ehrhardt, in dieser Kommission ebenfalls vertreten, brachte im März und zuletzt im Juni zwei sogenannte "Ullrich-Papiere" (benannt nach einem Referenten des Wissenschaftssenators) in die Kommissionsarbeit ein. An diesen Papieren läßt sich zwar noch nicht der genaue Umfang, in jedem Fall aber die Richtung der Novellierungsbestrebungen ablesen.

Waren bislang im Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) der Erwerb von beruflichen Fähigkeiten mit wissenschaftlicher und künstlerischer Arbeit, die "zu kritischem und zu freiem verantwortlichen, demokratischem und sozialen Handeln" befähigen sollen, zusammengedacht, würde eine Novellierung des BerlHG gemäß der "Ullrich-Papiere" die Zweiteilung ermöglichen. Die Zulassung zu den vorgesehenen Graduiertenstudiengängen, das Ticket für eine Promotion (erlangen des Doktortitels), könnten demnach von einer Aufnahmeprüfung abhängig gemacht werden. Auch Gebühren wären für die Graduiertenkollegs möglich. Für das akademische Acht-Semester-Schmalspurstudium werden in den Papieren Auslesemechanismen in Form von Studiengebühren (wer lange studiert, muß zahlen) und stärker reglementierten Studien- und Prüfungsordnungen (Zwangsexmatrikulation bei Überschreiten von Prüfungsfristen) vorgeschlagen.

Schließlich wertet das Papier die Befugnis des Wissenschaftssenators erheblich auf. Die Senatsverwaltung wäre demnach nicht nur in bislang hochschulautonomen Bereichen ermächtigt, z.B. Regelstudienzeiten, Studienumfang, Prüfungsvorleistungen und Fachprüfungen vorzugeben. Erfordere es die Hochschulplanung

des Landes Berlin, so könnte die Senatsverwaltung - generöser Weise "nach Anhörung der Hochschule" - "verlangen, daß innerhalb einer angemessenen Frist Fachbereiche, wissenschaftliche Einrichtungen, Betriebseinheiten oder Studiengänge errichtet, geändert oder aufgehoben werden. Kommt die Hochschule diesem Verlangen nicht fristgemäß nach, so kann die für Hochschulen zuständige Senatsverwaltung die erforderlichen Entscheidungen anstelle der Hochschule treffen".

Während der HSP allein Sache der Exekutive ist, muß der Senator für die BerlHG-Novellierung im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit finden. Die Kommission verwarf den Novellierungsvorschlag vorläufig, auch Bildungsexperten der SPD haben deutlich gemacht, daß es mit ihnen keine Aushebelung der Hochschulautonomie geben werde. Neben den Sparmaßnahmen hat vor allem der "Ermächtigungsparagraph" schließlich auch professoralen Protest auf den Plan gebracht. Allerdings reduziert etwa der Akademische Senat der FU seine Ablehnung auf die geplanten Eingriffe in die Hochschul-Autonomie, während er in einer Stellungnahme zum HSP erklärte, die FU sei prinzipiell für den Kahlschlag gerüstet.

Der Vorstoß des Senators gegen die Hochschulautonomie ist sicherlich in erster Linie als Drohgebärde mit dem Ziel, die Hochschulen auf HSP-Kurs zu bringen, gemeint. Andererseits ist dem Machtmenschen Ehrhardt auch der Zugriff auf die bislang zumindest formell unberührte professorale Hochschulautonomie zuzutrauen, zumal der Berliner Testballon in dieser Frage nicht allein fliegen würde. Ähnliche Regelungen gibt es bereits in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Sachsen.

Und die SPD? Sie war schon gegen die Einführung der Berliner Berufsakademie öffentlich aufgetreten, dann aber doch gekippt. Und im Gegensatz zu Stellungnahmen des SPD-Bildungsressorts drohte jüngst der Berliner Parteivorsitzende Staffelt in einem Gespräch mit den Hochschulen, wenn sie nicht zu finanziellen Aderlässen bereit wären, wäre "der Eingriff in die Hochschulautonomie nicht zu verhindern".

Vom Öffnungsbeschluß...

Warum scheitert die Massenuniversität? Offenbar weil die Dynamik, die sich aus dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder 1977, die Hochschulen prinzipiell für alle zu öffnen, entwickelte, und die politische Intention, die hinter der Entscheidung stand, in den letzten 16 Jahren immer weiter auseinandergefallen sind. Der Öffnungsbeschluß und das allgemeine Stipendium BAföG schufen zwar die sozialen Bedingungen, um mehr AkademikerInnen zu "produzieren". Die Öffnung ermöglichte allerdings nicht nur die Nutzbarmachung materieller und (nun vermehrt) geistiger Ressourcen, sie öffnete auch der extensiven Wahrnehmung des Rechts auf ein Studium die Tür. Der Nachholbedarf an Bildungsfreiräumen verhinderte den Durchbruch zu einer ausschließlich effizienzorientierten und streng hierarchisch aufgebauten Hochschullandschaft. Deshalb wurde der Bildungsauftrag durch strategische Unterversorgung de facto fallengelassen.

Die finanzielle Austrocknung hat zur inhaltlichen Verengung und strukturellen Verkrustung geführt. Gesellschaftliche Entwicklungen werden nicht ausreichend kritisch begleitet. Das Verhältnis zwischen Lehre und Forschung ist zu Lasten der Lehre extrem ungleich. Das Hochschulleben stagniert aufgrund von professoralen und patriarchalen Egoismen. Viele ProfessorInnen pflegen ihre Forschungsspielwiesen und vernachlässigen die Lehre, dank BeamtInnenstatus ohne jedes Risiko. Aus dem gleichen Grund gibt es kein ernsthaftes Bemühen, die passiven Lehrformen - Frontal- und Hörsaalunterricht - auszumisten. Studierfähigkeit stärker anhand von Klausuren zu überprüfen ist kennzeichnend für die Tendenz zum einheitlichen reproduzierbaren Abfragewissen, zur Konsum- und Anpassungsfähigkeit.

... zur technokratischen Hochschulpolitik

Seit etwa einem Jahr arbeiten die Thinktanks der Hochschulpolitik erneut verstärkt daran, die Umgestaltung der Hochschullandschaft zu Wege zu bringen. Im Juli legte die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) erstmals die Zweiteilungskonzeption auf den Tisch. Im Dezember vergangenen Jahres forderte dann der Wissenschaftsrat (in dem sowohl die WissenschaftsministerInnen als auch die HochschulrektorInnen vertreten sind) die Einführung von Studiengebühren bis zu 1.000 Mark und die Verbindlichkeit der Zwischenprüfung. Das Eckwertepapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vor Vorbereitung des immer wieder vertagten Bildungsgipfels zwischen Bund und Ländern legte schließlich im Mai dieses Jahres Pläne vor, die ab 2000 den "Ausbau der Fachhochschulen auf einen Anteil von 40% der Studienanfänger" anvisieren.

Der Berliner HSP knüpft genau an diesen Plänen an und nimmt - einer sich immer mehr spezialisierenden Produktionssphäre entsprechend - Abschied von massenhaft gleichwertigen Qualifikationen. Der Druck, bildungspolitische Voraussetzungen für die Verwertung von "Humanressourcen" für zerstörerische Projekte und Sackgassen-Technologien zu schaffen, wird an die Hochschulleitungen weitergegeben. Für eine industrienahe Lehre und (insbesondere) Forschung ist Effizienz gefragt: Via den auch im HSP vorgeschiebenen Selektionsprozessen (NC, Prüfungen, Zeitlimits, soziale Diskriminierung), einem zentraleren Uni-Management, der Segmentierung der Hochschullandschaft (mit dem Schwerpunkt Fachhochschulen), Innovationen (kritische, aber systemimmanente Reflexion) und Produktivität (an Drittmittelgeber gekoppelte Forschung).

Die aktuellen Strukturpläne sind nicht aus der Not einer schwierigen Finanzlage geboren, sondern der späte Reflex auf jene Eigendynamik seit den späten Siebzigern. Gelingt es die Schraube bildungspolitischer Fortschritte zurückzudrehen, Lehre und Forschung ausschließlich auf Arbeits- und Technologiemärkten verwertbar zu machen, dann erstens dank der jahrelangen Austrocknung der Universitäten auf allen Ebenen und zweitens in einem politischen Klima, in dem die Regierenden unter dem propagierten Spardiktat eine Diskussion über die gesellschaftliche Tragweite von Bildung nicht mehr führen müssen.

Steen Lorenzen

20. Der Übergang in Rußland und die G7-Staaten: Schreibtischkonzepte, aber keine Hilfe

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:05

Tokio im Juli 1993, Weltwirtschaftsgipfel der G-7-Staaten. Hat Boris Jelzin es geschafft? Eine halbe Million Unternehmen habe man bereits privatisiert, die Inflation sei unter Kontrolle gebracht, der Rubel stabilisiere sich - so konnte man ihn dort vernehmen. Mit Dank nahm er ein neuerliches Versprechen auf Einrichtung eines mit drei Milliarden Dollar veranschlagten Privatisierungsfonds entgegen. Im Grunde aber, so Rußlands stellvertretender Vizepremier, Alexander Schochin, gehe es schon nicht mehr allein um die finanzielle Unterstützung, selbst nicht um die 50 Milliarden, die die G-7-Staaten Boris Jelzin auf ihrer Sonderkonferenz im April in Tokio versprochen hatten, sondern um die Anerkennung Rußlands als Großmacht und als Land mit einer funktionierenden Marktwirtschaft. Dazu gehöre, daß die G-7-Staaten ihre Handelsbarrieren gegenüber Rußland abbauen müßten. Jelzin ergänzte: Früher oder später werde es nicht mehr Gruppe der Sieben, sondern Gruppe der Acht heißen.

Das sind erstaunliche Töne, wenn man bedenkt, was Boris Jelzin sich erst vor ein paar Monaten einhandelte, um das Referendum, das ihn als Präsidenten bestätigen sollte, bestehen zu können: Mit der 50-Millarden-Stütze des Tokioter April-Gipfels im Rücken versprach er, die Renten an die Inflation anpassen, die Minimallöhne verdoppeln, den Bergarbeitern bessere Arbeitsverhältnisse schaffen, den staatlichen Eigenheimbau finanzieren zu wollen. Die Energiepreise, die soeben erst freigegeben worden waren, sollten wieder eingefroren, den Betrieben die Gelder zur Verfügung gestellt werden, die sie brauchen, um bei Verkauf, Sanierung und Rationalisierung ihre Belegschaften halten zu können. Schließlich mußte Boris Jelzin den autonomen Republiken und den nach Unabhängigkeit von Moskau strebenden Regierungsbezirken auch noch die Verfügung über ihre wirtschaftlichen Ressourcen zugestehen.

Andererseits war klar: Der Präsident muß den Rubel als Leitwährung im ehemaligen sowjetischen Raum stabilisieren. Er muß die Inflation eindämmen, indem er das Haushaltsdefizit in den Griff bekommt und die zügellos druckende Notenpresse an die Leine legt. Er muß den ins Stocken geratenen Privatisierungsprozeß vorantreiben, insbesondere die Privatisierung von Grund und Boden durchsetzen. Gelingt dies alles nicht, wird Rußland nicht in den Genuß der 50-Milliarden-Dollar-Kredite kommen.

Investitionen in die Zukunft seien dies, ließen die Amerikaner auf der Linie ihres um ein Reform-Image bemühten neuen Präsidenten Clinton verlauten. Von Hilfe zur Selbsthilfe war in dem Tagungs-Kommuniqué die Rede, von neuen, am sichtbaren Erfolg orientierten Strategien. Das menschliche Gesicht des Kapitalismus müsse den Menschen in der ehemaligen Sowjetunion erkennbar werden, damit der Transformationsprozeß erfolgreich verlaufen könne. Andernfalls könne es zu bösen Rückschlägen und antiwestlichen Stimmungen mit unabsehbaren internationalen Folgen kommen.

Neue Töne in der Rußlandhilfe? Es scheint so. Bei genauem Hinsehen erweist sich das Kommuniqué von Tokio jedoch vor allem als ein grandioses Medienmanöver, um dem wachsenden Unmut über die von der Jelzin-Regierung namens IWF, Weltbank und anderen westlichen Institutionen betriebene Politik den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das gilt insbesondere für die Forderungen der gewerkschaftlichen Opposition nach "Reformen mit dem Gesicht zum arbeitenden Menschen". Die versprochenen 50 Milliarden von Tokio waren zunächst nichts anderes als das nicht eingelöste, mit neuen Aufschriften versehene und noch ein wenig weiter aufgeblasene 24-Milliarden-Kreditversprechen, mit dem die G-7-Länder Anfang 1991 Boris Jelzins "demokratische Revolution" honoriert hatten.

Dazu gehören u.a.:

- Ein Fonds für die Stabilisierung des Rubel mit 6 Mrd. Dollar.

- Ein Beistandskredit des IWF von 4,1 Mrd., sowie ein Darlehen der Weltbank von 4,5 Mrd. Dollar.

- 14,2 Mrd. Dollar für "Strukturreform und essentielle Importe". Darin verbergen sich 10 Mrd. gewöhnliche Exportkreditzusagen, ebenfalls aus dem Vorjahr, zudem 500 Millionen für (westliche) Investitionen in die russische Ölindustrie sowie "kleinere Posten".

- Schließlich erklärten sich die G-7-Chefs bereit, die in diesem Jahr fälligen Auslandsschulden der früheren Sowjetunion zu stunden. Im Gegenzug wurde Rußland zur Anerkennung der Altlasten gezwungen. Dieser Vorgang wird dem Hilfspaket mit 15 Mrd. dazugerechnet.

Tatsächlich "neues Geld", in diesem Punkt sind sich sämtliche sonst zerstrittenen Wirtschafts-BerichterstatterInnen ausnahmsweise einig, enthält nur der dem IWF von der G-7-Konferenz vorgeschlagene neue "Fonds für die System-Umwandlung". Dabei geht es um einen Drei-Milliarden-Dollar-Kredit, der in zwei Teilen von je 1,5 Mrd. auszahlbar sein soll. Um den ersten Teil zu erhalten, soll in Zukunft das Versprechen genügen, die Geld- und Steuerpolitik sowie die Hyperinflation in den Griff zu bekommen. Für die zweite Hälfte, die innerhalb eines halben Jahres nachgefordert werden kann, sollen die versprochenen Reformen allerdings schon erste erkennbare Erfolge zeigen müssen.

Dem IWF solle, so hörte man es aus Tokio, damit erleichtert werden, seine Kreditbedingungen herunterzuschrauben, damit aufgestaute Gelder endlich "abfließen" könnten. Nichtsdestoweniger wurde dies in dem Kommuniqué der G-7 ausdrücklich daran gebunden, daß Rußland seinen politischen Willen zu durchgreifenden Reformen sichtbar machen müsse. Anders gesagt: Ob ein Alexander Ruzkoi, zur Zeit Vizepräsident und politischer Gegner Boris Jelzins, oder ein durch den Druck der Verhältnisse möglicherweise politisch gewandelter Boris Jelzin selbst die Kredite wirklich erhalten, hängt von ihrem Wohlverhalten gegenüber den westlichen Geldgebern ab.

"Neues Geld" sind auch die 3,6 Mrd. Dollar "bilaterale Hilfen", die das Kommuniqué ankündigt. Das sind 1,8 Mrd., die Präsident Clinton für Privatisierung und Abrüstung vom US-Kongreß beschließen lassen möchte, sowie 1,8 Mrd., die Japan unabhängig von der Rückgabe der Kurilen zu geben bereit ist. Beides sind jedoch Versprechungen, die politisch erst noch durchgesetzt werden müssen. Das läßt auch hier alle Hintertüren offen.

Neu ist schließlich die Ankündigung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), kurz Osteuropa-Bank, die im Laufe der nächsten anderthalb Jahre einen Investitionsfond von 300 Millionen Dollar für Klein- und Mittelunternehmen aufbringen sowie eine "Mittelstandsbank" in der russischen Föderation selbst aufbauen will. Außerdem soll der Schwerpunkt ihrer Förderungen auf projektgebundene und technische Hilfe gelegt werden. Innerhalb von achtzehn Monaten soll das Programm verwirklicht werden, wie der deutsche Sprecher der Bank, Finanzminister Waigel, erklärte - wenn es keine Verzögerungen gibt.

Die Ankündigungen der Osteuropa-Bank, so niedrig das veranschlagte Kapital im Vergleich zu den Größen ist, mit denen IWF und Geldbank rechnen, sind der interessanteste Vorgang im aktuellen internationalen System-Transformationsgeschäft. Hier finden die Probleme, denen sich die westlichen Finanz-Imperien und ihre östlichen Helfer bei der Aufbereitung der realsozialistischen Hinterlassenschaft gegenübersehen, die Hilflosigkeit, aber auch die Suche nach neuen Wegen angesichts einer noch nie dagewesenen Situation, ihren ersten institutionellen Ausdruck.

Die Bank wurde erst im April 1991 auf Vorschlag des französischen Präsidenten Mitterand gegründet. Die europäischen Länder halten darin die Aktienmehrheit. Die USA sind mit zehn Prozent beteiligt, haben aber kein Vetorecht. Damit ist die EBRD das einzige unter den internationalen Finanzinstituten, in denen die USA nicht mindestens über eine Sperrminorität verfügt. Ungewöhnlich schnell, nämlich innerhalb von drei Monaten nach Gründung, waren ihre Statuten verabschiedet. Ihr ist die Rolle einer regionalen Entwicklungsbank für den Raum der ehemaligen sozialistischen Länder zugeschrieben.

Damit ist der ehemalige sowjetische Raum definitiv zum Entwicklungsgebiet erklärt worden, nachdem der Beitritt der Sowjetunion zum IWF im April 1991 und die angestrebte Assoziierung mit der Weltbank bereits in diese Richtung zielten. Das neue Zielgebiet wird allerdings von den früheren Entwicklungsländern durch die besonderen Konditionen und Aufgaben unterschieden, die aus der System-Transformation entspringen. Der klassischen Definition der Entwicklungsländer wird damit die neue der Transformationsländer hinzugefügt. Auswertende Studien, auf deren Durchführung die EBRD besonderen Wert legt, beginnen bereits mit der Entwicklung entsprechender Theorien.

Praktisch ist die Osteuropa-Bank zugleich Geschäfts- und Entwicklungsbank. 40 Prozent ihrer Aktivitäten sollen in Projekte des öffentlichen Sektors fließen dürfen. Mindestens 60 Prozent dagegen müssen

satzungsgemäß auf die Förderung privater Unternehmungen entfallen. Auch werden die Mittel ausschließlich zu Marktbedingungen vergeben.

Dieser doppelten Grundkonstruktion entspricht eine doppelte Zielsetzung der Bank, die sich von den rein stabilitätsorientierten Konditionen, nach denen der IWF Kredite vergibt, aber auch von den nur entwicklungspolitischen Kriterien der Weltbank, unterscheidet: Auf der Grundlage der Förderung der Privatinitiative soll die Bank einen Beitrag zur Schaffung demokratisch-pluralistischer Gesellschaftsstrukturen leisten. Das soll zum einen durch Bereitstellung von Beratungsdiensten bei der Errichtung entsprechender Institutionen geschehen; zum anderen, indem nicht rein wirtschaftliche, sondern ausdrücklich "politische Konditionen" gesetzt werden. Das bedeutet, daß die Bank Kredite nur an Länder vergibt, die demokratisch-pluralistischen Grundsätzen folgen. Das ebenso ausdrückliche Bekenntnis zu Erhalt und aktivem Schutz der Umwelt rundet die Zielsetzung ab. Man läßt keinen Zweifel: Exportiert werden soll "demokratische Marktwirtschaft".

Auf der ersten Jahrestagung der Bank im Mai 1992 überraschte der Vorstand Jacques Attali, französischer Sozialist wie Mitterand, mit einer erstaunlichen Bilanz: Im Lauf nur eines Jahres hatte die Bank über 2.000 Projekte überprüft; ganze 20 hatte sie für förderungswürdig befunden. Das sei, wie Kritiker anmerkten, zwar mehr als IWF und Weltbank in fünf Jahren an abgeschlossenen Kontrakten zustandegebracht hätten, aber gemessen am Anspruch der EBRD doch mäßig. Obwohl im Vergleich mit dem IWF und der Weltbank nur mit einem schmalen Grundkapital von 14 Mrd. Dollar ausgestattet, hieß das: Die Mittel der Bank überstiegen damit bei weitem ihre Anlagemöglichkeiten, auf deutsch: Das Geld lag brach. Sollte die Bank einen Sinn bekommen, mußte nach neuen Anlagekonditionen gesucht werden.

Jacques Attali machte keinen Hehl aus den Ursachen für die Misere: Es gebe keine Patentrezepte für den Transformationsprozeß. Die Privatisierung laufe nicht wie am Schreibtisch geplant; das gelte besonders für die ehem. UdSSR. Ein wesentlicher Grund für die Mißerfolge liege im Fehlen wichtiger Voraussetzungen: Keine Infrastruktur, fehlende gesetzliche Rahmenbedingungen, unternehmens- und investitionsfeindliches Klima, keine funktionierenden sozialen Versicherungssysteme, kein Banksektor, der die nötigen Kredite bereitstellt. Dazu kämen die bürokratischen Unklarheiten und komplizierten Privatisierungsregeln.

Soweit es Erfolge in der Privatisierung gegeben habe, dann ohnehin hauptsächlich in der "kleinen Privatisierung", also der Entstaatlichung von Dienstleistungsbetrieben, Hotels, Restaurants und kleineren Läden. Die "große Privatisierung" dagegen sei vor allem in der früheren Sowjetunion praktisch noch nicht in Gang gekommen. Dort seien von den ca. 50.000 Großbetrieben noch nicht mehr als eine Handvoll verkauft.

Was Kritiker der Total-Privatisierung im Lande selbst schon längere Zeit mit Begriffen wie nomenklaturische oder bürokratische Privatisierung charakterisieren, was der Volksmund treffend als "Prixwatisierung" (von "prixwatiwatj = an sich reißen, rauben) bezeichnet, dafür fand Attali vor dem erlauchten Publikum der gut besuchten Banker-Jahresversammlung die Formulierung, die Entwicklung stehe vor der Alternative: "Marktwirtschaft oder eine von der Mafia beherrschte Wirtschaft". Auch die damals für Anfang Oktober geplante Massenprivatisierung durch Kupons nach tschechischem Vorbild drohe daran zu scheitern, daß die Einzelnen überhaupt kein Verständnis und keine Übersicht über diesen Vorgang hätten, die Mehrheitsanteile in die Hände von Spekulanten kämen und kein starker, produktionsfähiger Eigentümer gefunden werde. 1992, schloß Attali, werde nicht die Erfolge bringen, die Boris Jelzin angekündigt habe, sondern werde mit Sicherheit das Jahr der Enttäuschungen sein.

Der vom Präsidenten der EBRD vorgeschlagene Ausweg offenbarte das ganze Dilemma und auch die Fronten in der gegenwärtigen Transformations-, d.h. nach Lage der Dinge zur Zeit, Privatisierungsstrategie: Er setzte sich für die Schaffung eines Sonderfonds für Restrukturierungen ein. Im Klartext bedeutet das: Aufpäppelung der maroden Staatsbetriebe, bevor sie privatisiert werden, genauer, um überhaupt Käufer für die Privatisierung zu finden.

Ja, mehr noch, Attali stellte die Frage, ob nicht die Erhaltung gewisser staatlicher Sektoren unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen des Transformationsprozesses in seiner Gesamtheit sei. Namentlich in der Rüstungs- und Schwerindustrie wie in den Bereichen Stahl, Schiffbau und Kernenergie könne eine solche Restrukturierung nur mit Sondermitteln finanziert werden.

Jacques Attalis Vorschlag wäre in der Praxis gleichbedeutend mit einer Korrektur der 40/60-Regelung der Osteuropa-Bank. Er war darüberhinaus eine offene Attacke gegen die von IWF und Weltbank vertretene Linie, nach der die Freigabe der Preise und die Total-Privatisierung Voraussetzungen für westliche Kredithilfe sind.

Mit dieser Vorgabe hatten die G-7-Länder im Juli 1991 den nach einem Weg des schrittweisen Übergangs zwischen staats- und privatwirtschaftlichen Strukturen suchenden Michail Gorbatschow mit leeren Händen von ihrem Londoner Gipfel zurückkehren lassen. Gleichzeitig arbeiteten sie mit seinem Konkurrenten Boris Jelzin bereits an einem "Schockprogramm" nach polnischem Muster, das den allmählichen Weg ausdrücklich verwarf.

Einen Monat später war Gorbatschow gestürzt. Jelzin verkündete die Richtlinien des IWF-Stabilisierungsprogramms als Leitlinie seiner Wirtschaftspolitik: Preisfreigabe, Privatisierung, Haushaltsstabilisierung, also Subventionskürzungen und Kürzung der Sozialausgaben, freie Konvertibilität und Stabilisierung des Rubels als Leitwährung. Innerhalb eines Jahres wollte er die Privatisierung abgeschlossen, die Produktivität auf dieser Basis neu angekurbelt, die Talsohle der Krise durchschritten, die Inflation gestoppt haben.

Das Ergebnis ist genau umgekehrt: Die Inflation beträgt zur Zeit 135 Prozent. Das Privatisierungsprogramm stockt. Die Forderung, den Rubel als Leitwährung zu erhalten, erweist sich als Fiktion, für deren Verwirklichung Moskaus Kraft in der GUS und der weiter auseinandertreibenden russischen Föderation nicht ausreicht.

Die Industrieproduktion, so die offiziellen statistischen Daten, ging 1992 um 19 Prozent zurück. Das hat sich zwar in den einzelnen Branchen unterschiedlich ausgewirkt. Im Ergebnis ist aber nicht die erwartete Umstrukturierung in Richtung auf Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung erreicht worden. Vielmehr hat sich der Anteil der Leichtindustrie am gesamten Produktionsvolumen von 16,6 Prozent 1991 auf 7,7 Prozent 1992, der der Nahrungsmittelindustrie von 17,8 Prozent auf 9,6 Prozent verringert. Die landwirtschaftliche Produktion sank um 9 Prozent; in den ersten drei Monaten dieses Jahres steigerte sich der Schrumpfungsprozeß der Nahrungsmittelindustrie auf eine Jahresdurchschnittsrate von 25 Prozent. Im April gab das "Goskomstat" die Meldung heraus, daß in der Hälfte aller russischen Städte kein Brot, in einem Drittel kein Fleisch zu kaufen sei. Die Weizenernte für 1993 wird nach Erwartung des Landwirtschaftsministeriums 94-98 Millionen Tonnen, statt der durchschnittlichen Ernte von 150 Millionen Tonnen betragen. Zur gleichen Zeit aber ist der Anteil der Grundstoffindustrie gestiegen.

Im übrigen habe die Talfahrt, so die Zeitung "Ökonomia i schisnj", aber nicht dazu beigetragen, den Anteil veralteter Produkte zu verringern. Im Gegenteil: Der Rückgang betreffe vor allem die neueren und effektiveren Produktionsbereiche. Das technische und industrielle Niveau sinke beständig. Diese Rückschläge erhöhten die Abhängigkeit von Importen, und gleichzeitig verliere Rußland seine früheren Anteile am Weltmarkt.

Das resultiert vor allem aus dem Zusammenbruch des RgW-Marktes, während der "Weltmarkt", sprich die Grenzen der führenden Industrieländer, nach wie vor gegen "Billigimporte" aus dem Osten abgeschottet wird. So hat sich im Zeitraum von 1991 bis 1992 der Anteil der exportierten Produktion an der Gesamtproduktion bei Roheisen beispielsweise von 6,5 Prozent auf 2,9 Prozent verringert, bei Stahlrohren von 0,7 auf 0,3 Prozent, bei Drehbänken von 4,3 auf 3,3 Prozent, bei Bussen von 1,3 auf 0,4 Prozent.

Die Vertiefung der Strukturkrise der Industrie ist begleitet von einer starken Reduktion der Investitionen. Waren sie im Jahr 1991 gegenüber dem Vorjahr um 11 Prozent gesunken, so erreichte das Minus 1992 bereits 26 Prozent. Die Hoffnung, daß im Zuge der Privatisierung Betriebe, Banken und Privatunternehmer verstärkt investieren würden, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil kam es auch hier zu einem Rückgang um 40 Prozent. Nur 8 Prozent ihrer Gewinne verwenden die Betriebe für Investitionen.

Insgesamt hat die Politik der letzten Jahre, so die mehrheitliche Bewertung im Lande selbst, zur Konservierung der alten industriellen Strukturen geführt. Von der Gewerkschaft hört man es in derberen Formulierungen, die an Attalis Warnung erinnern: Die Staatsmonopole hätten sich in Mafiamonopole verwandelt, die von Kauf und Weiterverkauf profitieren, während die Bevölkerungsmehrheit im Elend versinkt.

Statt zu investieren, so kann man im Land selbst von Mitarbeitern großer Werke wie beispielsweise der ehemaligen Panzerschmiede des "Kiewwerks" in St. Petersburg erfahren, werden die Einnahmen aus der reduzierten Produktion, einschließlich der ebenfalls reduzierten Subventionsgelder, nicht erst seit Jelzins

neuestem Erlaß benutzt, um wenigstens die qualifizierten Teile der Arbeiterschaft und der Führungskräfte weiter im Lohn zu halten. Zu diesem Zweck werden Firmenliegenschaften verkauft, um den Bankrott Monat um Monat hinauszuschieben. Das betrifft vor allem Werte aus dem bisherigen sozialen Bereich wie Ferienhäuser, betriebseigene Krankenhäuser, aber auch Lagerhäuser, lang angelagerte Rohstoffe: Man lebt vom Eingemachten!

Jelzins Erlaß kurz vor dem Referendum war nur die Legitimation einer ohnehin geübten Praxis. Daß er damit gegen die Auflagen des IWF verstößt, der die Streichung der Subventionen verlangt, um durch Verkauf oder Bankrottierung der maroden Betriebe den Naturzustand marktwirtschaftlicher Konkurrenz herzustellen, liegt auf der Hand. Vor dem Referendum hat man ihm das großzügig zugestanden. Wie aber wird es jetzt sein?

Ähnliches gilt auf dem Lande. Dort kommen die früheren Staatsbetriebe, also Sowchosen, Kolchosen, durch die Preisfreigabe in die Zange. Auf der einen Seite sehen sie sich frei ansteigenden Preisen für Industrie- und sonstige Fertigprodukte sowie Strom, Kohle, Öl und Benzin gegenüber, die sie für ihren Betrieb brauchen. Auf der anderen Seite drücken die monopolisierten Zwischenhändlerringe die Erzeugerpreise für Fleisch-, Milch-, Korn- und sonstige landwirtschaftlichen Produkte ebenso frei unter die Selbstkosten. Unter diesen Umständen sind viele Sowchosen und Kolchosen dazu übergegangen, landwirtschaftlichen Anbau und Viehhaltung zu reduzieren, oder ihre Produkte gar zu vernichten und ihr Vieh abzuschlachten.

Der Aufbau einer privaten Landwirtschaft, die ohnehin zur Zeit nicht mehr als 2-3 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion umfaßt, steht den gleichen Problemen gegenüber. Von Markt, freier Konkurrenz, Demonopolisierung und dadurch entstehenden Anstößen zu neuer Produktivität ist vorerst nur die Rede.

Für die aktuellen politischen Auseinandersetzungen ist übrigens nicht unwichtig zu wissen, daß die Verordnung zur Umstrukturierung der Sowchosen die Unterschrift Alexander Ruzkois trägt, der diesen Vorgang bis Ende 1993 abgeschlossen haben wollte.

Ebenso katastrophal sind die Auswirkungen des "Schockprogramms" auf die Sozialstruktur, die in der Vergangenheit über die Zugehörigkeit zu Arbeitskollektiven, das heißt über Sowchosen, Betriebe, Institute und "gesellschaftliche Organisationen", also die Partei und ihre diversen Massenuntergliederungen, getragen wurde. Wenn diese totale Organisationsform des alten Staatssozialismus jetzt zerrissen wird, müßten der neue, von wirtschaftlichen Aufgaben entlastete Staat, oder privatwirtschaftlich geführte Institute wie Versicherungen usw., nach der Theorie der IWF-Sanierer die Fürsorgepflicht übernehmen. Praktisch aber werden dem Staat durch die Auflagen des IWF die Mittel genommen, die dazu nötig wären, und private Unternehmer haben weder das Kapital noch das Interesse, sich diese absehbar unprofitablen Verpflichtungen aufzulasten. Praktisch führt das zum Zusammenbruch der sozialen Versorgung.

Die Transformation des sozialistischen Versorgungsstaats erweist sich so als Weg in die Wolfsgesellschaft, in der der Staat die Verantwortung für das Individuum ersatzlos abstößt. Was Clinton in Amerika für vorrangig reformbedürftig erklärt hat, das brutale System der privaten amerikanischen Sozial- und Gesundheitsversorgung, wird von seinen Emissären als Weisheit letzter Schluß in die ehemalige Sowjetunion exportiert.

All dies bedeutet nichts anderes, als daß die klassischen Rezepte des Finanz-Imperialismus hier an ihre Grenzen stoßen: Rußland ist nicht in der Lage, die Auflagen des IWF zu erfüllen; der IWF ist außerstande, sie durchzusetzen. So bekommt die bekannte sowjetische Redewendung "Der Staat tut so, als ob er zahlt, und wir tun so, als ob wir arbeiten" ihre zeitgemäße Form, wenn der Verfasser des "500-Tage-Programms", Grigorij Jawlinski, inzwischen zum Kritiker konvertiert, spottet: "Der Westen tut so, als ob er Kredite gibt, und wir tun so, als ob wir reformieren."

Potemkinsche Züge sind dabei nicht zu übersehen: So berichteten die in Moskau lebenden Kontrolleure auf der Herbsttagung des IWF 1992 über einen bemerkenswerten "Trick", mit dem die russischen Direktoren der Großunternehmen die Auflagen des IWF, insbesondere die zur Subventionskürzung, unterlaufen: Sie sind dazu übergegangen, sich untereinander beliebig hohe Lieferantenkredite zu bewilligen - im Vertrauen darauf, daß die russische Regierung bezahlen muß. Auf gute drei Billionen Rubel waren diese Kredite im September 1992 nach IWF-Schätzung angeschwollen. Die dadurch in Gang gesetzte Kreditspirale, klagten die IWF-Kontrolleure, habe nicht nur die wirksame Kontrolle der Geldpolitik ausgeschaltet. Die wenigen mit

Gewinn arbeitenden Betriebe subventionierten auf diese Weise auch die große Masse der Verlustunternehmen. Gegen diese Dauersubventionierung hätten private Betriebe keinerlei Chance.

Schaurige Geschichten erzählen sich die Finanzfachleute auch über den Kompetenzwirrwarr in Moskau - aber nicht etwa nur auf der russischen Seite. Das ist angesichts der Machtkämpfe wohl ohnehin klar. Chaos, scheint es, herrscht nicht minder in den IWF-Gremien selbst: Es mangelt, freundlich gesagt, an Koordination. So verlangt die mit den Hauptabwicklungen in Rußland betraute Abteilung Europa II den raschen Abbau der Haushaltsdefizite und der Inflation. Die Statistikabteilung besteht darauf, daß erst Daten gesammelt werden müßten, um die Inflationsrate, die Höhe der Staatsverschuldung u.a. überhaupt errechnen zu können. Die für die Steuerreform zuständige Abteilung wiederum erklärt ihren russischen Partnern, diese Fragen ließen sich erst regeln, wenn eine Steuerverwaltung aufgebaut worden wäre, die neue Einnahmequellen erschließt. Sie alle beraten die Regierung. Vor diesem Hintergrund sind auch die neuesten Erfolgsmeldungen der russischen Regierungsvertreter in Tokio mit Skepsis zu betrachten.

Es wundert wohl niemanden, daß der Präsident der Osteuropa-Bank mit seiner Kritik auf den erbitterten Widerstand der IWF- und Weltbank-Hardliner stieß. "Ihr sollt die Staatsbetriebe verkaufen, statt sie neu zu finanzieren", wies ihn US-Finanzminister Bradley öffentlich zurecht.

"Sozialistische Träumereien" entdeckten andere Kritiker bei dem Präsidenten. Inzwischen hat Attali dem Druck nachgegeben und seinen Rücktritt erklärt. In der Tat, die Vorstellungen Attalis können ihren Ursprung aus der sozialdemokratischen Tradition nicht verleugnen. Sie decken sich zudem in weiten Strecken mit denen der russischen Opposition gegen die Total-Privatisierung. Das ist die im Westen als "alt-kommunistisch" bezeichnete Direktoren-Union, die sich im Interesse einer anders verstandenen Stabilität und eines langsamen Übergangs gegen die Hauruck-Auflösung der Staatskollektive wehrt.

Ja, es mag ihnen beiden gefallen oder auch nicht: Die Argumente des Bankers decken sich sogar mit denen der gewerkschaftsorientierten Reformlinken des Typs "Partei der Arbeit", die für eine gemischte Privatisierung eintritt. Darunter versteht sie die Erhaltung, bzw. unter den gegebenen Umständen sogar die Wiederherstellung der Staatslenkung für industrielle Großbetriebe und Teile der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Förderung mittelständischen Privatunternehmertums auf der Basis rechtlicher Garantien des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Übereinstimmung besteht zwischen allen eben Genannten darüberhinaus in der Ablehnung der zur Zeit geübten, durch Clinton soeben wiederholten "Staat-zu-Staat-Hilfe", sowie in der Kritik an der Zentrums-Fixierung der IWF-Politik, wie sie sich in der an Moskau gerichteten Forderung nach Erhaltung des einheitlichen Rubelraums niederschlägt. Schließlich trifft man sich unter der gemeinsamen Formel "Handel statt Hilfe", die nichts anderes besagt, als daß die schönsten Kredite das siechende Rußland nur weiter in die Abhängigkeit und Verschuldung stoßen, wenn die Geberländer nicht zugleich ihre protektionistische Politik gegen "Billigimporte" aus den post-sowjetischen sozialistischen Ländern aufgeben.

Wie wenig diese Positionen mit den üblichen Links-Rechts-Schemata zu fassen sind, zeigen Stimmen von ganz anderer Seite. Alt-Berater Henry Kissinger mahnt die amerikanische Regierung, den Doppelcharakter der "Revolution im Osten" zu begreifen: die Auflösung des siebzigjährigen Staatssozialismus zum einen und des mehrere Jahrhunderte alten russischen Imperiums zum zweiten. In einem Land, das niemals Demokratie gesehen habe, hänge deren Entwicklung von komplizierteren Faktoren ab als davon, wie man den Rubel konvertibel machen könne. Auch er fordert den dezentralen Dialog mit den Nachfolgestaaten der Union, anstelle von "Gipfeln" mit Moskau. Auch er fordert gezielte Hilfe, statt allgemeiner makroökonomisch orientierter Kreditpolitik.

Die "Trilaterale Kommission", jener halbkonspirative internationale Schatten"gipfel", in dem sich vornehmlich altgediente bürgerliche Führungskräfte ein Stelldichein geben, appellierte auf ihrer letzten Jahrestagung an ihre amtierenden Kollegen, sich "gezielten Maßnahmen unter Umgehung der Zentralregierung in Moskau" zuzuwenden. Im Moskauer Machtkampf werde zur Zeit nicht zwischen Demokratie und Rückkehr zum Kommunismus, nicht zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus entschieden. Es gehe allein darum, ob Rußland sich mit der Rolle eines Nationalstaates unter anderen begnüge, oder ob die Kräfte siegten, die eine Re-Imperialisierung anstrebten. Wenn der Westen glaube, er könne Rußland beim demokratischen und marktwirtschaftlichen Wandel helfen, verkenne er die Lage. Seine Hilfe könne nur den Sinn haben, Zeit zu

gewinnen und darauf hinzuarbeiten, den gemäßigten Kräften zum Durchbruch zu verhelfen, die eine neue russische Gesellschaft ohne imperialen Ehrgeiz aufbauen wollten.

Im Theorie-Stab der G-7 werden seit Anfang 1992 die Stimmen lauter, die eine Korrektur der Rußlandpolitik fordern. Den Einsatz einer "G-7 task force" brachte ein Harald Malmgren im G-7-Rat ins Gespräch. "Die Revolution gegen die zentrale Kontrolle", begründet er seinen Vorstoß, "ist nicht nur eine Revolution gegen den Kommunismus und die Strukturen der Kommunistischen Partei. Es ist eine viel tiefergehende Revolution gegen die Macht der Zentralbürokratie, die Nomenklatura, und die Clan-Stränge, die Moskauer Entscheidungen lange vor der Revolution von 1917 kontrolliert haben." Aufgabe der "G-7 task force" werde es sein, den Westen von seinem gegenwärtigen Kurs runterzubringen und neue Schwerpunkte zu setzen: Die Unterstützung von selbsttragenden Projekten, die Entwicklung eines Binnenmarktes zwischen den ehemaligen Unionsrepubliken, die Errichtung eines Büros gegenseitiger Marktkontrolle, eine Clearing-Stelle für den Austausch unterschiedlicher Währungen, eine "Brücke", über die während einer Übergangsphase der Finanzfluß vom Zentrum zu den neuen Regierungen geregelt werden könne, wohin immer sie sich wenden wollten.

An Ideen und Erkenntnissen fehlt es nicht, wie man sieht. Auf der im September 1992 stattfindenden Jahrestagung in München aber wurden Jelzins Bitten um Auszahlung der versprochenen 24 Milliarden abschlägig beschieden. Statt dessen wurde er, nicht anders als ein Jahr zuvor Gorbatschow, mit erneuerten Auflagen nach Hause geschickt. Wenn jetzt neue Töne zu hören sind, könnte das einer Einsicht in die Realität entsprechen, daß eine Fortsetzung der jetzigen Politik die an Weltherrschaft gewöhnten russischen Eliten zu dem Entschluß bringen könnte, die Zuflucht vor dem endgültigen Zusammenbruch der russischen Gesellschaft und damit ihrer Herrschaft in der Mobilisierung ihrer inneren Ressourcen für außenpolitische Abenteuer zu suchen.

Ob den Worten der G-7 und anderer internationaler Institutionen aber Taten folgen, wird letztlich daran zu messen sein, ob die Märkte des Westens tatsächlich für russische und andere Ost-Waren geöffnet werden. Solange die Transformationshilfen nur darin bestehen, über finanzpolitische Wege eine Zerschlagung der alten Strukturen zu erzwingen, ohne Neues an deren Stelle setzen zu können oder - im Fall der eigenen Märkte - zu wollen, ist das ganze Gerede von der Aufnahme der ehemaligen Sowjetunion in den Weltmarkt nur eine Floskel, die verbirgt, daß Osteuropa und Mittelasien in neue Rohstofflieferanten und Billiglohnländer nach dem Muster der klassischen "Dritte-Welt"-Staaten verwandelt werden sollen.

Die daraus resultierende soziale Verelendung und moralische Entwürdigung wird sich vermutlich die an den Lebensstandard einer Weltmacht, mindestens an entsprechende Ansprüche, gewöhnte Mehrheit der russischen Bevölkerung vermutlich nicht gefallen lassen. Das könnte ihr Interesse und das ihrer Eliten zu einer unabsehbaren Allianz zusammenführen. Vor diesem Hintergrund haben die Auftritte der russischen Regierung auf der letzten G-7-Tagung im Juli eine sehr ernste politische Bedeutung.

Kai Ehlers

Anmerkung:

Die Informationen sind der laufenden Presse entnommen, die sich seit 1989 unter den Stichworten "IWF", "Weltbank", "Wirtschaft der Sowjetunion" und neuerdings "Rußlandhilfe" im "Hamburger Weltwirtschafts-Archiv (HWWA)" einsehen läßt. Dazu kommen einschlägige Fachveröffentlichungen sowie eigene Recherchen vor Ort.

21. "Rußlands Südgrenze" - Kampffront gegen den Islam

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:34

Seit Anfang Juli wird fast täglich über Kämpfe im Grenzgebiet zwischen der früheren Sowjetrepublik Tadschikistan und Afghanistan berichtet. Beteiligt sind, neben der noch im Aufbau befindlichen tadschikischen Armee, in erster Linie russische Grenztruppen; diese werden verstärkt durch Einheiten aus den zentralasiatischen Nachbarrepubliken Usbekistan, Kasachstan und Kyrgysstan. Seit einem besonders schweren Angriff am 14. Juli, bei dem 25 Grenzsoldaten getötet wurden, sind auch reguläre russische Armee-Einheiten mit Panzern, Hubschraubern und Flugzeugen ins Grenzgebiet verlegt worden. Insgesamt stehen in Tadschikistan derzeit über 15.000 Mann ausländische Truppen im Kampfeinsatz.

Die Benennung der Gegenseite ist uneinheitlich. Gelegentlich finden sich vergleichsweise sachliche Begriffe wie "Moslemrebellen", "islamische Rebellen" oder "bewaffnete Opposition". Bevorzugt wird aber von FAZ bis Neues Deutschland die offizielle Moskauer Sprachregelung: "islamische Fundamentalisten". Die beliebig wechselnde Handhabung der Bezeichnungen macht deutlich, daß es nicht um sachliche Differenzierung, sondern um ein aggressives Feindbild geht: "Islamisch" und "fundamentalistisch" werden zu frei austauschbaren Begriffen, als gäbe es zwischen ihnen überhaupt keinen Unterschied.

Aus dieser Einstellung heraus ergibt sich, daß das militärische Vorgehen Rußlands mehr oder weniger explizit als zivilisatorisches Friedenswerk begrüßt wird. Problemlos geschieht das im Neuen Deutschland, dessen Autoren vermutlich schon die sowjetische Afghanistan-Intervention mit lebhaftem Applaus begleitet hatten. Etwas mehr muß sich beispielsweise der Kommentator der Süddeutschen Zeitung bemühen: "Auf den ersten Blick sieht der russische Militäreinsatz also wie ein Stück klassischer Kolonialpolitik aus (...) Doch auf den zweiten Blick spricht vieles dafür, daß ohne das Moskauer Engagement in Tadschikistan Stammeskriege ausbrächen, die die ganze Region destabilisieren könnten." Schließlich warnen doch nicht nur "Altkommunisten", sondern auch der "reformfreudige" kasachische Präsident Nasarbajew "vor einer Machtergreifung durch Moslemfundamentalisten". (SZ, 9.8.93)

Von der Koalitionsregierung zum Oppositionsverbot

Um über Logik, Zweck und Nutzen des russischen Militäreinsatzes zu diskutieren, muß man zunächst die Vorgeschichte des bewaffneten Konflikts vergegenwärtigen. (1)

Im Unterschied zu den übrigen Republiken des sowjetischen Zentralasien, die ungebrochen autoritär bis diktatorisch regiert werden, hatte sich in Tadschikistan Ende der 80er Jahre eine differenzierte Parteienlandschaft entwickelt. Die Präsidentenwahl im November 1991 gewann zwar der frühere KP-Vorsitzende Nabijew, aber nur mit 57 Prozent der Stimmen, während sein Gegenkandidat von 37 Prozent gewählt wurde. Das hob sich deutlich ab von den übrigen zentralasiatischen Republiken, wo die jeweiligen Präsidenten, ob nun KP-Leute (Usbekistan, Turkmenistan) oder dem Westen wohlgefällige "Demokraten" (Kasachstan, Kyrgysstan), auf verdächtige Rekordergebnisse zwischen 95 und 99 Prozent kamen.

Im März 1992 begannen, vor allem in der Hauptstadt Duschanbe, Massendemonstrationen gegen Nabijew, die schließlich auch die Form bewaffneter Kämpfe um die Macht annahmen. Militärisch behielten dabei die Oppositionsparteien die Oberhand. Aus dieser Position der Stärke heraus akzeptierten sie das Angebot, als Minderheit (8 von 24 Ministerien) in die Regierung einzutreten.

Es zeigte sich jedoch, daß beide Hauptblöcke - die alten KP-Strukturen einerseits, das Bündnis von drei Oppositionsparteien andererseits - alles andere als einheitlich und stabil waren. Auf beiden Seiten gab es starke Kräfte, die den politischen Kompromiß nicht akzeptierten. In Teilen des Landes, vor allem im Süden, kam es zum Bürgerkrieg, mit Verwüstung ganzer Regionen, etwa 100.000 Toten und Verletzten, Massenflucht von 600.000 Menschen, davon mehr als 50.000 nach Afghanistan. Nachdem im Oktober und November zwei Versuche der "alten Garde" gescheitert waren, auf Duschanbe zu marschieren, waren ihre Milizen im Dezember 1992 schließlich erfolgreich. Bis Februar 1993 waren die bewaffneten Kräfte der Opposition im wesentlichen zerschlagen oder nach Afghanistan abgedrängt. Dort fanden sie, in erster Linie wohl bei dortigen Tadschiken, Aufnahme. (In Afghanistan leben mehrere Millionen Tadschiken)

Die wieder zur vollen Macht gekommene "alte Garde" vollzog eine totale und Berichten zufolge äußerst brutale Abrechnung mit der gesamten Opposition. Alle ihre Strömungen, von denen nur Teile als islamistisch zu bezeichnen waren, wurden verboten - in einem Verfahren, in dem es nicht einmal einen Anwalt der Verteidigung gab. (2) Alle Oppositionsführer, soweit man ihrer habhaft werden konnte, wurden verhaftet. Das galt ebenso für alle, die mit der Opposition in Verbindung gestanden hatten, wie etwa Journalisten. Gegen die bekanntesten Führer der Oppositionsparteien - die zumeist rechtzeitig vor dem Zugriff fliehen konnten - wurde Anklage erhoben.

Es scheint sich dabei aber nur um die "Spitze des Eisbergs" zu handeln. Aus Berichten von amnesty international, Helsinki Watch und Reporter ohne Grenzen ergibt sich, daß in Tadschikistan seit dem Sieg der "Alten Garde" ein massenhafter Terror gegen alle Oppositionellen und ihre UnterstützerInnen in der Bevölkerung praktiziert wird. Der neuen Regierung nahestehende Milizen hätten zahlreiche Menschen ohne Prozeß "hingerichtet", es habe eine "massive Verhaftungswelle" gegeben, viele Menschen seien "verschwunden" oder grausam verstümmelt tot aufgefunden worden, in den Gefängnissen werde gefoltert. (3) Eine wesentliche Rolle spielte dabei wohl auch, daß sich die "alte Garde" bei ihrem Sieg auf äußerst fragwürdige bewaffnete Banden stützte, die sich zeitweise weitgehend verselbständigten.

Daß es im Bürgerkrieg auch von der anderen Seite Grausamkeiten gegeben hat, mag sein und kann vermutet werden. Gesicherter Fakt ist allerdings, daß die Oppositionsparteien, als sie mehrere Monate lang die reale Macht in Duschanbe hatten, nicht einmal annähernd so diktatorisch und brutal gegen ihre Gegner aus der "alten Garde" vorgegangen sind. Genauer gesagt: Eine Verfolgung der "alten Garde" scheint es in dieser Zeit überhaupt nicht gegeben zu haben, außer der Umbesetzung von Posten.

Eine innere Angelegenheit Rußlands

Neuerdings haben, wenn die Berichte zutreffen, die Präsidenten Kasachstans und Usbekistans dem Regime in Duschanbe den klugen Ratschlag gegeben, Kontakte mit der Opposition aufzunehmen und "Neuwahlen auf demokratischer Grundlage" anzusetzen. (4) Das trifft sich mit der Empfehlung Afghanistans: "Es ist der tadschikischen Regierung zu raten, jetzt Verhandlungen mit den Oppositionsparteien zu beginnen und nicht viele Jahre zu warten, wie es Najibullah tat." (5)

Skeptisch muß allerdings schon stimmen, daß von solchen Ratschlägen zur politischen Lösung des Konflikts beim Gipfeltreffen der zentralasiatischen Präsidenten mit Boris Jelzin Anfang August in Moskau anscheinend überhaupt nicht mehr die Rede war. Da gibt es nur offizielle Bekanntmachungen über Truppenverstärkungen, über allseitige militärische Zusammenarbeit, über die Notwendigkeit der Frontbildung gegen den "islamischen Fundamentalismus" und über die ebenso notwendige Stärkung des russischen Einflusses in der Region. Von russischer Seite ist ohnehin noch kein einziges vernünftiges Wort zur politischen Lösung dieses Konflikts laut geworden - was selbstverständlich nicht ausschließt, daß hinter verschlossenen Türen auch Sinnvolleres ausgesprochen wird als vor der internationalen Medienöffentlichkeit.

Selbst daran muß man allerdings zweifeln. Man betrachte beispielsweise folgenden Satz des russischen Sicherheitsministers Barannikow: "Es ist meine feste Überzeugung, daß wir mit dem Schutz des tadschikischen Abschnitts der Grenze den strategischen Zugriff auf das Rückgrat Rußlands zurückschlagen." (6) Verglichen mit einer solchen hysterischen Militarisierung und Übersteigerung eines begrenzten, im Kern politischen Problems kann die seinerzeitige sowjetische Begründung für die Militärintervention in Afghanistan als geradezu maßvoll und rational gelten.

Anscheinend erfreut sich heute die unselige amerikanische "Domino-Theorie" (7) der sechziger Jahre in Rußland großer Beliebtheit. In den Worten eines russischen Diplomaten ausgedrückt: "Was die Fundamentalisten in Nord-Afghanistan wollen, ist nicht nur die tadschikische Opposition zurück an die Macht zu bringen, sondern sie wollen sich auch in anderen Ländern Zentralasiens ausbreiten, diese Gegenden destabilisieren, die Regierungen durch islamische ersetzen, und das auch in Rußland selbst." (8)

Überhaupt ist die These, Rußland an der tadschikischen Grenze verteidigen zu müssen (und zu können), weitverbreitet. So spricht Jelzins Präsidialamt von einer "Bedrohung für die nationale Sicherheit Rußlands" (9), und Jelzins selbst treibt die Sache noch auf die Spitze: "diese Grenze sei de facto eine ‚russische Grenze` und nicht die Grenze Tadschikistans" (10). Absolut logisch ist demnach auch die Schlußfolgerung des Moskauer Verteidigungsministers Gratschow: die Angriffe der Rebellen im tadschikisch-afghanischen Grenzgebiet

bezeichnet er als "Bedrohung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands" und als einen "nicht erklärten Krieg einzelner bewaffneter Gruppen gegen Rußland". (11)

Nicht nur wird das Ende der Sowjetunion schlichtweg ignoriert, sondern es kann endlich auch die Gleichsetzung des gesamten Unionsgebiets mit Rußland öffentlich ausgesprochen werden. Mögen sich Rußlands Rechtsradikale angesichts so ernsthafter und eifriger Konkurrenz Gedanken um ihr politisches Profil machen!

Wieweit die Warnungen vor dem Vormarsch des islamischen Fundamentalismus ernstgemeint oder nur vorgeschoben sind, um die Fortführung imperialer Politik neu zu legitimieren, kann nicht beurteilt werden. Auch kann nicht eingeschätzt werden, wieweit die beschworenen Gefahren real sind. Auf Rußland bezogen sind sie sicher eine Fiktion, die nur geeignet ist, von sehr viel größeren Problemen für den Bestand des einheitlichen Staates abzulenken. Selbst da, wo islamisch geprägte Völker Rußlands sezessionistische Neigungen zeigen (Tataren, Tschetschenen), hat das mit dem Islam nur wenig und mit Fundamentalismus wohl gar nichts zu tun. Es mag allerdings sein, daß die Dinge in Teilen Zentralasiens anders liegen.

Mit Sicherheit falsch und verhängnisvoll ist aber die Annahme, man müsse und könne die Risiken einer fundamentalistischen Islamisierung Zentralasiens in militärischer Schlachtordnung an der tadschikisch-afghanischen Grenze stoppen. Alle Versuche des Iran, seine extreme Version des Islam zu verbreiten, haben bewiesen, was aus anderen Zusammenhängen auch schon klar sein konnte: Ideologie ist kein Exportartikel, und schon gar nicht kann sie mit militärischen Mitteln weiterverbreitet oder aufgehalten werden.

Der Nährboden für das Entstehen islamistischer Massenbewegungen sind unerträglich gewordene soziale und politische Verhältnisse, Armut und Massenarbeitslosigkeit ohne Perspektive, wie etwa in Algerien zu beobachten. Wenn es unter diesen Gesichtspunkten in Zentralasien künftigen religiösen Sprengstoff gibt - was nicht a priori auszuschließen ist, aber auch nicht einfach undiskutiert vorausgesetzt werden sollte -, dann müßte damit an erster Stelle auf der sozialen und politischen Ebene umgegangen werden. Die strikte militärische Logik der "Grenzverteidigung" leistet eher das Gegenteil, zumal sie durch die von Moskau bewußt betriebene Internationalisierung des Konflikts auch die Nachbarstaaten Tadschikistans in eine unvorhersehbare Entwicklung hineinzieht.

Zudem ist es eine klassische imperiale Fiktion, wenn so getan wird, als würden die russischen, kasachischen usw. Truppen einfach nur in Ausübung ihrer Bündnispflicht die Grenze Tadschikistans gegen eine äußere Aggression verteidigen. Es mag sein, daß - wie von russischer Seite stets behauptet - Afghanen auf der Seite der bewaffneten tadschikischen Oppositionskräfte mitkämpfen, daß es Ausbilder aus Pakistan und Saudi-Arabien gibt, usw.. Allerdings gehören solche Behauptungen zum Standardrepertoire jeder Kriegslegitimierung und sollten auch nicht ohne Beweismittel als wahr unterstellt werden. So oder so handelt es sich in der Hauptsache eben nicht um einen "afghanisch-tadschikischen Grenzkonflikt", sondern um die Fortsetzung des tadschikischen Bürgerkriegs, in dem russische und andere ausländische Soldaten parteiisch für die "alte Garde" mitkämpfen. Es ist noch einmal der Versuch, mit Waffengewalt zu konservieren, was auf politischer und sozialer Ebene langfristig vermutlich ohnehin nicht mehr zu retten sein dürfte. Daß dieser Versuch sich maßgeblich auf russische Streitkräfte stützt, setzt negative Vorzeichen auch für die weitere Entwicklung in Rußland und allgemein im Bereich der früheren Sowjetunion. Besonders gilt das für Zentralasien, dessen autoritäre Regimes sich total auf die überkommenen Strukturen der "Sowjetmacht" stützen und die an der tadschikischen Grenze ihre eigene Existenz zu verteidigen glauben.

"Schutz der russischen Bevölkerung"

Ein häufig gebrauchtes Argument für die russische Militärintervention in Tadschikistan ist der Schutz der russischen Bevölkerung dort und allgemein in Zentralasien. So lautet beispielsweise auch die Begründung in einer Resolution des Obersten Sowjet, mit der Jelzin zur Verstärkung des Militäreinsatzes ermächtigt wurde. (12)

Vorausgesetzt wird dabei automatisch, daß die "Islamisierung" eine existentielle Bedrohung der russischen Bevölkerung darstellen würde, die mit allen Mitteln abgewendet werden muß. Auch dies ist mehr eine ideologische Fiktion, die durch die Erfahrungen während der faktischen Herrschaft der tadschikischen Oppositionsparteien im Sommer/Herbst 1992 nicht bestätigt wird. Im Gegenteil besteht Grund zur Annahme,

daß die Moskauer Militärintervention die Situation der russischen Volksgruppen in Zentralasien eher problematischer gestalten wird, da sie den Gegensatz Russen einerseits, Moslems andererseits militärisch und ideologisch verschärft.

Tatsächlich ist eine massenhafte Emigration von Russen besonders aus Zentralasien zu konstatieren. In einer traditionell parteilich engagierten Zeitung wie dem Neuen Deutschland werden daraus schnell einmal Hunderttausende russische "Flüchtlinge", die aufgrund einer angeblichen "radikalen Islamisierung" angstvoll das Weite suchen. (13) Regierungsstellen in Duschanbe geben die Zahl der Auswanderer 1989-92 mit rund 200.000 an, davon die Hälfte Russen. In der gleichen Zeit sind allerdings auch aus dem recht ruhigen Kyrgysstan 170.000 Menschen ausgewandert. (14)

Solche Zahlen sind, unkommentiert genommen, selbstverständlich für die Moskauer Propaganda benutzbar. Jedoch, der erste Eindruck einer aktuell verursachten Massen"flucht" ist trügerisch. Zweifellos wirken die ungewisse Entwicklung seit dem Zerfall der Union, diskriminierende Gesetzgebung in einigen Republiken (jedoch nicht in Zentralasien), die teilweise Ersetzung russischer Kader durch "Einheimische", die gerade in Zentralasien extrem perspektivlose Wirtschaftslage, als zusätzliche Migrationsmotive. Doch verstärkt dies nur einen schon seit fast zwanzig Jahren registrierten Trend.

Rußland war schon im 19. Jahrhundert ein Auswanderungsland und ist es bis in die 70er Jahre unseres Jahrhunderts geblieben. Richtete sich die Migration während der Zarenzeit zu einem erheblichen Teil nach Westen, so seit der Oktoberrevolution praktisch ausschließlich in andere Teile der Sowjetunion - was auch mit einer "kulturellen Kolonialisierung" verbunden war. Die Netto-Emigration (d.h. Auswanderung mit Einwanderung verrechnet) aus Rußland lag in den Jahren 1966-70 bei 600.000, im folgenden Vierjahres-Zeitraum 1971-75 nur noch bei knapp 200.000, worin sich die Trendwende bereits andeutete. 1976-80 wanderten 725.000 Menschen mehr nach Rußland ein als aus. Von 1979 bis 1988 betrug die Netto-Einwanderung nach Rußland 1,77 Millionen. Im gleichen Zeitraum lag die Netto-Emigration aus Zentralasien (einschließlich Kasachstan) bei 1,63 Millionen. (15)

Wie diese Umkehr der innersowjetischen Migrationsströme von Wissenschaftlern begründet wird, ist mir nicht bekannt. Jedenfalls kann sie offenbar nicht ursächlich auf den Zerfall der UdSSR zurückgeführt werden. Für die nochmalige Zunahme der russischen "Rückwanderung" in den allerletzten Jahren ist ein ganzes Mosaik von Motiven maßgeblich, wobei die Nationalitätenkonflikte nur ein Punkt unter mehreren anderen sind.

Imperiale Militärpolitik

Die Sowjetunion hat sich im Herbst 1991 in 15 souveräne Staaten aufgelöst. Daß dies jedoch noch nicht der endgültige Stand der Dinge sein muß, wird an der anhaltenden Präsenz russischer Streitkräfte an vielen Brennpunkten außerhalb des eigentlichen Rußlands, nicht nur in Tadschikistan, deutlich:

In der überwiegend von Rumänen bewohnten Republik Moldova schirmt eine russische Division die Sezession des Dnjestr-Gebiets ab, in dem Russen und Ukrainer die Mehrheit bilden. In dieser Region befindet sich fast die gesamte Industrie Moldovas.

Im Konflikt zwischen Georgien und seiner abtrünnigen Provinz Abchasien treten russische Soldaten jetzt als "Friedenstruppe" in Erscheinung. Sie sollen einen "Friedensplan" garantieren, der de facto auf einen politischen Sieg der abchasischen Unabhängigkeitsbewegung hinausläuft. Materielle Basis dieses Erfolgs ist die militärische Überlegenheit der abchasischen Kräfte, die sie - neben anderen Faktoren - russischer Waffenhilfe verdankt. (Es gibt insgesamt in Georgien nicht mehr als 100.000 Abchasen. Selbst in ihrer eigenen Region stellen sie nur eine Minderheit von etwa 18 Prozent dar. Dennoch konnten sie die georgischen Truppen in die Defensive drängen.)

In den drei baltischen Republiken sind noch etwa 30.-35.000 russische Soldaten stationiert. Ihr planmäßiger und verbindlich zugesagter Abzug wird immer wieder hinausgezögert. Wurde anfangs mit materiellen Problemen argumentiert - Rußland sei noch nicht in der Lage, die Soldaten und ihre Familien aufzunehmen -, ist mittlerweile offensichtlich, daß Moskau mit dem Verbleib dieser Truppen ein Druckmittel in der Hand behalten will, um den Status der russischen Volksgruppen in den drei Republiken zu verbessern. (16)

Im Hintergrund lauert allerdings ein noch komplizierteres Problem: Die strategisch hochbedeutende, vor allem für die russische Flotte unentbehrliche Region von Kaliningrad (ehemals Ostpreußen) ist durch die Auflösung

der UdSSR von allen Landverbindungen mit Rußland abgeschnitten. Ohne logistische Zusammenarbeit mit den baltischen Republiken ist diese vorgeschobene Militärposition Rußlands gefährdet, vermutlich auf Dauer sogar unhaltbar und auf jeden Fall strategisch stark abgewertet.

Einen ähnlichen militärischen Hintergrund hat der nationalistisch eingefärbte Konflikt um die Krim. Aus politischem Kalkül wurde sie Anfang der 50er Jahre der Ukraine gewissermaßen zum Geschenk gemacht. Zweifellos ist die Halbinsel rein geographisch betrachtet ein Anhängsel der Ukraine, ohne Landverbindung mit Rußland. Sie ist auch wirtschaftlich, in der Energieversorgung usw., völlig von der Ukraine abhängig. Andererseits ist die Bevölkerung überwiegend russisch (etwa 70 Prozent) und würde sich bei einer Abstimmung höchstwahrscheinlich für die Zugehörigkeit zu Rußland entscheiden. (17) Russische Nationalisten fordern den Anschluß der Krim, und der Oberste Sowjet in Moskau hat dies mit einer Resolution unterstützt. Das wurde jedoch von Präsident Jelzin ebenso verurteilt wie vom UNO-Sicherheitsrat. Realpolitisch geht es vor allem um den Hauptkriegshafen der Schwarzmeer-Flotte, Sewastopol. Auf den will selbstverständlich auch Jelzin nicht verzichten. Er bevorzugt aber die gemäßigte Lösung einer langfristigen Pachtung des Hafens, die besser geeignet scheint, sich eine weitergehende Kooperation mit der Ukraine offenzuhalten. Dabei geht es, in militärischer Hinsicht, nicht bloß um Sewastopol, sondern insgesamt um die Nutzung der zahlreichen Stützpunkte und anderen Einrichtungen der Flotte, die zum allergrößten Teil auf ukrainischem Gebiet liegen.

Die Rückkehr der Kosaken

Ergänzt sei dieser kurze, nicht vollständige Rundblick durch ein besonderes "Meisterstück" von Boris Jelzin: Die politische Rehabilitierung und militärische Neuformierung der Kosaken! Dieser Name verbindet sich von der Zarenzeit und vom Bürgerkrieg nach der Oktoberrevolution her mit einer verhaßten Elitetruppe der Reaktion und der Konterrevolution.

Ihrer Entstehung nach sind die Kosaken keine Nation, sondern eine hauptsächlich aus russischen und ukrainischen "Wehrbauern" gebildete militante Kaste. Vom 15. bis zum 17. Jahrhundert hatten sie noch oft bewaffnete Konflikte mit der Zentralmacht ausgetragen, bis diese sie im 18. Jahrhundert (unter Katharina "der Großen") endgültig in ihren Dienst nahm und in eigenen Militärverbänden organisierte.

Obwohl die Kosaken keine Nationalität oder Volksgruppe bilden, also in der UdSSR auch keinen juristischen Status, keine spezifischen Rechte hatten und offiziell geradezu verschwunden schienen, haben sie den Sozialismus offenbar ausgezeichnet überlebt. Ihre Zahl in ganz Rußland wird heute mit vier Millionen angegeben. Die größten Gruppen, etwa die Hälfte der Gesamtzahl, leben im südwestlichen Rußland, nördlich des Kaukasus und zwischen Don und Wolga. Insgesamt stehen sie politisch der makabren Allianz aus Nationalkonservativen, Rechtsextremisten und "Neo-Kommunisten" nahe, die sich in Rußland schon zu Zeiten Gorbatschows zu formieren begann. Innerhalb dieses Spektrums scheinen ihre Präferenzen jedoch uneinheitlich zu sein. Die Kosaken sind in eine Vielzahl regionaler Gruppen mit jeweils eigener Tradition und Autonomie aufgesplittert und daher auch politisch alles andere als homogen - außer in dem Kernpunkt der Verteidigung des großen und einheitlichen Rußland.

Jelzin ist nun auf die Idee gekommen, die Kosaken wieder mit eigenen Verbänden und besonderen Funktionen in die russische Armee einzufügen. Eine entsprechende Verfügung erließ er am 15. März dieses Jahres. Ihr Hauptquartier soll in Stawropol, nördlich des Kaukasus, liegen. Eine besondere Rolle soll den Kosaken, laut Jelzins Dekret, "bei der Verteidigung der südlichen Landesgrenzen" zufallen - wobei dieser Begriff bekanntlich sehr weit auslegbar ist. Als vordringlich ist der Aufbau einer "Schnellen Eingreiftruppe" aus Kosaken geplant. Inzwischen sind auch Vorbereitungen für die Bildung einer autonomen Kosaken-Republik am Don (mit Rostow als Hauptstadt) in Gang gekommen.

Formaljuristisch ist Jelzins Dekret steckengeblieben, da es auf dem parlamentarischen Weg gestoppt und zur Prüfung ans oberste Verfassungsgericht verwiesen wurde. Doch pflegt sich Jelzin im allgemeinen um solchen rechtsstaatlichen Kleinkram nicht zu kümmern, so daß vermutlich auch in diesem Fall die praktische Umsetzung des Dekrets schon begonnen hat.

Für die Frontbildung gegen die "islamische Gefahr" hat die Wiederherstellung der Kosakenverbände eine besondere Funktion und Signalwirkung. Als hundertprozentige Anhänger der russischen Orthodoxie steht ihre extreme Verachtung und Feindseligkeit gegen alle Moslems historisch und aktuell außer Zweifel. Im

Nordkaukasus und an der mittleren Wolga, wo viele moslemisch geprägte Völker Rußlands leben, wird man den Affront wohl bemerkt haben.

Kt.

Anmerkungen

1) Hierzu gab es im AK die Artikel "Zentralasien - eine Region ‚am Ende der Welt`" (353) und "Tadschikistan und die russische Armee" (354).

2) SZ, 23.6.93

3) SZ vom 4.1.93 und 6.5.93, gestützt vor allem auf den Bericht von amnesty international.

4) ND, FAZ und SZ vom 30.7.93.

5) FAZ, 29.7.93. Najibullah war der letzte von der Sowjetunion unterstützte Präsident Afghanistans.

6) SZ, 27.7.93

7) Die Domino-Theorie besagte kurzgefaßt: "Wenn wir die Kommunisten nicht in Vietnam militärisch stoppen, dann fällt als nächstes Thailand, danach Indonesien und Indien, usw." - so, wie in einer Kette von Dominosteinen ein Stein im Fallen den nächsten umreißt.

8) SZ, 9.8.93. Ähnlich der usbekische Präsident Karimow, der mit seinen Kollegen in Duschanbe die Neigung zur diktatorischen Ausschaltung jedweder Opposition teilt: "Man will Tadschikistan als Brückenkopf benutzen, um die Situation in Zentralasien zu sprengen." (ND, 10.8.93)

9) SZ, 16.7.93

10) ND, 28.7.93

11) SZ, 17.7.93

12) Die Aufforderung des Obersten Sowjet lautete, "alles zu unternehmen, um die Sicherheit der russischen Bürger in Tadschikistan zu gewährleisten". Konkret diente die Resolution dazu, die von Jelzin nach dem Zwischenfall vom 14. Juli angeordnete Verstärkung der russischen Truppen zu unterstützen. (SZ, 16.7.93) Ähnlich Verteidigungsminister Gratschow: "Rußland werde seine Bürger auch dann schützen, wenn diese gezwungen sind, außerhalb der Föderationsgrenzen zu leben." (ND, 20.7.93)

13) So schreibt z.B. Elke Windisch, Moskauer Korrespondentin, im ND vom 20.7.93: "Allein 1992 registrierte man über 600.000 russischstämmige Flüchtlinge aus anderen GUS-Staaten." Nebenbei leistet sie sich den erstaunlichen Irrtum, die Zahl der Russen in Zentralasien mit 30 Millionen anzugeben, was mehr als die Hälfte der dortigen Gesamtbevölkerung wäre. Tatsächlich handelt es sich bei den 30 Millionen um die Gesamtzahl aller außerhalb Rußlands lebenden Russen im Bereich der früheren Sowjetunion. Maximal 15 Millionen davon dürften auf Zentralasien entfallen, und zwar zum größten Teil auf Kasachstan, wo von einer "Islamisierung" kaum die Rede sein kann.

14) SZ, 2.6.93

15) Nations & Politics in the Soviet Successor States. Hrg. von Ian Bremmer und Ray Taras, 1993. S. 47.

16) Ende März gab Moskau die "vorübergehende Unterbrechung" des Truppenabzugs bekannt und begründete das mit "sozialen und wirtschaftlichen Problemen", "insbesondere die Schwierigkeiten bei der Unterbringung der rückkehrenden Truppen und ihrer Familien". (NZZ, 31.3.93) Im August deutete Außenminister Kosyrew jedoch an, "daß es zu einem Abzug der russischen Truppen ... nur bei einer vertraglichen Einigung über den Abzug kommen könne" und stellte ein Junktim mit der unbefriedigenden rechtlichen Situation der russischen Volksgruppen her. (FAZ, 17.8.93) - Dieser Punkt trifft aber nur auf Estland und Lettland zu, doch ist auch der Truppenabzug aus Litauen "vorübergehend unterbrochen". Vielleicht deshalb, weil die angestrebten Landwege zur Militärregion Kaliningrad in erster Linie durch Litauen führen?

17) Russisch dominierte Gremien der Krim proklamierten im Mai 1992 die Selbständigkeit und bereiteten für den August gleichen Jahres eine Volksabstimmung darüber vor. Diese wurde jedoch kurz darauf abgesagt.

Das wurde mit ukrainischem Druck begründet, war aber real mindestens ebenso darauf zurückzuführen, daß maßgebliche Kreise in Moskau, u.a. Jelzin, keine Zuspitzung des Konflikts wünschten.

22. Die Rückkehr der "Alten Garde". Aserbaidschan nach einem Jahr Volksfront und fünf Jahren Karabachkonflikt

Rubrik: Türkei; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:24

Insbesondere in den kleinen Republiken der ehemaligen UdSSR scheint die politische Entwicklung - trotz aller historischen und sonstigen Besonderheiten - einer gewissen Gesetzmäßigkeit zu unterliegen: Nationalistische Regime mit überbordendem Unabhängigkeitseifer gelangen auf dem Rücken einer Massenbewegung durch Wahlen an die Macht. Keines ihrer Versprechen können sie einlösen. Nach einem (Georgien, Aserbaidschan) oder mehreren Jahren (Litauen) haben sie abgewirtschaftet und zurück kehren Vertreter der alten "KP-Garde", die sich als Politprofis mit wirtschaftlichem Sachverstand und den notwendigen Kommunikationsnetzen nach Rußland darzustellen verstehen.

In Aserbaidschan gewinnt die "Rückkehr der alten Garde" zusätzliches Gewicht durch den Konflikt um Bergkarabach, der letztlich wohl nur durch Vermittlung Rußlands beigelegt werden könnte. Wenn Rußland sich dieser Rolle bei der Beilegung eines der ältesten Konflikte der UdSSR gewachsen zeigen sollte, dann hat es einiges politisches Terrain zurückerobert, das in den Gorbatschow-Jahren verloren wurde. Es ist sicherlich zu früh, in diesen Ereignissen die Anfänge eines neuen Großrußland oder einer neuen UdSSR (wie sie der russische Vizepräsident Ruzkoi am 6. August vor Veteranen forderte) zu sehen. Aber unbestreitbar erlahmen die zentrifugalen Kräfte, die 1991 ihren Höhepunkt erreicht hatten.

Der Sturz der Volksfront

Anfang Juni 1993 meutert eine Einheit der aserbaidschanischen Armee in Gjandscha. Sie fordert den Rücktritt des im Jahr zuvor gewählten Präsidenten und Vorsitzenden der Volksfront, Abulfas Elschibei, dem sie Führungsunfähigkeit im Krieg um Bergkarabach vorwirft. In der Tat bestehen die Resultate der aserbaidschanischen Kriegführung 1992/93 nur noch aus Niederlagen. Im Frühjahr 1993 sind ca. 20 Prozent des aserbaidschanischen Territoriums von armenischen Kräften besetzt. Mit der Eroberung eines Korridors zwischen Armenien und Bergkarabach sind durch Nahrungsmittel- und Waffenlieferungen wesentliche Voraussetzungen für die Erfolge der Streitkräfte Bergkarabachs geschaffen.

Die Meuterer in Gjandscha stehen unter dem Befehl des Oberst Surat Husseinow, eines ehemaligen Fabrikdirektors, der mit geschickten Valutageschäften zum Millionär wurde. Seine Millionen hat er in den Aufbau und die Ausrüstung einer eigenen bewaffneten Formation investiert, die er in die neu geschaffene Armee integriert. Vorübergehende militärische Erfolge gegen die Streitkräfte Bergkarabachs machen ihn in Aserbaidschan populär. Elschibei ernennt ihn zum Bevollmächtigten des Präsidenten für Bergkarabach. Die bald folgenden militärischen Niederlagen lassen seinen Stern wieder sinken. Kritik an Präsident und Regierung haben schließlich seine Amtsenthebung zur Folge.

Die Meuterei dagegen ist außerordentlich erfolgreich, hat aber über 200 Tote hauptsächlich auf seiten der Armee, die die Meuterei ersticken soll, zur Folge. Das Blutbad mitten im Krieg löst im Land die Angst vor einem Bürgerkrieg aus; die massivsten Vorwürfe richten sich gegen das harte Vorgehen des Präsidenten und seiner Regierung gegen die Meuterer. Husseinow wittert die Agonie der Staatsmacht und verleiht durch den Marsch seiner "Privatarmee" (3000 Mann) auf Baku seinen Forderungen Nachdruck.

Präsident Elschibei tritt die Flucht nach vorn an: Er entläßt reihenweise Minister einschließlich des Regierungschefs; dann bietet er den Meuterern eine Amnestie an, worauf sich Husseinow jedoch nicht einläßt.

Am 13. Juni wird Haidar Aliew, Präsident der autonomen Republik Nachitschewan (einer an der türkisch-iranischen Grenze gelegenen Exklave Aserbaidschans), von Elschibei zum neuen Parlamentssprecher, also zum zweiten Mann hinter dem Präsidenten, ernannt. Aliew ist wohl die schillerndste Persönlichkeit der politischen Szene Aserbaidschans. Nach seiner Tätigkeit im NKWD (Volkskommissariat für Inneres, hauptsächlich mit Aufgaben der Staatssicherheit betraut) Nachitschewans 1941-44 beendet er 1950 die Ausbildung zum leitenden Kader beim Ministerium für Staatssicherheit (MGB) der UdSSR. 1950-67 arbeitet er in der KGB-Abteilung (früher eigenständig als MGB) beim Ministerrat der aserbaidschanischen Republik und

steigt hier zum Generalmajor der Sicherheitskräfte auf. 1969-82 ist er erster Sekretär der KP Aserbaidschans und wird 1982 als erster stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR von Breschnew ins Politbüro der KPdSU kooptiert. Von Gorbatschow wird er 1987 "aus gesundheitlichen Gründen" entlassen. Er kehrt nach Nachitschewan zurück und wird dort 1991 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt.

Nicht nur in Nachitschewan, in ganz Aserbaidschan genießt Aliew großes Ansehen. Ihm wird das Verdienst angerechnet, in seiner Zeit als KP-Chef die Industrialisierung vorangetrieben und sich effektiv für die aserbaidschanischen Interessen in Moskau eingesetzt zu haben. Während des Karabachkonfliktes mit Armenien gelingt es ihm, durch geschickte Verhandlungen mit der Regierung in Erewan Nachitschewan aus dem Krieg herauszuhalten, der kleinen Exklave freie Versorgungswege aus der Türkei und dem Iran zu sichern. Auch seine noch aus UdSSR-Zeiten stammenden Irankontakte weiß er zu diesen Zwecken zu nutzen. Aufgrund seiner Sonderpolitik versucht die Volksfrontregierung in Baku ihn im Oktober 1992 zu stürzen. Der Coup mißlingt, weil Aliew im Nu zehntausende seiner Anhänger mobilisieren kann.

Auch die Berufung Aliews, selbst Verhandlungen über einen Regierungsbeitritt der größten Oppositionspartei, der "Partei der nationalen Unabhängigkeit", helfen Elschibei als Beschwichtigungstaktik gegen den auf Baku marschierenden Husseinow wenig. Dieser beharrt weiter auf dem Rücktritt des Präsidenten und geniert sich nicht, selbst Ansprüche auf das Amt des Ministerpräsidenten oder die Präsidentschaft anzumelden.

Am 18. Juni setzt sich Elschibei über Nacht ohne Wissen von Parlament und Regierung in seine Heimat Nachitschewan ab; wie es offiziell heißt: "um einen Bürgerkrieg zu vermeiden". Er läßt bekanntgeben, daß er einige präsidiale Vollmachten an Aliew abtritt, besteht aber weiterhin auf seiner legitimen Präsidentschaft. Nach tagelangem Tauziehen zwischen Aliew und dem Parlament, dem mehrheitlich Volksfrontmitglieder angehören, sowie Verhandlungen mit Husseinow, übernimmt Aliew als Parlamentssprecher sämtliche präsidialen Vollmachten - "bis zur Rückkehr Elschibeis", wie es offiziell heißt.

Je nach Verhandlungsstand und Bereitschaft des Parlaments, seinen Forderungen nachzukommen, setzt Husseinow seinen Marsch auf Baku im Stop-and-go-Rhythmus fort. Seine Einschüchterungstaktik zieht ihren Erfolg daraus, daß den Regierungskreisen in Baku bewußt ist, daß seine Politik der Gewehrläufe im Machtpoker letztlich den Ausschlag geben wird: "Der Rücktritt des Präsidenten Elschibei wird nur der erste Schritt sein. Ich bin damit einverstanden, Präsident zu werden, falls das Volk mich auswählt. Niemand hat das Recht, mir Widerstand zu leisten; ich gehe nach Baku und erfülle den Willen des Volkes. Kein Soldat, kein Offizier wird es wagen, meine Anweisungen nicht zu erfüllen" (Husseinow in einem Interview lt. Nezavisimaja Gaseta, 25.6.). Am 30. Juni hat Husseinow das Parlament und Aliew so weichgedrückt, daß sie ihn zum Ministerpräsidenten ernennen und ihm gleichzeitig die Ressorts Verteidigung, Inneres und Sicherheit übergeben.

Damit ist Elschibei definitiv entmachtet. Das hat er durch seine überhastete Flucht selbst gefördert. Die Mehrheit seiner Anhänger im Parlament wendet sich von ihm ab und setzt resignierend auf den "starken Mann" Aliew, der jetzt im Verein mit dem politischen Neuling Husseinow den Kurs angibt. Die Widersprüche zwischen beiden sind vorprogrammiert, im Zentrum stehen die kontroversen Vorstellungen über die Lösung des Karabachkonfliktes: Aliew setzt auf politische Wiederannäherung an und eine Unterstützung durch Rußland. Dies soll zusammen mit der KSZE durch Vermittlung Erewans die Streitkräfte Bergkarabachs zum Rückzug aus Aserbaidschan auf das eigentliche Territorium der autonomen Republik zwingen. Dann könnten weitere Verhandlungen über die Zukunft dieses Gebietes eine mögliche politische Lösung einleiten. - Husseinow setzt andere Prioritäten; auf einem Treffen mit Offizieren der aserbaidschanischen Armee vom Anfang August fordert er die totale Mobilisierung der aserbaidschanischen Wirtschaft für den Krieg: "Alles muß einer Aufgabe untergeordnet werden - aserbaidschanisches Land von armenischen Okkupationstruppen zu befreien". (Summary of world broadcast/BBC,1739,C/3)

Der abrupte politische Wechsel in Baku hat seine Geschichte, oder genauer gesagt: Er ist das Ergebnis zweier Geschichten, die eng miteinander verwoben sind. Er ist das Ergebnis des zermürbenden und für Aserbaidschan erfolglosen Karabachkrieges und dem - gemessen an den Ansprüchen, mit denen sie 1992 die Staatsmacht übernahm - innenpolitischen Bankrotts der Volksfrontregierung unter ihrem Präsidenten Elschibei. Ein weiterer Faktor ist außenpolitischer Art: Rußland und die Türkei sind beide vom Karabachkonflikt tangiert. Ende der 80er Jahre wärmte die Türkei ihren alten Anspruch als Schutzmacht des "türkischen" Aserbaidschan wieder auf und geriet dadurch automatisch in Rivalität mit Rußland. "Für Rußland ist ein Abzug aus dieser

Region unmöglich, seine Interessen werden hier weiter bestehen bleiben. Ein russisches Imperium, das ist schlecht, aber noch schlechter ist ein türkisches Imperium", so der russische Botschafter in Baku in einem Interview. (Argumenty i fakty,26/93)

Erste Geschichte: Der Karabachkrieg

Abgesehen von seiner langen Vorgeschichte nimmt der aktuelle Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien seinen Anfang mit dem Beschluß des Gebietssowjets von Bergkarabach am 20.2.1988, bei den Obersten Sowjets von Armenien und Aserbaidschan die Übergabe Bergkarabachs aus dem aserbaidschanischen Staatsgebiet ins armenische zu beantragen. Dieser Beschluß entspricht auch durchaus dem Wunsch der mehrheitlich armenischen Bevölkerung Bergkarabachs und wird in Armenien begrüßt, in Aserbaidschan hingegen als Verletzung der territorialen Integrität der Republik begriffen.

Der Konflikt eskaliert durch Pogrome im aserbaidschanischen Sumgait gegen die dortige armenische Minderheit. Die Pogrome wiederholen sich bis 1990. Über 200.000 Armenier werden aus Aserbaidschan nach Armenien oder Rußland vertrieben, fast 180.000 Aserbaidschaner aus Armenien. Die Appelle des Parlaments von Bergkarabach an Moskau, dem Wunsch nach Beitritt zur Republik Armenien stattzugeben, bleiben vergebens. Die Unionsregierung beharrt auf dem status quo angesichts zu befürchtender Grenzrevisionen, die ein positiver Beschluß in anderen Republiken zur Folge haben könnte. Fortgesetzte Kämpfe in Bergkarabach zwischen armenischen Milizen und Einheiten des aserbaidschanischen Innenministeriums veranlassen die Unionsregierung im Januar 1989, Bergkarabach einer Sonderverwaltung durch Unionsorgane zu unterstellen. Die Bevölkerung Aserbaidschans empfindet dies als Parteinahme Moskaus für Armenien. Die gerade gegründete Volksfront in Aserbaidschan ruft auf zur Blockade der Verkehrswege nach Bergkarabach und Armenien. Die Blockade wird massenhaft befolgt.

Ab Dezember 1989 wird Bergkarabach einem aserbaidschanischen Organisationskomitee unterstellt, das sich auf sowjetische Truppen und aserbaidschanische Einheiten stützt und unter dem (sicherlich nicht ganz unbegründeten) Vorwand der Entwaffnung armenischer Freischärler gezielt die armenische Bevölkerung drangsaliert und tausende zur Flucht in die armenische Republik treibt. Die Führung in Erewan erhebt den Vorwurf der ethnischen Vertreibung zum Zweck, die armenische Bevölkerungsmehrheit zu dezimieren. Der Vorwurf an die Unionsregierung, sie betreibe aktive Parteinahme für Aserbaidschan, erscheint auch insofern nicht ganz unlogisch, als Armenien neben den baltischen Republiken sich bereits am weitesten aus der Union gelöst hat.

Im Herbst 1991, das Auseinanderbrechen der Union ist absehbar, eskaliert der Konflikt in Bergkarabach. Am 4.9.1991 proklamiert das Parlament von Bergkarabach unter Teilnahme von Delegierten des Kreises Schaumjan (der in Aserbaidschan liegt und mehrheitlich von Armeniern besiedelt ist) die unabhängige Republik Bergkarabach unter Einschluß von Schaumjan. Über eigene Streitkräfte verfügt die Republik bereits. Als am 20.11.1991 ein Helikopter mit Beobachtern aus Rußland und Kasachstan sowie einigen Journalisten abstürzt und Aserbaidschan die Streitkräfte Bergkarabachs beschuldigt, den Helikopter abgeschossen zu haben, beginnt Aserbaidschan eine militärische Großoffensive, die allerdings im Februar 1992 von den Streitkräften Bergkarabachs zum Stoppen gebracht wird.

Im folgenden Jahr gelingt unter aktiver Teilnahme von Freiwilligen aus Armenien die Besetzung fast des gesamten Territoriums von Bergkarabach und eines Korridors auf aserbaidschanischem Gebiet, über den Waffen und Nahrungsmittel nach Bergkarabach transportiert werden können. Diese militärischen Erfolge sind - trotz vereinzelter Rückschläge - auch das Resultat großzügiger finanzieller und personeller Hilfe durch die internationale armenische Diaspora, ganz zu schweigen von der massiven - wenn auch bis heute geleugneten - Unterstützung durch die Republik Armenien.

Hinzu kommt: Armenien ist Mitglied der GUS (Aserbaidschan hat die GUS 1992 verlassen), in deren Rahmen auch ein militärischer Beistandspakt besteht. Armenien unterstützt in der GUS jede Initiative Rußlands, die auf stärkeres Zusammenrücken der ehemaligen Unionsrepubliken abzielt. Angesichts der Parteinahme der Türkei für die aserbaidschanische Sache und der rigorosen Abkehr von Rußland durch die im Frühjahr 1992 in Baku an die Macht gelangte Volksfront und ihre Hinwendung zur Türkei ist zu vermuten, daß Armenien mehr als nur humanitäre und wirtschaftliche Hilfe sowie wohlwollende moralische Solidarität aus Rußland erhält.

So geht nach Meinung des aserbaidschanischen Verteidigungsministers die spektakuläre Eroberung der aserbaidschanischen Stadt Kelbadschar im Korridor zwischen Bergkarabach und Armenien auf das Konto aktiver Eingriffe der 7. russischen Armee, die als Relikt der Sowjetarmee in Armenien stationiert ist. Der russische Botschafter in Baku, Walter Schonija, spricht zwar nur von der Teilnahme "russischer Freiwilliger"; der russische Verteidigungsminister Gratschew reagiert beim Besuch in Ankara auf diesbezügliche Fragen aber mit beredter Ungehaltenheit; er wirft der Türkei vor, es nur auf russische Waffen abgesehen zu haben und deshalb Aserbaidschan zu unterstützen. (Moskovskie Novosti, 11.4.93)

Wie dem auch sei: Der erfolglose Krieg kostet den aserbaidschanischen Staatshaushalt zwischen 40 und 60 Prozent seines Budgets, doch Aserbaidschan ist weiter denn je von einem militärischen Sieg entfernt. Die armenischen Kräfte betreiben unter Ausnutzung der inneren Schwächen Aserbaidschans eine expansive Eroberungspolitik. Verhandlungen über den zukünftigen Status von Bergkarabach sollen aus der Position der Stärke heraus geführt werden. Sämtliche KSZE- und GUS-Friedenspläne sind bisher gescheitert. Keineswegs aber nur auf Grund eines fehlenden Friedenswillens der Regierungen in Erewan und Baku. Im Gegenteil: beide Länder sind wirtschaftlich am Ende (dazu s.u.). Vor allem in der Bevölkerung Aserbaidschans hat im vergangenen Jahr ein grundlegender Stimmungswechsel stattgefunden. Immer neue Flüchtlingsströme und mehr als 11.000 getötete Soldaten und Zivilisten haben die nationalistische Euphorie der vergangenen Jahre ausgehöhlt. Die Regierung in Baku hat längst zugegeben, daß sie eine Reihe militärischer Akteure, darunter auch die Milizen der Volksfront, nicht mehr kontrolliert. Ähnliches trifft auf die Regierung in Erewan zu. Aserbaidschan macht erst gegenwärtig Anstalten, die Regierung Bergkarabachs als eigenständiges Verhandlungssubjekt zu akzeptieren. Die Streitkräfte Bergkarabachs haben dementsprechend bisher getroffene Waffenstillstandsvereinbarungen zwischen Baku und Erewan einfach ignoriert. Die Regierung in Erewan hat - zwecks internationaler Reputation - kürzlich enormen Druck auf Bergkarabach ausüben müssen, um entsprechend einer Resolution des UNO-Sicherheitsrates den Rückzug aus Kelbadschar durchzusetzen. Sie steht zudem innenpolitisch unter Beschuß der radikalnationalistischen Daschnakenpartei, die die Expansion Bergkarabachs vorbehaltlos unterstützt und deren großarmenische Ziele auch einige Stücke aserbaidschanischen Territoriums umfassen.

Zweite Geschichte: Ein pantürkisches Intermezzo

Nach dem Sturz des Präsidenten Elschibei dürfte das schwarze Bild eines türkischen Imperiums, das der russische Botschafter in Baku an die Wand malt (s.o.), einer Türkei, die Aserbaidschan als Sprungbrett nach Mittelasien benutzt, erstmal der Vergangenheit angehören. Haidar Aliew hat an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriggelassen, um zu bestätigen, daß - bei Wahrung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zur Türkei und zum Iran - in erster Linie eine Reaktivierung der traditionellen Beziehungen zu Rußland auf der Tagesordnung steht.

Die Volksfront, im März 1989 auf Initiative einiger Intellektueller nach baltischem Vorbild zur Durchsetzung liberaler Freiheiten, Selbstbestimmung Aserbaidschans in einer erneuerten Union und der schon selbstverständlichen Marktwirtschaft gegründet, wird im Sommer 1989 in Verbindung mit der nationalistischen Welle des Karabachkonfliktes zur Massenbewegung. Territoriale Integrität Aserbaidschans und klare antiarmenische Stoßrichtung sind Zentralthemen ihrer politischen Ausrichtung. Bereits im September 1989 ist die aserbaidschanische KP gezwungen, die Volksfront als Organisation offiziell anzuerkennen. Diese kann noch im selben Monat das Parlament zur Annahme des "Gesetzes über die Souveränität Aserbaidschans" zwingen.

Im Januar 1990 muß faktisch von einer Doppelherrschaft gesprochen werden. Massendemonstrationen fordern den Abtritt der KP, die angeblich "im Sinne Moskaus" den Konflikt mit Armenien nicht radikal genug führe. Die Idee eines unabhängigen Aserbaidschan, also Austritt aus der UdSSR, wird zur beherrschenden Losung. Als schließlich tagelange Pogrome gegen die armenische Minderheit in Baku unter Duldung der Sicherheitskräfte wüten, entschließt sich die Unionsregierung zur Militärintervention und zur Verhängung des Ausnahmezustands.

Die liberalen Intellektuellen der Gründungsphase der Volksfront haben längst jeden Einfluß verloren, die meisten haben sich von der Partei getrennt. Diese wird zum institutionalisierten Chauvinismus, zum Artikulationsorgan der antiarmenischen Ressentiments nicht nur der aus Armenien vertriebenen Flüchtlinge; sie bündelt die bislang sprachlose Ohnmacht der Unterschichten der hoffnungslos übervölkerten, von

Arbeitslosigkeit, Verslumung und verheerenden Umweltbedingungen heimgesuchten Industriemetropolen Sumgait und Baku im militanten Nationalismus.

Die völlig gelähmte KP kann durch die sowjetische Militärintervention, den Ausnahmezustand und die massiven Umbesetzungen in der Nomenklatur noch einmal ihre Machtstellung retten. Der neue KP-Chef Mutalibow, der seinen quasi konkurrenzlosen Wahlkampf als angeblicher Hardliner im Karabachkonflikt mit nationalistischen Tönen führt, die arg an die Volksfront erinnern, kann sich im Sommer 1990 den Präsidentensessel sichern. In den knapp zwei Jahren seiner Präsidentschaft wird Aserbaidschan unabhängig. Kurz nach dem gescheiterten Putsch in Moskau im August 1991 läßt er die KP verbieten - obwohl er selbst anfangs den Putsch begrüßt hatte. Im März 1992 stürzt er schließlich über den Karabachkonflikt.

Anfang März 1992 sickert in der aserbaidschanischen Öffentlichkeit durch, was die regierungsabhängige Presse um der gerade laufenden Friedensgespräche mit Armenien willen verschweigt: Ende Februar wurden mehr als 1000 aserbaidschanische Zivilisten von den Streitkräften Bergkarabachs nach der Einnahme eines Dorfes massakriert. Unter dem Druck von Massendemonstrationen, in denen die Volksfront den Ton angibt, tritt Mutalibow zurück. Damit scheitert auch die politische Linie, die bisher in Verhandlungen die beste Lösung des Karabachkonfliktes sah.

Für den 7. Juni werden neue Präsidentschaftswahlen angesetzt. Es ist von vornherein klar, daß in der aufgeheizten Stimmung derjenige den Sieg davontragen wird, der am vehementesten für die schnelle militärische Lösung des Karabachkonfliktes und Beseitigung aller "Einflüsse Moskaus" eintritt. All das versprechen die Volksfront und ihr Kandidat Abulfas Elschibei. Er gewinnt die Präsidentschaftswahlen mit über 60 Prozent aller Stimmen, prophezeit großspurig einen in Nationalitätenkonflikten zerfallenden Iran, in dessen Folge ein wiedervereinigtes Groß-Aserbaidschan entstehen soll, verpflichtet seine Regierung auf baldigen militärischen Sieg im Karabachkonflikt und auf enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zur Türkei.

Das Regierungsjahr der Volksfront gerät zum Fiasko. Trotz mehrerer militärischer Offensiven und türkischer Militärhilfe bleiben den aserbaidschanischen Streitkräften substantielle Erfolge versagt. Die Streitkräfte Bergkarabachs sind besser ausgerüstet, sie erhalten Zulauf von armenischen und russischen Freiwilligen, und kämpfen z.T. unter der Führung erfahrener Offiziere aus der internationalen armenischen Diaspora.

Die fortdauernden Niederlagen haben die Motivation der aserbaidschanischen Streitkräfte gebrochen. Fehlende Rekruten werden durch Jugendliche im wehrfähigen Alter ersetzt, die am hellen Tag von der Straße weg zwangsrekrutiert werden; es gibt Fälle, wo fliehende Soldaten von Offizieren zum Angriff zurückgeprügelt werden. 3000 meuternde Soldaten aus Husseinows "Privatarmee" können im Juni quer durchs Land nach Baku marschieren, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Die mehrfach stärkere Nationalarmee ist demotiviert und desorganisiert. Armenische Offiziere berichten aus abgehörten gegnerischen Funkverbindungen, daß auf Grund mangelnder Koordination den aserbaidschanischen Einheiten nicht selten widersprüchliche Operationsanweisungen mitgeteilt werden.

Die Volksfront hatte die alte Nomenklatur von ihren Posten - auch in der Provinz - verjagt und diese mit eigenen Leuten besetzt, die sich in Korruption, Vetternwirtschaft und Lokalpatriotismus in nichts von ihren Vorgängern unterscheiden. Der einzige Unterschied besteht darin, daß im Vergleich zum politischen und wirtschaftlichen Dilettantismus der Emporkömmlinge die Herrschaftsepoche der alteingesessenen KP-Funktionäre als eine Ära des professionellen Regierens erscheint. Die wirtschaftliche Ausrichtung auf die Türkei ruiniert das Land, dessen traditionelle Verflechtungen mit dem ehemaligen Binnenmarkt der Union radikal unterbrochen werden. Während im Vergleich zu 1990 das Nationaleinkommen 1991 nur um 0,4 Prozent abnimmt, sinkt es 1992 im Vergleich zu 1991 um mehr als 22 Prozent, die Inflation beträgt 662 Prozent. Die Landwirtschaft, einer der Hauptexportsektoren des Landes, erleidet schwere Einbußen durch den Verlust ihrer Absatzmärkte in Rußland. (East European Statistics, 20.2.92; Le courrier des pays de l'est, 12/92)

Ein Korrespondent der russischen Wochenzeitung "Sobesednik" charakterisiert das Volksfrontjahr sarkastisch-überspannt, aber im Kern treffend, so: "Die erste Phase der ökonomischen Reformen äußerte sich darin, daß die Hauptkritiker der kommunistischen Privilegien von 'Wolga' auf 'Mercedes' umstiegen... Die zweite Phase entwickelte sich auch ganz befriedigend: Türkische Geschäftsleute zogen Öl und Buntmetalle aus dem Land und lieferten im Tausch dagegen Kaugummi und wohlschmeckende Schokolade. In der dritten

Phase flogen die Preise wie die Falken davon. Mit diesen hervorragenden Errungenschaften waren die Reformen auch schon beendet". (ebd. 26/1993)

Nichts ist so symptomatisch für den erdrutschartigen Popularitätsverlust der Volksfront und ihres Präsidenten wie die Tatsache, daß sich Anfang Juli 1993 nur noch 1500 Menschen vor dem Parlamentsgebäude zur Unterstützung Elschibeis versammelten; 1992 konnte die Volksfront in Baku noch mehr als hunderttausend Menschen mobilisieren. Auch die pantürkischen Illusionen sind schlichter Enttäuschung gewichen. Selbst Elschibei, der bis zuletzt noch auf Hilfe aus der Türkei hoffte, entgegnet in einem Interview des türkischen Fernsehens am 5.7.1993: Von der Türkei "erwarte ich nichts und ich habe keine Hoffnungen. Was immer ich auch erhofft habe, ich habe es nicht bekommen" (Summary of world broadcast/BBC,1735 C 1/2).

Die neue Regierung führt am 12. Juli die Visumpflicht für türkische Staatsbürger wieder ein, die neue Staatssekretärin Gadzihiyewa betont die traditionell guten Beziehungen zu Rußland und lehnt die Charakterisierung dieser Beziehungen seitens der Volksfront als die zwischen Imperium und Kolonie ab. Selbstredend begrüßt Rußland den Regierungswechsel in Baku. Außenminister Kosyrew meint in einem Fernsehinterview, "daß die Führung und die gesellschaftlichen Kreise Aserbaidschans verstanden haben, daß der Kampf gegen ein Unionszentrum beendet ist. Heute geht die Frage dahin, daß sie durch Zusammenarbeit mit uns - mit Rußland - am besten ihre Probleme lösen können". (aufgez. Sendung durch RFE/RL-Research Institute, TV & Radio Monitoring 478/16f)

Für etwas Aufregung sorgt die Stornierung eines Abkommens durch die neue Regierung, das zwischen der Volksfrontregierung und dem westlichen Petrokonsortium Amoco über Ausbeutungsrechte der kaspischen Ölvorkommen vor der Küste von Baku geschlossen wurde. Aliew begründet diesen Schritt mit der Zeit, die die neue Regierung brauche, um die vertraglichen Details zu prüfen. Der "Spiegel" (27/93) und ein Teil der russischen Presse führen dies als Indiz dafür an, daß Moskau beim Sturz Elschibeis und bei der "Schlacht ums Öl" seine Finger im Spiel habe. In Wirklichkeit dürfte das Interesse Rußlands am aserbaidschanischen Öl recht gering sein. Seit der Erschließung der sibirischen Ölvorkommen zu Unionszeiten ist die aserbaidschanische Ölförderung unbedeutend geworden. 1987 förderte Rußland 91,2 Prozent, Aserbaidschan gerade 2,2 Prozent der Gesamtmenge der UdSSR. Allerdings kamen bis Ende der 80er Jahre fast 70 Prozent der petrochemischen Ausrüstungen der UdSSR aus Industrien im Großraum Baku, und infolgedessen hat der Zusammenbruch des UdSSR-Binnenhandels einiges zur derzeit schweren Krise der russischen Ölförderung (eines der Hauptexportgüter) beigetragen. (Le courrier des pays de l'est, 12/1993)

AKE

23. "Der Mörder ist der Staat". Die Ereignisse von Sivas und die Re-Islamisierung der Türkei

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:02

In der mittelanatolischen Großstadt Sivas fand das 4. Kulturfestival zu Ehren des im 16. Jahrhundert lebenden Volksdichters Pir Sultan Abdal statt. Gekommen war eine Reihe prominenter Künstler und Publizisten, unter anderem der Schriftsteller und Chefkolumnist der Tageszeitung Aydinlik: Aziz Nesin. Obwohl der kemalistischen Staatsideologie verbunden, protestierte er immer wieder gegen die Willkür des türkischen Militärs und wurde mehrfach verhaftet. Aziz Nesin zog in letzter Zeit besonders den Zorn moslemischer Reaktionäre durch sein Bekenntnis zum Atheismus auf sich. Ihm wurde - fälschlich - angelastet, für die Veröffentlichung von Auszügen aus Salman Rushdis "Satanischen Versen" in Aydinlik verantwortlich zu sein.

Am 30. Juni und 1. Juli wurden in Sivas von Mitgliedern des "Nationalen Jugendvereins" und der Gruppe "Bizim Ocak" Flugblätter verteilt, in denen zum "Heiligen Krieg" gegen Aziz Nesin aufgerufen wurde. Unterschrieben war dieser Aufruf einfach mit "Moslems". Auch lokale Zeitungen hetzten gegen Nesin.

Nach dem Freitagsgebet am Mittag des 2. Juli formierten sich Moscheebesucher zu einer Demonstration. In Rufen wurde der Rücktritt des Gouverneurs gefordert, weil er Aziz Nesin empfangen hatte. Außerdem rief die Menge "die Hände, die gegen den Islam erhoben sind, sollen zerschmettert werden" und "Satan Aziz".

Von diesem Moment an - etwa ab 13 Uhr - bis zu dem Brand am Abend war durchgehend Polizei bei der Menge. Die politisch Verantwortlichen, bis hinauf zum Staatspräsidenten Demirel, wurden immer wieder gewarnt und ein Eingreifen von Polizei und Militär gefordert.

Aus verschiedenen Moscheen wuchs die Menge auf etwa 600 Personen an. Darunter viele Männer mit burnusartig geschlungenen Kopftüchern, langen Talaren und Bärten, einer Tracht, die sich dem - eigentlich verbotenen - Derwisch-Orden zuordnen läßt. Von einem Teehaus wurden die Scheiben eingeworfen; eine amerikanische Fahne wurde verbrannt. Die Polizei beschränkte sich auf Durchsagen wie: "Liebe Freunde, bitte gehen Sie geordnet!"

Als die Menge das Kulturzentrum erreichte, bewarf sie es mit Steinen und griff davor befindliche Büchertische an. Etwa zehn Menschen wurden unter den Augen der Polizei verletzt. Der Bürgermeister der islamisch orientierten "Wohlstandspartei", Temel Karamollaoglu, las darauf einige Verse aus dem Koran vor: "Euer Feldzug sei gesegnet, Moslems, meine Brüder. Dem Sieg werden wir gemeinsam Schritt für Schritt näherkommen."

Als nächstes richtete sich die Wut der Menge gegen eine Statue des Dichters Pir Sultan Abdal. Schließlich stürzten Fahrzeuge der Stadtverwaltung die Statue. Der Bürgermeister hatte dazu nach einem Ferngespräch mit dem Innenminister die Anweisung erteilt. Die Statue wurde fortgeschleift, zerschlagen und angezündet. Auch eine Statue des Republikgründers Atatürk soll beschädigt worden sein.

Circa um 18 Uhr zog die Menge vor das Madimak Hotel, in dem sich viele Besucher des Festivals befanden, darunter auch Aziz Nesin. Die Menge schwoll auf 10.000 Personen an. Ein Steinhagel ging auf das Hotel nieder, davorstehende Fahrzeuge wurden angezündet.

Die Hotelgäste verbarrikadierten und bewaffneten sich notdürftig. Auch der 78jährige Aziz Nesin half bei der Verteidigung des Hotels. Die Polizei sah lediglich zu. Nach fast zwei Stunden Belagerung wurde die Telefonleitung des Hotels gekappt und religiöse Fanatiker drangen mit Benzinkanistern ein und legten Feuer. Dabei belagerte der Mob weiterhin das Hotel und trieb Menschen, die fliehen wollten, zurück in die Flammen. Die schließlich aufgefahrene Feuerwehr löschte nur widerwillig. Als die Feuerwehr Aziz Nesin und andere Hotelgäste über eine Leiter rettete, griff ein Stadtrat der "Wohlstandspartei" Nesin handgreiflich an und rief: "Tötet den Gottlosen!"

37 Menschen starben bei dem Brand, 60 wurden zum Teil schwer verletzt; auch Aziz Nesin erlitt eine Rauchvergiftung. Unter den Opfern befinden sich eine Reihe bekannter Sänger, Lyriker, Literaturkritiker und Schauspielerinnen. So der 36jährige Musiker Hasret Gültekin, der als einer der ersten - trotz Verbots - eine Kassette mit kurdischer Musik aufnahm. Oder der 76jährige Literaturkritiker Asim Besirci, der sich u.a. mit den

Werken des lange verbotenen kommunistischen Lyrikers Nazim Hikmet beschäftigte. Er schrieb ein Buch über den sozialkritisch und humanistisch eingestellten alevitischen Volksdichter Pir Sultan Abdal, den der osmanische Gouverneur von Sivas vor 400 Jahren hängen ließ und dessen Standbild das erste Ziel der Fundamentalisten war.

Nach den Ereignissen um das Hotel zerstreute sich die Menge nicht sofort, es zogen u.a. noch Gruppen in ein hauptsächlich von Mitgliedern der alevitischen Minderheit bewohntes Viertel und randalierten.

Unter dem Kern der Angreifer von Sivas soll der militante Derwisch-Orden der Aczmendiler eine führende Rolle gespielt haben. Außerdem wird der Iran ins Spiel gebracht, so z.B. von Gerd Höhler in der Frankfurter Rundschau. Anderes über die Aczmendiler weiß die angegriffene Zeitung Aydinlik zu berichten. Demnach wurde der Orden von einem pensionierten Oberst des türkischen Geheimdienstes MIT gegründet und wird z.Z. von einem ehemaligen Agenten des MIT geführt. Hervorgegangen sind die Aczmendiler aus der etwa 1952 entstandenen Nurculuk-Bewegung, die vor allem für eine Islamisierung des Unterrichtes an den Schulen eintritt und u.a. Yeni Asya, die zwölftgrößte Tageszeitung der Türkei, herausgibt. Der - eigentlich verbotenen - Nurculuk-Bewegung wird eine breite Anhängerschaft auch unter der türkischen Beamtenschaft nachgesagt. Die Aczmendiler selbst sollen über vielfältige Verbindungen verfügen: so vor allem zu den in Kurdistan tätigen Todesschwadronen der Hizbullah; zum militanten Fundamentalisten Cemalettin Kaplan in Köln - der auch eine Todesdrohung gegen Aziz Nesin aussprach; zur faschistischen Kampftruppe "Graue Wölfe" - die Ende der siebziger Jahre Massaker an den Alevi verübte.

So erscheinen die Aczmendiler durchaus als Teil der türkischen Reaktion, während der Hinweis auf den Iran als möglichen Drahtzieher die offizielle türkische Sicht wiedergibt, die allen Grund hat, das Phänomen Fundamentalismus als von außen hereingetragen darzustellen. Das Muster, wonach alles Böse von der konkurrierenden Macht Iran kommt, hat außerdem in der Türkei Tradition, schon die Osmanen behaupteten gerne, die Aleviten wären die 5. Kolonne der iranischen Schiiten und lenkten so von den sozialen Ursachen innerer Unzufriedenheit ab.

Tatsächlich ist es nicht sicher, welche Rolle die Aczmendiler - die in Sivas eine eigene Gruppe haben sollen - bei dem religiösen Aufruhr spielten. Wichtiger als Spekulationen über einzelne Gruppen und ferne Drahtzieher erscheint uns jedoch der Hintergrund der Re-Islamisierung der Türkei und die Rolle, die hierin der türkische Staat selbst spielt.

Die Re-Islamisierung und der Staat

"Der Staat sei zwar laizistisch, nicht aber die Nation", stellte 1976 der damalige Ministerpräsident und heutige Staatspräsident der Türkei, Demirel, fest. Der Laizismus, der die strikte Unabhängigkeit des Staates von der Religion festschreibt, ist eines der Grundprinzipien des Republikgründers Kemal Atatürk, das erstmals 1937 in der Verfassung verankert wurde - und an dem in der neuen Verfassung von 1982 weiterhin festgehalten wird. Doch mit der Einführung einer modernen säkularen Gesetzgebung anstelle des islamischen Scharia-Rechts wurde der Islam nicht zu einer Privatangelegenheit - weder für die Masse der Bevölkerung noch für die herrschenden Führungseliten. Vielmehr wurde die Religion - im Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit zur Schaffung eines Bewußtseins als Staatsbürger in der neugegründeten Republik und einer Identität, die sich auch über die islamische Religion konstituiert - von der Politik geformt.

Der Begriff der Re-Islamisierung ist demnach auch nicht zu verstehen als das plötzliche Auftreten religiöser Bedürfnisse in großen Teilen der Bevölkerung, sondern es geht um eine Betrachtung, inwieweit der Islam als Wertorientierung das gesellschaftliche Leben prägt, welche Formen und Institutionen von staatlicher Seite zu seinem Ausdruck bereitgestellt bzw. verordnet werden, und inwieweit die Grundsätze des Koran und die Vorschriften des Scharia-Rechts die gesellschaftliche Struktur organisieren.

Daß der Islam in der Türkei eine Renaissance erfährt, ist unbestreitbar. Daß der türkische Staat selbst die Re-Islamisierung vorantreibt, gerät dagegen meist aus dem Blick.

In der Geschichte der Türkischen Republik war es zunächst die Einführung des Mehrparteiensystems nach dem 2. Weltkrieg, die die Re-Islamisierung einleitete. Religiöse Vorstellungen fanden immer mehr Eingang in die Programme der verschiedenen Parteien, die damit ein Instrument im Kampf um Wählerstimmen zur Hand hatten. Staatliche Politik in der Türkei hatte seitdem nicht mehr das Ziel, religiöse Angelegenheiten aus ihrer

Sphäre zu verbannen, sondern es ging und geht um die Kontrolle der Religion, die im Spannungsverhältnis von Laizismus und kontrollierter Re-Islamisierung ihre unterschiedlichen konkreten Ausformungen erhält.

Immer wieder wurden die Organisationen islamischer Gruppierungen und Sekten zerschlagen und ihre Führer vor Gericht gestellt. Grundlage dazu ist u.a. der Artikel 24 der Verfassung von 1982, der erklärt, daß niemand die sozialen, ökonomischen, politischen und gesetzlichen Grundlagen des Staates zugunsten religiöser Prinzipien verändern darf. Artikel 68 verbietet die Gründung religiöser Parteien, die im Widerspruch zu den säkularen Grundsätzen der Republik stehen. Mit diesem Gesetz wurden bis 1980 fünf Parteien verboten. Darüber hinaus stellen die Artikel 163, 241 und 242 des türkischen Strafrechts die Anwendung der Religion zu politischem oder privatem Vorteil unter Strafe.

Andrerseits wurde nach dem Militärputsch 1980 erstmals seit der Gründung der Türkischen Republik die islamische Unterweisung an den Schulen als Pflichtfach eingeführt und eine Reihe von religiös bestimmten Maßnahmen erlassen: von der Kleiderordnung für junge Mädchen bis zu der Einschränkung des Alkoholkonsums in der Nähe von Moscheen. Das Ausmaß der Re-Islamisierung läßt sich auch an folgenden Daten verdeutlichen: In der Türkei kommen auf mehr als 1.500 Einwohner nur ein Arzt, aber auf weniger als 300 Menschen ein Imam (islamischer Geistlicher). Die Zahl der Schüler an den Schulen für Moscheepersonal (Imam-Hatip-Oberschulen) betrug 1978 147.000 Schüler. Seit 1980 können an diesen Schulen staatlich anerkannte Gymnasialabschlüsse abgelegt werden; zur Zeit besuchen 350.000 Schüler diese Einrichtungen (Aydinlik, 12.7.93). Die Zahl der Moscheen hat sich in den letzten 30 Jahren nahezu verdoppelt. Vier große Tageszeitungen, etwa vierzig landesweit verbreitete Wochen- und Monatszeitschriften und rund 250 regionale Periodika sowie über hundert illegale Radiosender und 35 ebenfalls illegale Fernsehstationen sind religiös ausgerichtet. (Frankfurter Rundschau, 20.7.93)

Die Träger der Re-Islamisierung

Der Sieg der exportorientierten Wirtschaftspolitik, durchgesetzt mit dem Militärputsch 1980, führte bei der Kleinbourgeoisie, den Händlern, Handwerkern und Gewerbetreibenden zu Protesten, die sich des Sprachrohrs Islam bedienen. Ihre Führer kommen aus der modernen Mittelschicht, die, durch Auslandsstudien mit dem modernen Westen konfrontiert, die Re-Islamisierungstendenzen als Ausdruck eigener kultureller Identität unterstützen. Als Beispiel hierfür ist der Bürgermeister von Sivas, Temel Karamollaoglu, zu nennen. Er studierte in England Textilingenieur und heiratete dort eine Engländerin. Nach seiner Rückkehr in die Türkei war er im Industrieministerium beschäftigt.

Der Abschied von einer Wirtschaftspolitik, die die Unabhängigkeit ökonomischer Binnenstrukturen zum Ziel hatte, führte zu hoher Arbeitslosigkeit - sie beträgt zur Zeit inoffiziell ca. 4 Millionen -, zu Preissteigerungen und zur Privatisierung des staatlichen Sektors, wo noch tausende Entlassungen zu erwarten sind. Selbst einer der stärksten Industriezweige in der Türkei, die Textilindustrie, ist davon betroffen. Damit haben Parolen wie "Fortschritt" und "Modernisierung", deren Träger und Zwangsvollstrecker zu sein die Führungseliten als ihr Selbstverständnis betrachten, bei der Bevölkerung an Attraktivität verloren.

Ein weiterer, wesentlicher Faktor in der politischen und ökonomischen Entwicklung der Türkei sind enorme Migrationsbewegungen. Dazu gehört die Abwanderung von Arbeitskräften nach Westeuropa und in die erdölreichen Staaten des Mittleren Ostens, aber vor allem der hohe Anteil der Binnenmigration. Der Prozeß der Verstädterung begann in den 50er Jahren und setzt sich bis heute fort. Lebten noch 1940 81,9% der Bevölkerung auf dem Land, so waren es 1980 nur noch 54,6%. Istanbul, die größte Stadt Europas, wächst zur Zeit jährlich um 380.000 Menschen, d.h. alle 2 Minuten kommt ein/e EinwohnerIn hinzu (Cumhuriyet Hafta, 16.7.93). Mit dem Anwachsen der Städte nimmt die Zahl der Menschen, die in den gecekondu (Armenviertel) leben, zu.

Diese wirtschaftliche und soziale Entwicklung kann von den Menschen, die unter ihren Folge zu leiden haben, auf zweierlei Weisen beantwortet werden: mit einem Blick zurück auf scheinbar goldene Zeiten, oder mit einem Blick nach vorne, der eine gesellschaftliche Veränderung zugunsten der Masse der Bevölkerung anstrebt. War diese zweite Antwort noch bis zum Ende der 70er Jahre die einer kleinen Gruppe von relativ privilegierten Lohnarbeitern, die keinen Grund hatten, sich nach den vorindustriellen Zeiten des Osmanischen Reiches zu sehnen, so ist der Blick zurück die Antwort einer großen Zahl von Marginalisierten, zu der zunehmend auch die Arbeiterklasse zu zählen ist.

Die ersatzlose Zerstörung sozialer Beziehungen durch Landflucht, Verarmung, Auflösung der Großfamilie und auch der Privilegien patriarchaler Herrschaft, birgt die Sehnsucht nach zurückliegenden Zeiten.

Islamische Organisationen versprechen diese Zeiten wiederzubringen. Sie bieten diesen Menschen ein soziales Gefüge an, das mit seinen Werten Handlungsmöglichkeiten schafft. Mit ihrem konservativen Frauenbild sichern sie den Männern die Kontrolle über die Frauen, wobei sie sich an diesem Punkt mit den Interessen des Staates treffen. Diese Verflechtung wird dadurch deutlich, daß in der Türkischen Republik zwar die Gleichstellung von Mann und Frau gesetzlich verankert ist, das Personenstandrecht (Ehe-, Familien-, Adoptions-, Erbrecht) aber weitgehend durch religiöse Prinzipien definiert wird.

Der Blick zurück

Das Ziel, die alte Ordnung, in der der Sunnismus noch Staatsideologie war, wiederherzustellen, garantiert den Anhängern dieser Religion eine Vormachtstellung in dieser zukünftigen Gesellschaft. Dies bedeutet aber auch, daß Anhänger anderer Religionen bzw. anderer islamischer Richtungen sich diese Zeiten nicht zurücksehnen, in denen sie, wie die Aleviten, vom osmanischen Staat verfolgt wurden.

Die Aleviten, die heute 10-20% der Bevölkerung stellen, gehören einer Strömung des schiitischen Islam an, der aber von dem Schiismus im Iran grundsätzlich zu unterscheiden ist. Aufgrund ihrer liberalen Religionsauffassung, aber auch wegen ihrer Gegnerschaft zu Re-Islamisierungstendenzen, die in der Türkei immer die Stärkung des Sunnismus zum Ziel haben, werden sie als fortschrittlich bezeichnet, diffamiert und verfolgt. Beachtenswert ist, daß die Mobilisierung gegen die Aleviten nicht auf der religiösen Differenz beruht, sondern mit dem Argument des Kampfes gegen den Kommunismus erfolgt.

Mit der Gleichsetzung der Verwestlichungs-Politik der kemalistischen Führung, deren Reformen in den 20er und 30er Jahren von den Aleviten zwar begrüßt, keineswegs jedoch aktiv unterstützt wurden, mit dem Kommunismus und des relativ großen Anteils der Aleviten, die sich in den 70er Jahren der sozialistischen Bewegung anschlossen, wurden die Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Aleviten - vor allem von der faschistischen Bewegung - immer wieder geschürt.

Auch in den blutigen Ereignissen von Sivas kommt dieses Spannungsverhältnis zum Ausdruck, das in die Geschichte hineinragt. So begann im Juni 1937 in Dersim ein kurdischer Aufstand gegen die türkische Besatzungsmacht, die mit Deportationen, Dorfzerstörungen und anderen Maßnahmen den Widerstand zerschlagen wollte. Die Kämpfe, an denen auch viele kurdische Aleviten teilnahmen, dauerten bis zum September 1937, als die türkische Armee in einem Großangriff Tausende von Menschen ermordete.

Ein weniger weit zurückliegendes Ereignis, das stark an die Übergriffe in Sivas erinnert, war das Massaker in Kahramanmaras im Dezember 1978. Das Aufhetzen der Sunniten gegen die Aleviten wurde von der MHP, der faschistischen "Nationalen Aktionspartei" von langer Hand geplant und führte nach offiziellen Angaben zum Tod von 114 Menschen. Am 14. Juli 1980 sind bei einem ähnlichen Massaker in Ç orum 58 Menschen umgekommen. 53 Leute wurden vor Gericht gestellt, jedoch nur zwei zu 24 Jahren verurteilt.

Ideologie des islamischen Fundamentalismus

Die Ideologie des islamischen Fundamentalimus richtet sich gegen "Fortschritt und Modernisierung", der Kemalismus wird aufgrund des aufgeblähten, bürokratischen Staatssektors in der Türkei mit den ehemals sozialistischen Ländern verglichen und als "links" diffamiert, der Laizismus als "Atheismus" bekämpft.

Diese Zuschreibungen finden sich jedoch nicht nur in der Ideologie islamischer Fundamentalisten, sondern sind Teil der Eigendefinition des säkularen Staates selbst, wie sie auch unter kemalistischen Linken verbreitet sind. Die Darstellung des nationalen Kampfes, der zur Abschaffung des osmanischen Sultanats führte, als "Befreiungskampf", der später (unberechtigterweise) mit denen anderer Länder des Trikonts verglichen wurde, dient immer wieder zur Legitimation des türkischen Staates. Auch die sogenannte "Kemalistische Revolution", die von Kemal Atatürk diktatorisch erlassenen Reformen (Übernahme der lateinischen Schrift, das Verbot, einen Fez zu tragen, der Ersatz des islamischen Freitags durch das westliche Wochenende, das Wahlrecht für Frauen 1935), werden als Argument für den fortschrittlich-demokratischen Charakter der Türkischen Republik angeführt. Von den kemalistischen Linken werden die etatistischen Maßnahmen als revolutionärer Zug des Kemalismus gepriesen, die jedoch mit der Übernahme eines Unternehmens in den staatlichen Sektor nur den

Zweck verfolgten, Krisen der kapitalistischen Entwicklung aufzufangen. Das Ziel, den privaten Sektor der Wirtschaft zu fördern, stand immer im Mittelpunkt staatlicher Politik.

Mit dem Aufzeigen dieser Verquickung, die auch die zeitweilige Handlungsunfähigkeit der national eingebundenen türkischen Linken erklärt, soll jedoch nicht ausgedrückt werden, daß die Zuschreibungen der islamischen Fundamentalisten richtig sind - ganz im Gegenteil: Der Kemalismus ist weder links, noch ist der türkische Staat atheistisch.

Die Partei, die den islamischen Fundamentalismus vertritt, ist die "Refah Partisi", die Wohlstandspartei. Ihr erster Kongreß fand 1985 statt. Bei der Parlamentswahl 1991 wuchs der Stimmanteil der RP sprunghaft auf 16,5%.

Elemente der Ideologie des islamischen Fundamentalismus, dessen Kern die Einführung des Scharia-Rechts und die Einhaltung der Vorschriften des Korans ist, finden sich auch in faschistischen Parteien wie der MCP, der Nationalen Partei der Arbeit, wieder und überschneiden sich mit nationalistischen und panturanistischen Vorstellungen. Diese beziehen sich einerseits auf den Vorrang der Entwicklung der türkischen Nation, d.h. einen Aufbau der nationalen Industrie und richten sich gegen die Großbourgeoisie, die mit ihrer liberalen Wirtschaftspolitik die Abhängigkeit vom Westen nur erhöht. Der Panturanismus will alle Turkvölker in einem Staat vereinigen. Rassistischer Haß auf alle nichttürkischen Völker in den beanspruchten Gebieten folgt aus dieser faschistischen Ideologie.

Diese Parteien werden von manchen islamischen Sekten unterstützt, andere Sekten unterstützen andere Parteien, andere wiederum agieren unabhängig von den Parteien. Da diese aus dem Volksislam hervorgegangenen Sekten auch untereinander in Konkurrenz stehen, weil sie jeweils für sich in Anspruch nehmen, den "wahren" Islam zu vertreten, versuchen sie auch über die Parteien, Einfluß im Parlament zu bekommen. Sie unterscheiden sich jedoch darin von islamisch-fundamentalistischen Parteien, daß sie an der feudal-patriarchalen Ideologie des Osmanischen Reiches festhalten. Als Beispiel sei hier die Süleymancilik-Bewegung erwähnt, deren Gründer Süleyman Hilmi Tunahan 1959 in Istanbul starb. Ihr Ziel ist es, ein islamisches Heer aufzustellen und das Kalifat wieder zu errichten. Mit Parolen wie "Das türkische Volk ist ein Herrschaftsvolk ..." betonen die Süleymancilar ihre Schlagkraft, die sie schon im 2. Weltkrieg veranlaßte, sich in Jugoslawien Hitlers islamischen SS-Einheiten anzuschließen. In der BRD waren sie in den 70er Jahren in den sogenannten "Islamischen Kulturzentren" organisiert.

Die Aktionen der militanten islamischen Fundamentalisten werden als Teil der Aufstandsbekämpfung gegen linke Bewegungen und gegen kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen von den türkischen Sicherheitskräften immer wieder geduldet. Sind diese militanten islamischen Fundamentalisten auch zahlenmäßig nicht sehr stark, so schafft die staatlich betriebene Re-Islamisierung doch ein Klima der Duldung oder auch aktiven Förderung ihrer Aktionen. Die Parallelen zu den Ereignissen in Rostock sind in dieser Hinsicht offensichtlich.

Der westliche Schrecken vor dem islamischen Fundamentalismus, der in rassistischer Manier als Feindbild Nr.1 dargestellt wird, ist auch ein Schrecken vor dem, was kommen wird, wenn sich die sozioökonomischen Folgen einer abhängigen Entwicklung und der IWF-Strukturanpassungsprogramme nicht mehr durch die von den nationalen Führungseliten betriebene Re-Islamisierung kanalisieren lassen.

Protest gegen das Massaker der Fundamentalisten

Der erste Protest gegen die Ereignisse von Sivas formierte sich in Sivas selbst, wo trotz Ausgangssperre 1.500 Menschen in dem hauptsächlich von Aleviten bewohnten Stadtviertel Alibaba demonstrierten. Auch in Pir Sultan Abdals Geburtsort Banaz versammelten sich spontan mehrere tausend Menschen, um nach Sivas zu ziehen, was der Landrat aber verbot.

Zu den größten Demonstrationen kam es in Istanbul und Ankara, wo hunderttausende den Särgen bekannter Opfer von Sivas folgten. Es wurden Parolen gerufen wie "Die Regierung soll zurücktreten", "Der Staat ist der Mörder", "Wir sind das Volk, wir sind stark, wir sind Kemalisten", "In Deutschland die Glatzen, in der Türkei die religiösen Fanatiker". Gegen die mit Saudi-Arabien zusammenhängende islamische Bank Faisal Finans wurden Steine geworfen.

Immer wieder wurde von den Vertretern der kemalistischen Linken hervorgehoben, die Ereignisse von Sivas seien ein Angriff auf den laizistischen Staat des Kemal Atatürk. Belegt wurde dies u.a. mit den in Sivas

lautgewordenen Rufen nach dem islamischen Recht der Scharia (in Sivas, nicht weit entfernt vom Madimak Hotel, hatte Kemal Atatürk nach dem 1. Weltkrieg eine türkische Nationalversammlung einberufen). Besondere Empörung löste das Stillhalten der Staatsorgane und die öffentlichen Verlautbarungen seiner Repräsentanten aus.

Viele Politiker gaben Aziz Nesin die Schuld, er habe die Bevölkerung in einer Rede, die er vor den Ereignissen vor einem eher laizistisch gesinnten Publikum gehalten hatte, provoziert. Im Gegensatz zu Gewerkschaftern hielten sich Spitzenpolitiker mit einer Verurteilung der Islamisten zurück. Die Ministerpräsidentin Tansu Ç iller erklärte, sie habe Volk und Sicherheitskräfte nicht gegeneinander aufbringen wollen und deshalb den Schießbefehl verweigert. Außerdem wollte sie den Mordanschlag ausdrücklich als "Hotelbrand" eingestuft wissen. Den Beerdigungen blieb die politische Spitze der Türkei fast ausnahmslos fern.

Dafür kam es mehrfach zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Anti-Sivas-Demonstranten. In Istanbul wurden durch Polizeikugeln ein Demonstrant schwer und ein weiterer leicht verletzt.

jasa

Literatur:

Werle, Rainer und Kreile, Renate: Renaissance des Islam - Das Beispiel der Türkei. Hamburg 1987.

Tapper, Richard (ed.): Islam in Modern Turkey. London/New York 1991.

Kandiyoti, Deniz: Women, Islam and State, in: Middle East Report No. 173, Nov./Dez.1991.

Jahrbuch zur Geschichte und Gesellschaft des Vorderen und Mittleren Orients 1984 - Islam und Politik in der Türkei. Hg: Blaschke, Jochen und van Bruinessen, Martin. Berlin 1984.

Aydinlik 5., 6. u. 12.7.93; Cumhuriyet Hafta 9. u. 16.7.93; Özgür Gündem 4. u. 6.7.93; FR 5.7.93; taz 5.7.93

24. Ein Aufruf zum "totalen Krieg" gegen die PKK

Rubrik: PKK; Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:03

Die neue Ministerpräsidentin der Türkei, Tansu Ç iller, befragte im Juli die Führer der Oppositionsparteien, was sie von einer "politischen Lösung der kurdischen Frage" hielten. Dabei wird unter "politischer Lösung" immer weniger die Erkenntnis verstanden, daß der Weg zum Frieden auch über politische Zugeständnisse führen könnte, sondern im Gegenteil, gemeint ist der Schulterschluß der ganzen Gesellschaft mit dem Militär.

Bei ihrem Rundgang zu den Vertretern der konservativen "Mutterlandspartei" (ANAP), der islamischen "Wohlstandspartei" (RP), der faschistischen "Nationalen Partei der Arbeit" (MCP) und der "Republikanischen Volkspartei" (CHP) legte die Ministerpräsidentin politisch fast nichts auf den Tisch. Es sollte eine parteiübergreifende Kommission gebildet werden, um sich mit der kurdischen Frage oder, wie es nun öfter heißt, dem "Terror im Südosten" zu befassen. In dieser Kommission könnte z.B. auch über kurdischen Unterricht in den Schulen und über kurdische Sendungen diskutiert werden. Allerdings sagte Ç iller, daß sie selbst diesen Vorschlag nicht machen würde. Von den anderen Parteien ist er noch weniger zu erwarten als von der Regierungskoalition aus der konservativen "Partei des richtigen Weges" (DYP) und der "Sozialdemokratischen Volkspartei" (SHP). Schon anläßlich ihres Regierungsantritts im Juni hatte sich Ç iller entschieden gegen kurdische Programme im Fernsehen ausgesprochen.

Trotz der geringen Substanz der Gespräche steht Ç illers Rundgang zu den Größen der Opposition für mehr als einen etwas ungeschickten Versuch, die Opposition bei einem heiklen Thema mit in die Verantwortung zu ziehen. Die Bildung einer gesamtgesellschaftlichen Front gegen die PKK wird auch vom türkischen Generalstab betrieben.

So lud der Chef des Generalstabes, Dogan Güres, Frau Ç iller, den Ministerrat und die Geschäftsführer von Presse und Fernsehen in sein Stabsquartier. Um Mißverständnisse über den Charakter dieser Zusammenkunft zu vermeiden, wurde sie mit dem militärischen Begriff "briefing", was wahlweise mit "Einsatzbesprechung" oder mit "Befehlsausgabe" wiedergegeben werden kann, bezeichnet.

Die Generäle forderten eine totale Mobilisierung der ganzen "Gesellschaft und ihrer Institutionen" zu einem "totalen Kampf" gegen die PKK. Damit richteten sie sich insbesondere an die Presse: "die Einheit des Wortes" solle gewährleistet werden. Außer der Presse solle auch die Außenpolitik verstärkt in den Kampf gegen den "Terrorismus" einbezogen werden.

Ihren eigenen Beitrag unterstrichen die Offiziere zunächst durch stolze Erwähnung ihrer wachsenden Wehr. Doppelt so viele Hubschrauber und 25% mehr Soldaten (140.000 Mann) als letztes Jahr haben sie zur Zeit im Einsatzgebiet. Die "physische Grenzsicherung" sollte beschleunigt ausgebaut werden. Was das heißt, kann an der Grenze zu Syrien beobachtet werden. Dort haben die "Grenzsicherungen" in Form von Stacheldraht, Wachtürmen und Minenfeldern, deren Ausbau vor fast 70 Jahren begann, nach kurdischen Angaben seither 30.000 Menschen das Leben gekostet. In diese Anlagen sollen nun auch die Grenzen zu Irak und Iran einbezogen werden.

Schließlich setzte Güres noch eine weitere Drohung hinzu, indem er seine zuvor in der Zeitung Hürriyet gemachte Äußerung wiederholte, daß wenn die PKK nicht bis zum nächsten Frühjahr ausgeschaltet sei, sehr ernst über die Einführung des Standrechts diskutiert werden müßte. Seine zweite Drohung aus dem Hürriyet-Interview wiederholte Güres nicht. Er kann sich aber auch so sicher sein, daß er gehört und verstanden wurde, als er von der Möglichkeit der Ausrufung des Kriegsrechtes auf dem Gebiet der ganzen Türkei sprach - was nichts anderes bedeuten würde als den vierten Militärputsch seit 1960.

Bei all der wilden Entschlossenheit schimmert doch eines durch: Die bereits mehrfach für tot erklärte PKK wird wieder ernstgenommen. Demirel wollte ihr schon letzten Herbst das Licht ausblasen und schien seinem Ziel mit Hilfe der südkurdischen Peschmerga sogar eine Zeit lang näherzukommen. Als dann im Frühjahr die PKK ihren einseitigen Waffenstillstand verkündete, wertete das Militär dies als ein klares Zeichen dafür, daß sie militärisch am Ende sei. Aus dieser Lageeinschätzung heraus fuhren sie unbekümmert fort, ihren Krieg zu führen, Verstecke der Guerilla aufzuspüren und kurdische Dörfer niederzubrennen. Seit dem Zerbrechen des Waffenstillstandes Anfang Juni widersprechen die im kurdischen Landesteil ständig aufflackernden Kämpfe der These von einer erheblich geschwächten PKK. Von der angeblich fast aufgeriebenen PKK sagen die

Militärs nun selbst, daß sie 9-10.000 Militante habe. Dabei wissen sie diese Zahl noch in verschiedene Gruppen aufzuteilen. Der Verdacht liegt nahe, daß sie über die tatsächliche Stärke der PKK schon früher Bescheid wußten und ihr Siegestaumel vom Frühjahr hauptsächlich den Sinn hatte, politischen Konsequenzen des Waffenstillstands vorzubeugen.

Das Friedensangebot der PKK erbittert das Militär noch immer. Bei dem "brifing" durfte ein Infanteriemajor es als einen Versuch analysieren, Zeit und politische Unterstützung zu gewinnen. Dem als Vermittler aufgetretenen südkurdischen Parteiführer Celal Talabani warf er ein doppeltes Spiel vor.

Die Militarisierung der politischen Ebene des Konflikts macht indessen Fortschritte. Zunächst bei der Ministerpräsidentin Tansu Ç iller, die die Formulierung des Generalstabschefs Güres, es gäbe keine kurdische Frage, mittlerweile in ihr Repertoire übernommen hat. Des weiteren hat das Verfassungsgericht seine Schuldigkeit getan und die prokurdische "Partei der Arbeit des Volkes" (HEP) verboten (siehe Kasten). Gleichzeitig wurde der Abgeordnetenstatus und die Immunität des ehemaligen Vorsitzenden der HEP und jetzigen stellvertretenden Parlamentspräsidenten Fehmi Isiklar aufgehoben. Der Chefstaatsanwalt in Ankara hatte mehrfach angekündigt, den Abgeordneten anzuklagen, weil er die Einheit des Landes zerstöre. Das kann nach türkischer Rechtsprechung mit dem Tod bestraft werden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.7.93)

Das zweite Angriffsziel nach der HEP ist wieder einmal die kurdenfreundliche Presse, vor allem die Zeitung Özgür Gündem. Die am 30. Mai 1992 das erste Mal erschienene Tageszeitung, die es zur Zeit in der Türkei und in Europa auf eine Auflage von rund 40.000 Exemplaren bringt, hat bisher acht Mitarbeiter durch Mord verloren. Gegen ihren Inhaber und die verantwortlichen Redakteure liegen Strafanträge für Gefängnisstrafen zwischen 155 und 493 Jahren und zusammengerechnet Geldstrafen von 8,6 Trillionen TL (1,3 Milliarden DM!) vor. Dabei kann Özgür Gündem nicht einmal ständig erscheinen. Im Frühjahr mußte sie ihr Erscheinen wegen wachsender Angriffe auf die Zeitung und ihren Vertrieb für mehrere Monate einstellen. Zwischen dem Tag ihres Wiedererscheinens am 26. April und dem 4. Juli wurden 41 von 68 Ausgaben beschlagnahmt.

Zwei Tage nach dem "brifing", zu dem die Zeitungen Özgür Gündem und Aydinlik nicht geladen waren, stoppte ein Istanbuler Gericht das Erscheinen von Özgür Gündem, weil angeblich der presserechtlich Verantwortliche, Davut Karadag, einen Umzug nicht rechtzeitig gemeldet hatte. Daß eine solche Lappalie (es stehen darauf maximal 2,50 DM Geldstrafe) diese Konsequenzen hatte, ist völlig ungewöhnlich. Die Anwälte der im nachhinein informierten Zeitung erreichten auch sofort eine Aufhebung dieses Beschlusses. Doch der Staat erwies sich als schlechter Verlierer: Einige Tage später wurde Davut Karadag wegen "Propaganda gegen die Unteilbarkeit des Türkischen Staates" festgenommen. Ein weiteres Verfahren zur Schließung von Özgür Gündem soll am 21. September entschieden werden.

Bei ihrer harten Linie kann die Türkei international auf Rückendeckung rechnen. Den Stellenwert, den sie guten Beziehungen zur Türkei beimessen, dokumentierten Clinton und Kohl, indem sie beide Tansu Ç iller sofort nach ihrem Amtsantritt zu Staatsbesuchen einluden. Deutlich wurde auch der Generalinspekteur der Bundeswehr, Naumann, als er anläßlich einer Türkeireise Verständnis für den Kampf gegen die PKK äußerte und in diesem Zusammenhang die deutsche Öffentlichkeit scharf kritisierte.

Ob dieses Einverständnis mit der harten Linie der Militärs so weit geht, daß die Generäle von ihren Nato-Verbündeten grünes Licht für den angedeuteten Putsch bekommen, bleibt fraglich. Außerdem ist, anders als 1980, als die neoliberale Wirtschaftspolitik sich mit friedlichen Mitteln nicht durchsetzen ließ, nicht zu erkennen, wozu ein Putsch dienen sollte. Im Kampf gegen die kurdische Nationalbewegung gewährt die "demokratische" Türkei den Generälen ohnehin fast alles was sie sich an Handlungsfreiheit erputschen könnten.

ja

Die HEP

Die jetzt verbotenen HEP (Halkin Emek Partisi, Partei der Arbeit des Volkes) wurde am 7.6.90 gegründet. Auslösendes Moment für die Parteigründung war die Unmöglichkeit, die kurdische Frage innerhalb des bestehenden Parteienspektrums politisch zu diskutieren. Dies hatte sich wieder einmal gezeigt, als sieben Abgeordnete der SHP wegen der Teilnahme an einem Kongreß des gemäßigten "kurdischen Instituts" in Paris, auf dem sie nicht öffentlich aufgetreten waren, aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Die HEP sah in einer politischen Lösung des Kurdistanproblems die einzige Möglichkeit zu einer Liberalisierung und Demokratisierung des in weiten Teilen von Nationalchauvinismus und Menschenrechtsverletzungen geprägten türkischen Staates. Andererseits verstand sich die HEP nicht als kurdische Partei, sondern als Partei der kleinen Leute in der gesamten Türkei.

Die Liste der staatlichen Repressalien gegen die HEP ist lang. Erinnert sei nur an die Ermordung des Vorsitzenden der HEP von Diyarbakir, Vedat Aydin, nach einer später geleugneten Festnahme und den Tod des HEP-Delegierten von Diyarbakir, Remzi Il, aufgrund von Folterungen, die ihm während eines Polizeigewahrsams zugefügt worden waren.

An den Wahlen im Oktober 92 konnte die HEP nicht teilnehmen, weil die formalen Voraussetzungen so gewählt waren, daß sie die HEP als einzige große Partei nicht erfüllte. Daher kandidierten viele prominente Vertreter der HEP wieder auf Listen der SHP, die so in den kurdischen Provinzen bis zu 70% erreichte, während sie in anderen Gebieten starke Verluste hinnehmen mußte. Trotz dieses kurdischen Beitrags zum Sieg der neuen Regierungskoalition aus SHP und DYP brach die Regierung alle an die kurdische Bewegung gegebenen Versprechen, von den "gläsernen Polizeiwachen" bis zur "Anerkennung der kurdischen Realität".

Während aus der HEP stammende Abgeordnete im Parlament heftigen Angriffen ausgesetzt waren - eine Kommission des Justizministeriums prüfte sogar die Erhebung einer Anklage auf Todesstrafe gegen 22 Parlamentsabgeordnete - wurde auch das Verhältnis zur PKK durch die Mitarbeit im türkischen Staat getrübt.

Während des im März 1993 von der PKK einseitig erklärten Waffenstillstandes, sah es eine Zeit lang so aus, als könnten aus der HEP hervorgegangene Abgeordnete eine Art Mittlerrolle zwischen Staat und PKK einnehmen.

Die Nachfolge der HEP wird die neugegründete "Demokratische Partei" (DEP) antreten. Zu ihr wollen 16 Parlamentsabgeordnete wechseln. Den Vorsitz übernahm Yasar Kaya, der Eigentümer der Zeitung Özgür Gündem. Ob der DEP in der türkischen Politik gelingen wird, was die HEP nicht erreicht hat und was Özgür Gündem als eine "freie Tagesordnung" bezeichnet, ist angesichts der sich noch verschärfenden Repression mehr als fraglich.

25. FMLN einigt sich in der Präsidentschaftsfrage

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:01

Nach wochenlangen Kontroversen konnte sich die salvadorianische Befreiungsbewegung FMLN doch noch auf Rubén Zamora (1) als gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen im März 1994 einigen. Das Votum der Delegierten auf dem nationalen Kongreß der FMLN, der Ende August stattfinden soll, gilt nach der Übereinkunft zwischen den die FMLN tragenden Organisationen als sicher. Die ehemalige Guerillabewegung befindet sich aber weiterhin in einer diffizilen Lage. Die inhaltlichen Differenzen zwischen dem sozialdemokratisch-zentristischen und dem sozialistischen Flügel sind keineswegs ausgeräumt. Außerdem geriet die FMLN schwer unter Druck, als in Nicaragua und El Salvador geheime Waffenlager der Ex-Guerilla aufgedeckt wurden.

Ein Salto rückwärts leitete den (großen?) Sprung nach vorne ein. Die polit-akrobatische Einlage erfolgte jedoch nicht freiwillig. Vor die Wahl gestellt, entweder den politischen knock out verpaßt zu bekommen oder aber das Steuer um 180° herumzureißen, entschied sich das "Revolutionäre Volksheer" (ERP) für letzteres. Im Klartext: In den Ausgaben vom Mai und Juni dieses Jahres stellten wir die Herausbildung zweier politischer Strömungen in der Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" dar und wiesen darauf hin, daß sich unter Führung des "Revolutionären Volksheeres" (ERP) ein sozialdemokratisch-zentristischer Flügel formiert.

Der linke Flügel der ehemaligen Guerillabewegung, insbesondere die "Volksbefreiungskräfte" (FPL) und die Kommunistische Partei, sprach sich frühzeitig für ein Wahlbündnis mit der "Demokratischen Konvergenz" (CD) aus und präsentierte als Kandidatengespann Rubén Zamora (CD) und Facundo Guardado (FPL). Der sozialdemokratisch-zentristische Flügel der Ex-Guerilla - und hier vor allem das "Revolutionäre Volksheer" (ERP) - wies den Kandidaten Rubén Zamora öffentlich zurück, weil er zu sehr polarisiere und nicht "als Brücke zu den Machtpolen" (wobei die Brücke zum bürgerlichen Machtpol gemeint ist) fungieren könne. Die drei FMLN-Mitgliedsorganisationen ERP, RN und PRTC legten sich statt dessen auf den Christdemokraten Dr. Abraham Rodríguez als gemeinsamen Präsidentschaftsanwärter fest. Das einzige Problem bei der Sache: Im Mai, zum Zeitpunkt als sich die drei FMLN-Mitglieder öffentlich gegen Rubén Zamora und für den Christdemokraten Dr. Rodríguez aussprachen, war Rodríguez von seiner eigenen Partei noch gar nicht als Präsidentschaftskandidat nominiert worden. Als er dann bei den parteiinternen Wahlen gegen den rechten Christdemokraten Chávez Mena durchfiel, wurde klar, daß ERP, RN und PRTC alles auf einen ungedeckten Scheck gesetzt hatten. Mit dieser Entscheidung der (von Korruptionsvorwürfen gebeutelten) Parteiführung der Christdemokratie für eine nach rechts hin orientierte Wahlstrategie brach das anvisierte Wahlprojekt der sozialdemokratisch-zentristischen Teile der FMLN in sich zusammen. Sie hatten früh gesetzt, hoch gepokert und alles verloren, weil sie das Kräfteverhältnis innerhalb der Christdemokratie falsch eingeschätzt hatten. Dementsprechend schmerzhaft war der (Um)Fall.

Nach einer Phase der Verwirrung und der fieberhaften Suche nach neuen Namen kam es schließlich am 8. Juli in der fünfköpfigen Politischen Kommission der FMLN zu einer Abstimmung über die Präsidentschaftskandidatur. Dabei wurde mit knapper Mehrheit (drei gegen zwei) entschieden, daß die FMLN die Kandidatur von Rubén Zamora unterstützen wird. Dafür stimmten die "Volksbefreiungskräfte" (FPL), die "Kommunistische Partei" (PCS) und die "Revolutionäre Partei der Arbeiter Mittelamerikas" (PRTC). Letztere hatte sich zuvor noch für den Christdemokraten ausgesprochen. Das "Revolutionäre Volksheer" (ERP) und der "Nationale Widerstand" (RN) sprachen sich weiterhin gegen Rubén Zamora aus. Es kam zu einer zweiten Abstimmung. Hier ging es um die Frage, ob die unterlegene Minderheit die Mehrheitsentscheidung akzeptieren und politisch mittragen soll. Diese Frage wurde einhellig mit "ja" beantwortet. Damit haben sich das "Revolutionäre Volksheer" (ERP) und der "Nationale Widerstand" (RN) an die FMLN-internen Regeln gehalten, die Einheit als höchstes Gut zu bewerten.

Einheitskandidat

zweier Tendenzen

Diese Entscheidung der Politischen Kommission soll auf dem Parteikongreß der FMLN bestätigt werden, der in der zweiten Augusthälfte in San Salvador stattfinden wird. Die Wahl von Rubén Zamora, dem langjährigen Verbündeten der FMLN, scheint sicher. Wer als sein Stellvertreter ins Rennen geht, ist noch offen. Die linken

"Volksbefreiungskräfte" (FPL), die zahlenmäßig größte Organisation innerhalb der FMLN, zogen ihren Kandidaten für die Vizepräsidentschaft, Facundo Guardado, zurück und demonstrierten damit gegenüber der reformistischen Strömung in der FMLN die Bereitschaft zu Zugeständnissen. Mit den Personalentscheidungen und der Verabschiedung eines Wahlprogrammes gibt die ehemalige Guerillabewegung den Startschuß für die Wahlkampagne, die am 20. März 1994 in Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen mündet. Aber Ende gut, alles gut?

Was, bis zu den Wahlen '94, die Erscheinungsform betrifft - wahrscheinlich ja! Die FMLN wird als Einheit antreten. Nach monatelangem Hin und Her gelang es doch noch, die revolutionäre und die reformistische Linke unter einen Hut zu bringen und damit die notwendige Voraussetzung für ein respektables Wahlergebnis der Linken zu schaffen. Es ist möglich, daß im letzten Moment auch die kleine "Nationalrevolutionäre Bewegung" (MNR), die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist und bisher eine aussichtslose Alleinkandidatur propagiert, noch auf den bereits aus dem Bahnhof ausfahrenden Zug der Linken aufspringt.

Wir sollten jedoch nicht übersehen, daß unter der Oberfläche weiterhin tiefgreifende politische Differenzen bestehen (2), auch wenn sie jetzt von beiden Seiten wieder verstärkt unter den Teppich gekehrt werden. ERP-Führer Joaquín Villalobos begründete den Schwenk seiner Organisation in einem ausführlichen TV-Interview (3), an dem er mit Schafik Handal (Kommunistische Partei) und Leonel González (Volksbefreiungskräfte) teilnahm, völlig pragmatisch. Es sei darum gegangen, die "Einheit der FMLN und die Abkommen von Chapultepec" zu verteidigen, sagte Villalobos. Auf Nachfragen bestand er weiter darauf, daß der von ihm favorisierte und gescheiterte Christdemokrat Rodríguez die bessere Option gewesen sei, aber "niemand ging diesen Weg und das war meiner Meinung nach ein Irrtum". Er gibt ziemlich unumwunden zu, daß sich seine Organisation nur deshalb entschloß, das Steuer herumzureißen und Rubén Zamora zu unterstützen, weil sie keine andere Wahl hatte. Auf die Frage, ob die in der Abstimmung unterlegene FMLN-Minderheit überlegt habe, selbst zu kandidieren, antwortete Villalobos: "Die rechtliche Lage erlaubt es nicht und die politischen Bedingungen auch nicht." Er spielt darauf an, daß seine Organisation nicht als Partei ins Wahlregister eingetragen ist und dies in den verbleibenden Monaten bis zu den Wahlen auch nicht mehr möglich ist. Deshalb kann sie unabhängig vom möglicherweise vorhandenem Willen gar nicht eigenständig kandidieren. Sie ist, nachdem sich in der umworbenen christdemokratischen Partei die Rechten durchsetzten, auf Gedeih und Verderb gezwungen, mit der linken FMLN-Mehrheit zu verhandeln und gemeinsame Kandidatenlisten aufzustellen. Alles andere würde die sozialdemokratisch-zentristische FMLN-Minderheit politisch weit zurückwerfen. Joaquín Villalobos weiß das und er verhält sich dementsprechend. So reduziert er seine Angriffe gegen "radikale und sektiererische Positionen" und verkneift es sich insbesondere, die "Volksbefreiungskräfte" (FPL) öffentlich anzugreifen.

Geheime Waffenlager

Die rechten und ultrarechten Parteien des Landes machen schon seit Monaten Wahlkampf und nominierten ohne Ausnahme jeweils rechte Flügelmänner als Präsidentschaftskandidaten (Calderón Sol für die ultrarechte ARENA; Chávez Mena für die Christdemokratie; Rafael Bustillo, Ex-General und notorischer Menschenrechtsverletzer, für die alte Militärpartei PCN). Indessen erlitt die Befreiungsbewegung FMLN einen empfindlichen Rückschlag.

Am 23. Mai kam es mitten in der Nacht in einer Autowerkstatt in einem dichtbesiedelten Viertel Managuas zu drei Explosionen, die eine Person töteten, mehrere verletzten und 20 Häuser in der Umgebung schwer beschädigten. Die Detonationen sollten sich für die ehemalige Befreiungsbewegung im wahrsten Sinne des Wortes als politische Bombe erweisen. Es stellte sich nämlich heraus, daß sich unter der Werkstatt ein raffiniert angelegtes, geheimes Waffendepot von beträchtlichem Umfang befand, das den "Volksbefreiungskräften" (FPL) gehörte. Der Werkstattinhaber, ein eingebürgerter Baske, konnte fliehen. Drei weitere Basken mit nicaraguanischen Pässen, zwei Salvadorianer und ein Schweizer Entwicklungshelfer, dessen Auto zur Reparatur in der Werkstatt stand, wurden festgenommen.

Der nicaraguanische Innenminister Mendieta und der sandinistische Armeechef Humberto Ortega beschuldigten sofort nach der Explosion die FPL, daß sie entgegen der Vereinbarungen des Friedensabkommens in Nicaragua geheime Waffenreserven unterhielt. Humberto Ortega hängte sich, nicht zum ersten Mal, besonders weit aus dem Fenster: Er bezeichnete die Waffenlagerung als "verbrecherisch". Die FPL seien "lügnerisch, unmoralisch und unverantwortlich". Sie hätten die nicaraguanischen Behörden

getäuscht, die FSLN-Führung belogen und die Solidarität verraten, "die wir ihnen als Revolutionäre gegeben haben". Die FSLN fühlte sich bemüßigt etwas zu verurteilen, was nachweislich gar nicht stattfand: "Den illegalen Waffenhandel, durch den Menschen gefährdet werden." (Zitate: ANN Nr. 287). Andere Teile der Sandinisten verteidigten die salvadorianischen Revolutionäre. In Nicaragua kochte eine Hetzwelle gegen InternationalistInnen hoch.

Die aus El Salvador angereisten FPL-Spitzenkader Salvador Samayoa und Facundo Guardado leugneten die Vorwürfe zunächst, gaben aber zehn Tage später, am 2. Juni, zu, daß die Waffen tatsächlich den Volksbefreiungskräften gehörten. Es gebe mindestens vier weitere Depots in der Umgebung von Managua, die man 1992 der UNO nicht übergeben habe und die sie nun offenlegen würden, gestanden sie nach und nach ein. Im ersten Depot befanden sich neben 200 Gewehren, Granaten, Munition, mehreren Tonnen Sprengstoff und 19 Boden-Luft-Raketen auch 300 gefälschte Pässe unterschiedlicher Nationalitäten, die auf führende Persönlichkeiten der FPL ausgestellt waren sowie angeblich auch eine Liste mit schwerreichen Unternehmern und lateinamerikanischen Politikern u.a. aus Brasilien, Kolumbien und Mexiko. Der zweite "Briefkasten", der freiwillig übergeben wurde und größer war als das erste Depot, enthielt mehr als 1000 Gewehre, Granaten, Munition etc. Das vierte Lager enthielt 600 Granaten RPG-7, 11 Boden-Luft-Raketen, Explosivstoffe usw. Auf die Linksaußen der FMLN, die eine gute Woche vor dem ersten Waffenfund ihren ersten Kongreß erfolgreich abgehalten hatten und zur Abschlußkundgebung sogar ein Fußballstadion füllen konnten, hagelte die Kritik nur so nieder. Regierung, Armee, Medien, USA und die Vereinten Nationen geißelten die FPL als Vertragsbrecher. Auch "ihr" Präsidentschaftskandidat und Bündnispartner Rubén Zamora distanzierte sich und forderte die Aufklärung der Vorfälle. Das "Revolutionäre Volksheer" (ERP) ging in Gestalt von Ana Guadelupe Martínez noch weiter und interpretierte die Waffenfunde als "Zeichen dafür", "daß es Leute gibt, die den Krieg fortführen wollen". Aber der ERP-Führung wurde es wohl schließlich selbst mulmig. Es übergab nämlich Mitte Juni ein Depot in San Salvador, in dem über acht Tonnen Sprengstoff, Waffen und Munition lagerten (FR, 21.6.1993). Andere Teile der FMLN hatten ebenfalls Waffen versteckt, die "Volksbefreiungskräfte" (FPL) jedoch besonders viele. Zusammen mit der UNO wurde eine vertrauliche Karte erstellt, in die alle ehemaligen Depots in den Konfliktgebieten El Salvadors eingezeichnet werden sollen.

Für die "Volksbefreiungskräfte" (FPL), die größte und am weitesten links angesiedelte Kraft innerhalb der FMLN, bleiben gravierende Probleme: Es wird versucht, sie international zu isolieren und in die Terroristen-Ecke abzudrängen. Hier spielt insbesondere die Zusammenarbeit mit Basken eine Rolle. Basken = ETA = internationale Terroristenzentrale, so die rechte Propaganda. Da ist außerdem noch die Sache mit der Liste von Wirtschaftskapitänen und Politikern, die im ersten Briefkasten in Managua gefunden worden sein soll. Die FPL leugnet, damit etwas zu tun zu haben. Mehrere Polizei- und Geheimdienstzentralen sind damit beschäftigt, Inhalt, Bedeutung und Urheberschaft dieser Liste auf die Spur zu kommen. Ihre Interpretation: Die Volksbefreiungskräfte hätten zusammen mit der ETA und anderen im Untergrund eine linksradikale Internationale formiert. Die Liste diene zur Planung von Entführungsaktionen, mit denen Geld zu Finanzierung politischer Aktivitäten erpreßt werden solle. In Brasilien habe es bereits vier Fälle gegeben, wo Unbekannte Personen, die auf der Liste genannt seien, entführt hätten. Bisher ist noch nicht zu beurteilen, was an diesen Vorwürfen dran ist. Eins ist jedoch schon jetzt klar: Die schwache Flanke der im Land selbst starken Volksbefreiungskräfte ist das Fehlen starker und verläßlicher internationaler Bündnispartner.

Vier Punkte für die Diskussion

* Diejenigen aus der Solidaritätsbewegung, die vor und kurz nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages meinten, die salvadorianische Guerilla mit kritischem Unterton auf die Gefährlichkeit ihres Tuns hinweisen zu müssen, weil sie sich wehrlos möglichen Angriffen einer mörderischen Rechten aussetze, sollten spätestens jetzt zu Kenntnis nehmen, daß die Guerilla einen durchaus auch von ihr steuerbaren Kurs eingeschlagen hat, der sicherlich - politisch - nicht ungefährlich ist, zu dem es aber auch kaum eine Alternative gibt.

* Die Sandinisten mußten sich von der Solidaritätsbewegung immer wieder Vorhaltungen machen lassen, weil sie sich angeblich zu wenig solidarisch mit dem revolutionären Kampf in El Salvador verhielten. Diese Kritik gewann insbesondere Gewicht, als die Sandinisten im Rahmen des EsquipulasII-Friedensprozesses mehrfach Abkommen unterzeichnen mußten, die für den ultrarechten Präsidenten El Salvadors einen politischen Punktgewinn gegenüber der Guerilla bedeuteten. In der Solidaritätsbewegung der BRD wurde dies für "weder erklärbar noch entschuldbar" gehalten (IDES, 26.1.1990). Die Distanzierung und Verurteilung von Offizieren, die bei der Waffenweitergabe an die Guerilla erwischt wurden, bot einen weiteren Anlaß, die revolutionäre

Regierung Nicaraguas heftig zu kritisieren, ohne angemessen zu berücksichtigen, in welch kompliziertem Gesamtkontext sie agieren mußte, um überleben zu können. Im Rundbrief Nr. 1/2 1991 der Informationsstelle Nicaragua war beispielsweise die Rede davon, daß sich die FSLN "in die Strategie der Aufstandsbekämpfung gegen die salvadorianische Befreiungsbewegung einbinden und instrumentalisieren läßt" (S. 7f). Die unlängst bekanntgewordenen Fakten zeigen, daß die salvadorianische Guerilla damals gute Gründe hatte, das Verhalten der Sandinisten weder als Verrat noch sonst etwas in diese Richtung zu werten, sondern "als Ausdruck der objektiven Realitäten, in die unsere jeweilige Politik eingebettet ist." (FMLN-Kommuniqué 4.1.1991). Nicaragua war für die salvadorianischen Revolutionäre das strategische Hinterland, auch wenn dies beide Seiten immer heftig zurückwiesen. Daß es um diese Frage innerhalb der Sandinisten Differenzen gab und gibt, soll damit nicht vom Tisch gewischt werden. Der Hinweis, daß die salvadorianische Revolution kein nicaraguanisches Exportgut war, wie von den USA und ihren Verbündeten stets behauptet, sondern innere Ursachen hatte, wird durch die jüngsten Waffenfunde ebensowenig relativiert, wie durch die 1990 von der CIA nachgewiesene Weitergabe von 28 Boden-Luft-Raketen vom Typ SAM-7 und SAM-14 an die salvadorianische Guerilla. Diese Tatsachen vermitteln jedoch eine Ahnung davon, welche Bedeutung Nicaragua für die FMLN als logistische Quelle hatte.

* In den beiden obengenannten Fällen ging es darum, daß viele in der Solidaritätsbewegung meinten, trotzig etwas einklagen zu müssen, was in ihren Augen nicht existierte, weil es - aus nachvollziehbaren Gründen - nicht in alle Welt hinausposaunt wurde. Im Falle des "Revolutionären Volksheeres" (ERP) verhält es sich genau umgekehrt. Hier hielten sich (insbesondere autonome Kreise, aber auch viele andere) eng an das, was aus dem Äther tönte - z.B. militärische Erfolge oder die Propaganda von Radio Venceremos - und setzten es mit linker, systemsprengender politischer Substanz gleich. Heute entpuppt sich das einst als linksradikal geschätzte "Revolutionäre Volksheer" (ERP) als sozialdemokratisch-zentristische Kraft, die mit Systemopposition nichts mehr am Hut hat. Folgerichtig hat diese Guerilla-Organisation sich unlängst auch umbenannt, wobei sie ihr Kürzel ERP beibehielt, jedoch den Namen von "Revolutionäres Volksheer" in "Erneuerter Ausdruck des Volkes" änderte. Persönliche Enttäuschung über den nun eingeschlagenen Weg sollte aber nicht dazu führen, die ehemals hochgeschätzten Genossen nun oberflächlich mit abwertenden Begriffen zu etikettieren wie "selbsternannte Avantgarde", "abhebende Verhandlungsfunktionäre", die mit der Regierung "mauscheln", sich "superschlau vorkommen" und "selbstgefällig lachen"(4). Es ist notwendig, den neuen Kurs des ERP - im konkreten politischen Kontext El Salvadors - kritisch, aber sachlich zu analysieren. Dabei steht es uns hierzulande jedoch nicht an, unsere Einwände "um der Opfer des Krieges und der Zukunft des salvadorianischen Befreiungsprojektes willen" zu formulieren (5). Für die hiesige Linke geht es lediglich um die Frage, mit welchen internationalen Kräften sie wie eng und an welchen Punkten zusammenarbeiten kann und soll.

* Die BRD-Linke wäre gut beraten, diese Punkte im Hinterkopf zu behalten, um in Zukunft ähnlich gravierende Fehleinschätzungen der revolutionären Bewegungen in Zentralamerika möglichst zu vermeiden, die trotz aller Probleme weiterhin vergleichsweise stark sind. Dies gilt vor allem für den bevorstehenden Wahlkampf in El Salvador. Die notwendige finanzielle und praktische Solidarität sollte m.E. nicht davon abhängig gemacht werden, ob die semantische Verpackung des FMLN-Wahlprogramms systemoppositionellen Befindlichkeiten der BRD-Linken zusagt oder nicht. Da bei den Wahlen '94 das politische Kräfteverhältnis auf Jahre hinaus festgeklopft werden wird, sollte die FMLN nach Kräften bei ihrem Versuch unterstützt werden, möglichst gut abzuschneiden. Daß es nach den Wahlen zu einer Umgruppierung kommen kann, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Der Versuch, sich hierzulande um diese Frage herumzumogeln, beispielsweise indem statt einer Wahlunterstützung für die FMLN die Unterstützung "radikaler" auftretender Basisorganisationen propagiert wird, ist von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Denn es ist völlig natürlich, daß Organisationen, die für die unmittelbaren Interessen ihres Sektors/Gruppe/Fabrik oder was auch immer eintreten, mitunter radikalere Forderungen aufstellen, als die FMLN. Aber letztlich werden sie genauso verhandeln und Zugeständnisse machen, wie die ehemalige Guerilla auch. Denn die berechtigten Einzelforderungen können nur durchgesetzt werden, wenn das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis es zuläßt. Dafür braucht es Organisationen, die auch eine gesamtgesellschaftliche Alternative zu formulieren imstande sind. Und das sind nach Lage der Dinge auf der Linken nun einmal die in der FMLN zusammengeschlossenen Tendenzen, die, auch das ist kein Geheimnis, in den relevanten Basisorganisationen meist an entscheidender Stelle mitarbeiten.

Al., Nürnberg (Juli/August 1993)

Anmerkungen

1) Rubén Zamora ist Vorsitzender der Covergencia Democratica, einer demokratischen Partei, die der FMLN politisch immer nahe stand und die auch als Wahlpartei der FMLN bei vergangenen Wahlen fungierte - auch wenn diese nicht "offiziell" kandidierte.

2) Die unterschiedlichen inhaltlichen Positionen der fünf Organisationen, welche die FMLN bilden, wurden in ak 354 (5. Mai 1993, S. 26 - 29) und ak 355 (9. Juni 1993, S. 28 - 29) detaillierter dargestellt.

3) Canal Doce, 9. Juli 1993

4) ILA Nr. 162, Bonn Februar 1993, S. 43f

5) ILA Nr. 163, Bonn März 1993, S. 41

26. Weltwirtschaftsgipfel in Tokio: Das geht seinen imperialistischen Gang

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:25

Nachdem im vergangenen Jahr die bayrische Landeshauptstadt München das Opfer war, hatte dieses Jahr Tokio für das Treffen der Regierungschefs der sogenannten "G7-Staaten" (USA, Kanada, Japan, BRD, Großbritannien, Frankreich und Italien) herzuhalten. Es war nun bereits der 19. Weltwirtschaftsgipfel (WWG). Die Teilnehmerstaaten dieser illustren Runde zählen aufgrund ihrer derzeit schlechten ökonomischen Daten nicht unbedingt zu den solidesten Ökonomien der Welt. Verbunden jedoch mit ihrem politischen und militärischen Einfluß sind sie die führenden Länder des Imperialismus. Im folgenden ein Blick auf den aktuellen Stand des innerimperialistischen Arrangements.

Der Tokio-Gipfel war geprägt von der tiefen Depression in den G7-Ländern, die "schlimmer (ist) als während der Ölkrise". (1) Gastgeber Japan ist konfrontiert mit einem deutlichen Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums (Prognose für 1993: plus 1%). Hinzu kommt noch eine Spekulationskrise des japanischen Finanzkapitals (so im Immobilien- und Bankensektor). Zur Verbesserung der schlechten Beschäftigungsaussichten hatte die japanische Regierung im Sommer letzten Jahres und nochmals im April 93 ein öffentlich finanziertes Investitionsprogramm in Höhe von zuletzt 13,2 Billionen Yen (umgerechnet gut 200 Mrd. DM) gestartet. (2)

Die Indikatoren für die US-amerikanische Wirtschaft sind uneinheitlich. Nach wie vor wird aber von einer rezessiven Lage ausgegangen: Die Wachstumserwartungen mußten - trotz einem Tiefstand der Zinsen - bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr nach unten korrigiert werden. Und ob die Reduzierung des Haushaltsdefizits um 500 Mrd. US-Dollar diesen Trend umkehren wird, ist fraglich. Von Kapitalseite wird aufgrund der beschlossenen Erhöhung des Spitzensteuersatzes mit einer politisch begründeten Investitionsverweigerung ("Steuerrezession") gedroht.

Während sich Großbritannien - nach seinem Austritt aus dem Europäischen Währungssystem (EWS) 1992 und der darauf folgenden Pfund-Abwertung - auf einem vom Export getragenen Ausweg aus der tiefgreifenden Rezession wähnt (3), haben in der BRD die selbstverschuldeten Kosten des Anschlusses der DDR nunmehr voll durchgeschlagen. Angesichts eines in diesem Jahr erwarteten Negativwachstums (-1,9%) sowie nach den Kriterien für die geplante europäische Währungsunion (in bezug auf Inflationsrate, Leitzinsen, jährliche Neu- und öffentliche Gesamtschulden) ist die BRD nunmehr von der Rolle des "Strebers" bis auf weiteres ins Mittelfeld zurückgefallen.

Gegengipfel

Auch dieses Mal trafen sich parallel zum WWG VertreterInnen von 200 umwelt- und entwicklungspolitischen Gruppen. Sie kamen aus Japan, den USA, Brasilien, den Philippinen und der Karibik - nicht aber aus Europa. Doch nicht nur von der Zusammensetzung her - auch in den politischen Forderungen zeigten sich zum Teil merkliche Unterschiede zu den Aktivitäten anläßlich des Gegengipfels 1992 in München.

In einem Brief, der an die G7-Regierungschefs geschrieben wurde, bat man z.B. darum, die Beschlüsse, die auf dem letztjährigen Umweltgipfel in Rio de Janeiro getroffen wurden, nunmehr endlich auch innerstaatlich umzusetzen (insbesondere die "Klimaschutzkonvention"). Eine Reform jener "überholten Entwicklungsziele" wurde gefordert, welche "die Umwelt und intakte Sozialstrukturen in ärmeren Ländern zerstören".

Daneben wurde verlangt, zumindest den ärmsten Staaten der Erde die Schulden zu erlassen. Die Banken in den Metropolen hätten diese Verbindlichkeiten sowieso längst abgeschrieben. Die Länder der Peripherie hingegen haben noch 1992 insgesamt 170 Mrd. US-Dollar an Zins und Tilgung überweisen müssen. 31% der afrikanischen und 35 % der Exporterlöse Lateinamerikas wanderten so auf die Konten der Banken des Nordens. (4) Sich für eine solche Schuldenstreichung einzusetzen, erklärten sich Frankreich und Großbritannien bereit. Japan und die USA lehnten sie rundweg ab. Die BRD wollte eine Umschuldung für zahlungsschwache Staaten davon abhängig machen, inwiefern sich die jeweiligen Entwicklungsländer willig zeigten, den umwelt- und entwicklungspolitischen Vorgaben der Industrieländer zu folgen.

Erstmals wurden die G7-Länder vom Gegengipfel dazu aufgefordert, die Verhandlungen in der "Uruguay-Runde" um ein neues "Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen" (GATT) zügig abzuschließen. Diese Forderung ist nicht unproblematisch, denn die Entwicklungsländer stehen in der Uruguay-Runde praktisch zwischen Baum und Borke: Auf der einen Seite befürchten sie, noch weiter aus dem Welthandel gedrängt und damit von der weltwirtschaftlichen Gesamtentwicklung abgehängt zu werden. Deswegen erhoffen sich einige Staaten der Peripherie nicht zu unrecht Exportchancen bei einer weltweiten Öffnung der Textil- und Agrarmärkte. Auf der anderen Seite drohen den Entwicklungsländern in verschiedenen Verhandlungsbereichen der Uruguay-Runde des GATT (so bei den Themen:"handelsbezogene Investitionen", "Schutz geistigen Eigentums" und "Dienstleistungen") tiefgreifende Einbrüche in ihre Souveränitätsrechte. (5)

Taktisch könnte die Forderung nach Abschluß der Uruguay-Runde Sinn machen. Denn die imperialistischen Staaten werden sich auch über die "Uruguay-Runde" des GATT hinaus in ihren widersprüchlichen Interessen verheddern. Diese Zwischenräume, die sich in den Auseinandersetzungen der G7-Staaten auftun, können natürlich politisch ausgenutzt werden. Gerade umwelt- und entwicklungspolitische Vereine sollten allerdings danach fragen, welchen sozialen Gruppen in den peripheren Staaten der Abschluß der GATT-Verhandlungen nützt.

Jelzin abgeblitzt

Der russische Präsident Boris Jelzin durfte erneut am WWG teilnehmen - wenn auch nur am Katzentisch.

Im vergangenen Jahr und im April 93 hatten die G7-Finanzminister ein angebliches "Hilfspaket für Rußland" zusammengeschnürt: 43,8 Mrd. US-Dollar sollten dem Nachfolgestaat der Sowjetunion bereitgestellt werden. Inzwischen hat der Internationale Währungsfond (IWF) auf Druck der USA eine Rate an Rußland ausbezahlt. In Tokio wurden erneut 3 Mrd. US-Dollar draufgelegt. Tatsächlich handelt es sich bei diesem 60-Mrd.-DM-Paket aber zum kleinsten Teil um "fresh money". Der Löwenanteil dieser Hilfszusagen besteht in einem Moratorium des "Pariser Clubs" über Schulden, die der seinerzeitige Präsident der UdSSR, Gorbatschow, eingegangen ist. (6)

Boris Jelzin verfolgte in Tokio zwei Absichten: Zum einen die Aufrechterhaltung der finanziellen Zusagen der G7-Staaten. Zum anderen erhoffte er sich einen verbesserten Zugang von russischen Waren zum "westlichen Markt". Nach wie vor behindert beispielsweise die aus dem kalten Krieg stammende "COCOM-Liste" die Einfuhr von High-Tech-Produkten nach Rußland. Gleichzeitig schirmen sich z.B. die USA mit über 300 Gesetzen gegen den Import russischer Produkte ab. Darüber hinaus versuchen die USA durch politischen Druck auf Drittstaaten zu verhindern, daß diese mit Rußland Verträge über die Einfuhr russischer Waren abschließen. Und dabei geht es nicht nur darum, den Export russischer Nukleartechnologie und Raketenbauteile zu verhindern, sondern auch um unverdächtige Güter wie Baumwolle und Aluminium.

In diesen Verhandlungen über die Marktzugangsverbesserung für russische Produkte wurde Jelzin in Tokio erneut nur mit warmen Worten abgespeist.

Viel Lärm um Zollsenkungen

"Der G7-Gipfel hat sich in Tokio auf das größte Zollkürzungsprogramm aller Zeiten geeinigt." Dies verkündete der Handelsbeauftragte der US-Administration, Mickey Kantor. Damit sei seiner Ansicht nach der Weg frei, die festgefahrene Uruguay-Runde des GATT bis Ende 1993 abzuschließen.

In 17stündigen Verhandlungen hatte man sich auf folgende Punkte geeinigt:

- Abschaffung der Zölle für acht Warengruppen (wobei dies für Stahl, Landwirtschaftsmaschinen, Möbel und Spirituosen sofort wieder von Ausnahmeregelungen bzw. von dem Zustandekommen eines multilateralen Stahlabkommens abhängig gemacht wurde)

- Harmonisierung der Zölle auf niedrigem Niveau für Chemieprodukte

- Halbierung von Höchstzöllen bei sogenannten "sensitiven Gütern" (Textilien, Leichtmetallen, Elektronik)

- Reduzierung der Zölle für alle übrigen Warengruppen um 33 Prozent (dies entspricht einer bereits seit vier Jahren bestehenden Mindestverpflichtung der zuständigen GATT-Minister)

- Marktöffnung für Finanz-Dienstleistungen.

Während die FAZ in diesen Ergebnissen einen "wichtigen Durchbruch" erkennt (7), meint der britische "Economist", in Tokio sei nur im "einfachen Teil" der Uruguay-Runde Einigung erzielt worden. (8)

Tatsächlich müssen diese Ergebnisse innerhalb des GATT noch einmal nachverhandelt werden. Darüber hinaus hat sich in den kritischen Bereichen, um die nun schon seit über sechs Jahren im GATT gerungen wurde, nichts an den innerimperialistischen Differenzen geändert:

Ende 1992 hatte es zunächst scheinbar rosig ausgesehen. Die USA hatten in dem sogenannten "Blair House Abkommen" die EG (mit Ausnahme Frankreichs) so weit, daß diese ihre gedumpten landwirtschaftlichen Erzeugnisse bis auf eine festgelegte Quote vom Weltmarkt abziehen (und so den Weg für US-amerikanische Agrarexporte frei machen). Im Gegenzug hatten sich die USA bereit erklärt, die zur Stützung unrentabler Kleinbauern geleisteten EG-Preisstützungssubventionen als "nicht wettbewerbsverzerrend" anzuerkennen. (9)

Doch dieser atlantische Handelsfrieden hielt nur wenige Wochen. Ende Januar verhängte die neue US-Regierung Strafzölle gegen Stahlimporte aus 19 Ländern, darunter der EG und den zukünftigen Mitgliedsstaaten der nordamerikanischen Freihandelszone, Mexiko und Kanada.

Zusätzlich erließ die Clinton-Administration im GATT-Streit um die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens (hier speziell das der Telekommunikation) Sanktionen gegen die EG. In diesem Punkt brach - nicht ganz unerwartet - die EG-Front auf. Die BRD ließ durchblicken, daß sie sich an Vergeltungsmaßnahmen ihrer westeuropäischen Partner nicht beteiligen möchte, damit deutsche Telekom-Anbieter auf dem US-Markt nicht benachteiligt würden. (10)

Klassenkampf von oben

US-Präsident Clinton schlug auf dem WWG vor, in diesem Herbst einem Sondergipfel der G7-Staaten zum Thema Arbeitslosigkeit abzuhalten.

Tatsächlich verzeichnen die imperialistischen Staaten derzeit Arbeitslosenzahlen wie seit der großen Depression nach dem Börsenkrach 1929 nicht mehr: In den USA liegt die Quote bei 7 Prozent - mit zuletzt leicht steigender Tendenz. (Im produzierenden Gewerbe wurden in den letzten fünf Jahren 2,5 Mio. Arbeitsplätze vernichtet; auf die Jahre 1989-92 entspricht dies einem Minus von 16 Prozent.) In Japan ist die Arbeitslosenrate traditionell niedrig (2-2,5 Prozent). Doch muß hierbei eine nichterfaßte - innerbetrieblich geparkte - Beschäftigungslosigkeit von nochmals 4 Prozent hinzugerechnet werden. (11) In Westeuropa rechnet die EG-Kommission mit einer erneuten Steigerung der Arbeitslosenzahlen auf 12 Prozent. (12)

Auch die Regierungen der G7-Länder erkennen nun an, daß sie es mit einer strukturellen Massenarbeitslosigkeit zu tun haben. Die BRD z.B. schlidderte in die jüngste Rezession bereits auf einem hohen Arbeitslosigkeits-Niveau. Diese Situation hat sich, nicht nur aufgrund des DDR-Anschlusses, sondern auch konjunkturbedingt, nochmals verschlechtert, so daß im vereinten Deutschland jetzt mehr als 3,5 Mio. Menschen offiziell arbeitslos gemeldet sind.

Das strukturelle Problem, das die imperialistischen Regierungen fürchten, ist das des "jobless growth", eines Wirtschaftswachstums ohne positive Auswirkungen für den Arbeitskräftemarkt. So geschehen in der BRD, wo das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 1982 bis 1991 jeweils um rund 2,5 Prozent gestiegen ist, das Arbeitsvolumen aber so gut wie unverändert geblieben ist. (12a) "Jobless growth" würde nun bedeuten, daß in der kommenden konjunkturellen Aufschwungsphase die heute rund 30 Mio. Arbeitslosen in den USA, Japan und der EG weiterhin auf der Straße bleiben würden.

In der Analyse der diese strukturelle Massenarbeitslosigkeit verursachenden Faktoren blieben die EG-Finanzminister bei den aus den 80er Jahren mitgeschleppten neoliberalen Phrasen: Die Überregulierung des Arbeitsprozesses und der Arbeitskräftemärkte sowie die "hohen" Sozialkosten für die Kapitalisten (die sogenannten "Lohnnebenkosten") würden arbeitsschaffende Investitionen in den Industrieländern unattraktiv machen. Arbeitsintensive Produktionszweige würden daher lieber in Billiglohnländer ausgelagert ("Sozialdumping"). Von ihrem strikt monetaristischen Kurs (niedrige Inflationsraten, strenge Haushaltsdisziplin durch Kürzungen der Sozialleistungen und niedrige Lohnabschlüsse) ließen sich die G7-Regierungen auch nicht durch die Finanzspritzen irritieren, die Japan jüngst seiner daniederliegenden Binnenkonjunktur verabreicht hatte. Allenfalls wolle man sich an Aus- und Weiterbildungsprogrammen für Arbeitslose beteiligen. Selbst angesichts des erwarteten "jobless growth" möchte man keine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben.

Ganz im Gegenteil wurde in Tokio statt dessen eine "umfassende Reformdiskussion der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen" der imperialistischen Länder eingeläutet. (13) Deren Ziel sei, so BRD-Wirtschaftsminister Rexrodt (FDP), eine "dynamische Veränderung der internationalen Arbeitsteilung durch Strukturanpassung im eigenen Land". (14)

Zum einen geht es hierbei um eine rechtliche Deregulierung der Arbeitskräftemärkte und die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Löhnen. Parallel soll aber auch das Gesundheitssystem grundlegend umgebaut werden (dies ein Kernbestand des Programms der Clinton-Regierung). Die Anspruchsberechtigung für Sozialleistungen soll dabei ebenfalls stark beschnitten werden.

Übersetzt in Schlagworte bundesrepublikanischer Politik entsprechen diesem Tokioter Ansatz: Gesundheitsreform, Einführung von Karenztagen, Arbeitszeitflexibilisierung und zeitliche Streckung der Überstundenkompensation, Kommerzialisierung der Arbeitskräftevermittlung, Verrechtlichung des zweiten und gegebenenfalls dritten Arbeitskräftemarktes.

Die Folgen eines derart deregulierten Arbeitskräftemarktes sind am US-amerikanischen Vorbild abzulesen: Dort ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen zwar deutlich niedriger als hierzulande. Doch ist die Zeit lohnabhängiger Beschäftigung ebenfalls entsprechend kurz. Hinzu kommt, daß die "jobs" sozial schlecht abgesichert und in der Regel so mies entlohnt sind, daß immer häufiger die Menschen gezwungen sind, ihre Arbeitskraft ein zweites Mal zu verkaufen, die Peripherie somit bereits in den Metropolen des Kapitalismus beginnt.

Amerikanisch-japanischer Hürdenlauf

Entgegen allen Erwartungen hatte sich im Vorfeld des WWG die Außenhandelsbilanz der USA gegenüber Japan erneut verschlechtert. Sie erreichte im April 93 mit einem Minus in Höhe von 5,5 Mrd. einen Monats-Tiefstand, wie er zuletzt im Defizit-Rekordjahr 1987 auftrat. (15) Bürgerliche Ökonomen nehmen an, daß sich dieser Trend nach unten weiter fortsetzt. (16)

Für die US-amerikanische Regierung war in Tokio die Reduzierung dieses mit enormen Kosten für die heimische Wirtschaft verbundene Defizits von vorrangiger Bedeutung. Zum einen versuchte die Clinton-Administration, ihre japanischen Kollegen dazu zu zwingen, strukturelle Importhürden - nunmehr für US-amerikanische Waren - abzubauen. Tatsächlich macht jedoch, das räumen nordamerikanische Forschungsinstitute ein, der durch die japanischen Einfuhrhürden verursachte Exportverlust für die USA allenfalls 9 bis 18 Mrd. US-Dollar im Jahr aus. (17) Das bedeutet, daß nicht weniger als 70 Prozents des Handelsdefizits der USA mit Japan hausgemacht sind - also auf die teurere und qualitativ schlechtere Produktion in den USA zurückzuführen sind.

So wurde eine zweite Variante versucht, mit der die japanische Regierung dazu bewegt werden sollte, quantitativ festgelegten Importquoten für US-amerikanische Warengruppen zuzustimmen. Diesen staatlich regulierten Handelskapitalismus, "managed trade" genannt, konnte Washington bereits 1986 im sogenannten "Halbleiterabkommen" mit Tokio vereinbaren. Damals mußte sich Japan bereitfinden, seinen Markt speziell für US-amerikanische Computer zu öffnen und im Gegenzug seinen Firmen zu untersagen, ihre Chips in den USA unter den Fertigungskosten - also gedumpt - zu verhökern. Über einen ähnlichen Deal, das war schon im Vorfeld des WWG klar geworden, konnte jedoch dieses Mal keine Einigung erzielt werden.

Dem pazifischen Raum - zu dem neben Japan z.B. auch die VR China (zusammen mit Hongkong und Taiwan), Südkorea, Singapur und Indonesien zählen - wird von den USA verstärkt hegemoniales Interesse entgegengebracht. Die Beziehungen zu dieser ökonomisch expansiven und dynamischen Region sind für die USA nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen, sondern auch aus geostrategischer und damit militärischer Sicht von außerordentlicher Relevanz. Vor diesem Hintergrund ist die erfolglose Handelspolitik mit Japan für den US-Imperialismus besonders mißlich: Man selber befindet sich hierbei ökonomisch in der Hinterhand, und die "erwartete Zunahme japanisch-amerikanischer Handelsfriktionen" (18) ist ein denkbar schlechtes "billet entree", um in dieser Region den Fuß in die Tür zu bekommen bzw. ihn dort zu halten. (19)

M./Berlin

Anmerkungen:

(1) FAZ, 6.7.93

(2) DIW-Wochenbericht 18-19/93

(3) hierzu sowie zur Wirtschaftslage in Frankreich und Italien: DIW-Wochenbericht 26-27/93

(4) taz, 7.7.93

(5) Zur Bedeutung der Uruguay-Runde des GATT für die Entwicklungsländer vgl. ak 347, 21.10.92

(6) Tagesspiegel, 4.7.93; Financial Times, 10.7.93. Zur Politik der imperialistischen Staaten gegenüber Rußland siehe den Artikel in diesem ak.

(7) FAZ, 8.7.93

(8) The Economist, 10.7.93

(9) vgl. NZZ, 22.11.92 sowie ak 347

(10) vgl. Wirtschaftswoche 27/93

(11) Die Zeit, 16.7.93

(12) SZ, 17.6.93

(12a) Nach einer in der "Zeit" vom 16.7.1993 wiedergegebenen Berechnung erhöhte sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in diesem Zeitraum lediglich von jährlich 46,2 auf 49,6 Mrd.

(13) FAZ, 7.7.93

(14) FR, 3.7.93

(15) Wirtschaftswoche 28/93

(16) ifo-schnelldienst 14/93

(17) FAZ, 26.6.93

(18) ifo-schnelldienst 14/93

(19) In einer der folgenden ak-Ausgaben werden daher die Bemühungen zur Bildung eines ostasiatischen Wirtschaftsblocks und die entsprechenden Überlegungen des US-Imperialismus untersucht werden.

27. "Türkische Pitolero-Diplomaten"

Rubrik: Türkei; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:18

Das Foto wurde vom "Özgür Gündem"-Fotografen Irfan Dogan gemacht. Erst nach längerem juristischen Tauziehen und einem offiziellen Protest der Schweizerischen JournalistInnen-Union haben die Polizeibehörden es freigegeben. Das Foto zeigt einen Angehörigen der türkischen Botschaft in Bern. Er schießt auf kurdische Demonstranten, die sich am 24. Juni dort (wie in anderen europäischen Städten auch) vor der Residenz versammelt hatten, um gegen die Massaker des türkischen Staates in Kurdistan zu protestieren. Der Demonstrationsteilnehmer Semsettin Kurt starb. Mehr als zehn weitere Menschen, darunter ein Schweizer Polizist, wurden durch die Schüsse zum Teil schwer verletzt.

Aus mindestens zwei Pistolen und zwei Maschinenpistolen war minutenlang auf die Demonstranten geschossen worden. Als die Polizei auftauchte, verhaftete sie nicht die Schützen (die sich z.T. auf der Straße vor der Botschaft, also nicht auf exterritorialem Gebiet befanden), sondern 100 kurdische DemonstrantInnen. Die folgenden Ermittlungen der Berner Stadtpolizei wurden durch Stellen der Schweizer Bundesregierung massiv behindert. Sie hatte nach der Schießerei Personen identifiziert, die die Botschaft verließen, sei "von der Bundespolizei aber angewiesen worden, weitere Abklärungen zu unterlassen". (Tages-Anzeiger, 3.7.93)

Die öffentliche Diskussion über die Vorgänge unterschied sich deutlich von der bundesdeutschen. Während zunächst - ganz wie in der BRD - von einem kurdischen "Überfall auf die Botschaft" die Rede war, und der Staatsschutz eines der üblichen PKK-Dossiers hervorzog, konzentrierte sich die öffentliche Diskussion bald auf die Frage, ob die "türkischen Pistolero-Diplomaten" (so die SonntagsZeitung) zur Rechenschaft gezogen werden.

Relativ schnell stand fest, wer geschossen hatte. Die Berner Regierung forderte die Türkei auf, die diplomatische Immunität von drei namentlich benannten Schützen aufzuheben. Dem kam die türkische Regierung nicht nach, sondern die drei Botschaftsangehörigen verließen noch vor Ablauf des 48-Stunden-Ultimatums das Land. Damit hätte sich die Forderung "erledigt", so ein Regierungssprecher sichtbar erleichtert. Dasselbe Spielchen wiederholte sich, als die Identität eines vierten Schützen bekannt wurde. Auch die Forderung nach Herausgabe der Schußwaffen wurde schnell wieder fallengelassen. Die Regierung zog sich auf den Standpunkt zurück, mehr sei wegen des Wiener Abkommens zur Stellung diplomatischer Vertretungen "nicht möglich". Tatsächlich unterblieb selbst eine offizielle Protestnote gegen die Deckung des Todesschützen durch die Regierung in Ankara. In der Presse heftig kritisiert, aber ansonsten unangefochten blieb insbesondere die Stellung des türkischen Botschafters in der Schweiz, Kay Toperi, der (nach eigenem Bekunden) mit der Waffe in der Hand höchstpersönlich seinen Leuten Schießbefehl erteilt hatte.

Zum Hintergrund der Affäre gehört unbedingt die Stellung der Schweiz als (nach Großbritannien) zweitgrößtem Auslandsinvestor in der Türkei. 18 große Schweizer Firmen sind dort engagiert, von den Baseler Chemiegiganten bis zur Swissair. Größter Investor ist ABB mit einer von der Regierung abgesicherten Beteiligung an den riesigen Staudämmen in der Südosttürkei. Im Rahmen des GAP-Projektes haben sie die Ausbeutung kurdischer Wasser- und Energieressourcen zum Ziel.

Gegen die türkischen Todesschützen und das Desinteresse der Schweizer Regierung an einer Aufklärung und Bestrafung gab es zahlreiche Proteste. An einem Trauermarsch für Semsettin Kurt in Bern nahmen 7000 KurdInnen teil.

Ein Genosse der Anti-rep-Kommission

28. Israel/Libanon: Operation " Abrechnung"

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina; Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:47

"Unser erstes Ziel war die Schaffung einer Situation, in welcher die Bewohner Südlibanons die Dörfer verlassen und nach Norden ziehen. Jetzt ist das Ziel schlicht, die Infrastruktur zu beschädigen." (Artilleriegeneral Jehoschua Dorfmann)

Der Libanon war seit dem ersten israelisch- arabischen Krieg 1948/49 an keinem der in der Region mit Israel geführten Kriege beteiligt. Dennoch ist die Beziehung zwischen den beiden Staaten durch die permanente Einmischung Israels in die libanesischen Verhältnisse gekennzeichnet. Über Jahrzehnte hinweg standen hierbei bündnispolitische Erwägungen im Vordergrund; Ben Gurion qualifizierte noch 1954 "die Schaffung eines christlichen Staates" im Libanon als "eine der zentralen Pflichten (der israelischen) Außenpolitik". Seit Ende der sechziger Jahre überwiegen die militärische Interventionen und Kriege von der Operation "Litani" 1978 über die Operation "Frieden für Galiläa" von 1982- 85 und die jetzige Operation "Abrechnung". (Operation "din we'cheschbon", wörtl.: Gericht und Rechenschaft - in einer Schweizer Zeitung sehr schweizerisch mit "Kontoausgleich" übersetzt).

Seit dem israelischen Kommandounternehmen gegen den internationalen Flughafen in Beirut im Dezember 1968 - im Vormonat hatten zwei Palästinenser in Athen eine El-Al-Maschine überfallen - gibt es eine schier endlose Anzahl von "Vergeltungsschlägen" sowohl als Reaktion auf Anschläge gegen israelische Staatsbürger oder Einrichtungen in Israel oder sonstwo auf der Welt wie gegen tatsächliche oder angebliche Stützpunkte der Guerilla im Libanon. Mit der faktischen israelischen Besetzung eines Teils des Südlibanon seit 1985 herrscht in dieser Region ein Dauerkrieg zwischen den dort stationierten israelischen Truppen und deren (größtenteils christlichen) Söldnern, der Südlibanesischen Armee (SLA), auf der einen und palästinensischen und libanesischen Widerstandsgruppen auf der anderen Seite.

Von der an die "Sicherheitszone" im Libanon angrenzenden Region und auch aus dieser Zone heraus wurde zeitweilig der nördlichste Teil Israels mit "Katjuschas" beschossen. (Katjuschas sind mobile, auf Kraftfahrzeugen montierte Raketenbasen, aus deren Werfern Salven von Raketen kleineren Kalibers abgefeuert werden können. Treffsicherheit und Reichweite sind gering.) Auch wenn, wie es in dem betroffenen Teil Nordisraels heißt, die Chance im Lotto zu gewinnen, größer sei als von einer Katjuscha getroffen zu werden, sehen sich die Einwohner von Kirjat Schmona und den umliegenden Ortschaften einer ständigen Bedrohung ausgesetzt. Mehrfach wurden Bewohner dieser Region von Katjuschas tödlich getroffen, und der Sachschaden durch die Beschießung ist z.T. erheblich. (Der Schutz der Bevölkerung im äußersten Nordisrael ist auch das zentrale Argument der israelischen Regierung für die Annexion der seit 1967 besetzten syrischen Golanhöhen.)

Gegner der israelischen Besetzung im Südlibanon sind vornehmlich Hizbullah (1), Amal und die PFLP- GC (Volksfront zur Befreiung Palästinas - Generalkommando), die entgegen der Hauptströmung der PLO eine Verhandlungslösung mit Israel ablehnt. Diese Gruppierungen führen innerhalb der "Sicherheitszone" und vom angrenzenden libanesischen Gebiet aus den bewaffneten Kampf gegen SLA und israelische Truppen. Die Beschießung Nordisraels hatte lange Zeit den Charakter einer "Nadelstichtaktik": In unregelmäßigen Abständen und meist kleiner Menge wurden Katjuschas abgefeuert; schlugen israelische Armee und SLA unter Einsatz ihrer Kriegsmaschinerie zurück, endete auch der Katjuscha-Beschuß, um keine umfassenderen Gegenschläge herauszufordern.

Eskalation

Seit 1992 und bis zum Sommer dieses Jahres haben jedoch die Aktionen beider Seiten in ihrer Menge wie ihrer Schwere fortwährend zugenommen. (Daß es sich bei der einen der "beiden Seiten" um Widerstandsgruppen gegen die Besetzung ihres Landes handelt, bei der anderen um die schlagkräftigste Armee des gesamten Nahen und Mittleren Ostens darf jedoch auch bei dieser Entwicklung nicht übersehen werden.) Der oder zumindest ein wichtiger Auslöser dieser fortwährenden Eskalation war die Ermordung des al- Amal al-Islami-Generalsekretärs Scheich Mussawi nebst Frau, sechsjährigem Sohn und sieben Leibwächtern am 15.2.92 durch ein israelisches Hubschrauberkommando im Libanon.

Diese Mordaktion wurde anfangs als Vergeltung für einen in der Nacht zuvor erfolgten Angriff auf ein Ausbildungslager der israelischen Armee bei Haifa, bei dem drei Soldaten getötet worden waren, ausgegeben. Der israelische Generalstabschef Barak stellte jedoch bald klar, daß die Liquidierung von Mussawi "Bestandteil einer umfassenden Aktion gegen die Aktivitäten schiitischer Aktivisten" gewesen sei. Genauer gesagt: Es war der Anfang einer "umfassenden Aktion". Der der Ermordung voraussehbar folgenden Beschießung der "Sicherheitszone" und Nordisraels mit Katjuschas folgte das israelische Bombardement erst einzelner Ziele und dann der Einmarsch israelischer Truppen über die "Sicherheitszone" hinaus. Eine Woche lang wurden Lager, Dörfer und Stellungen des Widerstands angegriffen. (S. ak 340, S. 22 f.)

Nochmals vorangetrieben wurde die Eskalation durch die Verbannung von 415 den Islamisten zugerechneten Palästinensern von Westbank und Gazastreifen an den äußersten Nordrand der "Sicherheitszone" im Dezember 1992. (S. ak 350, S. 18 f.) Die Angriffe auf SLA- und israelische Soldaten in der "Sicherheitszone" nahmen ebenso zu wie die Beschießung Nordisraels mit Katjuschas. Israelische Angriffe aus der Luft, mit Panzern und Artillerie folgten oder gingen Angriffen des Widerstands voraus.

In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden von offiziellen israelischen Quellen 517 Angriffe registiert, bei denen zwölf Soldaten starben. Ende Juni 93 waren in einer Woche 69 Raketen in der "Sicherheitszone" und in Nordisrael niedergegangen. In Kirjat Schmona, wo "122mm- Katjuschas" mit einer Reichweite von zwanzig Kilometern eingeschlagen haben sollen, erlitten sechs Menschen durch Splitter oder zerspringendes Glas leichte Verletzungen. Diesem Raketenbeschuß vorausgegangen war ein Hubschrauberangriff auf Ziele im Libanon, und der Katjuscha-Attacke folgte der übliche Artilleriebeschuß und der Einsatz von Kampfhubschraubern durch Israel. Am 8.7. wurden zwei, am 9.7. drei israelische Soldaten bei Kampfhandlungen in der "Sicherheitszone" getötet. Das israelische Militär, das schon in den Monaten zuvor vermehrt schweres Gerät in die "Sicherheitszone" gebracht hatte, transportierte zu den schon vorhandenen siebzehn Artilleriegeschütze weitere vierzehn in die Zone. Zusätzliche eintausend israelische Soldaten, die gepanzerte Fahrzeuge, Panzer, Minenwerfer und Bulldozer mit sich führten, wurden in der "Sicherheitszone" stationiert.

Die libanesische Regierung forderte die PFLP-GC, die sich für die Tötung der zwei israelischen Soldaten am 8.7. verantwortlich erklärt hatte, zum Verlassen des Landes auf; zudem drängte die Regierung bei der "palästinensischen Führung" im Libanon darauf, eine Eskalation der Angriffe in der "Sicherheitszone" und auf Israel zu verhindern. Rabin forderte den US-amerikanischen Nahost-Beauftragten auf, Syrien zu veranlassen, die vom Libanon ausgehenden Angriffe zu stoppen. Die syrische Regierung sei für die Angriffe mitverantwortlich, weil Hizbullah und PFLP-GC ihre Waffen über Syrien bekämen und auch von syrisch kontrolliertem Gebiet aus im Libanon operierten.

Rechten und rechtsradikale Parteien in der Knesset nutzten die angespannte Lage, um gegen den sog. Friedensprozeß zu agitieren. Der ehemalige Verteidigungsminister Ariel Sharon, zumindest mitverantwortlich für die Massaker 1982 in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila, forderte eine Verbreiterung der "Sicherheitszone". Rabin äußerte hingegen noch am 23.7., Israel werde zwar kraftvoll auf jeden Angriff auf Zivilisten oder Soldaten reagieren, aber keine ausgedehnte militärische Aktion im Südlibanon unternehmen. Zwei Tage später, am 25.7., begann die Operation "Abrechnung" und Rabin tönte jetzt: "Der Libanon wird unbewohnbar gemacht."

Feuersturm

Während des einwöchigen "Feuersturms über dem Libanon" (Times) wurden unter Einsatz von Jagdbombern, Kampfhubschraubern, Panzern, Artillerie und Kanonenbooten Stellungen des Widerstands, Flüchtlingslager, Dörfer und Städte von der "Sicherheitszone" im Süden bis Tripoli im äußersten Norden des Libanon angegriffen. Nach israelischen Angaben sind in den ersten fünf Tagen des Kriegs etwa 25.000 Granaten und mehr als tausend Bomben und Raketen auf Ziele im Libanon abgefeuert worden. 130 Menschen wurden getötet und 500 verletzt. Fast 80 Dörfer und Städte sind bombardiert und zum Teil völlig zerstört worden. 500.000 Menschen (etwa ein Sechstel der Gesamtbevölkerung des Libanon) wurden aus dem Süden zur Flucht in den Norden getrieben.

Die Waffenstillstandsvereinbarung (hier ein absolut lächerlicher Begriff, vergegenwärtigt man sich, wie die Waffen der einen und die Waffen der anderen Seite beschaffen sind) enthält die Zusicherung der Hizbullah, die

Raketenangriffe auf Israel einzustellen. Der Widerstand gegen die israelische Besatzung des Südlibanon werde jedoch fortgesetzt. Als der Widerstand in der "Sicherheitszone" sofort nach dem Waffenstillstand mit Angriffen auf Stützpunkte der israelischen Armee und der SLA fortgesetzt wurde und am 19.8. neun Soldaten einer Militärpatrouille, die auf einen ferngezündeten Sprengsatz gefahren war, getötet wurden, bewies Rabin einigen Realitätssinn, als er dem Racheverlangen der Rechten entgegenhielt, die Waffenruhe sei durch diesen Anschlag (in der "Sicherheitszone") nicht verletzt worden, und darauf verwies, daß trotz israelischer Vergeltungsschläge auf Stellungen der Hizbullah diese nicht mit Raketenangriffen auf Ziele in Israel reagiert habe.

Massenvertreibung

Nach welcher Logik ist die Operation "Abrechnung" und warum zu diesem Zeitpunkt durchgeführt worden?

Aktionen von Widerstandsgruppen in der "Sicherheitszone", ob nun in der Zone selbst oder in Form von Katjuscha-Angriffen auf Ortschaften in Nordisrael, waren bisher in aller Regel mit ein- bis mehrtägigen Angriffen aus der Luft oder mit Artillerie auf "Stellungen der Terroristen" vergolten worden. War es allein die zeitweilig zugenommene Intensität der Widerstandsaktionen, die die Operation auslöste?

Das Ziel der Operation sei, ließ Rabin am 28.7. wissen, "nicht nur, möglichst große Zerstörungen anzurichten, sondern die Bevölkerung dazu zu bringen, nach Norden zu gehen." Der französische "Figaro" brachte es mit der Schlagzeile "Exodus als Kriegswaffe" auf den Begriff, denn selbstverständlich hatte die Vertreibung der im Südlibanon - und durchaus nicht nur in der "Sicherheitszone" - lebenden Bevölkerung in den Norden, d.h. nach Beirut, ihren kriegerischen Sinn. Die libanesische Regierung, nach achtzehn Jahren Bürgerkrieg und der israelischen Invasion auf dem Wege einer relativen Verbesserung der Verhältnisse, sollte durch die Massenflucht, wie Uri Avnery es formulierte, unter Druck gesetzt werden, "damit diese wiederum Druck auf Syrien ausübt, damit die Syrer ihrerseits die Iraner und die Hisb Allah veranlassen, nicht mehr auf israelische Orte zu schießen." D.h. auch, daß die israelische Führung (zu Recht) der Auffassung ist, daß die libanesische Regierung selbst weder fähig noch willens ist, den Widerstand gegen die Besetzung libanesischen Bodens zu unterbinden; daß weiter nach wie vor gegen den Willen Syriens (das 40.000 Soldaten im Libanon stationiert hat) im Libanon nichts läuft. Denn Syrien ist, sofern willens, sehr wohl in der Lage, Angriffe auf Israel zu verhindern: Auf den von Israel annektierten syrischen Golan-Höhen hat es nicht eine einzige von Syrien aus gestartete Guerillaaktion gegeben. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, daß durch Angriffe direkt vom syrischen Boden aus die "Rote- Linie-Übereinkunft" zwischen Israel und Syrien hinfällig werden könnte. Diese unter der seinerzeitigen Rabin-Regierung 1976 unter Vermittlung der USA getroffene informelle Übereinkunft beinhaltet, daß Israel die syrische Intervention im Libanon innerhalb bestimmter Grenzen akzeptiert: Syrien dürfe südlich des Flusses Litani keine Truppen stationieren, seine Luftwaffe nicht einsetzen und keine Boden-Luft- Raketen auf libanesischem Territorium aufstellen. Mit der über die Vertreibung von einer halben Million Libanesen über Zwischenstationen an Syrien übermittelten Botschaft wird von Assad jedoch nicht allein ein Rückruf der Hizbullah und anderer Widerständler gefordert. Assad wird auch im Rahmen des sog. Friedensprozesses - in dem, soweit es Syrien betrifft, die Rückgabe der Golan-Höhen zumindest formell zur Debatte steht - ein deutlicher Beweis syrischer "Friedensbereitschaft" abverlangt - oder sollte man sagen: die Möglichkeit gegeben, einen solchen Beweis zu erbringen?

Die Operation "Abrechnung" hatte nicht nur eine militärische Dimension - die Schwächung des Widerstands gegen die israelische Besetzung im Libanon - und eine auf Syrien zielende außenpolitische, sondern auch wesentlich (oder sogar ausschlaggebend?) eine innenpolitische Dimension. Nach der Zunahme der "Grenzzwischenfälle" in den letzten Monaten und "einer spürbaren Verschärfung im Juli" habe, schreibt Anne Ponger, die Israel-Korrespondentin der SZ, "(Rabin) gegenüber der eigenen schutzbedürftigen Bevölkerung (...) keine andere Wahl (gehabt), wollte er sich die nächsten Schritte im Friedensprozeß nicht durch Schwäche und Unpopularität verbauen." Die 150.000 Israeli, die in der Nähe der libanesischen Grenze, der "Sicherheitszone", leben, fordern massiv, daß der Raketenbeschuß ihrer Ortschaften ein für allemal beendet wird. Und eine Befragung hat ergeben, daß 93 Prozent der jüdischen Israeli die Operation "Abrechnung" gutheißen. So ist die schwer verdauliche Aussage, Rabin habe "keine andere Wahl" gehabt, sein tatsächlicher Friedenswille hin oder her, nicht Apologie sondern bittere Wahrheit.

Schließlich steht die Frage, warum die Massenvertreibung aus dem Süden des Libanon von einer Zerstörung ganzer Ortschaften begleitet wurde, was von Rabin und hochrangigen Militärs auch ausdrücklich als eines der

Ziele der Operation "Abrechnung" benannt wurde. Uri Avnery spricht davon, daß eine viertel bis halbe Million Menschen obdachlos gemacht und Hunderte von Quadratkilometern verödet worden seien. Eine Vertreibung, sogar eine Massenvertreibung der Bevölkerung wäre auch ohne Zerstörung ihrer Wohn- und Arbeitsstätten zu haben gewesen. Bei längeranhaltenden Angriffen Israels auf den Südlibanon sind, wie im Februar 92, Bewohner der "Sicherheitszone" und des angrenzenden Gebiets auch ohne ausdrückliche Aufforderung in Richtung Norden geflohen. Bei Vermeidung der Zerstörung der Ortschaften hätten die Vertriebenen die Möglichkeit zu baldiger Rückkehr an ihre Heimatorte gehabt, was einer Erreichung des israelischen Kriegsziels, über Druck auf die libanesische Regierung Syrien zum Einschreiten zu veranlassen, nicht entgegengestanden hätte - wohl aber einer von den Rechten geforderten, regierungsoffiziell aber abgelehnten faktischen Verbreiterung der "Sicherheitszone", wie sie so einfach ohne eine weitgehende Entvölkerung des angrenzenden Gebiets nicht zu haben wäre.

Klaus Mellenthin

Anmerkungen und Quellen

(1) Auch in der seriöseren Presse ist summarisch (in unterschiedlicher Schreibweise) von der Hizbullah die Rede. Dies ist dort eindeutig falsch, wo von dem Hizbullah-Chef Nasrallah die Rede ist. Scheich Narsrallah ist der Nachfolger des ermordeten Scheich Mussawi, der Generalsekretär der von der Amal abgespaltenen und mit der Hizbullah eng zusammenarbeitenden (schiitischen) al-Amal al-Islami war. Es hat den Anschein, daß in der Presse unter "Hizbullah" auch in anderen Fällen mehrere verschiedene andere Gruppen subsumiert werden - eine Unsitte, der auch ich in diesem Artikel mangels genauerer Kenntnisse folgen mußte.

Div. Ausg. der Monate Juli/August von: Al Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Basler Zeitung (Schweiz), Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post -International Edition (Israel), Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), Neues Deutschland, The Other Front (Israel), Palästina Bulletin, SonntagsZeitung (Schweiz), Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz.

Außerdem wurden herangezogen: Lebanon Information Processing Service, London, div. Ausgaben aus 1992/93; Nahost Jahrbuch, Hg. Deutsches Orient-Institut, Bd.e 1987-92; Political Dictionary of the State of Israel, Ed. Susan Hattis Rolef, New York/London, 1987; Zeittafel zum Nahost-Konflikt (1920-1979), Hg. A. Harttung, Berlin 1979.

29. Gewaltdiskussion und Schule

Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:17

In allen Zeitungen, Magazinen und Illustrierten, in jeder Talkshow und in zahlreichen Parlamentsdebatten wurde das Thema Jugend und Gewalt behandelt. Eine wahre Flut von Veröffentlichungen ergoß sich über Eltern, ErzieherInnen und LehrerInnen. Die Bundestagsdebatte über Rechtsextremismus gipfelt in dem Vorwurf von Kohl, die 68er LehrerInnen seien schuld an der Gewaltausübung von jugendlichen Rechtsextremen. Die Fronten sind klar: rechte PolitikerInnen nutzen die Gunst der Stunde und rechnen ab mit linken LehrerInnen und deren Ansätzen zur pädagogischen Reform von Unterrichtsinhalten, anderem Umgang mit den SchülerInnen und der Gesamtschule.

Unter den - zumindest ehemals - linken PädagogInnen finden sich für diese Thesen schon die ersten KronzeugInnen wie Claus Leggewie (Die Zeit, 5.3.93) oder die Grüne Beate Scheffler, die sich partiell schuldig bekennen und den rechten Attacken gegen die antiautoritäre Erziehung der 68er zustimmen: Diese "Laisser-faire"-Erziehung hätte dem Werteverfall und der Orientierungslosigkeit unter Jugendlichen Vorschub geleistet. Der Kulturkampf von rechts ist im vollen Gange. Das Abwickeln (Zerschlagen) der polytechnischen Einheitsschule der DDR und das Aushöhlen der letzten Reformansätze und Inseln, der Gesamtschulen, steht kurz vor dem Abschluß. Das Gymnasium (die Dreigliedrigkeit) und das Privatschulwesen gehen als Sieger aus dieser Runde hervor, wie die steigenden SchülerInnenzahlen für diese Schularten zeigen. Bildungschancen werden wieder nach dem Geldbeutel der Eltern verteilt, die Chancengleichheit der Gesamtschule bleibt auf der Strecke.

6% Arbeiterkinder schafften in der Adenauer-Ära den Zugang zur Universität. Dieser Anteil stieg in den 70er Jahren bis auf 25% an - ein Erfolg der 68er - und sank seitdem wieder kontinuierlich auf derzeit 15% mit weiter abnehmender Tendenz. Die restriktiven Bafög-Regelungen bewirken ein übriges.

Soweit zur aktuellen Lage. Damit ist jedoch über die Diskussion um Gewalt an den Schulen noch kaum etwas ausgesagt. Diese Diskussion wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zustände an den Schulen in Ost und West nach der Wiedervereinigung und damit zugleich auf den Zustand der Gesellschaft.

Schwache Eltern, faule Lehrer

Was ist also dran an den Argumenten, die in der Gewaltdiskussion allerorten vorgetragen werden? Zeigt diese Diskussion reale Probleme und gesellschaftliche Zustände an den Schulen auf? Wird von den Medien alles maßlos überzeichnet, um die Auflagenzahlen zu steigern? Dient sie nur als Knüppel der Rechten, um linke und liberale BildungspolitikerInnen und LehrerInnen vor sich herzutreiben?

Grundlage dieses Artikels ist die Durchsicht von 25 Zeitschriften mit circa 50 Artikeln aus dem Zeitraum der letzten vier Monate, vier Nachforschungen von aufgeschreckten Kultusministerien in Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin und Frankfurt in den Schulen unter Einbeziehung zweier Umfragen unter Jugendlichen über ihre Befindlichkeiten nach der Wiedervereinigung in Ost und West (Shell-Studie '92 und eine Umfrage unter 3.700 Jugendlichen der Universität Bielefeld aus den Jahren 1990/92).

Zur Relativierung des Problems Gewalt an Schulen muß daraufhin gewiesen werden, daß die Schule nur eine Quelle unter vielen ist, die Gewalt bei Jugendlichen produziert. Als weitere Gründe werden genannt: das Fernsehen, Überlastung der Kleinfamilie, die überforderte alleinerziehende Mutter, negative Lebensperspektiven und Bedrohungsängste durch ökologische Katastrophen und mangelnde Berufsperspektiven; schließlich das Nicht-ausleben-können der Aggression und Abenteuerlust.

Jugendliche konsumieren bis zum 18. Lebensjahr 18.000 Stunden Fernsehen, besuchen aber nur 15.000 Stunden die Schule. Schon quantitativ ist der Einfluß des Fernsehens als Erzieher größer, obwohl es über die Auswirkungen des Fernsehkonsums bisher keine klaren Aussagen gibt. Völlig überfordert wäre die Schule, sollte sie diesen Fernsehkonsum kritisch aufarbeiten.

In den gestiegenen Scheidungsraten, den alleinerziehenden überforderten Müttern und den dadurch vernachlässigten Beziehungswaisen, letztlich in der emanzipatorischen Forderung nach Gleichberechtigung der Frauen, erkennen Reaktionäre eine Mitverantwortung an der gestiegenen Gewaltbereitschaft von Jugendlichen.

Für die ökologischen Bedrohungen und Katastrophen, die den Jugendlichen die Zukunftsperspektiven vermiesen und ihren selbstzerstörerischen Hang zur Gewalt fördern, werden nicht etwa die hiesigen Produktionsverhältnisse, die Atomlobby und Militärs verantwortlich gemacht. Auch die Ökologiebewegung trägt mit ihren wenig aufklärerischen Horrormeldungen dazu bei, den Horizont zu verdüstern. Wie soll dabei ein Heranwachsender Zuversicht und Hoffnung in die Zukunft haben, eine optimistische Lebenseinstellung und Selbstvertrauen zur Meisterung seines Lebens entwickeln?

Alle LeitartiklerInnen und PolitikerInnen sind sich einig: "Angesichts des Zusammenbruchs familiärer Strukturen, der zunehmenden Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und ihrer besorgniserregenden Anfälligkeit für rechtsextremistische Tendenzen seien engagierte, leistungsfähige PädagogInnen gefragt." (Süddeutsche Zeitung, 17./18.7.1993) Sie sehen die Schule als gesellschaftlichen Reparaturbetrieb, der diese Defizite aufarbeiten und kompensieren soll.

Dies kann nicht besonders ernst gemeint sein, wenn gleichzeitig viele Kultusbürokratien - voran Rot-Grün in Niedersachsen - zu einem kräftigen Tritt vor das Schienbein dieser "engagierten" PädagogInnen ausholen und ihnen eine Stunde Mehrarbeit, in Sachsen sogar vier, bei gleichzeitiger Nullrunde für die Gehälter verordnen. Die Klassenfrequenzen werden teilweise erhöht, wie in Schleswig-Holstein und in den neuen Bundesländern geschehen. In Göttingen werden zum Wintersemester '93 per Erlaß die Studiengänge Familien- und Freizeitpädagogik geschlossen: voraussichtliche Ersparnis sind 90 Stellen an der Universität.

Diese Liste der Streichungen könnte beliebig erweitert werden. Wahlweise wird das Bild des gesprächsbereiten, einsatzbereiten oder des stinkfaulen Lehrers in der Öffentlichkeit und den Zeitungsartikeln gepflegt. Dagegen haben engagierte LehrerInnen ein offenes Ohr für die Probleme ihrer auch rechtsgerichteten SchülerInnen, ja sie erkennen deren Probleme schon präventiv und werden aktiv, um Gewalttaten zu verhindern. Sie opfern sich für die Jugend und sind mit 50 ausgebrannt. Der bequeme Teil der LehrerInnenschaft dagegen geht mit Blick auf die geringe Arbeitszeit und die vielen Ferien - so wird es in den Medien dargestellt - jeder Schwierigkeit aus dem Wege und begegnet gewaltbereiten SchülerInnen mit Gleichgültigkeit. Nach der Unterrichtszeit entflieht dieser LehrerInnentyp zielstrebig dem grauen Schulalltag und spielt pünktlich sein Match auf dem Tennisplatz.

Diese Sichtweise pflegen Spiegel, Stern und Bild -, wenn es gerade paßt - auch kombiniert mit der Jagd und Gier nach auflagensteigernden Sensationen und gewalttätigen Auseinandersetzungen unter SchülerInnen. Amerikanische Verhältnisse werden beschworen: Drogendealer vor der Schultür, vermeintliche Jugendgangs werden aufgespürt und interviewt, ihnen wird willkürlich etwas in den Mund gelegt, wofür sie nicht selten bezahlt werden. SchülerInnen bewaffnen sich bundesweit mit Baseballschlägern, Springmessern oder Würgeketten zu ihrem Schutz, weil der Schulweg immer unsicherer wird. LehrerInnen ermuntern die SchülerInnen dazu, trauen sich aber bei gewalttätigen Konflikten auf dem Schulhof nicht einzugreifen, aus Angst, selbst Opfer zu werden. Der Spiegel bezeichnet die Schule als "Tollhaus", der Stern als "Kampfplatz". Bild widmet diesem Problem eine ganze Serie und "testet" Hamburger Schulen; geliefert werden ziemlich sinnentstellende Wiedergaben von Äußerungen der LehrerInnen und SchülerInnen.

Vorsicht und Mißtrauen ist gegenüber der Abhandlung des Problems in diesen marktorientierten Medien geboten, deren Interesse alles andere ist, als sich ernsthaft mit dem tatsächlichen Problem Gewaltbereitschaft zu befassen. Pädagogischen Fachzeitschriften und reformorientierten LehrerInnen bleibt es dann überlassen, mit Gegendarstellungen dieses Knäuel zu entwirren, ein differenziertes Bild über jeden angesprochenen Einzelfall zu zeichnen und die überwiegende Anzahl der "Tatsachenberichte" als Falschmeldungen zu entlarven. Ein mühseliges Geschäft.

Trotz alledem hagelt es Appelle von PolitikerInnen und ErziehungswissenschaftlerInnen, BürokratInnen der Kultusministerien und SchulrätInnen, daß Eltern und LehrerInnen gemeinsam die behauptete Spirale der Gewalt in den Schulen beenden sollen, indem sie den Kindern Grenzen setzen und den Anfängen der Gewalt wehren.

Strukturelle Gewalt Schule

In der Berliner LehrerInnen Zeitung der GEW (BLZ) entgegneten zwei LehrerInnen solchen Appellen, die in Form von Rundschreiben zweier Oberschulräte verteilt wurden, daß die Schule selbst eine Zwangsinstitution ist, indem sie die SchülerInnen durch gestiegene Leistungsanforderung selektiert und durch Notenverteilung

über den gesellschaftlichen Aufstieg mit entscheidet. Verschärft wird diese Selektionsfunktion noch durch den stummen Zwang der beruflichen Perspektivlosigkeit für weite Teile der Jugendlichen. Der Prügelpädagoge vergangener Epochen, der den SchülerInnen die so gern beschworenen Werte und Tugenden einbleute und der der sichtbarste Ausdruck dieses Gewaltverhältnisses war, konnte dank dieses stummen Zwanges der Selektion ins Schulmuseum wandern. Die Schule produziert durch Förderung der Konkurrenz unter SchülerInnen selbst einen Teil der Gewalt. Den VerliererInnen dieser Konkurrenz wird im schulischen Rahmen wenig angeboten, um Selbstvertrauen zu entwickeln.

Weiter verweisen die AutorInnen in ihrem Diskussionsbeitrag darauf, daß die Schule männliche Dominanz fördert und Mädchen in ihrer aktiven Entwicklung hindert. Dementsprechend gehen in den Schulen Bedrohung und Gewalt, die auch vor sexueller Belästigung nicht halt macht, überwiegend (zu 80%) von Jungen/Männern aus.

Das dritte Element der strukturellen Gewalt in der Schule ist der Rassismus, der sich in Schulrichtlinien, Verweigerung von zweisprachiger Alphabetisierung, Nichtanerkennung der eigenen Muttersprache als zweiter Fremdsprache oder Assimilationsdruck auf ausländische SchülerInnen ausdrückt - um nur einiges zu nennen. An Schulen mit ausländischen SchülerInnen müßte es selbstverständlich sein, daß LehrerInnen aus den Herkunftsländern der SchülerInnen gleichberechtigt unterrichten dürfen. Das ist durch das Beamtenrecht aber nur deutschen LehrerInnen vorbehalten.

Diese drei Aspekte der strukturellen Gewaltverhältnisse, der Zwänge, die von Schulen ausgehen, werden in den Veröffentlichungen nicht berücksichtigt. Nur das Phänomen, daß die Gewalt überwiegend von Jungen ausgeht, wird erwähnt.

Gibt es eine neue Welle der Gewalt an den Schulen?

Es gibt keinen endgültigen wissenschaftlichen Nachweis für eine Steigerung der Gewalt an Schulen, aber die vielen Einzelfallschilderungen und Umfragen ergeben zusammengefügt eine steigende Gewaltbereitschaft. Die Untersuchung von Klaus Hurrelmann (Universität Bielefeld) zeigt, daß die Bereitschaft von Jugendlichen, Gewalt anzuwenden, im Zeitraum 1972 bis 1992 von 10% auf 15% gestiegen ist. LehrerInnen, in Gewerkschaftszeitungen wie "Mitbestimmung" befragt, oder die Studie des Frankfurter Schulamtes (FR 4.3.93) bestätigen denn auch überall dieselben Phänomene:

- 90% der Täter, aber auch der Opfer sind Jungen;

- sprachliche Verrohung und Drohgebärden gegenüber den MitschülerInnen und LehrerInnen;

- nachlassendes Unrechtsbewußtsein und sinkende Hemmschwellen für Aggressionen. Während man früher aufhörte, wenn das Opfer am Boden lag, tritt man ihm heute noch ins Gesicht;

- Nötigung, Erpressung, Bedrohung, Körperverletzung, Diebstahl und Sexualvergehen bei immer jüngeren SchülerInnen.

Erwähnt wird zusätzlich der Vandalismus, der jährlich einen Schaden von 200 Millionen DM vor allem an großen Schulen verursacht.

Große Schulen sind durch ihre Anonymität eher gewaltgefährdet als kleine, übersichtliche Schulen, die einen direkteren LehrerInnen-SchülerInnen-Bezug ermöglichen. Diese Tendenzen scheinen aber regional sehr unterschiedlich ausgeprägt zu sein. In Schleswig-Holstein äußerten 70% der 2.300 anonym befragten LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen, daß sie keine Zunahme oder nur eine geringe Zunahme an Gewalttaten beobachtet hätten. 79% erklärten, daß Vandalismus an Schulen nie vorkäme. Oh glückliches Schleswig-Holstein - und das alles trotz rigiden Sparkurses.

Der Jahresbericht zur Jugendkriminalität in Mecklenburg-Vorpommern sagt aus, daß über ein Drittel der ermittelten StraftäterInnen Jugendliche unter 21 Jahren gewesen seien. Die Zahl der 7.500 jugendlichen StraftäterInnen im Jahre 1991 ist auf 13.500 im Jahre 1992 hochgeschnellt. Am stärksten ist die Region um Neubrandenburg und Greifswald von dieser Zunahme betroffen. Der Bericht gelangt zu der Feststellung, es werde zu wenig für Kinder und Jugendliche getan.

Hier kommt deutlich zum Tragen, daß sich die Zerschlagung des DDR-Schulwesens, die Neusortierung der SchülerInnen nach dem Vorbild des dreigliedrigen Schulwesens des Westens und der Zusammenbruch der außerschulischen Einrichtungen für Jugendliche gewaltverschärfend ausgewirkt haben. Das schlägt sich auch in der Kriminalstatistik nieder. Ehemalige polytechnische Schulen wurden willkürlich nach westlichem Vorbild umdeklariert zu Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen. Die SchülerInnenschaft wurde ohne Rücksicht auf gewachsene, soziale Bezüge nach Leistung und Elternwillen eingruppiert.

Die LehrerInnenkollegien wurden neu zusammengewürfelt, bei einer gleichzeitigen Entlassungswelle unter den LehrerInnen. So herrschte absolutes Mißtrauen zwischen allen Beteiligten. SchülerInnen hatten plötzlich sowohl neue MitschülerInnen als auch neue LehrerInnen. Auf den LehrerInnen lastete zusätzlich der Druck einer möglichen Entlassung. Keine guten Voraussetzungen, um vertrauensvolle Gespräche zwischen LehrerInnen und SchülerInnen zu führen oder gar gewalttätige SchülerInnen zur Friedfertigkeit zu erziehen. Machtlos vor dem Fernseher sitzend, mußten PädagogInnen dem Treiben ihrer gewalttätigen SchülerInnen gegen Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen zusehen.

Die Abwicklung des DDR-Schulwesens hat bei den LehrerInnen der ehemaligen DDR Verbitterung hinterlassen, die auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag der GEW im Mai in Essen zum Ausdruck kam. Es tat sich plötzlich bei der Diskussion über die Ursachen der Gewalt an Schulen ein tiefer Riß zwischen Ossis und Wessis auf: Die OstpädagogInnen warfen den WestpädagogInnen vor, daß durch ihren 68er antiautoritären Stil die Jugendgewalt in Westdeutschland so eskaliert sei. Die WestpädagogInnen kritisierten den autoritären Führungsstil aus SED-Zeiten, zu denen der Rechtsextremismus in der DDR nicht wahrgenommen wurde.

Glauben wir den oben erwähnten Umfragen der Universität Bielefeld, dann haben LehrerInnen, Vorgesetzte und andere Amtspersonen in Ost und West gleichermaßen als Vertrauens- und AnsprechpartnerInnen einen geringen Einfluß. An erster Stelle nennen die Jugendlichen in den Umfragen Eltern oder Gleichaltrige als GesprächspartnerInnen in Vertrauensfragen. Diese Aussagen der JugendforscherInnen reduzieren die Einwirkungsmöglichkeiten von LehrerInnen unabhängig von ihrem Führungsstil. Das gilt in Ost und West gleichermaßen. Sehr ernüchternd für eine fortschrittliche Pädagogik, die die Gewalt an Schulen unter Jugendlichen deeskalieren und auf rechtsextreme SchülerInnen mäßigend einwirken möchte.

Laut Jugendforschungsergebnissen fühlen sich die ostdeutschen männlichen Jugendlichen stark verunsichert über ihre berufliche Zukunft, je näher die Abschlußprüfung ihrer Lehre kommt. 54,4% von ihnen fühlen sich im politischen System der Parteien nicht vertreten; 14,8% würden rechtsextreme Parteien wählen. Die Verunsicherung ist unter Ostjugendlichen höher als unter Westjugendlichen; erstere sind anfälliger für rechtsextreme Vorstellungen. Die Gewaltbereitschaft dürfte in Ost und West in etwa gleich hoch sein.

Wurde noch 1981 die jugendliche Subkultur, zu der sich 15% der Jugendlichen zählten, durch die autonome Alternativszene beeinflußt, hat sich 1993 das Bild grundlegend gewandelt. Nazisymbole tauchen verstärkt auf, Computerspiele, Videos, Musik mit rassistischen Inhalten werden vertrieben. Ausländische SchülerInnen fühlen sich eingeschüchtert durch bloße Ankündigungen von Rechtsextremen und besuchen aus Angst die Schule nicht oder werden von besorgten Eltern zu Hause behalten. Der rechte Terror hat seine einschüchternde Auswirkung auf den Schulalltag, selbst wenn Rechtsextreme keine direkte Gewalt ausüben. Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften könnten hier die LehrerInnen, indem sie den AusländerInnen ein Gefühl der Solidarität vermitteln, dem rechten Terror und seiner einschüchternden Wirkung Einhalt gebieten.

Fazit

Die Gewaltdebatte in den Schulen ist sehr vielschichtig. Die CDU benutzt sie, um ihr bildungspolitisches Rollback zu alten Werten und Elitebildung zu begründen. Spiegel, Stern und Bild nutzen die Debatte, um ihre Auflagen zu steigern und Kulturpessimismus zu verbreiten.

Gewalt, die aus unterschiedlichen Gründen in dieser Gesellschaft ausgeübt wird, wird durch die Auslesefunktion und männerdominierte, rassistische Struktur der Schule verstärkt. Speziell die Zerschlagung und Abwicklung des Schulwesens in der DDR hatten eine gewaltverstärkende Funktion.

Ob es mit der ambivalenten Institution Schule und den in ihr unter den jetzigen Bedingungen tätigen, fortschrittlichen, aber erlahmten LehrerInnen und den linken SchülerInnen, die überwiegend Gymnasien

besuchen und den Kriegsdienst verweigern, möglich ist, die Gewalt und den rechtsextremen Terror zurückzudrängen, käme auf den Versuch an. Soll die Schule alleine als Gegenpol und Reparaturbetrieb gegen die übrige gesellschaftliche Entwicklung wirken, wie in manchen Appellen gefordert, ist dieser Versuch zum Scheitern verurteilt. Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen können nur im Bündnis mit Menschen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen Erfolge erzielen.

Phylax/Lehrer aus Hamburg

Quellen:

ak 353; Bahamas 10; Berliner LehrerInnen Zeitung (BLZ) 4/5/6.93; Bild 26.2.93, 14.4.93; Bravo Juni 93; Das Parlament 11.6.93 und Beilage "Aus Politik und Zeitgeschichte" B24/93, 11.6.93; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 25, 18.6.93; Erziehung und Wissenschaft Heft (GEW) 7-8/93; Farin, Klaus und Seidel-Pielen, Eberhard: "Ohne Gewalt läuft gar nichts"; Focus 20/93; Frankfurter Rundschau 4.3.93, 6.3.93, 8.4.93, 5.6.93; Hamburger Abendblatt 22/23.5.93, 7.8.93; Hamburger Landeszeitung der GEW 3/92, 5/93; Hamburg macht Schule 3/93; Mitbestimmung April 4/93; Puzzle, Zeitschrift für Friedenspädagogik 3/93; Schweriner Volksblatt 29.5.93; Spiegel 25/93; Stern 13/93; Süddeutsche Zeitung 17./18.7.93; taz 27.1.93, 22.5.93, 22.6.93; Wochenblatt 18.3.93; Zeit 16.3.93, 30.7.93; Zeit-Magazin 14, 2.4.93

30. Antirassismus zwischen Sozialarbeit und Widerstand. "Den Flüchtlingen zu Rechten verhelfen ..." (Interv. mit dem KGB Reutlingen)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rassismus-Debatte; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:07

Interview mit Mitgliedern des Komitees gegen Bezirkslager (KGB) in Reutlingen

Das Komitee gegen Bezirksstellen (KGB) in Reutlingen arbeitet seit eineinhalb Jahren gegen die staatliche Abschiebepolitik in den zwei Lagern der Bezirksstelle in Reutlingen. Im Juli vergangenen Jahres war das sogenannte 6-Wochen-Modell der Länder zur beschleunigten Abschiebung von Personen in Kraft getreten, die einen sogenannten offensichtlich unbegründeten Asylantrag stellen. Bundesweite Pilotfunktion hatte und hat dabei die Bezirksstelle in Reutlingen, eine von vier in Baden-Württemberg und die erste in der BRD. Für die antirassistische Bewegung gilt nach dem faktischen Wegfall des Grundrechtes auf Asyl mehr denn je, alle Erfahrungen, die im Laufe der dauernden Verschärfungen des Rechtes auf Asyl gesammelt wurden, nutzbar zu machen. Das hier wiedergegebene Gespräch wurde am 12. Juli geführt. Die Fragen für den ak stellte Hermann.

Frage: Was war der Hintergrund der Entstehung des KGB? Warum habt ihr euch als Bündnis zusammengeschlossen?

Manni: Nach Hoyerswerda hat die Bundesregierung im Oktober 91 beschlossen, eine Asylrechtsänderung in Gang zu setzen. Damals hat die SPD das Sechs-Wochen-Modell - als Lösung unterhalb einer Grundgesetzänderung - vorgeschlagen. Es war klar, daß Baden-Württemberg die Vorreiterrolle spielen würde. Also bevor das Gesetz im Bundestag verabschiedet wurde, ist dieses Gesetz hier schon umgesetzt worden. Im Dezember 91 haben wir dann mitgekriegt, daß Reutlingen einer der vier Standorte für als "offensichtlich unbegründet" eingeschätzte Flüchtlinge sein würde. Wir fanden es wichtig, in der Region die antirassistischen, antifaschistischen und feministischen Gruppen zu organisieren und zu versuchen, hier Öffentlichkeit herzustellen, Aktionen zu machen und Bewußtsein dafür zu schaffen, was in Reutlingen vor sich gehen wird.

Seit und während der "Inbetriebnahme" der Bezirksstelle gab es antirassistische Aktionen. Könnt ihr die aus eurer Sicht noch mal kurz darstellen?

Birgit: Zum einen waren da die unterschiedlichen antirassistischen Aktionen vor der Inbetriebnahme. Da waren unsere Aktionen davon bestimmt, daß wir versucht haben, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, über das Asylverfahrensgesetz und über das Beschleunigungsverfahren zu informieren und darüber, in welchem Rahmen die herrschende Flüchtlingspolitik mit dem Asylverfahrensgesetz verändert wird. Darüberhinaus haben wir die Festung Europa und die Selektion der Flüchtlinge zum Gegenstand der Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Wir haben dann mit Kundgebungen angefangen, sind zu den verantwortlichen Stellen gegangen. Z.B. haben wir im Reutlinger Gemeinderat eine kleine Kundgebung gemacht. Dann wurde das SPD-Büro in Tübingen zugemauert, anschließend sind wir zum Regierungspräsidium in Tübingen gegangen, weil dort das Referat 18 zuständig ist für die materielle Umsetzung der Bezirksstelle. Kurz vor der Eröffnung belagerten wir den Reutlinger Marktplatz vor dem Rathaus. In dem Rahmen hat auch eine Veranstaltung der Frauengruppe Zumutung, die im KGB organisiert ist, stattgefunden, die sich speziell zur Aufgabe gemacht hat, Frauen darauf anzusprechen, in welchem antirassistischen Verhältnis sie sich zum Lager sehen.

Am 1. Juli, zur Eröffnung des Bezirkslagers, haben wir das Verwaltungsgebäude und die Räume des Bundesamtes für die Anerkennung von Asylbewerbern blockiert.

Manni: Mit dem 1. Juli, also mit Inbetriebnahme des Lagers, haben wir festgestellt, daß wir auf die Ankunft der Flüchtlinge eigentlich nicht vorbereitet waren. Wir haben gleich versucht, mit ihnen Kontakt aufzunehmen, was uns auch ganz gut gelungen ist. Das waren zu der Zeit hauptsächlich RumänInnen. Wir sind dann ziemlich schnell mit den Mißständen im Lager konfrontiert worden. Also, es geht hier um zwei Schwerpunkte. Der eine betrifft die Asylverfahren. Wir haben mitbekommen, daß die Anhörungen katastrophal laufen, daß die Leute beim Bundesamt eingeschüchtert werden, nicht die Möglichkeit haben, ihre ganzen Fluchtgründe vorzutragen, daß es illegale Abschiebungen gibt. Der andere Punkt betrifft die Unterbringung im Lager mit den

verheerenden Bedingungen. Die Leute haben teilweise verdorbene Lebensmittel bekommen und sind vom Lagerpersonal schikaniert worden.

Wir sind dann in Absprache mit den Flüchtlingen zu verschiedenen Anhörungen mitgegangen, um Öffentlichkeit herzustellen. Wir haben gemerkt, daß der Versuch, immanent, d.h. im rechtlichen Rahmen, Hilfestellung zu leisten, sehr schwierig ist - eigentlich ein aussichtsloses Unterfangen ist. Einmal, weil es für uns auch nicht möglich ist, allen Flüchtlingen zu helfen; zum anderen, weil die Behörden ihrerseits abgeblockt und uns aus den Verfahren ausgeschlossen haben.

Von Seiten der Flüchtlinge gab es dann bald Protest und Widerstand, zum einen gegen die Lagerbedingungen, zum anderen gegen die Art des Verfahrens. Die überwiegend rumänischen Flüchtlinge haben sich dann gewehrt durch Essensboykott und Hungerstreik. Wir haben unsere Solidarität so verstanden, daß wir die Selbstorganisation der Flüchtlinge unterstützen müssen. Z.B. haben wir den Flüchtlingen Kontakt zu Presse und Rundfunk verschafft, dadurch kamen die Aktion und die genannten Mißstände auch groß an die Öffentlichkeit.

Aus unserem politischen Selbstverständnis hat unsere Arbeit drei Schwerpunkte. Zum einen versuchen wir den Flüchtlingen in allen Belangen (rechtlicher, sozialer und sonst welcher Natur) zu helfen. Zweitens wollen wir die Selbstorganisation unterstützen, so gut es geht. Drittens formulieren wir als deutsche Weiße unsere Positionen gegen die rassistische Politik hier und entwickeln daraus unseren Protest und Widerstand.

Woher kommen eigentlich die Flüchtlinge, und mit welcher Begründung sind sie in die Abschiebelager gebracht worden?

Birgit: Die ersten Flüchtlinge kamen vor allem aus Rumänien. Seit einem halben Jahr kommen sie aus über 20 verschiedenen Ländern, z.B. aus Algerien, Gambia, Togo, Zaire, Libanon, dann aus den GUS-Staaten, aus Bulgarien, aber auch aus Pakistan und Indien. Die Auswahl der sogenannten offensichtlich unbegründeten Flüchtlinge in der ZAST in Karlsruhe erfolgt nach Länderlisten. Inzwischen kommen aber auch z.B. Flüchtlinge aus Zaire hierher, deren Asylantrag als unbegründet abgelehnt wurde. Deren rechtliche Möglichkeiten sind etwas besser, sie haben längere Rechtsmittelfristen.

Nicht alle Flüchtlinge haben ihre Lage widerspruchslos hingenommen, es gab und es gibt Widerstand. Könnt ihr die Demonstration der Zaire-Flüchtlinge und der Rumänen noch mal darstellen?

Manni: Es gab wie gesagt schon ganz zu Beginn Protest und Essensboykott der RumänInnen, die damit auf ihre Lage aufmerksam machen wollten. Im Frühjahr haben Flüchtlinge aus Zaire eine Kundgebung und Demonstration zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Zaire gemacht. Wir haben ihnen dabei geholfen. Im Mai kam es zur bislang größten Widerstandsaktion v.a. von Flüchtlingen aus Algerien, Rumänien, Zaire, Togo. Sie haben zusammen einen Essensboykott und Hungerstreik organisiert gegen die drohenden Abschiebungen und die schlechte Unterbringung im Lager. Sie haben damit auch dagegen protestiert, daß sie mit der Einweisung ins Lager Reutlingen quasi keine Chance mehr auf Asyl haben. Darüberhinaus war das auch ein Protest gegen die vielen Bullenrazzien im Lager.

Birgit: Der Hungerstreik bzw. Essensboykott ist dann nach einigen Tagen abgebröckelt, was einerseits an der fehlenden Gesprächsbereitschaft bzw. Veränderungsbereitschaft der Verantwortlichen lag, zum anderen aber auch an der Situation der Flüchtlinge untereinander. Es hat sich herausgestellt, daß es eine einheitliche Aktionsform oder Zielrichtung so auch nicht gibt.

Viel wiederum liegt an der seit über zehn Jahren bekannten, extrem unmenschlichen Lagersituation. Die BewohnerInnen sind auf engstem Raum eingepfercht. In Reutlingen sind inzwischen Zäune um die Lager gezogen. Die unterschiedlichen Fluchtgründe und Lebensformen finden keinen Ausdruck bzw. Raum im Lager. Das führt dazu, daß die Flüchtlinge ihre schlechte Lage und ihre Perspektivlosigkeit über Aggressionen auch gegeneinander zum Ausdruck bringen. Die Situation zwischen Männern und Frauen ist zugespitzt. Die Frauen fühlen sich bedroht von den Männern. Auch der Alkoholkonsum steigt, was die Aggressivität natürlich noch erhöht.

Welche Rolle spielt die Lagerleitung in der Abschiebepraxis?

Birgit: Von der Lagerleitung können wir zwei unterschiedliche Reaktionen auf unsere Arbeit bzw. die des Asylcafés feststellen: Sie ist natürlich daran interessiert, daß ihr ehrenamtliche Arbeit abgenommen wird (Sprachkurse, Ämtergänge oder Unterstützung in Alltagsproblemen etc.).

Auf der anderen Seite, sobald wir die Fluchtgründe und die Lagersituation bzw. auch die Ausweglosigkeit im Asylverfahren öffentlich machen wollen, werden uns ganz klar die Grenzen demonstriert. Wir wurden mit Hausverboten belegt und denunziert, die Flüchtlinge zu instrumentalisieren, also für die eigenen politischen Interessen auszunutzen. Das eigenständige Interesse der Flüchtlinge wird von der Lagerleitung vollkommen negiert.

Was schreibt die Presse über die Flüchtlingsarbeit? Welches Verhältnis habt ihr zur Öffentlichkeitsarbeit?

Manni: Wir haben von Anfang an versucht, über Flugblätter oder über die Zeitungen der Linken Öffentlichkeit herzustellen. Darüber hinaus haben wir auch versucht, die bürgerlichen Medien anzusprechen. Die Presse und das Fernsehen greifen aber nur spektakuläre Sachen im Lager auf. Das Ganze bleibt an der Oberfläche. Unsere politischen Einschätzungen über die Lager und über die Flüchtlinge können wir darüber natürlich schwer verbreiten. Trotzdem ist es uns damit gelungen, die Behörden teilweise in massive Legitimationsschwierigkeiten zu bringen. Sie mußten oftmals eigene Pressekonferenzen abhalten, um ihre Dementis zu verbreiten.

Birgit: Unsere Kritik an der Presse ist, daß sie ihren Teil zur rassistischen Hetze beiträgt. Hier ist das ganz konkret das "Wochenblatt", das die übelste Hetzpropaganda veröffentlicht. U.a. gegen die Flüchtlinge im Lager, gegen Roma auf der Straße, aber auch gegen uns UnterstützerInnen, die wir dann namentlich denunziert werden.

Es gibt ein - sagen wir mal - kirchlich-bürgerliches Spektrum in der Flüchtlingsarbeit bei den Bezirksstellen. Könnt ihr aufzeigen, wo und wie die Auseinandersetzungen laufen bzw. wo es Zusammenarbeit gibt?

Manni: Es gibt auch hier ein bürgerlich-liberales Spektrum in der Flüchtlingsarbeit. Ich möchte das eher als "Betroffenheitsspektrum" einordnen. Das hat sich nach Hoyerswerda, Mölln etc. spontan mit Demonstrationen zu Wort gemeldet. In Reutlingen gibt es trotzdem aus dem kirchlichen Spektrum und Amnesty International eine kleine Gruppe, die seit Eröffnung des Lagers zwei Asylcafés eingerichtet hat. Diese werden von den Flüchtlingen mit ihren rechtlichen Fragen und privaten Problemen sehr genutzt. Wir sind als KGB Teil dieser Arbeit.

Das kirchlich-bürgerliche Spektrum versucht, den Flüchtlingen möglichst zu ihren wenigen Rechten zu verhelfen. Dabei bleiben sie aber meistens stehen. Es gibt natürlich unterschiedliche Vorstellungen, gerade darüber, was der Bezirksstelle hier politisch entgegengestellt werden soll.

Ende Januar hat es einen Brandanschlag einer militanten Gruppe auf Fahrzeuge des Regierungpräsidiums in Tübingen, das verantwortlich ist für die Betreibung des Lagers, gegeben. Hat die Diskussion und Auseinandersetzung darüber Auswirkungen auf eure Arbeit?

Manni: Von Teilen des Asylcafés gab es gleich eine Distanzierung in Form eines Leserbriefes. Von diesen Leuten wurde der Anschlag uns als Spektrum politisch zugeordnet. Quasi als Akt vorauseilenden Gehorsams gegenüber der Kirchenleitung erfolgte die Distanzierung.

Birgit: Für uns war klar, daß wir weiterhin an einer gemeinsamen Arbeit im Asylcafé interessiert sind, was allerdings nur möglich ist, wenn unsere politischen Vorstellungen über praktische antirassistische Arbeit darin auch in Zukunft öffentlich sichtbar sein können. Wir konnten und wollten deshalb auch die Distanzierung nicht mittragen, was wir in einem eigenen Diskussionsbetrag auch begründeten. Darin haben wir uns klar ausgesprochen, daß die Aktion gegen das Regierungspräsidium inhaltlich, wie sie begründet wurde, unserer Meinung nach gerechtfertigt ist, wir diese Begründung inhaltlich teilen. Wir finden verschiedenste Aktionsformen richtig, die auch von den Gruppen selbst bestimmt sein dürfen. Darin schließen wir auch militante Aktionen aus dem antirassistischen Spektrum nicht aus.

Von seiten der Bevölkerung gibt es offensichtlich keine großartige Solidarisierung, was angesichts des verbreiteten Rassismus auch nicht verwunderlich ist. Welche Chancen hat eine Flüchtlingsarbeit unter solchen Umständen?

Birgit: Aus der Bevölkerung um das eine Lager in der Carl-Zeiss-Straße gab es schon Anfeindungen. Die Flüchtlinge wurden verantwortlich gemacht für Schmutz und Diebstähle in der Gegend. Wir versuchen, ein antirassistisches Klima zu schaffen, eine Alternative aufzuzeigen, wie solidarisch mit Flüchtlingen zusammengelebt werden kann. Das soll durch unsere Aktionen und unsere Arbeit, über Flugblätter, Infostände in der Stadt sichtbar werden. Wir wollen auch damit aufzeigen, daß es noch eine andere Realität als rassistische Angriffe auf Flüchtlinge gibt.

Wir wissen, daß es bis dahin ein langer Weg ist. Es wird auch nicht von heute auf morgen eine Veränderung in der Bevölkerung geben, die sich dann in eine antirassistische Gesellschaftsperspektive umwandeln wird. Aber diesen Weg müssen wir eben in kleinen Schritten gehen.

Ich danke euch für das Gespräch.

Daten zur Bezirksstelle Reutlingen

(Stand: Anfang Juni 93)

Flüchtlinge in der Bezirksstelle:

1.632 Flüchtlinge haben einen Asylantrag gestellt, 855 von ihnen (52%) sind untergetaucht. 1.276 Anträge wurden entschieden (alle negativ).

959 Ablehnungen waren mit Abschiebung vollziehbar; von den Betroffenen sind 634 (66%) untergetaucht (oben enthalten).

178 Flüchtlinge wurden abgeschoben; 125 Flüchtlinge sind "freiwillig" ausgereist.

10-15 % der RumänInnen haben Rechtsmittel eingelegt (höchste Quote).

118 weitere Abschiebungen für den Regierungsbezirk Tübingen liefen über die Bezirksstelle in Reutlingen.

Personal im Verwaltungsbereich:

Verwaltung (23), Ausländerbehörde (11,5), Abschiebetruppe der Polizei (5), Richter (4), Bundesamt-EntscheiderInnen (13)

2 SozialarbeiterInnen, 2 ErzieherInnen, 2 Krankenschwestern

Abschiebungen:

Abzuschiebende werden wie U-Häftlinge behandelt. Aus dem gesamten Regierungsbezirk werden die Flüchtlinge nach Reutlingen gebracht, wo sie ca. 2-3 Stunden verbringen müssen.

Unterbringung:

Ehemaliges Möbellager (300 Plätze, 2 Küchen, 2 Waschmaschinen);

ehemaliger Kasernenblock (200 Plätze, ähnliche Bedingungen)

Verpflegung:

Dreimal pro Woche werden Naturalien ausgeteilt. Wer diese eine Woche nicht abholt und eine Woche nicht gesehen wird, gilt als "untergetaucht".

Taschengeld:

2 x 35,- DM pro Monat

Verfahrungsberatung:

gibt es 14tägig seit Mai durch den Leiter der Abschiebestelle in einer Versammlung.

Transfer von der ZAST in Karlsruhe:

Erfolgt fast täglich. 50 Flüchtlinge kamen nicht in Reutlingen an. Die Zuweisung erfolgt über EDV.

ED-Behandlung:

Seit 1.12.93 werden Fotos und Fingerabdrücke genommen und im AFIS (Automatisches Fingerabdrucksystem) gespeichert.

Neue Regelungen:

Seit dem 1.4.93 gilt Arbeitsverbot; es werden "Gesundheitsuntersuchungen" durchgeführt. "Gemeinnützige Arbeit" wird mit 2.- DM bezahlt. Kleidergutscheine werden differenziert ausgegeben. Einkleidung erfolgt ab 1.10.93 und z.T. schon jetzt über die Kleiderkammer des DRK.

31. Der dritte Prozeß gegen irische politische Gefangene in der BRD

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:13

Am 1. April diesen Jahres begann vor dem Oberlandesgericht (OLG) Celle der dritte Prozeß gegen IrInnen, die angeklagt werden, an Aktionen der IRA gegen die Rheinarmee beteiligt gewesen zu sein. Der erste Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough begann im August 1990 in Düsseldorf und endete 1992 mit einem Zusammenbruch der Anklage und mit den Auslieferungen der beiden nach Nord-Irland und in die USA. Der zweite Prozeß gegen Donna Maguire, Sean Hick und Paul Hughes läuft seit Oktober vergangenen Jahres vor dem OLG Düsseldorf und wird allem Anschein nach noch lange weitergeführt werden.

Die Entwicklung bis hin zu diesem dritten Prozeß begann am 12.7.89, als Donna Maguire und Leonhard Hardy in Rosslaire in der "Republik" Irland - aus Frankreich kommend - festgenommen wurden, weil sich in ihrem Gepäck angeblich Zündvorrichtungen und Unterlagen aus Frankreich und der BRD befanden. Zwei Tage später, am 14.7.89 wurden in Frankreich Pauline Drumm, Patrick Murray und Donagh O'Kane festgenommen, auch in ihrem Gepäck sollen sich angeblich Unterlagen über die Rheinarmee und diverse Kleidungsstücke befunden haben; aufgrund dieser Funde behaupteten die französischen und bundesdeutschen Behörden sofort, die drei seien Mitglieder der IRA und an Angriffen im Sommer 1989 in der BRD beteiligt gewesen.

Relativ schnell wurde gegen alle fünf in der BRD Haftbefehl erlassen und Auslieferungsanträge an Irland und Frankreich gestellt.

Die Auslieferungsanträge an Irland haben sehr zum Ärger der Bundesanwaltschaft (BAW) bis heute keine große Bedeutung erlangt. Süd-Irland liefert zwar je nach politischer Wetterlage Gefangene an Nord-Irland oder Britannien aus, aber Auslieferungen an andere Staaten sind für Irland zur Zeit noch undenkbar.

Leonhard Hardy wurde im Februar 1990 wegen "Besitzes von Sprengstoff" zu fünf Jahren verurteilt und wird in absehbarer Zeit freikommen, während Donna Maguire von allen Vorwürfen freigesprochen wurde.

Der Prozeß in den Niederlanden

Im Juni 1990 wurde Donna Maguire zusammen mit Gerard Harte, Sean Hick, und Paul Hughes an der belgisch-niederländischen Grenze festgenommen. In den Niederlanden wurde ihnen vorgeworfen, an einem fehlgeschlagenen Angriff der IRA in Roermond beteiligt gewesen zu sein, bei dem zwei australische Touristen ums Leben kamen. Sofort wurde auch in der BRD ein Haftbefehl für alle außer Gerard Harte erlassen und die Auslieferung mit der Begründung beantragt, die drei hätten zusammen eine Active Service Unit (ASU) der IRA gebildet, die die Anschläge nach den Festnahmen in Frankreich durchgeführt hätte.

Nur einen Tag, nachdem sie in den Niederlanden freigesprochen worden waren, gab es am 14.7.91 die ersten Auslieferungen in die BRD. Donna Maguire hatte Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt und wurde dann doch im Oktober 1991 ausgeliefert. Obwohl Donna hier in der BRD auch wegen der gleichen Vorwürfe wie Pat, Pauline und Donagh gesucht wurde, wird ihr jetzt in Düsseldorf zusammen mit Paul und Sean der Prozeß gemacht. Ihr Verfahren ist vom Celler Prozeß abgetrennt und eingefroren, bis der Prozeß in Düsseldorf zu Ende ist. Ob sie dann noch einen einzelnen Prozeß durchmachen muß, ist wohl "nur" von dem Urteil in Düsseldorf abhängig.

Frankreich

Der Auslieferungsfall der drei IrInnen entwickelte sich zu einem Testfall für die französischen Behörden. Mit dem Stattgeben des Antrages im März und in zweiter Instanz im Juli 1990 wandte Frankreich das erste Mal die Europäische Anti-Terrorismus-Konvention von 1977 an, die in Frankreich nach langen Protesten und Klagen von verschiedenen Gruppen erst 1987 auf Druck anderer europäischer Staaten ratifiziert wurde.

Nach dem ursprünglichen französischem Recht dürfen an Aktionen im Zusammenhang mit einem Bürgerkrieg (nach der Genfer Konvention) Angeklagte nicht ausgeliefert werden. Diese Möglichkeit im französischen Recht im Zusammenhang mit einem internationalen Abkommen, nämlich dem ersten Zusatzprotokoll zur Genfer

Konvention von 1977, ist mit der Ratifizierung und der erstmaligen Anwendung der Anti-Terrorismus-Konvention praktisch außer Kraft gesetzt worden.

Die Einschränkung im Auslieferungsbescheid, die von den französischen und britischen Medien so hochgespielt wurde, Frankreich würde ein Mitspracherecht bei einer Weiterauslieferung von der BRD aus fordern, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Farce, steht diese "Einschränkung" doch in fast jedem Auslieferungsvertrag. Und selbst im Falle einer weiteren Auslieferung von der BRD aus nach Britannien ... was für ein Interesse hätte Frankreich an weiteren innereuropäischen Auseinandersetzungen mit London.

Gerade für Pat Murray ist die Möglichkeit einer weiteren Auslieferung nach Britannien von entscheidender Bedeutung. Nach den Festnahmen in Frankreich erschien es lange Zeit erstaunlich, daß die Briten keinen Antrag stellten, haben die britischen Behörden doch gerade ihn zu einem der "Top-Terroristen" der IRA hochstilisiert. So wird behauptet, daß er an dem Angriff auf den Tory-Parteitag 1984 in Brighton beteiligt gewesen sein soll.

Die scheinbare Interesselosigkeit der Briten dürfte ihren Grund in der bis dahin relativ "liberalen" Haltung Frankreichs gegenüber der irisch-republikanischen Bewegung haben, und so ist dann davon auszugehen, daß die Briten auf ihre Möglichkeit warten, Pat ohne Schwierigkeiten von der BRD ausgeliefert zu bekommen. Die Frage wird sein, wann der passendste Augenblick für einen solchen Antrag sein kann, und die Erfahrung von Gerry Hanratty zeigt, daß Auslieferungen eine der Möglichkeiten darstellen, auf Anklagezusammenbrüche zu reagieren, um die betroffenen Menschen so lange wie irgend möglich im Knast zu behalten.

Im Sommer 1992 wurden die drei wegen "Verstosses gegen das Sprengstoffgesetz, Verwendung falscher Papiere, Hehlerei und Verbindung zu Rechtsbrechern" in Frankreich zu zwei Jahren verurteilt, was durch die U-Haft unter extremen Haftbedingungen schon abgesessen war.

In der BRD

Direkt nach diesem Urteil erfolgte dann die Auslieferung in die BRD. Der Haftbefehl und auch der Antrag, über den in Frankreich entschieden wurde, beruhte auf dem Vorwurf, daß die drei an zwei Angriffen der IRA beteiligt gewesen sein sollen: am 19.6.89 auf die Quebec Barracks in Osnabrück und am 2.7.89 auf einen Soldaten in Hannover.

Als sie in der BRD waren und der Prozeß am 1.4. diesen Jahres begann, wurde der Anklagekomplex "Hannover" fallengelassen, weil es Zeugen gibt, die die drei kurz vor dem Angriff in der Nähe der deutsch-französischen Grenze gesehen haben.

Sang- und klanglos verschwand der Hauptanklagepunkt und der Grund für eine reibungslose Auslieferung aus Frankreich; den französischen Behörden wurde die Existenz dieser Zeugenaussagen bewußt verschwiegen, um die Auslieferungen nicht zu behindern.

Gleich am ersten Prozeßtag war das dann auch der entscheidende Punkt, mit dem die AnwältInnen in einem ausführlichen Antrag begründeten, daß dieser Prozeß nur durch eine bewußte Täuschung der französischen Behörden zustandekommen konnte, eine Verfahrensvoraussetzung damit fehle und der Prozeß sofort einzustellen sei. Wenn die Änderung des Haftbefehls vorher geschehen wäre und nicht mit "Hannover" begründet, hätte die Möglichkeit bestanden, daß Frankreich nicht ausgeliefert hätte.

Der Antrag wurde nach der Logik bundesdeutscher Justiz abgelehnt, und schon hier in der Auseinandersetzung um die Verfahrensvoraussetzung wurde deutlich, wie willkürlich und je nach Bedarf gerade die BAW mit ihren eigenen Argumentationen taktiert.

Natürlich stellte sich die Frage, wer dann in der Logik der BAW den Angriff in Hannover ausgeführt haben soll - denn in der Argumentation der BAW, seit sie mit Prozessen gegen irische Menschen beschäftigt ist, ist immer nur eine ASU auf dem Kontinent aktiv; unter anderem darauf beruhte das Konstrukt und die gesamte Indizienkette der BAW im Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough. Und plötzlich gibt es doch eine zweite ASU, und zum dritten Mal in Prozessen gegen IrInnen in Westeuropa taucht ein Name auf: Desmond Grew.

Dessie Grew wurde im Oktober 1990 in Nord-Irland von "Sicherheitskräften" erschossen. Bis zu seinem Tod existierte ein geheimer Auslieferungsantrag der BRD an Britannien, um ihm hier in der BRD zusammen mit

Gerry Hanratty und Gerry McGeough den Prozeß zu machen. Im Revisionsverfahren gegen Donna, Sean, Paul und Gerard tauchte unter anderem plötzlich sein Name auf, als die Staatsanwaltschaft zugeben mußte, daß ihr bekannt war, daß Dessie Grew sich in den Niederlanden aufgehalten haben soll und diese Information nicht in den Prozeß eingebracht hat. Möglicherweise war das mit ein Grund für die Freisprüche. Jetzt wird sein Name hier zu dritten Mal ins Spiel gebracht, um eine Anklageänderung plausibel zu machen, nachdem der ursprüngliche Hauptanklagekomplex schon im Vorfeld zusammengebrochen ist.

Die Anklagepunkte sind jetzt also der Angriff in Osnabrück und "Agententätigkeit zu Sabotagezwecken" (§ 87 StGB). So absurd das klingen mag, ist dieser Punkt der, mit dem die BAW möglicherweise eine Verurteilung durchsetzen kann, wenn alles andere zusammenfallen würde.

Dieser Paragraph stellt u.a. das Auskundschaften von "Sabotageobjekten" im Auftrag einer Regierung, Vereinigung oder Einrichtung außerhalb der BRD unter Strafe. Höchststrafe dafür sind fünf Jahre. Eigentlich geht es um Sabotage gegen die Sicherheit der BRD, aber über das NATO-Truppenstatut hat die BAW es geschafft, daß auch britische Militäreinrichtungen unter diesen Paragraphen fallen. Angeblich sind bei den dreien Unterlagen über Einrichtungen der Rheinarmee gefunden worden, die jetzt dafür herhalten müssen, eine sichere Verurteilung wegen "Agententätigkeit" durchzusetzen. Das heißt ganz konkret, daß die Justiz scheinbar schon im Vorfeld eine Möglichkeit gesucht hat, einen Anklagezusammenbruch wie im ersten Düsseldorfer Verfahren zu verhindern.

Auffällig am Geschehen im Prozeß selbst ist, daß sowohl das Gericht als auch die BAW bemüht ist, die Atmosphäre eher ruhig zu halten und es nicht zu den sonst üblichen Auseinandersetzungen kommen zu lassen. Hat in Düsseldorf noch Bundesanwalt Morret die Atmosphäre mit antirepublikanischer Stimmungsmache zu bestimmen versucht und kräftig am Bild des "Internationalen Terrorismus" herumkonstruiert, so sitzen in Celle mit Wissen und Brinkmann eher zwei Bundesanwälte der zweiten Garnitur, die sich nicht die Mühe machen, die Situation politisch zu bestimmen und zu verschärfen. Auch der Vorsitzende Richter Volkert, ein SPD-Jurist, der in Celle sein erstes großes Verfahren führt, will den Prozeß eher als ganz normales Strafverfahren abwickeln. Dazu paßt dann übrigens, daß die Medien sich im Gegensatz zu 1989 europaweit jeglicher Berichterstattung enthalten.

Um zu einer Einschätzung zu kommen, welches Interesse hinter der Strategie in den Prozessen gegen IrInnen steht, ist die gesamte Entwicklung seit den ersten Festnahmen 1988 von Bedeutung. Daran wird deutlich, daß die BRD eindeutig das Ziel verfolgt, alle IrInnen, derer sie irgendwie habhaft werden kann, über willkürliche Konstrukte und Indizienprozesse wegen IRA-Aktionen in den Knast zu bringen, und zwar unter Zuhilfenahme des und in Absprache mit dem internationalen Bullenapparat.

Als 1991/92 immer deutlicher wurde, wie sehr die Anklage gegen Gerry und Gerry zusammenbrechen würde, folgte wie beschrieben erst ein Auslieferungsantrag aus Nord-Irland für Gerry Hanratty und dann für Gerry McGeough aus den USA, beide begründet mit Vorwürfen, die lange Zeit zurücklagen und die in der Zeit, als beide legal lebten, von den zuständigen Behörden eben nicht mit Auslieferungsanträgen weiterverfolgt wurden. Die BRD hatte ihre Aufgabe im internationalen Zusammenhang erfüllt, konnte hier keine Verurteilung erreichen und reichte die beiden zu ihren nächsten Prozessen weiter.

Düsseldorf und Celle sind Prozesse, die im Gegensatz zu dem ersten Verfahren von den Medien ignoriert werden und auch von der Justiz kaum von Propaganda begleitet werden, sie scheinen auf eine sichere Verurteilung hinauszulaufen. In Celle vermutlich durch den konstruierten Vorwurf "Agententätigkeit".

§ 129a

Der sicherste Weg für die Behörden, IrInnen hier zu kriminalisieren, wäre natürlich der § 129a, aber er ist bis heute nicht anwendbar, weil der BAW der Nachweis fehlt, daß die IRA eine in der BRD eigenständig agierende Organisation ist. Die IRA wird in allen Prozessen als "terroristische Vereinigung" diffamiert. "Mitgliedschaft, Unterstützung usw." einer im Ausland existierenden "terroristischen Vereinigung" ist bis jetzt in der BRD strafrechtlich nicht relevant.

Aber ein Schritt ist für die BAW getan, nämlich in der Zuständigkeitsregelung für BAW/OLGs durch den §120 Gerichtsverfassungsgesetz, der gleichzeitig mit dem §129a erweitert wurde. Relevant für diese Verfahren ist

der Abs.2 Nr.2, der die Zuständigkeit auch für "nicht oder nicht nur im Inland bestehende Vereinigungen" behauptet, "deren Zweck oder Tätigkeit die Begehung von Straftaten dieser Art (129a Katalog) ist".

Im jetzigen Düsseldorfer Verfahren taucht diese Zuständigkeitsregelung bereits unüblicherweise in den Haftbefehlen auf, und die Vermutung liegt nahe, daß das mit eine Vorbereitung zur Erweiterung des § 129a sein könnte.

Vorwand für das Ziel, ausländische revolutionäre Gruppen in der BRD kriminalisieren zu können, könnte naheliegenderweise die "Bekämpfung" der sogenannten Organisierten Kriminalität sein, nachdem immer wieder die Gefährlichkeit der "russischen Mafia" oder polnischer Autoschieber-Organisationen betont wird. Eine Änderung des §129 ("Kriminelle Vereinigung") würde zwangsläufig auch eine Änderung des 129a bedeuten. Dann nämlich wäre das Hindernis für die Justiz aus dem Weg geräumt, erst beweisen zu müssen, daß eine Gruppe in der BRD eine eigenständige Organisationsstruktur aufgebaut hat, wie in dem Konstrukt im Prozeß gegen die KurdInnen in Düsseldorf.

Alle Entwicklungen, die im Zusammenhang mit Prozessen gegen IrInnen in der BRD deutlich geworden sind - und auch die sich verändernden Erscheinungsformen in anderen Prozessen gegen ausländische revolutionäre Gruppen -, sind ganz im Sinne einer EG-weiten Aufstandsbekämpfung und der Vorantreibung und Durchsetzung des europäischen Rechtsraumes zu begreifen. Letztendlich findet hier in Gerichtsverfahren auf nationaler Ebene genau das seinen Ausdruck und bekommt juristische Formen, was von quasi im geheimen arbeitenden Gremien wie TREVI europaweit geplant wurde und wird.

gu.

Prozeßtermine: OLG Celle, Kanzleistraße, jeweils 10 Uhr 15 (an Freitagen 9 Uhr 15), Saal 94, Nebeneingang. 19.8., 20.8., 26.8., 6.9., 9.9., 10.9., 21.9., 4.10., 7.10., 14.10., 15.10., 21.10., 22.10., 28.10., 29.10., 4.11., 5.11.

32. Das "Verfahren der Verfremdung" (Türcke). Wird demnächst der Begriff der Rasse von "links" besetzt?

Rubrik: Rassismus-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:29

Bestenfalls eine Zumutung, schlimmstenfalls subtiler Rassismus - so ließe sich der Vortrag umschreiben, den der Philosoph Christoph Türcke auf dem "konkret"-Kongreß im Juni dieses Jahres in Hamburg gehalten hat. Da das inkompetente Geschwätz im Grunde der ernsthaften Erörterung nicht wert ist, hätte man über es vielleicht am besten den Mantel des Schweigens gelegt - wenn nicht erstens Türcke mit dem "konkret"-Kongreß ein Forum gehabt hätte, von dem viele der (wenigen) radikalen Linken dieses Landes sich Anregung und Orientierung erhofft hatten, und wenn nicht zweitens "konkret"-Herausgeber Gremliza sich dafür entschieden hätte, jetzt lieber die Flucht nach vorne anzutreten und durch Abdruck von Türckes Referat in der August-Ausgabe seiner Zeitschrift (bemäntelt als "Einstieg in die Türcke-Kontroverse") dem Unfug auch noch zehntausendfache Verbreitung zu bescheren.

Wann je durften wir erleben, daß dem Schriftgewaltigen Hermann L. Gremliza die scharf gestochenen Formulierungen abhanden kommen und hilfloses Schreiben an die Stelle präziser Ausdrucksweise tritt? Türckes Referat mit dem Titel "Die Inflation des Rassismus" hat es möglich gemacht. Auf von Ingrid Strobl und Bettina Hoeltje noch während des Kongresses gegen das Türcke-Referat erhobene Einwände eingehend (die in der August-Ausgabe von "konkret" ebenfalls zu finden sind - übrigens unfairerweise gedruckt wie gesprochen, während Türcke die Gelegenheit bekam, sein schriftliches Referat noch mit einigen Anmerkungen sowie einer Vorbemerkung zu versehen, was ihn allerdings nur noch mehr desavouierte) meint Gremliza in einem Nachwort, Türcke habe nicht behauptet, ",die biologische Gegebenheit der Körperkonstitution bestimmt die Seelenbeschaffenheit, diese wiederum bestimmt die menschliche Geschichte` (Strobl)", und er habe auch nicht ",erwogen`, ,von der Hautfarbe ausgehend ... auf innere Disposition zu schließen`(Hoeltje), sondern..." - und es folgt Originalgeschreibe Gremliza - "nur so etwas in der Art". Tatsächlich, so ist es dort zu lesen, wobei Gremliza getreu seinem eingeschlagenen Kurs nach dem Motto "Angriff ist die beste Verteidigung" kess in Richtung der beiden zitierten Frauen hinzufügt, "die Differenz zwischen dem Text und den ‚Zitaten` (kommt) auf die zwischen einem Gedanken und einem Gerede heraus". Nun, wir werden gleich noch sehen.

Und auch eine Formulierung wie: "Türckes Text ... ist nicht rassistisch, sondern zu größten Teilen richtig und bloß in einem, dem entscheidenden Punkt falsch, der im Text, obwohl er ihn kommandiert, gar nicht vorkommt, sondern erst in der nachgeschickten Vorbemerkung" würde sich normalerweise wohl eher auf der für solches Durcheinander vorgesehenen drittletzten Seite seines Magazins finden, statt in dessen Mitte und dazu noch aus der Feder Gremlizas selbst. Zu dessen Ehrenrettung sei jedoch hinzugefügt, daß er im Anschluß an dieses Zitat dann doch die völlige Unhaltbarkeit von Türckes Dahergerede aufzeigt.

Hätte der Philosoph geschwiegen...

Zunächst einmal läßt sich festhalten, daß die Kenntnis einfacher politischer Tatsachen, geschweige denn das Erfassen konkreter politischer Zusammenhänge nicht die Sache des kritischen Theoretikers und Adorno-Fachmanns Türcke ist. Anders lassen sich etliche beiläufige Äußerungen von ihm nicht erklären, etwa der Art, daß man sich heute "kleinlich um einen Solidarpakt" streite, daß das Sozialleistungssystem in Deutschland "so üppig" sei, oder solch dumm-brutale Bemerkung, daß "das Indianerreservat jetzt schon das Modell dafür sein (könnte), wie dermaleinst echte Schwarze, Weiße oder Gelbe gehalten werden". (Türcke geht nämlich davon aus, daß "das moderne Wirtschaftsgesetz rassenauflösend (ist)".) Nicht den Schimmer einer ernsthaften politischen Reflexion zeigt auch seine nachträglich eingefügte Bemerkung, daß es "wohlfeil" sei, "mit der Forderung nach ... Grenzöffnung die eigene gute Gesinnung zu beweisen, solange man der Macht der Politiker sicher sein darf, die sie nicht zulassen werden". Daß - einmal unterstellt, Befürworter offener Grenzen dächten so schlicht - genau an diesem Punkt die Suche nach Möglichkeiten von Politik im Interesse der Flüchtlinge beginnt, daß also solch eine neunmalkluge Bemerkung für die konkrete politische Arbeit gar nichts bringt, weil sie nur Ratlosigkeit produziert, liegt außerhalb von Türckes Gedankenwelt. Diese endet nämlich in diesem Fall bei der Feststellung, daß "die Versorgungsanstalt Deutschland ... selbst dann, wenn sie es ernstlich wollte, kaum mehr in der Lage (wäre), eine großzügige Asylpolitik zu treiben". Tja, da kann man denn wohl nichts machen ... (Zum Ausgleich darf man sich jedoch an Türckes ergänzender und ganz ganz

radikaler und kritischer "Analyse" beruhigen, nach welcher "ein Sozialstaat, der sich in der Krise wirklich von den Menschenrechten leiten ließe, die er auf seine Fahnen geschrieben hat, (sich) selbst untergrübe". Tja...)

Aber diese flachen bzw. geschwollenen Äußerungen sind vergleichsweise Marginalien und nur Beispiele für Türckes sträflich arglosen Gebrauch auch solcher Vokabeln, denen im herrschenden Sprachgebrauch in Deutschland eine eindeutig rassistische Bedeutung zukommt. Türcke meint, davon abstrahieren zu können. Folglich fliegen uns Wörter wie "Rasse", "Zuchtwahl", "Mischung" und "Rassenauflösung" nur so um die Ohren, so, als hätte beispielsweise ein Edmund Stoiber, damals in der Funktion des bayrischen Innenministers, nicht das Wort von der "Durchrassung der Gesellschaft" in die bundesdeutsche Welt gesetzt.

Bestenfalls seine Weltfremdheit und politische Ahnungslosigkeit demonstriert Türcke, wenn er in seiner nachträglich formulierten Vorbemerkung auf den in den USA gängigen Begriff der "race relations" verweist. Daß ihm wirklich jegliches Gespür für den gesellschaftlichen Kontext von Begriffen fehlt, beweist er genau an diesem Beispiel damit, daß er sich mit unschuldigem Augenaufschlag sogleich die monströse Frage erlaubt, ob die US-Amerikaner "das dürfen" (nämlich den Begriff der Rasse benutzen), "weil die USA kein Auschwitz hatten, sondern nur Martin Luther King".

Den unsäglichen Vergleich einmal beiseite gelassen: Sicher kann man auch hierzulande relativ bedenkenlos von "rassenkonflikten" in den USA sprechen. In Deutschland aber sollte der Begriff der "Rasse" und ähnliches zur Beschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse allein schon deshalb dringend vermieden werden, weil er längst sowohl ideologisch als vor allem auch durch die geschichtlichen Tatsachen faschistisch besetzt ist. Türcke scheint das entweder entgangen zu sein oder aber nicht zu stören oder er nimmt es bewußt in Kauf.

...wäre Ingrid Strobl geblieben

Als ich das erste Mal von Türckes Referat und dem Krach, den es auf dem "konkret"-Kongreß ausgelöst hatte, hörte, war ich zunächst davon ausgegangen, daß Türcke sich des Themas der Unterschiedlichkeit der Menschen angenommen hätte, um daraus vielleicht im Hinblick auf die politische Praxis einige Schlußfolgerungen zu versuchen. Türckes philosophische Herkunft - er ist ausgewiesener Adept der "Kritischen Theorie" Adornoscher Richtung - hätte mich allerdings von vornherein ein wenig mißtrauischer machen sollen. Daß es dann allerdings so faustdick kam, ist wiederum dem armen Adorno kaum anzulasten.

Türcke hebt mit der "simplen Tatsache" an, "daß Pygmäen, Mongolen, Eskimos, Araber, Skandinavier in Wuchs, Gestalt, Farbe, Sprache und Sitten deutlich voneinander abweichen". Nun, niemand würde dies bestreiten wollen, auch wenn Türcke so tut, als ob es Antirassisten gebe, die dieses nicht zur Kenntnis nähmen. Interessant wäre nun vielleicht zum einen, inwiefern und ob überhaupt diese Unterschiede irgendeine Relevanz hätten, welche gesellschaftliches Verhalten und politisches Handeln im konkreten Fall strategisch bestimmen würde, zum anderen, wie sich diese Unterschiede erklären lassen. Für einen marxistisch denkenden Menschen ist zumindest die zweite Frage grundsätzlich leicht zu beantworten: Unterschiedliche körperliche Merkmale zwischen verschiedenen Völkern erklären sich aus den unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten, die die Menschen in ihrer notwendigen Auseinandersetzung mit der Natur zum Zwecke ihrer Reproduktion vorfinden. (Marx sprach vom Stoffwechselprozeß der Menschen mit der Natur durch Arbeit.)

Bis zu einem gewissen Grade läßt sich mit diesem Ansatz auch die erste Frage beantworten: Aus den Reproduktionsbedingungen formen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse, die das Verhalten und die Mentalität der Menschen prägen. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß ein in Mitteleuropa geborener und aufgewachsener farbiger Mensch sich hier grundsätzlich anders verhalten würde als ein weißer Mensch. Und umgekehrt dürften Mentalität und Verhalten eines im Bereich der Mitternachtssonne lebenden norwegischen Fischers doch nicht unerheblich von denen eines französischen Weinbauern in Burgund abweichen, obwohl ihre körperlichen Merkmale ziemlich ähnlich sind.

Türcke sieht das anders. Aus der Tatsache, "daß es günstigere und weniger günstige klimatische und geographische Bedingungen für menschliche Entwicklung gibt", folgt für ihn sogleich die in Frageform gekleidete ganz und gar unglaubliche Feststellung, "warum nicht zugeben, daß die Natur ihre Huld innerhalb der Rassen wie auch zwischen ihnen nicht so gleichmäßig verteilt hat wie eine Firma ihre Postwurfsendung?" Abgesehen, daß hier ums erneute Mal der gewählte Vergleich befremdlich wirkt, und abgesehen von der alle sozialen Bedingungen souverän beiseite lassenden Behauptung, die Natur hätte ihre Huld auch innerhalb der

"Rassen" nicht gleichmäßig verteilt, ist seine Aussage spätestens an dieser Stelle schlicht rassistisch. Was soll diese Bemerkung anderes bedeuten als daß es gut und nicht so gut ausgestattete Menschengruppen gibt?

Ihre rassistische Qualität erhält Türckes Behauptung eben dadurch, daß die Natur für Unterschiede unter den Menschen verantwortlich gemacht wird, mitnichten jedoch die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse bzw. die Reproduktionsbedingungen. Mit pseudowissenschaftlichem Geschwafel hat Türcke dies schon zuvor zu "belegen" gesucht. Auch er bediente sich dabei des Terminus "Stoffwechselprozeß", "in welchem die Menschheit mit der übrigen Natur steht". Dieser wird bei ihm nun aber nicht historisch-materialistisch über die Arbeit vermittelt, sondern (pseudo-materialistisch) biologisch bestimmt: "Die menschliche Haut ist ein Atmungs- und Wahrnehmungsorgan ersten Ranges, Grenze und Filter zwischen Außen und Innen..." Und darum: "Menschenrassen sind ... ein Produkt der Naturgeschichte." (Hervorhebung J.)

Daß Türcke gleichzeitig eine Körpergeschichte behauptet, die simultan zu einer Seelen- und zu einer Geistesgeschichte verlaufe, macht die Sache keinesfalls besser. Er selber scheint der Meinung zu sein, sich damit von biologistischen Rassetheorien hinreichend abgegrenzt zu haben und gleichzeitig jene, die die Differenz zwischen schwarzen und weißen Menschen vor allem als gesellschaftliche Kategorie wahrnehmen, ermahnen zu können, sie würden Gesellschaft gegen Natur ausspielen (siehe seine Vorbemerkung). Da er jedoch den Zeitraum körperlicher Veränderungen in Zehntausenden von Jahren bemißt, ist er zum einen praktisch doch bei den die Unterschiede zwischen Menschen als "natürlich" behauptenden Rassisten gelandet. Zum anderen demonstriert er damit, daß er Natur gegen Gesellschaft ausspielt, was wesentlich falscher als der von ihm bemängelte umgekehrte Fall ist und in der politischen Konsequenz auf den Unterschied zwischen äußerst rechts und links hinausläuft. Hingegen dürfte Türcke von der im Arbeitsprozeß enthaltenen Realdialektik zwischen Mensch und Natur vermutlich noch nie etwas gehört haben - was freilich auf Grund seiner Herkunft aus der "Kritischen Theorie" auch nicht zu überraschen vermag.

Natur - die große Unbekannte

Deren verkorkste Naturauffassung stand nämlich auch Pate bei allem weiteren Unheil, das Türcke noch so von sich gab. Vor dem Hintergrund, daß die Kritische Theorie in bester idealistisch-philosophischer Tradition die Geistesgeschichte als eigene, von der Natur abgesonderte Sphäre begreift, kommt Natur dort in drei Varianten vor: Entweder als bedrohlich, unverstanden und übermächtig oder aber als ihrerseits durch den Geist unterdrückte und vergewaltigte (was aber nur eine Variante des ersten Falls insofern ist, als sich das "natürliche" Gesetz von Herrschen oder Unterdrücktwerden nun umgekehrt auf der Seite der Menschheit geltend macht) oder schließlich in der Utopie als mit sich und dem Geist versöhnte.

Da nach Auffassung der Kritischen Theorie der Horkheimer/Adorno-Variante die Menschheit bisher nicht wirklich aus ihrer angeblich so verhängnisvollen Naturverstrickung herausgetreten ist, gelten für sie die von ihr behaupteten alten "natürlichen" Reflexe nach wie vor. Bei Türcke liest sich das dann so: Die "Anschauung" des Rassismus sei "oberflächlicher Deckmantel von etwas viel tiefer Sitzendem: der Furcht vor dem Fremden und dem Haß darauf. Und der wiederum hatte ursprünglich wenig mit Rasse und viel mit undurchschauter Natur zu tun." Deshalb sei "der Schrecken des Fremden (leider) objektive Realität, nicht nur Sache der Einstellung; solange es Naturgewalt, Verletzlichkeit oder Tod gibt, ist er nicht ganz aus der Welt zu bringen".

Mit empirischen Überlieferungen und Erfahrungen haben derartige Behauptungen wenig zu tun, denkt man etwa an Berichte über die Aufgeschlossenheit, mit der "Naturvölker" bei ihren ersten Kontakten Angehörigen anderer Kulturen begegnen oder an die natürliche Neugier von Kleinkindern. Doch viel schlimmer ist, daß Türcke mit seiner verqueren Hypothese in absurder Weise offenes Verständnis für Rassisten formuliert: "Das Urteil, den Fremdenhassern fehle das Sensorium für Pluralität und Differenz stimmt schwerlich. Gewöhnlich spüren sie das Differente so intensiv, daß sie es nicht ertragen. Ihre Unsensibilität ist auch Übersensibilität." Skandalös ist an dieser These zweierlei: Erstens wird der Täter zum Opfer, welches die Differenz nicht mehr erträgt (dazu paßt, daß Türcke die rassistischen Mörder und Schläger bar jeglicher vorliegender Erkenntnisse als von der Gesellschaft sozial Ausgegrenzte wähnt). Zweitens, und hier macht der Unfug mit den unterschiedlichen menschlichen Haut- und Stoffwechseltypen wieder "Sinn": Türcke behauptet glatt, daß anderes Aussehen zwangsläufig das Gefühl der Differenz provoziere. Was für eine gefährliche und schlichtweg falsche Behauptung!

Am katastrophalsten aber ist vielleicht, daß mit dieser Methode, die gesellschaftliche Geschichte (gleich Entwicklung) auf (statische) Naturgesetze reduziert, auch jegliche linke Politik, jeglicher konkreter Widerstand für nutzlos erklärt wird. Unter den Bedingungen des kapitalistischen Marktes (die laut Kritischer Theorie und Türcke ebenfalls wie undurchschaute Naturmechanismen wirken) gilt dann auf angeblich unabänderliche Weise: "Die jüngsten Anschläge zeigen wie Menetekel auch etwas an, woran keine rechtliche oder pädagogische Maßnahme heranreicht und wovon niemand ganz frei ist: eine Besitzstandsbunkermentalität, die die Weltwirtschaftslage in dem Maße aufzwingt, wie sie den Globus in Wüsten und Oasen des Marktes aufteilt." Erneut also ist die Konsequenz der Türckeschen Gedanken in höchstem Maße unpolitisch und reaktionär: Statt zu fordern, daß die rechtlichen Handhaben ausgeschöpft bzw. verbessert werden, statt pädagogische Ansätze zur Kenntnis zu nehmen, die solidarisches Verhalten erlernen lassen, gilt dies alles von vornherein als ganz und gar sinnlos.

"Der Reiz des Fremden"

Sinnvoll hingegen ist für die kritischen Theoretiker vom Schlage eines Türcke eigentlich nur eines, nämlich das, was ihnen - böse gesagt - ihre Legitimation sichert: Ausweg aus der menschlichen Verstrickung in die ineinander verwobenen Natur- und Marktgesetze weist nur der menschliche Intellekt. Denn "menschlicher Geist" ist sowohl "das Nicht-Ertragen des Fremden, sein Tun daher" aber auch "das Fremde ins Vertraute zu ziehen". "Kraft der geistigen Fähigkeit, dem Verschiedenen ein Gleiches abzumerken" stellt sich Nähe und Vertrautheit zum Verschiedenen ein, welches damit seinen angeblichen Schrecken verliert. Aus der Perspektive des bornierten Kopfarbeiters stellt sich für Türcke alsdannn der "Reiz des Fremden" ein: "Die wissenschaftliche Neugier, die Abenteuerlust, die Sehnsucht nach fremden Ländern, das Entbrennen für die schöne Fremde ...", so formuliert, hart am Rande eines aufgeklärten Rassismus, einer, der seinen geistigen Elfenbeinturm nicht zu verlassen in der Lage ist, weil er als bürgerlicher Philosoph von der Distanz des Geistes zum "Anderen" lebt - eine Distanz, die zwar immer wieder als "unversöhnter Zustand" bitter beklagt, die zugleich aber immer wieder mit Akribie konstruiert und behauptet wird.

Mit materialistischer Philosophie, die sich dem Unterfangen einer konkreten begrifflichen Bestimmung der wirklichen Verhältnisse unter dem Aspekt ihrer Entwicklung und Veränderung stellt, haben die gerade auch in politisch-praktischer Hinsicht nicht zufällig so seichten Ausführungen eines Türcke eigentlich gar nichts zu tun - außer vielleicht, daß Marx in seiner Jugend für eine kurze Zeit auch mal ein kritischer Kritiker gewesen ist.

Da die Kritische Theorie Adornoscher Prägung trotzdem mit einigen Versatzstücken Marxscher Theorie operiert - insbesondere in verabsolutierender Weise mit der Marxschen These vom Fetischcharakter der Ware - und angesichts der Tatsache, daß etliche Bestände der Kritischen Theorie insbesondere Adornos und Marcuses zum Selbstverständnis radikaler Linke hierzulande gehören, verwundert es nicht, daß Leute wie Türcke oder auch Pohrt innerhalb der BRD-Linken immer wieder reüssieren können. Da der Kern ihrer Theorie sich aber letztlich auf "Kritik" reduziert, die am Ende wenig erklärt und gar nichts verändert (noch nicht einmal perspektivisch), müssen sie, um im Geschäft bleiben zu können, am Ast sägen, auf dem sie sitzen: Die Kritik wendet sich in der Form der Provokation in schöner Regelmäßigkeit gegen das eigene Umfeld mit der Gefahr desorientierender Konsequenzen.

"Konkret" hält es offenbar für sinnvoll, solch verkrachter Form von Ideologiekritik, die falsches Bewußtsein gleichsam zwanghaft in den eigenen Reihen suchen möchte, immer wieder Raum zu geben. Eine andere Zeitung, die ihr Selbstverständnis übrigens auch mal aus der "großen Provokation" bezog, hat diese Phase längst hinter sich gebracht und ist bekanntlich in die Vernunftgründe systembejahender Realpolitik gewechselt. Möge "konkret" das Schicksal der "taz" erspart bleiben.

Hermann L. Gremliza muß freilich die politische Verantwortung nicht nur dafür auf seine Kappe nehmen, daß er Türcke ein Forum für dessen (fahrlässig?) rassistisches Gerede in Gestalt des Kongresses und, schlimmer noch, durch den Abdruck des Referats in "konkret" geboten hat. Ihm kommt auch das "Verdienst" zu, ein neuerliches Mal die Verunsicherung der ohnehin nur wenigen radikalen Linken in diesem Land befördert zu haben. Die weitverbreitete Desorientierung der Linken in der BRD, angesichts derer dann auch noch solch "interessante Thesen" (so Wolfgang F. Haug als Moderator der Türcke-Veranstaltung) ein williges Publikum finden, ist Gremliza jedoch nicht anzulasten. Denn das hieße, Wesen und Erscheinung zu verwechseln.

J./Westberlin

33. Zur Diskussion des Referats von Karl-Heinz Roth auf dem "konkret"-Kongreß (ak 356)

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:06

Lieber Karl-Heinz,

Mit größtem Interesse habe ich die Kurzfassung Deines Referates vom "konkret"-Kongreß im "ak" gelesen. Die Stichworte "neue Proletarität" und "Toyotisierung" treffen sich mit Aspekten, auf die ich bei meinen Untersuchungen in der ehemaligen UdSSR gestoßen bin.

Verstehen wir die ehemalige Sowjetunion als das größte Taylorisierungs-Experiment der Weltgeschichte mit der am extremsten vorangetriebenen Zerstückelung der Produktion und Isolierung ihrer Teilarbeiter, bzw. Teilarbeiterinnen auf Grundlage des in den Formen des Moskau-Zentralismus am totalsten entwickelten Etatismus - so ist der Zusammenbruch dieses Systems natürlich mehr als nur ein Zufall und mehr als nur ein Ereignis unter vielen anderen: Er ist Ausdruck der Überlebtheit des Taylorismus als Entwicklungsprinzip.

Du hast in Deinem Referat den Toyotismus ins Bewußtsein gerückt, der den Taylorismus weltweit als neues Organisations- und Entwicklungsprinzip des Kapitals abzulösen und neue Formen der Proletarisierung zu entwickeln beginne. Dem ist in der Kürze von meiner Seite nichts hinzuzufügen. Nachhaltiger als Du es angedeutet hast, muß aber wohl herausgestellt werden, daß der offene und rasante Zusammenbruch der Sowjetunion dem Toyotismus als neuem Entwicklungsprinzip nunmehr endgültig freies Feld überläßt. Allzu offensichtlich wurde und wird immer noch vor aller Augen demonstriert, zu welchen katastrophalen Folgen der zum Staats- und Lebensprinzip erhobene Taylorismus geführt hat - zu einem mono-industrialisierten, zentralisierten Arbeitsregime, dessen Überzentralisierung die Entpersönlichung des einzelnen (Schräubchen-Mentalität) und die Unterentwicklung, bzw. einseitige Entwicklung der Landesteile, kleineren Städte und nicht zuletzt der Dörfer nicht nur zur Voraussetzung hatte, sondern die Arbeitsteilung derart ins Extrem trieb, daß der Mechanismus schließlich in der unvermeidlichen - und was schlimmer ist - in vielen Fällen irreversiblen Katastrophe endete, bzw. noch zu enden droht.

Dabei entsteht in der Post-Sowjetunion (und ihren ehemaligen Bündniszonen) die Frage, ob aus den zusammenbrechenden etatistischen Strukturen selbst so etwas wie eine Alternative zum Taylorismus hervorgehen kann. Die neo-liberalen Privatisierungsstrategien der IWF/Weltbank und Treuhand sind zum Scheitern verurteilt, bzw. schon jetzt offensichtlich gescheitert - gemessen an dem vorgeblichen Ziel der "Entwicklungshilfe". Kann unter diesen Umständen eine alternative Privatisierungsstrategie entstehen, die den Elementen eines Neo-Liberalismus, Neo-Taylorismus oder wie immer wir es bezeichnen wollen, eine "ganzheitliche", eine "kollektive", eine "team- orientierte", also in den Begriffen Deines Referates eine "toyotisierte" Arbeitsproduktion entgegenstellt?

Die linke Debatte in der Post-Sowjetunion hat diesen Ansatz. Er ist allerdings noch sehr marginal. Er zerfällt zudem schon in den ersten Annäherungen in den Aspekt der Wiederbelebung staatskollektivistischer, korporativistischer Lenkungsstrukturen - tendenziell sogar faschistischer Staatsvorstellungen - zum einen und der Entwicklung neuer selbstbestimmter, kooperativ organisierter Kollektive zum anderen.

Dieser Widerspruch ist ja auch am Ende Deiner Ausführungen angelegt: Du befürwortest die Bildung neuer proletarischer Zirkel - aber selbstverständlich nicht im Rahmen der bekannten staatssozialistischen Organisationsvorstellungen. Einverstanden! Notwendig wäre also die Entwicklung selbstbestimmer Kollektive von unten! Unter dieser Begrifflichkeit habe ich in meinen letzten Arbeiten für denselben Gedanken plädiert. Anders gesagt, der Zusammenbruch des verstaatlichten Kollektivismus führt uns historisch vor die Chance und die Notwendigkeit, das Kollektiv als Arbeits- und Lebenseinheit von unten wieder zu erobern, so wie uns der Zusammenbruch des verstaatlichten Sozialismus genereller vor die Aufgabe führt, den eigenen Standort im Klassengeschehen neu zu finden und soziales Handeln daraus selbst neu zu bestimmen.

Ich bin weitgehend einverstanden mit Deiner Beschreibung der "neuen Proletarität". Die sozialen Differenzierung in der Sowjetunion und den ehemals sozialistischen Ländern sprechen ja eine mehr als deutliche Sprache - allerdings ihrerseits noch einmal zu differenzieren nach historischen, nationalen und kulturellen Aspekten. Linke Analytiker wie Boris Kagarlitzky und andere von der "Partei der Arbeit", aber auch

Liberale wie Andranik Migranjan und andere sehen die Entwicklung. Aus ihren Beschreibungen der Prozesse läßt sich vermutlich über Einsichten in die konkreten Probleme der Post-Sowjetunion hinaus einiges für die Erkenntnis der Gesamtentwicklung unserer heutigen Welt gewinnen.

Sind aber die Menschen, die jetzt aus der Phase des staats-, also fremdbestimmten Kollektivismus, des etatistischen Super-Zentralismus heraustreten, praktisch oder gar in großer Zahl in der Lage und bereit, diesen notwendigen Schritt in einen von unten neu entwickelten und selbstbestimmten Kollektivismus zu tun? Das ist eine andere Frage. Es besteht ja durchaus die Gefahr, daß sie angesichts des Zerbrechens der alten Strukturen, an deren Stelle neue nicht erkennbar sind, in ihrer Hilflosigkeit trotz aller negativen Erfahrungen auf die gewohnten staatskollektivistischen Formen zurückgreifen, daß also nicht kooperativer, sondern korporativistischer Kollektivismus (wieder)belebt wird.

Hier ist die Brücke zum "Toyotismus". Nicht von ungefähr erfreut sich das "japanische Modell" in der Post-Union zunehmender Beliebtheit. Für mich ist klar, daß wir mit der post-sowjetischen (Neu)Linken in den Dialog eintreten müssen, wenn wir neue Perspektiven entwickeln wollen.

Im Mittelpunkt sehe ich zwei Komplexe:

- die Analyse und Debatte der "großen Privatisierung", ihrer Voraussetzungen und ihrer Ergebnisse - Differenzierung und allgemeine Proletarisierung der nach-tayloristischen Industriegesellschaft.

- die Analyse und Debatte der alternativen Formen der Privatisierung, in denen der historisch gewachsene russische Kollektivismus sich mit der Privatisierung zu einem neuen, eigenen Weg verbinden könnte.

Generell scheint mir der Übergang aus der Phase der Taylorisierung zu Methoden produktorientierter, an der Gesamtheit des Produktionsprozesses ausgerichteter und den arbeitenden Menschen allseitig im Rahmen eines Kollektivs einbeziehender Arbeitsorganisationen der unvermeidlich anstehende historische Schritt zu sein. Darin liegt aber Chance und Bedrohung zugleich: Die Frage ist, ob diese Entwicklung von oben oder von unten bestimmt wird. Von oben bestimmt, kann sie zu ungeahnten Formen totaler Gesellschaften führen. Von unten bestimmt, kann sie neue emanzipatorische Kräfte freisetzen - allerdings nur, wenn die Gefahren des Rückfalls in staatskollektivistische und staatssozialistische Denk- und Seinsstrukturen erkannt werden.

Beide Varianten liegen nah beieinander: In der Zielsetzung, den unvermeidlichen Übergang von der tayloristisch-etatistischen Arbeits-, Lebens- und schließlich Gesellschaftsorganisation zu neuen kollektiven Formen von unten zu bestimmen, bzw. auch der politischen Vermittlung dieser Zielsetzung, die die radikale Kritik des staatssozialistischen Versuchs dieses Weges mit einschließt, scheint mir der Inhalt der "neuen Proletarität" zu liegen. Für die post-sowjetischen Verhältnisse formuliert: Welche Rolle spielt die Tradition der "obschtschina", der alten russischen Dorfgemeinschaft, also des traditionellen russischen Kollektivismus, für den Transformationsprozeß des Staatssozialismus zu neuen Formen der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens? Läuft sie in einseitigem Rückgriff auf die in ihr enthaltenen korporativistischen Elemente quer zur allgemeinen Proletarisierung, insbesondere aber deren bewußter Wahrnehmung, oder kann sie sich mit Rückgriffen auf die darin enthaltenen kooperativen, emanzipatorischen, zum Teil auch anarchischen Elemente zu einer Kraft der Erneuerung von unten verbinden?

Ich wünsche mir sehr, daß wir diese Fragen an Hand von konkretem Material tiefer diskutieren und so der linken Verzweiflung ein wenig beikommen können. Die Gefahren, daß "Toyotismus" von oben und nicht selbstbestimmter Kooperativismus von unten den Gang der weiteren Entwicklung bestimmt, sind nach der historischen Diskreditierung staatskollektivistischer Gesellschaften, insbesondere des Staatssozialismus, groß. Es bleibt aber keine Wahl, als durch die radikale Kritik des Staatssozialismus und der Analyse seiner Zerfallsformen mindestens den Versuch zu machen, das, was entstehen könnte, herauszuarbeiten.

In der Hoffnung auf eine nicht allzulange ausbleibende Antwort,

mit freundlichen Grüßen

Kai Ehlers

34. Der Feind steht links. Polizei und Justiz gegen Antifaschisten

Polizei und Justiz gegen hessische Antifaschisten

Rubrik: Polizei; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:28

Am 16. Juli fand in Hungen-Inheiden (zwischen Gießen und Frankfurt) ein Konzert statt, das von der antifaschistischen Jugend des Ortes organisiert worden war. Da es in der Gegend wiederholt neonazistische Angriffe und Anschläge gegen AusländerInnen und Andersdenkende gegeben hatte, sollte mit der Veranstaltung ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Rechtsextremismus gesetzt werden.

Daß die Region Hungen eine Neonazi-Hochburg ist, wurde u.a. im Dezember vergangenen Jahres deutlich. Bei der polizeilichen Durchsuchung von acht Wohnungen in verschiedenen Hungener Stadtteilen wurden acht Personen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren festgenommen. Sichergestellt wurden u.a. Waffen und Propagandamaterial der inzwischen verbotenen "Nationalistischen Front" (NF). Als Anführer der Gruppe gilt ein 19jähriger, der gestanden hat, am 18.11.1992 fünf scharfe Schüsse auf das Hungener Flüchtlingsheim abgegeben zu haben. In den Monaten davor war eine jüdische Gedenkstätte verwüstet und ein Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim verübt worden. Verschiedene rechtsextremistische Organisationen hielten in Hungen-Inheiden ihre Treffen ab. Auch eine Wehrsportgruppe konnte öffentlich auftreten.

Schon im Vorfeld des Konzertes gab es massive Drohungen der Neonazis, sie würden das "Antifa-Konzert" überfallen. Am Abend selbst versuchten sie, abreisende KonzertbesucherInnen anzugreifen. Die Neonazis nutzten eine Grillfete von SchülerInnen als Treffpunkt und konnten von dort aus ungehindert bewaffnet losziehen. Die Behauptung von Polizei und Presse, es habe sich um unbeteiligte Passanten gehandelt, die "plötzlich und grundlos" von Jugendlichen aus der "linken Szene" angegriffen worden wären, ist eine Lüge und dient nur dazu, die antifaschistische Gegenwehr an diesem Abend zu kriminalisieren.

Lange nach dem Ende der Veranstaltung kam es überraschend zu einem brutalen Einsatz der Polizei gegen die noch vor der Halle sich aufhaltenden KonzertbesucherInnen. Willkürlich wurden zwei Personen festgenommen. Mit gezogenen Pistolen, Schlagstöcken, Reizgas und einem Polizeihund wurde gegen die Menge vorgegangen.

Gegen die beiden Festgenommenen wird wegen schweren Raubes, Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ermittelt. Während der eine nach elf Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, ist der andere, Jürgen, mehr als vier Wochen nach seiner Festnahme immer noch in Haft.

Die Bunte Hilfe Darmstadt, das Antirassistische und Antifaschistische Notruf- und Infotelefon Frankfurt und Hungener AntifaschistInnen verlangen die sofortige Freilassung von Jürgen. Sie fordern zu Protesten beim zuständigen Haftrichter auf, zu richten an:

Amtsrichter Hössl,

Amtsgericht Nidda, 63667 Nidda

Tel. 06043/800324; Fax 06043/800329

Spenden für den Prozeß bitte überweisen auf:

Konto Nr. 304801372 "Anna Schie", BLZ 50050201,

Sparkasse 1822 Frankfurt/Main;

Verwendungszweck: Prozeß

(nach Berichten der oben genannten Gruppen zusammengestellt von Js.)

35. Der Pannwitzblick. Das Buch zum Film

Autor: Hartmut Konopka · Rubrik: Gentechnologie; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:10

was für ein volk

so fleißig

schmatzt es die schmiere

vom schönen tod

die lüge von oben

unten bang naß der zierliche schauder

hoch aus mannslichtem leuchten

hinab stößt

kostensparend

die gnade

Wer Christian Geisslers verdichtete Denk- und Sprechtreffer aus dem Filmessay Der Pannwitzblick (Besprechung in ak 354) nachlesen möchte, hat nun die Gelegenheit: Der Pannwitzblick - Wie Gewalt gegen Behinderte entsteht ist soeben im Verlag Libertäre Assoziation erschienen.

"Das Buch zum Film" gehört zwar zur modernen Marketing-Strategie, aber für einen trotz vieler Preise und Festival-Ehren nach den Verleihzahlen eher dem Underground zuzurechnenden Kunststreifen ist es eher unüblich, zumal die Uraufführung bereits eineinhalb Jahre zurückliegt. Wieso also Originaltext und Aufsätze zu einem cineastischen Meisterwerk, dessen Wirkung auf dem Zusammenspiel von Bildern, Sprache und Musik basiert? Auf meine Nachfrage erklärt Mitherausgeber Udo Sierck, daß er bei den vielen Diskussionen, zu denen er als einer der Protagonisten des Films eingeladen war, immer wieder die gleichen Fragen zu hören bekam: Wer ist Peter Singer? Wer ist Henning Atrott? In welchem Zusammenhang entstanden die historischen Filmdokumente? Ist die aktuelle "Euthanasie"-Diskussion überhaupt vergleichbar mit der faschistischen Vernichtungspolitik? Udo Sierck und Didi Danquardt, Regisseur von Der Pannwitzblick, erkannten die Notwendigkeit eines erklärenden Beiwerkes, zumal der Film auf Kommentare und Erläuterungen gänzlich verzichtet. Sieben AutorInnen nähern sich dem hochgesteckten Thema "Wie Gewalt gegen Behinderte entsteht" auf ihre jeweils eigene, höchst unterschiedliche Herangehensweise.

Didi Danquardt erläutert auf sehr persönliche Art Intention und Vorgehen bei seiner Filmarbeit zu Der Pannwitzblick. Er ist sich bewußt, daß ein solcher Film der komplexen Debatte um Sterbehilfe, "Euthanasie", Umgang mit Behinderten, Rassenideologie, Gentechnologie, faschistische Kulturpolitik usw. nie gerecht werden kann. Sein Anliegen mit Der Pannwitzblick beschreibt er folgendermaßen: "Es ist in erster Linie ein Film über die Blicke und die Abbildung in Bildern." (1). Wie wurden und werden Menschen, die nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechen, auf Fotos und in Filmen dargestellt? Welche Funktionen haben welche Darstellungsweisen, wie wirken sie auf die Betrachtenden? Danquardt beobachtete bei seiner zweijährigen Zusammenarbeit mit den im Film mitwirkenden Behinderten Angst als erste Reaktion von Nichtbehinderten. Angst davor, selbst einmal behindert und in ihren Aktionen eingeschränkt zu sein. "Die humanistische Form der Verdrängung dieser Angst ist: Mitleid. Die materielle Form davon bedeutet: Aussonderung. Die terroristische Formulierung heißt: Vernichtung." (S. 17)

Die Idee zu Der Pannwitzblick kam von Karl Heinz Roth, der im Rahmen seiner Arbeit für die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhundert die Filmpropaganda zur Vorbereitung der "Euthanasie"-Aktionen im NS-Regime analysierte. Seine Forschungen faßt er im Aufsatz "Vernichtungspropaganda im Film" zusammen und weist auf das erstaunliche Ausmaß hin, mit dem versucht wurde, die mörderische Praxis propagandistisch abzusichern. Nachdem im Herbst 1939 mit der "Aktion T 4", der systematischen Kinder- und Krankentötung, begonnen worden war, gab es bereits 1940 "große Schwierigkeiten", wie Goebbels in seinem Tagebuch notierte. "Offensichtlich funktionierten die bisherigen

Rahmenbedingungen zur Sicherung der stillschweigenden Komplizenschaft der betroffenen Gesellschaftsgruppen nicht mehr, weil das Ausmaß der administrativen Tötungshandlungen diese gesprengt hatte. Um den Konsens auch weiterhin zu sichern, mußten zusätzliche propagandistische Angebote gemacht werden." (S. 37)

Reichspropagandaminister Goebbels schaltete sich daher persönlich ein mit dem Ergebnis, daß nach drei Jahren mit "Dasein ohne Leben", "Wissenschaftlicher Sonderfilm Geisteskrank" und dem Spielfilm "Ich klage an" drei Streifen vorlagen, mit denen die Notwendigkeit der Massenmorde an Behinderten und sogenannten Erbkranken suggeriert wurde. Die größte Wirkung erreichte dabei das Melodrama "Ich klage an", über das Goebbels vermerkte: "Ein richtiger Diskussionsfilm, der heißeste Debatten entfacht. Und das ist sein Zweck." (S. 40) Die Verbindung von historischem und aktuellem Filmmaterial in "Der Pannwitzblick" beweist, "daß einige Muster ihres Diskurses von erstaunlicher Aktualität sind, wenn man sie unter dem Aspekt der öffentlichen Akzeptanz für Tötungshandlungen gegenüber 'lebensunwertem Leben' betrachtet. Der individuelle Konflikt um die sogenannte Tötung auf Verlangen dient auch heute als entscheidendes Vehikel, mit dessen Hilfe sozialrassistische Vernichtungsutopien ganzen Gesellschaftsgruppen gegenüber legitimiert werden." (Roth, S.44)

Die banale Story des Films "Ich klage an" faßt der Komponist Cornelius Schwehr in wenigen Zeilen zusammen und kommt zu dem Schluß: "Der Film ist ein Verbrechen - die Musik leistet genialen Beistand." Der auf Gefühlsverstärkung zielende Einsatz der Filmmusik ist ein geradezu vorbildhaftes Beispiel für das, was von der faschistischen Musikpolitik normiert wurde (2): "unsere dummheit - ihre musik", wie sich Christian Geissler ausdrückt (S. 52). Schwehr analysiert für den Bereich Musik, was Roth für den Film feststellte: Die unbedingte Indienstnahme der "Kunst" (3) durch die faschistischen Machthaber. Die Entpolitisierung der Ästhetik und zugleich die Ästhetisierung der Politik als ein entscheidender Faktor der faschistischen Herrschaft. "Schultzes (Komponist der Filmmusik zu 'Ich klage an', Anm. H. K.) Interesse ging dahin, zu verhindern, daß Bewußtsein über die gezeigten Vorgänge entsteht, Bewußtsein über die Mechanismen der Wahrnehmung, Bewußtsein darüber, wie eine Haltung zu einer filmischen Handlung entsteht und woher sie sich speist...- das geht ja auch nicht anders, wenn man Dummheiten verkaufen will, und das ist ihm auch glänzend gelungen." (Schwehr, S. 53). Im Film Der Pannwitzblick verarbeitet Schwehr Schultzes musikalisches Thema aus "Ich klage an" und verfremdet es. In seinen "Anmerkungen zur Musik des Films" erläutert er seine Vorgehensweise, denn "sie sollte denjenigen verständlich sein, die den Film gesehen und gehört haben." (S. 54)

Aus einer ganz anderen, nämlich der persönlichen Erfahrungsposition, geht Birgit Korn das Thema "Wie Gewalt gegen Behinderte entsteht" an. In ihrem Aufsatz "Blickwechsel - Zwischen Behinderung und Nichtbehinderung" schildert sie, wie sich ihre gesamte Umwelt schlagartig änderte, als sie, "ehrgeizig, neben dem Studium vielseitig engagiert und bis zu diesem Zeitpunkt aktive Sportlerin" (S. 59), plötzlich zur Körperbehinderten wurde. Wie sich immer mehr Freunde und Bekannte von ihr abwandten, "die Frau zum Frollein" wurde und beruflich die Ablehnungen kamen. Als durch Operationen die Behinderung so weit rückgängig gemacht wird, daß sie kaum mehr sichtbar ist, erlebt sie die gleichen Erfahrungen in umgekehrter Richtung. Sie wird wieder ernst genommen, ihr wird wieder die übliche Frauenrolle zugeteilt, sie hat privat und beruflich ganz neue Chancen. Über ihre eigenen Veränderungen schreibt Birgit Korn: "Der 'Pannwitzblick', der Blick auf der Straße von den mächtig Gesunden, der mir selber oft wehgetan hat, ist wieder mein eigener geworden, das führte mir auch der gleichnamige Film sehr peinlich vor. Doch bei ihm kamen mir gleichzeitig auch meine so gut verdrängten Erlebnisse von damals beängstigend nahe." (S. 64)

Unter "Zauberwort Selbstbestimmung" läßt Theresia Degener, eine der vier Pro-Behinderten-ProtagonistInnen im Film Der Pannwitzblick, eine Polemik im Konkret-Stil ab. Degener setzt die Wiederentdeckung des "Zauberwortes Selbstbestimmung" im Nationalismus-Taumel des "Vierten Deutschen Reiches" (S. 94) in eins mit dessen Benutzung durch "Humangenetiker, Befürworter der Sterilisation und Euthanasie und Politiker" (S.94). Gerettet wird Degeners Beitrag durch ein längeres Zitat aus dem Buch "Geschätztes Leben" von Oliver Tolmein, der zu dem Schluß kommt: "Der Blick, den die Nationalsozialisten auf Menschen gerichtet haben, und der Blick, der den 'Euthanasie'-Befürwortern heute zu eigen ist, hat einen vergleichbar abschätzenden Charakter. Er erfaßt Menschen in einem Raster. Zwar hat sich das Paradigma insofern verändert, als der Bezugspunkt heute nicht mehr der 'Volkskörper' ist, sondern die Eliminierung von körperlichen und geistigen Normabweichungen am Individuum und in der Familie - nicht verändert hat sich aber der Wille zu definieren, wie ein Mensch zu sein habe, und damit die Bereitschaft zur Selektion." (S. 98)

Udo Sierck schließlich gibt einen Überblick über "Die neue 'Euthanasie'-Diskussion". Von Anfang der achtziger Jahre, als die öffentliche Auseinandersetzung um das Töten von Neugeborenen zunächst unscheinbar begann, als "in den Tageszeitungen vermehrt Berichte über Säuglinge mit meistens mehreren Behinderungen auftauchten, die die Emotionen der Leserschaft ansprachen und für den 'Gnadentod' warben" (S.70), über Vorreiter wie den 'Euthanasie'-Philosophen Peter Singer oder Hans Henning Atrott von der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) bis zur aktuellen gesellschaftlichen Situation, in der der Umfang der Selbsttötungen in der BRD im internationalen Vergleich zur Spitze zählt und in der bei der derzeitigen "Gesundheits"politik mit einer weiteren Verschlechterung zu rechnen ist. Diese Entwicklung wird beim herrschenden Kosten-Nutzen-Kalkül zu einer Verschärfung der Diskussion führen, wie auch Siercks Blick nach Großbritannien und in die Niederlande zeigt. Dort ist die Entwicklung so weit fortgeschritten, daß nach der Verabschiedung eines "Euthanasie-Gesetzes" durch das niederländische Parlament Anfang Februar 1993 "alle Macht über Leben und Tod ... in den Händen der Ärzteschaft" (Sierck, S.89) liegt.

Das Buch Der Pannwitzblick enthält neben den genannten Beiträgen den gesamten Filmtext inklusive der gedichteten Kommentare von Christian Geissler, historische Pressezitate zu den Propagandafilmen des NS-Staates, eine Übersicht über die benutzten Filmzitate, Filmbesprechungen von Der Pannwitzblick, Vertriebs- und Kontaktadressen und eine ausgewählte Bibliographie zum ganzen Themenkomplex. Das Buch ist eine wichtige und notwendige Ergänzung zum Filmessay. Schade nur, daß es nicht schon früher vorlag. Aber angesichts der zu erwartenden steigenden Brisanz des Themas dürften Film und Buch auf die nächsten Jahre hinaus zum wichtigsten politisch-ästhetischen Diskussionsmaterial gehören.

Hartmut Konopka

Udo Sierck, Didi Danquardt (Hg.), Der Pannwitzblick - Wie Gewalt gegen Behinderte entsteht, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg, 1993, 154 S., 18.-DM.

Anmmerkungen:

1) Udo Sierck, Didi Danquardt (Hg.), Der Pannwitzblick, Hamburg 1993, S. 16. Seitenangaben nach den Zitaten beziehen sich auf diese Ausgabe.

2) Siehe Heister/Klein (Hg.), Musik und Musikpolitik im faschistischen Deutschland, Frankfurt a.M. 1984

3) Inwiefern bei diesen Produkten überhaupt von "Kunst" zu sprechen ist, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden.

36. Primo Levi - Alchimist der Poesie

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:19

Glücklicherweise gibt es für uns Ausländer, der italienischen Sprache nicht mächtig, einen reichhaltigen Fundus an Büchern des 1987 verstorbenen italienischen Schriftstellers Primo Levi. Er besaß die besondere Gabe, völlig konträre Themen glaubhaft zu vermitteln, obgleich er sich oft als "Schriftsteller wider Willen" bezeichnete.

In seiner Heimatstadt Turin veröffentlichte der 1919 geborene schreibende Chemiker (u.a. Erfinder eines haltbaren, kußechten Lippenstifts) nicht nur zahlreiche Bücher, sondern schrieb auch in einem Zeitraum von 25 Jahren für Zeitungen zahlreiche Erzählungen und Essays zu unterschiedlichsten Anlässen.

Primo Levi wünschte sich vom Leser, mit dem er häufig in eine Art Zwiegespräch trat, Nachsicht für die "breite Streuung der Themen, Thesen und Töne". Fast entschuldigend erklärte sich der Autor über seine "reiche" Auswahl an Metaphern, die die Tätigkeit als Naturwissenschaftler mit sich brachte; ebenso die Genauigkeit und den Hang zur Objektivität. Diese Fähigkeit ist jedoch nicht nur an den schönen und interessanten Dingen geschult, sondern auch durch die Erfahrung des Vernichtungslagers. Keine romantische innere Berufung, sondern der Rassenhaß zwang ihn, zum schreibenden Anfechter gegen die vorherrschende Gleichgültigkeit zu werden.

Durch einen faschistischen Spitzel flog die in den Bergen des Aosta-Tals operierende kleine kommunistische Partisanengruppe (Giustizia e Libertà), der sich Primo Levi angeschlossen hatte, auf; Levi wurde, weil er Jude war, nach Auschwitz deportiert. Von diesem Transport, der aus 650 Menschen (hauptsächlich Angehörigen eines Altersheims aus Venedig) bestand, "überlebten" drei!

"Im Lager", sagt Primo Levi in einem späteren Gespräch, "gab es kein Mittel, um etwas aufzubewahren, wenn nicht im Gedächtnis". Ein Freund verglich ihn mit einem Schwamm, der alles aufsaugt und bewahrt.

"Nackt unter anderen Nackten, mit der Karteikarte in der Hand darauf wartend, vor einer der Kommissionen zu erscheinen, die darüber befand, ob er sofort in die Gaskammer mußte oder noch weiterarbeiten durfte ..." 1983 kehrt Primo Levi zusammen mit einem Team des italienischen Fernsehens RAI zurück an den Ort des Schreckens. Es entsteht der Film "Ritorno ad Auschwitz" ("Rückkehr nach Auschwitz"). Für Leser, die ihn aus seinen früheren Büchern kennen, ergeben die letzten Veröffentlichungen, Mosaiksteinchen gleich, ein klareres Bild seiner Persönlichkeit. Andere werden vielleicht berechtigterweise neugierig gemacht, etwa durch "Auschwitz, stille Stadt" oder "Eine ‚Detektivstory`aus dem Lager".

Schonungslos ehrlich begegnet uns Primo Levi in der Erzählung "Ein Pipettenkrieg", veröffentlicht am 23. Mai 1985. Durch eine Suppe aus der Krankenabteilung infiziert, setzt er alles daran, eine ihm zugeteilte junge deutsche Assistentin, möglicherweise eine Gruppenführerin, während der Arbeit an einem Analyseverfahren anzustecken. (Primo Levi war als Häftling einem Chemiekommando im Auschwitz-Nebenlager Buna-Monowitz unterstellt.) Und weiter schreibt er: "Später habe ich erfahren, daß andere, in anderen Lagern, systematischer und gezielter vorgegangen sind. Dort, wo exanthemischer Typhus wütete, der häufig tödlich endet und von Kleiderläusen übertragen wird, lasen die mit dem Bügeln der SS-Uniformen betrauten weiblichen Gefangenen die Läuse von den Typhusleichen ihrer Leidensgenossinnen ab und steckten sie unter die Kragen der Uniformjacken. Läuse mögen nicht sehr sympathische Tierchen sein, aber sie haben keine rassistischen Vorurteile".

Das unauslöschliche Pandämonium, gleichsam eingebrannt im Gehirnlabyrinth wie die Häftlingsnummer auf dem Oberarm, speicherte nicht "nur" seine Qual, das Thema ließ ihn auch Jahrzehnte später nicht mehr los.

Daneben tauchen wie ein Blütenmeer in der Wüste heitere Geschichten von einer Leichtigkeit auf, die Primo Levis Intention - beim Schreiben Spaß zu haben und den Leser zu unterhalten - verdeutlicht. "Der Reimwerker", "Liebe aus dem Baukasten" oder "Ameisenhochzeit" sind nur einige Beispiele für Geschichten, die, wie die von im bewunderten Astronauten, dem Körpergewicht entbunden, federleicht in uns Gestalt annehmen und unsere Phantasie bemalen.

Am 11. April 1987 holt auch ihn die unvergängliche Vergangenheit ein. Auch er tritt den "Weg ins Freie" an. Der gleiche Lebensfaden wie bei Jean Améry, Paul Celan oder Peter Szondi. Schuldbeladen! Schuldbeladen? Die Täter: allumfassende Meister ihres Fachs - des Mordens und der Justifikation. Die per Zufall überlebenden Opfer bewältigen nicht die Scham des Überlebthabens. Sie löschen sich aus.

Der Freitod Primo Levis löste bis in diese Tage nicht enden wollende Spekulationen aus. Dazu schreibt der kanadische Historiker Michael Ignatieff unter anderem: "Ich weiß nicht, ob wir überhaupt das Recht haben, irgend etwas aus dem Selbstmord eines Menschen abzuleiten. Schlußfolgerungen sind ein unerlaubter Zugriff auf die Geheimnisse der Toten und bedeuten feiles Schachern in simplifizierender Respektlosigkeit."

Harry Rosina

Die Bücher von Primo Levi sind in den Verlagen dtv, Fischer, Hanser und Stroemfeld-Roter Stern erschienen.

37. Chronik eines angekündigten Todes (Buchvorstellung)

Buchbesprechung

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:09

Am 1. Juli 1993 trat die neue Asylrechtsänderung (GG Art. 16a) zusammen mit erneuten Verschärfungen im Asylverfahren in Kraft. Im Ergebnis kann nur noch ein sehr begrenzter Teil von Flüchtlingen ein Asylverfahren betreiben (Ausschluß durch Drittstaatenregelung und "sichere Herkunftsländer"). Dennoch bleibt das Recht auf Asyl weiterhin Thema, wie nicht zuletzt die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts im Juli über die Einreiseerlaubnis von Flüchtlingen auf dem Frankfurter Flughafen zeigen.

Für alle diejenigen, die in der Flüchtlingsberatung und -betreuung, in Fachkreisen und politischen Zusammenhängen sich die Haare raufen, um das komplizierte Gesetzeswerk zu verstehen, ist nun Hilfe in Sicht. Der Hamburger Arbeitskreis Asyl hat einen Ratgeber zur Asylrechtsänderung herausgegeben, der die aktuellsten Änderungen sachgerecht und verständlich präsentiert und politisch kommentiert.

In einem detaillierten Leitfaden wird der Weg von der Asylantragstellung bis zur Ablehnung (oder Anerkennung) mit allen seinen Instanzen unter Angabe der jeweiligen rechtlichen Grundlagen beschrieben, Sonderregelungen benannt und verdienstvollerweise explizit auf zu beachtende Schwierigkeiten und Fallen hingewiesen. Ein Überblick über die Bestimmungen zur Neuregelung der Erstaufnahme für Flüchtlinge (ZAST) nach der Änderung des Asylverfahrensgesetzes listet die massiven Verschlechterungen für die Flüchtlinge auf. So wird die Beratung der Flüchtlinge, wie sie ihr formales Recht auf Asyl überhaupt noch in Anspruch nehmen können, nicht mehr gewährleistet. Der Hamburger Arbeitskreis Asyl gibt Anregungen zur weiteren Arbeit von Initiativen: unabhängige Beratungsstellen in direkter Nähe der ZASTen müssen eingerichtet werden. Denn, wie die Erläuterungen des neuen Asylbewerberleistungsgesetzes deutlich machen, werden Flüchtlinge zukünftig noch weniger Geld für Fahrtkosten und anwaltliche Beratung haben, als bisher.

Nach der Führung durch das Dickicht der gesetzlichen Neuregelungen wird das Thema Fluchtursachen an Länderbeispielen beleuchtet. Der Länderbericht zu Kurdistan gibt wichtige Argumentationshilfen für die Dringlichkeit eines bundesweiten Abschiebestopps für KurdInnen in die Türkei.

Ein besonderes Verdienst kommt der Erstellung einer umfassenden Chronik der Asylpolitik und des Asylrechts seit 1948 zu. Auf über dreißig Seiten werden die Änderungen im bundesdeutschen Asylrecht auf ihrem jeweiligen politischen Hintergrund dokumentiert und die europäischen Parallelen eingearbeitet.

Am Schluß der Broschüre finden sich die häufig sehr schwer zugänglichen Gesetzesänderungen zum 1.7.1993 im Originaltext: Asylrechtsänderung, Neuregelung des Asylverfahrensgesetzes [im Ms anders, muß aber im Ms falsch sein, gibt sonst keinen Sinn; bitte nicht korrigieren; js. fragt am Freitag zur Sicherheit nochmal nach. kla.] , Asylbewerberleistungsgesetz, Altfallregelung für Asylantragstellungen vor dem 1.1.1991.

Rundum ist der Ratgeber ein gelungener Versuch, die neuen gesetzlichen Grundlagen im asylrecht verständlich aufzuarbeiten und denjenigen Material an die Hand zu geben, die in der Asyl- und Antirassismusarbeit fortfahren.

"Chronik eines angekündigten Todes". Zur Liquidierung des Grundrechts auf Asyl. Ratgeber zum neuen Asylrecht (Stand: 1.7.1993). Hamburger Arbeitskreis Asyl, Hamburg 1993, 112 Seiten, 10,- DM

Bestelladresse: Hamburger Arbeitskreis Asyl - Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040/3908862

38. Rote Armee Fraktion - Phantom oder Wirklichkeit? Mit dem Buch "Das Raf-Phantom" wird die Öffentlichkeit irregeführt

Mit dem Buch Das RAF-Phantom wird seit Dezember 1992 die Öffentlichkeit irregeführt

Autor: Ivo Bozic · Rubrik: RAF; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak357/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:04

Nach dem Anschlag auf den Gefängnisneubau in Weiterstadt, nach der Festnahme und Erschießung aktiver Mitglieder der Roten Armee Fraktion in Bad Kleinen könnte man meinen, kein Wort mehr darüber verlieren zu müssen. Wenn, ja wenn sie nur schwiegen, die Autoren des Bestsellers "Das RAF-Phantom", Gerhard Wisnewski, Wolfgang Landgraeber und Ekkehard Sieker. Der eine, Wisnewski, meldete sich nach der Staatsschutzaktion in Bad Kleinen in der taz zu Wort. Es sei ja gar nicht klar, ob Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams aktive RAF-Mitglieder gewesen seien. Ein anderer, Landgraeber, seines Zeichens Monitor-Redakteur, trieb die Kampagne zum Todreden der RAF bei Monitor weiter. Weiterstadt könne nicht eine Aktion einer linken Guerillagruppe gewesen sein, versuchte er zu beweisen. Interessanterweise sind auch diejenigen, die das Buch in den höchsten Tönen loben, oft gerade Linke, meist traditionell kommunistisch orientierte. Besonders im Osten finden die abstrusen Thesen offene Ohren. Neben dem Staatsschutz versuchen auch sogenannte linke Kräfte, die Geschichte des Bewaffneten Kampfes zu leugnen. Wieso?

"Glaubt man den Behörden, dann mordet seit 1984 in der Bundesrepublik eine neue ‚Generation' der RAF. ... Gegen diese These spricht fast alles, dafür fast nichts." So beginnt das erste Kapitel des RAF-Phantoms. Es ist allerdings genau andersherum. Recherchiert haben die Autoren nur bei den Behörden, denen sie - zu recht - nichts glauben. Um etwas über die RAF zu erfahren, muß man das aber auch gar nicht. Man kann bei der RAF selber nachlesen.

Lebensentscheidung kein Beweis?

Im Sommer 1992 schilderte die RAF ziemlich genau, wie die Organisation 1984 praktisch zerschlagen wurde,daß die heutigen Mitglieder alle erst seit 1984 dabei sind. Beweise gibt es dafür reichlich. 1984 sind einige Linksradikale untergetaucht, darunter die in Bad Kleinen festgenommene Birgit Hogefeld und der erschossene Wolfgang Grams. Daß sie untergetaucht sind, ist ein Fakt, den die FreundInnen der beiden, die Eltern, der Verfassungsschutz und Birgit Hogefeld selbst bestätigen. Daß sie zur RAF gingen, kann man in Birgit Hogefelds Brief nachlesen. (siehe Seite 12; Anm. ak)

Der Brief ist mit absoluter Sicherheit authentisch, Birgit Hogefeld wird für ihre Lebensentscheidung wahrscheinlich mit vielen Jahren Gefängnis büßen, vielleicht schließt man sie lebenslänglich weg. Daß sie nur ein Phantom, und was sie schreibt, von geheimen staatlichen Auftraggebern initiiert sei, das kann man kaum noch ernsthaft behaupten.

Trotz allem haben sich die Autoren des RAF-Phantoms noch nicht zu Wort gemeldet, um sich zu entschuldigen oder zumindest zu korrigieren. Man sollte das auch nicht erwarten, denn so deutlich, wie der Beweis für die Existenz der RAF durch die Existenz Birgit Hogefelds erbracht wurde, so deutlich war die Beweislage von Anfang an. Das Buch stützt sich wesentlich auf die Behauptung, daß es die RAF seit 1982 nicht mehr gebe. Christian Klar, den man am 16. November 1982 festnahm, als er zu einem Waffendepot im Frankfurter Stadtwald ging, sei der letzte RAFler gewesen. Ob er als letzter Übriggebliebener in dem Waffendepot Sprengstoff holen wollte, oder was er sonst dort suchte, wenn es wirklich nur noch ihn gegeben haben soll, lassen die Phantom-Autoren offen. Für die zwei Jahre zwischen 1982 und 1984 wollen sie möglichst keine Aussagen machen. Den 1984 festgenommenen und bis heute einsitzenden RAFlern wollen sie dann doch nicht eindeutig absprechen, RAF-Mitglieder zu sein.

Offen (weil nicht einmal erwähnt) bleibt auch, wer denn Eva Haule ist, wenn nicht RAF-Aktivistin. 1986 wurde sie als erstes Mitglied der dritten RAF-Generation (ab 1984) festgenommen und ist seitdem in Haft. Sie zählt sich selbst zur RAF und kann über Diskussionen der Gruppe nach der umstrittenen Erschießung des US-GI Pimenthal, 1985, berichten. Als sie das in Briefen an andere RAF-Gefangene tat, las die

Bundesstaatsanwaltschaft daraus ein Tateingeständnis und legte eine neue Anklage vor. Der Prozeß wird demnächst anfangen. Die Phantom-Autoren im Widerspruch zu dieser Realität: "Kein einziger Tatverdächtiger der Anschläge seit 1985 wurde bisher festgenommen."

Die Kontinuität der Guerilla-Gruppe

Schauen wir uns die frühen 80er Jahre etwas genauer an: Im Mai 1982, noch vor dem großen Schlag gegen die RAF, hatte diese ein Papier veröffentlicht, das als "Front-Konzept" in der Szene bekannt wurde. In dem betreffenden Strategiepapier wurden Vorstellungen "einer gemeinsamen Front" mit den verschiedenen westeuropäischen Guerilla-Gruppen und der militanten Linken in Deutschland entwickelt. Obwohl seit 1984 alle RAF-Mitglieder neu bei der Gruppe waren, wurde genau dieses Konzept in den folgenden Jahren konsequent angegangen. Nicht nur in sämtlichen Schreiben, auch in der Praxis. So zeichneten im August 1985 die RAF und die französische Guerilla-Gruppe Action Directe gemeinsam für den Sprengstoffanschlag auf die US-Air-Base in Frankfurt verantwortlich.

1986 versuchte die RAF mit der sogenannten "Offensive '86" zu einem gemeinsamen Kampf mit den legalen Militanten zu kommen. Verschiedene Gruppen aus dem antiimperialistischen Widerstand vereinbarten gemeinsame Losungen, unter denen verschiedene Aktionen als Einheit erscheinen sollten. Auch die RAF wurde mit einbezogen. Zeugnis dessen ist ein Treffen der beiden Düsseldorfer AntiimperialistInnen Luiti Hornstein und Christian Kluth mit der RAF-Aktivistin Eva Haule in einer Eisdiele in Rüsselsheim. Wie Luiti Hornstein auch in ihrem Prozeß erklärte, sprachen die drei unter anderem über die geplante Offensive. Sollte es die RAF nicht mehr gegeben haben, hätten sich Luiti Hornstein und Christian Kluth mit einem Phantom getroffen. Beide hätten dafür sechs bzw. sieben Jahre im Gefängnis gesessen. Das Phantom sitzt immer noch und soll gerade zu lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt werden. All das ist in dem Phantom-Buch nicht zu finden. Statt dessen beweisen die Autoren akribisch, daß weder der RAF-Stempel, noch die Schreibmaschine, noch Stil und Inhalt der Bekennerschreiben ein Beweis für die Existenz der RAF seien, was sicherlich richtig, aber nicht von Belang ist.

Auf einer zweiten Schiene argumentieren Wisnewski, Landgraeber und Sieker mit den Mitteln, die ihnen der Staatsschutz in die Hand gelegt hat. So beispielsweise der Fall "Kiechle". Am 2. März 1990 ging bei der Nachrichtenagentur AFP ein Bekennerbrief ein, der angeblich von der RAF sei. Die RAF, hieß es darin, habe Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle angegriffen. Der 2. März ist Kiechles 60. Geburtstag. In seiner Torte war aber keine Bombe, und auch sonst passierte nichts. Am nächsten Tag traf ein zweites Schreiben ein, wieder angeblich von der "RAF". Durch "ein nicht kalkulierbares Ereignis" wäre die Aktion nicht durchzuführen gewesen.

Kein Mordkomplott

gegen "Agrarwurm"

Es gab in der linksradikalen Szene von Anfang an große Zweifel an der Authentizität dieser Schreiben. Vielen dachte eher an eine Staatsschutzaktion. Trotzdem waren einige auch verunsichert. Zwei Monate später kam ein Brief der RAF bei derselben Nachrichtenagentur an. Sie hätten zwar zunächst geglaubt, nichts zu diesem Thema sagen zu müssen, schrieben die Illegalen, da es aber offensichtlich doch einige Verwirrung auch unter Linken gegeben habe, distanzierten sie sich von dieser "vs- kiste". Die RAF habe nicht das geringste Interesse daran, den "Agrarwurm Kiechle" zu liquidieren.

Daß man beim BKA, das zunächst die ersten beiden Briefe, später jedoch das Dementi für echt hielt, heute gar nicht mehr gerne vom Fall Kiechle spricht, zeige, behaupten nun Wisnewski und Co., daß der Behörde "zu Recht der Vorgang außerordentlich peinlich ist". Mag ja sein. Aber das einzige, was dieser Fall beweist, ist, daß es möglich ist, Bekennerschreiben zu fälschen, und daß staatliche Behörden ein Interesse daran haben können, die Szene zu verunsichern und zu spalten. Ein Beweis für die Nicht-Existenz der RAF ist es keinesfalls.

Ein weiteres Beispiel für den unlauteren Journalismus der Phantom-Autoren ist im fünften Kapitel nachzulesen. Da wird über eine zweifelhafte Aktion der "Revolutionären Zellen" (RZ) berichtet. Eine Gruppe der RZ wollte im Mai 1981 dem hessischen Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry, der einer der treibenden Kräfte im Zusammenhang mit der Startbahn West in Frankfurt war, in die Knie schießen - zur Bestrafung hieß es. Bei

dem Attentat wurde Karry jedoch "aus Versehen" tödlich getroffen. Viele Linksradikale distanzierten sich damals von dieser Aktion. Die Phantom-Autoren stellen diesen Fall so neben ihre Ausführungen zur RAF, daß suggeriert wird, auch für Karry zeichne die RAF verantwortlich, obwohl sich die RZ zu dem Attentat bekannt haben.

RAF -

ein schlechtes Feindbild

Daß radikale und militante linke Politik den Staat herausfordert, der seinerseits die Angriffe gegen ihn zur Legitimation des Ausbaus seiner Repressionsmittel verwendet, kann ebenfalls kein Argument für die Phantom-These sein. Denn solch ein Argument kann sich schnell gegen jede Fundamentalopposition wenden. Wer sich ruhig verhält, muß die brutale Reaktion des Staates am wenigsten fürchten. Daraus kann aber kein Plädoyer für Stillhalten folgen. Spätestens seit der Wende dient eh "die organisierte Kriminalität" und "die Mafia aus dem Osten" als neues inneres Feindbild. Das kleine RAF-Grüppchen, vor dem nur einige Polit-Strategen und Wirtschaftsbosse Angst haben müssen, erfüllt diese Funktion kaum.

Auch ohne hier jetzt Kapitel für Kapitel des RAF-Phantoms betrachtet zu haben, läßt sich folgendes Resümee ziehen: Richtig ist, und das ist nichts Neues, der Verfassungsschutz, das BKA und die Geheimdienste sind zu vielen Verbrechen in der Lage. Man kann sich die haarsträubendsten Dinge vorstellen. Gerade Bad Kleinen hat das erneut gezeigt. Trotzdem ist es an der Zeit, daß sich Wisnewski, Landgraeber und Sieker zu Wort melden, um ihre Thesen zu widerrufen. Denn was die drei betreiben, ist Irreführung der Öffentlichkeit. Doch darauf werden wir vergebens warten müssen, schließlich finden ihre Thesen viele AnhängerInnen, selbst unter Linksradikalen. In so manchen Redaktionsstuben sympathisiert man mit der Phantom-These - bei der marxistischen Zeitung Spezial aus Hannover, dem PDS-nahen Neuen Deutschland, dem staatsnahen WDR ... Ein ähnlicher Artikel wie dieser hatte vor ein paar Wochen im Neuen Deutschland eine Flut von LeserInnenbriefen zur Folge, in denen die tapferen Autoren in Schutz genommen wurden.

Was treibt Linke dazu, die Existenz des Bewaffneten Kampfes zu leugnen? Daß die Phantombeschwörerei auf fruchtbaren Boden fällt, ist teilweise sicherlich der verfehlten RAF-Politik in den achtziger Jahren geschuldet. Mit der Forcierung der militärischen Ebene und dem Ignorieren der gesellschaftlichen Akzeptanz als Wirksamkeitspegel wurde die Distanz der verschiedenen Linken zur RAF immer größer. Auf diesem Boden gedeiht die Phantom-Story gut. Wer als LinkeR keinen Standpunkt zur RAF beziehen will, hat kein Problem mehr, wenn es gar keine RAF gibt. Einige Alt-DKPler und andere TraditionskommunistInnen, die mit Phantomerismus sympathisieren, ertragen es möglicherweise nicht, daß ihre jahrzehntelange Vereinsmeierei nicht den Sozialismus nach Westdeutschland gebracht hat.

Phantomerismus

dient dem Staat

Wer, wie Phantomias Landgraeber, sagt, so etwas wie es die RAF macht (Herrhausen, Weiterstadt...), sei so perfekt gar nicht möglich in diesem allmächtigen Staat, wer sagt, daß der deutsche Sicherheitsapparat schließlich unbesiegbar sei, der trägt zur Lähmung der Linken bei. Denn während die Buchautoren den RAFlerInnen ("ehemalige Studenten, Telefonisten und Krankenpfleger") den Perfektionismus absprechen, sprechen sie ihn dem Staat und seinen Sicherheitsbehörden zu. Die Folge für alle, die sich im Widerstand gegen das System begreifen, ist, daß sie immer häufiger den uralten Spruch "Man kann ja doch nichts machen ..." hören werden. Eine Einstellung, die vor allem dem Staat nützt.

Ausgerechnet in dem Moment, wo die RAF versucht, "die Eskalation zurückzunehmen", mit anderen Linken in eine Diskussion zu treten und aus der Isolation (für die sie selbst verantwortlich ist, in die sie aber auch vom Staat hineingetrieben wurde) herauszukommen, behaupten Wisnewski & Co., es gebe gar keine RAF, es gebe doch gar keinen Bewaffneten Kampf in der BRD. Sie unterstützen damit die Bestrebungen des Staatsschutzes, den Bewaffneten Kampf aus der Illegalität als Möglichkeit des Widerstands auszuschließen und die RAF endgültig vollständig zu isolieren. Der Diskussion um die RAF-Politik der Öffnung soll die Grundlage genommen werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den Motiven der Phantom-Strategen ganz anders. Anhänger von Verschwörungstheorien können auch hier viele bunte Fäden spinnen.

Ivo Bozic

39. Quelldatei 23.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:23

<I>192>Wenn das in der Abriegelung der DDR ausufernde Grenzregime jemals glaubhaft den Anspruch erheben kann, auch einen ‚antifaschistischen Schutzwall` errichtet zu haben, dann dank der Unverschämtheit der IG-Farben-Kriegsgewinnler, die sich nach dem Untergang des realsozialistischen Deutschland und seiner Mauer nun ihr ‚Ostvermögen` unter den Nagel reißen wollen."

(Marcel Braumann im Neuen Deutschland vom 19. 8. 1992)

Am 16. Juli trafen sich im Steigenberger Hotel in Frankfurt am Main die Aktionäre des Konzerns IG Farben in Abwicklung zu ihrer jährlichen Hauptversammlung. Die Inhaber der Liquidationsanteilscheine hatten Grund zum Frohlocken: pro kleinster Aktie sind voraussichtlich ca. 11,5 qm ehemaligen DDR-Bodens zu erben, insgesamt mehr als 150 Millionen Quadratmeter Grundbesitz.

Die IG-Farben i.A. kann als einer der Hauptgewinnler des deutsch-deutschen Einigungsvertrages bezeichnet werden: die beantragten "vermögensrechtlichen Ansprüche" in der ehemaligen DDR bringen der Gesellschaft mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einen Milliardenprofit. Der Konzern, der sich seit nunmehr 41 (!) Jahren in Liquidation, sprich "in Abwicklung", befindet, ist im Geschäftsbericht 1992 immerhin mehr als 163 Millionen DM wert - und das wird in absehbarer Zeit immens in die Höhe schnellen.

Historischer Hintergrund

Der deutsche IG-Farben-Konzern ist als Chemiemulti für die Nationalsozialisten eine der Hauptstützen für die Kriegsführung der Hitlerarmee gewesen. IG-Farben unterhielt darüberhinaus als einziger Konzern in trautem Einvernehmen mit SS und NSDAP-Führung ein eigenes Konzentrationslager, Auschwitz-Monowitz. Mindestens 25.000 KZ-Häftlinge und ZwangsarbeiterInnen kamen hier direkt zu Tode; die meisten der circa 300.000 Menschen, die für "IG-Auschwitz" arbeiten mußten, wurden in den sicheren Tod selektiert, sobald sie am Ende ihrer Kraft waren.

Eine Tochterfirma des IG-Konzerns lieferte zudem das Zyklon B für die Gaskammern, und im Rahmen pharmazeutischer Forschung des Konzerns führten IG-Farben-MitarbeiterInnen Menschenversuche mit unvorstellbarer Grausamkeit durch.

1947/48 war gegen IG-Farben unter alliierter Kontrolle ein Kriegsverbrecherprozeß geführt worden. Die Nürnberger Urteile über die Chemie-Manager fielen niedrig aus - Höchststrafe acht Jahre, kein einziger hat sie abgesessen! -, obgleich sie teilweise wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit "schuldig" gesprochen wurden.

Und auch die von den Siegermächten beschlossene anschließende "Entflechtung" des Konzerns in der neu gegründeten BRD geriet keineswegs zu einer wirklichen Zerschlagung des Chemietrusts und dessen Profiten.

Aus den Entflechtungsverhandlungen tauchten Anfang der 50er Jahre BASF, Hoechst und BAYER auf, die schon bald jeder für sich Milliardenumsätze machten, die weit über die des ehemaligen NS-Mutterkonzerns hinausgingen. Auch nach dem "Zusammenbruch" war man nicht klüger oder vorsichtiger geworden: Die bundesdeutschen Chemiekonzerne sind weltweit und auch im eigenen Land berühmt-berüchtigt für alles, was in diesem Gewerbe zwar ab und zu den Ruf ruiniert, aber den Umsätzen nutzt: Giftgasproduktion, Düngemittel-Verseuchung, Geburtenkontrolle, Medikamentenskandale usw.

Die IG-Farben Aktiengesellschaft in Abwicklung, im Aktiengeschäft als "Liquis" bekannt, wurde - ebenfalls noch auf Anweisung der Allierten - bei der Entflechtung des NS-Konzerns als sich zu liquidierende Aktiengesellschaft gegründet. Aktienrechtlich heißt dies, daß - ähnlich wie beim Konkurs - bei der Auflösung eines Konzerns noch Gläubiger zu befriedigen sind, unklare Vermögensdinge geklärt werden müssen und erst, wenn dies alles "abgewickelt" ist, die Firma sich auflösen darf und muß (!).

IG Farben in Abwicklung galt und gilt juristisch und politisch-moralisch als Nachfolgegesellschaft des NS-Konzerns IG Farben. Firmenzweck der "Liquis" sollte einzig die Klärung und Abwicklung des ehemaligen Auslandsvermögens des IG-Farben-Konzerns, die Pensionszahlungen an frühere MitarbeiterInnen sowie die

Verhandlungsführung über Entschädigungsansprüche ehemaliger IG-Farben-Häftlinge im KZ Auschwitz-Monowitz sein.

Und wie der Name der Gesellschaft schon sagt: nach Klärung all dieser Angelegenheiten stand zur Aufgabe, sich aufzulösen, wie es einer Aktiengesellschaft in Liquidation gebührt. IG Farben in Abwicklung durfte und darf nach Aktienrecht - eigentlich - nicht produzieren und darf selbst nur investieren, wenn es den Zwecken der Selbst-Liquidation dient. Dann allerdings ist jegliche Transaktion dieser Liquidationsgesellschaft heute so gut wie steuerfrei (Der Konzern führt darüber gerade einen Prozeß vor dem Finanzgericht Kassel: 1952 ist im Zusammenhang mit der Entflechtung ein "Pauschsteuerabkommen" abgeschlossen worden. Demnach hat IG Farben damals 30 Millionen DM Steuern vorab gezahlt und damit alle Steuerverpflichtungen auf immer und ewig abgegolten. Das gilt auch für künftige "Erbschaften" in der ehemaligen DDR.)

Aber selbstverständlich ist das Aktienrecht eine Gummiparagraphen-Angelegenheit. IG Farben i.A. hat durch eine sehr geschickte Firmenpolitik die eigene Auflösung immer wieder verzögern können, nicht ohne in den meisten Jahren einige Millionen DM Gewinn zu machen. Durch An- und Verkäufe einzelner Beteiligungen, die vorübergehende Investition in eine Rehabilitationsklinik, Kreditvergaben und den Einstieg ins Grundstücksgeschäft wurde die Gesellschaft immer größer statt kleiner.

Ende der 80er Jahre schien es dann endlich doch absehbar, daß nun abgewickelt werden muß. Noch auf der Jahresversammlung 1989 ging man davon aus, daß die Liquidation innerhalb von zwei Jahren erfolgen sollte. Die AktienbesitzerInnen wollten nicht mehr so richtig mitziehen, verlangten ein Ende des Vereins mit wenigstens einer kleinen Gewinnausschüttung. Die Hauptaktionärsgruppe verkaufte ihr Aktienpaket - und wird das kurze Zeit später bereut haben:

Denn schon während über den Einigungsvertrag verhandelt wurde, reisten Bevollmächtigte des Liquidations-Konzerns durch die künftigen neuen Bundesländer, um Grundstücke, Häuser und Fabriken zu begutachten. Mit dem Mauerfall war nämlich das eingetreten, was keine/r der IG-AktionärInnen noch ernsthaft für möglich gehalten hatte: Das, was in den IG-Bilanzen seit den 50er Jahren mit einem symbolischen Erinnerungswert von 1,- DM geführt wurde, stand plötzlich zur Disposition.

"Die jüngsten Veränderungen in Mitteldeutschland (sic!) haben zu Erwartungen geführt, daß die dort enteigneten Betriebe zurückgegeben oder statt dessen Entschädigungen gezahlt werden." (Geschäftsbericht 1989)

Es handelt sich um ehemaligen IG-Farben-Besitz - Bilanz-Stichtag 31.12.1944! - z.B. in Schkopau, Bitterfeld, Wolfen, Premnitz, Staßfurt und Ostberlin, der nach 1945 entschädigungslos enteignet wurde.

Folgen der DDR-Annexion

Bereits Ende 1990 war klar, was es da zu erben gab: Alles, was dem NS-Konzern IG-Farben einschließlich seiner Tochterunternehmen einst im östlichen Teil Deutschlands gehört hat.

Denn, so jedenfalls die Rechtsauffassung der Gesellschaft: Anspruch auf das ehemalige "Ostvermögen" haben allein IG-Farben i.A. als Nachfolgefirma des NS-Konzerns, nicht die durch die Entflechtung entstandenen Chemie-Multies Bayer, BASF und Hoechst.

"Denn die Entflechtung von IG Farben durch die drei westlichen Alliierten sowie die Übertragung ihres in der früheren Bundesrepublik Deutschland belegenen Vermögens auf die Nachfolgegesellschaften erfaßt nicht die in der ehemaligen DDR beschlagnahmten Betriebe und sonstigen Besitzposten, was der Bundesgerichtshof ausdrücklich festgestellt hat." (Geschäftsbericht IG Farben 1990).

Es geht um einen Wertzuwachs in Milliardenhöhe, um Ansprüche auf 151 Millionen Quadratmeter DDR-Grund und Boden, teilweise bebaut, um Chemieanlagen größeren Kalibers, aber auch Werkswohnungen, Siedlungen, Ferienheime und vor allem um Immobilien im Osten Berlins, d.h. ehemalige Konzern-Vertretungen, Geschäftsvillen, Kontore oder Häuser aus den Gründerjahren, aber auch Brachland in der Nähe des Potsdamer Platzes und am Brandenburger Tor.

Laut Geschäftsbericht 1992 hat IG Farben es geschafft, sämtliche Ansprüche fristgerecht bei den "Ämtern für offene Vermögensfragen" anzumelden. Und dies war sicher nicht immer leicht. Denn es haben sich in diesen 40 Jahren nicht nur manche Straßennamen und Hausnummern mehrfach geändert, es wurde auch abgerissen

und gebaut, weiter produziert und Boden verseucht, renoviert, oder es ist Brachland entstanden. Die Gesellschaft hat sich die Begutachtung dieser Ländereien und Immobilien einige Millionen kosten lassen, denn der Erfolg ist an fünf Fingern auszurechnen; und deshalb ist der Einsatz gering. Es geht hierbei um Milliarden, die in Folge des Einigungsvertrages zu verdienen sind.

Auf eventuell chemisch verseuchte und im fragwürdigen Zustand befindliche Grundstücke und Produktionsstätten wird kein vermögensrechtlicher Anspruch erhoben. Das würde ja eventuell Geld kosten. Auch von der Idee, wirklich zu investieren oder gar Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern zu schaffen oder zu retten, ist man schnell wieder abgekommen - auch das kostet.

"Des weiteren überprüft I.G. Farben Ansprüche auf Rückgabe von Betrieben außerhalb von Berlin. Hier ist neben den Enteignungsbescheiden, die sich zumeist auf besatzungsrechtliche oder besatzungshoheitliche Maßnahmen zurückführen lassen, auch der derzeitige Zustand dieser Betriebe in Betracht zu ziehen." (Geschäftsbericht 1992)

Im Landkreis Merseburg - Leuna, Buna - will IG Farben nach Auskunft aus dem Landratsamt vor allem die Grundstücke haben, auf denen so unverfängliche Bebauungen wie Werkswohnungen oder Ferienheime vorhanden sind.

Auch in Berlin-Ost besteht - mit Ausnahme eines großen Geländes an der Köpenicker Chaussee/Hauptstraße im Stadtteil Lichtenberg - keine Gefahr der Notwendigkeit kostenintensiver Umweltsanierungen. Fast ein Viertel der Umgebung ums Brandenburger Tor (heute: Unter den Linden - Pariser Platz - Otto-Grotewohl-Str. - Clara- Zetkin-Str.) hat dem NS-IG-Farben-Konzern bis 1945 gehört; dazu kommen noch diverse Prachtbauten, Gewerberäume, Inmobilien und unbebaute Grundstücke in Berlin-Mitte, Treptow, Pankow, Weißensee und anderswo. Allein die Rückforderungen des NS-Nachfolgekonzerns in Berlin dürften einen Wert von über einer Milliarde haben.

Hier jedoch gestalten sich die Verhandlungen - noch - etwas schwierig. Ein großer Teil der ehemaligen IG-Grundstücke wurde 1949 enteignet, - auch nach Auffassung des derzeitigen Berliner Finanzsenators zu Recht -, aber mit einem Formfehler. Denn der Beschluß der dritten Enteignungsliste ("Liste 3) wurde erst im November/Dezember 1949 veröffentlicht, als die DDR schon existierte.

"Auf Grund des Gesetzes zur Einziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten vom 8. Februar 1949 hat der Magistrat von Groß-Berlin beschlossen, die Vermögenswerte der in der nachstehend veröffentlichten Liste 3 aufgeführten Personen und Betriebe als Vermögen von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten entschädigungslos einzuziehen und in das Eigentum des Volkes zu überführen." (Der Magistrat von Groß-Berlin am 14. November 1949)

Der Berliner SPD-Senat hat am 2. Juni 1992 verfügt, daß die Enteignungen der sogenannten "Liste 3" nicht rückgängig gemacht werden müssen. Die Enteignungen seien noch auf besatzungsrechtliche Beschlüsse zurückzuführen und daher rechtskräftig. Das hat einigen Pressewirbel in Berlin nach sich gezogen, und IG-Farben klagt, neben anderen ehemaligen Kriegsverbrecherfirmen bis in die höchste Instanz.

Zu vermuten ist, daß der Berliner Senat sich nicht uneigennützig quergestellt hat: Sowohl Bundesregierung als auch Berlin selbst haben natürlich Interesse an Grundstücken im künftigen Berliner Regierungsviertel.

Die Treuhandanstalt rechnet im Juli 1993 mit einem baldigen Vergleich vor dem 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichtes.

Und selbst, wenn die ehemals enteigneten Grundstücke dem ehemals als Kriegsverbrecher verurteilten Konzern nicht zurückgegeben werden sollten, wird der IG-Farben-Konzern i.A. nicht ärmer, sondern reicher dabei. Das zumindest ist sicher.

"In seiner Entscheidung vom 23. April 1991 hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, daß die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage nicht rückgängig zu machen sind, was mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Der deutsche Staat ist aber zu Ausgleichsleistungen verpflichtet. Deshalb muß der deutsche Staat durch Besatzungsrecht verursachte Verluste in seine Entschädigungsleistungen einschließen." (Günter Vollmann, einer der Vorstandsmanager von IG-Farben i.A., 1991)

Vollmann wird recht behalten. Denn besatzungsrechtliche, also von den Sowjets vollzogene, Enteignungen ehemaliger Kriegsverbrecherfirmen zwischen 1945 und 1949 gelten nach wie vor als unumstritten rechtsgültig und sind als solche im Einigungsvertrag festgeschrieben. Es gibt hier aber bereits Vorstöße, das nachträglich zu ändern. Im Juli 1993 wurde bekannt, daß u.a. Daimler-Benz und Siemens den Einigungsvertrag an diesem Punkt in Frage stellen und prozessieren. Das Thema erhält dadurch eine neue Brisanz, denn durch diesen juristischen Vorstoß werden sämtliche unter sowjetischer Besatzung vorgenommen Enteignungen in Frage gestellt.

Auf der diesjährigen Aktionärsversammlung der IG-Farben bedankte man sich artig und öffentlich: "Sehr positiv ist zu werten, daß die Daimler-Benz AG Ansprüche auf Rückgabe von Altvermögen in der ehemaligen DDR erhoben hat ... Für unsere Gesellschaft ist die Vorgehensweise der Daimler-Benz AG und im Verbund damit der AEG und auch von Siemens von besonderer Bedeutung, da nunmehr Großunternehmen mit dem entsprechenden wirtschaftlichen Hintergrund und personellen Ressourcen nach vorne gehen und die Rückgabe enteigneten Vermögens fordern. Bisher standen wir fast allein da."

So oder so hat der Einigungsvertrag aber insofern vorgebaut, als daß auch durch allierte Maßnahmen - hier: sowjetische - Enteigneten eine - durch das Bundesverfassungsgericht zu bestätigende, aber durchaus zu erwartende - "Entschädigung" zusteht. Dies wird deshalb geschehen, weil auch bisher Entschädigungen gezahlt wurden und all die bisherige Praxis sonst juristisch fragwürdig wäre, umgekehrt aber sich die neuen KriegsgewinnlerInnen genau darauf berufen können.

Forderungen der Überlebenden

IG Farben i.A. hat bereits 1991 öffentlich erklärt, einen Teil (nach Pressemeldungen 5 % des zu erwartenden Ostvermögens) in eine Stiftung für ehemalige IG-Farben-ZwangsarbeiterInnen und IG-Häftlinge freiwillig anzugeben. Dies spricht für ein Bewußtsein innerhalb der Vorstandsetage darüber, wie groß die zu erwartenden Gewinne sein werden - und für ein Bewußtsein darüber, daß es politisch- moralisch motivierte und internationale Proteste geben wird.

IG Farben i.A. will zwar "Ostvermögen" erben (Stichtag: 31.12. 1944!), keinesfalls aber für frühere Politik und Geschäftstätigkeit des Mutterkonzerns verantwortlich gemacht werden.

Das gilt übrigens nicht nur für die NS-Verbrechen des Konzerns: Vor dem Verwaltungsgericht Darmstadt ist ein Verfahren anhängig, in dem IG Farben sich dagegen wehrt, ein chemisch vergiftetes Gebiet in Mühlheim, das ehemals IG Farben gehörte, zu sanieren.

Es ist also um so richtiger und wichtiger, die sofortige (und schon lange überfällige) Liquidation der Gesellschaft zu fordern - und die Übereignung der vorhandenen Werte an die, die sie geschaffen haben, vor allem die überlebenden "IG-Auschwitz"- Häftlinge und ihre Nachkommen.

Es hat sich gezeigt, daß IG Farben i.A. auf diesen Punkt besonders empfindlich reagiert. Anders sind die persönlichen Ausfälle einzelner AktionärInnen und Vorstandsherren auf den letzten Hauptversammlungen nicht zu erklären, und man gab sogar Ratschläge an die AktionärInnen: "In der Verfolgung unserer Ostansprüche werden wir - wie bisher - Behutsamkeit an den Tag legen, weil wir die uns immer wieder vorgehaltene historische Belastung unserer Gesellschaft nicht außer acht lassen wollen. An unserem Willen, berechtigte Ansprüche durchzusetzen, ändert dies jedoch nichts. Aus den genannten Gründen empfehlen wir allen Anteilscheininhabern, Zurückhaltung in Bewertungsfragen und Argumenten zu üben." (IG-Farben-Vorstandssprecher Vollmann während der Aktionärsversammlung 1993)

Hans Frankenthal, ein ehemaliger "IG-Auschwitz"-Zwangsarbeiter, forderte im Namen des Internationalen Auschwitz-Komitees von den Aktionären, daß weitere Entschädigungen besonders an die Auschwitz-Überlebenden in den östlichen Ländern gezahlt werden müssen. Außerdem solle IG Farben für den Unterhalt und Erhalt der Gedenkstätte in Auschwitz aufkommen.

In der Tat haben sich die Grundlagen der in den 50er und 60er Jahren ausgehandelten Abkommen zwischen IG Farben und der Claims Conference durch die politische Entwicklung der letzten Jahre geändert. Damals hatten die in den westlichen Ländern überlebenden jüdischen Zwangsarbeiter zwischen 2.000,- und 5.000,-DM "Entschädigung" erhalten. Über insgesamt 27 Millionen DM aus IG Farben-Vermögen verfügte der Compensation-Treuhand-Fonds, der die damaligen Entschädigungsansprüche verwaltete. Diese Summe

erscheint aus heutiger Sicht - IG Farben verfügt 1993 über ein mehrfaches an Grundkapital und erwartet die Rückgabe von Grundbesitz auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in Milliardenhöhe - außerordentlich gering. Die in Frankfurt/M protestierenden Auschwitz-Häftlinge forderten deshalb unter dem Unmut der Aktionäre, daß der Konzern sein derzeitiges Vermögen eigentlich denen geben müsse, die es unter den entsetzlichsten Bedingungen erarbeitet haben: den überlebenden Opfern von Auschwitz und deren Nachkommen.

Diesen Forderungen haben sich auch der Frankfurter DGB und verschiedene Organisationen aus dem antifaschistischen Spektrum angeschlossen. Etwa 30 Menschen demonstrierten auch bei der diesjährigen Aktionärsversammlung vor dem Steigenberger Hotel in Frankfurt, und etwa 50 waren am Abend zuvor einer Veranstaltungseinladung des DGB gefolgt. Dort berichteten Peter Gingold, der seine Familie in Auschwitz verloren hat, und Hans Frankenthal, der mehr als zwei Jahre Zwangsarbeit im IG-Farben-KZ Auschwitz-Monowitz überlebt hat, über die Hintergründe der Forderungen.

Für die circa eintausend AktionärInnen - darunter viele jungdynamische Yuppies beiderlei Geschlechts - war das selbstverständlich kein Thema, wenngleich es hoch herging auf der Versammlung: sie wollen raffen, Gewinn sehen; kritisierten u.a., daß der Vorstand sich nicht genügend um den Zugriff aufs frühere Ostvermögen bemüht habe. Nur wenige alte Nazis, richtige, echte, waren dort zu finden - die jungen Erben des Nazikonzerns wollen mit Auschwitz wirklich nichts zu tun haben und finden das alles sogar irgendwie bedauerlich. In einer gnadenlosen Verdrängungskunst aber können sie fordern, daß ihnen nun "zurückgegeben" werden müsse, was ihnen nie gehört hat. Sie sind die neue Generation der SpekulantInnen, wie die Generationen vor ihnen ohne jede Moral.

40. Quelldatei 26.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:26

<B>P18B>Jugoslawien (1)

Betr.: Muslime am Ende? (ak 355, S.1) und: Schwerpunktthema Jugoslawien (ak 356)

Bereits seit langem gibt es - zielgruppenspezifisch, versteht sich - eine unterschwellige Interventionsbefürwortung im ak. "Muslime am Ende?" fragt beispielsweise Kt. auf der Titelseite der vorletzten Nummer (355) und suggeriert damit, eine Niederlage der Izetbegovic'schen Giftgas-Hasardeure wäre möglicherweise das Ende der jugoslawischen Moslems. In der darauffolgenden Ausgabe haut man auf die Jugoslawien-Berichterstattung von "konkret" ein, einem der ganz wenigen Blätter, die sich von der Propaganda-Maschinerie und der "Es-muß-doch-was-geschehen"-Demagogie nicht den politischen Verstand haben abkaufen lassen. Und auf der gleichen Seite wird dann unter der Rubrik "So sehen's die anderen - Ein Blick auf die linke Interventionsdebatte" an erster Stelle die Sicht der - man traut seinen Augen nicht - "Gesellschaft für die Bedrohung der Völker" offeriert, jener notorischen Vereinigung für penetrante Kriegshetze! Wie sich der ak zu einem derartigen Verständnis von "links" versteigen kann, ist mir schlicht unbegreiflich: Hat denn Kt.s anti-jugoslawisches Ressentiment, welches ständig darüber klagt, daß der Westen nicht bereits im Frühjahr 1991 die Sezession unterstützte, sich mittlerweile wirklich dem antiserbischen Primitiv-Rassismus der "Gesellschaft" schon so sehr angenähert??

Hajo, Heidelberg

Jugoslawien (2)

Betr.: Schwerpunktthema Jugoslawien (ak 356)

Wenn die ak-Redaktion im Zusammenhang mit ihren "Thesen zum Krieg in Jugoslawien" von einem "Dilemma der Linken" spricht, so ist dieses Dilemma vorrangig ihr eigenes. Mit trauriger Ratlosigkeit kann mensch als Linker nur noch auf dieses Grüppchen blicken und sich verzweifelt fragen, wie es denn angehen kann, daß langjährige ehemalige KommunistInnen sich derart in ihre obskuren Positionen hineinsteigern und sich dabei gegenseitig bestärken, ohne daß auch nur einer von ihnen zumindest mal in einem lichten Augenblick die anderen am Ärmel zupft, um zu sagen: "Wartet mal, irgend etwas kann da nicht stimmen, was ist denn bloß mit uns los?" Nichts dergleichen! Stattdessen wird spaltenweise ausgeführt, aufgrund welcher militärstrategischer Gesichtspunkte ein militärisches Eingreifen in Jugoslawien nicht angebracht sei, so daß man den Eindruck gewinnen könnte, das NATO-Hauptquartier befände sich im Schulterblatt, und in den ak-Redaktionsräumen würden kleine Fähnchen auf einer Generalstabskarte hin und her geschoben. Durch die Argumentation, der Einsatz würde von UNO und NATO nur aus eigenen Machtinteressen durchgeführt (und sei nur deshalb zu verurteilen), wird suggeriert, diese Institutionen und die dahinterstehenden Staaten könnten theoretisch auch aus "humanitären" Gründen handeln, so als seien sie etwas anderes als imperialistische Institutionen und Staaten. Ebenso legt die militärstrategische Fachsimpelei der Redakteure deren Position an den Tag, daß ein Einsatz gerechtfertigt wäre, wenn er etwas bringen würde (nach Meinung der Redakteure wohl konkrete humanitäre Veränderungen); jedenfalls beklagen die Redakteure, daß die Anzahl der Soldaten für einen "sinnvollen" Einsatz bei weitem nicht ausreiche. Würden die Imperialisten es ehrlich und "humanitär" meinen, würden sie viel mehr Armeen mobil machen, die faschistische Türkei kann ihnen als gutes Vorbild vorangehen. Diese Stelle bedarf keines weiteren Kommentares. Also: Mehr imperialistische Soldaten an die Front, damit man die betreffenden Menschen dort "humanitär" behandeln kann, und nicht mehr imperialistisch. Daß Imperialisten nun mal imperialistisch, und nicht "humanitär" handeln (wie auch im Golfkrieg gesehen) liegt für die Redakteure denn auch nicht in der Logik der Sache, sondern in konkreten moralisch verächtlichen Einzelentscheidungen der imperialistischen Akteure. Das Paradoxon eines "humanitären Imperialismus" könnte dann in der Logik der Redakteure durchaus aufhören, ein solches zu sein.

Dieser proimperialistischen Position soll noch der Anschein einer linken Kontinuität gegeben werden: Dafür müssen die Muslime herhalten; man greift einfach auf die linke Tradition der Solidarität mit arabischen Ländern zurück.

Was die "Ex-KB-Mehrheits"-PDSisten immer wieder dazu treibt, auf ihr eigenes Parteiblatt, das ND, von rechts einzudreschen, bleibt eine Frage, die wahrscheinlich weniger politisch, als mehr psychologisch interessant ist. Sollte sich im Innern der Ex-KBler doch noch irgendwo die alte Aversion gegen eine ehemalige revisionistische Staatspartei erhalten haben? Wenn dem so ist, sei allerdings bemerkt, daß diese Version von Kritik weniger an eine vernünftige Revisionismuskritik (wie der des früheren KB) anknüpft, als vielmehr an deren traurige Karikatur nach dem Muster der "superlinken Vaterlandsverteidiger" (KPD/ML), deren Haß auf die Revis so groß war, daß sie auch vor einer Bekämpfung von ultra-rechts nicht zurückschreckten, nämlich mit den Imperialisten als potentiellen Bündnispartnern. Mit der Kritik der Gruppe K an der PDS ist mit Sicherheit eine bessere Anknüpfung an eine vernünftige Revisionismuskritik gelungen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß in Sachen jugoslawischer Separatismus der ak auch schon vernünftigere Positionen vertreten hat (lang, lang ist's her!), die sicherlich auch heutige "Mehrheitler" damals mitgetragen haben. In dem Artikel "Ustascha-Faschisten ermorden jugoslawischen Konsul" (AK 74; Februar 1976) hieß es: "Der nach wie vor bestehende Nationalismus und Separatismus in Kroatien ist immer noch Nährboden für derlei faschistische Umtriebe, wobei eine Unterstützung durch Emigranten und westliche Geheimdienste schon fast selbstverständlich ist. Angesichts der neu zu erwartenden unruhigen Entwicklung Jugoslawiens nach dem Tode Titos wächst die Gefahr, daß sich der Imperialismus diese Situation zunutze macht, um seinen Vorherrschaftsplänen im Mittelmeerraum näherzukommen." Heute macht sich der Imperialismus (insbesondere der deutsche) jugoslawischen Separatismus mehr denn je zunutze. Und ausgerechnet jetzt sollen Linke ihre Position dazu abschwächen; welch ein Quatsch!

Ulrich (Gruppe K)

IRA

Betr.: Die Taube flatterte nur einen Frühling lang (ak 356, S.6)

"Eine Friedensbewegung, die nicht in den katholisch-nationalistischen Ghettos von Belfast und Derry angesiedelt ist, wird die IRA nicht dazu bewegen können, ihre militärische Kampagne zu beenden. Die Initiative dazu muß aus der republikanischen Community selbst kommen."

Was soll das?!? Willst Du damit etwa sagen, daß die Irisch Republikanische Armee zum Frieden bewegt werden muß?!? Seit Jahren schon macht die IRA in ihren diversen Erklärungen den Herrschenden in Britannien Friedensangebote, zuletzt in ihrer Neujahrs- und Ostergrußbotschaft 1993 sowie in einem Interview Anfang April 1993 sowie in ihrer Erklärung zur riesigen Bombenexplosion im Londoner Bishopsgate vom 24.4.93. Eine Initiative, die die militärische Kampagne der IRA beendet, ohne daß die Brits verhandlungsbereit sind, wirft die nationalistische Bevölkerung auf den Stand von vor 1968 zurück.

Im übrigen ist der Erfolg von Sinn Féin bei den Lokalwahlen vom 19. März 1993 nicht auf eine "Trotzreaktion" der Wählerinnen und Wähler zurückzuführen, sondern vielmehr das Ergebnis jahrelanger kontinuierlicher Arbeit und gewachsenen Vertrauens in Sinn Féin.

Einige InternationalistInnen aus Berlin

Scheißintellektuelle

Betr.: Die Wiederkehr des Proletarität (ak 356, S.24)

Lieber Karl Heinz Roth,

liebe ak-Redaktion,

Ich habe den Artikel "die Wiederkehr der Proletarität" im ak 356 gelesen, und würde gern meinerseits endlich ein paar Worte loswerden. Und zwar über "die Fortdauer des Klugscheißerismus": Ihr, von ak über konkret bis wildcat, radikal, etc. geht mir nämlich derart auf den Senkel, daß es mich ziemliche Kraft kostet, gepflegte solidarische Kritik zu leisten.

Geht euch im Eifer des Klassenkampfes eigentlich mal auf, daß die Leute, für die ihr angeblich schreibt und kämpft, nicht mal die Überschriften eurer Artikel verstehen, geschweige denn den Inhalt? Ein Glück, daß "ak" nicht mehr "Arbeiterkampf" heißt, denn das war schon immer purer Blödsinn. Eure Artikel, und der von Karl Heinz Roth besonders, sind - kurz gesagt - so proletarisch wie Franz Steinkühler und so massenwirksam wie

die RAF. Und im Vergleich zu Roths Ausdrucksweise redet Robert Kurz (das überhebliche Arschloch) reinste Umgangssprache - wenn ich mir dann noch vorstelle, daß das Ding als Vortrag gedacht ist ...

Ich weiß selbst, daß es viele Zusammenhänge gibt, die nun mal nicht auf den einfachen Nenner von Parolen und Schlagworten zu bringen sind. Das trifft nicht zuletzt auf die Ökonomie zu. Aber was zum Teufel sollen Ausdrücke wie "domiziliert", "reüssiert", transplants", usw.? Dem Autor und (fast) allen anderen linken SchreiberInnen sind da nur zwei Kurse nahezulegen, die leider noch nicht im Zweier-Pack angeboten werden: Einen gegen Geltungssucht und einen Deutschkurs!

Außerdem: Was haltet ihr Experten von Begriffserklärungen? Glaubt ihr alle (müßten) wissen, was "Fordismus" oder "Keynesianismus" u.v.m. bedeuten?

Aber das scheint eh egal zu sein, denn ich kann mir schon vorstellen, wer in den angestrebten "Proletarischen Zirkeln" drinsitzen wird: Die ewigen wohlgenährten intellektuellen Dummschwätzer, die lieber (nicht zuletzt durch so eine Ausdrucksweise) unter sich bleiben, als sich mit der Wirklichkeit und ihren Menschen auseinanderzusetzen. Die in ihren "Taxigruppen" und "Zirkeln" von den revolutionären Volksmassen träumen und die sich nicht wundern sollten, daß sich eben jene "pauperisierten, marginalisierten" Massen eher bei der FAP wiederfinden - die spricht wenigstens Klartext!

Geht doch mal auf die Straße und sagt den Leuten, daß ihr gerne "Arbeitersegmente" organisieren tätet, weil das Kapital die "conditio humana" verhöhnt, ihr Idioten! Ich kann nur sagen, egal wie gut unsere Gedanken und Analysen auch sind (damit meine auch und vor allem Roth und Kurz), - wenn wir nicht lernen auch zu sagen, was wir meinen, dann wird "die Krise der Linken" zum "Ende der Linken". Dann werden wir auch in Zukunft weder Jugendliche noch Lohnabhängige organisieren.

Es ist ja nicht nur, daß ihr interessierten Leuten (wie mir) das Leben schwer macht. Diejenigen, die später anderswo Artikel, Redebeiträge u.ä. schreiben, haben ihre Bildung von euch - und drücken sich entsprechend aus. Wir, das heißt die Antifa Bonn-Rhein/Sieg, haben das zu spüren gekriegt, als eine Gruppe entstand, deren Mehrheit erstmalig Lehrlinge und ArbeiterInnen stellten. Die haben uns zu Rrecht den Marsch geblasen: Alles, was wir bisher in unseren Köpfen hatten, konnten wir von da an "übersetzen"!

Denkt dran, auch Sprache ist ein (nicht unwesentlicher) Ausdruck von Klassengesellschaft, und da heißt es vor allem: Vor der eigenen Türe kehren ...

Von einem, dem es schon lange hochkommt - und zwar "from the bottom up" wie Karl Heinz sagen würde ...

Mit kommunistischem Gruß

Markus Bechner

Bonn, 27. Juli 93

Papital

und Katriarchat

Betr.: "Was tun?!" Konkret-Kongreß aus feministischer Sicht (ak 356, S. 23)

Eigentlich der alte Streit. Trotzdem noch ein paar Sätze dazu, weil es mich ankotzt, daß kleinbürgerliche Ideologie feministisch getarnt als radikal und fortschrittlich für sich Platz reklamiert.

Frau Stövesand erklärt nach ihren Auslassungen über den "Schwanz im Hirn" (siehe Artikel ca. um die 20. Zeile), daß "das Kapitalverhältnis doch in die Mitte" gestellt werde, "von der aus andere Verhältnisse angeguckt werden". Dabei ahnt sie an anderer Stelle ihres Aufsatzes durchaus Richtiges, wenn Sie sagt, der Kapitalismus greife sich zur Wiederherstellung der Arbeitskraft die Reproduktionsarbeit der Frau.

Ja, wie denn nun mit Kapital und Patriarchat? Hier ganz kurz ein paar Anmerkungen: Das Kapital fand patriarchalische (geschlechts-rassistische) Männer-Herrschaftsstrukturen vor und instrumentalisierte sie für seinen Bedarf. Resultat: Gummizelle der Kleinfamilie. Hätte das Kapital das weibliche Geschlecht in der dominanten Rolle vorgefunden, hätte es eben diese Struktur für sich instrumentalisiert. Hätte es keine vorfindbaren, für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft aber notwendigen Zuliefer-Verhältnisse gegeben - das Kapital hätte sie ebenso geschaffen wie den Rest des von ihm zu verantwortenden gesellschaftlichen

Irrsinns. Will sagen: Das Kapital als der "sich selbst verwertende Wert" (Karl Marx) ist Subjekt dieser Gesellschaft und macht die Menschen - unabhängig von ihrem unmittelbaren Willen - zu seinen Objekten. Soweit zum Verhältnis von Kapital und Geschlecht. Klarheit in diesen Dingen gibt hier allein genaue materialistisch-wissenschaftliche Analyse. Wer nicht weiß, was gemeint ist, dem sei zur Einführung "Das Kapital" und andere Schriften des eben genannten Autors empfohlen.

Wohin dann der ideologische Quatsch führt, den Frau Stövesand verbreitet (siehe Definition des Patriarchats - Krupp und Krause in einem Boot gegen die Frauen), zeigt sich, wenn sie sagt: "die patriarchale Ideologie der Trennung zwischen privat und öffentlich, der Erhalt der eigenen männlichen Privilegien vereint die Typen von Schönhuber bis Gremliza."

Liebe Frau Stövesand, der Konkret-Kongreß hat Sie nach eigenen Worten gelehrt, "daß diese Linken keine Bündnispartner sind" für Sie. Lassen Sie mich dem hinzufügen: Sie, die Sie rechts und links in Person von Schönhuber und Gremliza gleichsetzen, weil sie Männer sind, betreiben das Geschäft der bürgerlichen Ideologie (Rechts = Links, Mann = Mann, Diktator = Diktator, Hitler = Stalin) in sehr geschickter Art. Daß Sie und Ihresgleichen für mich als Kommunist - um Sie zu zitieren - "keine Bündnispartner sind", erklärt sich nach dem oben Gesagten von selbst.

Mit relativ geringer Hochachtung

Frank Flegel

Ruud und Dietrich

Betr.: Ruud Gullit, Bayern München und der FCKB (ak 356, S. 30)

Ja, es stimmt: Die Nachricht von einem bevorstehenden Gullit-Wechsel zu Bayern München hatte mich zutiefst deprimiert. Ich mochte drei Tage lang keine Hopjes, keinen Gouda und keinen Hering essen. Man hätte die Bayern, diesen Erzfeind, ohne den ich als geborener Ruhrpottler und schwarz-gelb Sozialisierter nicht mehr kann, plötzlich sympathisch finden müssen - eine furchtbare Vorstellung.

Die von der Boulevardpresse verbreitete Version, Gullit habe mit dem Bayern-Flirt nur seinen Marktwert testen lassen und der Welt verkünden wollen: "Ich bin gesund!", halte ich allerdings für pure Hetze. Da haben wir sie wieder, dieses Mal gar in einer Person: den unzuverlässigen Farbigen und den schachernden Holländer (deshalb konnten wir schon die Juden nicht leiden), der uns zwar ziemlich spießige, aber ehrliche Deutsche über den Tisch zu ziehen versucht, was uns bekanntlich aggressiv macht.

Vieles spricht dafür, daß Gullit tatsächlich ein ernsthaftes Interesse an den Bayern hatte. Wer unter Berlusconi in Milan und beim PSV Eindhoven (in Amsterdam und Rotterdam so unbeliebt wie die Bayern im Ruhrgebiet und in Norddeutschland) gekickt hat, warum soll der nicht auch für den FC Bayern kicken? Ich kann mir sogar vorstellen, daß Hoeneß und Gullit bestens miteinander ausgekommen wären. Hoeneß ist eben nicht nur ein CSU-Arsch, sondern auch ein ausgesprochen intelligenter Manager und ein ehemaliger Rebell wider den Mief und die verkrusteten Strukturen im deutschen Profifußball, der weiß, daß die Einstellung und die Aura eines Ruud Gullit den Bayern als Mannschaft und Verein nur nutzen können. Hoeneß wäre deswegen kein Linker geworden; und Gullit kein Rechter.

Woran ist der Gullit-Wechsel tatsächlich gescheitert? Gullit selbst, über die Kampagne der deutschen Boulevardpresse zu Recht empört, gibt an, es sei ihm alles zu schnell gegangen. "Ich hatte Zeit nötig und wollte zunächst Urlaub machen, aber Rummenigge und Beckenbauer hatten es eilig. Sie wollten die Angelegenheit ganz schnell unter Dach und Fach bringen." Verständlich, denn den Bayern drohte, ihrer (ohnehin frustrierten) Anhängerschaft für die neue Saison keinen neuen Star präsentieren zu können. Die Verpflichtung eines Ruud Gullit wäre natürlich der Coup schlechthin gewesen. Das finanzielle Angebot, das Gullit unterbreitet wurde, entsprach in etwa dem des AC Milan. Dort hätte er allerdings mit der Reservebank vorlieb nehmen müssen. Doch bei allem Geld: Ob Sammer oder Gullit, Fußballspieler möchten in der Regel auch spielen, wenn sie nicht gerade Thomas Berthold heißen und einen Banker zum Papi haben.

Der "Kicker" ist ein ziemlich biederes Blatt, aber allemal lesbarer - weil nicht so hibbelig und sensationsgeil - als z.B. die "Sport-Bild". "Kicker"-Leser wissen mehr. Zum Beispiel wußten sie schon sehr frühzeitig, daß Gullits Lebensgefährtin wg. der faschistischen Terrorakte von Mölln und Solingen Bedenken habe, nach

Deutschland zu gehen. Diese Information stammte offensichtlich vom Bayern-Manager selbst. Bezeichnenderweise wurde diese von keiner anderen Zeitung aufgegriffen. Statt dessen hieß es nur nebulös, Gullit wäre wohl bereit, aber seine Freundin blockiere den Umzug nach München, präferiere Frankreich etc. Schuster, Becker, Gullit: Immer diese Frauen ... Müssen Manager demnächst mit den Spieler-Frauen die Verhandlungen führen? Für einige Funktionäre und die Boulevardpresse offensichtlich eine noch furchtbarere Vorstellung, als für mich ein Gullit im Bayern-Trikot. Als der Gullit-Wechsel offiziell scheiterte, ging die Hetze auch gegen Gullit los.

Resümee: Gullit hatte tatsächlich ein Interesse an den Bayern, benötigte aber mehr Zeit für seine Entscheidung, als die Bayern ihm gestatteten. Er benötigte diese Zeit u.a. aufgrund der (berechtigten) Bedenken seiner Freundin. Der Rest der Geschichte ist üble Hetze, und als solche sollte diese auch behandelt werden.

Dietrich Schulze-Marmeling

(dessen Mitwirken beim FCKB nicht am Einspruch seiner Frau scheiterte)

41. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:39

Am 17. August legten der Bundesminister des Innern, Manfred Kanther, und die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, dem Innen- und Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages den Zwischenbericht der Bundesregierung zu der Polizeiaktion am 27.6.1993 in Bad Kleinen vor. Dieses Dokument ist eine Rechtfertigungsschrift des Apparats der "inneren Sicherheit". Statt "schonungsloser Aufklärung" wird hier die Vertuschung systematisiert. Die völlig verlogene Unterrichtung der parlamentarischen Gremien in den ersten Sondersitzungen Ende Juni/Anfang Juli hatte immerhin noch etwas Unberechenbares, das von kritischen JournalistInnen genutzt werden konnte. Den jetzt vorgelegten Bericht durchzieht wie ein roter Faden der Wille, die hier dargestellte Version über den Ablauf in Bad Kleinen um jeden Preis durchzusetzen.

Nun ist die "Aufklärung" in eine Richtung gelenkt, und die entsprechenden Stichworte sind ausgegeben worden: In "bemerkenswerter Offenheit" sind die "Pannen" und die Defizite im "handwerklichen Bereich kriminaltechnischer Polizeiarbeit" aufgelistet worden, ebenso die Mängel in der "Information" und "Kommunikation" der Behörden und Ministerien untereinander. Die servierten Stichworte werden von der Presse begierig aufgegriffen; die "kritische" Berichterstattung erschöpft sich in ihrer bloßen Wiedergabe.

Der Bericht ist keineswegs eine Zäsur im Umgang mit den Ereignissen von Bad Kleinen: Erstellt wurde er im wesentlichen von Vertretern der Behörden, deren ausführende Organe im starken Verdacht stehen, Grams hingerichtet zu haben, und von denen, die dies in jeder Konsequenz gedeckt haben und weiter decken werden. Deren Aussagen werden in keiner Weise hinterfragt. Es wird auch gar nicht der Versuch unternommen, vorzugaukeln, daß es eine kritische Distanz der Ministerien zu den Behörden gäbe.

Im Gegenteil: Die Komplizenschaft ist stabil. Der Korpsgeist wird wohlüberlegt für die Deckung der mutmaßlichen Täter von der GSG 9 und der Vertuscher aus der BKA-Abteilung "Terrorismus" mobilisiert.

Der Bericht enthält auf gut 140 Seiten (nebst Anhang) nichts, was nicht schon bekannt war. Er beantwortet keine Fragen, sondern wirft nur neue auf. Und er spricht von "Schwachstellen" - beispielsweise bei der Spurensicherung - obwohl hier das BKA mit aller Professionalität Pannen in Serie produziert hat, um eine restlose Aufklärung der Vorgänge in Bad Kleinen unmöglich zu machen.

Bei dem Bericht handelt es sich um die dritte Fassung (d.h. die dritte nachweisbare Fassung, es kann auch noch ein paar mehr geben). Im Gegensatz zur ersten Fassung (die außer den Behördenvertretern und einzelnen Innenpolitikern nur wenigen Journalisten vorliegt) sind in Detailfragen offenbar wichtige Veränderungen vorgenommen worden. So hat Grams in der ersten Fassung während des Schußwechsels seine Waffe in der rechten Hand, nun hat er sie nur noch in der Hand. Und so liegt, nachdem er schwer verletzt auf die Gleise gestürzt ist, seine Waffe laut erster Fassung neben seiner rechten Hand; nun liegt Grams in Seitenlage auf seinem rechten Arm, und die Pistole befindet sich neben seiner linken Hand.

Diejenigen, die wissen (müssen), was sich in Bad Kleinen abgespielt hat, erklären, daß sich die Wahrheit wohl nie endgültig ermitteln lassen werde. Das Leben geht weiter - so oder so. Im "Freitag" schreibt Oliver Tolmein: "Während die beiden mutmaßlichen Staatsterroristen, denen immerhin die Tötung eines Menschen zur Last gelegt wird, weiter Dienst tun und schwer bewaffnet herumlaufen, wird das mutmaßliche RAF-Mitglied, gegen das bislang nichts vorliegt außer illegalem Waffenbesitz und einem fragwürdigen Schriftgutachten, das die Anmietung eines Wagens für ein fehlgeschlagenes Attentat belegen soll, in Isolationshaft gehalten."

42. Kalender

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:41

Rassismus in den Medien

Unter dem Motto "Aus Schlagworten werden Brandsätze" diskutieren Journalisten und Wissenschaftler über den Einfluß der Medien in der Debatte um Asylrecht und Einwanderung. Die Referenten der Veranstaltung sind: Klaus Bednarz, Journalist beim WDR (Monitor); Michael Jürgs, "Tempo"-Chefredakteur; Wolfgang Richter, Ausländerbeauftragter in Rostock; Anja Lundholm, Schriftstellerin, Frankfurt; Wilhelm von Sternburg, Publizist, ehem. Chefredakteur des Hessischen Rundfunks, Frankfurt; Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats deutscher Sinti und Roma, Heidelberg; Will Teichert, Akademie für Publizistik, Hamburg. Veranstalter sind u.a.: Die Patriotische Gesellschaft Hamburg, Deutsche Journalisten-Union (DJU) Hamburg, Schriftstellerverband (VS) und die Universität Hamburg.

15.9.93, 19 Uhr. Hauptgebäude der Universität, Hörsaal A, Edmund-Siemers-Allee, Hamburg.

KoLaFu - das Tor zur Hölle

Das Konzentrationslager und GeStaPo-Gefängnis Hamburg Fuhlsbüttel galt insbesondere in den ersten Jahren des Nazismus als einer der schrecklichsten Orte des staatlich konzessionierten Terrors. Für Tausende von Hälftlingen - KommunistInnen und, als "Gemeinschaftsfremde", "Asoziale", Schwule, Juden, Sinti - war das "KoLaFu" Durchgangsstation auf dem Weg in andere Strafanstalten, in Konzentrations- und Vernichtungslager. Über 200 KoLaFu-Häftlinge wurden bis zur Befreiung 1945 ermordet. - Anläßlich des 60. Jahrestags der Errichtung des KZ Fuhlsbüttel am 4. September 1933 wird die KZ- Gedenkstätte Fuhlsbüttel vom 5.-19.9.93 täglich von 10-17 Uhr geöffnet sein. Für Schulen und interessierte Gruppen werden Führungen mit ehemaligen Häftlingen durch die Ausstellungsräume angeboten.

KZ-Gedenkstätte Fuhlsbüttel, Torhaus, Suhrenkamp 98, Hamburg. Koordination: Museumspädagogischer Dienst, Tel. 040 - 29188-2752.

Außerdem finden vom 29.8. bis zum 23.9. eine Reihe von Veranstaltungen - Vorträge, Lesungen, Führungen - statt. Und zwar u.a.:

5.9., 16 Uhr. Gesprächsrunde ehemaliger Häftlinge. Im Grünen Grunde 1, Hamburg.

7.9., 19 Uhr. Fuhlsbüttel 1933 - ein Konzentrationslager der Landesjustizverwaltung. Vortrag über neuere Forschungsergebnisse. Gedenkstätte (Anschrift s.o.).

12.9., 11.30 Uhr. Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Errichtung des KZ Fuhlsbüttel. Kundgebung vor dem Torhaus, Suhrenkamp 98, Hamburg.

13.9., 20 Uhr. "Die Prüfung". Willi Bredels Roman über das KoLaFu. Vortrag und Diskussion. Im Grünen Grunde 1, Hamburg.

19.9., 15 Uhr. Jüdische Gefangene in Hamburger Konzentrationslagern. Führung durch die Ausstellung. Dokumentenhaus Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg 39, Hamburg.

Nähere Auskunft zu diesen und weiteren Veranstaltungen: Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V., Im Grünen Grunde 1c, 22337 Hamburg, Tel. 040 - 591107.

Computerisierte Medizin

Anlaß für die Fachtagung "Computerisierte Medizin - wo bleiben die PatientInnen?" ist die neue Krankenversicherungskarte, die ab 1.10.93 bundesweit an alle Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgegeben wird. Die Chipkarte soll den Datenaustausch zwischen ÄrztInnen, Krankenhäusern, Ärzteverbänden und Krankenkassen wesentlich erleichtern. Durch die EDV-Rationalisierung des Gesundheitswesens werden ohne Zustimmung der PatientInnen persönliche Informationen über ihre Krankheiten und Behandlungen in Computern gesammelt. Während DatenschützerInnen auf die Gefahr des "gläsernen Patienten" und der standardisierten Behandlung hinweisen, sehen kritische ÄrztInnen und PatientInnen-Initiativen auch Chancen. Sie hoffen zu verhindern, daß überflüssige Leistungen auf Kosten der

Versicherten erbracht werden. Falsche Behandlungen und Gesundheitsgefahren könnten durch EDV besser festgestellt oder nachgewiesen werden. Auf der Tagung werden beide Seiten zu Wort kommen und die Diskussion suchen. Sie ist die bisher einzige Gelegenheit, von einem kritischen, patientInnen-bezogenen Standpunkt aus die geplante Verdatung des Gesundheitswesens zu diskutieren. Die Veranstalter der Tagung sind der Bremer Landesbeauftragte für Datenschutz, der Gesundheitsladen Bremen und das Institut für Informations- und Kommunikationsökologie an der Universität Bremen.

9.10.93, Bremen. Nähere Auskunft und Anmeldungsunterlagen: Gesundheitsladen Bremen, Braunschweiger Str. 53b, 28205 Bremen.

Antirassismus

Das European Youth Centre Straßburg führt im Oktober eine einwöchiges Seminar "Planning a European Campaign against Racism" durch.

10.-17.10.93, Straßburg. Kontakt: European Confederation of Youth Club Organisations, Ornevej 45, DK - 2400 Kobenhavn NV

Out-of-Area-Einsätze

Ein eintägiger Kongreß mehrer antimilitaristischer Initiativen und der Jugendorganisationen von DGB und SPD steht unter der Frage "Der Krieg des Nordens gegen den Süden?" Das Thema des Kongresses sind die NATO- und WEU-Planungen für Out-of-Area- Einsätze und die friedenspolitischen Alternativen. In Vorträgen und insgesamt zwölf Arbeitsgruppen soll eine Lagebestimmung der Außenpolitik und der sich daraus ableitenden Militärstrategien nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vorgenommen werden. Hierzu sollen die spezielle Rolle der Bundeswehr, die psychologische Vorkriegsführung und die neue Rolle der UNO als Weltpolizei analysiert werden. Der Kongreß, schreiben die Veranstalter, "will in seiner thematischen und organisatorischen Breite der zerfaserten Friedensbewegung einen Ort des Nachdenkens, des Austausches und einer Neuvernetzung bieten."

23.10.93, 10-17.30 Uhr, Gesamtschule Stieghorst, Bielefeld. Für Nachfragen und Anmeldungen: DGB-Jugend Bielefeld, Marktstr. 10, 33602 Bielefeld, Tel. 0521 - 173311; oder: Kreisverband Die Grünen/Bunte Liste, Viktoriastr. 41, 33602 Bielefeld, Tel. 0521 - 179767.

43. Quelldatei 42.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:42

Ein Jahr nach Rostock: Es ist noch schlimmer geworden!

Die Terrornächte von Rostock Ende August 1992 waren nicht der Anfang, sie waren auch nicht das Ende oder der Wendepunkt einer Welle von aggressivem Rassismus im größer gewordenen Deutschland. Damals, als das Entsetzen über die mordwütigen Horden und ihre biedermännischen Claqueure vorübergehend breitere Kreise zu erfassen schien, konnte Hoffnung auf geistige Umkehr und politische Neuorientierung aufkommen. Ein Jahr nach Rostock erweist sich, daß die Beseitigung des Grundrechts auf Asyl das einzige bleibende Ergebnis der Pogromnächte ist. Ein geradezu klassisches Beispiel dafür, wie in diesem unseren Land immer wieder aus der Geschichte "gelernt" wird.

Seit Sommer 1991, ein knappes Jahr nach dem Anschluß der DDR, war ein starker Anstieg ausländerfeindlicher und anderer faschistischer Gewalttaten zu registrieren. Einen Schwerpunkt bildeten dabei Angriffe rechtsextremer Jugendbanden auf Wohnheime von Asylsuchenden. Solche Überfälle fanden in aller Öffentlichkeit statt, oft mehrere Tage hintereinander. Zumeist war die Polizei mehrere Tage "machtlos" und bekam die Krawalle erst mit Verzögerung "in den Griff", nachdem Ausländer brutal zusammengeschlagen, Wohnungen ausgebrannt waren. Oft endeten solche Angriffe mit der "Umquartierung" der Asylsuchenden, also mit einem vollen Erfolg der Rassisten.

Die sächsische Kreisstadt Hoyerswerda wurde im September 1991 zum Begriff für eine qualitative Steigerung der rassistischen Terrorwelle: Hier wurden erstmals die tagelangen Angriffe mehrerer hundert Rechtsextremisten gegen ein Wohnheim vietnamesischer und afrikanischer ArbeiterInnen von einer riesigen Menge "Schaulustiger", zumeist Anwohner, mit Applaus und anfeuernden Rufen begleitet. "Deutschland den Deutschen!" und "Ausländer raus!" präsentierten sich als historisch logische Fortsetzung des "Wir sind ein Volk!" vom Herbst 1989.

Offizielle Reaktion damals: Die Bundesregierung verurteilte die Ausschreitungen "mit aller Schärfe" und nannte sie "einer zivilisierten und toleranten Gesellschaft unwürdig", was aber sicher nicht als selbstkritische Reflexion mißzuverstehen war. Innenminister Schäuble kündigte an, zum Schutz bedrohter AusländerInnen künftig BGS-Einheiten zur Verfügung zu stellen.

Schon damals waren sich CDU/CSU, SPD und FDP einig, daß eine "verfehlte Ausländerpolitik" ursächlich für die Massenkrawalle von Hoyerswerda sei. Die CDU/CSU machte das Grundrecht auf Asyl verantwortlich und wollte

Hoyerswerda als Argument für dessen Abschaffung verstanden wissen. Der importierte sächsische Ministerpräsident Biedenkopf (CDU) stellte sich an die Spitze des "gerechten Volkszorns" mit der Forderung, in Sachsen keine Asylsuchenden mehr aufzunehmen. Die SPD hielt dagegen mit der Behauptung, die CDU/CSU rede nur immer vom Asylmißbrauch, biete aber auch keine Lösung an. Dieser Einwand war sachlich völlig daneben, da die CDU/CSU sehr wohl eine "Lösung" schon parat hatte, und die SPD nur noch ein weiteres Jahr brauchte, um ebenfalls vollständig auf diesen Weg einzuschwenken.

Ein knappes Jahr später dann Rostock, die gleichen Terrorszenen, die gleichen johlenden Biedermannfressen Tausender von Anwohnern, nur alles noch massenhafter und noch gewalttätiger, dafür die Polizei noch langsamer und noch zurückhaltender als in Hoyerswerda. Brutaler Höhepunkt der fünftägigen, sich Abend für Abend unter den Augen der Polizei wiederholenden Krawalle war die Inbrandsetzung eines Wohnheims, in dem sich zu dieser Zeit über hundert vietnamesische ArbeiterInnen und ein Team des ZDF befanden.

Inzwischen ist bekannt und detailliert nachgewiesen, wie die Rostocker Terrornächte von maßgeblichen Politikern planmäßig provoziert und dann bewußt "laufengelassen" worden waren. Man wollte, um die in Deutschland lebenden Asylsuchenden einzuschüchtern, ein "abschreckendes" Zeichen, und man wollte ein Spektakel des "gerechten Volkszorns", um in Sachen Asylrecht endlich den letzten Sargnagel einschlagen zu können.

Der Plan klappte ausgezeichnet: Genau zeitgleich mit dem Beginn der Rostocker Krawalle verständigte sich der SPD-Vorstand auf die "Petersberger Beschlüsse". Diese bestanden erstens in der Zustimmung zu einer,

wie es halb verschämt bezeichnet wurde, "Änderung des Asylrechts", obwohl es praktisch nur noch um dessen Abschaffung ging. Sie bestanden zweitens in der prinzipiellen Bejahung deutscher Militäreinsätze in aller Welt. Zwischen beiden Punkten besteht scheinbar überhaupt kein logischer Zusammenhang - außer daß beides Ausdruck eines seit der "Wiedervereinigung" offen und aggressiv auftretenden deutschen Nationalismus ist. Insofern ist es schon bezeichnend, daß die SPD-Spitze mit sicherem Gespür genau diese zwei Beschlüsse zu einem "Paket" verband.

Im übrigen folgten auf Rostock die gleichen hohlen Politikerphrasen wie schon nach Hoyerswerda und seither viele Male. Der Bundestag vereinigte sich am 8. Oktober zu einer einstimmigen Resolution gegen Fremdenhaß, Rassismus und Antisemitismus. Es gelte, "den Anfängen zu wehren" (nach einem Jahr mit durchschnittlich drei bis vier faschistischen Überfällen und Anschlägen pro Tag!). Den Gewalttätern müsse "in unserer Gesellschaft der Boden entzogen werden". Daß die Mehrheit der Abgeordneten darunter in erster Linie die Beseitigung des Asylrechts verstand, war eigentlich schon kein Geheimnis mehr. Daß Ausländerhaß durch Ausländer verursacht wird, daß also weniger Ausländer erste und wichtigste Voraussetzung für weniger Ausländerfeindschaft sind, ist eine deutsche Weisheit, die für sich immerhin Kontinuität beanspruchen kann.

Und nun ging es Schlag auf Schlag weiter mit dem "Kampf gegen den Fremdenhaß": Am 8. November eröffnete eine Großkundgebung aller Parteien in Berlin den Reigen der Massendemonstrationen und Lichterketten. Am 13. November erschlugen Nazis in Wuppertal nach einem Streit in einer Kneipe einen Arbeitslosen, nachdem der Wirt ihnen den "Tip" gegeben hatte, der Mann sei Jude. Am 16. und 17. November stimmte ein Sonderparteitag der SPD der von Engholm und Lafontaine forcierten Abschaffung des Asylrechts zu. Die Zustimmung von 90 Prozent der Delegierten zeigte, wie dünn in der SPD der Anteil derjenigen ist, die sich noch einen Rest von menschlichem und politischem Schamgefühl bewahrt haben. Am 23. November brannte es in Mölln, drei Türkinnen starben. Am 5. Dezember einigten sich in Bonn CDU/CSU, SPD und FDP auf die Grundzüge des sogenannten Asylkompromisses.

Wer mag, kann die zeitliche Abfolge der Ereignisse für reinen Zufall halten. Und Zufall dann natürlich auch, daß wiederum nur vier Tage nach Verabschiedung des "neuen Asylrechts" Ende Mai die mörderische Brandstiftung in Solingen folgte.

Alle Erfahrung spricht aber dafür, daß genau die Sorte Menschen, die bedenkenlos Feuer an Wohnhäuser legt, mit dem Vorsatz zu töten, noch ungeheuer beflügelt wird durch das Gefühl politischer Macht, die scheinbar in ihren Händen liegt. Daß man "nur" ein paar Wohnheime und Häuser abzufackeln braucht, um die Politiker sofort zu Maßnahmen zu bringen, über die bis dahin zehn, fünfzehn Jahre lang ergebnislos debattiert wurde, ist für die Nazi-Terroristen ein rauschhaftes Erlebnis, das geradezu zwangsläufig Nachahmungen in noch größerer Zahl hervorbringt. Dieser Zusammenhang ist so gradlinig und empirisch nachweisbar, daß er sogar von Politikern hätte vorausgesehen werden können. Zutreffend weist eine im Auftrag des Bundesjugendministeriums ausgearbeitete Studie nach, daß gerade die im herrschenden Konsens geführte "Asyldiskussion" den Rechtsextremisten das Bewußtsein verschafft hat, mit ihrem Haß auf Ausländer voll im Trend des "Volksempfindens" zu liegen und die handelnde Avantgarde einer schweigenden Mehrheit zu sein. (SZ, 30.6.93)

Die Lichterketten, zu denen es nach dem Möllner Brandmord vor allem im Dezember kam und die sehr viel auch mit vorweihnachtlicher Gefühlsduselei zu tun hatten, konnten den rassistischen Trend nicht brechen. Wie dünn, unabhängig vom guten Willen der meisten Beteiligten, ihre politische Substanz war, zeigt sich darin, daß genau gleichzeitig in Bonn die Abschaffung des Asylrechts über die Bühne ging, ohne daß bei den Massenveranstaltungen eine Verbindung zu dieser Realität hergestellt wurde.

Als politischer "Erfolg" der Lichterketten-Welle war lediglich zu verbuchen: "Deutschlands Ansehen im Ausland wuchs" und "Von Boykottmaßnahmen gegen Produkte ‚made in Germany` ist nichts mehr zu hören." ("Bild", 29.1.93) Die weitere Behauptung der "Bild", "Brandanschläge und Gewalt gegen Ausländer nahmen massiv ab", ist erwiesenermaßen falsch, und an der These "Rechtsradikale stoßen auf immer mehr Ablehnung" muß man leider auch zweifeln. Fakt ist, daß zwar keineswegs der rassistische Mordterror aufgehört hat, wohl aber die Massenproteste dagegen verstummt sind.

Von 1991 auf 1992 verdoppelte sich die Zahl der Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund. Nach dem Attentat von Solingen stieg die Zahl faschistischer Angriffe noch einmal steil an, von 400 im Mai auf 1307 im

Juni, mehr als 40 Taten pro Tag! Insgesamt gab das BKA die Zahl ausländerfeindlicher Angriffe im ersten Halbjahr 1993 mit 3365 an, gegenüber 1443 im gleichen Zeitraum des Jahres 1992. Inzwischen werden selbst Fälle von schwerer Brandstiftung in den Zeitungen nur noch in versteckten Kurzmeldungen erwähnt, der Gewöhnungseffekt hat offensichtlich schon voll gegriffen. Ein Jahr nach Rostock ist auch schon die Erinnerung daran verblaßt, daß da irgendetwas war, dessen wir uns zu schämen hätten. "Rostock? Was, ein Jahr ist das erst her? Hätt' ich nicht gedacht."

44. Jetzt wird es konkret!

Betr. Antifaschistische Zeitung für Rußland:

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:43

Mehrfach berichteten wir im "ak" über den Fortgang eines deutsch-russischen Gemeinschaftsprojekts: die beabsichtigte Herausgabe einer antifaschistischen Zeitung, die in Rußland erscheinen und eventuell auch in einer kürzeren Version (Artikelauswahl) in der BRD verbreitet werden soll. Angeregt von russischen Demokraten, die mit Sorgen die Ausbreitung nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Tendenzen in ihrem Land sehen, hat sich in der BRD ein kontinuierlicher Unterstützerkreis zusammengefunden. Inzwischen sind die Rundbriefe 4 und 5 zum Stand des Projekts erschienen. Daraus ergibt sich, daß die Sache nun konkretere Gestalt anzunehmen beginnt: es gibt von russischer Seite ein Konzept für die Zeitung, eine Finanzkalkulation, und es ist auch schon ein Verlag in Aussicht (Verlagshaus PIK, Moskau), der die Organisation der Zeitung zu übernehmen bereit wäre.

Die nächste Arbeitstagung der deutschen UnterstützerInnen findet am Wochenende 4./5. September in den Räumen der Internationalen Liga für Menschenrechte in Berlin, Mommsenstraße 27, statt. Sie beginnt am Samstag, 4.9., um 14 Uhr. Kontaktadresse für den deutschen Unterstützerkreis ist: Kai Ehlers, Koppel 22, 20099 Hamburg.

45. Quelldatei 45.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:45

Lateinamerika

Der Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe des in der ehemaligen DDR erscheinenden Quetzal ist das problematische Verhältnis von Umwelt(schutz) und Entwicklung in Lateinamerika. In den Beiträgen wird die Lage Lateinamerikas "zwischen Ökonomie und Ökologie" auf der allgemein-politischen Ebene erörtert und am Beispiel der "Chancen und Hemmnisse einer standortgerechten Landwirtschaft in den Tropen" wie des Kampfes der Indígenas Ecuadors für die Erhaltung ihres Lebensraums, des Regenwalds, konkretisiert. Der Dokumentationsteil der Ausgabe enthält den Wortlaut der Rio- Deklaration, Erklärungen lateinamerikanischer Präsidenten und der Lateinamerikanischen Umwelt- Allianz.

Quetzal. Magazin für Politik und Kultur in Lateinamerika. H. 2, April 1993. 48 S., 5 DM.

Asylrecht

Der Hamburger Arbeitskreise ASYL e.V. hat die vom ihm erarbeitete Broschüre zur "Liquidierung des Grundrechts auf Asyl" mit dem Titel eines Romans von Gabriel García Márquez versehen: Chronik eines angekündigten Todes. Und eine Chronik der Asylpolitik und der (allmählichen aber letztendlich vollendeten) Abschaffung des Asylrechts macht mit knapp dreißig Seiten einen gewichtigen Teil der Dokumentation aus. Die einzelnen Schritte der Asylpolitik werden detailliert nachgezeichnet, wobei sich die AutorInnen bei weitem nicht auf die in Paragraphen gefaßte Politik beschränken, vielmehr auch die von Justiz, Polizei und Volk praktizierte Asylpolitik aufzeigen. Eingeleitet wird die Broschüre mit einer Darstellung des Asylverfahrens, dem Erstaufnahmeverfahren und des B-Status für Bürgerkriegsflüchtlinge. Im Anhang sind die einschlägigen (neuen) Gesetzestextes dokumentiert.

Chronik eines angekündigten Todes. Zur Liquidierung des Grundrechts auf Asyl. Leitfaden zum neuen Asylrecht vom 1.7.1993. Hg. vom Hamburger Arbeitskreis ASYL e.V. A4-Format, 100 S., 10 DM.

Rechtsextremismus

Gegenstand der von Norbert Madloch erarbeiteten Dokumentation Blickpunkt Rechtsextremismus sind die rechtsextremistischen Strukturen in den neuen Bundesländern in den Jahren 1991/92. Neben den überregionalen rechtsextremen Parteien, Gruppen und Organisationen listet Madloch örtliche rechtsextremistische Vereinigungen und Gruppierungen im Übergang zum Rechtsextremismus auf. Im letzten Teil der Dokumentation wird eine Auswahl von rechtsextremen Akteuren in den neuen Bundesländern geboten - die allerdings zum großen Teil aus den alten Bundesländern stammen, war es da doch für einen jungen oder alten Nazi allemal gemütlicher als unterm "verordneten Antifaschismus" der DDR.

Blickpunkt Rechtsextremismus. Rechtsextremistische Strukturen 1991/1992 in den neuen Bundesländern. Erarbeitet von Norbert Madloch. Hg. PDS/Linke Liste im Bundestag, 1993. 91 S. (Preis und Bezugsquelle sind nicht angegeben.)

Deutsche Liga

Die Gründung der Deutschen Liga für Volk und Heimat ist einer der zahlreichen Versuche, die Rechte organisatorisch zusammenzufassen, sei es, um über Wahlbündnisse stärker aufzutreten, sei es, um überhaupt mehr Einfluß zu gewinnen. Die Antifa Dortmund-Nord hat in guter alter antifaschistischer (Untersuchungskommissions-)Tradition eine Dokumentation zu Entstehung, Entwicklung und Verbindungen der Deutschen Liga vorgelegt. Im Zentrum der Untersuchung steht das Wirken der Deutschen Liga in Köln.

Deutsche Liga. Eine junge Partei im Aufwind? A4- Format, 56 S., 4 DM. Bezug: Antifa Dortmund-Nord, Humboldtstr. 44, 44137 Dortmund.

Früchte des Zorns

Auf knapp 800 Seiten in zwei Bänden ist eine "bearbeitete und kommentierte Dokumentation der theoretischen Aktivitäten der Revolutionären Zellen und der Roten Zora" aus den letzten knapp 25 Jahren versammelt. Viele Bereiche, die in diesen Jahren im Zentrum radikaler linker Aktivität standen, werden in den dokumentierten

Texten behandelt. Die Texte können so sowohl einer nachträglichen Reflexion selbst miterlebter Entwicklung dienen wie auch als "Geschichtsbuch" für jene, die noch nicht "dabei waren".

Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien der Revolutionären Zellen und der Roten Zora. Berlin, Amsterdam (Edition ID-Archiv) 1993. 2 Bde., 800 S., 68 DM.

Sozialgeschichte

Thomas Welskopp fordert in seinem Aufsatz "Von der verhinderten Heldengeschichte des Proletariats zur vergleichenden Sozialgeschichte der Arbeiterschaft" eine "theoretische Reorientierung" der Arbeitergeschichtsschreibung, deren etablierte Konzepte nicht mehr in der Lage seien, die Vielfalt jüngerer empirischer Ergebnisse zu integrieren. Sozialtheoretische Grundkonzepte seien stärker zu betonen, die Analyse der sozialen Beziehungen müsse ins Zentrum der Forschung rücken. Nah am Puls der Zeit ist auch Friedhelm Wolski-Prenger mit seiner Darstellung und Diskussion der "Arbeitslosenprojekte nach der deutschen Vereinigung".

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Hg.: Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte. H. 3/93. 142 S., Einzelheft 18 DM.

Karikatur

Literatur über Karikaturen ist selten, und schon deshalb ist es zu begrüßen, daß die kritischen berichte - Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften diesem Thema eine ganze Ausgabe gewidmet haben. Enthalten sind in der Ausgabe u.a. Aufsätze zur Entwicklung der Karikatur in Westdeutschland seit 1945 und in der DDR der 50er Jahre, über die Bilderpolitik zur deutschen Vereinigung und ein - auch in der politischen Analyse kluger - Vergleich der in "FAZ bzw. "taz" erschienenen Karikaturen zum Golfkrieg.

kritische berichte. Zeitschrift für Kunst- und Kulturwissenschaften. H. 2/1993. 124 S., 17 DM.

Tourismus

Der Massentourismus ist schon seit Jahren herber Kritik ausgesetzt, und es gehört absolut zum "bon ton" der "alternativen" Touristen, sich scharf von den "Neckermännern" abzusetzen. Dabei, meinen manche Tourismus-Kritiker, richten die "Neckermänner", die brav im engsten Umkreis ihres Hotels und des einmal eroberten Strandplatzes bleiben, weit weniger Schaden an, als die Alternativen, die auch noch in die entlegendsten Gegenden einbrechen, den "Eingeborenen" auf den Geist gehen, aber nicht der vornehmsten Touristenpflicht Genüge tun: Geld, und zwar möglichst viel Geld im Lande zu lassen. Gleichviel - das Magazin der Informationsstelle Lateinamerika hat zur Sommerzeit ein Heft mit dem Schwerpunkt "Tourismus" herausgebracht. Es geht, u.a., um "Indianer mit Schlagsahne" (was meint, daß die Herrschenden Guatemalas mit der Vorführung von Indianern absahnen wollen), um die Kontroverse um den Öko-Tourismus in Belize, Sextourismus in der Domikanischen Republik und auch um sinnvolle Urlaubsmöglichkeiten in Lateinamerika.

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. H. 167, Juli 1993. 68 S., 7 DM.

46. Quelldatei bischhof.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/bischhof.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:bischhof

Kali-Arbeiter im aufrechten Gang

Bischofferode im Kampf gegen Treuhand, BASF und Gewerkschaften

"Wir führen einen Kampf David gegen Goliath. Unsere Schleuder, mit der David Goliath besiegt, ist die Massenbewegung der Solidarität, ist der Schulterschluß der kämpfenden Belegschaften und Betriebsräte ... als einzeln kämpfender Betrieb gehen wir unter - im Bündnis Seite an Seite werden wir siegen!" So der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Gerhard Jüttemann am 01.08.93. Bis zu diesen kämpferischen Worten hatten die Kalikumpel aus Bischofferode schon einen langen Weg zurückgelegt.

Das Eichsfeld in Thüringen - ehemals "Armenhaus Deutschlands" - wurde erst während der DDR-Zeit industrialisiert. Die Menschen in der Region sind überwiegend gläubige Katholiken. Die CDU erzielte hier bei der letzten Bundestagswahl eine satte Mehrheit.

Vor dem Anschluß war die DDR mit jährlich ca. 3,5 Mio Tonnen (1989) der drittgrößte Kali-Produzent der Welt, nach der Sowjetunion und Kanada und vor der BRD, die mit ca. 2,2 Mio Tonnen den 4. Platz einnahm. Beim Export von Kaliprodukten lag die DDR sogar an 2. Stelle, hinter Kanada und vor der BRD. Der Hauptteil der Produktion kam aus Thüringen.

Nach der Wende wurden in Thüringen nach einer DGB-Berechnung 310.000 der 430.000 industriellen Arbeitsplätze abgebaut. Ein Ende ist nicht in Sicht. Bezogen auf die Kali-Industrie ist das Verhältnis noch schlechter. Von etwa 24.000 abhängig Arbeitenden sind in Thüringen noch ca. 1.500 übrig, davon 700 (von ursprünglich 1.900) im Werk "Thomas Müntzer" in Bischofferode. Diese hatten sich gute Chancen ausgerechnet, in der Marktwirtschaft bestehen zu können. Schließlich konnte die Auslastung bei gleichzeitigem Personalabbau noch auf etwa 80 Prozent im Jahr 1992 gesteigert und der Kundenkreis, hauptsächlich in Nord- und Westeuropa angesiedelt, erweitert werden. Das Werk galt zu DDR-Zeiten als Devisenbringer. Kein Grund also, die Zukunft zu fürchten?

Die Fusion: Kali und Salz AG wird Ostbetrieb

Die Treuhand sollte die ostdeutsche Kali-Industrie privatisieren. An die 40 Interessenten sind gekommen und auch wieder gegangen. Keiner wollte alle ostdeutschen Kaliwerke übernehmen. Die Kali und Salz AG aus Kassel stieg erst ein, nachdem die Treuhand bereits sechs von zehn Ostgruben geschlossen hatte.

Abgemacht wurde, daß die Kali und Salz AG (West), 100prozentige Tochter der BASF AG, der Mitteldeutschen Kali AG (Ost) beitreten wird. Sie wird damit formal ein Ostbetrieb. Laut dem diesbezüglichen Fusionsvertrag, dessen Einsichtnahme die Bischofferöder fordern und die ihnen bzw. ihrem Rechtsvertreter Gregor Gysi verweigert wird, erhält die Treuhand 49 Prozent der Gesamtaktien. 51 Prozent der Aktien des fusionierten Konzerns soll die BASF AG kontrollieren. Die Treuhand bringt etwa 1 Mrd. DM ein und übernimmt zusätzlich für die ersten 5 Jahre nach der Fusion zwischen 80 und 90 Prozent der Verluste wie folgt: 1993 bis 1995: 90 Prozent, 1996: 85 Prozent und 1997: 80 Prozent. Das Gemeinschaftsunternehmen plant außerdem im 5-Jahreszeitraum Investitionen in Höhe von 1,35 Mrd. DM. Als Leitung des Gemeinschaftsunternehmens soll in wesentlichen der jetzige Kali und Salz-Vorstand fungieren.

Die Treuhand genehmigte diese Fusion. Kali und Salz AG und Mitteldeutsche Kali AG begrüßten die Entscheidung ausdrücklich. Diese würde 7500 Arbeitsplätze in Deutschland sichern. Die 700 Arbeitnehmer/innen in Bischofferode jedoch sollen nicht von dem Gemeinschaftsunternehmen übernommen werden. Sie sollen (sozusagen als Ergebnis ihres Arbeitskampfes) von der treuhandeigenen Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von Bergbaualtlasten bis Ende 1995 mit Sanierungsarbeiten beschäftigt werden.

Die Kali und Salz AG besteht darauf, daß in Bischofferode nicht weiter produziert wird. Im Falle eines Einzelverkaufs des "Thomas Müntzer"-Werks werde die gesamte Fusion platzen. Das erklärt, warum z.B. auch der mittelständische Unternehmer Peine nicht zum Zug kommt, auf den die Kumpel zum Teil große Hoffnungen gesetzt hatten.

Kali und Salz - seit Jahren in der Krise

Der wichtigste Markt für die Kali und Salz-Produkte aus der DDR war vor der Wende die BRD mit 46 Prozent (ein Drittel übriges Europa, 20 Prozent außerhalb Europas). In der BRD gab es 1986 und 1987 schon einmal einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen und damit verbundene Stillegungen. Trotz einer kurzfristigen Verbesserung der Gewinnsituation wurden bei Kali und Salz AG das Personal weiter - bis auf 6000 Beschäftigte reduziert.

Die Kali und Salz AG wird ihre Aktivitäten auf dem Wachstumsmarkt Entsorgung und Recycling verstärken. Dies fügt sich in den Vertrag der BASF AG, Ludwigshafen, mit der rheinland-pfälzischen Landesregierung, 70000 Tonnen Sondermüll zu verbrennen. Kali und Salz AG soll sich dabei um die Bereiche Einlagerung von industriellen Abfallstoffen, Kunststoff-Trennung und Bauschutt-Aufbereitung kümmern.

Die BASF macht den Schnitt

Im Falle der Durchsetzung der geplanten Fusion wäre die BASF die Hauptgewinnerin, denn die Kali-Produktion in Deutschland wurde bereits durch Schließungen erheblich reduziert und der Anteil der Ostgruben von 17 Prozent im Weltmarkt ist auf 1 Prozent geschrumpft. Vor allem aber übernimmt die Treuhand, wie oben beschrieben, die Verluste ohne Rücksicht auf die Ursachen. Also beispielsweise auch dann, wenn (naheliegenderweise) das künftige Gemeinschaftsunternehmen den Rohstoff Kali zu niedrigen Transferpreisen an den Düngemittelproduzenten BASF liefert.

Schließlich unterscheidet sich das Bischofferöder Kali in seinen Eigenschaften von dem Produkt der Kali und Salz AG. Durch die Streichung der Bischofferöder Qualität aus dem europäischen Angebot erhält die BASF Konkurrenzvorteile bei ihrem Düngemittelgeschäft, daß auf der Weiterverarbeitung des westdeutschen Kalis nach dem von der BASF betriebenen sogenannten Kieselgelverfahren beruht. Die BASF behauptet zwar, daß das Kaliumchlorid-Produkt K60/61, wie es in Bischofferode hergestellt wird, ein weltweit gehandeltes Massenprodukt ist und keine Sonderqualität darstellt: "Das, was immer als Sonderqualität bezeichnet wird, ist lediglich eine bestimmte Körnung der Ware. ... Es wird vom neuen Gemeinschaftsunternehmen und auch von anderen Kali-Produzenten angeboten." (Dr. Bethke, Vorstandsvorsitzender von Kali und Salz AG in "BASF information" vom 4.8.93) Doch daß der wichtigste Abnehmer für Bischofferöder Kali, der nach dem sogenannten "Mannheim-Verfahren" produzierende Kaliumsulfathersteller Tessenderlo-Chemie/EMC-Belgien, das im Austausch zu Bischofferöder Produkt angebotene Zielitzer Produkt nicht akzeptiert, mußte selbst die Kali und Salz AG öffentlich auf einer Pressekonferenz am 6.8.93 einräumen. Der Düngemittelkonzern und BASF-Konkurrent Kemira Oy mit seinen Fabriken in Finnland, Schweden und Dänemark hatte sich auf die Ersatzlieferungen aus Zielitz erst gar nicht eingelassen.

Der Kampf der Belegschaft

Die Kumpel empfinden es als Zumutung, daß sie anstatt produktiv weiterzuarbeiten, nunmehr Schließungs- und Sanierungstätigkeiten übernehmen sollen. Die von Politiker/innen hochgelobten Angebote für Dauer- bzw. Garantiearbeitsplätze sind bei genauerem Hinsehen alles andere als konkret. ABM-Stellen - in anderen Teilen Thüringens eingefroren - sollen die Kumpel umstimmen. Doch die verhandeln nicht über Seifenblasen.

Der Arbeitskampf begann sofort nach Bekanntwerden der Schließungspläne im Rahmen des Fusionskonzeptes. Unterstützt wurde er in weiten Teilen von Kommunal- und Landespolitikern sowie von Kirchenvertretern. (Siehe Kasten) Am 1.8.93 fand ein großer Aktionstag in Bischofferode mit ca. 12.000 Teilnehmer/innen statt.

Am 17.8.93 fanden in verschiedenen Orten Thüringens im Rahmen des Aufrufs "Thüringen brennt" Straßenblockaden und vereinzelt auch Warnstreiks von Beschäftigten anderer Betriebe statt. Aber auch in Berlin (Treuhandanstalt), Ludwigshafen (BASF AG) und anderswo fanden Protestaktionen statt. In Berlin besetzten ein Dutzend Mitglieder des Seniorenausschusses der Berliner Gewerkschaft HBV das Bezirksbüro der IG Bergbau.

Am 20.8.93 lief ein Ultimatung der Mitteldeutschen Kali AG aus, den Arbeitskampf - insbesonder Hungerstreik und Werksbesetzung - in Bischofferode zu beenden. Anlaß genug für die Kumpel, den für 4.9.93 geplanten Aktionstag auf den 21.8.93 vorzuziehen. Der "Appell" von Treuhandchefin Breuel an die Kali-Arbeiter, es nicht zu einer Konfrontation kommen zu lassen, könnte ein Hinweis darauf sein, daß Staat und Kapitalisten demnächst härtere Saiten aufziehen könnten.

Die Standhaftigkeit der Bischofferöder und das radikale Eintreten für ihre Arbeitsplätze, führt zu Ver-/Bewunderung (hauptsächlich im Westen), Hoffnung bis hin zu eigenen Aktionen/Besetzungen (bisher vor allem in Thüringen) und Beunruhigung/Angst bei den Verantwortlichen.

KASTEN ANFANG

Kurze Chronik unseres Arbeitskampfes:

Am 10.12.92 hat unser Arbeitskampf begonnen.

24.12.92: Großkundgebung mit etwa 5.000 Teilnehmer/innen

Ab 7.1.93: Das Werk wird unter Beibehaltung der Produktion besetzt gehalten

12.3.93: Große Protestkundgebung in Bonn mit 1.500 Teilnehmer/innen

8.4.93: Straßenblockade der B 80 an 2 Stellen

Karfreitag: 175 Beschäftigte Unter Tage fuhren zu einer Kreuzwegeandacht aus

Ostersonntag: Ökomenischer Gottesdienst in 600 Metern Tiefe

1.5.93: Großkundgebung Deutsch/Deutsche Grenze mit 4000 Teilnehmer/innen

17.5.93: 400 Kali-Kumpel protestieren vor dem Gebäude der Treuhand in Berlin

(unter Beteiligung von Provokateuren der Polizei in Zivil)

1.7.93: Beginn des Hungerstreiks (12 Kumpel)

10.7.93: Aktionstag mir 5.000 Menschen, darunter Belegschaftsvertreter aus 40 Betrieben (Ost und West)

16.7.93: Urabstimmung der Belegschaft über die Fortsetzung des Arbeitskampfes

Ergebnis: 535 dafür, 50 dagegen, 3 ungültig

17.7.93: Aktionstag mit 2.000 Teilnehmern, 5 Frauen im Hungerstreik

(aus "Ein neues Kali-Echo" vom 18.7.93, Herausgeber: Betriebsrat Kaliwerk Bischofferode)

KASTEN ENDE!

Dem Aufruf des "Aktionsbündnisses Thüringen" haben sich als Erstunterzeichner verschiedene Betriebsräte aus Thüringen verpflichtet. Darin heißt es:

"Wir werden uns nicht wie Lämmer scheinbarem Schicksal fügen! Wir werden Aktionen durchführen, um Politiker/innen zur Einhaltung ihrer Versprechen zu zwingen, die Treuhandpolitik zu stoppen und Westunternehmen an der Vernichtung von Arbeitsplätzen zu hindern! Wir, die Unterzeichner, erklären, diesen Kampf - auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams aufzunehmen!"

Die Bedeutung liegt darin, daß von diesem Bündnis über den Rahmen der Solidarität mit Bischofferode hinausgegangen wird. "Bischofferode ist überall" bekommt die Brisanz, den Kampf auch anderswo für die eigenen Arbeitsplätze, für eine Lebensperspektive aufzunehmen.

Die Entscheidung der EG

Die EG-Kommission hat wegen ernsthafter wettbewerbsrechtlicher Bedenken eine umfassende Prüfung der umstrittenen Fusion eingeleitet. Sie prüft seit 3 Jahren immer dann, wenn Unternehmen beteiligt sind, deren Gesamtumsatz mehr als 10 Mrd. DM beträgt und die mehr als 1/3 ihres Umsatzes außerhalb des jeweiligen Mitgliedslandes erzielen. Dadurch wird die Entscheidung über die geplante Fusion voraussichtlich auf Dezember 1993 verschoben. Die EG-Kommission hat bis zu 4 Monaten Zeit die beteiligten Partner anzuhören und eine Entscheidung zu treffen. Sie kann die Fusion mit bestimmten Auflagen versehen oder untersagen. Der Betriebsratsvorsitzende Brodhun (Bischofferode) nannte die EG-Entscheidung ein "relativ positives Ergebnis".

Gewerkschaftsführung und Betriebsrat der BASF gegen Kali-Kumpel

Die IG Bergbau und Energie hat sich voll hinter die Fusion gestellt. Der Gewerkschaftsvorsitzende Berger, gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied mehrerer Unternehmen - darunter der BASF -, sprach sich öffentlich für eine Nutzung der Kali-Grube in Bischofferode als Mülldeponie aus.

IG Chemie und Betriebsrat der BASF AG haben lange Zeit keine Stellung bezogen. Inzwischen tritt der Gesamtbetriebsrat des BASF-Konzerns entschlossen für den Fusionsvertrag ein. Am 16.8.93 - dem Tag der EG-Kommissions-Entscheidung - gaben Konzernbetriebsratsvorsitzender Obenauer und der Betriebsratsvorsitzende der Kali und Salz AG Söllner eine Pressekonferenz. Sie verwiesen auf den Erfolg der "Garantie"-Arbeitsplätze für die bischofferoder Kumpel und forderten gleiche "Privilegien" auch für die durch die Fusion bedrohten Arbeitnehmer/innen im Westen.

Die Gewerkschaftsapparate von IG Bergbau und Energie und IG Chemie führen im Falle Kali-Fusion vor, daß sie für die eigene Fusion (unter Einbeziehung von IG Leder) - geplant für 1997 - durchaus reif sind. Unfähig, teilweise auch nicht gewillt, ihren Pflichten - u.a. Verhinderung von Arbeitsplatzabbau - nachzukommen, stimmen sie in das Konzert von Treuhand, Politik und Unternehmen mit ein. Gleichzeitig sind sie durchaus in der Lage, innerhalb weniger Tage "ihre" ins Gerede gekommenen Unternehmen zu verteidigen. Der Verdacht, daß der BASF Betriebsratsvorsitzende Obenauer auch versucht hat, die Basis auf BASF-Linie einzuschwören liegt nahe. Schließlich war ausgerechnet ebenfalls am 16.8.93 ein hektisches Ein und Aus am Betriebsrats-Gebäude zu beobachten.

Ein nicht zu überbietendes Maß an Schäbigkeit leisteten sich die IG Bergbau und die Betriebsräte der Kali und Salz AG, die ebenfalls am 17.8. (parallel zu den geschilderten Silidaritätsaktionen für Bischofferode) in Kassel eine Demonstration ihrer Belegschaften für die Fusion ihres Konzerns mit der Mitteldeutschen Kali AG und damit für die Vernichtung der Bischofferöder Arbeitsplätze einberufen hatten.

Solidarität in Ludwigshafen

Interessant ist das Verhalten des Ludwigshafener Monopolblattes "Die Rheinpfalz". Während vor dem 29.7.93 nur sporadisch über Bischofferode berichtet wurde, und dabei die BASF AG nicht ins Schußfeld geriet, änderte sich dies ab diesem Tag schlagartig. Drei Frauen, ebenfalls am Hungerstreik der Kali-Kumpel beteiligt, ketteten sich am Tor 1 - Eingang des BASF-Vorstandes - an. Seit diesem Zeitpunkt wird ausführlicher berichtet.

Am Rande des Aktionstages am 1.8.93 in Bischofferode gründeten einige angereiste Ludwigshafener/innen die Initiative "Ludwigshafener/innen in Solidarität mit Bischofferode". Mit dem Betriebsrat des "Thomas Müntzer-Werks" wurde kurzfristig eine Informationsveranstaltung am Hauptstandort der BASF AG vereinbart. Den Raum stellte der Pfarrer einer evangelischen Gemeinde zur Verfügung.

Was überraschte, war das Interesse von Polizei und BASF-Vorstand, die versuchten, Einzelheiten über die Initiative zu erfahren. Die Stadtverwaltung verwendete gar Energien darauf, wild verklebte Plakate von städtischem Eigentum wieder zu entfernen. Außerdem war aus dem Rathaus zu erfahren, daß sogar der BASF-Betriebsrat kurze Zeit im Verdacht stand, hinter Veranstalung und Plakaten zu stecken. Eine Anzeige gegen den Betriebsrat wurde in Erwägung gezogen.

Die Veranstaltung fand trotz alledem am 11.8.1983 statt. Der Gemeindesaal war mit zeitweise 130 bis 150 Menschen gut besucht. Beschlossen wurde die weitere Unterstützung der Bischofferoder unter anderem durch eine Demonstration am Solidaritätstag "Thüringen brennt", dem 17.8.93, zur BASF, Tor 1, mit 150 Leuten.

Hinweise

21. September 1993, 10.00 Uhr, Haus der Gewerkschaften, Erfurt:

Thüringer Betriebsräte-Konferenz. Hier werden branchenübergreifende Aktionen diskutiert und weitere Aktivitäten verabredet werden. Kontakt: Aktionsbündnis Thüringen, Tel. 0361-6738 388, Fax. 0361-6738 299

Widerstand braucht Solidarität: Wer helfen will, kann sich an die Belegschaft wenden: Kaliwerk Bischofferode, 99768 Bischofferode, Fax. 036077/99271 oder 99300. Spendenkonto Kaliwerk Bischofferode: Kreissparkasse Worbis, Konto-Nr. 360 310 38, BLZ 820 540 22.

jj., so./Ludwigshafen

47. Fahndungsoffensive und Kommunikationsprobleme

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/fahn.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:fahn

Am 17. August legten der Bundesminister des Innern, Manfred Kanther, und die Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, dem Innen- und Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages den Zwischenbericht der Bundesregierung zu der Polizeiaktion am 27.6.1993 in Bad Kleinen vor. Dieses Dokument ist eine Rechtfertigungsschrift des Apparats der "inneren Sicherheit". Statt "schonungsloser Aufklärung" wird hier die Vertuschung systematisiert. Die völlig verlogene Unterrichtung der parlamentarischen Gremien in den ersten Sondersitzungen Ende Juni/Anfang Juli hatte immerhin noch etwas Unberechenbares, das von kritischen JournalistInnen genutzt werden konnte. Den jetzt vorgelegten Bericht durchzieht wie ein roter Faden der Wille, die hier dargestellte Version über den Ablauf in Bad Kleinen um jeden Preis durchzusetzen.

Nun ist die "Aufklärung" in eine Richtung gelenkt, und die entsprechenden Stichworte sind ausgegeben worden: In "bemerkenswerter Offenheit" sind die "Pannen" und die Defizite im "handwerklichen Bereich kriminaltechnischer Polizeiarbeit" aufgelistet worden, ebenso die Mängel in der "Information" und "Kommunikation" der Behörden und Ministerien untereinander. Die servierten Stichworte werden von der Presse begierig aufgegriffen; die "kritische" Berichterstattung erschöpft sich in ihrer bloßen Wiedergabe.

Der Bericht ist keineswegs eine Zäsur im Umgang mit den Ereignissen von Bad Kleinen: Erstellt wurde er im wesentlichen von Vertretern der Behörden, deren ausführende Organe im starken Verdacht stehen, Grams hingerichtet zu haben, und von denen, die dies in jeder Konsequenz gedeckt haben und weiter decken werden. Deren Aussagen werden in keiner Weise hinterfragt. Es wird auch gar nicht der Versuch unternommen vorzugaukeln, daß es eine kritische Distanz der Ministerien zu den Behörden gäbe.

Fortsetzung auf Seite 2

Im Gegenteil: Die Komplizenschaft ist stabil. Der Korpsgeist wird wohlüberlegt für die Deckung der mutmaßlichen Täter von der GSG 9 und der Vertuscher aus der BKA-Abteilung "Terrorismus" mobilisiert.

Der Bericht enthält auf gut 140 Seiten (nebst Anhang) nichts, was nicht schon bekannt war. Er beantwortet keine Fragen, sondern wirft nur neue auf. Und er spricht von "Schwachstellen" - beispielsweise bei der Spurensicherung - obwohl hier das BKA mit aller Professionalität Pannen in Serie produziert hat, um eine restlose Aufklärung der Vorgänge in Bad Kleinen unmöglich zu machen.

48. Operation " Abrechnung"

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/israel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:israel

Die Libanon-Invasion Israels war 1982 noch unter der blumigen Bezeichnung "Frieden für Galiläa" gestartet worden. Jetzt aber wurde Tacheles geredet: Operation "Abrechnung" hieß der zweite Libanon-Krieg Israels. Die Hizbullah hatte ursprünglich ihren Widerstand fast ausnahmslos gegen die israelischen Besatzer und deren Söldnertruppe, die Südlibanesische Armee, in der israelischen "Sicherheitszone" im Südlibanon gerichtet. Nach der Ermordung des Hizbullah-Generalsekretärs Mussawi im Februar letzten Jahres und der Verbannung von 400 palästinensischen Islamisten ins libanesische Bergland war die Hizbullah dazu übergegangen, vermehrt Katjuscha-Salven in den Norden Israels zu feuern. Während der einwöchigen "Abrechnung", dem "Feuersturm über dem Libanon" (Times), wurden 130 Menschen getötet und Hunderte verletzt. Unter Einsatz von Kampfflugzeugen, Kanonenbooten und schwerer Artillerie wurden rund 80 Dörfer und Städte angegriffen und zum Teil völlig zerstört. Aus dem Süden des Landes flüchtete - genauer: wurde gezielt vertrieben - eine halbe Million Menschen in den Norden, nach Beirut. Das zynische Kalkül der israelischen Regierung war es, mit einer Massenvertreibung die Führung des Libanon unter Druck zu setzen, das syrische Regime zu veranlassen, ihrerseits die Hizbullah unter Druck zu setzen, den Raketenbeschuß nordisraelischer Grenzorte einzustellen. Tatsächlich sind jedoch nicht die Aktionen der Hizbullah die Wurzel des Übels, es sind vielmehr die seit fast zwanzig Jahren andauernden "Vergeltungsschläge" Israels gegen den Libanon und die Beanspruchung eines Teils dieses Landes als "Sicherheitszone" Seite 31

49. Rußland zwischen Bankrott und neuer Führungsrolle

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/russ.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:russ

Die Sowjetunion hat sich im Herbst 1991 in 15 souveräne Staaten aufgelöst. Daß dies jedoch noch nicht der endgültige Stand der Dinge sein muß, wird an der anhaltenden Präsenz russischer Streitkräfte an vielen Brennpunkten außerhalb des eigentlichen Rußlands deutlich: In Tadschikistan unterstützen russische Armee-Einheiten und Grenztruppen die an die Macht zurückgekehrte, diktatorisch regierende "alte Garde" im Kampf gegen bewaffnete Oppositionskräfte. In der überwiegend von Rumänen bewohnten Republik Moldova schirmt eine russische Division die Sezession des Dnjestr-Gebiets ab, in dem Russen und Ukrainer die Mehrheit bilden. In dieser Region befindet sich fast die gesamte Industrie Maldovas. Im Konflikt zwischen Georgien und seiner abtrünnigen Provinz Abchasien treten russische Soldaten jetzt als "Friedenstruppe" in Erscheinung. Ein ähnliches Modell wird für den Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan vorbereitet. In den drei baltischen Republiken sind noch etwa 30.-35.000 russische Soldaten stationiert. Ihr planmäßiger und verbindlich zugesagter Abzug wird immer wieder hinausgezögert, um politische Ziele durchzusetzen. Gestützt auf die alten Machtstrukturen, die in den meisten früheren Unionsrepubliken und Regionen überlebt haben, zeichnet sich eine neue Blockbildung ab, in der Rußland seine Führungsrolle eher noch stärker zur Geltung bringen wird als in der alten UdSSR. Der Kampf gegen den "islamischen Fundamentalismus" ist eine Hauptparole, mit der Moskau in Westeuropa und USA um Verständnis und Unterstützung für seine imperiale Politik wirbt. Seite 23

Wirtschaftlich steckt Rußland in einer tiefen Krise, deren Tiefpunkt noch längst nicht erreicht zu sein scheint. Dafür spricht, daß der äußerliche Produktionsablauf immer noch fast wie gewohnt funktioniert, die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit äußerst niedrig ist (etwa 1 Prozent). Das deutet keineswegs auf eine "gesunde" Wirtschaftslage hin, sondern ist nur Ausdruck der Tatsache, daß der Ausbruch der eigentlichen Krise mit Mitteln wie Super-Inflation, ungebremster Vergabe von Krediten, Fortführung kaputter und bankrotter Betriebe um jeden Preis bisher "erfolgreich" hinausgeschoben werden konnte. Eine kritische Analyse der "Rußland-Politik" der kapitalistischen Großmächte und ihrer internationalen Institutionen wie IWF und Weltbank auf

Seite 21

50. Quelldatei s22.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/s22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:s22

1. Karelian ASSR

2. Komi ASSR

3. Yakut ASSR

4. Buryat ASSR

5. Tuva ASSR

6. Bashkir ASSR

7. Udmurt ASSR

8. Tatar ASSR

9. Mari ASSR

10. Chuvash ASSR

11. Mordovian ASSR

12. Kalmyk ASSR

13. Kabardino-Balkar ASSR

14. North Ossetian ASSR

15. Checheno-Ingush ASSR

16. Dagestan ASSR

A. ADYGEI AR

B. KARACHAYEVO CHERKESS AR

C. GORNO ALTAI AR

D. KHAKASS AR

E. JEWISH AR

a. Nenetz NR

b. Komi-Permyak NR

c. Khanty-Mansi NR

d. Yamalo-Nenetz NR

e. Taimyr NR

f. Evenki NR

g. Ust-Ordynsky-Buryat NR

h. Aginsky-Buryat NR

i. Chukot NR

j. Koryak NR

ASSR - Autonomous Soviet Socialist Republic; AR - Autonomous Region; NR - National Region

51. Quelldatei salvador.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/salvador.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:salvador

Aserbaidschan

In etlichen früheren ehemaligen Sowjetrepubliken ähneln sich die Abläufe: Zunächst gelangten 1991-92 nationalistische Regimes an die Macht, die einen Wunderglauben an die Möglichkeiten der staatlichen Selbständigkeit verbreiteten. Inzwischen haben sie überall im Wortsinne und hinsichtlich ihrer Popularität abgewirtschaft. Die "Volksfronten", 1989-91 Vorkämpfer für Eigenstaatlichkeit, Liberalisierung und kapitalistische Marktwirtschaft, spielen nirgendwo mehr eine bemerkenswerte Rolle.

Die "alte Garde", sofern sie nicht ohnehin den Zusammenbruch von 1991 ungebrochen überlebte - wie in Zentralasien - hat sich überall neu formiert und teilweise wieder die Macht übernommen - wie kürzlich in Aserbaidschan.

Bericht auf Seite 24

El Salvador

Nach wochenlangen Kontroversen konnte sich die salvadorianische Befreiungsbewegung FLMN doch noch auf Rubén Zamora, den Vorsitzenden der der FLMN nahestehenden Convergencia Democratica, als gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen. Die ehemalige Guerillabewegung befindet sich dennoch auch weiterhin in einer schwierigen Lage; die inhaltlichen Differenzen zwischen dem sozialdemokratisch-zentristischen und dem sozialistischen Flügel sind keineswegs ausgeräumt. Die ERP hatte ursprünglich den Christdemokraten Rodriguéz favorisiert und sich der Mehrheitsentscheidung der die FLMN bildenden Organisationen nur aus pragmatischen Gründen angeschlossen.

Seite 28

52. Islamismus in der Türkei

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/tuerkei.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:tuerkei

Wie in vielen anderen Ländern der islamischen Welt machen sich auch in der per Verfassung laizistischen Türkei verstärkt islamistische Strömungen bemerkbar. In Sivas kam es zu einem von militanten Islamisten verübten Massaker, als der Schriftsteller Aziz Nesin, der sich öffentlich zum Atheismus bekennt und dem fälschlich zur Last gelegt worden war, Auszüge aus Rushdies "Satanischen Versen" publiziert zu haben, auf einem Kulturfestival auftrat. Die "Sicherheitskräfte" ließen den Mob auch dann noch gewähren, als er ein Hotel anzündete und 37 Menschen in den Flammen starben. Die türkische Ministerpräsidentin spielte das Massaker zum "Hotelbrand" herunter. Dies lenkt den Blick auf die Rolle, die der türkische Staat selbst bei der Förderung des Islamismus spielt. Seite 26

53. Quelldatei tÜrcke.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/tÜrcke.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:tÜrcke

Das Verfahren der Verfremdung (Türcke)

Wird demnächst der Begriff der Rasse von "links" besetzt?

Bestenfalls eine Zumutung, schlimmstenfalls subtiler Rassismus - so ließe sich der Vortrag umschreiben, den der Philosoph Christoph Türcke auf dem konkret-Kongreß im Juni dieses Jahres in Hamburg gehalten hat. Da das inkompetente Geschwätz im Grunde der ernsthaften Erörterung nicht wert ist, hätte man über es vielleicht am besten den Mantel des Schweigens gelegt - wenn nicht erstens Türcke mit dem konkret-Kongreß ein Forum gehabt hätte, von dem viele der (wenigen) radikalen Linken dieses Landes sich Anregung und Orientierung erhofft hatten und wenn nicht zweitens konkret-Herausgeber Gremliza gemeint hätte, jetzt lieber die Flucht nach vorne anzutreten und durch Abdruck von Türckes Referat in der August-Ausgabe seiner Zeitschrift (bemäntelt als "Einstieg in die Türcke-Kontroverse") dem Unfug auch noch zehntausendfache Verbreitung zu bescheren.

Wann je durften wir erleben, daß dem Schriftgewaltigen Hermann L. Gremliza die scharf gestochenen Formulierungen abhanden kommen und hilfloses Schreiben an die Stelle präziser Ausdrucksweise tritt? Türckes Referat mit dem Titel "Die Inflation des Rassismus" hat es möglich gemacht. Auf von Ingrid Strobl und Bettina Hoeltje noch während des Kongresses gegen das Türcke-Referat erhobene Einwände eingehend (die in der August-Ausgabe von konkret ebenfalls zu finden sind - übrigens unfairerweise gedruckt wie gesprochen, während Türcke die Gelegenheit bekam, sein schriftliches Referat noch mit einigen Anmerkungen sowie einer Vorbemerkung zu versehen, was ihn allerdings nur noch mehr desavouierte) meint Gremliza in einem Nachwort, Türcke habe nicht behauptet, ",die biologische Gegebenheit der Körperkonstitution bestimmt die Seelenbeschaffenheit, diese wiederum bestimmt die menschliche Geschichte' (Strobl)", und er habe auch nicht ",erwogen', ‚von der Hautfarbe ausgehend ... auf innere Disposition zu schließen'(Hoeltje), sondern..." - und es folgt Originalgeschreibe Gremliza - "nur so etwas in der Art". Tatsächlich, so ist es dort zu lesen, wobei Gremliza getreu seinem eingeschlagenen Kurs nach dem Motto "Angriff ist die beste Verteidigung" kess in Richtung der beiden zitierten Frauen hinzufügt, "die Differenz zwischen dem Text und den ‚Zitaten' (kommt) auf die zwischen einem Gedanken und einem Gerede heraus". Nun, wir werden gleich noch sehen.

Und auch eine Formulierung wie: "Türckes Text ... ist nicht rassistisch, sondern zu größten Teilen richtig und bloß in einem, dem entscheidenden Punkt falsch, der im Text, obwohl er ihn kommandiert, gar nicht vorkommt, sondern erst in der nachgeschickten Vorbemerkung" würde sich normalerweise wohl eher auf der für solches Durcheinander vorgesehenen drittletzten Seite seines Magazins finden, statt in dessen Mitte und dazu noch aus der Feder Gremlizas selbst. Zu dessen Ehrenrettung sei jedoch hinzugefügt, daß er im Anschluß an dieses Zitat dann doch die völlige Unhaltbarkeit von Türckes Dahergerede aufzeigt.

Hätte der Philosoph geschwiegen...

Zunächst einmal läßt sich festhalten, daß die Kenntnis einfacher politischer Tatsachen, geschweige denn das Erfassen konkreter politischer Zusammenhänge nicht die Sache des kritischen Theoretikers und Adorno-Fachmanns Türcke ist. Anders lassen sich etliche beiläufige Äußerungen von ihm nicht erklären, etwa der Art, daß man sich heute "kleinlich um einen Solidarpakt" streite, daß das Sozialleistungssystem in Deutschland "so üppig" sei oder solch dumm-brutale Bemerkung, daß "das Indianerreservat jetzt schon das Modell dafür sein (könnte), wie dermaleinst echte Schwarze, Weiße oder Gelbe gehalten werden". (Türcke geht nämlich davon aus, daß "das moderne Wirtschaftsgesetz rassenauflösend (ist)".) Nicht den Schimmer einer ernsthaften politischen Reflexion zeigt auch seine nachträglich eingefügte Bemerkung, daß es "wohlfeil" sei, "mit der Forderung nach ... Grenzöffnung die eigene gute Gesinnung zu beweisen, solange man der Macht der Politiker sicher sein darf, die sie nicht zulassen werden". Daß - einmal unterstellt, Befürworter offener Grenzen dächten so schlicht - genau an diesem Punkt die Suche nach Möglichkeiten von Politik im Interesse der Flüchtlinge beginnt, daß also solch eine neunmalkluge Bemerkung für die konkrete politische Arbeit gar nichts bringt, weil sie nur Ratlosigkeit produziert, liegt außerhalb von Türckes Gedankenwelt. Diese endet nämlich in diesem Fall bei der Feststellung, daß "die Versorgungsanstalt Deutschland ... selbst dann, wenn sie es ernstlich wollte, kaum mehr in der Lage (wäre), eine großzügige Asylpolitik zu treiben". Tja, da kann man

denn wohl nichts machen ... (Zum Ausgleich darf man sich jedoch an Türckes ergänzender und ganz ganz radikaler und kritischer "Analyse" beruhigen, nach welcher "ein Sozialstaat, der sich in der Krise wirklich von den Menschenrechten leiten ließe, die er auf seine Fahnen geschrieben hat, (sich) selbst untergrübe". Tja...)

Aber diese diese flachen bzw. geschwollenen Äußerungen sind vergleichsweise Marginalien und nur Beispiele für Türckes sträflich arglosen Gebrauch auch solcher Vokabeln, denen eine eindeutig rassistische Bedeutung im herrschenden Sprachgebrauch in Deutschland zukommt. Türcke meint, davon abstrahieren zu können. Folglich fliegen uns Wörter wie "Rasse", "Zuchtwahl", "Mischung" und "Rassenauflösung" nur so um die Ohren, so, als hätte beispielsweise ein Edmund Stoiber, damals in der Funktion des bayrischen Innenministers, nicht das Wort von der "Durchrassung der Gesellschaft" in die bundesdeutsche Welt gesetzt.

Bestenfalls seine Weltfremdheit und politische Ahnungslosigkeit demonstriert Türcke, wenn er in seiner nachträglich formulierten Vorbemerkung auf den in den USA gängigen Begriff der "race relations" verweist. Daß ihm wirklich jegliches Gespür für den gesellschaftlichen Kontext von Begriffen fehlt, beweist er genau an diesem Beispiel damit, daß er sich mit unschuldigem Augenaufschlag sogleich die monströse Frage erlaubt, ob die US-Amerikaner "das dürfen" (nämlich den Begriff der Rasse zu benutzen), "weil die USA kein Auschwitz hatten, sondern nur Martin Luther King".

Daß man, um bei dem von Türcke angeführten Beispiel unter Absehung von seiner unglaublichen Anmerkung kurz zu verweilen, in Deutschland einerseits (wie ich meine) mit Blick auf die USA relativ bedenkenlos von "Rassenunruhen" oder "Rassenkonflikten" sprechen kann, daß man hierzulande aber andererseits den Begriff der "Rasse" und ähnliches zur Beschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse allein schon deshalb dringend vermeiden sollte, weil sie längst sowohl ideologisch als vor allem auch durch die geschichtlichen Tatsachen faschistisch besetzt sind, scheint Türcke entweder entgangen zu sein oder aber nicht zu stören oder gar von ihm bewußt in Kauf genommen zu werden. Vielleicht aber auch von jedem ein bißchen - versuchen wir eine nähere Klärung.

...wäre Ingrid Strobl geblieben

Als ich das erste Mal von Türckes Referat und dem Krach, den es auf dem konkret-Kongreß ausgelöst hatte, hörte, war ich zunächst davon ausgegangen, daß Türcke sich des Themas der Unterschiedlichkeit der Menschen angenommen hätte, um daraus vielleicht im Hinblick auf die politische Praxis einige Schlußfolgerungen zu versuchen. Türckes philosophische Herkunft - er ist ausgewiesener Adept der "Kritischen Theorie" Adornoscher Richtung - hätte mich allerdings von vornherein ein wenig mißtrauischer machen sollen. Daß es dann allerdings so faustdick kam, ist wiederum dem armen Adorno kaum anzulasten.

Türcke hebt mit der "simplen Tatsache" an, "daß Pygmäen, Mongolen, Eskimos, Araber, Skandinavier in Wuchs, Gestalt, Farbe, Sprache und Sitten deutlich voneinander abweichen". Nun, niemand würde dies bestreiten wollen, auch wenn Türcke so tut, als ob es Antirassisten gebe, die dieses nicht zur Kenntnis nähmen. Interessant wäre nun vielleicht zum einen, inwiefern und ob überhaupt diese Unterschiede irgendeine Relevanz hätten, welche gesellschaftliches Verhalten und politisches Handeln im konkreten Fall strategisch bestimmen würde, zum anderen, wie sich diese Unterschiede erklären lassen. Für einen marxistisch denkenden Menschen ist zumindest die zweite Frage grundsätzlich leicht zu beantworten: Unterschiedliche körperliche Merkmale zwischen verschiedenen Völkern erklären sich aus den unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten, die die Menschen in ihrer notwendigen Auseinandersetzung mit der Natur zum Zwecke ihrer Reproduktion vorfinden. (Marx sprach vom Stoffwechselprozeß der Menschen mit der Natur durch Arbeit.)

Bis zu einem gewissen Grade läßt sich mit diesem Ansatz auch die erste Frage beantworten: Aus den Reproduktionsbedingungen formen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse, die das Verhalten und die Mentalität der Menschen prägen. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß ein in Mitteleuropa geborener und aufgewachsener farbiger Mensch sich hier grundsätzlich anders verhalten würde als ein weißer Mensch. Und umgekehrt dürften Mentalität und Verhalten eines im Bereich der Mitternachtssonne lebenden norwegischen Fischers doch nicht unerheblich von denen eines französischen Weinbauern in Burgund abweichen, obwohl ihre körperlichen Merkmale ziemlich ähnlich sind.

Türcke sieht das anders. Aus der Tatsache, "daß es günstigere und weniger günstige klimatische und geographische Bedingungen für menschliche Entwicklung gibt", folgt für ihn sogleich die in Frageform gekleidete ganz und gar unglaubliche Feststellung, "warum nicht zugeben, daß die Natur ihre Huld innerhalb

der Rassen wie auch zwischen ihnen nicht so gleichmäßig verteilt hat wie eine Firma ihre Postwurfsendung?" Abgesehen, daß hier ums erneute Mal der gewählte Vergleich befremdlich wirkt und abgesehen von der alle sozialen Bedingungen souverän beiseite lassenden Behauptung, die Natur hätte ihre Huld auch innerhalb der "Rassen" nicht gleichmäßig verteilt, ist seine Aussage spätestens an dieser Stelle schlicht rassistisch. Was soll diese Bemerkung anderes bedeuten als daß es gut und nicht so gut ausgestattete Menschengruppen gibt?

Ihre rassistische Qualität erhält Türckes Behauptung eben dadurch, daß die Natur für Unterschiede unter den Menschen verantwortlich gemacht wird, mitnichten jedoch die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse bzw. die Reproduktionsbedingungen. Mit pseudowissenschaftlichem Geschwafel hat Türcke dies schon zuvor zu "belegen" gesucht. Auch er bediente sich dabei des Terminus "Stoffwechselprozeß", "in welchem die Menschheit mit der übrigen Natur steht". Dieser wird bei ihm nun aber nicht historisch-materialistisch über die Arbeit vermittelt, sondern (pseudo-materialistisch) biologisch bestimmt: "Die menschliche Haut ist ein Atmungs- und Wahrnehmungsorgan ersten Ranges, Grenze und Filter zwischen Außen und Innen..." Und darum: "Menschenrassen sind ... ein Produkt der Naturgeschichte." (Herv. ak)

Daß Türcke gleichzeitig eine Körpergeschichte behauptet, die simultan zu einer Seelen- und zu einer Geistesgeschichte verlaufe, macht die Sache keinesfalls besser. Er selber scheint der Meinung zu sein, sich damit von biologistischen Rassetheorien hinreichend abgegrenzt zu haben und gleichzeitig jene, die die Differenz zwischen schwarzen und weißen Menschen vor allem als gesellschaftliche Kategorie wahrnehmen, ermahnen zu können, sie würden Gesellschaft gegen Natur ausspielen. (siehe seine Vorbemerkung) Da er jedoch den Zeitraum körperlicher Veränderungen in zehntausenden von Jahren bemißt, ist er zum einen praktisch doch bei den die Unterschiede zwischen Menschen als "natürlich" behauptenden Rassisten gelandet. Zum anderen demonstriert er damit, daß er Natur gegen Gesellschaft ausspielt, was wesentlich falscher als der von ihm bemängelte umgekehrte Fall ist und in der politischen Konsequenz auf den Unterschied zwischen äußerst rechts und links hinausläuft. Hingegen dürfte Türcke von der im Arbeitsprozeß enthaltenen Realdialektik zwischen Mensch und Natur vermutlich noch nie etwas gehört haben - was freilich auf Grund seiner Herkunft aus der "Kritischen Theorie" auch nicht zu überraschen vermag.

Natur - die große Unbekannte

Deren verkorkste Naturauffassung stand nämlich auch Pate bei allem weiteren Unheil, das Türcke noch so von sich gab. Vor dem Hintergrund, daß die Kritische Theorie in bester idealistisch-philosophischer Tradition die Geistesgeschichte als eigene, von der Natur abgesonderte Sphäre begreift, kommt Natur dort in drei Varianten vor: Entweder als bedrohlich, unverstanden und übermächtig oder aber als ihrerseits durch den Geist unterdrückte und vergewaltigte (was aber nur eine Variante des ersten Falls insofern ist, als sich das "natürliche" Gesetz von herrschen oder unterdrückt werden nun umgekehrt auf der Seite der Menschheit geltend macht) oder schließlich in der Utopie als mit sich und dem Geist versöhnte.

Da nach Auffassung der Kritischen Theorie der Horkheimer/Adorno-Variante die Menschheit bisher nicht wirklich aus ihrer angeblich so verhängnisvollen Naturverstrickung herausgetreten ist, gelten für sie die von ihr behaupteten alten "natürlichen" Reflexe nach wie vor. Bei Türcke liest sich das dann so: Die "Anschauung" des Rassismus sei "oberflächlicher Deckmantel von etwas viel tiefer Sitzendem: der Furcht vor dem Fremden und dem Haß darauf. Und der wiederum hatte ursprünglich wenig mit Rasse und viel mit undurchschauter Natur zu tun." Deshalb sei "der Schrecken des Fremden (leider) objektive Realität, nicht nur Sache der Einstellung; solange es Naturgewalt, Verletzlichkeit oder Tod gibt, ist er nicht ganz aus der Welt zu bringen".

Mit empirischen Überlieferungen und Erfahrungen haben derartige Behauptungen wenig zu tun, denkt man etwa an Berichte über die Aufgeschlossenheit, mit der Naturvölker bei ihren ersten Kontakten Angehörigen anderer Zivilisationen begegnen oder an die natürliche Neugier von Kleinkindern. Doch viel schlimmer ist, daß Türcke mit seiner verqueren Hypothese in absurder Weise offenes Verständnis für Rassisten formuliert: "Das Urteil, den Fremdenhassern fehle das Sensorium für Pluralität und Differenz stimmt schwerlich. Gewöhnlich spüren sie das Differente so intensiv, daß sie es nicht ertragen. Ihre Unsensibilität ist auch Übersensibilität." Skandalös ist an dieser These zweierlei: Erstens wird der Täter zum Opfer, welches die Differenz nicht mehr erträgt (dazu paßt, daß Türcke die rassistischen Mörder und Schläger bar jeglicher vorliegender Erkenntnisse als von der Gesellschaft sozial Ausgegrenzte wähnt). Zweitens, und hier macht der Unfug mit den unterschiedlichen menschlichen Haut- und Stoffwechseltypen wieder "Sinn": Türcke behauptet glatt, daß

anderes Aussehen zwangsläufig das Gefühl der Differenz provoziere. Was für eine gefährliche und schlichtweg falsche Behauptung!

Am katastrophalsten aber ist vielleicht, daß mit dieser Methode, die gesellschaftliche Geschichte (gleich Entwicklung) auf (statische) Naturgesetze reduziert, auch jegliche linke Politik, jeglicher konkreter Widerstand für nutzlos erklärt wird. Unter den Bedingungen des kapitalistischen Marktes (die laut Kritischer Theorie und Türcke ebenfalls wie undurchschaute Naturmechanismen wirken) gilt dann auf angeblich unabänderliche Weise: "Die jüngsten Anschläge zeigen wie Menetekel auch etwas an, woran keine rechtliche oder pädagogische Maßnahme heranreicht und wovon niemand ganz frei ist: eine Besitzstandsbunkermentalität, die die Weltwirtschaftslage in dem Maße aufzwingt, wie sie den Globus in Wüsten und Oasen des Marktes aufteilt..." Erneut also ist die Konsequenz der Türckeschen Gedanken in höchstem Maße unpolitisch und reaktionär: Statt zu fordern, daß die rechtlichen Handhaben ausgeschöpft bzw. verbessert werden, statt pädagogische Ansätze zur Kenntnis zu nehmen, die solidarisches Verhalten erlernen lassen, gilt dies alles von vornherein als ganz und gar sinnlos.

"Der Reiz des Fremden"

Sinnvoll hingegen ist für die kritischen Theoretiker vom Schlage eines Türcke eigentlich nur eines, nämlich das, was ihnen - böse gesagt - ihre Legitimation sichert: Ausweg aus der menschlichen Verstrickung in die ineinander verwobenen Natur- und Marktgesetze weist nur der menschliche Intellekt. Denn "menschlicher Geist" ist sowohl "das Nicht-Ertragen des Fremden, sein Tun daher" aber auch "das Fremde ins Vertraute zu ziehen"."Kraft der geistigen Fähigkeit, dem Verschiedenen ein Gleiches abzumerken" stellt sich Nähe und Vertrautheit zum Verschiedenen ein, welches damit seinen angeblichen Schrecken verliert. Aus der Perspektive des bornierten Kopfarbeiters stellt sich für Türcke der "Reiz des Fremden" ein: "Die wissenschaftliche Neugier, die Abenteuerlust, die Sehnsucht nach fremden Ländern, das Entbrennen für die schöne Fremde...", so formuliert, hart am Rande eines aufgeklärten Rassismus, einer, der seinen geistigen Elfenbeinturm nicht zu verlassen in der Lage ist, weil er als bürgerlicher Philosoph von der Distanz des Geistes zum "Anderen" lebt - eine Distanz, die zwar immer wieder als "unversöhnter Zustand" bitter beklagt, die zugleich aber immer wieder mit Akribie konstruiert und behauptet wird.

Mit materialistischer Philosophie, die sich dem Unterfangen einer konkreten begrifflichen Bestimmung der wirklichen Verhältnisse unter dem Aspekt ihrer Entwicklung und Veränderung stellt, haben die gerade auch in politisch-praktischer Hinsicht nicht zufällig so seichten Ausführungen eines Türcke eigentlich gar nichts zu tun - außer vielleicht, daß Marx in seiner Jugend für eine kurze Zeit auch mal ein kritischer Kritiker gewesen ist.

Da die Kritische Theorie Adornoscher Prägung trotzdem mit einigen Versatzstücken Marxscher Theorie operiert - insbesondere in verabsolutierender Weise mit der Marxschen These vom Fetischcharakter der Ware - und angesichts der Tatsache, daß etliche Bestände der Kritischen Theorie insbesondere Adornos und Marcuses in das Selbstverständnis radikaler Linke hierzulande eingewandert sind, verwundert es nicht, daß Leute wie Türcke oder auch Pohrt innerhalb der BRD-Linken immer wieder reüssieren können. Da der Kern ihrer Theorie sich aber letztlich auf "Kritik" reduziert, die am Ende wenig erklärt und gar nichts verändert (noch nicht einmal perspektivisch), müssen sie, um im Geschäft bleiben zu können, am Ast sägen, auf dem sie sitzen: Die Kritik wendet sich in der Form der Provokation in schöner Regelmäßigkeit gegen das eigene Umfeld mit der Gefahr desorientierender Konsequenzen.

"konkret" hält es offenbar für sinnvoll, solch verkrachter Form von Ideologiekritik, die falsches Bewußtsein gleichsam zwanghaft in den eigenen Reihen suchen möchte, immer wieder Raum zu geben. Eine andere Zeitung, die ihr Selbstverständnis übrigens auch mal aus der "großen Provokation" (Marcuse) bezog, hat diese Phase längst hinter sich gebracht und ist bekanntlich in die Vernuftgründe systembejahender Realpolitik gewechselt. Möge konkret das Schicksal der taz erspart bleiben.

Hermann L. Gremliza muß freilich die politische Verantwortung nicht nur dafür auf seine Kappe nehmen, daß er Türcke ein Forum für dessen (fahrlässig ?) rassistisches Gerede in Gestalt des Kongresses und, schlimmer noch, durch den Abdruck des Referats in "konkret" geboten hat. Ihm kommt auch das "Verdienst" zu, ein neuerliches Mal die Verunsicherung der ohnehin nur wenigen radikalen Linken in diesem Land befördert zu haben. Die weitverbreitete Desorientierung der Linken in der BRD, angesichts derer dann auch noch solch

"interessante Thesen" (so Wolfgang F. Haug als Moderator der Türcke-Veranstaltung) ein williges Publikum finden, ist Gremliza jedoch nicht anzulasten. Denn das hieße, Wesen und Erscheinung zu verwechseln.

J./Westberlin

54. Quelldatei viet.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak357/viet.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:357:viet

Bewilligtes Leben

VietnamesInnen in Lichtenhagen - ein Jahr "danach"

Rostock-Lichtenhagen, Mecklenburger Allee 19: Dies ist der Ort, an dem sich am Abend des 24. August 1992, einem Montag, Ungeheuerliches, zum damaligen Zeitpunkt trotz Hünxe, Hoyerswerda, Dresden, Eberswalde... für kaum möglich Gehaltenes abspielte. Nachdem bereits zwei Abende lang jeweils bis weit in die Nacht hinein ein rassistischer Mob von über 1000 Personen (vor allem Anwohner, aber auch zugereiste Nazi-Kader) die in der Mecklenburger Allee 18 gelegene ZAST (Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber des Landes Mecklenburg/Vorpommern) sowie das benachbarte Vietnamesen-Wohnheim belagert und angegriffen hatte, die ZAST daraufhin am Montag (wie früher schon das Vertragsarbeiterwohnheim in Hoyerswerda) von ihren Bewohnern geräumt wurde, wurden am Abend desselben Tages gegen 21.00 Uhr auch noch die letzten Polizeikräfte abgezogen. Die sich in der Nummer 19 befindenden gut 100 Personen (die vietnamesischen Bewohnerinnen und Bewohner sowie einige solidarische Deutsche, ein paar Wachmänner sowie ein ZDF-Kamerateam) waren damit den Faschisten schutzlos ausgeliefert. Diese verwüsteten daraufhin zahlreiche Wohnungen und legten anschließend in den unteren Stockwerken Feuer. Die angerückte Feuerwehr wurde am Löschen gehindert. Die im Haus eingeschlossenen Menschen konnten sich nur durch einen Zufall vor der starken Rauchentwicklung auf das Dach des Hochhauses retten. Erst nach 22.30 Uhr zog wieder Polizei auf, und die Feuerwehr konnte mit der Brandbekämpfung beginnen.

Während sich die ZAST seitdem weit außerhalb des eigentlichen Stadtgebietes im Rostocker Vorort Hinrichshagen auf ehemaligem Kasernengelände befindet, zogen die Vietnamesinnen und Vietnamesen, nachdem man sie zwischenzeitlich zunächst in eine Turnhalle und dann in ein Landschulheim einquartiert hatte, nach ca. zwei Wochen in ihre Wohnungen zurück. Schäden am Haus, etwa eingetretene Türen und zerschlagene Fenster, waren zu diesem Zeitpunkt beseitigt worden. Für Schäden innerhalb der Wohnungen, insbesondere auch der eigenen Haushaltsgegenstände und des Mobiliars, mußten die vietnamesischen Bewohner selber geradestehen. Entschädigungen oder finanzielle Zuwendungen von staatlicher Seite haben sie nicht erhalten. Heute befinden sich im Aufgang Nummer 19 wie schon vor dem August 1992 einige Arztpraxen, zusätzlich einige Büros, außerdem wohnen hier inzwischen auch einige Deutsche.

Wo sollten die Vietnamesinnen und Vietnamesen nach dem Pogrom sonst auch hin, als wieder in ihre Mietwohnungen zurückzukehren? Bis auf drei Familien mit Kindern, denen jeweils eine Wohnung in der Rostocker Innenstadt vermittelt wurde, leben die jetzt ca. 85 Vietnamesinnen und Vietnamesen weiterhin in rund 35 Wohnungen, die sie sich, so sie nicht Kinder haben, zumeist mit jeweils ein oder zwei anderen teilen müssen (Mehrfachbelegungen). Zum einen fühlen sie sich hier, wo sie alle zusammen in einem Aufgang leben, ein wenig sicherer. Zum anderen ist aber für die meisten der ehemaligen DDR-Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter noch immer nicht klar, ob sie sich im kommenden Jahr überhaupt noch in der BRD aufhalten dürfen.

Der (im Februar dieses Jahres zurückgetretene) Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Kupfer (CDU), der volle Verantwortung für den defensiven, die Faschisten gewähren lassenden Polizeieinsatz trägt (den er als erfolgreich bezeichnete, weil ja schließlich niemandem im belagerten Haus ein Haar gekrümmt worden wäre) und der offen Verständnis für die demonstrierenden Anwohner bekundete, setzte im Dezember 1992 seinem rassistischem Treiben die Krone auf, als er im Bundesrat (unterstützt vom Land Bayern) forderte, daß alle Vietnamesen, die am 31.12. 1992 den ihnen 1990 in Form einer "Bewilligung" gewährten Fünfjahreszeitraum schon überschritten hätten, sofort ausgewiesen werden müßten. Kupfer damals unter anderem wörtlich: "Es gibt keine Akzeptanz für Vietnamesen in Rostock." (siehe auch ak 349 vom 16.12.1992)

Die schließlich dann am 17.Juni 1993 beschlossene Regelung für ehemalige ausländische DDR-Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter sieht nun folgendes vor: Alle diejenigen von ihnen, die am Stichtag 17.12.1993 über eine Wohnung sowie eine Arbeit bzw. ein geregeltes Einkommen verfügen oder sich in einer Umschulung befinden und zugleich nicht straffällig geworden sind, bekommen eine Aufenthaltsbefugnis für zwei Jahre. (Diese kann anschließend erneut für zwei Jahre verlängert werden. Klappt das noch zwei weitere Male, dann ist nach insgesamt sieben Jahren die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis möglich.)

Alle anderen werden abgeschoben, falls sie nicht, auch diese Fälle gibt es, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben.

Für etliche der Vietnamesen in Lichtenhagen liegt deshalb ihre nahe Zukunft im Ungewissen. Derzeit sind ca. 40 Prozent der Männer und rund 90 Prozent der Frauen arbeitslos. (Sind diese verheiratet, und der Mann hat eine Arbeit, dann werden sie wahrscheinlich nicht abgeschoben. Erfahrungswerte hierfür liegen aber noch nicht vor.) Die Arbeitssuche gestaltet sich als äußerst schwierig. Die Ausländerbehörde verlängert ihre Aufenthaltsgenehmigungen immer nur um jeweils vier Wochen, ein potentieller Arbeitgeber muß somit ebenfalls alle vier Wochen neu eine Arbeitsgenehmigung ebenso wie die Aufnahme in die Krankenversicherung beantragen.

Einige wenige Vietnamesen arbeiten heute in Kleinbetrieben, deren Inhaber nach dem Pogrom Arbeitsplätze angeboten hatten. Darüber hinaus sind in der Bevölkerung durchaus Ansätze der Solidarität mit den Immigrantinnen und Immigranten vorhanden. 16 Familien aus Lichtenhagen haben sich bereit erklärt, bei erneuter massiver Bedrohung der Vietnamesinnen und Vietnamesen diese bei sich zu Hause aufzunehmen. Andere Bewohner der Trabantenstadt haben ihren Wunsch nach dauerhaften Kontakten geäußert und sind dem nach dem Pogrom gegründeten Verein "Din Hong - Gemeinsam unter einem Dach" beigetreten. Als Rassist Kupfer im Herbst letzten Jahres die schnelle Abschiebung der Vietnamesen propagierte, wurden in Rostock innerhalb kurzer Zeit 10.000 Unterschriften dagegen gesammelt. Geschäfte und Markthändler zum Beispiel legten damals die Listen aus.

Insgesamt gesehen jedoch mangelt es diesen Ansätzen an tragfähigen Strukturen, mit deren Hilfe die Ansätze von Solidarität in kontinuierlichere und sich verbreiternde Bahnen gelenkt werden könnten. Die Unterstützung von seiten der Stadt oder des Landes ist mit Null zu beziffern, gleiches gilt im Grunde für sämtliche Parteien. Mit Spenden für den Verein sowie einem Besuch von Jochen Vogel kurz nach dem Pogrom hat sich allenfalls die (Rostocker) SPD ein wenig bemerkbar gemacht. (Darüber hinaus gab es für "Din Hong" Sach- oder Geldspenden von so unterschiedlichen Gruppen wie "terre des hommes", der Gesellschaft für deutsch-vietnamesische Freundschaft, dem Bund Junger Unternehmer, einem Jugendcamp der ÖTV in Rostock oder der Belegschaft des Arbeitsamtes Rostock.)

Nichtsdestoweniger fehlen dem Verein bis heute vernünftige Arbeitsmöglichkeiten, auf deren Grundlage es ihm überhaupt erst möglich würde, eine nach außen gerichtete Arbeit zu betreiben. Momentan ruht alles auf den Schultern von drei ABM-Kräften des Beratungszentrums im Parterre der Mecklenburger Allee 19 (zwei Deutsche, ein Vietnamese, deren Verträge Mitte September ablaufen und die bis Mitte August noch nicht wußten, wie es weitergeht). Diese stehen den Vietnamesinnen und Vietnamesen zum Beispiel in der Auseinandersetzung mit Ämtern und Behörden oder bei der Suche nach einem Arbeitsplatz zur Seite. Von den Beratungsmöglichkeiten machen im übrigen Vietnamesen aus allen neuen Bundesländern Gebrauch.

Einen großen Schritt nach vorne könnte es geben, wenn im Herbst die noch immer rußgeschwärzten Räume im Erdgeschoß der Nummer 19 renoviert und als Begegnungsstätte und Kulturzentrum hergerichtet werden. Die Finanzierung dafür konnte inzwischen gesichert werden. Sie läuft über das "Rauhe Haus" in Hamburg im Rahmen eines vom Landesjugendamt initiierten sogenannten Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt. Allerdings: Die Finanzierung der Stellen ist noch nicht gesichert. Die Vereinsmitglieder hoffen, daß sieben bis acht Stellen bewilligt werden, davon vier bis fünf für dort wohnende VietnamesInnen.

Seit dem Pogrom vor einem Jahr leben die in Lichtenhagen wohnenden Vietnamesinnen und Vietnamesen sehr zurückgezogen. Restaurants und Diskotheken besuchen sie nicht mehr, abends fahren sie grundsätzlich nicht mit der S-Bahn und auch am Tag versuchen sie die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu vermeiden. Ihr Verhalten ist beredter Ausdruck davon, daß auf sie seit einem Jahr in Rostock zwar keine lebens- oder gesundheitsgefährdenden Angriffe mehr stattgefunden haben, gleichwohl mit Pöbeleien und "kleineren" Übergriffen jederzeit gerechnet werden muß. Rassistische Schmierereien hat es fast ein Jahr lang rund um die Wohnungen der Vietnamesinnen und Vietnamesen nicht mehr gegeben. Erstmalig tauchte Anfang August an der Wand der benachbarten Kaufhalle wieder eine Parole "Vietnamesen nach Hause" auf. Diese wurde sofort entfernt.

Obwohl an den Schulen Lichtenhagens und der benachbarten Neubauviertel die allgemeine Grundstimmung "rechts" ist, treten organisierte Neo-Nazis nach vorliegendem Eindruck kaum offen in Erscheinung, was

allerdings nicht unbedingt heißt, daß es entsprechende Strukturen nicht gibt. Bekannt ist, daß beispielsweise einige Jugendliche aus Lichtenhagen zumindest eine Zeitlang aktive Mitglieder bei den "Jungen Nationaldemokraten" waren. Anfang August bekamen zahlreiche Lichtenhagener Jugendliche an sie persönlich adressierte Briefe mit der Post aus Hamburg zugeschickt. Absender: die FAP. Für den 7. August lud sie darin zu einem "Kameradschaftstreffen" im benachbarten Evershagen in der Gaststätte "Fischerdorf" ein. Dortselbst warb sie für ihren Verein und gleichzeitig wurden Belobigungen und Beförderungen an verdiente Kameraden ausgesprochen.

J./Westberlin